



Hessisches Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung



Hessisches Sozialministerium



Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

HESSEN



Sozioökonomische Analyse im Hinblick
auf EFRE, ESF und ELER in Hessen für
die Förderperiode 2014 bis 2020
einschließlich Stärken-, Schwächen-,
Chancen-, Risiken-Analyse

HESSEN



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

An **Hessen** führt kein Weg vorbei.



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH

Sozioökonomische Analyse im Hinblick auf EFRE, ESF und ELER in Hessen für die Förderperiode 2014 bis 2020 einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse

PD Dr. Johannes Harsche
Gergana Petkova
Dr. Claus Bauer
Dr. Kerstin Frings
Birgit Imelli
Stefan Kuse
Heiko Müller
Andrea Otto
Susanne Piesk
Kathrin Ramsauer
Lioba Trabert
Uwe van den Busch

Report Nr. 847
Wiesbaden 2013

Eine Veröffentlichung der

HA Hessen Agentur GmbH

Postfach 1811

D-65008 Wiesbaden

Konradinallee 9
D-65189 Wiesbaden

Telefon 0611 / 9 50 17-80

Telefax 0611 / 9 50 17-8313

E-Mail info@hessen-agentur.de

Internet <http://www.hessen-agentur.de>

Geschäftsführer:

Folke Mühlhölzer (Vorsitzender), Dr. Rainer Waldschmidt

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Florian Rentsch,
Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erbeten.

Sozioökonomische Analyse im Hinblick auf EFRE, ESF und ELER in Hessen für die Förderperiode 2014 bis 2020 einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse

Inhalt	Seite
Einleitung	1
1 Gebiet und Demografie (zielübergreifend)	3
1.1 Abgrenzung des ländlichen Raums und Bevölkerungsdichte	3
1.2 Bevölkerungsbestand und Bevölkerungsentwicklung	4
1.3 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung bis 2030 bzw. 2050	5
1.4 Die Bevölkerungsstruktur am Jahresanfang 2011 und 2030	8
2 Wirtschaftliche Leistungskraft (zielübergreifend, Ziel 3)	11
2.1 Bruttoinlandsprodukt und Produktivität	11
2.2 Bruttoanlageinvestitionen	15
3 Sektoral- und Betriebsgrößenstruktur (zielübergreifend)	19
3.1 Sektoralstruktur	19
3.2 Betriebsgrößenstruktur	23
4 Internationale Verflechtungen (Ziel 3)	25
4.1 Exporttätigkeit	25
4.2 Direktinvestitionen	26
5 Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Forstwirtschaft	28
5.1 Volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors	28
5.2 Betriebsstruktur der Landwirtschaft	32
5.3 Arbeitsallokation, Einkommensverhältnisse und Erwerbsstruktur in der hessischen Landwirtschaft	42
5.4 Produktionsstruktur in der hessischen Landwirtschaft	54
5.5 Grunddimensionen der Viehhaltung in Hessen	67
5.6 Agrarwirtschaftliche Ausbildung und Weiterbildung sowie Beratung in Hessen	75
5.7 Wettbewerbsfähigkeit des hessischen Ernährungsgewerbes	88
5.8 Grunddimensionen der hessischen Forstwirtschaft	94

6	Forschung und Innovation (Ziel 1)	97
6.1	FuE–Aufwendungen	97
6.2	FuE–Personal und Humanressourcen in Wissenschaft und Technik	99
6.3	Beschäftigung in den Hightechbranchen	103
6.4	Bedeutung innovativer Branchen in Hessen	104
6.5	Patentanmeldungen	105
6.6	Wissensinfrastruktur	107
7	Gründungsgeschehen (Ziel 3)	112
8	Kooperationsnetzwerke (Ziele 1 und 3)	118
9	Tourismus (Ziele 3 und 6)	120
10	Bildung und Qualifikation (Ziele 1, 3, 8, 10)	126
10.1	Schulentlassene aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen	126
10.2	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	130
10.3	Übergang von allgemeinbildenden Schulen	132
10.4	Entwicklung der (dualen) Berufsausbildung	133
10.5	Ausbildungsabbrüche	136
10.6	Erfolgreich bestandene Abschlussprüfungen	138
10.7	Entwicklung des Hochschulbereichs	138
10.8	Personen mit Hochschulausbildung oder gleichwertigem Abschluss der Altersklasse 30 bis 34 Jahre	141
10.9	Entwicklung des Sektors Weiterbildung in Hessen	142
10.10	Lebenslanges Lernen	144
11	Arbeitsmarkt und soziale Eingliederung (Ziele 8 und 9)	146
11.1	Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen	146
11.2	Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit	151
11.3	Erwerbstätigkeit von Älteren	152
11.4	Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten	154
11.5	Qualifikationsstruktur der Beschäftigten	156
11.6	Stellenmarkt und Fachkräftebedarf	157
11.7	Arbeitslose nach Strukturmerkmalen (Männer, Frauen, Ältere, Migranten, Qualifikation)	161

11.8	Langzeitarbeitslosigkeit	166
11.9	Künftige Arbeitsmarktentwicklung und regionale Disparitäten	172
11.10	Armutsgefährdung und soziale Absicherung	172
12	Umweltschutz, Energie, Klima, Nachhaltigkeit (Ziele 4, 5, 6 und 7)	179
12.1	Entwicklung der CO ₂ -Emissionen	179
12.2	Steigerung der Energieeffizienz	180
12.3	Entwicklung Erneuerbarer Energien	181
12.4	Energieintensität im Verarbeitenden Gewerbe	183
12.5	Umweltinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes	184
12.6	Nachhaltiger Verkehr	185
12.7	Zustand der Schutzgüter	187
12.8	Umfang der unter Naturschutz stehenden Gebiete	201
13	Daseinsvorsorge / Infrastruktur (zielübergreifend, Ziel 2)	210
13.1	Finanzpolitische Rahmenbedingungen	210
13.2	Gesundheitsinfrastruktur / Lebensbedingungen / Öffentliche Haushalte	211
13.3	Bevölkerungspotenzial und Verkehrsanbindung	217
13.4	Zugang zu Informationstechnologien	219
14	Städtische Entwicklung (Querschnittsthema)	221
14.1	Anteil der Bevölkerung in Städten	221
14.2	Stadtumbau und integrierte Stadtentwicklung	222
14.3	Konversion	225
15	Ländlicher Raum	231
16	Institutionelle Kapazitäten (Ziel 11)	240
17	Kernziele der Europa 2020 Strategie: Erreichungsgrad in Hessen	244
18	Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken	245
	Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken gemäß Artikel 9 von COM (2012) 496	246
	Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken gemäß Artikel 9 von COM (2012) 496	248

Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken für die Bereiche Agrarwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Forstwirtschaft und Entwicklung ländlicher Gebiete in Hessen im Hinblick auf die ELER-Prioritäten	256
Tabellenanhang	279
Zusammenfassung	292
Kontextindikatoren	307
Abbildungsverzeichnis	327
Tabellenverzeichnis	330
Literaturverzeichnis	334

Einleitung

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) unterstützen die Umsetzung der EU-Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt Europa 2020¹ für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Der EFRE soll Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen und auf diese Weise den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union stärken. Er unterstützt die regionale und lokale Entwicklung durch die Beteiligung an Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Innovationen, Klimawandel und Umwelt, Unterstützung für KMU, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, Telekommunikation, Energie- und Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit, Bildung und soziale Einrichtungen sowie nachhaltige Stadtentwicklung.

Der ESF fördert Strategien und Prioritäten, die darauf abstellen, Fortschritte bei der Erreichung von Vollbeschäftigung zu erzielen, die Qualität und Produktivität in der Arbeitswelt zu verbessern, die geografische und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der Europäischen Union zu erhöhen, die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu verbessern und die soziale Eingliederung zu fördern.

Der ELER trägt zur Europa 2020 Strategie bei, indem er die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums in der Europäischen Union in Ergänzung zu den anderen Instrumenten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Fischereipolitik fördert. Der ELER soll zu einem räumlich und ökologisch ausgewogenen, klimafreundlichen und -resistenten sowie innovativen Agrar- und Forstsektor sowie einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums beitragen.

EFRE, ESF und ELER verfolgen einander ergänzende strategische Ziele. Es ist daher wichtig, die Effizienz aller strukturpolitischen Instrumente im Hinblick auf die Verwirklichung der für die Programme geltenden Ziele zu steigern und die Synergien zwischen ihnen zu optimieren.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist eine gemeinsame sozioökonomische Analyse einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen- und Risiken-Analyse für die beiden Operationellen Programme EFRE und ESF sowie für den ELER-Fonds bzw. den Entwicklungsplan für den ländlichen Raum des Landes Hessen (EPLR) für die Förderperiode 2014-2020. Die Analyse basiert im Wesentlichen auf einem thematisch fokussierten statistischen Datensatz, der für die Programmaufstellung der drei Fonds relevant ist. Die statistischen Kenngrößen wurden mit Blick auf die thematischen Ziele

1 Vgl. hierzu: Mitteilung der KOM (2010); Empfehlung des Rates (2010) sowie Beschluss des Rates (2010).

der Strukturfonds² entsprechend aufbereitet und ausgewertet. Zudem wurden die Analyseergebnisse inhaltlich kommentiert. Auf Grundlage der Analyse der sozioökonomischen Situation in Hessen wurde für jeden der drei Fonds eine schematisierte Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse für Hessen erstellt.

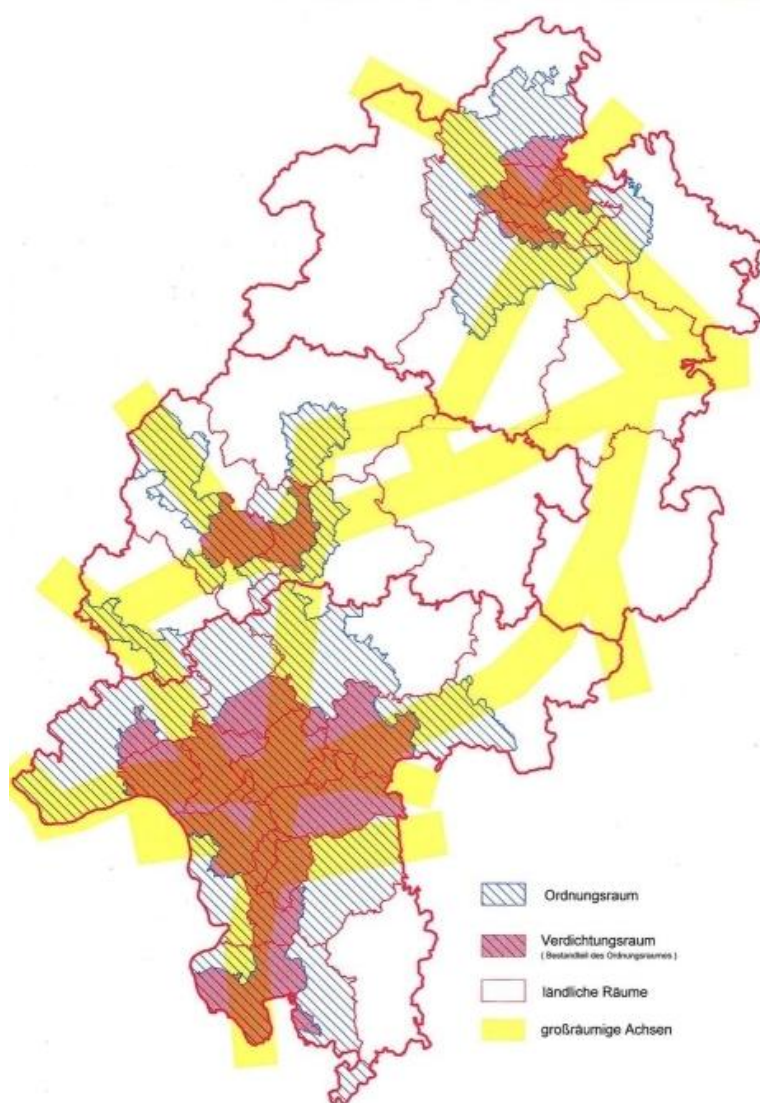
2 Vgl. COM (2012) 496 final, Artikel 9.

1 Gebiet und Demografie (zielübergreifend)

1.1 Abgrenzung des ländlichen Raums und Bevölkerungsdichte

Mehr als die Hälfte der Fläche Hessens entfällt auf dünn besiedelte ländliche Räume. So zählen die Regierungsbezirke Kassel und Gießen mit Ausnahme der Städte Kassel, Gießen und Marburg und deren angrenzenden Umlandgemeinden fast vollständig zu dieser Raumkategorie. In Südhessen sind es der komplette Odenwaldkreis sowie östlich gelegene Teile des Wetteraukreises und des Main-Kinzig-Kreises.

Abbildung 1: Strukturräume in Hessen nach Landesentwicklungsplan



Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Die zum Jahresbeginn 2011 in Hessen lebenden knapp 6,1 Mio. Menschen verteilen sich auf eine Fläche von 21.115 qkm, woraus sich im Schnitt 287 Menschen pro qkm

errechnen. Hessen liegt damit um 25 % über dem Bundesdurchschnitt und sogar zweieinhalb mal höher als der EU-27-Durchschnitt. Im Hinblick auf die Besiedelungsstruktur in Hessen sind allerdings erhebliche regionale Disparitäten erkennbar. Während sich im sehr dicht besiedelten südhessischen Verdichtungsraum über 500 Menschen einen Quadratkilometer teilen, beläuft sich die Bevölkerungsdichte in Mittelhessen auf 194 Einwohner je qkm und in Nordhessen auf lediglich 148 Einwohner je qkm.

Tabelle 1: Bevölkerungsdichte am 1.1. 2011

	EU-27	Deutschland	Hessen	RB – DA	RB – GI	RB – KS
Einwohner je qkm	117	229	287	510	194	148

Quelle: Eurostat (2012).

1.2 Bevölkerungsbestand und Bevölkerungsentwicklung

Zu Beginn des Jahres 2011 lebten in Hessen mit 6.067 Mio. Menschen fast exakt so viele Personen wie bereits zehn Jahre zuvor. Innerhalb des Landes verlief die Entwicklung dabei sehr unterschiedlich. Während in Mittel- und insbesondere in Nordhessen die Einwohnerzahlen zurückgingen, nahm die Bevölkerung in Südhessen dank der wirtschaftlichen Attraktivität dieser Region weiter zu, ursächlich hierfür waren Wanderungsgewinne aus dem Ausland, aus anderen Bundesländern aber auch aus Mittel- und Nordhessen. Während beispielsweise im Jahr 2010 der Regierungsbezirk Darmstadt je 1.000 Einwohner einen Wanderungsgewinn von 3,5 Personen verzeichnete, betrugen die entsprechenden Salden im Regierungsbezirk Gießen minus 0,6 Personen und im Regierungsbezirk Kassel minus 0,1 Personen. Wegen der positiven Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt verlief die demografische Entwicklung in Hessen insgesamt günstiger als im Bundesdurchschnitt, blieb aber deutlich hinter der Dynamik der EU-27 zurück, die vor allem auf hohe Bevölkerungszunahmen in den Ländern Spanien, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich zurückzuführen ist.

In zeitlicher Betrachtung waren zu Beginn des Jahres 2007 die Bevölkerungsbestände in Europa, Deutschland und Hessen höher als im Jahr 2000. In Europa setzte sich der Aufwärtstrend bis zum Jahr 2011 weiter fort, während in Deutschland und in Hessen die Einwohnerzahlen zurückgingen. Innerhalb Hessen zeigen sich über die beiden Zeiträume 2000 bis 2007 und 2007 bis 2011 hinweg regional unterschiedliche Entwicklungen: Durchwegs zunehmenden Einwohnerzahlen im Regierungsbezirk Darmstadt stehen rückläufige Entwicklungen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel gegenüber. Insbesondere im Regierungsbezirk Gießen hat sich zudem die Dynamik des Schrumpfungsprozesses von - 0,6 % auf - 1,5 % spürbar erhöht.³

³ Auf Basis des „Zensus 2011“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden am 31. Mai 2013 Eckwerte zur Bevölkerungsentwicklung veröffentlicht. Die notwendigen detaillierten Angaben für Jahresendwerte liegen noch nicht vor.

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung vom 1.1.2000 bis 1.1.2011

	EU-27	Deutschland	Hessen	RB Darmstadt	RB Gießen	RB Kassel
Bevölkerung						
(in 1.000)						
01.01.2000	482.768	82.163	6.052	3.719	1.064	1.269
01.01.2007	495.292	82.315	6.075	3.773	1.058	1.245
01.01.2011	502.477	81.752	6.067	3.806	1.041	1.220
Veränderung						
(in 1.000)						
2000-2007	12.524	151	23	54	-6	-24
2007-2011	7.185	-563	-8	33	-16	-25
2000-2011	19.709	-412	15	86	-22	-49
Veränderung:						
(in %)						
2000-2007	2,6%	0,2%	0,4%	1,4%	-0,6%	-1,9%
2007-2011	1,5%	-0,7%	-0,1%	0,9%	-1,5%	-2,0%
2000-2011	4,1%	-0,5%	0,2%	2,3%	-2,1%	-3,9%

Quelle: Eurostat, Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

1.3 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung bis 2030 bzw. 2050

In der EU-27 ist auch langfristig mit weiter steigenden Einwohnerzahlen zu rechnen. Sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für Frankreich werden für das Jahr 2050 mehr Einwohner als in Deutschland erwartet. Aber auch für Spanien und Italien werden Bevölkerungszunahmen in der Größenordnung von 6,7 Mio. bzw. 5,6 Mio. Einwohner vorausgeschätzt. Dem steht in Deutschland ein Bevölkerungsrückgang von schätzungsweise 11 Mio. Menschen gegenüber, und auch Hessen kann sich dieser Entwicklung nicht entziehen, wobei der Schrumpfungsprozess in Hessen allerdings weniger stark ausfallen dürfte als in Deutschland insgesamt. Ursächlich hierfür sind weiterhin hohe Wanderungsgewinne aufgrund der wirtschaftlichen Attraktivität des Rhein-Main-Gebiets, so dass für Südhessen bis zum Jahr 2030 sogar noch mit leichten Bevölkerungszuwächsen gerechnet wird und im Jahr 2050 dort voraussichtlich fast noch genauso viele Menschen leben werden wie dies heute der Fall ist. Demgegenüber dürften unter Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung unter Status-Quo-Bedingungen Nordhessen fast ein Viertel und Mittelhessen rund ein Sechstel seiner Bevölkerung bis zum Jahr 2050 verlieren.

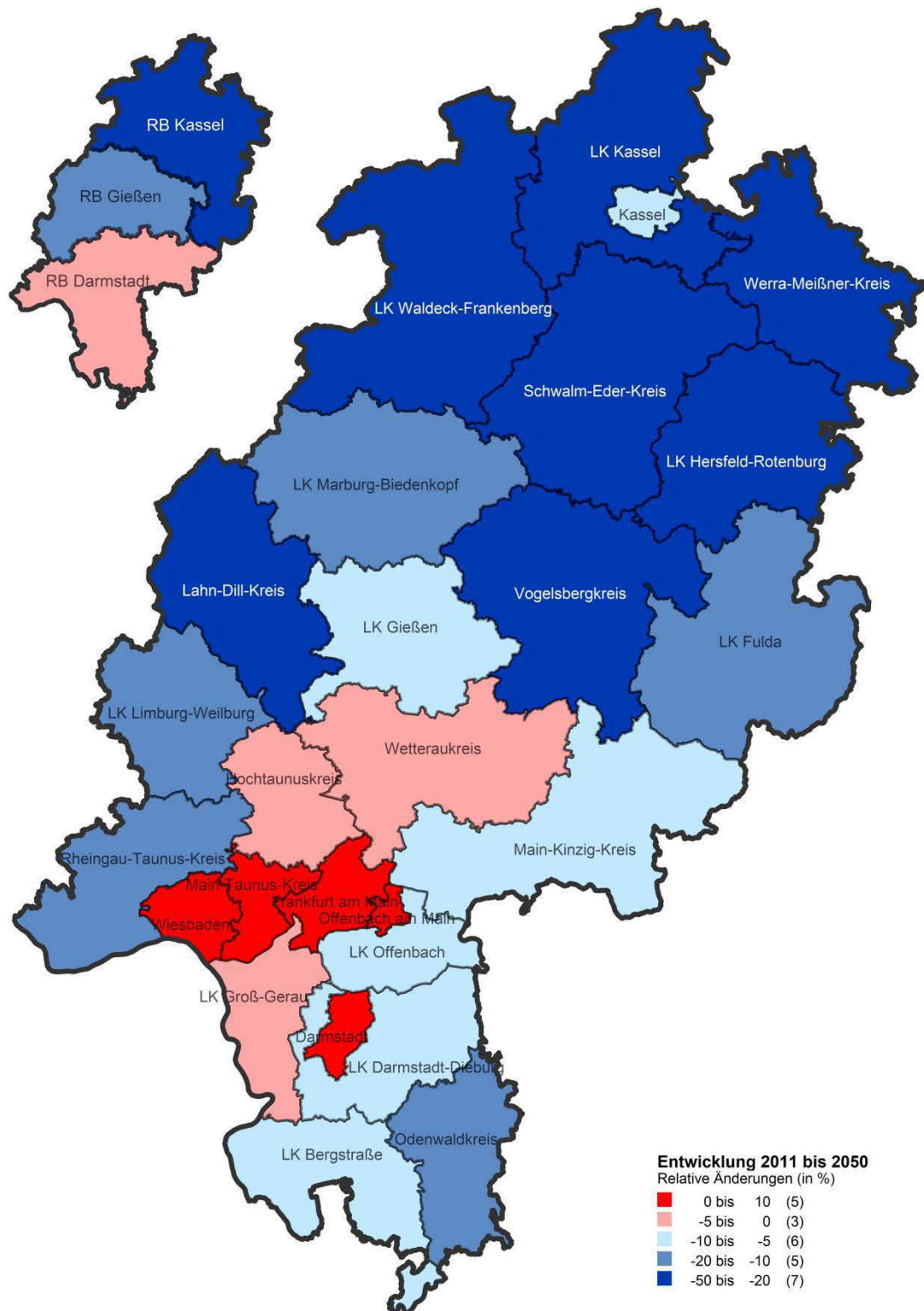
Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung vom 1.1.2011 bis 1.1.2030 bzw. 1.1.2050

	EU-27	Deutschland	Hessen	RB Darmstadt	RB Gießen	RB Kassel
Bevölkerung (in 1.000)						
1.1.2030	522.342	77.872	5.924	3.845	977	1.102
1.1.2050	524.053	70.807	5.556	3.741	872	944
Veränderung (in 1.000)						
2011-2030	19.865	- 3.880	-143	40	-65	-118
2011-2050	21.576	- 10.945	-511	-65	-170	-276
Veränderung: (in %)						
2011-2030	4,0 %	- 4,7 %	-2,4 %	1,0 %	-6,2 %	-9,7 %
2011-2050	4,3 %	- 13,4 %	-8,4 %	-1,7 %	-16,3 %	-22,6 %

Quelle: Eurostat, Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

Dieses Bild zeigt sich auch bei kleinräumiger Betrachtung auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Innerhalb Südhessens wachsen bis zum Jahr 2050 die kreisfreien Städte sowie der Main-Taunus-Kreis durch Wanderungsgewinne insbesondere von Jüngeren im erwerbsfähigen Alter, was sich wiederum positiv auf die Geburtenzahlen auswirkt. Rückläufige Einwohnerzahlen sind in Südhessen langfristig für den Odenwaldkreis (- 17 %) und den Rheingau-Taunus-Kreis (- 13 %) zu erwarten, beides Regionen mit relativ niedrigen Wirtschaftsleistungen pro Kopf. Noch deutlich stärker dürften die Bevölkerungsverluste in den peripher gelegenen Landkreisen Werra-Meißner (- 40 %) und Hersfeld-Rotenburg (- 32 %) in Nordhessen sowie im Vogelsbergkreis (- 37 %) in Mittelhessen sein, die bereits in der Vergangenheit von hohen Fortzugszahlen in den jüngeren Bevölkerungsgruppen betroffen waren.

Abbildung 2: Kartografische Darstellung der regionalen Bevölkerungsveränderungen von Jahresbeginn 2011 - 2050

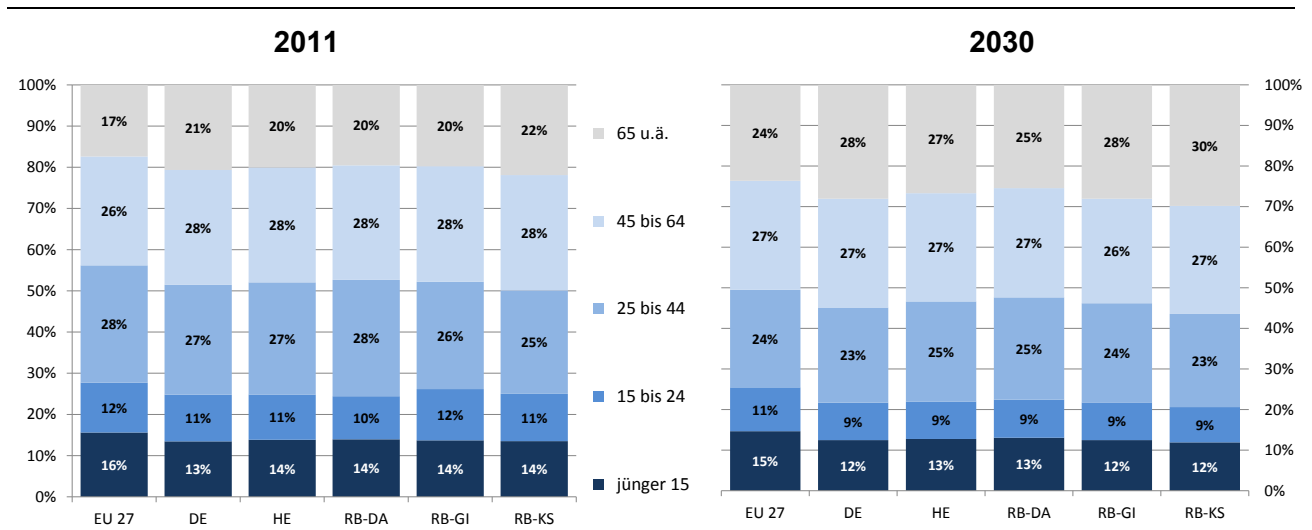


Quelle: Berechnungen und Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage

1.4 Die Bevölkerungsstruktur am Jahresanfang 2011 und 2030

Im Durchschnitt der EU-27-Länder ist die Bevölkerung jünger als in Deutschland und als in Hessen. Während EU-weit noch deutlich weniger als die Hälfte (43 %) der Einwohner älter als 45 Jahre ist, liegt dieser Anteil in Deutschland bei 49 % und in Hessen wie auch in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen bei 48 %. Im Regierungsbezirk Kassel ist sogar schon jeder Zweite älter als 45 Jahre alt.

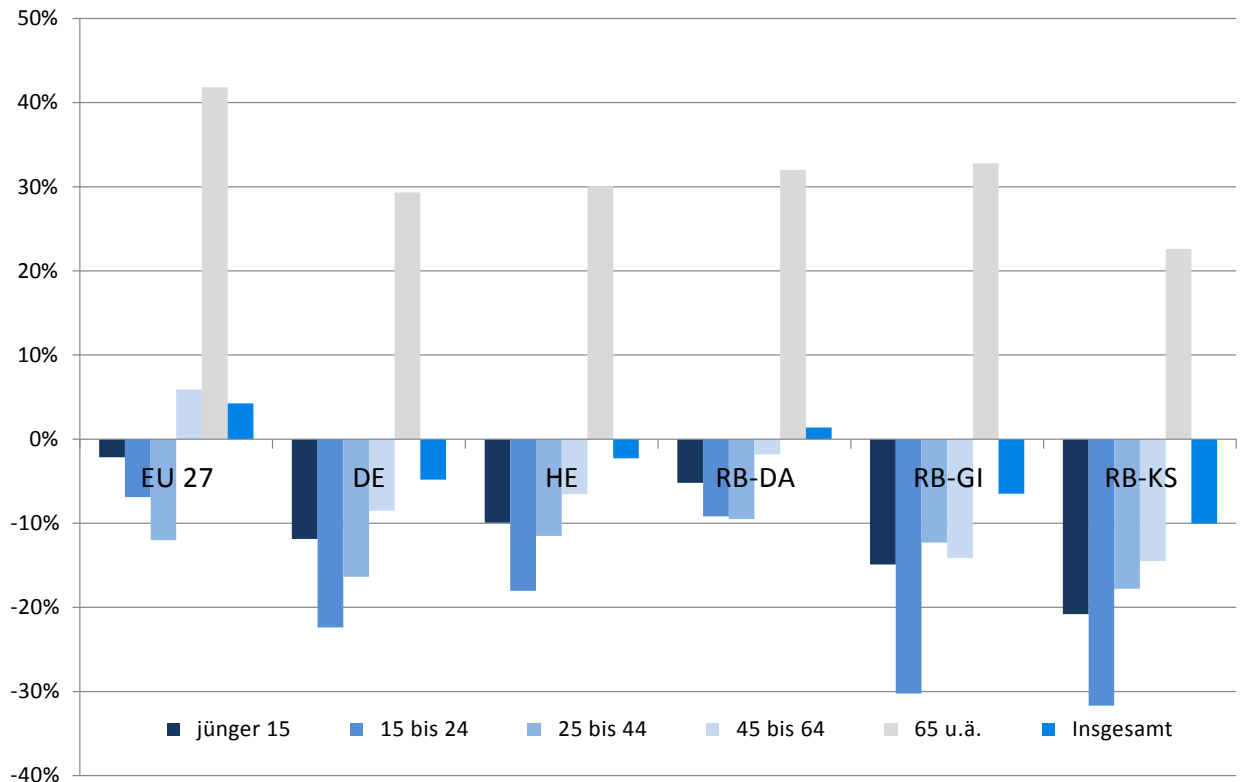
Abbildung 3: Bevölkerungsstruktur zum Jahresbeginn (Anteilswerte in %)



Quelle: Eurostat, Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

Allen Regionen gemeinsam sind die erheblichen Veränderungen der Altersstrukturen in den nächsten Jahren: Zukünftig ist europaweit mit rückläufigen Bevölkerungszahlen bei den unter 45-Jährigen zu rechnen, wohingegen insbesondere die Bevölkerungsgruppe der ab 65-Jährigen stark anwachsen wird. Prinzipiell sehr ähnlich zeichnet sich dieser demografische Wandel auch für Deutschland, Hessen und die hessischen Teilregionen ab. In Mittelhessen und insbesondere in Nordhessen sind dabei aufgrund von wanderungsbedingten Geburtenausfällen relativ starke Rückgänge bei den beiden jüngsten Altersgruppen zu erwarten. Die vergleichsweise moderate Zunahme der Bevölkerungsgruppe der ab 65-Jährigen ist in Nordhessen auf das gegenwärtig schon hohe Niveau dieser Altersgruppe zurückzuführen.⁴

⁴ Für Angaben zur Bevölkerungsstruktur im ländlichen Raum in den Jahren 2011 und 2030 vgl. Kapitel 15.

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen von 2011 - 2030 (Veränderung in %)

Quelle: Eurostat, Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

Dieser Alterungsprozess der Gesellschaft spiegelt sich in der zukünftigen Entwicklung der Altersstruktur wider. So wird im Jahr 2030 jeder zweite Europäer (EU-27) 45 Jahre und älter sein. In Nordhessen liegt dieser Anteil sogar bei 57 %. Ursächlich ist der starke Zuwachs der 65-Jährigen und Älteren: Während die Anteile der 45- bis 64-Jährigen sowohl im Regionalvergleich als auch im zeitlichen Vergleich der Jahre 2011 und 2030 nur gering zwischen 26 % und 28 % schwanken, nehmen die Anteile der 65-Jährigen und Älteren in allen Regionen um 7 bis 8 Prozentpunkte zu. Der höchste Anteilswert ist dann mit 30 % im Regierungsbezirk Kassel zu erwarten.

Diese demografische Entwicklung schlägt sich auf die zukünftige Arbeitsmarktsituation nieder. So dürfte sich etwa ab dem Jahr 2025 eine signifikante Angebotslücke auf dem Arbeitsmarkt auftun, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre – die heute 45- bis 55-Jährigen – aus dem Erwerbsleben in die Rentenphase wechseln. Wegen der hohen Erwerbsbeteiligung dieser Personengruppe wird der zahlenmäßig große Abgang aus Erwerbstätigkeit, der gleichzeitig einen großen Verlust an Humankapital darstellt, nur sehr schwer kompensiert werden können, da nachfolgende Jahrgänge schwächer besetzt sind. So hat beispielsweise die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen im Jahr 2030 mit deutschlandweit prognostizierten 9 %

den niedrigsten Anteilswert. Da aber Berufsanfänger überwiegend aus dieser Bevölkerungsgruppe kommen, zeichnen sich für Unternehmen tendenziell größere Probleme ab, ihren jungen Personalbestand zu rekrutieren.

Die heutige Arbeitsmarktlage lässt noch eine am kurzfristigen Bedarf orientierte Rekrutierungspolitik zu, wenngleich in einzelnen Wirtschaftsbereichen, Berufsfeldern bzw. Regionen bereits Fachkräfte fehlen. Aus den beschriebenen zu erwartenden Entwicklungen ist aber absehbar, dass zukünftig zur Erhaltung der Wirtschaftsleistung auch das Potenzial älterer Personen von besonderer Bedeutung sein wird. Heute etwa 40-Jährige sind auf diese Veränderungen bereits frühzeitig vorzubereiten und entsprechend zu fördern.

Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass die zukünftige demografische Entwicklung insgesamt in Hessen zu einem sinkenden Bevölkerungsbestand führt, der sich frühzeitiger und stärker in Nord- und Mittelhessen als in Südhessen auswirkt. Regionen mit Bevölkerungsschwund weisen in der Regel einen relativ kleinen Anteil junger Menschen auf, und auch die Bevölkerungsdichte ist zumeist niedrig. Durch die Abwanderung junger Menschen verschärft sich der natürliche Überalterungsprozess zusätzlich. Damit einher geht eine erhebliche Verschiebung in der Altersstruktur mit entsprechenden Auswirkungen auf das Erwerbspersonenpotenzial. Schwierigkeiten entstehen zudem bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie z.B. Gesundheitsfürsorge, Langzeitpflege, Gebäude-, Verkehrs- und IKT-Infrastruktur.

Rückblickend werden auch die Ergebnisse zur demografischen Entwicklung aus der letztmaligen sozioökonomischen Analyse, die für die Förderperiode 2007 bis 2013 erstellt wurde, im Wesentlichen bestätigt. Auf allen politischen Ebenen ist eine stark gestiegene Sensibilisierung für die Herausforderungen des demografischen Wandels festzustellen. Zahlreiche Initiativen und Programme konnten auf den Weg gebracht werden.

2 Wirtschaftliche Leistungskraft (zielübergreifend, Ziel 3)

2.1 Bruttoinlandsprodukt und Produktivität

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit auch das BIP pro Kopf sind Indikatoren für die Produktionsleistung in einem Land oder einer Region und deshalb zur Messung und zum Vergleich der **Wirtschaftskraft** von Ländern bzw. Regionen geeignet. Da das Bruttoinlandsprodukt in Geldeinheiten gemessen wird, wirken sich auf seine Höhe auch monetäre Faktoren wie Preisniveau und Preisentwicklung aus. Für die hessischen Kreise und Regierungsbezirke wird kein Preisindex berechnet, so dass auf dieser regionalen Ebene nur nominale Größen (d.h. zu laufenden Preisen) verfügbar sind.

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Euro zu laufenden Marktpreisen je Einwohner, 2000/2009 und durchschnittliche jährliche reale BIP-Wachstumsrate 2009/2000

Region	2000 Euro je Einwohner	2009 Euro je Einwohner	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 2009/2000 in %	Durchschnittliche jährliche <u>reale</u> BIP- Wachstumsrate 2009/2000 in %
EU-27	19.100	23.500	2,8	1,6
Deutschland	24.900	29.000	1,7	1,0
Hessen	30.000	35.200	1,8	1,0
RB Darmstadt	34.200	39.600	1,6	.
RB Gießen	22.600	26.900	2,1	.
RB Kassel	24.000	28.500	1,9	.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Im Zeitraum 2000 bis 2009 hatte Hessen – gemessen an der durchschnittlichen jährlichen realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts – ein mit dem Bundesdurchschnitt vergleichbares Wirtschaftswachstum. Verglichen allerdings mit der EU-27 war dieses deutlich unterdurchschnittlich. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass viele der neuen EU-Mitglieder eine sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung bezogen auf ein eher niedriges Ausgangsniveau aufweisen.

Betrachtet man die Kenngröße Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, gehört Hessen zu den wirtschaftsstärksten Räumen in Europa. Alle hessischen Regionen liegen deutlich über dem EU-27-Niveau. Dennoch fällt die wirtschaftliche Leistungskraft der hessischen Regionen sehr unterschiedlich aus: Während der Regierungsbezirk Darmstadt die höchste Wirtschaftskraft unter den Vergleichsregionen aufweist, wurde im Jahr 2009 in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als im Bundesdurchschnitt erzielt.

Der Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in den Regionen zeigt, dass sich die hessischen Regionen auf einem stabilen Wachstumspfad befinden. Vor allem die Regierungsbezirke Gießen und Kassel weisen eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Wachstumsrate auf, so dass eine Annäherung an das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stattfindet. Die Wachstumsraten bleiben allerdings unter dem EU-Durchschnitt.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Regierungsbezirke selbst ebenfalls aus heterogenen Teilräumen bestehen, also die Werte für die Regierungsbezirke schließlich auch nur „Durchschnittswerte“ sind. Im wirtschaftsstarken Südhessen gibt es Regionen, die eine niedrigere Wirtschaftskraft als Nord- und Mittelhessen aufweisen. Beispiele dafür sind der Rheingau-Taunus-Kreis sowie der Odenwaldkreis (beide im Regierungsbezirk Darmstadt), deren Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur etwa halb so groß ist wie dasjenige des Regierungsbezirks Darmstadt insgesamt.

Abbildung 5: Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner in den europäischen NUTS 2-Regionen im Jahr 2009

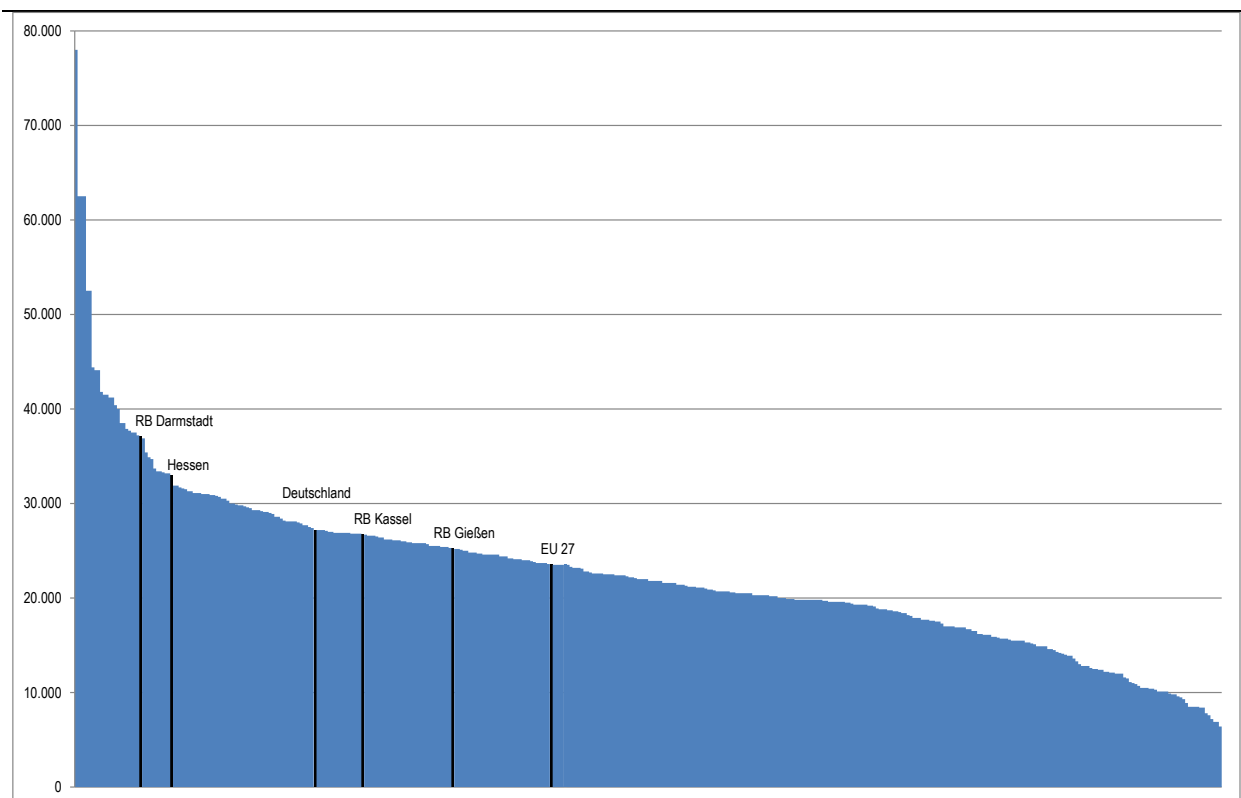


Abbildung 5 verdeutlicht die Wirtschaftskraft der hessischen Regionen in Relation zu allen NUTS-2 Regionen der EU-27, und zwar gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards⁵ je Einwohner. Hieraus ist ersichtlich, dass der Regierungsbezirk Darmstadt zu den wirtschaftsstärksten Regionen europaweit gehört, während die Regierungsbezirke Gießen und Kassel eher im oberen Mittelfeld liegen.

Der Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Regionen anhand des Indikators BIP pro Kopf wird allerdings durch die sehr unterschiedlichen Pendlerströme der einzelnen Regionen erschwert. So ist z.B. der Regierungsbezirk Darmstadt eine Region, die einen sehr hohen Einpendlersaldo aufweist. Die Nettozahl der Personen, die täglich in solche Regionen einpendeln, erhöht die Produktion auf ein Niveau, das von der ansässigen Erwerbsbevölkerung alleine nicht erwirtschaftet werden könnte. Dies kann dazu führen, dass das BIP pro Kopf in diesen Regionen rein rechnerisch „überschätzt“ und in den Regionen, in denen die Pendler wohnen (z.B. Regierungsbezirk Gießen), entsprechend „unterschätzt“ wird.

Diese Verzerrung wird durch den Indikator Bruttoinlandsprodukt **je Erwerbstätigen** vermieden. Gleichzeitig lässt sich dadurch die Produktivität des Faktors Arbeit in einer Region darstellen. Dabei gilt: je höher die **Produktivität**, desto leistungs- und wettbewerbsfähiger ist die Wirtschaft. Es muss allerdings beachtet werden, dass die unterschiedlichen Branchen technologiebedingt unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten aufweisen. So hatte der Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister im Jahr 2009 eine fast doppelt so große Produktivität wie das Produzierende Gewerbe. Wenn eine Region von bestimmten Branchen dominiert wird, bestimmt deren Produktivität diejenige der gesamten Region wesentlich mit.

Der Indikator Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen unterstreicht die regionalen Disparitäten sowohl zwischen den hessischen Regierungsbezirken als auch im internationalen Vergleich. Der Regierungsbezirk Darmstadt bleibt die wirtschaftlich führende hessische Region und weist eine weit höhere Arbeitsproduktivität auf als die Vergleichsregionen. Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel sind in etwa vergleichbar mit dem Bundesdurchschnitt, liegen jedoch über dem EU-27-Durchschnitt. Im Zeitvergleich ist erkennbar, dass die Produktivität in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel im Betrachtungszeitraum schneller als im hessischen Durchschnitt zugenommen hat. Dies könnte auch auf die oben genannten branchenspezifischen Entwicklungen zurückzuführen sein: Das Produktivitätswachstum in den Industriebranchen war

5 Die Kaufkraftparitäten (KKP) sind Währungsumrechnungskurse, mit denen Wirtschaftsindikatoren von nationalen Währungen in eine gemeinsame künstliche Währung, den so genannten Kaufkraftstandard (KKS), umgerechnet werden. Diese künstliche Währung berücksichtigt die unterschiedliche Kaufkraft der nationalen Währungen und eliminiert die Preisniveaunterschiede zwischen den Ländern. Besonders bei interregionalen bzw. internationalen Vergleichen werden Kaufkraftparitäten dafür benutzt, den Preisniveaueffekt „auszuschalten“ und aussagekräftige Volumenvergleiche der Wirtschaftsindikatoren verschiedener Länder oder Regionen zu ermöglichen, da durch die unterschiedlichen Preisniveaus der Regionen das Bruttoinlandsprodukt – gemessen in der nationalen Währung – als Indikator für die Wirtschaftskraft ein verzerrtes Bild wiedergibt.

zum Teil höher als im Dienstleistungssektor, und während der Regierungsbezirk Darmstadt sehr stark vom tertiären Sektor geprägt ist, weist die Wirtschaft in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel nach wie vor einen hohen Industrieanteil auf (siehe auch Kapitel 3). Ein weiterer Faktor, der zu den regionalen Unterschieden beigetragen haben könnte, ist die Ausrichtung der EFRE-Förderung in Hessen in der laufenden Förderperiode 2007-2013: Zum einen wurden die Regierungsbezirke Gießen und Kassel als Vorranggebiete definiert; zum anderen war die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen, die u. a. ein stärkeres Produktivitätswachstum unterstützt haben könnte, eines der primären spezifischen Ziele der EFRE-Förderung in Hessen.

Weder die Produktivitätsentwicklung in Deutschland noch in den hessischen Regionen konnte das durchschnittliche EU-Tempo erreichen. Insofern ist es besonders wichtig, dass die hessischen Regionen weiter ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken, um nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Tabelle 5: Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Euro, 2000 und 2009

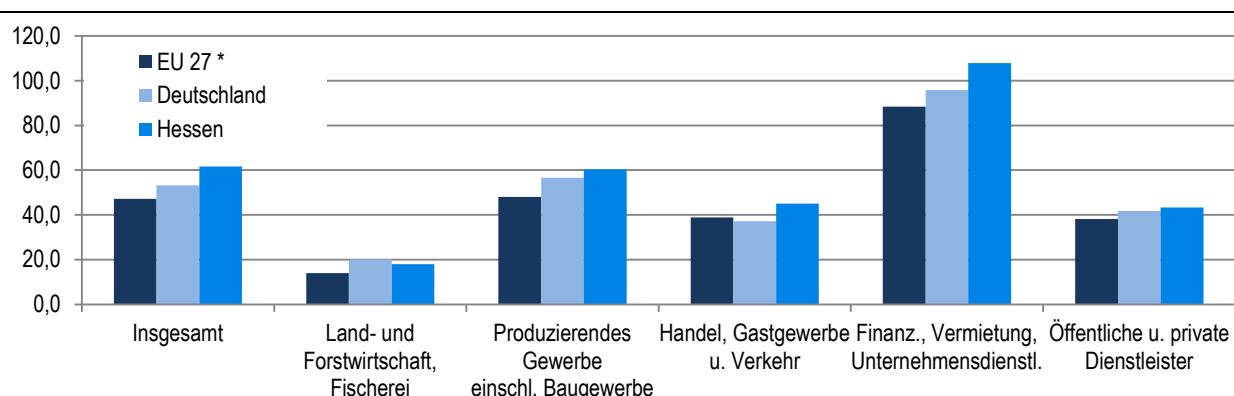
Region	2000	2009	Durchschnittliche jährliche Veränderung 2009/2000
	BIP in 1.000 Euro je Erwerbstätigen		in %
EU-27*	43,6	52,5	2,1**
Deutschland *	52,0	58,8	1,4
Deutschland	52,3	59,0	1,3
Hessen	59,8	68,3	1,3
RB Darmstadt	64,1	73,3	1,2
RB Gießen	52,1	58,8	1,4
RB Kassel	51,2	58,7	1,4

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT und sind mit den Angaben im unteren Teil der Tabelle für Deutschland, Hessen und Kreise, die aus der Regionalstatistik der EUROSTAT kommen, nur bedingt vergleichbar.

** Durchschnittliche jährliche Veränderung 2009/2001

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Abbildung 6: Arbeitsproduktivität nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2009: Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Erwerbstätigen



* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Tabelle 6: Wirtschaftskraft und Produktivität in Hessen und Deutschland nach der VGR Revision 2011

	2008	2009	2010	2011
BIP Hessen (in Mio. Euro und jeweiligen Preisen)	223.023	213.927	220.658	228.513
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (preisbereinigt, verkettet)	-	-6,3	2,8	3,2
BIP Deutschland (in Mio. Euro und jeweiligen Preisen)	2.473.800	2.374.500	2.476.800	2.570.800
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (preisbereinigt, verkettet)	-	-5,1	3,7	3,0
BIP je Erwerbstätigen Hessen (in Euro und jeweiligen Preisen)	71.414	68.454	70.355	71.789
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (in jeweiligen Preisen)	-	-4,1	2,8	2,0
BIP je Erwerbstätigen Deutschland (in Euro und jeweiligen Preisen)	61.316	58.830	61.076	62.550
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (in jeweiligen Preisen)	-	-4,1	3,8	2,4
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen Hessen (in Euro und jeweiligen Preisen)	50,4	49,5	50,0	50,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (in jeweiligen Preisen)	-	-1,7	1,1	1,7
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen Deutschland (in Euro und jeweiligen Preisen)	43,1	42,6	43,4	44,3
Veränderung gegenüber Vorjahr (%) (in jeweiligen Preisen)	-	-1,3	2,0	2,1

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Revision 2011, WZ 2008, Berechnungsstand 08/2010 / 02/2011.

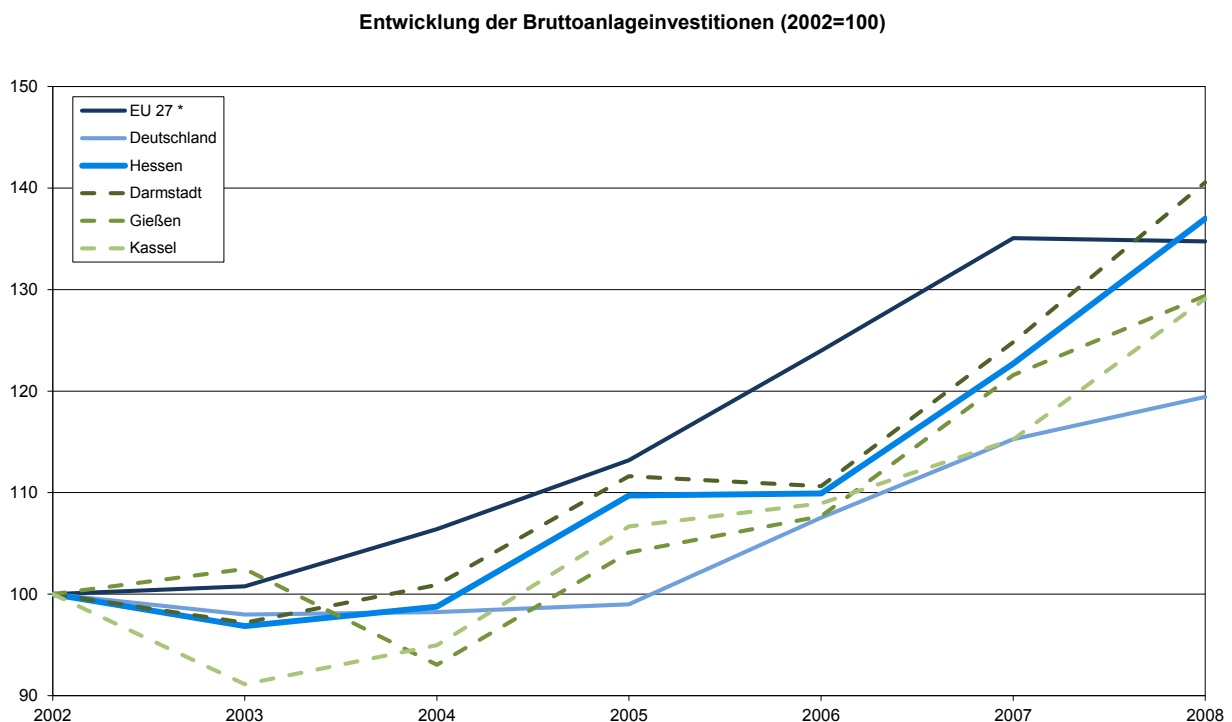
2.2 Bruttoanlageinvestitionen

Eine wichtige Voraussetzung für mittel- und langfristige Wettbewerbsfähigkeit ist eine hohe Investitionsaktivität der Wirtschaft, da die Investitionen das Wachstumspotenzial vergrößern. Investitionen wirken sich auch unmittelbar auf die wirtschaftliche Leistung eines Landes aus, indem sie – von der Nachfrageseite her – das Bruttoinlandsprodukt

erhöhen. Nicht zuletzt ist das Investitionsverhalten in einem Land oder einer Region – in Zeiten der Globalisierung – ein Indikator für die Attraktivität eines Standortes.

Die Investitionsaktivität in Hessen – gemessen an der Kenngröße Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen – fällt 2008 im Vergleich sowohl zum Bund als auch zur EU-27 überdurchschnittlich hoch aus (siehe folgende Abbildung und Tabelle). Der Regierungsbezirk Darmstadt weist – nach einem starken Zuwachs in den Jahren 2007 und 2008 – auch hier herausragende Werte auf. Die Investitionsaktivität fiel bei den Dienstleistern besonders stark aus, aber auch die Industrie hat kräftig investiert. Die Wirtschaftsakteure in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel haben seit 2004 ebenfalls stark investiert, so dass die beiden Regierungsbezirke im Jahr 2008 nur knapp unter dem Bundes- und über den EU-27- Durchschnitt lagen.

Abbildung 7: Entwicklung der jährlichen Bruttoanlageinvestitionen (2002=100)



* Die Angaben haben einen anderen Berechnungsstand als die Angaben für Deutschland und Hessen und sind mit den Letzteren nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Wenn man die Kenngröße Bruttoanlageinvestitionen in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet, entsteht ein etwas anderes Bild. Hier lagen 2008 alle drei hessischen Regionen im oder knapp unter dem Bundesdurchschnitt, allerdings auch deutlich unterhalb des EU-27-Durchschnitts. Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Produktionsanlagen in einigen der neuen EU-Mitgliedsländer noch nicht ganz auf dem neuesten Stand sind und eine umfangreiche Investitionstätigkeit erforderlich ist, um den Aufholprozess voranzutreiben, ist dieses Ergebnis allerdings nicht weiter verwunderlich.

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen 2006 - 2008

Region	Mio. Euro je Erwerbstätigen			Prozent vom BIP		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008
EU-27 *	10.893,5	11.658,7	11.519	20,7	21,2	21,1
Deutschland *	10.660,8	11.237,2	11.420	18,1	18,4	18,6
Deutschland	11.221,0	11.831,6	12.091	18,9	19,4	19,7
Hessen	11.346,1	12.486,3	13.787	16,6	17,9	19,6
RB Darmstadt	11.951,0	13.311,9	14.810	16,4	17,9	19,7
RB Gießen	10.145,1	11.246,4	11.797	17,2	18,5	19,1
RB Kassel	10.243,4	10.677,2	11.894	17,2	17,6	19,5

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT und sind mit den Angaben im unteren Teil der Tabelle für Deutschland, Hessen und Kreise, die aus der Regionalstatistik der EUROSTAT kommen, nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Eurostat, Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung Hessen Agentur.

Aus der Analyse der wirtschaftlichen Leistungskraft der hessischen Regierungsbezirke im interregionalen und internationalen Vergleich kann das folgende **Fazit** gezogen werden:

Hessens Wirtschaftskraft ist im europäischen und innerdeutschen Vergleich überdurchschnittlich. Dies basiert im Wesentlichen auf den Potenzialen des Regierungsbezirks Darmstadt, der eine der leistungsstärksten Regionen Europas mit hohem Wachstumspotenzial ist. Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel liegen sowohl bei der Wirtschaftskraft als auch bei der Produktivität ebenfalls über dem europäischen Durchschnitt, jedoch nicht über dem Bundesdurchschnitt. Wenn allerdings nicht das Niveau, sondern die Entwicklung der Indikatoren betrachtet wird, weisen sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Produktivität im hessischen Durchschnitt eine ähnliche Veränderungsrate wie im Bundesdurchschnitt auf und bleiben damit jeweils klar hinter der europäischen Dynamik zurück. Die Investitionstätigkeit in Hessen ist dank der Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt, aber auch der verstärkten Investitionstätigkeit in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel überdurchschnittlich, was eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu den Ergebnissen der sozioökonomischen Analyse im Vorfeld der laufenden Förderperiode 2007-2013 darstellt. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt liegen die Bruttoanlageinvestitionen in Hessen allerdings unter dem europäischen Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass die hessischen Regionen weiter ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken, um nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Dabei ist es sinnvoll, Chancen zu nutzen und differenziert auch die jeweiligen regionalen Stärken zu unterstützen, die zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen (Stichwort: intelligente Spezialisierung).

Die Fokussierung der Förderung auf spezifische thematische Ziele könnte hierzu einen wichtigen Betrag leisten. So kann z.B. durch eine gezielte Förderung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Ideen, der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und durch Investitionen in effektivere und nachhaltigere Produktionsverfahren ein arbeitsplatzsicherndes Produktivitätswachstum unterstützt werden (thematisches Ziel 3). Durch eine Förderung von Innovation und Technologietransfer könnten mit neuartigen Produkten und Dienstleistungen neue Märkte mit Wachstumspotenzial erschlossen und durch gezielte Förderung von Beschäftigung (thematisches Ziel 8) und Qualifikation (thematisches Ziel 10) u. a. eine wachstumsrelevante Fachkräftesicherung unterstützt werden.

3 Sektoral- und Betriebsgrößenstruktur (zielübergreifend)

3.1 Sektoralstruktur

Gemessen an der Bruttowertschöpfung des Jahres 2009 entfällt auf den Dienstleistungssektor in Hessen ein deutlich höherer Anteil (78,1 %) als im Bundesdurchschnitt (72,7 %) sowie im EU-Durchschnitt (74,0 %). Vor allem die unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe, aber auch der Verkehrsbereich sind in Hessen besonders stark vertreten. Diese Dienstleistungsdominanz war in den vergangenen Jahren eine wichtige Bestimmungsgröße für die hohe Leistungsfähigkeit der hessischen Wirtschaft. Besonders in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs konnte Hessen oft dank seines Dienstleistungssektors eine sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung verzeichnen. Im Laufe der letzten konjunkturellen Schwächephasen hat sich allerdings gezeigt, dass der „Dienstleistungsmotor“ auch ins Stocken geraten kann. Insofern darf der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft allein nicht als Rezept für hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrachtet werden. Auch im Dienstleistungssektor ist die Fähigkeit zur Innovation die zentrale Voraussetzung für Wachstum. Und eine innovative Industrie stellt weiterhin einen wichtigen Bereich für die Prosperität einer Volkswirtschaft bzw. einer Region dar.

Tabelle 8: Sektoralstruktur der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 2009 (Anteile in %)

Region	Jahr	insgesamt	davon							
			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	zusammen	Dienstleistungsbereiche		
				zusammen	darunter Verarbeitendes Gewerbe			Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanz., Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
EU-27*	2009	100,0	1,6	18,1	14,8	6,3	74,0	20,8	29,2	24,0
Deutschland	2009	100,0	0,8	22,2	19,1	4,3	72,7	17,5	31,1	24,1
Land Hessen	2009	100,0	0,4	17,8	15,7	3,7	78,1	19,2	39,1	19,7
RB Darmstadt	2009	100,0	0,3	15,7	13,7	3,2	80,9	20,4	43,0	17,5
RB Gießen	2009	100,0	0,6	24,5	22,5	4,9	70,0	14,8	30,2	25,1
RB Kassel	2009	100,0	0,8	21,7	18,8	5,0	72,5	17,9	29,6	25,0

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT und sind mit den Angaben im unteren Teil der Tabelle für Deutschland, Hessen und Kreise, die aus der Regionalstatistik der EUROSTAT kommen, nur bedingt vergleichbar.

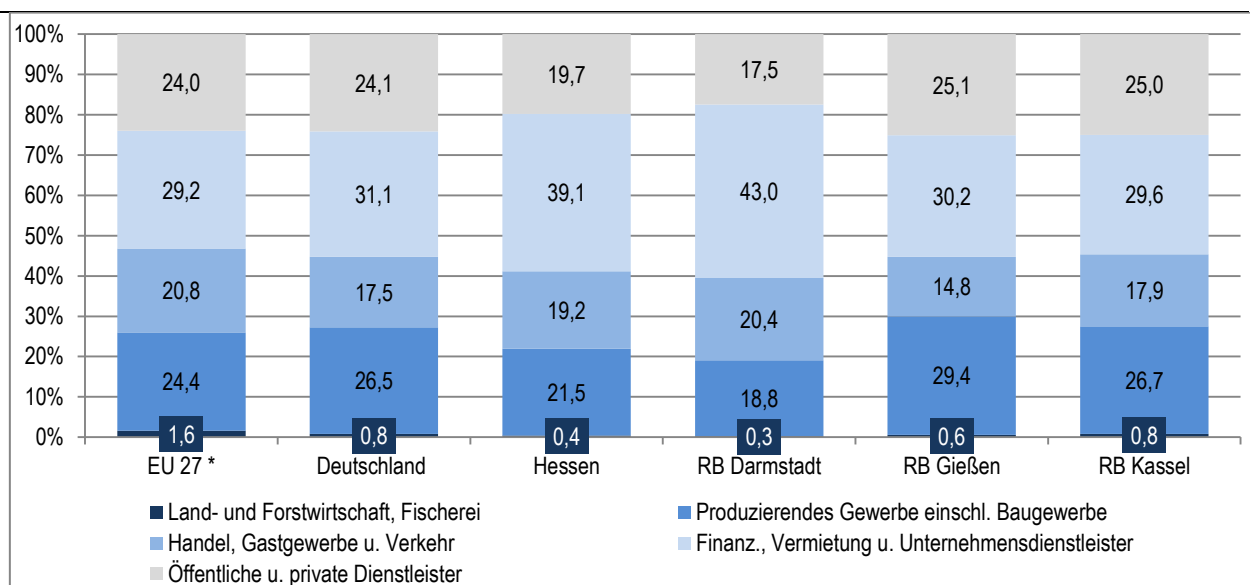
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung Hessen Agentur.

In den hessischen Regierungsbezirken ist eine sehr unterschiedliche Sektoralstruktur vorhanden. Die hochproduktiven und in der Regel wachstumsstarken Dienstleistungsbereiche wie z.B. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sind vor allem in Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) konzentriert. Die Region Frankfurt

RheinMain ist Deutschlands Finanzzentrum und zählt zu den drei bedeutendsten Finanzplätzen Europas: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse und mehr als 300 Geschäftsbanken sind hier tätig; über 90 % des gesamten deutschen Börsenumsatzes werden bei der Frankfurter Wertpapierbörse erzielt. Auch der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist in Südhessen sehr stark vertreten: Mit dem größten Flughafen Kontinentaleuropas und der dazugehörigen Dienstleistungsinfrastruktur ist Frankfurt einer der wichtigsten Verkehrsknoten Deutschlands, und mit der Deutschen Commercial Internet Exchange (DE-CIX) hat sich die Stadt zum wichtigsten Internetaustauschknoten in Mittel- und Osteuropa entwickelt. Gemessen am Traffic ist DE-CIX inzwischen der bedeutendste Internetknoten der Welt.

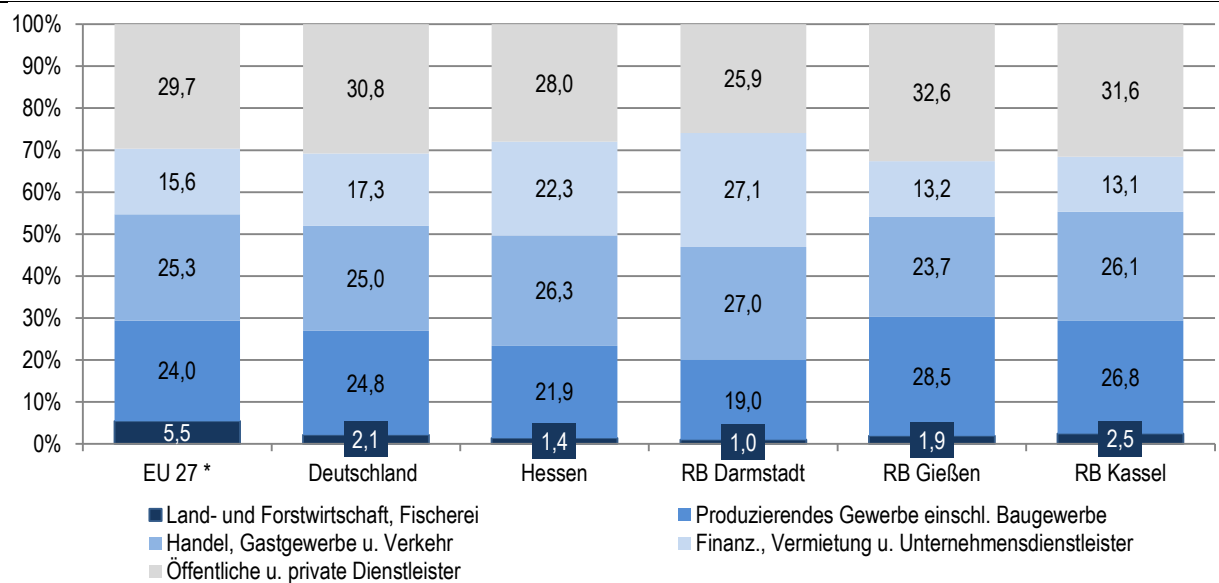
Die Stadt Darmstadt hat sich als herausragender Standort für Informations- und Telekommunikationstechnologien entwickelt: Sowohl die Deutsche Telekom als auch die Deutsche Post gehören hier zu den großen Arbeitgebern. Die zu den zehn größten Softwareanbietern der Welt zählende Software AG (SAG) hat ihre Zentrale in Darmstadt, weiterhin betreibt dort die Europäische Raumfahrtagentur ESA ihr Weltraumoperationszentrum ESOC und die Europäische Wettersatellitenorganisation EUMETSAT ist hier mit ihrem Headquarter angesiedelt. Im Regierungsbezirk Darmstadt gibt es jedoch auch Regionen (z.B. Odenwaldkreis), die einen weit unterdurchschnittlichen Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtwirtschaft aufweisen.

Abbildung 8: Sektoralstruktur der Bruttowertschöpfung im Jahr 2009



* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT und sind mit den Angaben für Deutschland, Hessen und Kreise, die aus der Regionalstatistik der EUROSTAT kommen, nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Abbildung 9: Sektoralstruktur der Erwerbstätigen (VGR) im Jahr 2009

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der EUROSTAT und sind mit den Angaben für Deutschland, Hessen und Kreise, die aus der Regionalstatistik der EUROSTAT kommen, nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

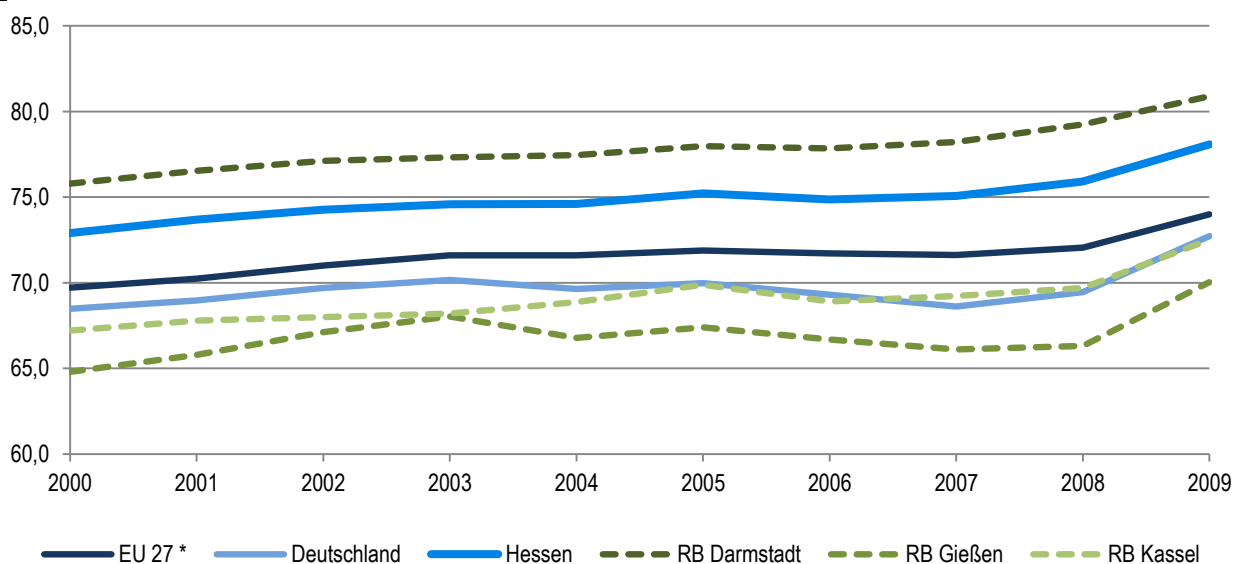
Der wirtschaftliche Strukturwandel hat sich auch in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel fortgesetzt: Während im Jahr 2000 der Regierungsbezirk Gießen einen Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt von mehr als 28 % und der Regierungsbezirk Kassel von mehr als 25 % aufwies, lag dieser Anteil im Jahr 2009 bei 24,5 % bzw. 21,7 %. Dabei wurde der stärkste Rückgang bei beiden Regierungsbezirken im Jahr 2009 im Rahmen der Finanzkrise verzeichnet. Beide Regierungsbezirke weisen allerdings im EU-Vergleich immer noch einen überdurchschnittlichen Industrieanteil an der Gesamtwirtschaft auf (18,1 % der Bruttowertschöpfung der EU-27 wird im Produzierenden Gewerbe erzeugt). Der Regierungsbezirk Gießen zeichnet sich auch durch einen höheren Industrieanteil als das Bundesgebiet insgesamt (22,2 %) aus. Eine weitere Ähnlichkeit zwischen den beiden Regierungsbezirken ist die interne Struktur des Dienstleistungssektors: In Mittel- wie in Nordhessen hat der Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ ein überdurchschnittlich hohes Gewicht. Dies ist – hinsichtlich des Wachstumspotenzials – eher ungünstig, da dieser Bereich im Gegensatz zu den unternehmensbezogenen Dienstleistungen eine vergleichsweise niedrigere Produktivität aufweist. Andererseits werden in diesem Wirtschaftsbereich auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen erfasst, die indirekt (z.B. durch Technologietransfer) das Wachstumspotenzial positiv beeinflussen können.

Jede der beiden Regionen hat aber auch ihre Besonderheiten: Der Regierungsbezirk Kassel ist stark von der Mobilitätswirtschaft geprägt. Die Kernkompetenzen sind Logistik, Fahrzeugbau / Automotive, Bahntechnik und Mobilitätsmanagement. In der wachstumsstarken Logistikbranche verfügt die Region – mit ihrer zentralen Lage –

über einen natürlichen Wettbewerbsvorteil. Herausragendes Beispiel dafür ist das weltweit größte Originalteilezentrum (OTC) von Volkswagen, welches die weltweite Ersatzteildistribution von Kassel aus sicherstellt. Mit weiteren Unternehmen wie amazon.de, Libri, German Parcel oder DPD hat sich Nordhessen längst als Logistikzentrum in Deutschland etabliert. Im Bereich des Fahrzeugbaus unterhalten Unternehmen wie Volkswagen, Daimler oder Continental nicht nur große Werke im Umland von Kassel, sondern betreiben auch aktive Forschung und Entwicklung. Die Bahntechnik wird u.a. durch die Kasseler Lokomotivfabrik der Bombardier Transportation Gruppe und das Werk der Deutschen Bahn zur Fahrzeuginstandhaltung vertreten.

Der Regierungsbezirk Gießen zeichnet sich im industriellen Bereich dagegen durch kleinere Betriebe mit Dominanz der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus aus. Auch hochinnovative Optik- und Elektrotechnikunternehmen weisen in der Region – vor allem im Lahn-Dill-Gebiet – eine hohe Konzentration auf. Stark vertreten ist das Medizin- und Gesundheitswesen, aber auch das Bildungswesen spielt in Mittelhessen eine herausragende Rolle: An den zwei Universitäten in Gießen und Marburg sowie an der Technische Hochschule Mittelhessen ist knapp ein Drittel der Studenten in Hessen eingeschrieben. Als Forschungseinrichtungen sind die Hochschulen ein wichtiger Innovationsmotor für die Region Mittelhessen.

Abbildung 10: Entwicklung des Dienstleistungssektoranteils an der Gesamtwirtschaft im Zeitraum 2000-2009: Bruttowertschöpfung (in %)



Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Die vorstehende sektorale Analyse hat zum Ergebnis, dass Hessen überdurchschnittlich stark durch den Dienstleistungssektor geprägt ist, der sich wiederum überdurchschnittlich auf den Regierungsbezirk Darmstadt konzentriert und dort zudem eine günstige interne Branchenstruktur aufweist (finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen, Verkehr). In Nord- und Mittelhessen ist das Produzierende Gewerbe, darunter auch wachstumsintensive Industriebranchen mit großem Zukunftspotenzial, überdurchschnittlich vertreten. Der dortige Tertiärsektor ist in erheblichem Maße durch öffentliche Dienstleistungen geprägt. Die wachstumsfördernden Dienstleistungssektoren weisen relativ geringe Anteile auf.

Insgesamt kann der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft allein nicht als Rezept für hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrachtet werden. Eine innovative Industrie stellt weiterhin einen wichtigen Faktor für die Prosperität einer Volkswirtschaft bzw. einer Region dar. Wichtig ist es, im Rahmen einer intelligenten Spezialisierung die jeweiligen regionalen Stärken und Chancen, die zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen, zu erkennen und zu nutzen.

3.2 Betriebsgrößenstruktur

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stellen die weitaus überwiegende Anzahl der Unternehmen in Hessen, in Deutschland und auf EU-Ebene. Die KMU werden häufig als Motor einer positiven Beschäftigungsentwicklung angesehen, und sie sind – oftmals fernab von Ballungszentren ansässig – wesentlich für die Prosperität ihrer Standortregion. Mit Großunternehmen wird hingegen häufig eine vergleichsweise geringe „Standorttreue“ assoziiert, die sich z.B. in Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland äußert. Die KMU sehen sich im Vergleich zu Großunternehmen jedoch vielfach primär größenbedingten Nachteilen gegenüber, die z.B. in Hemmnissen bei der Kapitalbeschaffung, einem erschwerten Zugang zu neuen Technologien und Problemen bei der Erschließung ausländischer Märkte bestehen können.

Wird in Anlehnung an die Definition der Europäischen Kommission⁶ vereinfachend⁷ die Zahl der Beschäftigten zu einer größenbezogenen Abgrenzung der KMU herangezogen, so fällt in Hessen der KMU-Anteil mit 99,3 % etwas geringer aus als auf Bundesebene (99,4 %), wobei innerhalb Hessens der Anteil des Regierungsbezirks Darmstadt mit 99,2 % nochmals etwas niedriger ist. Deutlicher sind die Unterschiede anhand der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu erkennen: In Hessen haben 64,5 % der Beschäftigten in derart abgegrenzten KMU ihren Arbeitsplatz (Deutschland:

6 Gemäß Amtsblatt der Europäischen Union L134/36 vom 20.05.2003 sind KMU bzw. „small and medium-sized enterprises“ (SMEs) Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und nicht mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz bzw. nicht mehr als 43 Mio. Euro Bilanzsumme, die nicht zu 25 % oder mehr im Besitz von einem oder mehreren weiteren Unternehmen gemeinsam sind, die keine KMU sind.

7 Die Grundgesamtheit der KMU nach der genauen EU-Definition kann statistisch nicht abgebildet werden. Da hier nur eins der drei Kriterien der EU Definition herangezogen wird, sollte der hier ermittelte KMU-Anteil als Obergrenze verstanden werden.

68,4 %). Der Regierungsbezirk Darmstadt liegt mit einem Anteil von 61,7 % wiederum unter dem hessischen Durchschnitt, großbetriebliche Strukturen spielen vor allem im hochverdichteten Rhein-Main-Gebiet eine wesentliche Rolle. Als Beispiele sind der Flughafen Frankfurt, der Finanzplatz Frankfurt sowie zahlreiche Großunternehmen etwa aus den Bereichen Chemie, Pharma und Automotive zu nennen.

Tabelle 9: Betriebsgrößenstruktur in Hessen im Jahr 2011*

Region	Anteil der Betriebe mit bis zu 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Betrieben in %	Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit bis zu 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Beschäftigten in %
Hessen	99,3	64,5
RB Darmstadt	99,2	61,7
RB Gießen	99,4	70,2
RB Kassel	99,4	70,0
Deutschland	99,4	68,4

* zum 30.06.2011

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen der Hessen Agentur.

Nur sehr begrenzt vergleichbare Daten von Eurostat⁸ weisen darauf hin, dass den KMU in Deutschland im Vergleich zur EU-27 eine etwas geringere Bedeutung zukommt: Für das Jahr 2008 wird für Deutschland ein Wert von 99,5 % angeführt, für die EU-27 sind es 99,8 %. Damit liegt Deutschland zusammen mit Luxemburg – vor der Slowakei – auf dem geteilten vorletzten Rang. Vergleichbares gilt für den Anteil der Beschäftigten, wo gemäß Eurostat nur im Vereinigten Königreich und in der Slowakei anteilig mehr Beschäftigte in Großunternehmen tätig sind als in Deutschland.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass beginnend mit der EU-27 über Deutschland und Hessen bis hin zum Regierungsbezirk Darmstadt die Bedeutung der KMU sinkt und im Gegenzug diejenige der Großunternehmen zunimmt. Die Unterschiede halten sich jedoch in engen Grenzen, so dass auch für Hessen dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu steigern, eine zentrale Rolle zukommt. Insgesamt gilt in wirtschaftsstruktureller Hinsicht eine gesunde Mischung zwischen KMU und Großunternehmen als erstrebenswert.

⁸ Die Angaben beziehen sich lediglich auf Unternehmen eines Teils der Volkswirtschaft. So sind z.B. der Finanzsektor, das Gesundheitswesen und zahlreiche persönliche Dienstleistungen nicht berücksichtigt. Die Daten liegen zudem für Frankreich, Griechenland und Malta nicht vor.

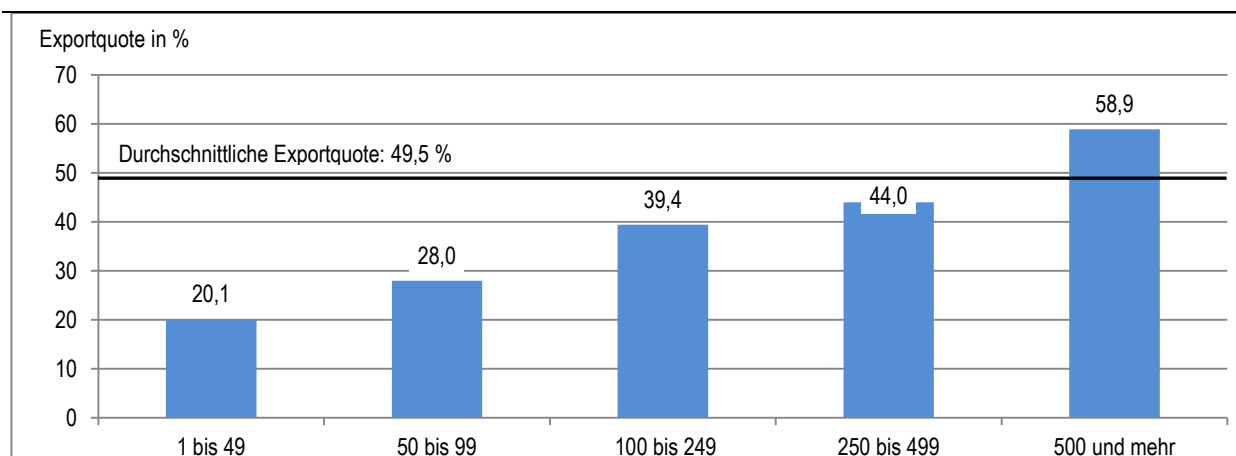
4 Internationale Verflechtungen (Ziel 3)

4.1 Exporttätigkeit

Angeichts der intensiver werdenden weltwirtschaftlichen Verflechtung, Sättigungstendenzen auf heimischen Märkten, höherer Wachstumsdynamik in Schwellenländern (z.B. den BRIC-Staaten) und zunehmender Importkonkurrenz gewinnt die Erschließung von Auslandsmärkten für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der KMU und damit für den Wohlstand einer Standortregion insgesamt weiter an Bedeutung.

Unternehmen unterhalb einer bestimmten Größe sind sicherlich nicht per se zu klein für die Erschließung von ausländischen Märkten. Ein erfolgreiches Auslandsgeschäft kann allerdings kaum „nebenher“ aufgebaut werden, sondern es bedarf gewisser Personal- und Finanzressourcen, um z.B. Kontakte zu knüpfen, steuerliche Fragen zu klären und sprachliche Barrieren zu überwinden. Viele hessische KMU nehmen deshalb von einem Auslandsengagement Abstand. So zeigt denn auch die Betrachtung von Betriebsgröße und Exportquote⁹ einen eindeutigen Zusammenhang (siehe folgende Abbildung): Während bei einer Betriebsgröße von unter 50 Beschäftigten 20,1 % des Umsatzes auf den Umsatz mit dem Ausland entfallen, beträgt bei den Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten die Exportquote mit 58,9 % fast das Dreifache dieses Wertes – und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt des hessischen Verarbeitenden Gewerbes (49,5 %).

Abbildung 11: Exportquote des hessischen Verarbeitenden Gewerbes* nach Beschäftigtengrößenklassen im Jahr 2011



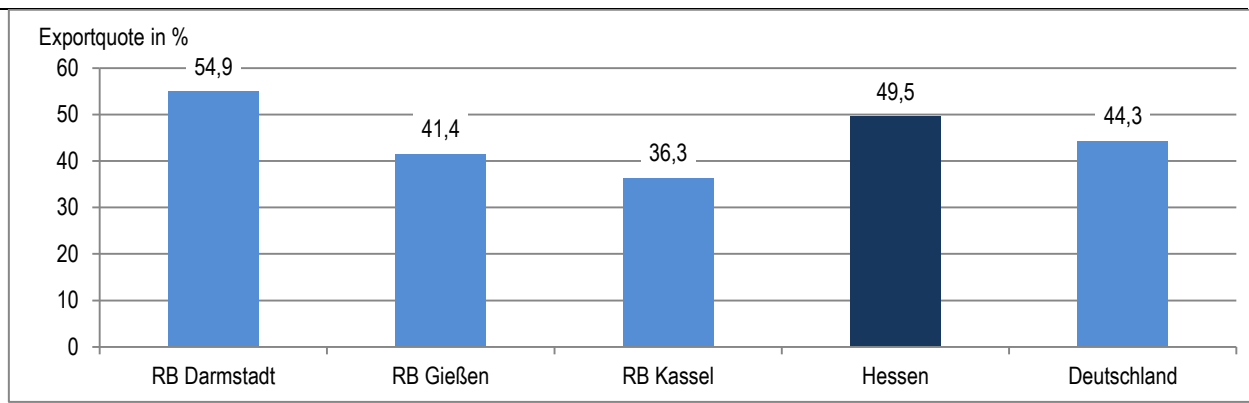
* einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

9 Die Exportquote gibt den Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz an.

Das hessische Verarbeitende Gewerbe ist besonders stark mit dem Ausland verflochten, denn die Exportquote von 49,5 % im Jahr 2011 liegt merklich über dem Vergleichswert auf Bundesebene (44,3 %), wie die folgende Abbildung zeigt. In einer höheren durchschnittlichen Betriebsgröße sowie auch der herausragenden Bedeutung der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie für Hessen, die wie kaum eine andere Branche globalisiert ist, dürften wesentliche Gründe für dieses Strukturmerkmal liegen. Auf dieser Ebene sind auch die Bestimmungsgrößen für die höhere Exportquote des Regierungsbezirks Darmstadt (54,9 %) verglichen mit dem Regierungsbezirk Gießen (41,4 %) und dem Regierungsbezirk Kassel (36,3 %) zu suchen.

Abbildung 12: Exportquote des Verarbeitendes Gewerbes* im Jahr 2011



* einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

Im Vergleich zum Warenexport ist der Außenhandel mit Dienstleistungen noch gering. Im Zuge des Strukturwandels wird es in Zukunft für Hessen – als eines der Bundesländer, in dem die Tertiärisierung besonders weit vorangeschritten ist – wichtig sein, verstärkt Chancen im Dienstleistungsexport zu erschließen. Potenziale über die im Export von Waren inkorporierten Dienstleistungen hinaus dürften vor allem bei den wissensintensiven Dienstleistungen bestehen – dies nicht zuletzt, weil deren Handelbarkeit durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtert wird.

4.2 Direktinvestitionen

Einen weiteren wichtigen Indikator für die Einbindung der hessischen Wirtschaft in das weltwirtschaftliche Geschehen stellen die Direktinvestitionen dar.¹⁰

¹⁰ Eine Direktinvestition ist eine grenzüberschreitende Investition mit dem Ziel, eine dauerhafte (Kapital-)beteiligung an einem Unternehmen im Ausland vorzunehmen.

Tabelle 10: Hessische Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland – Bestände zum Jahresende 2010*

	Direktinvestitionen im Ausland aus ...		Ausländische Direktinvestitionen in ...	
	... Hessen	... Deutschland	... Hessen	... Deutschland
in Mrd. Euro	175,4	1.075,1	77,1	522,5
darunter: EU-27	46,1	54,2	74,0	76,1
in Euro je Erwerbstätigen	55.900	26.500	24.600	12.900

*vorläufige Angaben

Quelle: Deutsche Bundesbank, Berechnungen der Hessen Agentur.

Ein Vergleich der hessischen Direktinvestitionsbeziehungen mit den entsprechenden Kapitalverflechtungen Deutschlands insgesamt zeigt Hessen als den Standort mit den deutlich intensiveren Kapitalverflechtungen: Mit 55.900 Euro je Erwerbstätigen bei den Outbound-Direktinvestitionen und 24.600 Euro je Erwerbstätigen bei den Inbound-Direktinvestitionen fallen die hessischen Werte etwa doppelt so hoch aus wie auf Bundesebene. Wenngleich es in Zeiten der Globalisierung kaum noch eine Branche gibt, die nicht im Ausland investiert – hierunter auch zahlreiche hessische KMU –, so sind die hessischen Direktinvestitionsbeziehungen doch stark durch die investiven Aktivitäten des heimischen Finanzsektors geprägt. Hessen ist nicht nur intensiver mit dem Ausland verflochten als Deutschland insgesamt, sondern die Verflechtungen sind darüber hinaus stärker außereuropäisch ausgerichtet.

Die Internationalisierung gilt nach wie vor als ein Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU zu steigern. Und obwohl Hessen bereits wirtschaftlich auf einem guten Wege ist, stellt dies nach wie vor einen vielversprechenden Ansatz zur Unterstützung des hessischen Mittelstands dar. Zumal die „Entwicklung neuer Geschäftsmodelle für KMU, insbesondere für die Internationalisierung“ auch als Investitionspriorität im Rahmen des thematischen Ziels 3 in der vorgeschlagenen EFRE-Verordnung¹¹ festgehalten wurde.

11 Vgl. KOM (2011) 614.

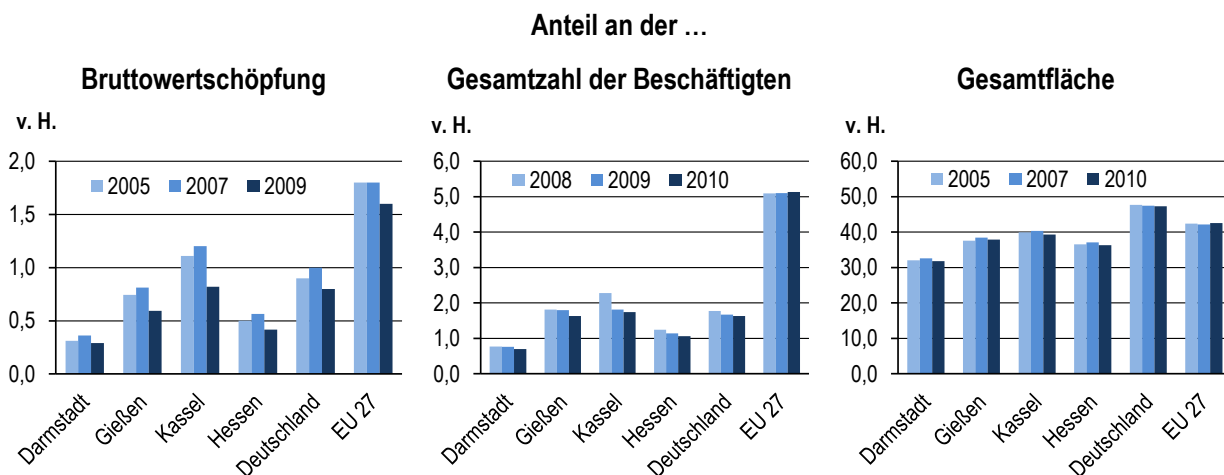
5 Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Forstwirtschaft

5.1 Volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors

Wirtschaftsleistung und Beschäftigung

Ähnlich wie in anderen Industrieländern ist auch in Hessen schon seit geraumer Zeit die volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors sehr gering. Der Anteil des Wirtschaftsbereiches Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei an der Bruttowertschöpfung und an der Zahl der Beschäftigten ist jeweils im hessischen Durchschnitt niedriger als im Bundesdurchschnitt bzw. im EU-Durchschnitt. Im Jahr 2009 waren in Hessen rund 31.000 Beschäftigte und somit 1,1 % aller Beschäftigten im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei tätig. Im Bundesdurchschnitt und im Durchschnitt der EU-27 beliefen sich die entsprechenden Werte auf 1,7 % bzw. 5,1 %. Was die agrarwirtschaftliche Wirtschaftsleistung betrifft, so wurde im Jahre 2009 in Hessen eine sektorale Bruttowertschöpfung von rund 800 Mio. Euro erzielt, was einem Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 0,4 % entsprach. Dieser Wert unterschreitet merklich die entsprechenden Anteile für Deutschland und die EU, die in 2009 bei 0,8 % bzw. 1,6 % lagen.

Abbildung 13: Anteil des Wirtschaftsbereichs Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei an der Bruttowertschöpfung bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten und Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche



* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eurostat.

In den für die EU ausgewiesenen Anteilen spiegelt sich wider, dass in einigen EU-Ländern – so etwa in Griechenland, Rumänien und Bulgarien – dem Agrarsektor nach wie vor sowohl wertschöpfungsmäßig als auch beschäftigungsmäßig eine vergleichs-

weise hohe strukturelle Bedeutung zukommt. Gleichzeitig ist jedoch die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in den betreffenden Ländern geringer als in wirtschaftlich weiter entwickelten Ländern wie beispielsweise Frankreich, den Niederlanden, Deutschland (bzw. Hessen) oder dem Vereinigten Königreich.

Innerhalb Hessens ist hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Agrar- und Forstsektors ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. Ferner ist der agrarwirtschaftliche Anteil an Wirtschaftsleistung und Beschäftigtenzahl in Hessen jeweils beachtlich niedriger als in Deutschland insgesamt und in der EU. Zu beachten ist hier der Umstand, dass im Ballungsraum des Rhein-Main-Gebiets zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe typischerweise unter den Bedingungen einer periurbanen Agrarwirtschaft operieren, die unter anderem durch eine hohe Arbeitsproduktivität mit einem entsprechenden Lohnniveau, eine große regionale Wirtschaftskraft, eine hohe Innovationsdichte und eine ausgeprägte Flächenknappheit gekennzeichnet ist. Zudem profitiert die Landwirtschaft in derartigen Regionen von einem standortnahen umfangreichen Absatzpotenzial.

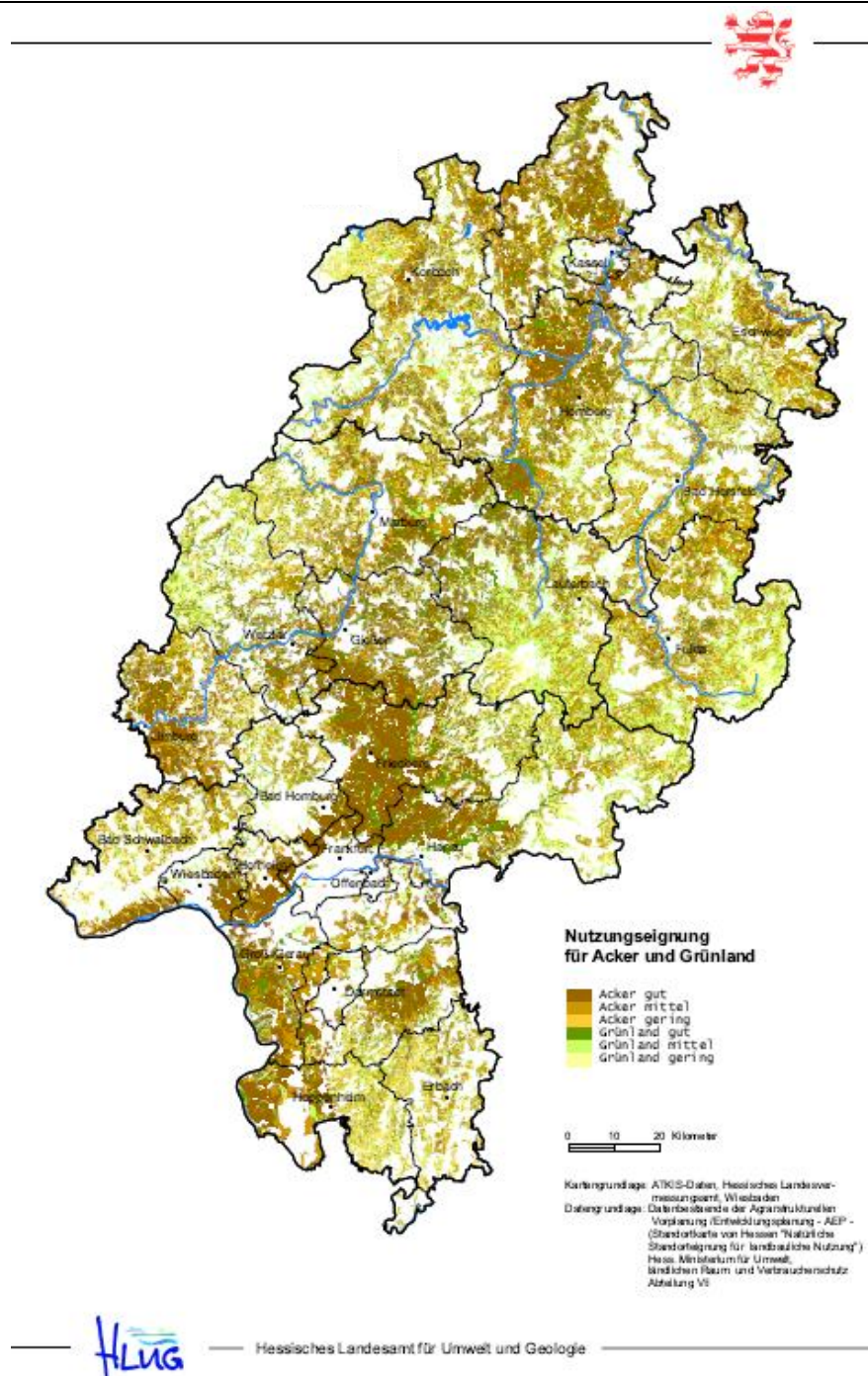
In jüngster Zeit ist sowohl in Hessen als auch in Deutschland insgesamt und der EU der agrarwirtschaftliche Anteil an der Wirtschaftsleistung weiter zurückgegangen, was sich mit den im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen unterproportionalen Wachstumsraten des Sektors begründen lässt. Zudem unterliegt die Wertschöpfung des Agrarsektors nicht nur gesamtwirtschaftlichen Konjunkturzyklen und Preisschwankungen auf den Agrarmärkten, sondern auch klimatisch bedingten bzw. witterungsbedingten Ertrags- und Preisschwankungen.

Der Beschäftigtenanteil des Agrarsektors hat sich in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland insgesamt ebenso wie in Hessen in nur geringem Ausmaß verringert, im Regierungsbezirk Kassel ist er allerdings in Relation zum Ausgangsniveau merklich zurückgegangen.

Flächennutzung

Siedlungs- und wirtschaftsstrukturell bedingt ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Regierungsbezirk Darmstadt erheblich geringer als in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel. Diese regionale Differenzierung ist beispielsweise daraus ersichtlich, dass im Jahre 2010 die entsprechenden Flächenanteile bei 32 % (Regierungsbezirk Darmstadt) bzw. 38 % (Regierungsbezirk Gießen) und 39 % (Regierungsbezirk Kassel) lagen (siehe Abbildung 13 und Abbildung 16 auf S. 35). Besonders hoch ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche u. a. in einigen Teilräumen mit günstigen Standorteigenschaften für den Ackerbau (vergleiche hierzu Abbildung 14), so etwa im Wetteraukreis (49 %) und in den Kreisen Limburg-Weilburg (44 %) und Darmstadt-Dieburg (40 %).

Abbildung 14: Landwirtschaftliche Standortqualitäten in Hessen



Hinweis: Zur Ermittlung der Eignungsbewertung (Stand 1999) dienten die Standortfaktoren:

- Boden (Bodenzahlen der Reichsbodenschätzung, tlw. korrigiert)
- Relief (Gefällewerte nach Bodenerosion und Technisierungsgrad)
- Klima (durchschnittliche Jahresniederschläge und Dauer der Vegetationsperiode)

Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Aber auch in einigen Erzeugerregionen, die in weiten Teilen durch die Grünlandwirtschaft geprägt sind, hat der Agrarsektor hinsichtlich der Landnutzung eine sehr hohe Bedeutung. Genannt seien hier exemplarisch der Kreis Fulda (Flächenanteil: 46 %), der Vogelsbergkreis (55 %) und der Kreis Marburg-Biedenkopf (41 %). Der diesbezügliche hessische Landesdurchschnitt von 36 % unterschreitet merklich den Bundesdurchschnitt, der mit 47 % den EU-Durchschnitt (43 %) übersteigt. Zum Vergleich: Der Anteil der Gebäude- und Freifläche an der gesamten Bodenfläche bemaß sich im Jahre 2010 in Hessen auf 7,3 % und im Bundesgebiet auf 6,9 %. Im Regierungsbezirk Darmstadt belief sich der entsprechende Anteil aufgrund der hohen Siedlungsverdichtung gar auf 10,0 %, im Regierungsbezirk Gießen und im Regierungsbezirk betrug er 6,5 % bzw. 5,5 %. Im Unterschied zum Bundesdurchschnitt blieb ferner der Anteil der Gebäude- und Freifläche im hessischen Durchschnitt in jüngerer Zeit nahezu unverändert, denn in 2004 hatte er in Hessen ebenfalls bei 7,3 % (Bundesgebiet: 6,7 %) gelegen.

Obwohl gerade in der Rhein-Main-Region die landwirtschaftliche Bodennutzung in einer starken Konkurrenz zu anderen Formen der Flächenbewirtschaftung steht, hat sich dort im Vergleich zwischen 2005 und 2010 der Anteil der statistisch nach dem Betriebsprinzip ermittelten landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche kaum verringert. Für die anderen hessischen Landesteile ebenso wie für Deutschland insgesamt und die EU lässt sich Analoges festhalten. Hiervon abzugrenzen ist allerdings die Entwicklung der statistisch nach dem Belegenheitsprinzip erfassten Landwirtschaftsfläche, auf die im folgenden Kapitel näher eingegangen wird.¹²

¹² In der amtlichen Statistik umfasst die Landwirtschaftsfläche „Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft, dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Hierzu zählen auch die unkultivierten Moor- und Heideflächen sowie unbebaute Flächen, die dem landwirtschaftlichen Betrieb dienen. Die Landwirtschaftsfläche unterscheidet sich von der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Bodennutzungserhebung durch die Einbeziehung der Kleinstflächen, der Haus- und Kleingärten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, des Brachlandes sowie der Heide- und Moorflächen“ (Hessisches Statistisches Landesamt, 2012, Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2011, S. 2, Wiesbaden, 2012).

5.2 Betriebsstruktur der Landwirtschaft

Der in Hessen bereits seit etwa sechzig Jahren wirksame Agrarstrukturwandel hat sich im vergangenen Jahrzehnt fortgesetzt, was sich insbesondere an der Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe ablesen lässt (siehe Tabelle 11 und Abbildung 15).

Tabelle 11: Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche

Region	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (1.000)						Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1.000 ha)					
	2003	2005	2007	2010*	Ver. 03/05, v. H.	Ver. 05/07, v. H.	2003	2005	2007	2010*	Ver. 03/05, v. H.	Ver. 05/07, v. H.
RB Darmstadt	8.1	7.5	7.1	5.8	- 7,3	- 5,7	234	238	243	237	1,8	1,8
RB Gießen	6.4	5.8	5.6	4.5	- 8,3	- 4,8	200	202	207	204	1,1	2,3
RB Kassel	11.1	10.3	9.7	7.6	- 6,9	- 5,7	329	331	334	326	0,6	0,9
Hessen	25.5	23.6	22.4	17.8	- 7,4	- 5,5	763	772	784	766	1,1	1,6
Deutschland	412.3	389.9	370.5	299.1	- 5,4	- 5,0	17.008	17.035	16.954	16.890	0,2	- 0,5
EU 27	15.021.0	14.482.0	13.700.4	13.700.0	- 3,6	- 5,4	183.624	183.241	182.264	183.875	- 0,2	- 0,5

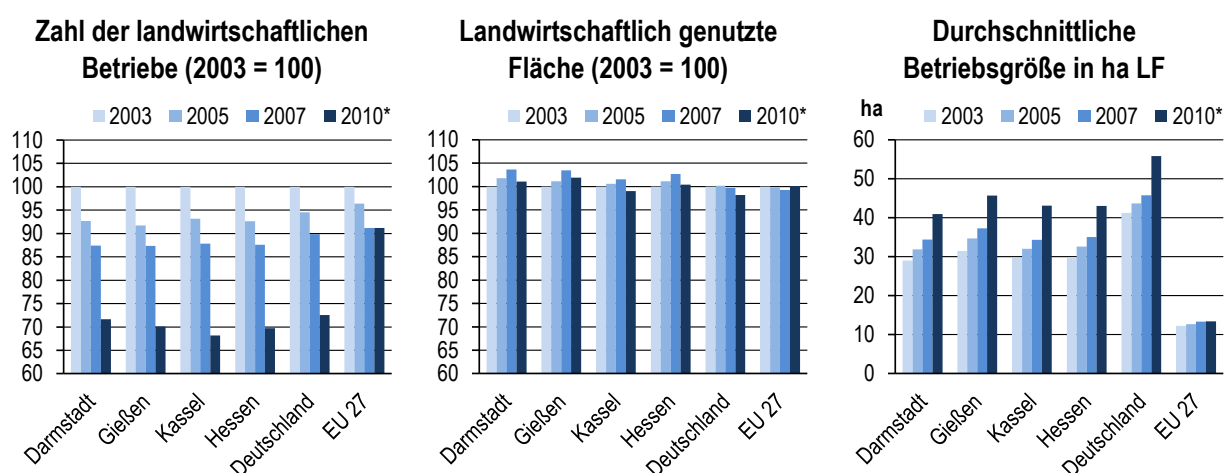
* Ab 2010 neuer Berichtsreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eurostat.

In jüngster Zeit hat sich offenbar einhergehend mit der sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe nochmals beschleunigt, denn von 2003 bis 2007 hat sich deren Zahl in Hessen mit einer Abnahme um 14 % stärker reduziert als in Deutschland insgesamt und in der gesamten EU, wo die Zahl der Betriebe um 11 % bzw. 10 % zurückgegangen ist. Auch unterscheiden sich die Veränderungsdaten für die drei hessischen Regierungsbezirke nur unwesentlich voneinander. Bei einer Betrachtung kürzerer Zeiträume stellen sich die regionalen Unterschiede bei der Veränderungsdynamik unterschiedlich dar: Während im Zeitraum von 2003 bis 2005 die Verringerung der Zahl der Betriebe in Hessen stärker ausfiel als im Bundesdurchschnitt bzw. in der EU, lagen die regionalen relativen Veränderungen von 2005 bis 2007 in sehr ähnlichen Größenordnungen.¹³

¹³ In den Agrarstrukturerhebungen 2003 und 2007 wurden noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 2 ha berücksichtigt. Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2010 wurde dann die Erfassungsgrenze auf 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche hinaufgesetzt. Daher sind konsistente Vergleiche zwischen den Bezugsjahren 2007 bzw. 2003 und 2010 nicht möglich.

Abbildung 15: Zahl der Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichem Betrieb 2003, 2005, 2007, 2010



* Ab 2010 neuer Berichtskreis

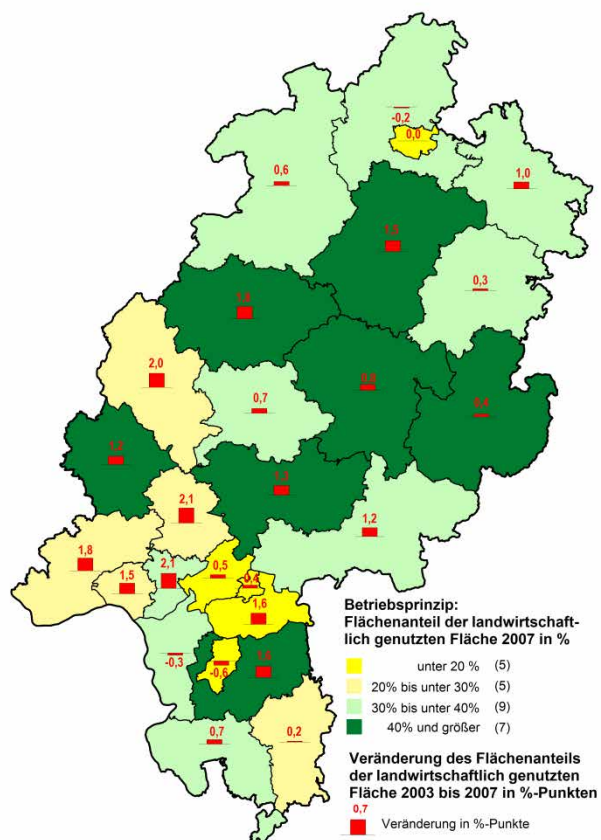
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eurostat.

Landwirtschaftliche Flächennutzung

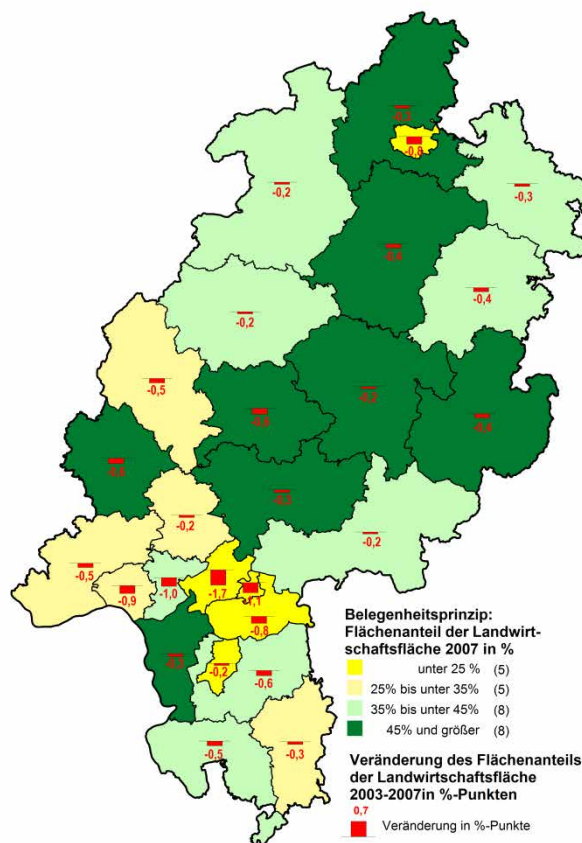
Im Gegensatz zur Zahl der Betriebe hat sich der Umfang der nach dem Betriebsprinzip statistisch erfassten Fläche, die in den Agrarbetrieben tatsächlich landwirtschaftlich genutzt wird, von 2003 bis 2007 sowohl in Hessen als auch im Bundesdurchschnitt und im EU-Durchschnitt nur unwesentlich verändert. In nahezu sämtlichen hessischen Kreisen hat der Anteil der – statistisch nach dem Betriebsprinzip erfassten – landwirtschaftlich genutzten Fläche an der regionalen Gesamtbodenfläche von 2003 bis 2007 sogar leicht zugenommen. Überproportionale Zuwachsraten sind u. a. für Teilregionen des Rhein-Main-Gebiets, die sich durch vorteilhafte Standortqualitäten auszeichnen, festzustellen, so beispielsweise für den Stadtkreis Wiesbaden, den Main-Taunus-Kreis und den Kreis Darmstadt-Dieburg. Aber auch in solchen Regionen, die in weiten Teilen durch Mittelgebirge geprägt sind, hat sich offenbar der Flächenanteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche markant vergrößert, so etwa im Hochtaunuskreis wie auch im Lahn-Dill-Kreis und im Kreis Marburg-Biedenkopf. All dies weist darauf hin, dass in Hessen in Phasen mit einer günstigen Agrarkonjunktur zusätzliche Flächen in die landwirtschaftliche Nutzung überführt werden, und zwar sowohl an Gunstandorten als auch an Grenzstandorten. Gestützt wird diese Folgerung im Hinblick auf den hier untersuchten Zeitraum auch durch die Entwicklung der Relation aus der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der – statistisch nach dem Belegenheitsprinzip erfassten – Landwirtschaftsfläche, die sich in Hessen von 0,84 im Jahre 2003 auf 0,88 im Jahre 2007 erhöht hat. Dies bedeutet umgekehrt, dass die Nutzung solcher Flächen, die vormals brachgelegen haben, attraktiv geworden ist. Das in Hessen lange Zeit latente Problem der „Sozialbrache“ spielt offenbar nur noch eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 16: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Landwirtschaftsfläche an der gesamten Bodenfläche und Entwicklung des betreffenden Flächenanteils in den hessischen Kreisen in v. H.

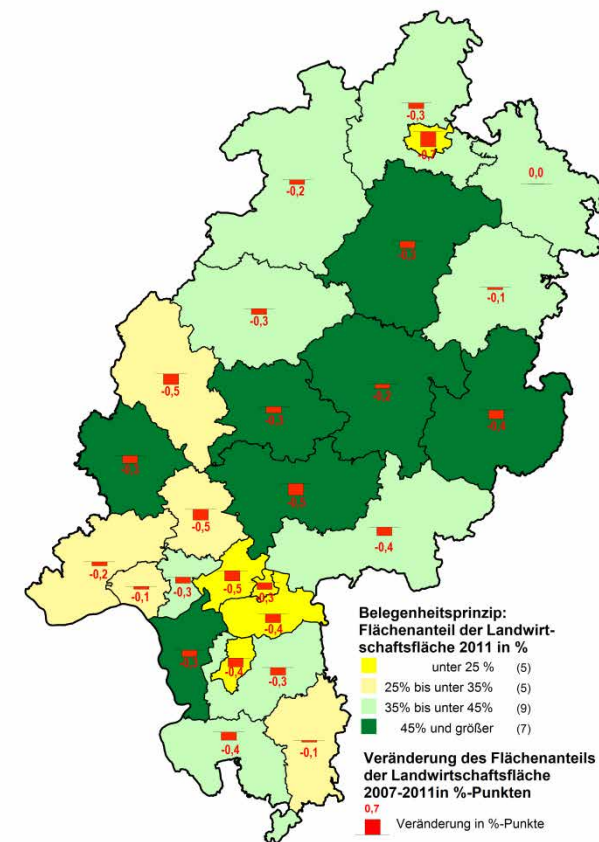
**Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2007
in v. H. und Veränderung dieses Anteils
von 2003 bis 2007 in Prozentpunkten**



**Anteil der Landwirtschaftsfläche 2007
in v. H. und Veränderung dieses Anteils
von 2003 bis 2007 in Prozentpunkten**



**Anteil der Landwirtschaftsfläche 2011 in
v. H. und Veränderung dieses Anteils
von 2007 bis 2011 in Prozentpunkten**



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing

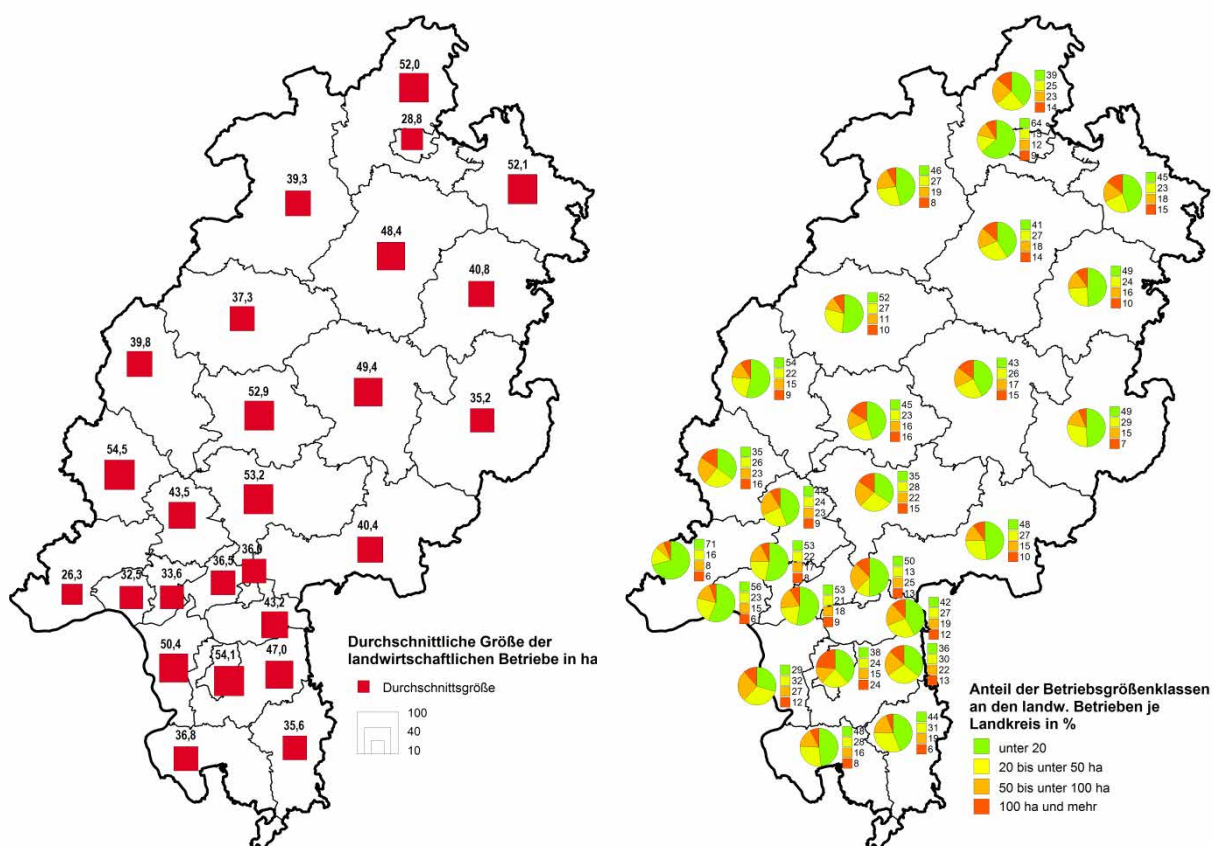
Liegt allerdings der Untersuchungsfokus auf der Fläche, welche der Landwirtschaft tatsächlich zur Verfügung steht bzw. potenziell agrarisch nutzbar ist, so bietet sich als Messgröße die Landwirtschaftsfläche an. Betrachtet man deren jüngere Veränderungen, so zeigt sich eine nicht unerhebliche Schrumpfung der betreffenden Flächenanteile, die im Wesentlichen auf Umnutzungen – so etwa in Gebäude- und Freiflächen – zurückzuführen ist. Von 2004 bis 2011 verringerte sich nämlich der Anteil der Landwirtschaftsfläche in Hessen von 42,6 % auf 42,1 %, verglichen mit einem Rückgang auf Bundesebene von 53,0 % auf 52,3 %. Innerhalb Hessens war dieser Rückgang in einigen der hochverdichteten Teilräume der Rhein-Main-Region besonders ausgeprägt, so z.B. im Stadtkreis Frankfurt wie auch im Landkreis Offenbach und im Main-Taunus-Kreis. Im Vergleich zwischen verschiedenen Zeiträumen ist allerdings eine leichte Abschwächung dieses Wandels in der Flächennutzung erkennbar. Während nämlich im Zeitraum von 2003 bis 2007 in Hessen der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der gesamten Bodenfläche noch um 0,4 Prozentpunkte abgenommen hatte, erfolgte im Zeitraum von 2007 bis 2011 ein Rückgang des entsprechenden Anteils um 0,3 Prozentpunkte. Ob dies tatsächlich erste Anzeichen für eine Verringerung der Flächennutzungskonkurrenz sind, lässt sich hieraus nicht eindeutig erkennen. Von Bedeutung dürfte diesbezüglich auch die Tatsache sein, dass der Widerstand seitens der Landwirte gegen eine weitere Umwandlung von Landwirtschaftsflächen in der Rhein-Main-Region in jüngster Zeit zugenommen hat.¹⁴

Was die in den Agrarbetrieben landwirtschaftlich genutzte Fläche betrifft, so wird im Zeitverlauf eine nahezu gleichbleibende Fläche von immer weniger landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet, was sich wiederum in der betrieblichen Größenstruktur niederschlägt. Von 2003 bis 2007 stieg die mittlere Betriebsgröße in Hessen von 30 ha auf 35 ha; im Jahre 2010 belief sich die durchschnittliche Flächenausstattung auf 43 ha, was – ebenso wie die jeweiligen Vergleichswerte für 2003, 2005 und 2007 – deutlich unter dem diesbezüglichen Bundesdurchschnitt von 56 ha lag. Im Hinblick auf die Dynamik des Wandels in der Betriebsgrößenstruktur lässt sich – gemessen an der jeweiligen Differenz zwischen den Werten für Hessen und für Deutschland – von einem „Aufholprozess“ der hessischen Landwirtschaft sprechen. Stellt man zudem einen Vergleich mit dem EU-Durchschnitt an, so fällt auf, dass letzterer im Jahre 2010 mit einer Flächenausstattung von 13 ha die entsprechenden Werte für Hessen bzw. Deutschland erheblich unterschritt. Dies lässt sich mit den innerhalb Europas sehr ausgeprägten regionalen Unterschieden in der Agrarstruktur begründen, denn in derartigen – hochaggregierten – Messzahlen spiegeln sich auch die Mittelwerte für Länder mit eher großen landwirtschaftlichen Betrieben – z.B. das Vereinigte Königreich und Dänemark – und für solche mit einer ausgeprägten Dominanz von Klein- und Kleinstbetrieben – z.B. Polen und Portugal – wider.

14 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.02.2013): „Freie Flächen sind doch nicht nutzlos“. S. 33.

Innerhalb Hessen finden sich besonders kleine landwirtschaftliche Betriebe vor allem in den in weiten Teilen durch die Grünlandnutzung geprägten Mittelgebirgen, beispielsweise in der Rhön und im Odenwald. Im Jahre 2010 lagen im Landkreis Fulda und im Odenwaldkreis die mittleren Betriebsgrößen bei jeweils rund 35 ha Nutzfläche. In diesen Kreisen ist zudem der Anteil der Betriebe mit einer Nutzfläche von 100 oder mehr ha an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit jeweils rund 6 % außerordentlich niedrig.

Abbildung 17: Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe und Anteile ausgewählter Betriebsgrößenklassen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den hessischen Kreisen 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Am anderen Ende des Betriebsgrößenspektrums liegen die schwerpunktmäßig in den Gunstregionen – so etwa in der Rhein-Main-Tiefebene und im Limburger Becken – lokalisierten wettbewerbsstarken Großbetriebe. Diese brachten es im Jahre 2010 auf Durchschnittsgrößen von beispielsweise 50 ha im Kreis Groß-Gerau oder 55 ha im Kreis Limburg-Weilburg. Die Anteile der Betriebe mit 100 oder mehr ha Nutzfläche be-

liefen sich in diesen Kreisen auf 12 % bzw. 16 %. Diese vergleichsweise hohen Proportionen tragen wiederum positiv zur Konkurrenzfähigkeit der regionalen Agrarwirtschaft bei.

Investitionsverhalten in der Landwirtschaft

Die Größenentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe steht darüber hinaus in einem engen Zusammenhang mit den Veränderungen der agrarwirtschaftlichen Realkapitalbestände. Diese hängen stark von der Kapitalintensität ab, die je nach Betriebssystem sehr unterschiedlich ausfällt. Das Investitionsverhalten von Landwirten wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst, so etwa den Finanzierungsspielräumen, den unternehmerischen Strategien und den Zukunftsaussichten der landwirtschaftlichen Betriebe. Letztere werden wiederum nicht zuletzt von der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur geprägt. So sind während der Finanz- und Wirtschaftskrise die Nettoinvestitionen sowohl in Hessen als auch in Deutschland insgesamt erheblich zurückgegangen, um während des nachfolgenden konjunkturellen Aufschwungs wieder deutlich anzusteigen (siehe Tabelle 12).

Im Wirtschaftsjahr 2011/12 waren die Nettoinvestitionen, die im Durchschnitt der gesamten erfassten landwirtschaftlichen Betriebe getätigt wurden, in Hessen mit 13.900 Euro höher als das mittlere Investitionsvolumen auf Bundesebene, das sich auf 13.200 Euro bemaß. Im Ackerbau (siehe zu den einzelnen Produktionszweigen auch Kapitel 5.4) war die Differenz zwischen dem entsprechenden hessischen Durchschnitt – 16.800 Euro – und dem Bundesdurchschnitt – 15.300 Euro – merklich größer, und auch im Hinblick auf das Investitionsvolumen je ha LF zeigt sich für Hessen ein deutlich höherer Wert (174 Euro) als für das Bundesgebiet insgesamt (111 Euro). Dies sind weitere Hinweise auf die komparative Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Ackerbaubetriebe.

Hiervon abweichend stellen sich die regionalen Unterschiede bei den Investitionsvolumina in der Milchviehhaltung dar, denn diese fallen sowohl je Betrieb als auch je ha LF auf Bundesebene merklich größer aus als in Hessen. Im Wirtschaftsjahr 2011/12 wurden je Milchviehbetrieb in Hessen Investitionen im Umfang von 15.800 Euro getätigt, verglichen mit einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von 17.300 Euro auf Bundesebene. Je ha LF beliefen sich die Investitionsbeträge auf 183 Euro in Hessen und auf 270 Euro im Bundesgebiet insgesamt. Die unterproportional ausgeprägten Investitionsaktivitäten in der hessischen Milchviehwirtschaft können langfristig durchaus zur Folge haben, dass sich die komparativen strukturellen Nachteile dieses Sektors in Hessen verstärken werden.

Tabelle 12: Nettoinvestitionen in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und in Deutschland in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12, differenziert nach Betriebstypen

Nettoinvestitionen		Insgesamt	Ackerbau	Gartenbau	Futterbau	Milchvieh	Veredelung	Gemischt (Verbund)	Pflanzenbau / Viehhaltung
Hessen *									
je landwirtschaftlichem Betrieb in 1.000 Euro	2007/08	11,0	15,1	- 2,2	12,6	16,1	39,4	7,0	7,5
	2008/09	12,3	17,0	0,6	11,2	12,7	2,0	14,1	20,2
	2009/10	2,3	7,6	7,3	1,5	2,1	-18,2	0,3	2,2
	2010/11	11,7	33,5	-5,1	10,2	12,6	-1,3	4,6	6,3
	2011/12	13,9	16,8	-7,4	14,7	15,8	18,9	15,4	18,5
je ha LF-in Euro	2007/08	155	184	-1.135	169	228	693	89	88
	2008/09	173	200	321	155	184	41	179	239
	2009/10	31	88	3.312	21	30	- 338	4	26
	2010/11	142	342	-2.046	115	146	- 17	56	71
	2011/12	168	174	-3.492	169	183	232	178	198
Deutschland *									
je landwirtschaftlichem Betrieb in 1.000 Euro	2007/08	9,2	15,8	-1,3	8,7	9,5	4,9	10,9	12,4
	2008/09	8,4	18,2	-2,1	7,0	7,8	3,4	8,4	9,0
	2009/10	3,0	8,1	-1,6	1,3	0,7	13,8	1,4	2,0
	2010/11	10,9	21,8	3,7	10,3	12,3	8,8	9,8	7,3
	2011/12	13,2	15,3	4,3	15,7	17,3	9,1	11,9	10,9
je ha LF-in Euro	2007/08	147	139	- 242	155	179	105	154	162
	2008/09	134	160	- 386	126	149	69	119	115
	2009/10	47	72	- 332	23	14	275	19	26
	2010/11	147	157	581	153	191	141	119	77
	2011/12	179	111	643	233	270	149	143	115

* Veränderung der Erfassungsmethodik zum Wirtschaftsjahr 2010/11.

Quelle: Testbetriebsnetz des BMELV.

Finanzierungsverhältnisse in der Landwirtschaft

Verglichen mit den Investitionsvolumina unterliegt offenbar die Ausstattung der Agrarbetriebe mit Eigenkapital bzw. Fremdkapital geringeren zeitlichen Schwankungen (siehe Tabelle 13). Zudem unterscheidet sich im regionalen Vergleich zwischen Hessen und dem Bundesgebiet insgesamt die Finanzierungsstruktur der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe erheblich. Im Wirtschaftsjahr 2011/12 fiel für den Agrarsektor die Eigenkapitalquote auf Bundesebene um knapp 7 Prozentpunkte höher aus als in Hessen. Besonders markante Unterschiede zeigen sich u. a. für die Erzeugungszweige Milchviehwirtschaft und Veredelungswirtschaft, in denen die durchschnittlichen Eigenkapitalquoten der hessischen Betriebe um 9 Prozentpunkte bzw. 8 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bundesdurchschnitt lagen.

Tabelle 13: Eigenkapitalquoten und Fremdkapitalquoten in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und in Deutschland in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12, differenziert nach Betriebstypen

Nettoinvestitionen		Insgesamt	Ackerbau	Gartenbau	Futterbau	Milchvieh	Veredelung	Gemischt (Verbund)	Pflanzenbau / Viehhaltung
Hessen *									
Eigenkapital- quote in v. H.	2007/08	74,0	78,9	34,4	73,3	74,0	55,4	79,1	75,9
	2008/09	75,7	80,0	57,4	74,6	75,6	58,0	77,6	75,2
	2009/10	74,7	77,6	48,9	74,2	74,1	59,7	77,8	75,3
	2010/11	72,8	77,7	56,7	70,0	69,5	60,1	78,7	77,1
	2011/12	71,4	75,8	23,1	69,9	69,9	65,9	77,1	76,4
Fremdkapital- quote in v. H.	2007/08	21,3	15,5	48,8	23,4	22,4	35,9	17,5	20,1
	2008/09	20,1	14,7	35,0	22,2	21,5	36,4	18,6	20,7
	2009/10	21,3	17,6	40,9	22,8	22,8	35,4	18,7	21,2
	2010/11	22,9	18,0	34,9	25,9	26,0	34,6	17,4	19,8
	2011/12	22,9	17,7	29,9	25,9	25,9	29,3	19,8	20,1
Deutschland *									
Eigenkapital- quote in v. H.	2007/08	80,2	82,0	44,7	82,7	82,9	72,4	80,6	80,3
	2008/09	80,0	81,1	45,1	82,2	82,5	73,4	81,1	81,0
	2009/10	79,6	81,1	42,4	81,7	81,9	73,5	80,7	80,7
	2010/11	78,3	80,3	45,2	79,2	79,1	73,6	80,2	80,3
	2011/12	78,1	80,2	48,4	78,9	78,9	74,1	79,4	79,1
Fremdkapital- quote in v. H.	2007/08	17,3	15,6	44,6	15,1	14,9	24,7	17,3	17,4
	2008/09	17,6	16,4	44,6	15,6	15,4	24,0	16,8	16,8
	2009/10	17,9	16,4	46,7	16,2	15,9	23,9	17,4	17,3
	2010/11	19,3	17,3	45,0	18,3	18,3	24,0	17,9	17,8
	2011/12	19,4	17,2	41,1	18,7	18,6	23,8	18,8	19,1

* Veränderung der Erfassungsmethodik zum Wirtschaftsjahr 2010/11.

Quelle: Testbetriebsnetz des BMELV.

Auch in den anderen hier erörterten Erzeugungszweigen unterschreiten die hessischen Eigenkapitalquoten die gesamtdeutschen Vergleichswerte jeweils erheblich. Am geringsten fallen die betreffenden Unterschiede bei den Verbundbetrieben mit gemischter Struktur (2 Prozentpunkte) und den Betrieben mit Pflanzenbau-Viehhaltungs-Kombination (3 Prozentpunkte) aus. Die im innerdeutschen Vergleich eher ungünstige Eigenkapitalausstattung der hessischen Agrarbetriebe beeinträchtigt auch deren Spielräume zur Bewältigung von konjunkturbedingten Ertragsproblemen.

5.3 Arbeitsallokation, Einkommensverhältnisse und Erwerbsstruktur in der hessischen Landwirtschaft

Ebenso wie die Zahl der Betriebe ist auch die Zahl der Arbeitskräfte in der hessischen Landwirtschaft in jüngster Zeit nochmals zurückgegangen.

Tabelle 14: Arbeitseinsatz in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

Region	Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (1.000)				Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfteeinheiten (1.000)			
	2003	2007	2010 *	Ver. 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010*	Ver. 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	34	32	29	- 4,0	13	12	11	- 11,4
RB Gießen	16	14	11	- 11,8	7	6	5	- 19,8
RB Kassel	28	23	18	- 16,3	12	9	9	- 21,4
Hessen	77	69	58	- 10,0	32	27	26	- 17,0
Deutschland	1.303	1.251	1.080	- 4,0	610	592	546	- 2,9
EU 27	30.516	26.669	n. v.	- 12,6	13.275	11.855	11.028	- 10,7

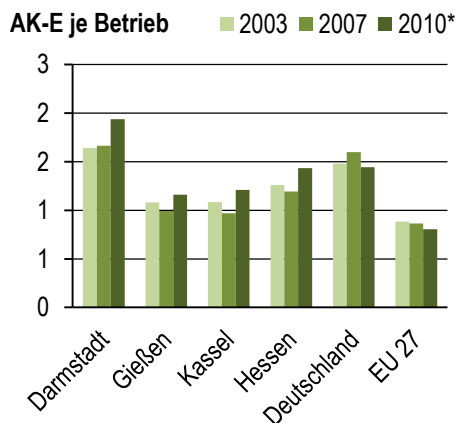
* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eurostat.

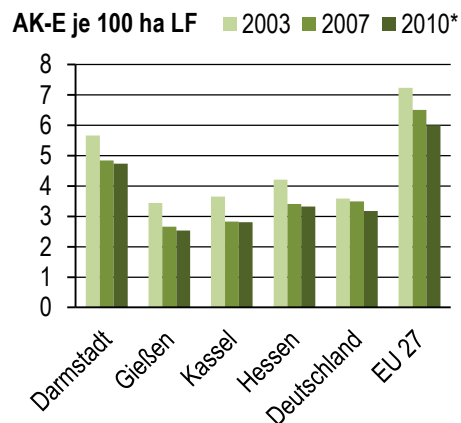
Der in Arbeitskräfteeinheiten (AK-E) gemessene Arbeitskräftebesatz je Betrieb wie auch je Flächeneinheit ist im Regierungsbezirk Darmstadt im Vergleich zwischen den hessischen Landesteilen am intensivsten und zudem höher als im Bundesgebiet insgesamt (siehe Abbildung 18). Gleichzeitig war im Jahre 2010 in Südhessen der Anteil der Familienarbeitskräfte mit 52 % beachtlich geringer als in Mittelhessen und Südhessen, wo die Vergleichswerte bei 77 % bzw. 82 % lagen. Dies lässt sich vor allem mit der im Rhein-Main-Gebiet großen agrarstrukturellen Bedeutung von Sonderkulturen, die einen umfangreichen Einsatz von Saison- bzw. Lohnarbeitskräften erfordern, erklären. Beispielsweise weisen der stark durch den Weinbau geprägte Rheingau-Taunus-Kreis, und der Kreis Groß-Gerau, der eine naturräumlich begünstigte Erzeugerregion für den Obst- und Gemüseanbau darstellt, mit 7,8 AK-E bzw. 7,0 AK-E je ha jeweils eine hohe Arbeitsintensität in Relation zur Nutzfläche auf (siehe Abbildung 19). Im Vergleich hierzu sind die Arbeitsintensitäten in der bedeutenden Ackerbauregion des Wetteraukreises wie auch im Lahn-Dill-Kreis, einem Mittelgebirgsraum mit hohem Grünlandanteil, mit 2,7 AK-E bzw. 2,3 AK-E erheblich niedriger.

Abbildung 18: Arbeitskräftebesatz in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

Arbeitskräftebesatz je landwirtschaftlichem Betrieb



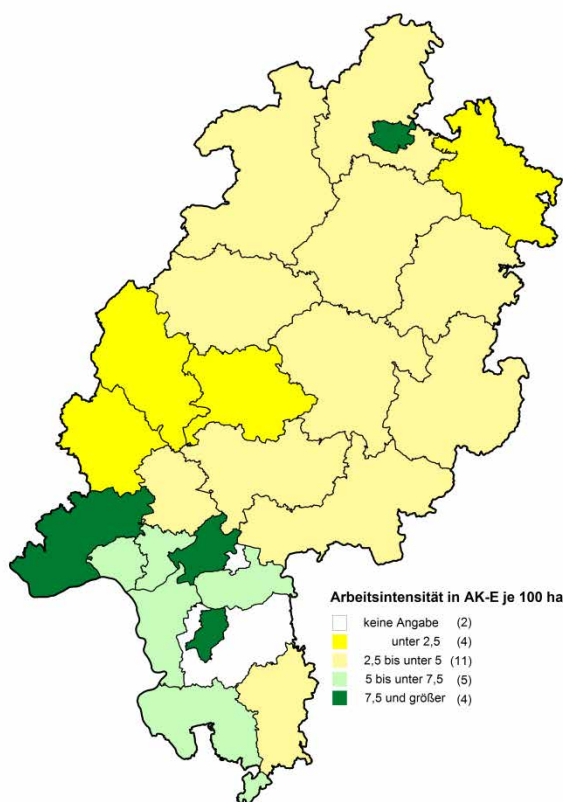
Arbeitskräftebesatz je 100 ha LF



* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

Abbildung 19: Arbeitskräftebesatz je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in den hessischen Kreisen 2010



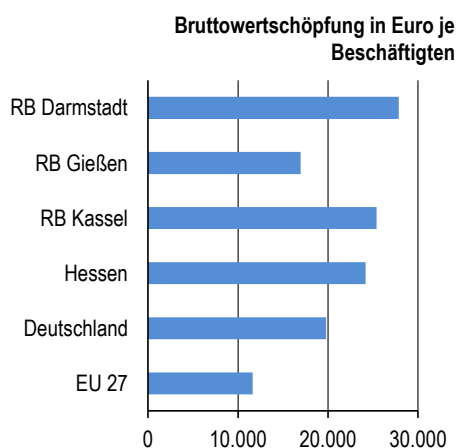
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Hofnachfolge in den Agrarbetrieben

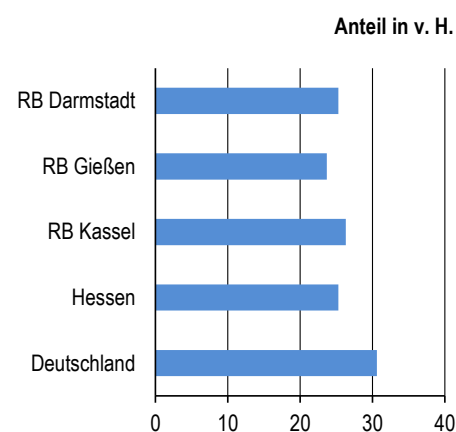
Die hohe Arbeitsintensität der südhessischen Landwirtschaft geht zwar – gemessen an der Wertschöpfung je Beschäftigten – mit einer vergleichsweise hohen Arbeitsproduktivität einher (siehe Abbildung 20), denn die dortige sektorale Bruttowertschöpfung je Beschäftigten übertrifft deutlich die Vergleichswerte für Hessen bzw. das Bundesgebiet. Gleichwohl liegt in Südhessen der Anteil der Betriebe mit einem Hofnachfolger in etwa im hessischen Durchschnitt und merklich unter dem entsprechenden Bundesdurchschnitt (siehe Abbildungen 20 und 21).

Abbildung 20: Arbeitsproduktivität und Hofnachfolge in der hessischen Landwirtschaft 2010

Arbeitsproduktivität im Sektor Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei 2009



Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Hofnachfolger 2010, v. H. *

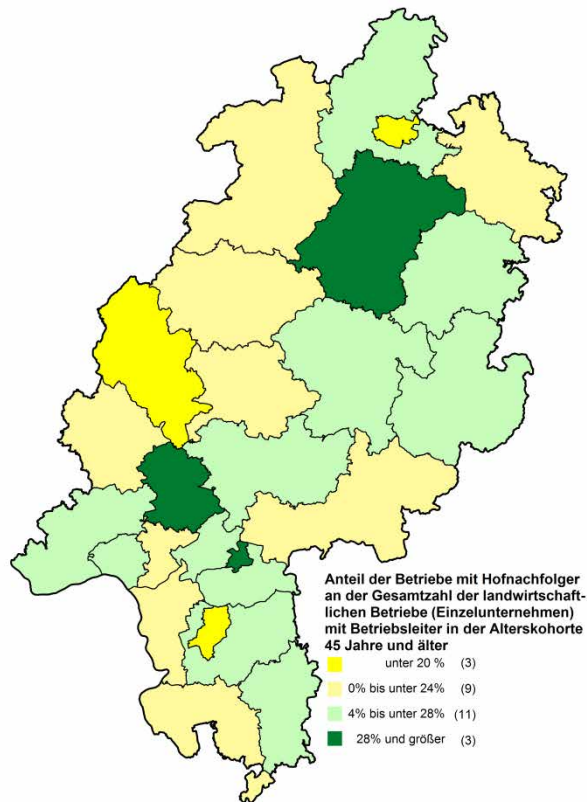


* berechnet als Anteil der Betriebe mit Hofnachfolger an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (Einzelunternehmen) mit Betriebsleiter in der Alterskohorte 45 Jahre und älter

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

Besonders prekär stellt sich die Situation hinsichtlich der Hofnachfolge offenbar in einige mittelhessischen Erzeugerregionen dar. Beispielsweise belief sich im Jahre 2010 der Anteil der Betriebe mit Hofnachfolge an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die von einem Betriebsleiter in der Alterskohorte 45 Jahre und älter bewirtschaftet werden, im Lahn-Dill-Kreis auf 19 % und im Kreis Marburg-Biedenkopf auf 24 %. Die Ursachen für diese geringen Quoten dürften wohl vornehmlich in den aufgrund von nachteiligen Standortbedingungen und kleinteiligen Betriebsgrößen ungünstigen Bewirtschaftungsperspektiven der betreffenden Betriebe liegen.

Abbildung 21: Anteil der Betriebe mit Hofnachfolger an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (Einzelunternehmen) mit Betriebsleiter in der Alterskohorte 45 Jahre und älter in v. H. in den hessischen Kreisen 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Eine – angesichts der hessischen Verhältnisse – vergleichsweise günstige Situation bei der Hofnachfolge findet sich hingegen mit Anteilswerten von 28 % und 31 % im Wetteraukreis bzw. Schwalm-Eder-Kreis, also Erzeugerregionen, in denen sich den Agrarbetrieben aufgrund von vorteilhaften Standortqualitäten günstige Zukunftsperspektiven eröffnen.

Gewinnsituation in der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Arbeitsproduktivität bildet wiederum eine maßgebliche Einflussgröße für die Gewinnsituation in der Agrarwirtschaft. Liegt der Fokus einer Analyse der agrarwirtschaftlichen Gewinne auf den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben insgesamt, so lassen sich hinsichtlich des Wirtschaftsjahres 2011/12 für Hessen – verglichen mit dem Bundesgebiet – je landwirtschaftlichem Unternehmen, je ha LF wie auch je landwirtschaftliche Arbeitskraft jeweils unterproportionale agrarwirtschaftlichen Unternehmensergebnisse konstatieren (siehe Tabelle 15).

Aus einer differenzierten Betrachtung unterschiedlicher Nutzungssysteme lässt sich gleichwohl folgern, dass in den Ackerbaubetrieben je ha LF im hessischen Durchschnitt beachtlich höhere Gewinne erzielt werden als im Bundesdurchschnitt, was sich unter anderem mit der vorzüglichen Bodenertragsfähigkeit und dem vergleichsweise hohen agrarwirtschaftlichen Technisierungsniveau in den hessischen Ackerbauregionen begründen lässt. Im Wirtschaftsjahr 2011/12 erwirtschafteten die Ackerbaubetriebe in Hessen mit 539 Euro je Flächeneinheit einen merklich höheren Gewinn als in einigen anderen Ländern mit ebenfalls sehr fruchtbaren Ackerbauregionen, denn beispielsweise wurden in Thüringen und Sachsen-Anhalt Vergleichswerte von 397 Euro bzw. 455 Euro erzielt. Allerdings wurden in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen mit 561 Euro bzw. 851 Euro in den Ackerbaubetrieben je ha LF noch höhere Gewinne erwirtschaftet als in Hessen.

Die hessischen Veredelungsbetriebe schneiden hinsichtlich ihrer Gewinnsituation im innerdeutschen Vergleich ebenfalls hervorragend ab. In dieser Erzeugersparte werden zudem in Hessen im Vergleich der Betriebstypen die höchsten Gewinne je Nutzflächeneinheit wie auch die höchsten Einkommen je Arbeitskraft erzielt. Das Ergebnis ist allerdings vor dem Hintergrund der in Hessen in dieser Erzeugersparte eher geringen Zahl an Testbetrieben einzuordnen. Zudem sind die unterschiedlichen Arbeitsintensitäten und Kapitalintensitäten der einzelnen Produktionssysteme zu berücksichtigen. Beispielsweise wird in der Veredelungswirtschaft relativ kapitalintensiv produziert, weswegen die hohen Gewinne je Flächeneinheit nicht überraschen. Demgegenüber erfolgt die Produktion im Gartenbau auch trotz eines mittlerweile sehr hohen Technisierungsniveaus nach wie vor sehr arbeitsintensiv, weswegen die Entlohnung der Arbeitskräfte den Unternehmenserfolg besonders stark beeinflusst.

In der hessischen Milchviehwirtschaft, der besonders in den Mittelgebirgsräumen eine herausragende agrarstrukturelle wie auch kulturlandschaftliche Bedeutung zukommt, wurden in Hinsicht auf sämtliche hier erörterten Vergleichsmaßstäbe gegenüber dem Bundesdurchschnitt unterproportionale Gewinne erzielt. Dies hängt sicherlich zu einem guten Teil mit den in Hessen eher geringen Bestandsgrößen und den hierdurch bedingten Produktivitätsnachteilen zusammen (siehe Kapitel 5.5).

Darüber hinaus verdeutlichen die Buchführungsergebnisse, dass die Gewinne der landwirtschaftlichen Betriebe auch in Hessen starken Schwankungen unterliegen. Ursächlich sind hierfür sowohl Mengeneffekte als auch Preiseffekte, die sowohl aus kurz- bis mittelfristigen Konjunkturzyklen als auch aus langfristigen Trends in der Agrarwirtschaft herrühren. Beispielsweise konnten die Landwirte offenbar einerseits in den Hochkonjunkturphasen 2007/08 und 2010/11 vergleichsweise hohe Unternehmensgewinne erwirtschaften, andererseits war die Gewinnsituation während der Wirtschaftsjahre 2008/09 und 2009/10 offenbar eher schwierig.

Tabelle 15: Gewinnsituation in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und im Bundesgebiet, differenziert nach Betriebstypen in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12

	Jahr	Insgesamt	Ackerbau	Garten- bau	Futterbau	Milchvieh	Verede- lung	Gemischt (Verbund)	Pflanzenbau / Viehhaltung
Hessen, Testbetriebe	2011/12	589	127	15	241	209	51	153	132
repräsentierte Betriebe	2011/12	6.123	1.238	373	2.551	2.120	346	1.573	1.184
Gewinn je Unternehmen, 1.000 Euro *	2007/08	46,7	48,6	56,2	50,5	55,0	15,2	41,7	43,8
	2008/09	36,6	46,3	55,1	28,8	31,7	41,4	33,1	36,6
	2009/10	31,5	33,8	65,8	24,9	27,5	45,5	30,5	33,5
	2010/11	52,6	72,8	43,6	48,5	54,2	55,9	45,5	46,7
	2011/12	46,8	52,0	34,7	46,7	49,9	66,8	42,8	43,2
Gewinn je ha LF, Euro *	2007/08	658	594	28.592	679	780	268	528	515
	2008/09	517	547	30.460	400	459	843	420	434
	2009/10	423	389	29.719	338	388	843	378	387
	2010/11	635	744	17.636	546	629	708	548	523
	2011/12	565	539	16.343	536	578	821	495	460
Einkommen je Arbeitskraft, 1.000 Euro *	2007/08	29,0	30,1	29,7	31,1	33,9	11,9	27,3	28,3
	2008/09	24,4	28,5	30,3	19,1	20,8	28,9	22,3	24,0
	2009/10	21,6	23,0	30,6	16,6	18,0	30,7	20,3	22,4
	2010/11	30,6	38,7	27,6	27,9	30,4	31,5	28,2	31,1
	2011/12	28,3	31,8	24,3	27,9	28,9	37,2	27,1	28,8
Deutschland, Testbetriebe	2011/12	9.141	1.568	487	3.676	3.025	1.076	1.599	1.090
repräsentierte Betriebe	2011/12	139.859	21.183	7.095	64.938	51.985	15.483	22.538	14.085
Gewinn je Unternehmen 1.000 Euro *	2007/08	49,8	62,0	51,8	53,4	56,7	15,2	40,9	41,5
	2008/09	38,5	54,0	44,1	30,3	30,9	52,1	36,8	36,4
	2009/10	35,2	40,6	45,8	30,6	31,4	47,2	34,4	34,0
	2010/11	54,4	74,7	51,0	54,3	58,4	38,9	47,1	48,8
	2011/12	55,6	70,7	49,5	52,2	55,2	59,9	50,2	49,9
Gewinn je ha LF, Euro *	2007/08	799	544	9.876	948	1.069	325	581	542
	2008/09	616	474	8.194	543	588	1.052	519	468
	2009/10	561	360	9.340	544	592	940	478	437
	2010/11	734	537	8.106	805	908	619	573	518
	2011/12	754	513	7.444	775	860	980	604	526
Einkommen je Arbeitskraft, 1.000 Euro *	2007/08	30,1	39,0	24,1	34,8	36,6	11,5	25,8	26,7
	2008/09	24,4	34,5	21,8	20,7	21,0	32,1	23,8	24,4
	2009/10	22,8	27,6	22,9	20,8	21,3	28,9	22,3	22,6
	2010/11	30,9	42,5	22,7	33,7	35,6	24,2	27,9	30,4
	2011/12	32,1	41,1	23,1	33,0	34,2	36,4	30,5	31,5

* Veränderung der Erfassungsmethodik zum Wirtschaftsjahr 2010/11.

Quelle: Testbetriebsnetz des BMELV.

Am aktuellen Rand, nämlich im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2010/11 und 2011/12 ist für das Bundesgebiet insgesamt eine Zunahme der Gewinne je landwirtschaftlichem Unternehmen um 2,2 % auf 55.600 Euro festzustellen, während sich für Hessen ein Rückgang um 11,0 % auf 46.800 Euro errechnet. In eine ähnliche Richtung weisen auch die aktuellen vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH ermittelten Buchführungsergebnisse, denn diese lassen auf einen Rückgang der durchschnittlichen Unternehmensgewinne in der hessischen Landwirtschaft um 8,5 % schließen.¹⁵

Preisentwicklung im Agrarsektor

Bei einer Beurteilung der landwirtschaftlichen Einkommensverhältnisse muss auch die Volatilität der Agrarpreise Berücksichtigung finden, und zwar aus zweierlei Gründen: In jeweils starkem Maße ist der Agrarsektor einerseits auf der Outputseite von Preisveränderungen auf den Agrarmärkten und andererseits auf der Inputseite von Preisschwankungen auf den Betriebsmittelmärkten betroffen. In Hessen sind die Landwirte überdies mit einem im regionalen Vergleich generell hohen Lohnniveau und mit einer ausgeprägten Lohndynamik konfrontiert.

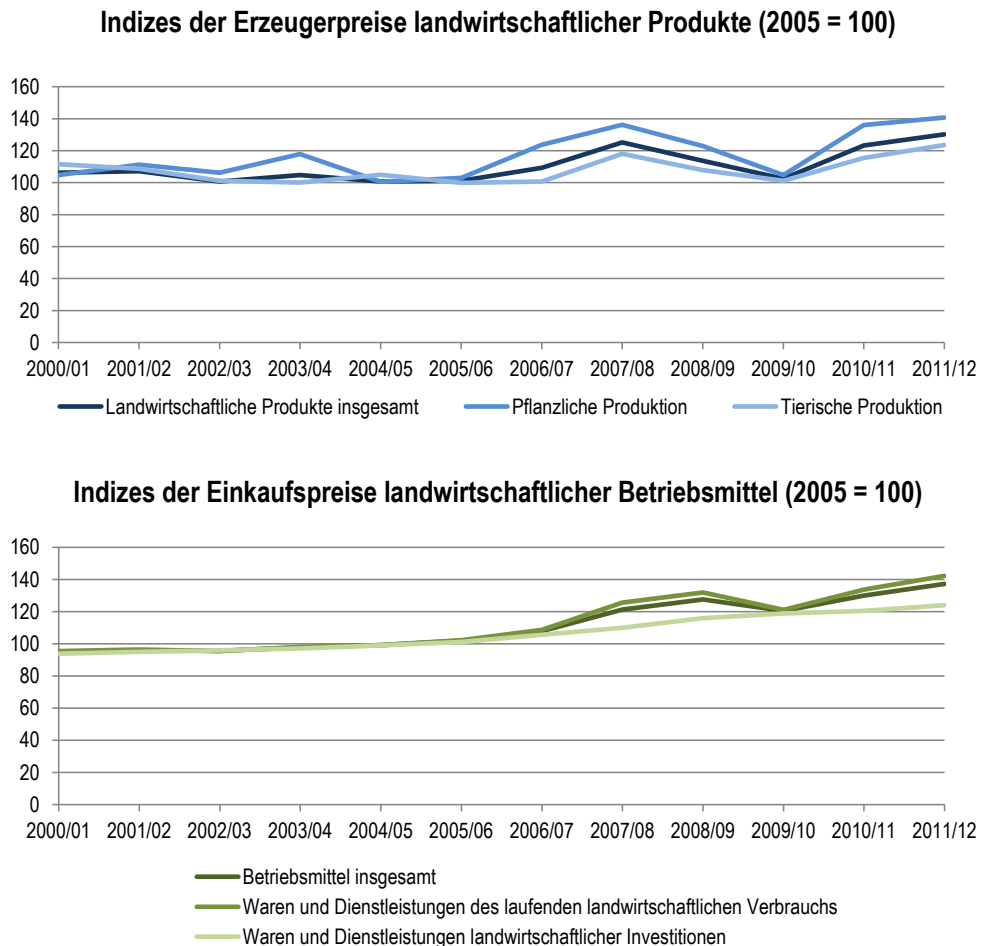
Eine Betrachtung des Verlaufs der betreffenden Preisindizes lässt eine definitive Beantwortung der Frage, ob die hessischen Landwirte von einer sich mittelfristig öffnenden Kosten-Preis-Schere betroffen sind, nicht zu. Diesbezüglich bietet sich eher eine differenzierte Betrachtung an. Einerseits hat es nämlich den Anschein, als ob die Landwirte im Zuge der in jüngster Zeit sehr günstigen Wirtschaftsentwicklung stärker von steigenden Produktpreisen profitieren konnten, als sie von zunehmenden Betriebsmittelpreisen tangiert waren (siehe Abbildung 22 und Tabelle 16). Andererseits war in den ersten Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise der Einbruch bei den Produktpreisen erheblich stärker als bei den Betriebsmittelpreisen, was sich mit Sicherheit nachteilig auf die Gewinnsituation in der Landwirtschaft ausgewirkt hat.

Im Vergleich zwischen den verschiedenen Produktgruppen auf der Outputseite fällt zudem auf, dass die Preisbewegungen im Segment der pflanzlichen Produktion wesentlich markanter ausfallen als im Segment der tierischen Produktion. Vor dem Hintergrund der hessischen Agrarstruktur hat dies zur Konsequenz, dass ein besonders wettbewerbsfähiger und daher auch prosperierender Teil des hessischen Agrarsektors, nämlich die großen Ackerbaubetriebe auf den Gunststandorten, in besonderer Weise von Erzeugerpreisschwankungen und hieraus resultierenden Erlösschwankungen betroffen ist. Was die Schwankungen der Erzeugerpreise in der tierischen Produktion betrifft, so sind einige der betreffenden Erzeugersparten – so etwa die Fleischerzeugung und die Milchproduktion – in Hessen ohnehin durch strukturelle Nachteile – z.B. ver-

15 Vgl. Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2013): Gewinnsituation der hessischen Haupterwerbsbetriebe (konventionell) – Wirtschaftsjahr (WJ) 2011/2012 – gestiegene Aufwendungen – Gewinnrückgang. Fachinformation vom 17. Januar 2013. Kassel, S. 1 und Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2013): Buchführungsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe in Hessen, Wirtschaftsjahr 2011/2012. Kassel, S. 12.

gleichsweise geringe Betriebs- bzw. Bestandsgrößen – und hieraus resultierende Rentabilitätsprobleme gekennzeichnet, was den Umgang mit Preisschwankungen generell erschwert.

Abbildung 22: Preisentwicklung in der Landwirtschaft, differenziert nach Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen 2000 - 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt.

In Hinsicht auf die Preisentwicklung auf der Inputseite werden ferner deutliche Unterschiede zwischen den Preisen für Waren und Dienstleistungen des laufenden landwirtschaftlichen Verbrauchs und den Preisen für Waren und Dienstleistungen landwirtschaftlicher Investitionen sichtbar. Dies lässt sich damit erklären, dass einerseits einige Kategorien der Waren und Dienstleistungen des laufenden Verbrauchs – so etwa Kraftstoffe und Futtermittel – ausgeprägten kurzfristigen Preisschwankungen unterliegen, während andererseits die Preisentwicklung bei Waren und Dienstleistungen landwirtschaftlicher Investitionen – auch im Rahmen der Entwicklungen auf den Kapitalmärkten – eher mittel- bis langfristigen Zyklen folgt.

Tabelle 16: Preisentwicklung in der Landwirtschaft, differenziert nach Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen 2000 - 2012

	Preisentwicklung, gemessen an der absoluten Veränderung in Indexpunkten im Zeitraum			Preisvolatilität, gemessen am Variationskoeffizienten für den Zeitraum	
	2000/01 bis 2007/08	2007/08 bis 2009/10	2009/10 bis 2011/12	2000/01 bis 2007/08	2000/01 bis 2011/12
Erzeugerpreise					
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	+ 19,0	- 22,7	+ 27,7	7,3	9,4
Pflanzliche Produktion	+ 31,5	- 31,5	+ 36,1	10,5	12,3
Tierische Produktion	+ 6,6	- 17,0	+ 22,5	5,9	7,4
Betriebsmittelpreise					
Betriebsmittel insgesamt	+ 26,4	- 0,9	+ 16,8	11,5	14,0
Waren und Dienstleistungen des laufenden landwirtschaftlichen Verbrauchs	+ 30,2	- 4,6	+ 21,2	12,9	15,4
Waren und Dienstleistungen landwirtschaftlicher Investitionen	+ 16,1	+ 8,9	+ 5,1	7,4	10,3

Quelle: .Statistisches Bundesamt, Berechnungen durch Hessen Agentur.

Risikomanagement-Strategien

Mögliche Risikomanagement-Strategien für den Umgang mit derartigen Marktrisiken könnten eine Absicherung gegen Preisvolatilitäten an den Warenterminmärkten beinhalten. Als realistische Option erscheint dies allerdings insbesondere für stark marktorientierte Großbetriebe, die über den notwendigen Professionalisierungsgrad verfügen. Den u. a. aus den Preisvolatilitäten resultierenden Erlösrisiken lässt sich zudem auf betriebswirtschaftlicher Ebene mit Liquiditätsmanagement-Strategien begegnen. Risiken aus der Preisentwicklung bei Investitionsgütern können die Landwirte im Rahmen ihrer betrieblichen Investitions- und Finanzierungsrechnung begegnen, wobei sich auch die Inanspruchnahme von entsprechenden Beratungsleistungen anbietet.

Weltweite Megatrends im Agrarsektor

Verwiesen sei im Zusammenhang mit den Preisrisiken für die landwirtschaftlichen Betriebe auch auf derzeitige „Megatrends“, die den Agrarsektor in zahlreichen Wirtschaftsräumen dieser Erde, und dies auf vielfältige Weise, betreffen:

- ein starkes Wirtschaftswachstum in den großen Schwellenländern wie etwa Brasilien und China
- ein Wandel der Ernährungsgewohnheiten in den betreffenden Ländern in Richtung auf einen verstärkten Konsum von Fleisch und Weizenmehl
- eine Steigerung der Nutzung von Bioenergie auf Basis agrarischer Rohstoffe

- eine zunehmende Präferenz für regional bzw. ökologisch zertifizierte Lebensmittel, insbesondere bei kaufkräftigen Konsumentengruppen
- ein Konzentrationsprozess auf Seiten der Wirtschaftszweige, die der Landwirtschaft nachgelagert sind, was sich auf die Wettbewerbsposition des Agrarsektors innerhalb der Agribusiness-Wertschöpfungskette auswirkt.

Die genannten Trends (siehe hierzu auch Kapitel 5.4) führen auf mittlere Sicht u. a. zu einer Veränderung der Struktur der Agrarproduktion, die mit einer Zunahme der Faktorproduktivität und einer Steigerung der Landnutzungsintensität einhergeht, bei gleichzeitig zunehmender Knappheit an Ressourcen – z.B. landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und Wasser – in zahlreichen Regionen dieser Erde.

Vermarktungsstrategien innerhalb der Agribusiness-Wertschöpfungskette

Eine Strategie bei der Reaktion auf insbesondere die beiden letzten der vorgenannten Trends liegt für die landwirtschaftlichen Erzeuger darin, Initiativen zur Erhöhung des eigenen Anteils an der Agribusiness-Wertschöpfungskette zu entwickeln. Letzteres kann beispielsweise über eine Steigerung der landwirtschaftlichen Direktvermarktung wie auch eine profilierte – auch regional orientierte – Platzierung der eigenen Produkte erfolgen. Auch in Hessen wurden während der vergangenen zwei Jahrzehnte von Seiten der Agribusiness-Branche, der Politik und der Verwaltung umfangreiche Anstrengungen unternommen, um Aktivitäten zur Regionalvermarktung zu unterstützen. Mit den Qualitätsmarken „Geprüfte Qualität – HESSEN“ und „Biosiegel – HESSEN“, die beide von der MGH – GUTES AUS HESSEN“ GmbH (MGH) betreut werden, existieren etablierte regionale Herkunfts- und Qualitätszeichen. Diese ermöglichen es den angeschlossenen Betrieben aus der Agrarproduktion, der Weiterverarbeitung und des Handels, sich deutlich von anderen Nahrungsmittelangeboten abzugrenzen.¹⁶

Die an der Qualitätsmarke partizipierenden Betriebe stellen das Gerüst des Vermarktungssystems „Geprüfte Qualität – HESSEN“ dar. In jüngerer Zeit wurden von Seiten der MGH vielfältige Maßnahmen zur weiteren Verankerung der Qualitätsmarke durchgeführt. Als Beispiele für die betreffenden Projekte sind zu nennen:

- Ein neues Handbuch für die Qualitätsmarke „geprüfte Qualitätsmarke – HESSEN“
- Hessische Länderpräsentation auf der BioFach in Nürnberg
- Regionalschleifen der hessischen Apfelwein- und Obstwiesenroute
- Einbindung des Studentenwerks Marburg, womit der erste Gastronomiegroßbetrieb für die Qualitätsmarke gewonnen wurde

¹⁶ Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011a), a. a. O., S. 60.

- Offizielle Vorstellung des EU-Siegels „Geschützte geographische Angabe“ für hessischen Apfelwein und hessischen Handkäse¹⁷

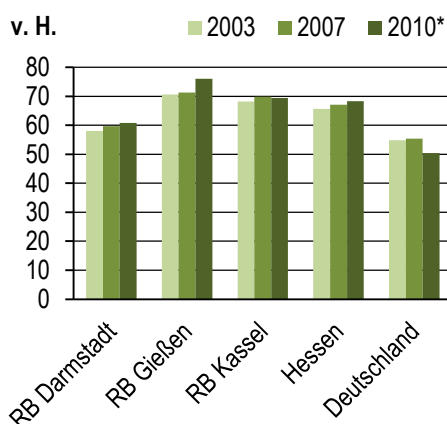
Die genannten Aktivitäten dienen insbesondere dem Ziel der Vergrößerung des Marktpotenzials durch eine räumliche Marktexpansion, eine Erschließung zusätzlicher Vertriebswege und eine Ansprache weiterer Konsumentengruppen.

Erwerbsstruktur in der Landwirtschaft

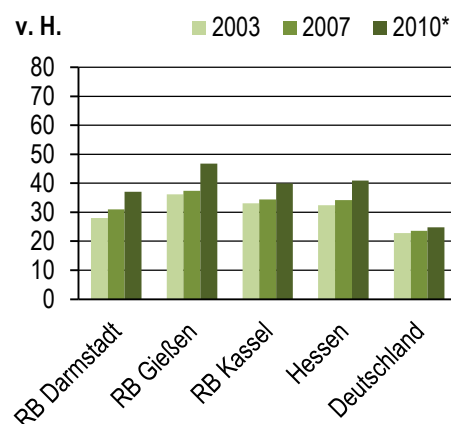
Die Größenstruktur und die Einkommensverhältnisse im Agrarsektor hängen sehr eng mit der landwirtschaftlichen Erwerbstruktur zusammen. Diese ist in Hessen deutlich stärker durch die Nebenerwerbslandwirtschaft geprägt als im Bundesgebiet insgesamt (siehe folgende Abbildungen). Besonders in den mittelhessischen Mittelgebirgsregionen – und hierbei vor allem im Lahn-Dill-Bergland – ist die strukturelle Bedeutung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs – u. a. bedingt durch ungünstige naturräumliche Standortqualitäten und in Erwerbskombination mit Tätigkeiten in ortsansässigen Industriebetrieben – seit alters her außerordentlich hoch. In 2010 entfielen auf die im Nebenerwerb geführten landwirtschaftlichen Betriebe im Lahn-Dill-Kreis 77 % der landwirtschaftlichen Betriebe und 47 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Kreis Marburg-Biedenkopf waren es 76 % der Betriebe, die 46 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschafteten.

Abbildung 23: Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft in Hessen 2003, 2007, 2010

Anteil an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, v. H.



Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, v. H.



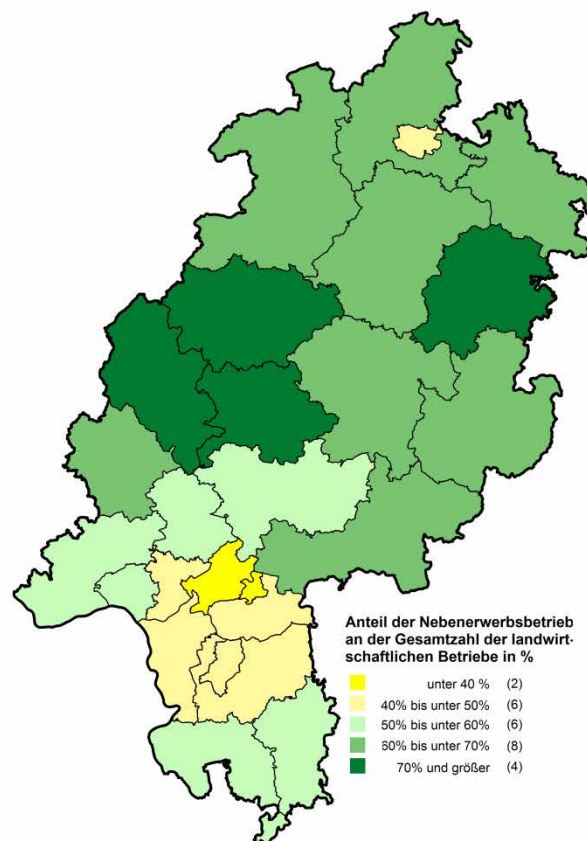
* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 60ff.

Im Vergleich hierzu hat die Nebenerwerbslandwirtschaft in den naturräumlich begünstigten Erzeugerregionen der Wetterau und der Rhein-Main-Tiefebene eine merklich geringere Bedeutung. So wurden im Jahre 2010 im Wetteraukreis 56 % der landwirtschaftlichen Betriebe und 29 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Nebenerwerb bewirtschaftet. Im Main-Taunus-Kreis lagen die entsprechenden Anteile bei lediglich 42 % der Betriebe und 31 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. In den betreffenden Erzeugerregionen ist der Agrarsektor traditionell in weiten Teilen durch einkommensstarke Haupterwerbsbetriebe gekennzeichnet, welche jeweils eine tragfähige Basis für den Lebensunterhalt der betreffenden Bewirtschafterfamilien darstellen.

Abbildung 24: Anteil der landwirtschaftlichen der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den hessischen Kreisen 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

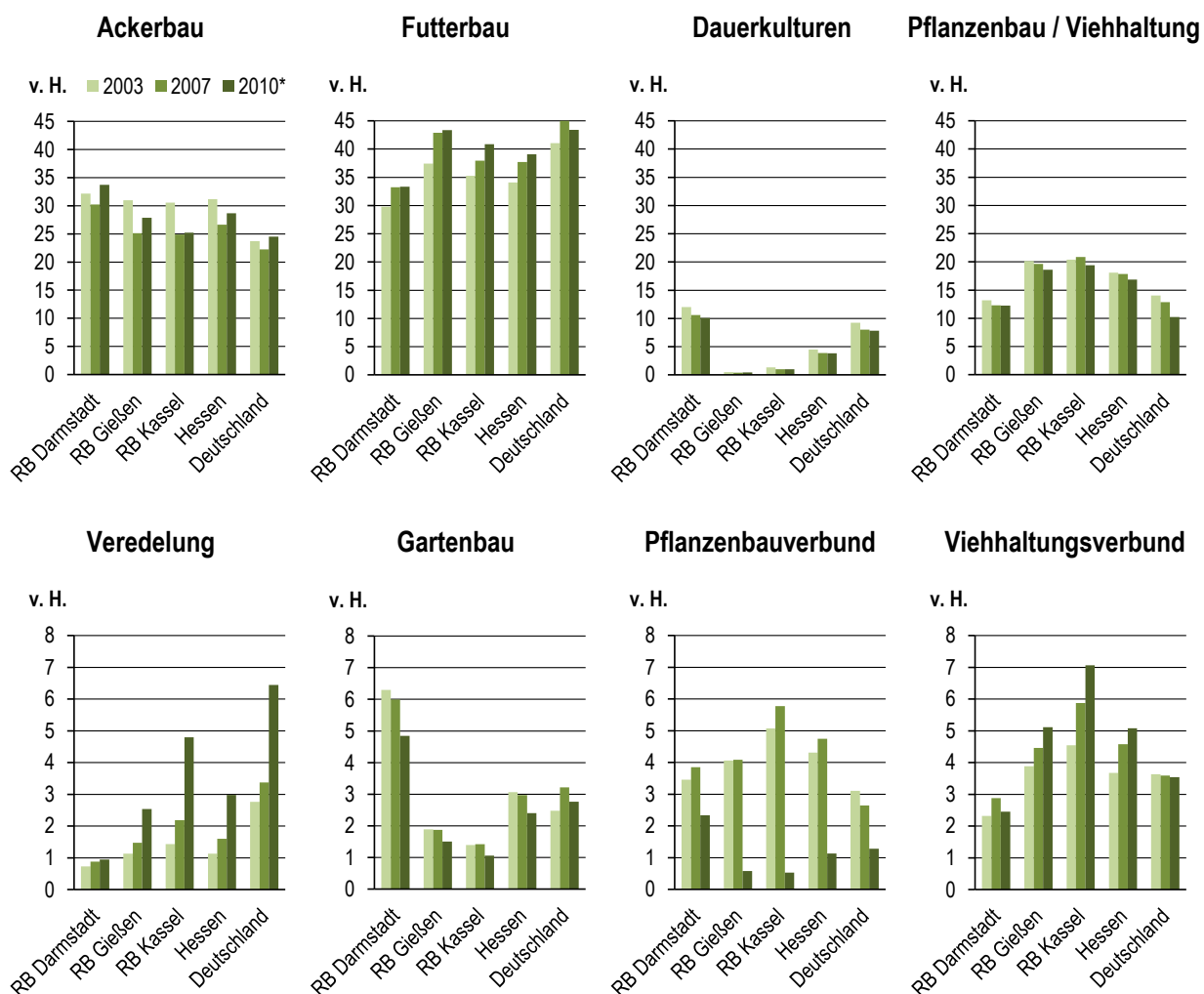
5.4 Produktionsstruktur in der hessischen Landwirtschaft

Im Folgenden wird auf drei wesentliche Untersuchungsaspekte der agrarwirtschaftlichen Produktionsstruktur eingegangen: die betriebswirtschaftliche Ausrichtung sowie die Bedeutung unterschiedlicher Landnutzungsformen bzw. ausgewählter Feldfrüchte.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung

Bezüglich der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist im regionalen Vergleich erkennbar, dass sowohl die Betriebe des Ackerbaus, des Gartenbaus und solche mit Dauerkulturen in Südhessen ein höheres strukturelles Gewicht haben als in den anderen hessischen Landesteilen bzw. in Deutschland insgesamt.

Abbildung 25: Auf unterschiedliche betriebswirtschaftliche Ausrichtungen entfallende Anteile an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 2003, 2007, 2010



* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eurostat.

Umgekehrt kommt in Mittelhessen wie auch in Nordhessen sämtlichen Produktionssystemen, die in unterschiedlicher Ausprägung die tierische Erzeugung umfassen – Veredelungswirtschaft, Viehhaltungsverbund, Pflanzenbauverbund und Pflanzenbau / Viehhaltung – eine vergleichsweise hohe Bedeutung zu. Diese unterschiedlichen regionalen Schwerpunkte der Agrarproduktion lassen sich wiederum mit naturräumlichen Einflussgrößen (z.B. Klima, Bodenertragsfähigkeit, Hangneigung) und wirtschaftsräumlichen Gegebenheiten begründen. Beispielsweise bieten die fruchtbaren Gunstandorte in der Rhein-Main-Ebene und im Limburger Becken komparative Vorteile für Ackerbau- und Gartenbaubetriebe, denen sich gleichzeitig ein umfangreiches regionales Absatzpotenzial eröffnet. Die Mittelgebirgsstandorte in Mittelhessen ebenso wie in Nordhessen eignen sich demgegenüber in besonderer Weise für die Grünlandwirtschaft im Rahmen der Milchviehhaltung und der Mutterkuhhaltung. Des Weiteren lassen sich aus der zeitlichen Entwicklung in der Viehwirtschaft Spezialisierungstendenzen ablesen, denn von 2003 bis 2007 hat der Anteil der Betriebe, deren Schwerpunkt auf der Veredelungswirtschaft liegt, sowohl in Hessen als auch auf Bundesebene zugenommen.

Was den Gartenbau betrifft, so nimmt einerseits die Zahl der Betriebe dieses Produktionszweiges in Südhessen – der innerhalb Hessens bedeutendsten Erzeugerregion – ab, andererseits verlagern immer mehr Gartenbaubetriebe ihre Absatzstrategie in Richtung Direktvermarktung. Laut Schätzungen des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erwirtschaften derzeit 60 bis 70 % der hessischen Gartenbaubetriebe mehr als 50 % ihres Umsatzes über die Direktvermarktung.¹⁸ Die hierdurch aufgebauten Managementkompetenzen tragen in Kombination mit einem vergleichsweise breiten Produktsortiment zur Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Gartenbaubetriebe bei. Im Gemüsebau ist der Anteil der Direktvermarkter mit rund 40 % etwas niedriger, was sich aus dem vergleichsweise hohen Anteil des großflächigen Freilandgemüseanbaus erklärt.¹⁹

Landnutzungsformen

Die regionalen Unterschiede in der Bedeutung der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionszweige gehen mit solchen in den Flächenanteilen der verschiedenen Landnutzungsformen einher: So ist in Mittelhessen der Flächenanteil des Dauergrünlandes – auch im innerdeutschen Vergleich – überproportional hoch (siehe Abbildungen 26 und 27). In besonderer Weise ragen hier der Lahn-Dill-Kreis und der Vogelsbergkreis hervor, hier lagen im Jahre 2010 die Nutzflächenanteile des Dauergrünlandes bei 61 % bzw. 51 %. Es handelt sich hierbei um Teilräume, die aufgrund der dortigen Mittelgebirgslagen in besonderer Weise für die Grünlandwirtschaft prädestiniert sind. Dies trifft

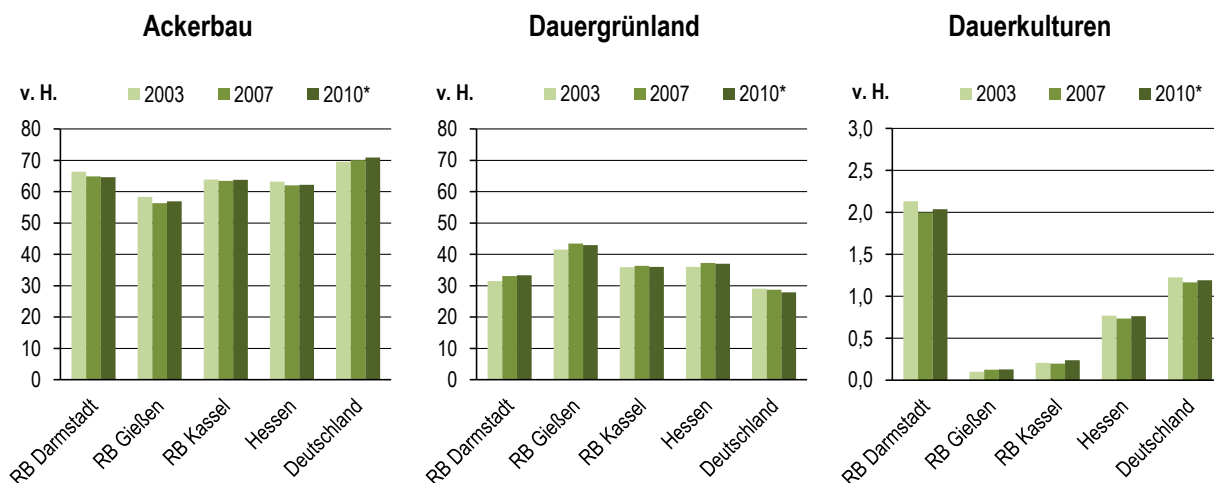
¹⁸ Vgl. HMUELV (Hrsg., 2011a): a. a. O., S. 28.

¹⁹ Vgl. HMUELV (Hrsg., 2010): a. a. O., S. 27.

auch auf zahlreiche Agrarstandorte im südhessischen Odenwaldkreis und im osthessischen Kreis Fulda zu, hier liegen die regionalen Grünlandanteile bei 63 % bzw. 55 %.

Bedingt durch die jeweiligen naturräumlichen Standortqualitäten geht in zahlreichen Erzeugerregionen ein eher geringer Grünlandanteil mit einer ausgeprägten Bedeutung des Ackerbaus einher. Letzteres trifft insbesondere auf die Agrarstruktur in einigen südhessischen Teilräumen zu. Sehr vorteilhafte Standortqualitäten für den Ackerbau finden sich z.B. in den Kreisen Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg und Wetterau, wo sich im Jahre 2010 die Nutzflächenanteile des Ackerbaus auf 85 %, 78 % und 75 % beliefen. Im gesamten Regierungsbezirk Darmstadt lag gleichwohl der Nutzflächenanteil des Ackerbaus leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Abbildung 26: Anteile unterschiedlicher Landnutzungsformen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Hessen bzw. Deutschland 2003, 2007, 2010



* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

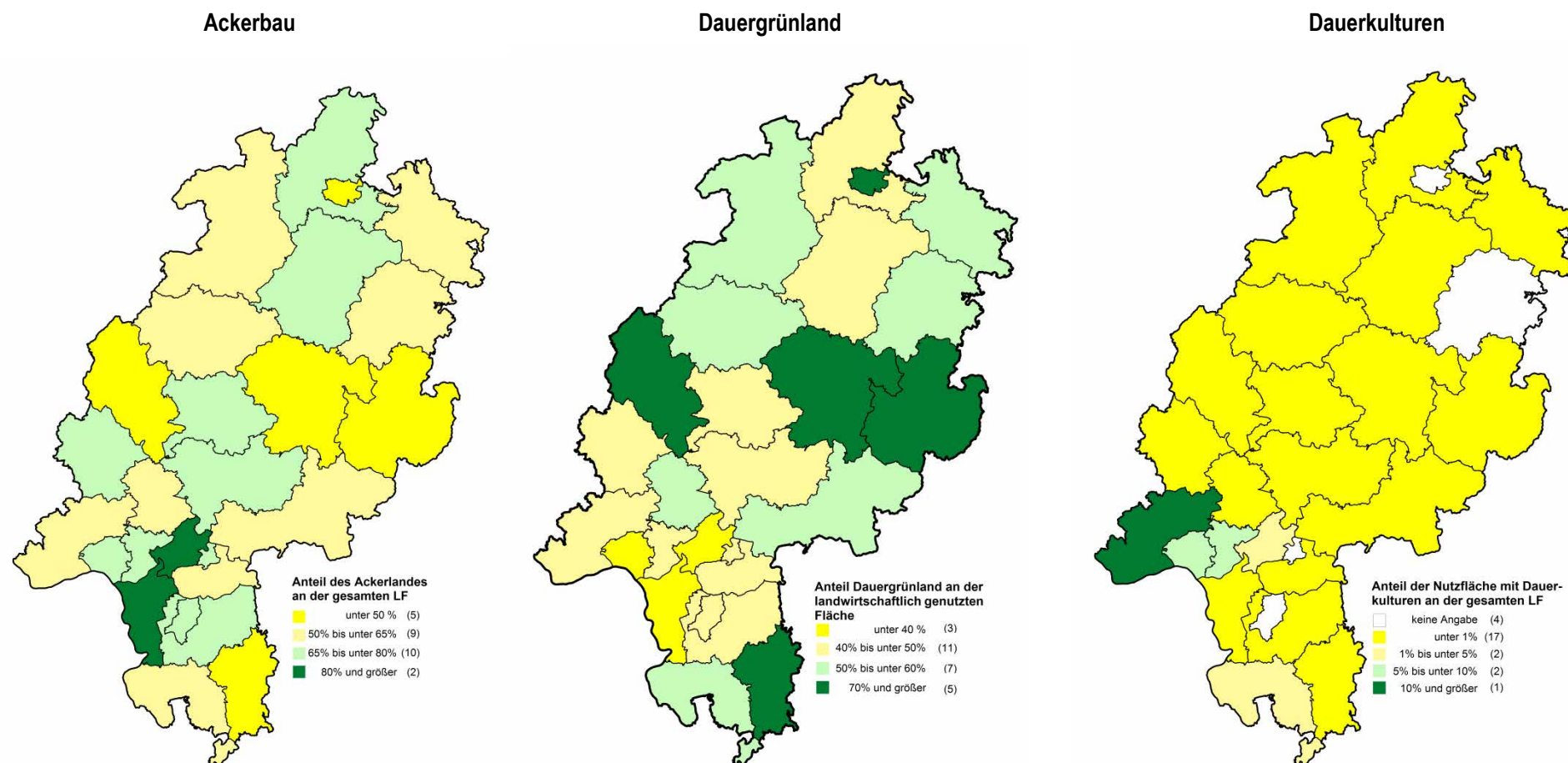
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Landwirtschaftliche Dauerkulturen spielen innerhalb Hessens nahezu ausschließlich in Südhessen eine Rolle, was sich für diesen Landesteil an einem überproportionalen Flächenanteil erkennen lässt. Hinsichtlich dieser Landnutzungsform sind im Wesentlichen der Main-Taunus-Kreis, der Stadtkreis Wiesbaden, der Rheingau-Taunus-Kreis sowie der Kreis Bergstraße zu nennen, also allesamt Erzeugerregionen, in denen der Weinbau oder der Obstbau von hoher agrarstruktureller Bedeutung sind. Im Jahre 2010 betrug der Nutzflächenanteil der Dauerkulturen im Main-Taunus-Kreis und im Stadtkreis Wiesbaden jeweils 6 %, im Rheingau-Taunus-Kreis lag er bei 15 % und im Kreis Bergstraße bei 2 %.

Die große regionale Konzentration der Dauerkulturen in Hessen ist auch daraus ersichtlich, dass im Jahre 2010 von der insgesamt in Hessen mit Dauerkulturen bestell-

ten landwirtschaftlichen Nutzfläche 82 % im Regierungsbezirk Südhessen lokalisiert waren. Die entsprechenden südhessischen Anteile der Ackerbauflächen und der Grünlandflächen, die im selben Bezugsjahr bei 32 % bzw. 28 % lagen, lassen im Gegensatz hierzu auf eine ausgewogenere räumliche Verteilung schließen.

Abbildung 27: Anteile unterschiedlicher Landnutzungsformen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den hessischen Kreisen in v. H. 2010

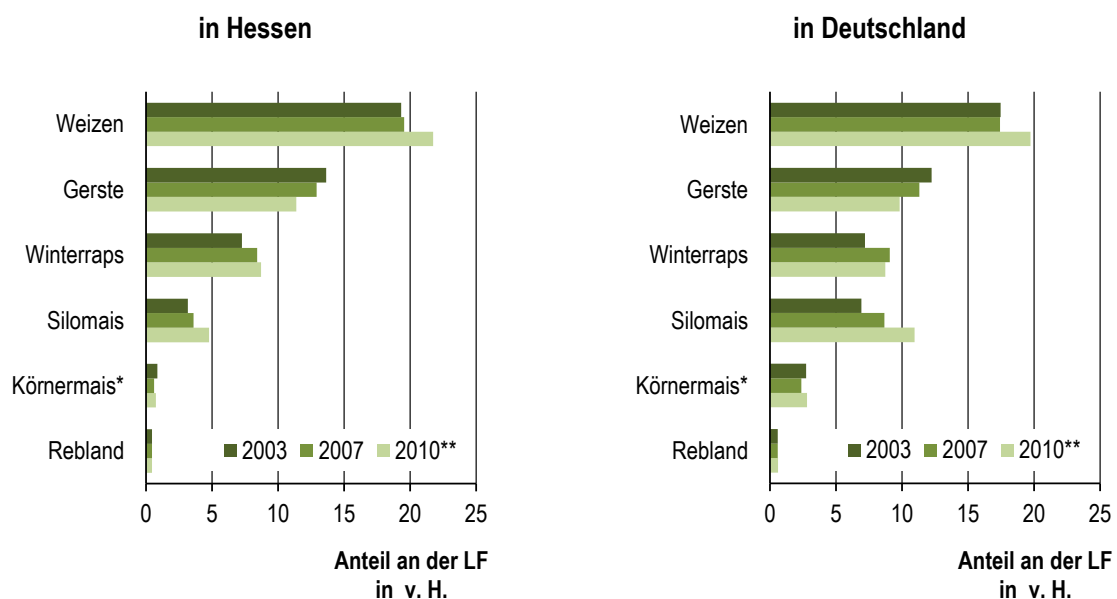


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Bedeutung ausgewählter Feldfrüchte im Rahmen der Landnutzung

Letztlich liegen den vorstehend erörterten Verschiebungen bei den Landnutzungsformen Veränderungen der Flächenproportionen der einzelnen Feldfrüchte zugrunde. Aus einem diesbezüglichen regionalen Vergleich zwischen Hessen und dem Bundesgebiet insgesamt ist ersichtlich, dass in Hessen die Flächenteile des Anbaus von Weizen und Gerste über und diejenigen des Anbaus von Winterraps, Silomais und Körnermais unter dem jeweiligen Bundesdurchschnitt liegen.

Abbildung 28: Anteile ausgewählter Feldfrüchte an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in v. H.



* Einschl. Corn-Cobb-Mix

** Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesland

Auch die agrarstrukturelle Bedeutung des Weinbaus ist – gemessen am Anteil der Rebfläche – in Hessen leicht geringer als im Bundesgebiet insgesamt. Diesbezüglich ist zu beachten, dass zwar im Rheingau-Taunus-Kreis, in Teilen der Gemarkung der Stadt Wiesbaden und im Kreis Bergstraße auch international sehr konkurrenzfähige Weinbaubetriebe lokalisiert sind. Auch kommt der Rebfläche in diesen Erzeugerregionen mit beispielsweise im Jahre 2007 gemessenen Flächenanteilen von 13 % (Rheingau-Taunus-Kreis) bzw. 2,5 % (Wiesbaden) und 1,3 % (Kreis Bergstraße) eine überproportionale Bedeutung zu. Der hessische Weinbau konzentriert sich nahezu ausschließlich auf die besagten Anbauggebiete, so dass der Anteil der Rebfläche an der insgesamt in Hessen landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 0,4 % relativ gering ist.

Die aktuellen Veränderungen in der Bedeutung einzelner Feldfrüchte für die Landnutzung liegen teilweise in anbautechnischen Fruchtfolge-Restriktionen begründet. Nicht zuletzt sind sie aber vor dem Hintergrund tiefgreifender, sich im Rahmen der Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft vollziehender Verlagerungsprozesse auf den weltweiten Agrarmärkten zu sehen. Aufgrund der zunehmenden Weizenachfrage mit hieraus resultierenden Preissignalen, die vor allem durch Präferenzänderungen des Lebensmittelkonsums (Brot auf Weizenbasis gilt als superiores Gut) verursacht sind, steigt auch für die hessischen bzw. deutschen Landwirte die wirtschaftliche Attraktivität des Weizenanbaus. Dies schlägt sich in einer Ausdehnung der Weizenanbaufläche nieder. Ein zentraler Einflussfaktor, der zu einer starken Vergrößerung der Silomaisanbaufläche geführt hat, ist die Expansion des Bioenergiesektors. Dies ist ein Phänomen, das gegenwärtig auch in anderen europäischen Ländern und den USA zu beobachten ist. Im Hinblick auf die Entwicklung des Anbaus von Winteraps kommt sicherlich zum Tragen, dass der Boom bei den Biokraftstoffen der ersten Generation, der zumindest in Deutschland vor etwa fünf Jahren seinen Höhepunkt erreicht hatte, mittlerweile wieder abgeflaut ist.

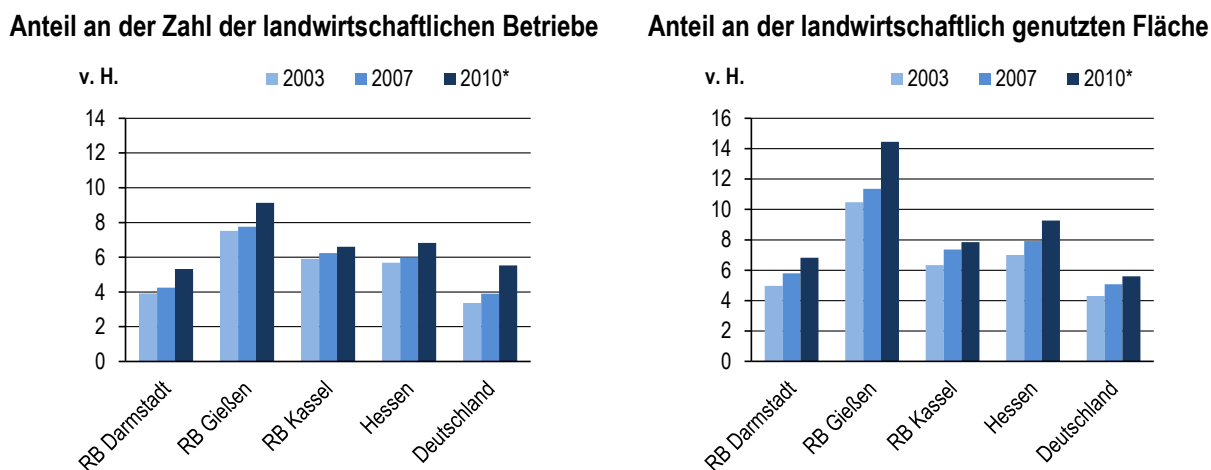
In der weltweiten Brauereiindustrie führt der fortwährende Konsolidierungsprozess, der mit einem abnehmenden Bierkonsum in zahlreichen Industrieländern zusammenhängt, zu einer Verminderung der Nachfrage nach Braugerste, mit entsprechenden Marktsignalen für die landwirtschaftlichen Erzeuger, die in einer Reduzierung der Anbaufläche münden.

Agrarstrukturelle Bedeutung des Ökologischen Landbaus

Ebenso wie in anderen Bundesländern bzw. europäischen Ländern hat im vergangenen Jahrzehnt auch in Hessen die relative Bedeutung des Ökologischen Landbaus erheblich zugenommen, was sicherlich teilweise mit vergleichsweise günstigen Erzeugerpreisen in diesem Produktionssegment zusammenhängt (siehe Abbildung 29). Generell spielt – gemessen am Anteil an der Betriebszahl und an der Nutzfläche – der Ökologische Landbau in Hessen eine bedeutendere agrarstrukturelle Rolle als auf Bundesebene. Innerhalb Hessens ragt diesbezüglich der mittelhessische Raum besonders hervor. Dies trifft beispielsweise auf die Kreise Lahn-Dill, Gießen und Vogelsberg zu, in denen im Jahre 2010 33,0 %, 14,4 % bzw. 14,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter den Vorgaben des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet wurden (siehe Abbildung 30). Durch deutliche geringere entsprechende Flächenanteile zeichneten sich etwa der Wetteraukreis (4,9 %), der Kreis Darmstadt-Dieburg (3,3 %) und der Kreis Groß-Gerau (1,1 %) aus, also Agrarstandorte mit günstigen Anbaubedingungen, in denen für Landwirte ein großer Anreiz zur Ausschöpfung von Ertragspotenzialen über eine Intensivierung der Landnutzung besteht, was wiederum den Ökologischen Landbau aus Sicht der Produzenten eher unattraktiv macht. Eine vergleichbare regionale Differenzierung lässt sich auch für den Anteil der unter den Vorgaben des

Ökologischen Landbaus wirtschaftenden Betriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe feststellen.

Abbildung 29: Agrarstrukturelle Bedeutung des Ökologischen Landbaus in Hessen bzw. Deutschland 2003, 2007, 2010



* Ab 2010 neuer Berichtskreis

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

Gleichwohl konnte in Südhessen die Zahl der Betriebe des Ökologischen Landbaus auch absolut zunehmen, und die für diese Art der Landbewirtschaftung genutzte Fläche hat sich überproportional vergrößert (siehe Tabelle 17). Eine wesentliche Ursachen hierfür dürften die nahegelegenen sehr kaufkräftigen Absatzmärkte sein.

Tabelle 17: Bedeutung des Ökologischen Landbaus in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

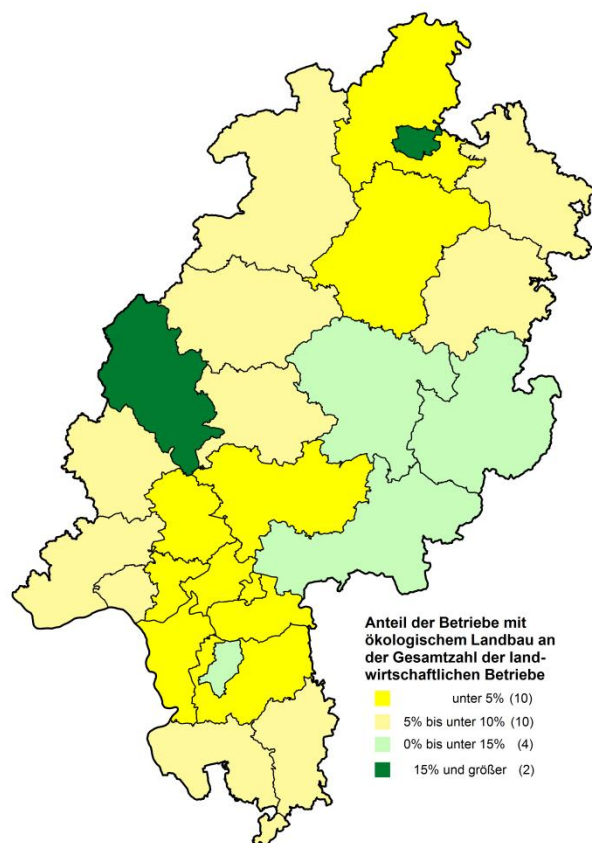
Region	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Ökologischem Landbau				Landwirtschaftlich genutzte Fläche des Ökologischen Landbaus			
	2003	2007	2010 *	Ver. 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Ver. 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	316	318	376	0,6	11.628	13.807	16.572	18,7
RB Gießen	478	452	507	-5,4	20.932	22.959	29.894	9,7
RB Kassel	656	645	644	-1,7	20.873	24.377	26.232	16,8
Hessen	1.450	1.415	1.527	-2,4	53.434	61.143	72.697	14,4
Deutschland	13.863	14.474	16.532	4,4	731.177	861.161	935.426	17,8

* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

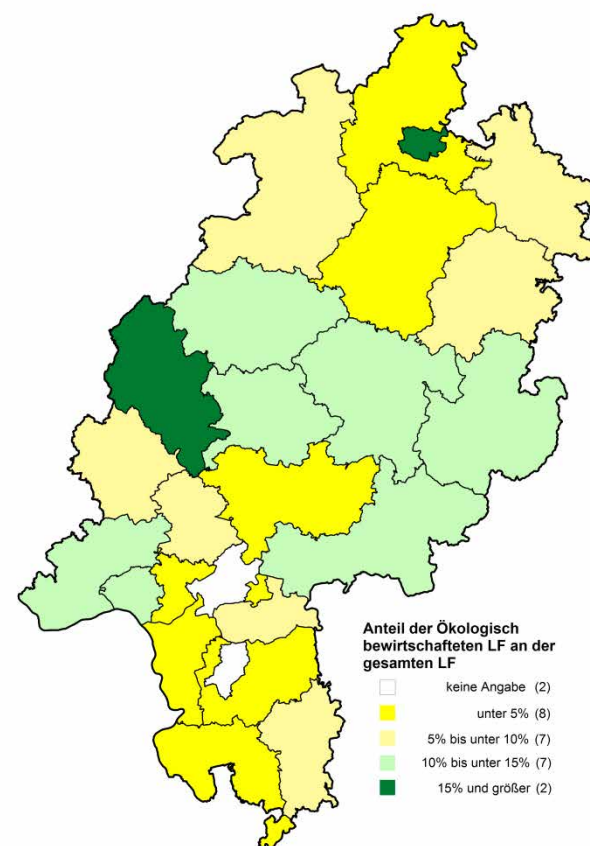
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Abbildung 30: Relative Bedeutung des Ökologischen Landbaus in den hessischen Kreisen 2010

Anteil der Betriebe mit Ökologischem Landbau an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, v. H.



Anteil der Ökologisch bewirtschafteten Nutzfläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, v. H.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung, der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Zudem hat sich in Nordhessen und in Mittelhessen jeweils die Zahl der auf den Ökologischen Landbau spezialisierten Erzeugerbetriebe deutlich weniger stark ermäßigt als die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe. Dies ist einerseits ein Hinweis darauf, dass sich der Ökologische Landbau bei der Bewältigung des landwirtschaftlichen Strukturwandels recht gut behaupten kann. Andererseits liegt dies auch in Verlagerungsprozessen vom konventionellen in das Ökologische Segment des Landbaus begründet.

5.5 Grunddimensionen der Viehhaltung in Hessen

Mit Blick auf die Viehhaltung in der hessischen Landwirtschaft ist grundsätzlich zu konstatieren, dass Hessen im Vergleich etwa zu Schleswig-Holstein und Niedersachsen in den meisten der tierischen Produktionszweige durch keine sehr ausgeprägten komparativen Vorteile gekennzeichnet ist (siehe auch Kapitel 5.3). Hierauf weisen auch leicht unterschiedliche agrarstrukturelle Entwicklungen in Hessen und im Bundesgebiet hin, denn von 2003 bis 2007 ist die Zahl der Viehhaltungsbetriebe in Hessen um 14 % und im gesamten Bundesgebiet um 12 % gesunken. Im selben Zeitraum ist auch die Zahl der Großvieheinheiten in Hessen mit minus 5,1 % überproportional zurückgegangen (Abnahme im Bundesdurchschnitt um 4,5 %).

Tabelle 18: Viehbestand in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

Region	Zahl der Viehhaltungsbetriebe				Zahl der Großvieheinheiten			
	2003	2007	2010 *	Ver. 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Ver. 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	5.230	4.517	3.617	- 14	133.266	125.447	114.750	- 5,9
RB Gießen	5.378	4.566	3.604	- 15	139.238	130.663	123.783	- 6,2
RB Kassel	9.626	8.174	6.245	- 15	252.113	241.491	231.218	- 4,2
Hessen	20.034	17.257	13.466	- 14	524.616	497.601	469.750	- 5,1
Deutschland	305.970	268.781	216.099	- 12	13.941.452	13.319.481	12.988.177	- 4,5

* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

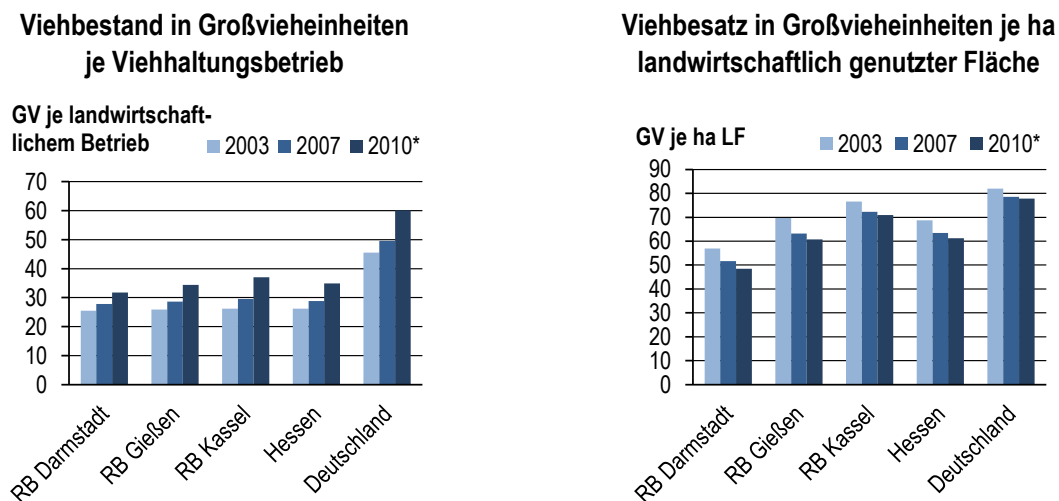
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Auch die insgesamt in Hessen vergleichsweise geringen durchschnittlichen Viehbestände und Viehbesatzdichten sind ein Indiz dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Landwirtschaft im Bereich der tierischen Produktion eher unterproportional ausgeprägt ist (siehe Abbildung 31). Lediglich im Regierungsbezirk Kassel liegt die durchschnittliche Viehbesatzdichte je ha Nutzfläche in ähnlichen Größenordnungen wie im Bundesgebiet insgesamt. Besonders hoch ist die Intensität der tierischen Erzeugung etwa in den Kreisen Fulda, Waldeck-Frankenberg und Hersfeld-Rotenburg, für die im Jahre 2010 Viehbesatzdichten (gemessen als Zahl der Großvieheinheiten je ha LF) von 95, 85 und 69 gemessen worden sind (siehe Abbildung 32). Demgegenüber sind insbesondere die im

Rhein-Main-Gebiet gelegenen Gunsträume nur in geringem Ausmaß von der Tierproduktion geprägt. Exemplarisch seien hier die Kreise Groß-Gerau, Main-Taunus und Wetterau genannt, in denen die Landwirtschaft im Jahre 2010 auf Viehbesatzdichten von 21, 25 und 39 kam.

Im Hinblick auf die Größenstruktur in der Tierhaltung sind in Hessen – ähnlich wie in anderen europäischen Erzeugerregionen – zwei gegenläufige Trends erkennbar: Einerseits vergrößern sich – analog zu einer Zunahme der Nutzfläche je landwirtschaftlichem Betrieb – die Viehbestände je Viehhaltungsbetrieb; andererseits verringert sich die durchschnittliche Viehbesatzdichte je Flächeneinheit, was auf eine Verringerung der Intensität der Viehhaltung mit entsprechenden ökologischen Folgewirkungen hinweist.

Abbildung 31: Viehbestände je landwirtschaftlichem Betrieb und Viehbesatzdichte je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Hessen und in Deutschland

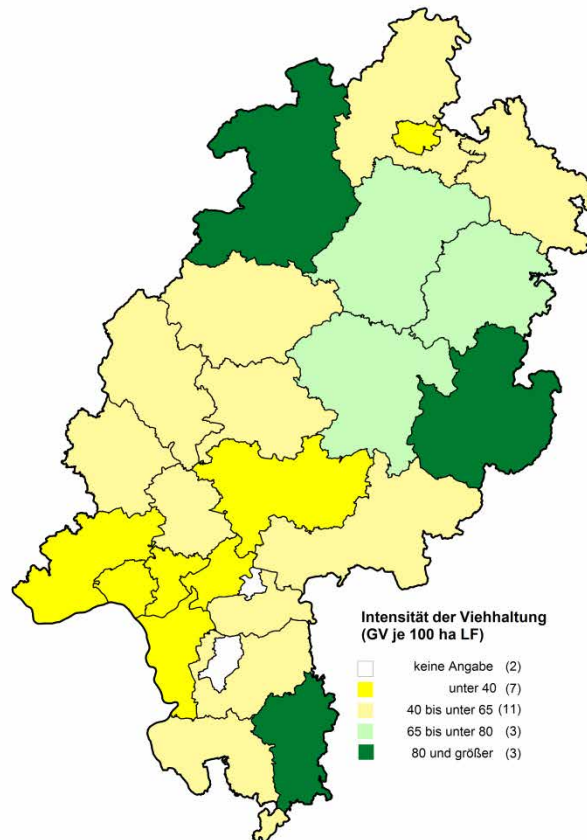


* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Die mit einem Wachstum der durchschnittlichen Viehbestände einhergehende Abnahme der Zahl der Haltungsbetriebe lässt sich für sämtliche Nutztierkategorien feststellen. Die Zahl der **Rindviehhaltungsbetriebe** hat von 2003 bis 2007 in Hessen um 15,4 % und im Bundesgebiet insgesamt um 13,9 % abgenommen (siehe Tabelle 19). Innerhalb Hessens fiel der Rückgang der Betriebszahlen in Mittelhessen am deutlichsten aus. Was die Zahl der gehaltenen Rinder anbelangt, so reduzierte sich diese im selben Zeitraum in Hessen um 6 % und somit leicht schwächer als im Bundesdurchschnitt (- 7 %).

Abbildung 32: Viehbesatz in Großvieheinheiten je ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in den hessischen Kreisen 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Darstellung der Hessen Agentur, Kartengrundlage: GfK GeoMarketing.

Differenziert man zwischen unterschiedlichen Zweigen der Rinderhaltung, so wird deutlich, dass der vorstehend angesprochene Strukturwandel in der **Milchviehhaltung** gravierender verläuft als in der **Mutterkuhhaltung** (siehe Tabelle 19). Während nämlich im Bundesgebiet insgesamt der Mutterkuhbestand abgenommen hat, ist in Hessen sogar eine Steigerung zu erkennen, was sich sicherlich teilweise auf die für die Mutterkuhhaltung vergleichsweise günstigen Standortqualitäten in den hessischen Mittelgebirgen zurückführen lässt. Gleichwohl sind die Mutterkuhbetriebe im hessischen Durchschnitt beträchtlich kleiner als im Bundesdurchschnitt.

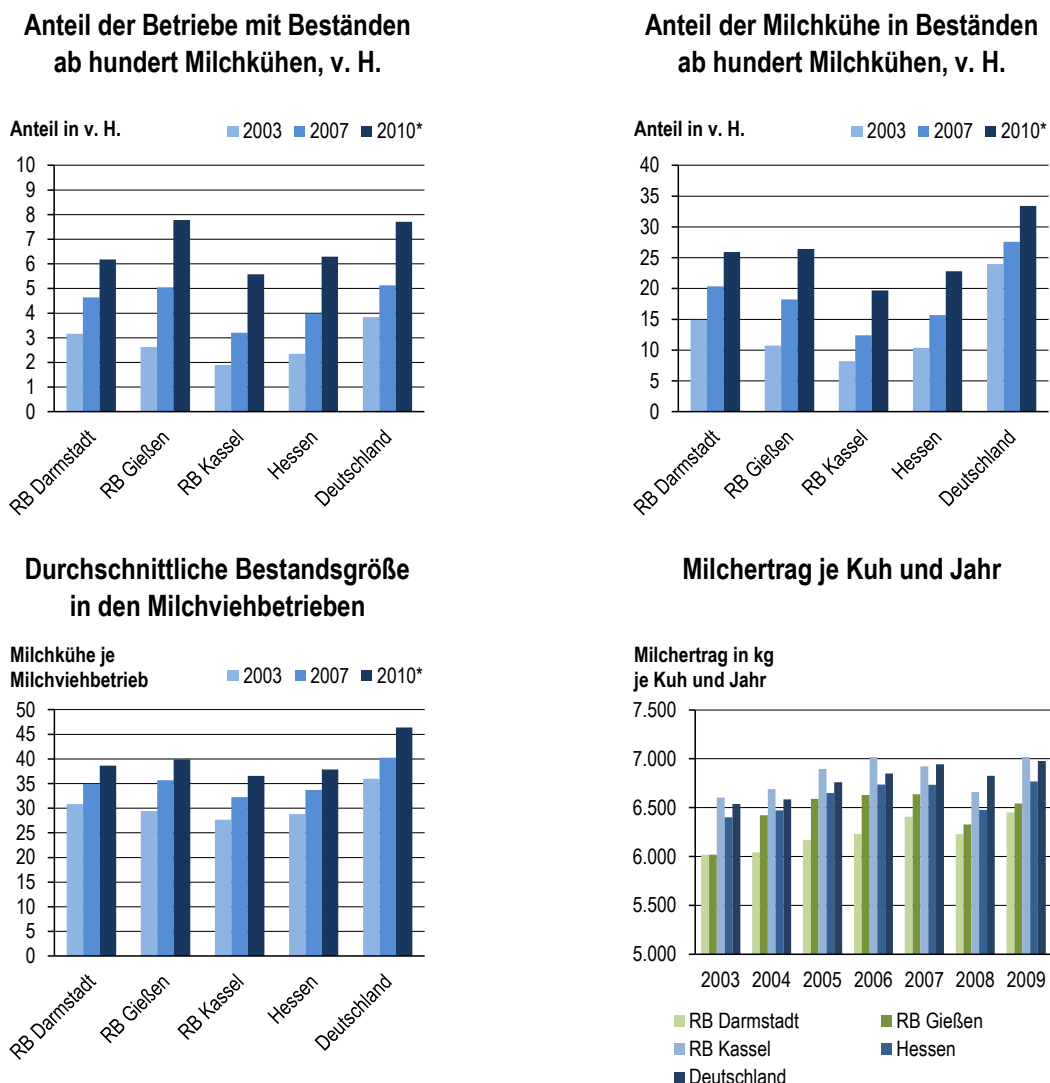
Eine Auswertung unterschiedlicher Strukturkenngößen für die hessische Milchwirtschaft lässt im Hinblick auf deren Wettbewerbsfähigkeit keine eindeutigen Schlüsse zu. Was die Betriebsgröße – eine für die Produktivität der Milcherzeugung maßgebliche Einflussgröße – betrifft, so sind in Hessen ebenso wie im Bundesgebiet deutliche Zunahmen der durchschnittlichen Betriebsgrößen und der quantitativen Bedeutung der besonders großen Milchviehbestände erkennbar (siehe Abbildung 33).

Tabelle 19: Rindviehhaltung und Schweinehaltung in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

Rindviehhaltung insgesamt								
Region	Zahl der Rindviehhaltenden Betriebe				Zahl der Rinder			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	2.885	2.487	2.138	- 13,8	125.999	117.141	112.796	- 7,0
RB Gießen	3.254	2.708	2.317	- 16,8	141.641	132.170	128.680	- 6,7
RB Kassel	5.942	5.028	4.168	- 15,4	237.130	225.084	222.176	- 5,1
Hessen	12.081	10.223	8.623	- 15,4	504.770	474.395	463.652	- 6,0
Deutschland	198.066	170.513	144.850	- 13,9	13.643.703	12.686.644	12.534.507	- 7,0
Milchviehhaltung								
Region	Zahl der Milchviehbetriebe				Zahl der Milchkühe			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	1168	927	825	- 21	36.017	32.410	31.859	- 10
RB Gießen	1487	1.150	1.003	- 23	43.814	41.021	39.998	- 6
RB Kassel	2955	2.405	2.115	- 19	81.730	77.606	77.323	- 5
Hessen	5610	4.482	3.943	- 20	161.561	151.037	149.180	- 7
Deutschland	121.524	101.202	89.763	- 17	4.371.958	4.071.199	4.164.789	- 7
Mutterkuhhaltung								
Region	Zahl der Mutterkuhhbetriebe				Zahl der Mutterkühe			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	1.210	1.168	1.110	- 3	12.152	12.910	12.747	6
RB Gießen	1.364	1.224	1.132	- 10	13727	13.304	13.068	- 3
RB Kassel	1.975	1.859	1.688	- 6	15460	16.232	16.264	5
Hessen	4.549	4.251	3.930	- 7	41.339	42.446	42.079	3
Deutschland	50.530	47.600	45.440	- 6	4.371.958	4.071.199	4.183.111	- 7
Schweinehaltung								
Region	Zahl der Schweinehaltungsbetriebe				Zahl der Schweine			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	2.254	1.677	1.189	- 26	143.114	129.505	107.685	- 9,5
RB Gießen	2.758	1.929	1.316	- 30	174.227	162.970	146.576	- 6,5
RB Kassel	6.186	4.688	3.208	- 24	501.919	503.492	471.912	0,3
Hessen	11.187	8.294	5.713	- 26	819.310	795.967	726.173	- 2,8
Deutschland	103.404	80.453	60.097	- 22	26.334.320	27.125.299	27.571.352	3,0

* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Abbildung 33: Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhaltung in Hessen 2003, 2007, 2010

* Ab 2010 neuer Berichtskreis.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt

Unter den hier untersuchten Teilräumen weist Mittelhessen den größten je Milchviehbetrieb gehaltenen Milchviehbestand, allerdings liegt auch dieser Mittelwert erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Ein regionaler Vergleich lässt zudem darauf schließen, dass nach wie vor sowohl der Anteil der Milchviehbetriebe mit Beständen ab hundert Milchkühen als auch der entsprechende Anteil der Milchkühe in Beständen mit hundert oder mehr Milchkühen jeweils in Nordhessen bzw. Südhessen geringer ist als im Bundesgebiet insgesamt, was als Hinweis auf strukturelle komparative Nachteile gelten kann. Hinsichtlich der Produktivität je Milchkuh hat allerdings im Vergleich der hessischen Erzeugerregionen eindeutig der nordhessische Raum die Nase vorn – und dies bei einem Ertragsniveau, das leicht über dem Bundesdurchschnitt liegt.

In anderen Zweigen der Viehhaltung in Hessen sind ebenfalls deutliche Strukturveränderungen erkennbar (siehe Tabellen 19 und 20 sowie Abbildung 34). In der **Schweinehaltung** verläuft der Rückgang der Betriebszahlen besonders dynamisch bzw. gravierender als in anderen Teilen des Bundesgebietes, bei einer gleichzeitigen relativ geringen Abnahme der Zahl der Nutztiere, woraus eine Zunahme der mittleren Betriebsgröße resultiert. Gleichwohl sind nach wie vor die Schweinehaltungsbetriebe im Mittel in Hessen erheblich kleiner als in den bedeutenden Erzeugerregionen der Veredelungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, die im innerdeutschen Vergleich auch aufgrund von ausgeprägten Clusterstrukturen mit regionalen Agribusiness-Wertschöpfungsketten sehr günstige Produktionsverhältnisse aufweisen.

Die Größenstrukturen der **Schafhaltung** und der **Pferdehaltung** stellen sich hingegen in Hessen vergleichsweise vorteilhaft dar. Obwohl die **Schafhaltung** insbesondere in den mittelhessischen und auch den nordhessischen Erzeugerregionen förderliche Standortkonditionen vorfindet, die wettbewerbsfähige Betriebsgrößen begünstigen, schreitet auch in diesem Produktionszweig der Strukturwandel weiter voran. Dies hängt sicherlich auch mit dem spezifischen, sehr anforderungsreichen Profil der betreffenden Betriebsleiterstellen zusammen, das zu einer weiteren Verschärfung von Problemen bei der Betriebsnachfolge führt. Hinzu kommen ungünstige kurlandschaftliche Entwicklungen – so etwa ein zunehmender Besiedlungsdruck –, welche insbesondere in der Nähe von urbanen Räumen die Bewirtschaftung von Schafhaltungsbetrieben zunehmend erschweren.

Die **Pferdehaltung**, die in der Sparte der Freizeitpferdehaltung insbesondere in der Ballungsregion des Rhein-Main-Gebietes seit den 1980er Jahren aufgrund einer hohen Nachfrage über viele Jahre hinweg vergleichsweise lukrativ war, unterliegt in jüngster Zeit einem harten Verdrängungswettbewerb. Nichtsdestotrotz können sowohl in Hessen als auch in Deutschland insgesamt die verbleibenden Pferdehaltungsbetriebe einen Anstieg der gehaltenen Pferde verzeichnen.

In der **Geflügelhaltung** schließlich stellen sich die Entwicklungen im Hinblick auf verschiedene Betriebssysteme unterschiedlich dar. In der Hühnerhaltung ist die Zahl der Haltungsbetriebe in Hessen prozentual stärker zurückgegangen als auf Bundesebene. In Hessen hat sich auch der gehaltene Viehbestand verringert, während dieser im Bundesdurchschnitt zugenommen hat. Demgegenüber wurden in der Haltung von sonstigem Geflügel die Tierbestände in Hessen umfangreicher aufgestockt als im Bundesgebiet insgesamt. Der Strukturwandel in diesem Produktionszweig ist wiederum daraus ersichtlich, dass gleichzeitig die Zahl der Haltungsbetriebe nicht nur in Hessen, sondern auch im Bundesgebiet deutlich abgenommen hat, was mit einem Anstieg der mittleren Betriebsgröße einhergegangen ist.

Tabelle 20: Schafhaltung, Pferdehaltung und Geflügelhaltung in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010

Schafhaltung								
Region	Zahl der Schafhaltungsbetriebe				Zahl der Schafe			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	624	577	453	- 8	51.972	46.521	39.103	- 10,5
RB Gießen	665	592	459	- 11	61.795	59.755	49.280	- 3,3
RB Kassel	1.000	843	641	- 16	69.899	63.240	51.537	- 9,5
Hessen	2.289	2.012	1.553	- 12	183.666	169.516	139.920	- 7,7
Deutschland	31.392	29.325	22.273	- 7	2.628.566	2.537.791	2.088.541	- 3,5

Pferdehaltung								
Region	Zahl der Pferdehaltungsbetriebe				Zahl der Pferde			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	1.830	1.750	1.315	- 4	17.569	18.479	16.078	5,2
RB Gießen	1.427	1.403	1.015	- 2	7.817	8.725	7.451	11,6
RB Kassel	2.041	1.876	1.327	- 8	10.431	10.389	8.546	-0,4
Hessen	5.298	5.029	3.657	- 5	35.817	37.593	32.075	5,0
Deutschland	73.149	70.177	49.000	- 4	524.753	541.890	461.779	3,3

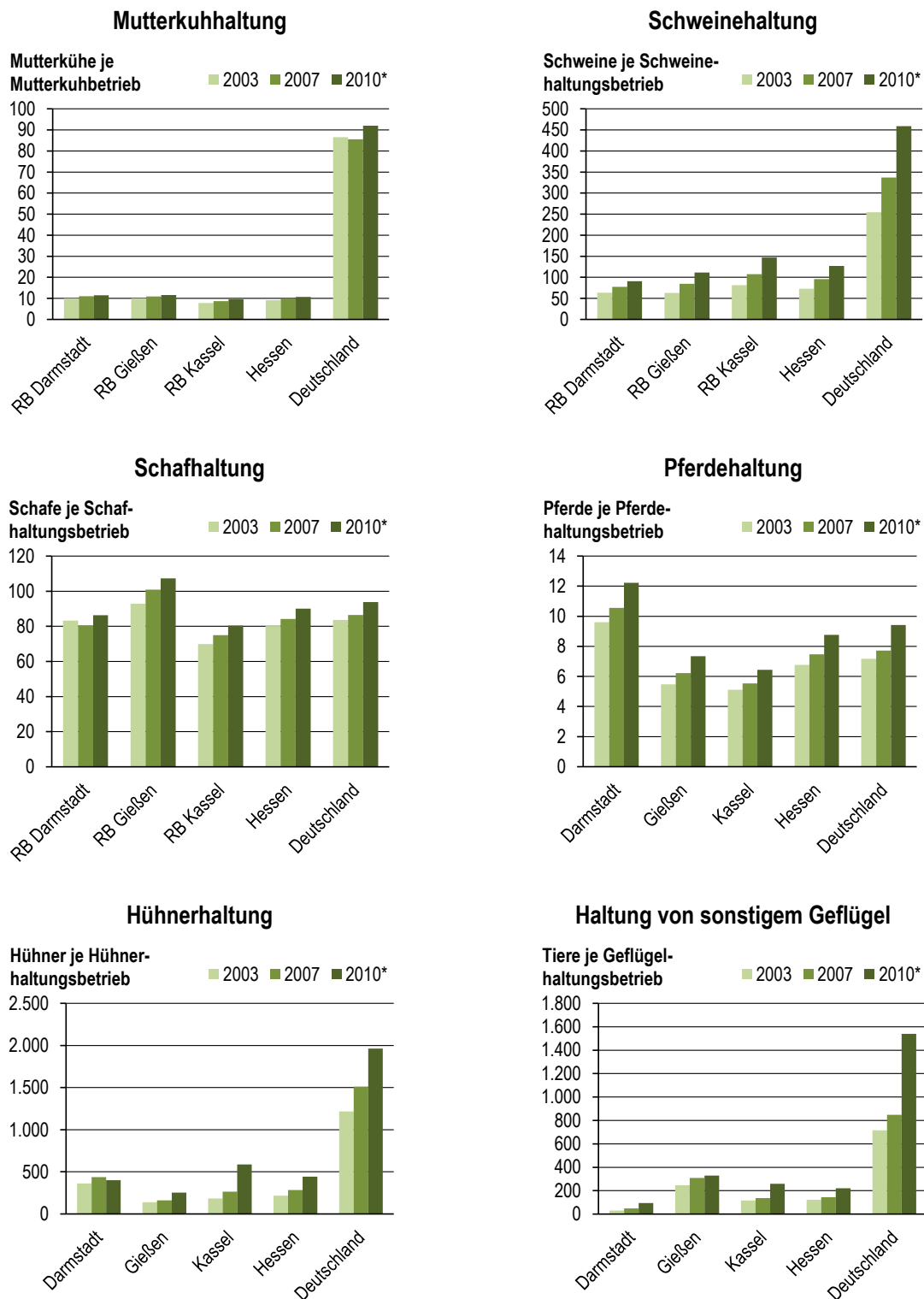
Hühnerhaltung								
Region	Zahl der Hühnerhaltungsbetriebe				Zahl der Hühner (in 1.000)			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	1.869	1.467	1.040	-22	675	642	416	-4,9
RB Gießen	1.976	1.433	916	-27	273	232	231	-15,2
RB Kassel	3.311	2.382	1.526	-28	606	628	896	3,7
Hessen	7.156	5.282	3.482	-26	1.554	1.502	1.543	-3,4
Deutschland	90.223	75.829	58.158	-16	109.793	114.625	114.113	4,4

Haltung von sonstigem Geflügel								
Region	Zahl der Geflügelhaltungsbetriebe				Zahl der Tiere (in 1.000)			
	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.	2003	2007	2010 *	Veränderung 2003/07 in v. H.
RB Darmstadt	395	393	205	-1	12	19	19	56,4
RB Gießen	320	266	130	-17	79	82	43	3,6
RB Kassel	687	566	291	-18	80	77	76	-3,3
Hessen	1.402	1.225	626	-13	171	178	138	4,0
Deutschland	19.046	16.325	9.599	-14	13.614	13.837	14.786	1,6

* Ab 2010 neuer Berichtskreis (in der Kategorie Pferdehaltung ab 2010 zusätzlich zu Pferden auch andere Einhufer, z. B. Esel).

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Abbildung 34: Durchschnittliche Viehbestandsgrößen in ausgewählten Zweigen der Viehhaltung in Hessen 2003, 2007, 2010



* Ab 2010 neuer Berichtskreis (in der Kategorie Pferdehaltung ab 2010 zusätzlich zu Pferden auch andere Einhufer, z. B. Esel).

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

5.6 Agrarwirtschaftliche Ausbildung und Weiterbildung sowie Beratung in Hessen

Agrarwirtschaftliche Ausbildung und Weiterbildung

Ähnlich wie der Agrarsektor unterliegt auch das agrarwirtschaftliche Bildungswesen einem fortwährenden Wandel: Während beispielsweise die Bedeutung der milch- und molkereiwirtschaftlichen **Ausbildungsberufe** – u. a. infolge des Schrumpfens des betreffenden Wirtschaftszweiges – sukzessive abnimmt, erfreuen sich insbesondere solche Ausbildungsberufe, die erst vor wenigen Jahren neu entstanden sind – so etwa Gartenbauhelfer und Helfer in der Landwirtschaft – eines steigenden Zuspruchs, was auch im Zusammenhang mit Veränderungsprozessen bei den Qualifikationsmustern auf Seiten potenzieller Auszubildender zu sehen ist.

Tabelle 21: Auszubildende in agrarwirtschaftlichen Ausbildungsberufen in Hessen

Ausbildungsberuf	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 zu 2003, v. H.
Landwirt	281	330	359	379	395	397	366	381	361	379	34,9
Helfer in der Landwirtschaft ***	0	0	0	0	0	0	5	13	12	8	k. A.
Fachkraft Agrarservice **	0	0	2	4	12	14	16	16	15	13	k. A.
Pferdewirt	107	107	122	112	109	113	121	111	115	114	6,5
Helfer in der Pferdewirtschaft *	0	0	0	0	0	0	0	3	1	3	k. A.
Tierwirt	9	9	9	13	20	23	20		20	19	111,1
Fischwirt	9	7	5	6	8	11	7		5	6	- 33,3
Gärtner	1.110	1.123	1.118	1.160	1.195	1.150	1.095	1.014	1.016	959	- 13,6
Gartenbauhelfer **	0	0	0	0	73	130	159	177	183	188	k. A.
Winzer	66	72	73	81	71	68	80	70	69	73	10,6
Milchtechnologie ****	39	21	20	20	19	15	10		13	22	- 43,6
Milchwirtschaftlicher Laborant	22	16	7	11	11	15	14	9	11	10	- 54,5

* Ausbildungsberuf seit 2009. ** Ausbildungsberuf seit 2007. *** Ausbildungsberuf seit 2005. **** Bis 2010 Molkereifachmann

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, HMUEL.V.

Die bereits seit langem etablierten agrarwirtschaftlichen Ausbildungsberufe – nämlich Gärtner, Landwirt, Pferdewirt und Winzer – weisen eher stabile bzw. teilweise am aktuellen Rand leicht steigende Auszubildendenzahlen auf. Im Jahre 2012 absolvierten in Hessen 379 Personen eine Berufsausbildung zum Landwirt. Im Jahre 2011 waren es 361 Personen, was 4 % der gesamten Auszubildendenzahl in diesem Ausbildungsberuf in Deutschland entsprach. Im Ausbildungsberuf Gärtner existierten 959 Auszubildenden im Jahre 2012 und im Jahre 2011 1.016 Auszubildende (7 % des betreffenden Bundeswertes). Von 2003 bis 2011 ist die Auszubildendenzahl im Ausbildungsberuf Landwirt in Hessen mit 28 % erheblich stärker gestiegen als im Bundesgebiet insge-

samt, wo eine Zunahme von 14 % zu verzeichnen war. Für den Ausbildungsberuf Gärtner ist im Hinblick auf den Zeitraum 2003 bis 2011 im hessischen Durchschnitt und im Bundesdurchschnitt jeweils eine Verringerung der Auszubildendenzahl um rund 8 % festzustellen. Die Standortstruktur der agrarwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsschulen im Rahmen des dualen Ausbildungssystems ist in Hessen vergleichsweise stabil. Im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildungsgänge existieren gegenwärtig sieben Berufsschulstandorte, nämlich Darmstadt, Butzbach, Limburg und Fritzlar sowie Alsfeld und Fulda. Der gartenbauliche Berufsschulunterricht ist an neun Schulstandorten angesiedelt. Hierbei handelt es sich im Einzelnen um die Städte Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Wiesbaden, Limburg und Gießen sowie Fulda, Kassel und Kirchhain. Eingestellt wurde zwischenzeitlich die über mehrere Jahrzehnte in Kooperation zwischen der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Bildungs- und Informationszentrum Eichhof des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH) angebotene Ausbildung landwirtschaftlich-technischer Assistentinnen und Assistenten (LTA).

Hinsichtlich der **weiterführenden Bildungsgänge** zeigen sich ebenfalls disparate Entwicklungen. Einerseits lässt sich im Vergleich zwischen den Wintersemestern 2012/13 und 2003/04 für die einjährige Fachschulausbildung „Landwirtschaft“, die am Standort Alsfeld erfolgt, eine Steigerung der Studierendenzahlen um 59 % erkennen.

Tabelle 22: Studierende / Meisterabsolventen in weiterführenden agrarwirtschaftlichen Bildungsgängen in Hessen

Studierende	Wintersemester										Ver. 2012/13 zu 2003/04, v. H.
	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	
Einjährige Fachschule: Landwirtschaft	34	17	15	15	29	52	47	42	56	54	58,8
Zweijährige Fachschule: Agrarwirtschaft	82	92	85	82	81	84	87	83	79	78	-4,9
Hochschulstudiengänge der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	4.293	4.295	4.732	4.906	4.141	5.107	4.861	5.034	5.745	5.516 *	28,5
Absolventen	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Ver. 2012 zu 2003, v. H.
Meisterprüfungen: Landwirtschaft	0	16	0	22	16	0	16	0	12	16	k. A.
Pferdewirtschaft	12	8	5	4	8	6	1	3	0	0	k. A.
Gartenbau	42	27	16	20	1	0	0	13	17	14	66,7
Hochschulstudiengänge	567	562	689	712	959	1.163	1.191	1.204	825	k. A.	45,5 **

* Vorläufiger Wert ** Wert für die relative Veränderung 2011 zu 2003

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, HMUELV.

Andererseits ist für denselben Zeitraum bei der zweijährigen Fachschulausbildung „Agrarwirtschaft“, die an den Standorten Fulda, Fritzlar und Griesheim angesiedelt ist, ein Rückgang um 5 % zu konstatieren. Ein Argument hierfür könnte darin liegen, dass zahlreiche Berufsanfänger auch aufgrund der hohen fachlichen Anforderungen, welche die Leitung insbesondere großer landwirtschaftlicher Betriebe mittlerweile mit sich bringt, der zweijährigen Fachschulausbildung das Studium an einer Hochschule vorziehen, wofür die diesbezüglichen steigenden Studierenden- und Absolventenzahlen ein Indiz sind.

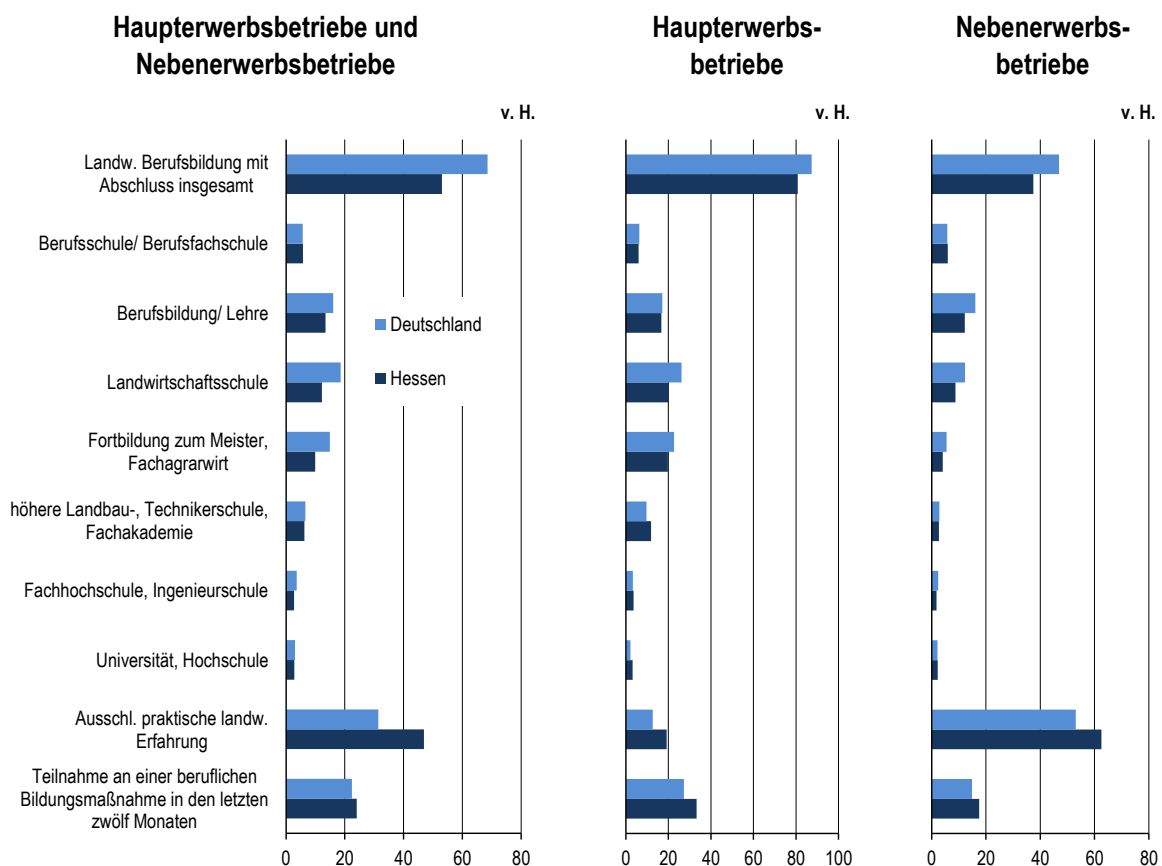
Was die **agrar- und ernährungswissenschaftliche Hochschulausbildung** in Gießen, Kassel und Fulda betrifft, so waren im Wintersemester 2011/12 in Hessen insgesamt 5.745 Studierende in den betreffenden Studiengängen immatrikuliert. Dies entsprach 13 % sämtlicher Studierender in diesen Studiengängen im Bundesgebiet. Im Vergleich zur Studierendenzahl im Wintersemester 2003/04 hat sich die Studierendenzahl mit 44 % in Hessen sehr stark erhöht (Zunahme im gesamten Bundesgebiet um 16 %). Für die **Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister**, die am Bildungs- und Beratungszentrum Alsfeld des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH) im zweijährigen Turnus erfolgt, zeigen sich stabile Absolventenzahlen. Die Vorbereitung auf die **Gärtnermeisterprüfung**, die ebenfalls vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) abgenommen wird, findet seit 2009 im Rahmen eines einjährigen Weiterbildungsganges in Hanau statt. Die weitere Entwicklung der diesbezüglichen Absolventenzahlen ist noch nicht abzusehen. Bei den übrigen Agrarberufen werden die Meisterprüfungen in anderen Bundesländern abgelegt.²⁰

Im Hinblick auf das **berufliche Qualifikationsniveau** der bereits im Beruf stehenden Landwirte lassen sich zwischen Hessen und Deutschland insgesamt merkliche Unterschiede erkennen (siehe Abbildung 35). Gemäß den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2010 lag der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebsleiter, die über einen fachlichen Berufsabschluss verfügen, in Hessen mit 54 % erheblich unter dem Vergleichswert für Deutschland insgesamt (69 %). Dieser Befund weist hinsichtlich der Bildungssituation in der hessischen Landwirtschaft auf komparative Nachteile hin. Nimmt man den höchsten erworbenen fachlichen Bildungsabschluss, so lassen sich auch für ausgewählte Qualifikationsprofile regionale Disparitäten feststellen. Beispielsweise lag der Anteil der Betriebsleiter mit einem Meisterbrief bzw. einem Abschluss als Fachagrarwirt in Deutschland bei 15 % und in Hessen bei 10 %. Für die Absolventen einer Landwirtschaftsschule betrugen die Vergleichswerte 19 % (Deutschland) bzw. 12 % (Hessen). Sowohl bei den Abschlüssen an höheren Landbauschulen, Technikerschulen und Fachakademien als auch bei Hochschulabschlüssen unterscheidet sich allerdings die agrarwirtschaftliche Bildungssituation zwischen Hessen und dem Bundesgebiet nur unwesentlich. Liegt der Fokus auf den Haupterwerbsbetrieben, so verringert sich der Abstand bezüglich des Anteils der Betriebsleiter, die einen Berufsabschluss erworben haben, zwischen Hessen und dem Bundesgebiet auf nunmehr 7 Prozentpunkte. Im Vergleich hierzu ist die entsprechende Differenz bei

²⁰ Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011): Jahresagrarbericht 2011. S. 71ff.

den Nebenerwerbsbetrieben mit 10 % merklich größer, was sicherlich mit den in zahlreichen hessischen Nebenerwerbsbetrieben wenig wettbewerbsfähigen Strukturen im Zusammenhang steht.²¹

Abbildung 35: Landwirtschaftliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss der Betriebsleiter / Geschäftsführer in den landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen bzw. Deutschland 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, inwieweit Landwirte an **beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen** teilnehmen. Die Quote der Landwirte, die in den zwölf Monaten vor der Erhebung an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, liegt in Hessen mit 24 % knapp über dem entsprechenden Bundeswert (22 %), was hinsichtlich der Weiterbildungsbereitschaft ein Indiz auf einen leichten komparativen Vorteil der hessischen Landwirtschaft darstellt. Im Vergleich hierzu fällt der betreffende Abstand in der Kategorie der Haupterwerbsbetriebe, wo die entsprechenden Teilnehmerquoten in Hessen bei 33 % und auf Bundesebene bei 27 % liegen, noch stärker aus. Deutlich niedriger sind die Anteilswerte mit 18 % (Hessen) und 15 % (Bundesgebiet) bei den Nebenerwerbsbetrieben. Letztere bieten aufgrund vergleichsweise kleiner Potenziale zur Einkom-

21 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg., 2011): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter / Geschäftsführer, Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturserhebung 2010. Wiesbaden.

menssteigerung nur geringe Anreize für eine Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. Hinzukommen etwaige zeitliche Restriktionen aufgrund der auf der Ebene des einzelnen Betriebs u. U. sehr zeitintensiven Kombination von landwirtschaftlicher mit nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit.²²

Landwirtschaftliches Beratungswesen

Die landwirtschaftliche Officialberatung ist in Hessen beim Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) angesiedelt. Mit den dortigen Beratungsangeboten, die sich an alle hessischen Landwirte und Gärtner richten, werden die nachfolgenden Ziele anvisiert:

- Förderung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe in Hessen
- Stabilisierung und Verbesserung der Einkommenssituation der Betriebe
- Erhaltung einer vielfältigen und strukturierten Kulturlandschaft in Hessen
- Ressourcenschutz und Umweltsicherung
- Verbesserung der Produktionstechnik – bei nachhaltiger Wirtschaftsweise – und der Betriebsstrukturen
- Förderung des Nichterwerbsgartenbaus

Die im LLH tätigen Beratungskräfte verfügen über eine Ingenieur-Ausbildung (Fachhochschul- oder Universitätsabschluss bzw. Bachelor oder Master) und nehmen regelmäßig an fachlichen und methodischen Fortbildungen teil. Die Beraterinnen und Berater arbeiten ausgehend von den LLH-Standorten flächendeckend in ganz Hessen und sind in sieben fachlich fokussierten Beratungsteams organisiert: Ökonomie und Verfahrenstechnik, Landtourismus und Erwerbskombinationen, Gartenbau, Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Ökologischer Landbau, Qualitätssicherung und Leistungsermittlung Tier. Die Beratung ist objektiv und neutral und hat das Ziel, den Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern durch hohe Kompetenz und Praxisnähe gute Entscheidungen und Betriebsentwicklungen zu ermöglichen.

Die Beratungskräfte arbeiten bei fachübergreifenden Themen in einer engen betriebsbezogenen fachlichen Zusammenarbeit und können so den Anforderungen der umfassenden Fragestellungen begegnen (z.B. arbeiten in der Futterbauberatung die Berater der Tierhaltung mit den Beratern Pflanzenproduktion oder Ökolandbau zusammen; bei der Umstellungsberatung sind Berater aus der Betriebswirtschaft und aus dem Ökolandbau tätig).

Die Beratungskräfte arbeiten in Angebots- und Nachfrageberatung mit den Betriebsleitern in Einzelberatungen vor Ort oder am Telefon, in Gruppenberatungen, in Arbeitskreisen,

²² Vgl. ebenda.

bei Veranstaltungen mit Vorträgen oder Feldbegängen und über Medien wie z.B. das Internet (www.llh.hessen.de) oder das Beratungsfax.

Im **betriebswirtschaftlichen Bereich** erstrecken sich die Beratungsaktivitäten auf die folgenden Felder:

- Erstellen von Investitionskonzepten im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung (AFP) sowie bei der betrieblichen Diversifizierung (FID)
- Analyse der wirtschaftlichen Situation von Betrieben sowie Mithilfe bei der Planung von Investitionen
- Sozioökonomische Beratung bei wirtschaftlich angespannten Verhältnissen mit dem Ziel, die Betriebe aus einer etwaigen Liquiditätsfalle herauszuführen
- Fachliche Betreuung von Arbeitskreisen, in denen sich gleichgelagerte Betriebe betriebswirtschaftlich und produktionstechnisch austauschen können
- Vollkostenanalysen mithilfe des Programms „AgriCon“ zur Aufdeckung von Schwachstellen als Grundlage zur Optimierung der Produktionsprozesse²³

In den Jahren 2011 und 2012 wurden 79 bzw. 78 landwirtschaftliche Investitionen mit betriebswirtschaftlicher Beratung begleitet; weitere 219 bzw. 367 landwirtschaftliche Betriebe wurden intensiv betreut und mit dem Ziel der betriebswirtschaftlichen Stabilisierung begleitet.

Die Hessische Hofbörse (www.hessische-hofboerse.de/), die vom betriebswirtschaftlichen Beratungsteam des LLH in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landgesellschaft – HLG betrieben wird, wurde in 2011 und 2012 von rund 150 bzw. 200 Personen bzw. Betrieben in Anspruch genommen. In beiden Jahren handelte es sich hierbei zu jeweils 50 % um Hof-Anbieter bzw. Hof-Nachfrager.²⁴

Die Hessische Hofbörse eröffnet so die Möglichkeit, dass Hofabgeber ohne Nachfolge und Interessenten an einem Einstieg in einen landwirtschaftlichen Betrieb zusammenfinden können. Der LLH bietet Abgebern und Interessenten gleichermaßen Beratung, insbesondere betriebswirtschaftliche und unternehmerische Beratung. Über die hessische Hofbörse können auch Quereinsteiger in einen landwirtschaftlichen Betrieb einsteigen. Dieses Angebot ist auch im Zusammenhang mit dem Thema Hofnachfolge in den Agrarbetrieben im Kapitel „5.3 Arbeitsallokation, Einkommensverhältnisse und Erwerbsstruktur in der hessischen Landwirtschaft“ zu sehen.

Im Bereich der **Verfahrenstechnik** liegen die Schwerpunkte der Beratungstätigkeit in der Mithilfe bei Investitionsentscheidungen im technischen Bereich. Hierbei werden Fragen zu

23 Vgl. Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2011): Beratungsteam Ökonomie. Broschüre, Kassel.

24 Aktuelle Zahlen: Schriftliche Auskunft des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen – LLH (2013); Hessisches Ministerium für Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011a): Jahresagrarbericht 2011. S. 64.

technischen Lösungen in der Innen- und Außenwirtschaft behandelt. Die fachlichen Schwerpunkte der Beratungsaktivitäten liegen bei folgenden Themenfeldern:

- Technik der Grünlandbewirtschaftung
- Technische Lösungen der Getreidelagerung
- Kapazitätsauslastung durch überbetriebliche Maschinenverwendung (ÜMV)
- Verbesserung der Arbeitswirtschaft in Milchviehbetrieben, u. a. Optimierung der Melktechnik²⁵

Die Zahl der in Anspruch genommenen verfahrenstechnischen Beratungen belief sich in 2011 auf rund 550 und in 2012 auf rund 480. Eine wichtige Komponente der Beratung bildet u. a. die Durchführung von Praxisvorführungen, so beispielsweise zu den technischen und gesetzlichen Anforderungen an die Getreidelagerung oder zu selbstfahrenden Futtermischwagen.²⁶

Seit 2009 bietet der LLH Beratung zu **Erwerbskombinationen** an.²⁷ Die Schwerpunkte liegen zurzeit auf den Themen „Urlaub auf dem Bauernhof“ und „Bäuerliche Gastronomie“, hier im Wesentlichen auf Aspekten der Angebotsgestaltung und der Wirtschaftlichkeit in diesen Betriebszweigen. Im Bereich „Bäuerliche Gastronomie“ berät der LLH gegenwärtig 30 landwirtschaftliche Betriebe. Die Betreuung erfolgt sowohl in der Einzelbetrieblichen Beratung als auch in der Gruppenberatung (eine Arbeitsgruppe im Odenwald, eine zweite in Nord-Ost-Hessen). Im Bereich „Urlaub auf dem Bauernhof“ werden 250 Betriebe beraten, und zwar überwiegend in den Urlaubsdestinationen Odenwald, Rhön, Waldecker Land/ Nordhessen, Vogelsberg/ Spessart und Wetterau sowie im Hessischen Bergland. Darüber hinaus werden Beratungen zum „Bauernhof als Klassenzimmer“ und zu anderen Nutzungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Gebäude angeboten. Aktuell wird ein Beratungsangebot im Bereich der Direktvermarktung vorbereitet.

Die **landwirtschaftliche Bauberatung**, die der Hessischen Landgesellschaft – HLG obliegt, wird ebenfalls flächendeckend für ganz Hessen angeboten. Hierbei gelten die folgenden Grundsätze:

- Entwicklungsfähige Planungen, die eine schrittweise Erweiterung ermöglichen
- Artgerechte Haltungsverfahren
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Kostengünstige Bauweisen
- Umweltverträgliche Gebäude

25 Vgl. Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2011): a. a. O.

26 Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009a): a. a. O., S. 145; Hessisches Ministerium für Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011a): a. a. O., S. 65.

27 Vgl. Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (2013): schriftliche Auskunft.

Ziel der Bauberatung ist es die hessische Landwirtschaft objektiv und unabhängig zu beraten. Im konkreten Fall hat eine Bauberatung folgenden Ablauf:

- Betriebsbesichtigung
- Standortsuche
- Erstellung von Planungsskizzen
- Baukostenschätzung
- Finanzierungsübersicht
- Aufbereitung und Übersendung der Unterlagen

Im Jahre 2012 wurden in Hessen insgesamt 95 Beratungsfälle bearbeitet (siehe Tabelle 23). Im Vergleich beispielsweise zum Jahr 2010, in dem 98 Fällen bearbeitet worden waren, blieb die Zahl der Fälle nahezu unverändert. Ein großer Teil der Fälle des Jahres 2012 – nämlich 43 – entfiel auf den Regierungsbezirk Kassel, im Regierungsbezirk Gießen waren es 21 Fälle und im Regierungsbezirk Darmstadt 31 Fälle. Schwerpunkte für die Bauberatungstätigkeit waren im Jahr 2012 die Milchviehbetriebe sowie die Veredelungsbereiche in der Schweine- und Geflügelmast und die Diversifizierung durch Schaffung zusätzlicher Einnahmequellen.²⁸ Die Kernelemente der landwirtschaftlichen Bauberatung waren:

- Einzelbetriebliche Beratung
- Unterstützung der Agrarverwaltung
- Baufachliche Stellungnahmen
- Teilnahme an der Baulehrschau
- Veröffentlichungen
- Vorträge

Tabelle 23: Zahl der Beratungsfälle in der landwirtschaftlichen Bauberatung in Hessen 2010 und 2012

Region	hiervon								Darüber hinaus: telefonische Beratung	
	Bauberatung insgesamt		mit staatlicher Förderung		ohne staatliche Förderung		mit Betreuung			
	2010	2012	2010	2012	2010	2012	2010	2012	2010	2012
RB Darmstadt	20	31	15	22	5	9	15	21	85	137
RB Gießen	19	21	13	18	6	3	12	17	64	62
RB Kassel	59	43	40	34	19	9	35	33	267	212
Hessen	98	95	68	74	30	21	62	71	416	411

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

²⁸ Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011a): a. a. O., S. 69f.

Im Jahr 2012 war die Hessische Bauberatung bei folgenden Vorträgen tätig:

- 15.03.2012: Seminar des LLH in Rauischholzhausen zu den Themen:
 - „Worauf muss ich bei der Plausibilitätsprüfung achten?“
 - „Konstruktions- und Gestaltungsmerkmale landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude“
- 14.11.2012: EuroTier Hannover zum Thema „Tiergerechtes Melkzentrum - Bauliche Lösungen“

Die Bautätigkeit ist im landwirtschaftlichen Bereich nach wie vor stark ausgeprägt, was sich u. a. auch in der intensiven Resonanz der landwirtschaftlichen Bauberatung widerspiegelt. Das Umfeld für Investitionsvorhaben ist derzeit vorteilhaft. Dazu gehören u. a. auch die derzeit historisch niedrigen Zinsen für das Fremdkapital, die damit einen erheblichen Einfluss auf Investitionen haben. Dies verbunden mit adäquaten Baukosten führt aktuell zu günstigen Bedingungen für Betriebe, die Investitionen in Wirtschaftsgebäude planen.

Die **landwirtschaftliche Familienberatung** ist ein weiterer Schwerpunkt des Beratungswesens. Sie wird im Wesentlichen von der Einrichtung „Familie & Betrieb – Ländliche Familienberatung“ angeboten, die von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Kooperation mit dem LLH getragen wird, und ist auf die spezifischen Bedürfnisse landwirtschaftlicher Familien zugeschnitten. Angesichts der Herausforderungen, die sich für die landwirtschaftlichen Familien durch den Strukturwandel ergeben, stehen hierbei folgende Ziele im Vordergrund:

- Ganzheitliche Wahrnehmung existentieller Fragen von Menschen aus Landwirtschaft und Handwerk
- Begleitung von Menschen, so dass neue, bisher so nicht gesehene Perspektiven wahrgenommen werden können
- Anstrengungen, um Menschen aus landwirtschaftlichen Familien zu mobilisieren.

In den vergangenen zehn Jahren gab es jährlich durchschnittlich hundert Anfragen, die ein sehr breites Themenfeld abdeckten, beispielsweise familiäre Schwierigkeiten, Schwierigkeiten in der Partnerschaft, gesundheitliche Probleme und wirtschaftliche Schwierigkeiten wie auch Probleme bei Existenzgründungen und Unternehmensübergaben.²⁹

Die landwirtschaftlichen Beratungsaktivitäten in den ökologischen Themenfelder sind in Hessen unterschiedlich ausgeprägt. Zum gesamten Themenfeld **Biodiversität** existiert gegenwärtig kein systematisches und unter den verschiedenen Akteuren abgestimmtes Beratungskonzept. Das Themenfeld Biodiversität ist mit vielfältigen Beratungsangeboten zu ausgewählten Teilbereichen beim Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) vertreten – z.B. zur Fruchtfolge, zu den Kulturarten, zum Grünland – und bei den Fachdiensten der Landkreise (z.B. Vertrags-Akquisition). Die nach Landesrecht zuständigen landwirt-

²⁹ Vgl. ebenda, S. 70f.

schaftlichen Beratungsstellen sollen bei ihrer Beratungstätigkeit die Grundsätze der guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung vermitteln. Die Grundsätze umfassen die nachhaltige Sicherung der Bodenfruchtbarkeit und Leistungsfähigkeit des Bodens als natürliche Ressource.

Ein bedeutender Schwerpunkt in der **Pflanzenproduktion** ist der Pflanzenschutz und der sachgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Aktivitäten des LLH in diesen Bereichen (u. a. auch Monitoring und Erfassung für Warndienstmeldungen) erfolgen in enger Abstimmung mit dem hessischen Pflanzenschutzdienst beim RP Gießen in Wetzlar.

Die Themen **Tierwohl und Tiergesundheit** sind Bestandteil der LLH-Beratungen zur Tierhaltung, ebenso wie die Beratungen zur speziell angepassten Fütterung.

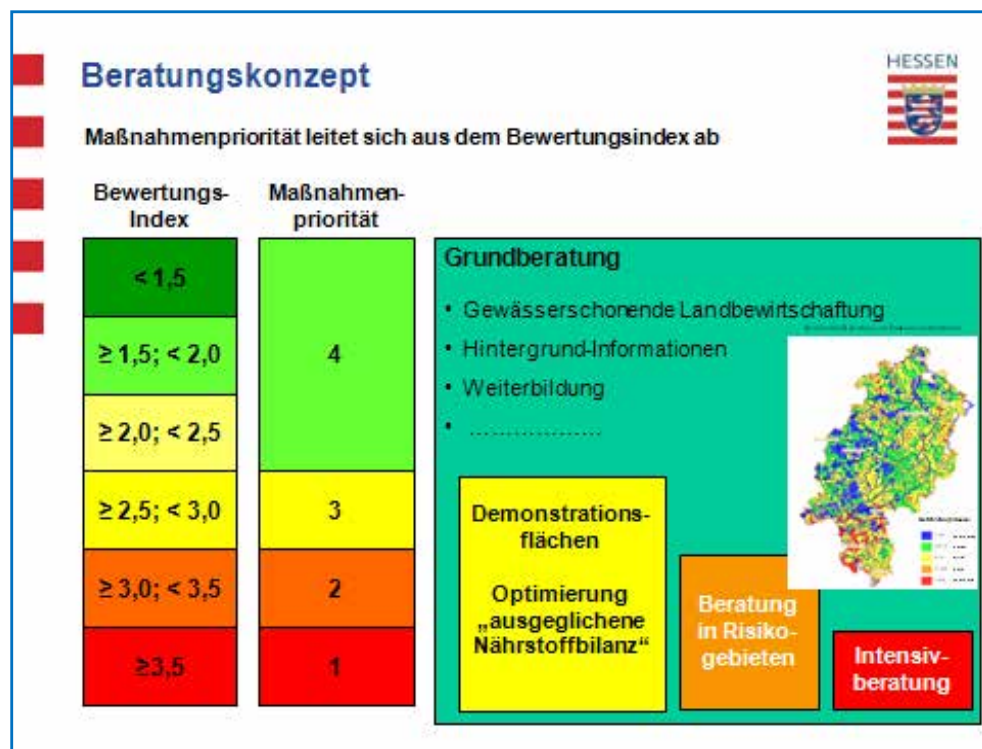
Im Themenfeld **Bodenschutz** gibt es verschiedene LLH-Beratungsangebote. Allerdings gibt es auch hier kein durchgängiges und abgestimmtes Beratungsangebot unterschiedlicher Akteure zum Bodenschutz in Hessen.

Das Beratungswesen im Themenfeld **Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz** ist gut etabliert. Die betreffende Beratung der Landwirte und Winzer im Rahmen sogenannter Maßnahmenräume obliegt etwa dreißig bis vierzig bei privaten Ingenieurbüros beschäftigten Beratern. Weitere hessenweit ausgerichtete Beratungsaktivitäten, die sich an den Grundsätzen einer gewässerschonenden Landbewirtschaftung orientieren, werden von den Beraterinnen und Beratern des LLH im Rahmen der hessenweiten Grundberatung zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) durchgeführt. Diese wird in der Regel durch Fortbildungsveranstaltungen oder Beiträge in Fachzeitschriften wahrgenommen. Eine intensive gewässerschutzorientierte Beratung im Zuge der Umsetzung der WRRL wird seit dem Jahr 2011 in Hessen durchgeführt.

Was die wasserwirtschaftliche Beratung betrifft, so soll nach dem in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vorgesehenen Zeitplan ein guter chemischer und ökologischer Gewässerzustand bis Ende 2015 erreicht werden. Um den Vorgaben der WRRL nachzukommen, wurde in Hessen Ende 2009 ein Maßnahmenprogramm erarbeitet, das als zentrales Instrument wasserwirtschaftlichen Handelns zu verstehen ist und darüber hinaus als Teil des Bewirtschaftungsplans der Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission dient. Mit dem Ziel eines flächendeckenden guten chemischen Grundwasserzustands besteht in Hessen ein grundwasserschutzorientiertes landwirtschaftliches Beratungswesen, das konzeptionell einem integrativen und stoffbezogenen Ansatz folgt.³⁰

³⁰ Vgl. Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie - HLUG (Hrsg., 2013.): Grundwasserbeschaffenheit und WRRL. Wiesbaden.

Abbildung 36: Hessisches Beratungskonzept zur Reduzierung von Stoffeinträgen in das Grundwasser



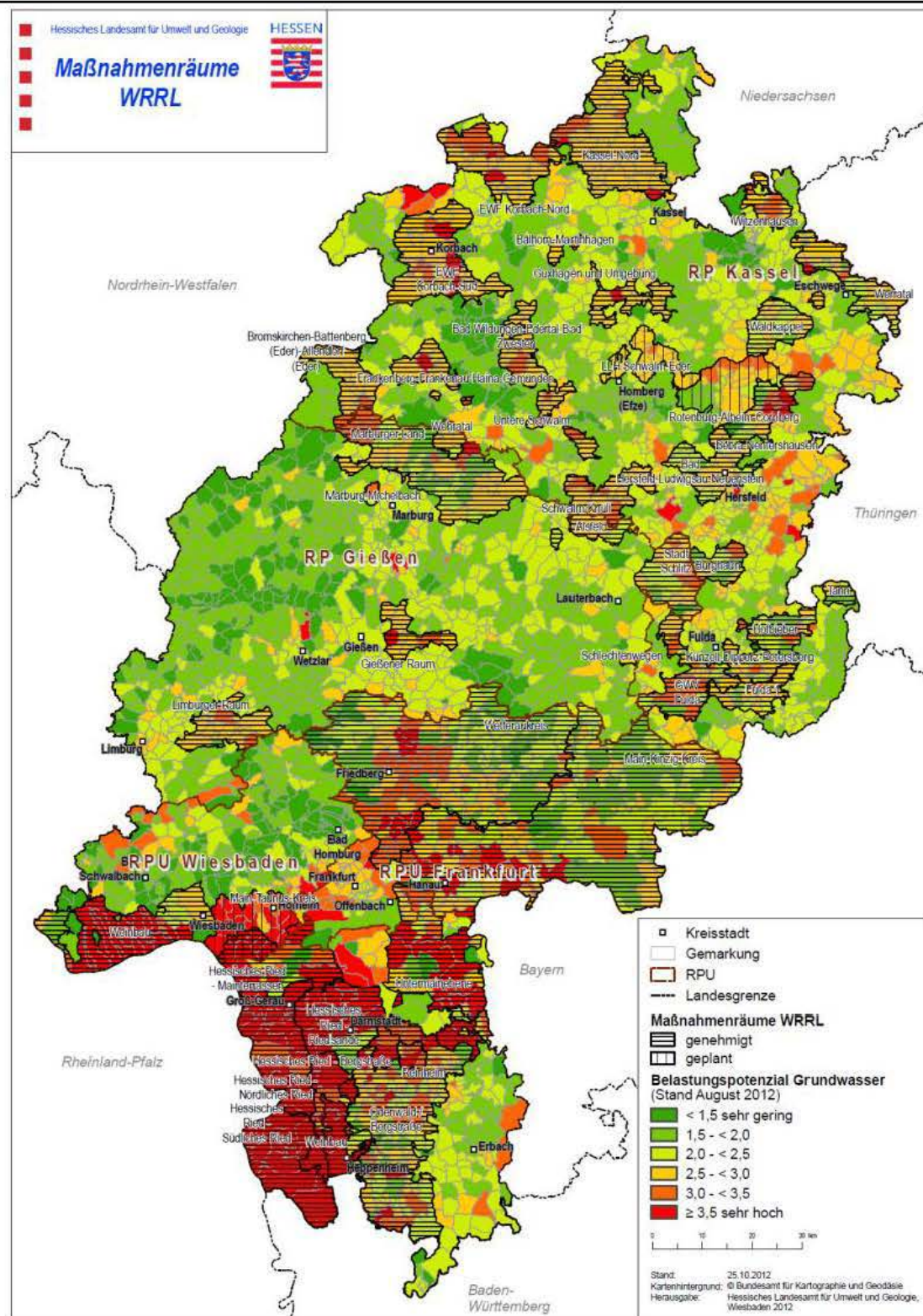
Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Der Beratungsschwerpunkt liegt auf dem landwirtschaftlichen Stickstoffeinsatz und somit auf der Reduktion der Grundwasserbelastung durch Nitrat. Die grundwasserschutzorientierte landwirtschaftliche Beratung inkl. beratungsbegleitender Maßnahmen dient auch zur Erreichung der qualitativen Ziele der Erosionsminderung im Bereich diffuser Stoffeinträge in Oberflächengewässern gemäß den Festlegungen des Maßnahmenprogramms und des Bewirtschaftungsplans der WRRL.

Intensität und Ausrichtung der Beratungsaktivitäten, deren Spektrum von einer allgemeinen Grundberatung bis hin zu einer einzelbetrieblichen Intensivberatung reicht, basieren auf Maßnahmenprioritäten, die sich aus einem Bewertungsindex herleiten. Um die Beratungsmaßnahmen zu operationalisieren, wurden vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) rund vierzig Maßnahmenräume auf Gemarkungsebene definiert. Diese sind beispielsweise in der Wetterau, der Main-Kinzig-Region und der Rhein-Main-Tiefebene wie auch im Gießener Becken und im Limburger Becken lokalisiert (siehe Abbildung 37). Die Grundlage für die räumliche Abgrenzung bildeten die Belastung des Grundwassers und das Belastungspotenzial, das u. a. auf Basis der Bodenbeschaffenheit und der Art der Landbewirtschaftung hergeleitet wurde.³¹

31 Vgl. ebenda.

Abbildung 37: Maßnahmenräume im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Belastungspotenzial des Grundwassers durch diffuse Stoffeinträge in Hessen



Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Auf rund 322.000 ha der insgesamt rund 770.000 ha umfassenden landwirtschaftlich genutzten Fläche in Hessen ist das Grundwasser einer hohen Belastung bzw. einem hohen Belastungspotenzial ausgesetzt. Rund 80 % dieser Nutzflächen liegen innerhalb der WRRL-Maßnahmenräume, in denen die Landwirte hinsichtlich einer grundwasserschonenden Bewirtschaftungsweise intensiv beraten werden.³² Angesichts der hohen Landnutzungsintensität in zahlreichen WRRL-Maßnahmenräumen stellt sich im Rahmen der Agrarumweltpolitik die Frage, auf welche Weise sich über eine Veränderung der Landnutzungssysteme gezielt Einfluss auf die Grundwasserbelastung durch die Agrarwirtschaft nehmen lässt. Einen zentralen Baustein der Agrarumweltpolitik in Hessen bildet dabei das Hessische Integrierte Agrarumweltprogramm (HIAP), das Maßnahmen in unterschiedlichsten Bereichen beinhaltet. Genannt seien hier etwa die Förderung des Ökologischen Landbaus oder die Förderung einzelner agrarwirtschaftlicher Produktionsverfahren wie die Winterbegrünung oder auch die Mulch- oder Direktsaat.

Tabelle 24: Förderung im Rahmen des Hessischen Integrierten Agrarumweltprogramms (HIAP) in den WRRL-Maßnahmenräumen 2010 und 2011

	Ökologischer Landbau		Winterbegrünung		Blühstreifen	
	Fläche in ha	Förderbetrag in Euro	Fläche in ha	Förderbetrag in Euro	Fläche in ha	Förderbetrag in Euro
2010 *	20.924	3.707.169	247	15.012	231	140.534
2011	21.841	3.519.651	742	34.008	548	332.342
Veränderung 2011 zu 2010 in v. H.	4,2	-5,3	66,8	55,9	57,8	57,7

	Schonstreifen		Mulch- und Direktsaatverfahren		
	Fläche in ha	Förderbetrag in Euro	Fläche in ha	Förderbetrag in Euro	
2010 *	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
2011	10	6.169	22.509	722.869	
Veränderung 2011 zu 2010 in v. H.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

* Für 2010 werden HIAP und HEKUL in der Sparte des Ökologischen Landbaus noch zusammen bewertet.

Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Von 2010 auf 2011 haben die Förderung der Winterbegrünung und die Förderung der Anlage von Blühflächen – gemessen sowohl an der Beihilfesumme als auch an der Nutzfläche – jeweils erheblich zugenommen. Demgegenüber waren in der Förderung des Ökologischen Landbaus gar ein leichter Rückgang der Beihilfesumme und eine nur geringe Zunahme der geförderten Fläche zu verzeichnen.³³

³² Vgl. ebenda.

³³ Berthold, Georg (2012): Umsetzung der WRRL im Bereich Grundwasser. Präsentation vor dem Landesagrarausschuss. Eltville, 26. November 2012.

5.7 Wettbewerbsfähigkeit des hessischen Ernährungsgewerbes

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ernährungsgewerbes ist in Hessen niedriger als im Bundesgebiet insgesamt. Dies ist beispielsweise daraus ersichtlich, dass im Jahre 2011 die Relation des Aggregats der Branchenumsätze der Wirtschaftszweige „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ sowie „Getränkeherstellung“ zum Bruttoinlandsprodukt in Hessen mit einem Wert von 3,9 % unter dem Vergleichswert für Deutschland (6,4 %) lag. Der regionale Schwerpunkt des hessischen Ernährungsgewerbes liegt im Rhein-Main-Gebiet, also dort, wo auch umfangreiche Absatzmärkte lokalisiert sind und sehr günstige transportwirtschaftliche Rahmenbedingungen vorhanden sind. In jüngster Zeit verzeichnete die hessische Ernährungswirtschaft – im Zuge der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einer zunehmenden Beschäftigung und steigenden Haushaltseinkommen – einen starken Aufschwung.

Von 2010 bis 2011 erhöhte sich die Zahl der Betriebe des Wirtschaftszweiges „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ in Hessen um 0,9 % und auf Bundesebene um 1,4 % (siehe Tabelle 25). Im Hinblick auf die Beschäftigtenzahl und den Branchenumsatz lässt sich für Hessen wie auch für Deutschland ebenfalls eine deutliche Zunahme erkennen. Offenbar hat die in jüngerer Zeit sehr günstige Konjunktorentwicklung auch das Ernährungsgewerbe erfasst.

Eine disaggregierte Betrachtung lässt im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit auch für die – allesamt zum Wirtschaftszweig „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ – zählenden Branchen „Schlachten und Fleischverarbeitung“, „Milchverarbeitung“ sowie „Herstellung von Back- und Teigwaren“ auf erhebliche Umsatzsteigerungen schließen (siehe Tabelle 26). In den Branchen „Schlachten und Fleischverarbeitung“ und „Herstellung von Back- und Teigwaren“ ist das Umsatzwachstum u. a. auf Neugründungen von Betrieben zurückzuführen, während der Strukturwandel in der „Milchverarbeitung“ mit einer Verringerung der Betriebszahl einhergeht.

Im Wirtschaftszweig „Getränkeherstellung“ zeigt sich ein ähnliches Bild, denn von 2010 bis 2011 ist die Zahl der Betriebe dieser Branche in Deutschland um 1,5 % und in Hessen gar um 4,7 % zurückgegangen, was sich – ebenso wie im Falle des Molkereigewerbes – mit betrieblichen Umstrukturierungen über Fusionen und Übernahmen begründen lässt. Gleichzeitig nahm die Zahl der Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges in Hessen um 2,7 % zu, während im Bundesdurchschnitt ein Beschäftigungsrückgang um 0,6 % zu verzeichnen war. Die Umsätze der Getränkeindustrie haben im Jahresvergleich 2010/2011 sowohl in Hessen als auch in Deutschland insgesamt merklich zugenommen. Innerhalb Hessens steigerten sich die Branchenumsätze in weit überproportionalem Maße im nordhessischen Raum, eine Feststellung, die – wenngleich in geringerer Ausprägung – auch für den Wirtschaftszweig „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ zutrifft.

Tabelle 25: Betriebe, Beschäftigte und Branchenumsätze des Ernährungsgewerbes in Hessen bzw. Deutschland

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln ¹⁾												
Region	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.	2009	2010	2011	Ver. 10/ 11, v. H.
RB Darmstadt	173	178	179	0,6	15.830	15.965	16.203	1,5	3.288	3.360	3.665	9,1
RB Gießen	60	62	61	- 1,6	6.983	7.017	7.413	5,6	1.640	1.756	1.869	6,5
RB Kassel	87	90	93	3,3	5.237	5.294	5.470	3,3	785	811	908	12,0
Hessen	320	330	333	0,9	28.050	28.276	29.086	2,9	5.712	5.927	6.442	8,7
Deutschland	5.220	5.266	5.339	1,4	475.044	481.446	489.538	1,7	128.023	132.593	143.428	8,2

Getränkeherstellung ¹⁾												
Region	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Ver. 10/ 11, v. H.
RB Darmstadt	26	26	23	- 11,5	4.292	4.679	4.789	2,4	2.006	2.125	2.130	0,2
RB Gießen	8	8	8	0,0	525	523	495	- 5,4	97	115	121	5,1
RB Kassel	10	9	10	11,1	990	935	1.018	8,9	202	176	298	69,2
Hessen	44	43	41	- 4,7	5.807	6.137	6.302	2,7	2.304	2.417	2.550	5,5
Deutschland	599	587	578	- 1,5	61.180	60.064	59.698	- 0,6	19.680	19.198	19.918	3,8

¹⁾ Von 2009 an neue Systematik der Wirtschaftszweige.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Im Zuge des Branchenwachstums haben sich auch die betrieblichen Größenstrukturen verändert: In sämtlichen hier erörterten Wirtschaftszweigen bzw. Branchen sind nämlich die Umsätze je Betrieb wie auch je Beschäftigten gestiegen (siehe Abbildung 38). Was die Zunahme der Umsätze je Beschäftigten betrifft, so ist diese darüber hinaus ein Indiz dafür, dass die Betriebe auf Umsatzsteigerungen erst mit zeitlicher Verzögerung mit Neueinstellungen reagieren. Hinsichtlich der regionalen Strukturen der Ernährungsindustrie lassen sich sowohl zwischen Hessen und Deutschland insgesamt als auch zwischen den einzelnen hessischen Regierungsbezirken markante Unterschiede erkennen. Gemessen am durchschnittlichen Jahresumsatz sind die Betriebe des Wirtschaftszweiges „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ im Bundesdurchschnitt erheblich größer als in Hessen, und innerhalb Hessens zeichnet sich der mittelhessische Raum durch besonders umsatzstarke Betriebe aus, die zudem eine vergleichsweise hohe Exportquote aufweisen. Demgegenüber sind die exportstarken Großbetriebe der Getränkeherstellung vor allem in der Region Frankfurt/Bad Vilbel und zu einem geringeren Teil im Großraum Fulda lokali-

siert. Im Vergleich zum jeweiligen Bundesdurchschnitt sind die Betriebe der hessischen Getränkeindustrie zudem erheblich größer und weisen einen höheren Exportanteil auf.

Tabelle 26: Betriebe, Beschäftigte und Branchenumsätze des Ernährungsgewerbes in Hessen bzw. Deutschland (Forts.)

Schlachten und Fleischverarbeitung ¹⁾												
	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.
Hessen	75	78	80	2,6	4.773	4.836	4.922	1,8	946	963	1.051	9,1
Deutschland	1.327	1.316	1.347	2,4	108.211	106.424	107.761	1,3	34.285	35.090	37.609	7,2

Obst- und Gemüseverarbeitung ¹⁾

	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.
Hessen	k. A.	12	12	0,0	k. A.	k. A.	1.563	k. A.	k. A.	k. A.	564.116	k. A.
Deutschland	240	241	245	1,7	27.830	27.569	28.721	4,2	8.904	8.943	9.425	5,4

Milchverarbeitung ¹⁾

	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.
Hessen	9	11	11	0,0	1.390	1.543	1.553	0,6	613	672	720	7,1
Deutschland	230	226	209	- 7,5	36.607	36.256	37.069	2,2	21.511	23.272	25.984	11,7

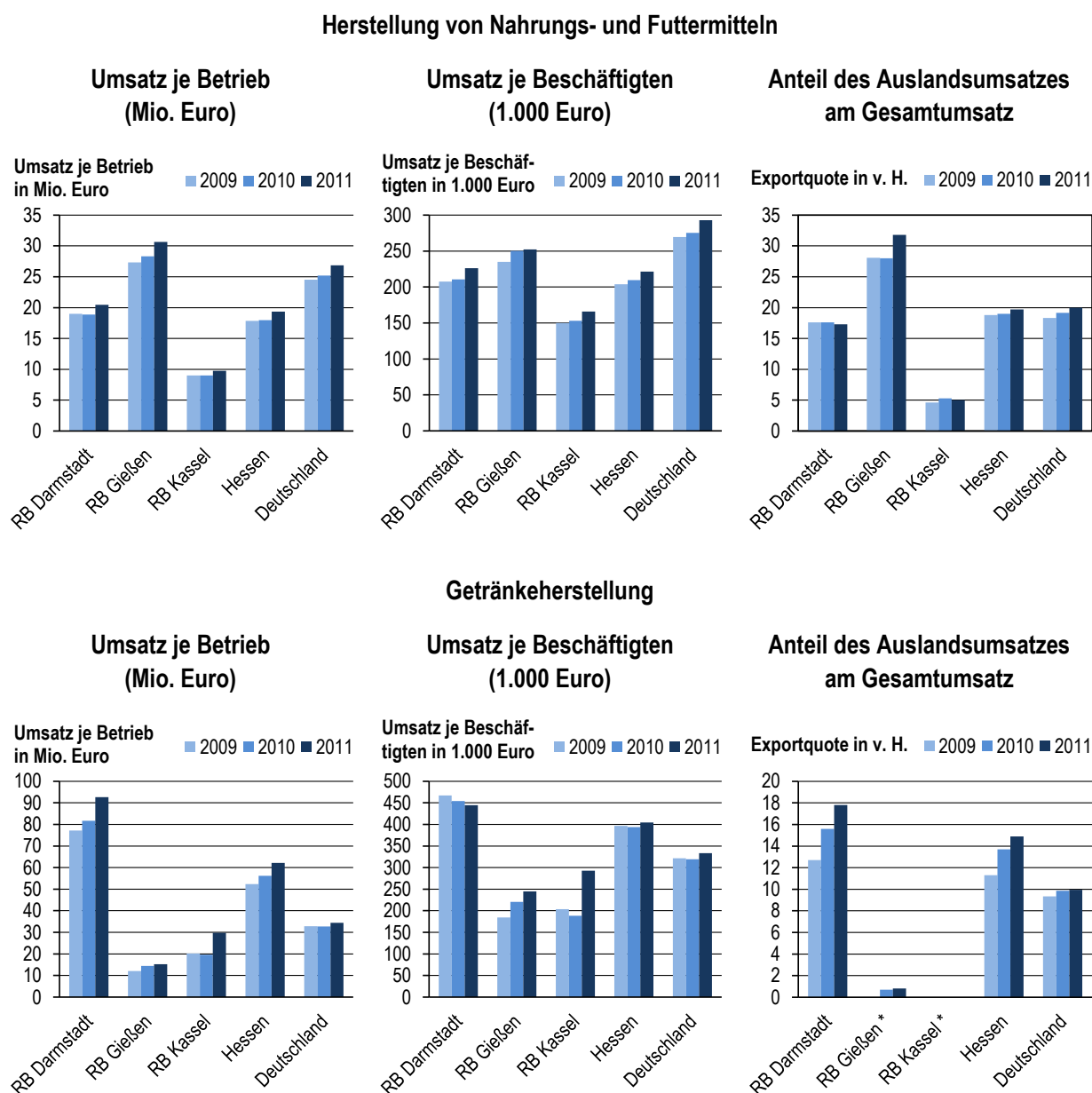
Herstellung von Back- und Teigwaren ¹⁾

	Betriebe (1.000)				Beschäftigte				Branchenumsatz (Mio. Euro)			
	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/11, v. H.	2009	2010	2011	Veränd. 10/ 11, v. H.
Hessen	192	197	197	0,0	11.539	11.490	11.521	0,3	1.109	1.125	1.187	5,5
Deutschland	2.539	2.568	2.598	1,2	181.028	182.688	185.667	1,6	17.321	17.103	18.119	5,9

¹⁾ Von 2009 an neue Systematik der Wirtschaftszweige.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Abbildung 38: Umsätze der Ernährungswirtschaft in Hessen bzw. Deutschland



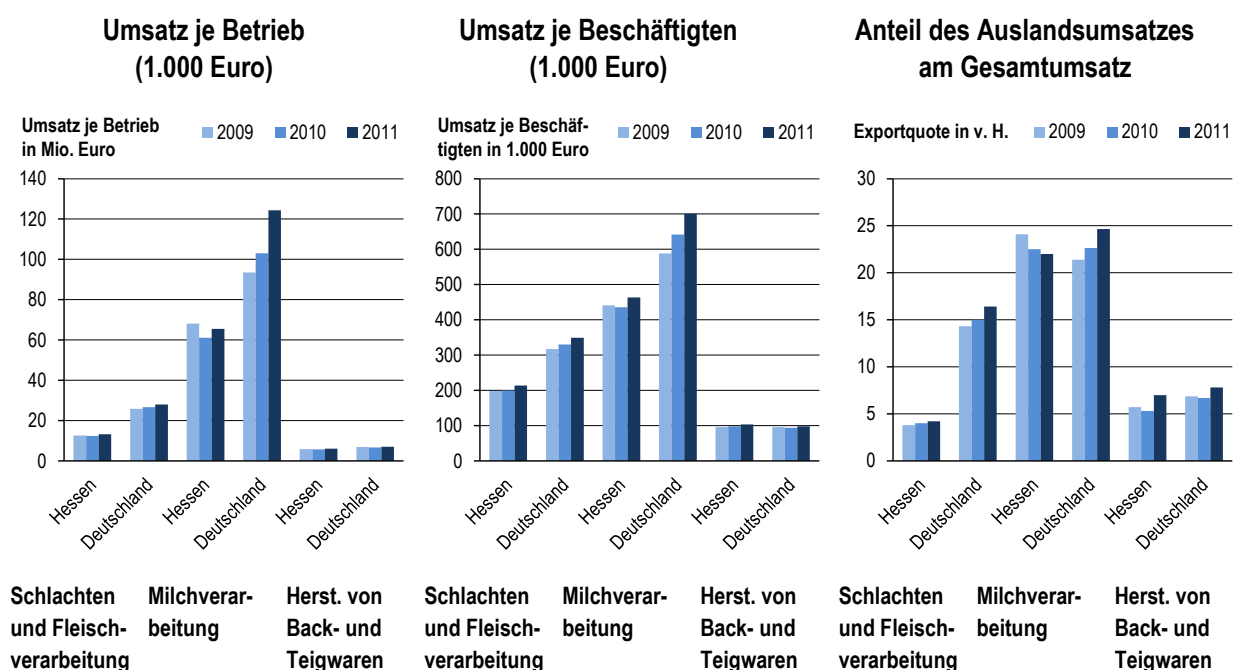
* Im Jahre 2009 für die Regierungsbezirke Gießen und Kassel keine Angaben.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Markante regionale Strukturunterschiede bestehen ebenfalls bei ausgewählten Teilbranchen des Ernährungsgewerbes. So erwirtschaften die Betriebe des Schlachtereigewerbes und der Fleischverarbeitung wie auch diejenigen der Milchverarbeitung im Bundesdurchschnitt einen ungefähr doppelt so hohen Umsatz wie im hessischen Durchschnitt. Demgegenüber liegen die hessischen Hersteller von Back- und Teigwaren bezüglich des mittleren Umsatzes in etwa gleichauf mit dem Durchschnitt für sämtliche deutschen Hersteller dieses Wirtschaftszweiges.

Hinsichtlich der internationalen Ausrichtung der Betriebe fällt besonders ins Auge, dass im Falle des Wirtschaftszweiges „Schlachten und Fleischverarbeitung“ die Exportquote der hessischen Anbieter in etwa ein Drittel des entsprechenden Durchschnitts sämtlicher Anbieter in Deutschland beträgt. In solchen Standortregionen, in denen die Fleischwirtschaft auch aufgrund günstiger Betriebsgrößen und Vermarktungspotenziale bzw. Beschaffungsstrukturen besonders wettbewerbsstark ist, wie dies etwa in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen der Fall ist, ist dieser Wirtschaftszweig offenbar auch deutlich stärker exportorientiert als in Hessen.

Abbildung 39: Umsätze der Ernährungswirtschaft in Hessen bzw. Deutschland (Forts.)



* Im Jahre 2010 für die Regierungsbezirke Gießen und Kassel keine Angaben.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Das Standortmuster des Ernährungsgewerbes lässt sich anhand der regionalen Anteile an der jeweiligen Gesamtzahl der Betriebe und auch der hieraus hergeleiteten Lokalisationskoeffizienten veranschaulichen. Im Jahre 2011 lag der Anteil des Wirtschaftszweiges „Schlachten und Fleischverarbeitung“ an der Gesamtzahl der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen bei 2,9 % und in Deutschland insgesamt bei 3,0 %, woraus ein Lokalisationskoeffizient für Hessen von 0,94 resultiert. Mit Anteilen von 0,4 % (Hessen) und 0,5 % (Deutschland), die für Hessen einen Lokalisationskoeffizienten von 0,84 ergeben, kann man für die Milchverarbeitung ebenfalls regionale Unterschiede feststellen. Die Tatsache, dass die vorgenannten Lokalisationskoeffizienten für Hessen allesamt unter dem Wert „1“ liegen, lässt auf eine im innerdeutschen Vergleich unterproportionale Bedeutung der genannten Wirtschaftszweige schließen.

Tabelle 27: Branchenanteile und Lokalisationskoeffizienten ausgewählter Zweige des hessischen Ernährungsgewerbes 2011

	Branchenanteil (He), v. H. ¹⁾			Branchenanteil (D), v. H. ¹⁾			Lokalisationskoeffizient (He) ²⁾		
	Betriebe	Beschäftigte	Umsätze	Betriebe	Beschäftigte	Umsätze	Betriebe	Beschäftigte	Umsätze
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	12,1	7,3	5,7	12,2	8,4	8,3	0,99	0,87	0,69
Schlachten und Fleischverarbeitung	2,9	1,2	0,9	3,1	1,8	2,2	0,94	0,67	0,43
Obst- und Gemüseverarbeitung	0,4	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,78	0,80	0,93
Milchverarbeitung	0,4	0,4	0,6	0,5	0,6	1,5	0,84	0,61	0,43
Herstellung von Back- und Teigwaren	7,1	2,9	1,1	5,9	3,2	1,0	1,20	0,91	1,01
Getränkeherstellung	1,5	1,6	2,3	1,3	1,0	1,1	1,13	1,55	1,98

¹⁾ Bezogen auf das gesamte Verarbeitende Gewerbe.

²⁾ Der Lokalisationskoeffizient, der auch als Standortkoeffizient bezeichnet wird, errechnet sich wie folgt:

$$LQ_{ij} = \frac{b_{ij}/B_i}{B_j/B}$$

Der Lokalisationskoeffizient setzt den Anteil eines Sektors in einer Region in Relation zum Anteil des betreffenden Sektors in einem Gesamtmarkt. Werte größer als Eins weisen auf eine überproportionale Bedeutung des Sektors in einer Region hin, während Werte kleiner als Eins eine unterproportionale Bedeutung belegen.

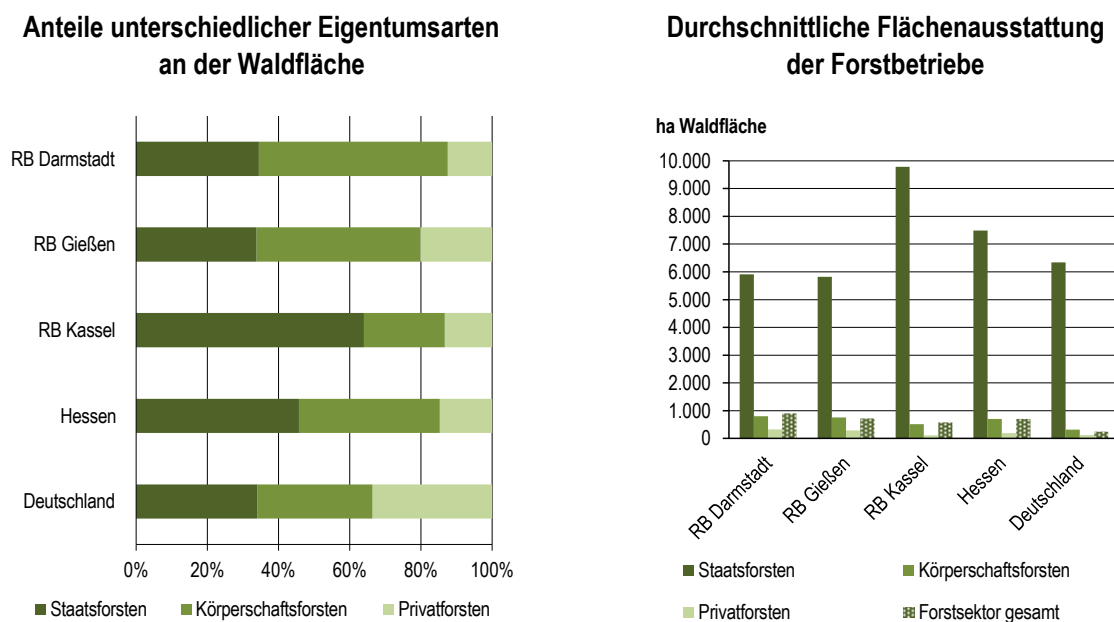
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Hingegen weisen die Lokalisationskoeffizienten für die Betriebszahlen in den Wirtschaftszweigen „Herstellung von Back- und Teigwaren“ und „Getränkeherstellung“ mit 1,20 bzw. 1,13 jeweils auf eine herausragende Bedeutung innerhalb der regionalen Wirtschaftsstruktur und branchenmäßige komparative Vorteile hin. Insbesondere die hessische Getränkeindustrie hat es offenbar vermocht, sich – auch im internationalen Geschäft – eine günstige Wettbewerbsposition aufzubauen. Im Rahmen der Wertschöpfungskette der Getränkeindustrie tragen hierzu auch günstige Beschaffungsmöglichkeiten, u. a. durch „Economies of Scale“ bedingte effiziente Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen wie auch umfangreiche Absatzpotenziale bei. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass hierbei auf lange Sicht auch wirtschaftsstrukturelle Pfadabhängigkeiten zum Tragen kommen. Das hessische Backwarengewerbe profitiert ebenfalls von den transportmäßig gut erreichbaren großen Absatzmärkten des Rhein-Main-Gebietes, bei gleichzeitig günstigen Produktionskosten.

5.8 Grunddimensionen der hessischen Forstwirtschaft

Zusammen mit Rheinland-Pfalz weist Hessen unter den Bundesländern den höchsten Waldanteil an der jeweiligen Gesamtfläche auf (42 % im Jahre 2010). Im Vergleich hierzu war der entsprechende Flächenanteil im Bundesdurchschnitt mit 31 % erheblich niedriger. Darüber hinaus zeichnet sich die hessische Forstwirtschaft – gemessen am Anteil an der Waldfläche – im innerdeutschen Vergleich durch eine besonders hohe Bedeutung landeseigener Staatsforsten und eine hiermit einhergehende eher niedrige Proportion der Privatforsten aus (siehe Abbildung 40). Während sich im Jahre 2010 die gesamte Waldfläche des Bundesgebietes relativ gleichmäßig auf die unterschiedlichen Eigentumsarten verteilte (Privatwald: 34 %; Körperschaftswald: 32 %; Staatswald: 34 %), entfielen in Hessen 14 % auf Privatwald, 40 % auf Körperschaftswald sowie 46 % auf Staatswald. Besonders ausgeprägt ist die Bedeutung des Staatswaldes in Nordhessen, während in Mittelhessen das Gewicht des Privatwaldes für hessische Verhältnisse eher hoch ist, mit entsprechenden Konsequenzen (z.B. heterogene Marktpartner, absente Waldbesitzer) für die dortige Holzmobilisierung.

Abbildung 40: Eigentumsstruktur und Größenstruktur der Forstwirtschaft 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Zwischen Hessen und dem Bundesgebiet insgesamt werden zudem Unterschiede in der forstwirtschaftlichen Größenstruktur deutlich, denn in sämtlichen Eigentumskategorien liegt die mittlere Flächenausstattung der hessischen Forstbetriebe erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Berücksichtigt man beispielsweise die Kategorie des gesamten Forstsektors, so kamen die hessischen Forstbetriebe im Jahre 2010 auf eine Durch-

schnittsgröße von 714 ha, verglichen mit einer Größe von 251 ha in der gesamten deutschen Forstwirtschaft. Der Privatwald kommt auf Vergleichswerte von 190 ha in Hessen und 116 ha im Bundesgebiet.

Um einerseits im Rahmen der Holzmobilisierung die Privatwaldbesitzer über zentrale Ansprechpartner zu erreichen und andererseits betriebswirtschaftlichen Nachteilen des Kleinprivatwaldes entgegenzuwirken, werden in Hessen – ähnlich wie in anderen Bundesländern – im Rahmen der Forstpolitik forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse gefördert. Laut Angaben des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt es gegenwärtig in Hessen 45 Forstbetriebsgemeinschaften (FBG), in denen sich insgesamt rund 22.500 Mitglieder zusammengeschlossen haben. Anteilig am jeweiligen Bundeswert entfallen auf Hessen 3 % der FBG, 7 % der Mitglieder der FBG sowie ebenfalls 7 % der Mitgliedsfläche der FBG.

Das Gros der Mitglieder der hessischen FBG bilden mit einem Anteil von 99 % die Privatwaldbesitzer. Insgesamt werden von den hessischen FBG rund 250.000 ha Waldfläche und somit etwa 30 % der hessischen Waldfläche bewirtschaftet. Von besonderer struktureller Bedeutung sind Forstbetriebsgemeinschaften beispielsweise im Nordwesthessischen Bergland, im Nordosthessischen Bergland, im Vogelsberg und im Odenwald.

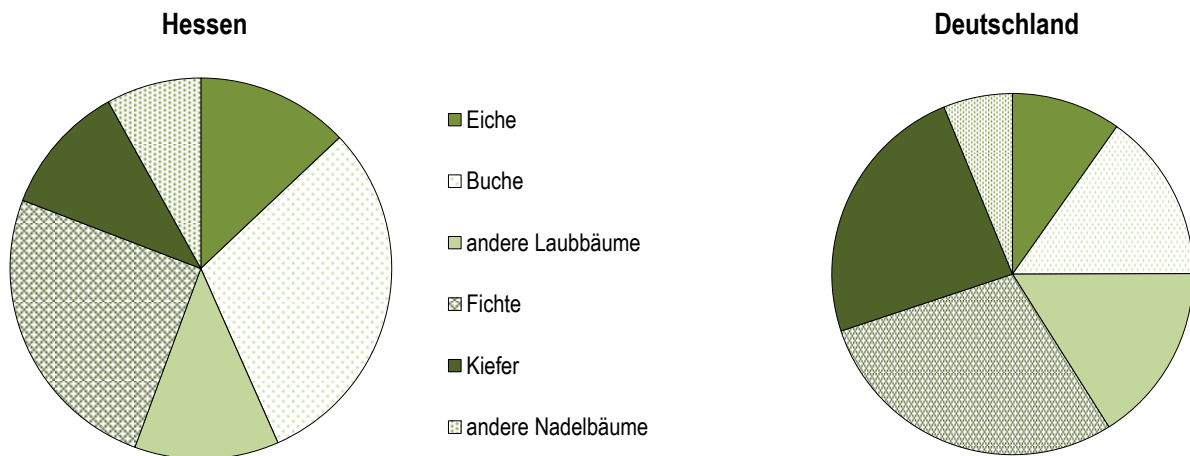
Tabelle 28: Strukturmerkmale der hessischen Forstbetriebsgemeinschaften

	Mitglieder		Mitgliedsfläche	
	Zahl	Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder der hess. FBG, v. H.	Fläche in ha	Anteil an der gesamten Mitgliedsfläche der hess. FBG, v. H.
Gesamt	22.544	100	249.258	100
< 1 ha	13.702	61	10.488	4
1 – 4,99 ha	6.414	28	16.896	7
5 – 19,99 ha	1.624	7	14.965	6
20 – 49,99 ha	276	1	8.641	4
50 – 199,99 ha	298	1	31.386	13
200 – 999,99 ha	178	1	72.285	30
> 1.000 ha	51	< 1	85.597	36
Körperschaftswald	225	1	124.987	50
Privatwald	22.318	99	115.271	46

Quelle: HMUELV.

Was die Produktionsschwerpunkte der hessischen Forstwirtschaft betrifft, so weist diese bedingt durch die naturräumlichen Standortkonditionen in den hessischen Waldwuchsgebieten im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt relativ großflächige Buchen- und Eichenwälder auf, während die Baumarten Kiefer und Fichte in Hessen eher unterproportional vorhanden sind.

Abbildung 41: Anteile unterschiedlicher Baumarten an der Waldfläche



Quelle: Bundeswaldinventur 2.

Der vergleichsweise hohe Anteil an hochwertigen Holzsortimenten insbesondere aus Buchenwäldern stellt für die hessische Forstwirtschaft einen komparativen Vorteil dar, denn dieser ermöglicht ihr günstige Absatzchancen in der standortnahen Holzerarbeitung ebenso wie im Rahmen des Holzexports in andere Industrieländer und Schwellenländer. Die Forst- und Holzwirtschaft hat in einigen hessischen Regionen – z.B. in der Rhön und im Odenwald – auch wirtschaftsstrukturell eine nicht unwesentliche Bedeutung. Insgesamt ist laut Berechnungen der Hessen Agentur davon auszugehen, dass in diesem Wirtschaftszweig rund 50.000 Beschäftigte tätig sind, was einem Anteil von etwa 2 % an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Hessen entspricht.³⁴

³⁴ Vgl. Jaensch, K. und J. Harsche (2007): Der Cluster Forst und Holz in Hessen. Report der Hessen Agentur Nr. 712. Wiesbaden, S. VII.

6 Forschung und Innovation (Ziel 1)

Die Innovationsfähigkeit einer Wirtschaft ist der wichtigste Garant für Wachstum und Wohlstand. Deshalb wurde Innovation in den Mittelpunkt der Strategie Europa 2020 gestellt. „Innovation ist auch die beste Lösung [...], wenn [Europa] seine großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Energie- und Ressourcenknappheit sowie Fragen der Gesundheit und des Alterns, die jeden Tag dringender werden, bewältigen will.“³⁵ Daher wurde als thematisches Ziel Nummer 1 der Strukturfonds die Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation definiert.³⁶

Dabei ist wichtig, wie der Begriff Innovation definiert wird. In einem allgemein anerkannten und in Zusammenarbeit von OECD und Eurostat erstellten Handbuch zur Innovationsmessung, der sog. OSLO Manuals,³⁷ wird die folgende Definition gegeben:

„An innovation is the implementation of a new or significantly improved product (good or service), or process, a new marketing method, or a new organizational method in business practices, workplace organization or external relations.“

Wichtig bei dieser Definition ist, dass der Innovationsbegriff sehr breit definiert ist und neben technischen Produkt- (Ware oder Dienstleistung) und Prozessinnovationen auch Marketing- und Organisationsbezogene Innovationen berücksichtigt.

6.1 FuE-Aufwendungen

Die FuE-Aufwendungen sind ein wichtiger Indikator für das Innovationspotenzial einer Region. Dementsprechend wurde diese Kenngröße als ein zentrales Ziel in der Europa 2020 Strategie verankert und in das Nationale Reformprogramm Deutschland 2012 übernommen: Das Investitionsvolumen für Forschung und Entwicklung soll auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden, wobei zwei Drittel durch den privaten und ein Drittel durch den öffentlichen Sektor erbracht werden sollen. Wie aus der folgenden Abbildung ersichtlich, hat Hessen dieses Ziel schon im Jahr 2009 erreicht: Die FuE-Aufwendungen wurden 2009 auf 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts beziffert. Damit war die FuE-Intensität in Hessen etwas höher als im Bundesdurchschnitt und lag deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dabei wurden rund 80 % der FuE-Aufwendungen in Hessen durch die Unternehmen getätigt (im Bundesdurchschnitt 68 % und im EU-Durchschnitt 62 %). Allerdings besteht innerhalb Hessens ein starkes Nord-Süd-Gefälle: Während im Regierungsbezirk Darmstadt stark überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung investiert wird, liegt die FuE-Intensität im Regierungsbezirk Gießen nur knapp über und im Regierungsbezirk Kassel deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Zudem tragen die Unternehmen

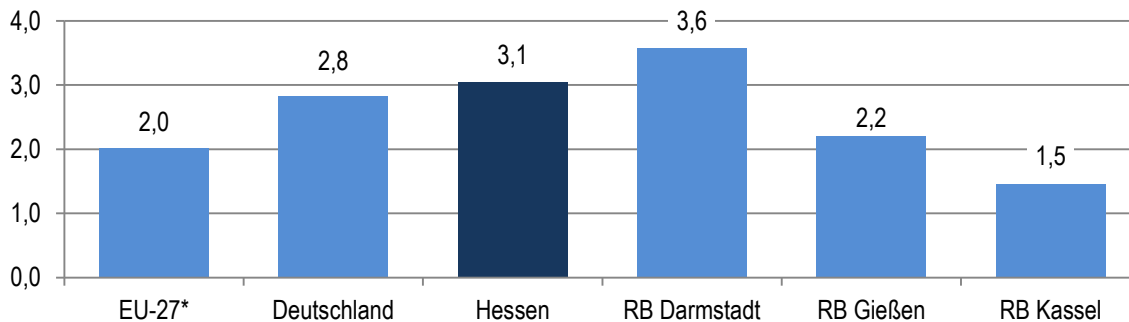
³⁵ KOM(2010) 546 endg.

³⁶ Vgl. COM(2012) 496 final, Artikel 9.

³⁷ Vgl. OECD /Eurostat 2005, S. 46.

im Regierungsbezirk Gießen einen deutlich kleineren Anteil der FuE-Aufwendungen (rund 55 %) als in den Vergleichsregionen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Förderung betrieblicher FuE-Anstrengungen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel angeraten, auch mit Blick auf die Zielsetzung von Europa 2020. Erfolgversprechend wäre hier weiterhin eine Unterstützung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, z.B. im Rahmen von Verbundprojekten.

Abbildung 42: FuE-Intensität 2009: FuE-Ausgaben 2009 als Prozent vom BIP



* Schätzung von Eurostat

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Im Vergleich zu den Forschungsausgaben der Unternehmen sind diejenigen des Staates³⁸ in Hessen weitaus geringer (7 % aller FuE-Aufwendungen). Selbst der Regierungsbezirk Darmstadt, hessischer Standort mit dem höchsten Forschungsausgabenanteil des Staates, weist einen halb so hohen Wert (8 %) wie Deutschland insgesamt (15 %) auf und erreicht auch nicht den EU-Durchschnitt (13 %). Der Regierungsbezirk Gießen erreicht rund ein Fünftel, der Regierungsbezirk Kassel ein Sechstel des EU-Forschungsausgabenanteils seitens des Staates.

Der Anteil der Hochschul-FuE-Ausgaben an allen FuE-Ausgaben liegt in Hessen mit 13 % deutlich unter dem EU-Durchschnitt (24 %). Der Regierungsbezirk Gießen hat demgegenüber – infolge seiner relativ hohen Hochschuldichte – mit 43 % einen Anteil, der mehr

38 Eurostat folgt den Empfehlungen des Frascati Manuals (OECD 2002) und unterscheidet in der FuE-Statistik vier institutionelle Sektoren: Unternehmen, Staat, Hochschulen und Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der Unternehmenssektor umfasst alle Unternehmen, Organisationen und Institutionen, deren Hauptaktivität in der kommerziellen Produktion von Gütern und Dienstleistungen besteht.

Der Staatssektor umfasst alle öffentlichen Institutionen mit FuE-Aktivitäten wie z.B. Ministerien, staatliche Forschungseinrichtungen, non-profit semistaatliche Organisationen, nationale Banken, Museen sowie öffentliche Unternehmen.

Der Hochschulsektor ist separat erfasst und umfasst alle Universitäten, Technischen Hochschulen, Fachhochschulen und sonstigen postsekundären Bildungseinrichtungen ungeachtet ihrer Finanzierungsquellen oder ihres rechtlichen Status. Eingeschlossen sind auch alle Forschungsinstitute, Versuchseinrichtungen und Kliniken, die unter der direkten Kontrolle von Einrichtungen des Hochschulsektors arbeiten, von ihnen verwaltet werden oder mit ihnen verbunden sind.

Der Sektor Private Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst Organisationen, die für private Haushalte (d.h. die Allgemeinheit) tätig sind, private Einzelpersonen oder Haushalte. In Deutschland und auch in der hier vorliegenden Darstellung werden die Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst.

als das Dreifache des Landesdurchschnitts beträgt. Der Regierungsbezirk Kassel liegt bei dieser Kenngröße etwa im Bundesdurchschnitt (18 %) und damit um einige Prozentpunkte unterhalb des EU-Durchschnitts. Der Regierungsbezirk Darmstadt liegt mit einem Hochschul-FuE-Ausgabenanteil von 9 % klar unter dem Bundes- und dem EU-Durchschnitt, was allerdings nicht unbedingt als negativ zu bewerten ist. Wenn man bedenkt, dass immerhin mehr als die Hälfte der FuE-Ausgaben des Hochschulsektors in Hessen auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfallen, und dass die südhessischen Unternehmen – wie oben beschrieben – besonders intensiv in Forschung und Entwicklung investieren, wird der vergleichsweise kleine Hochschulausgabenanteil an den gesamten FuE-Aufwendungen in Regierungsbezirk Darmstadt relativiert.

Tabelle 29: Gesamte FuE-Aufwendungen von Unternehmen, Staat und Hochschulen

Region	FuE-Ausgaben 2009 in Mio.Euro	FuE-Ausgaben 2009 Anteil am BIP in %	Entwicklung 2005 bis 2009 in %
EU-27*	236.638	2,0	17,2
Deutschland	67.015	2,8	20,2
Hessen	6.503	3,1	27,8
RB Darmstadt	5.373	3,6	26,7
RB Gießen	618	2,2	24,1
RB Kassel	512	1,5	46,0

* Schätzung von Eurostat

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Ein Vergleich der FuE-Ausgaben des Jahres 2009 mit denen von 2005³⁹ zeigt, dass Hessen einen etwas über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anstieg der Forschungsausgaben aufweist. Hierzu trägt der Regierungsbezirk Kassel am stärksten bei, aber auch in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen wurde ein überdurchschnittlicher Zuwachs verzeichnet. Überdurchschnittliche Entwicklungen der FuE-Ausgaben bei Unternehmen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel zwischen 2005 und 2009 belegen, dass bei den Unternehmen eine Forcierung der FuE-Aktivitäten stattfindet. Vor dem Hintergrund der immer noch niedrigen FuE-Intensität in diesen Regionen (s.o.) erscheint die weitere Förderung dieses eingeleiteten Aufholprozesses geboten.

6.2 FuE-Personal und Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Die Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung korreliert nicht zwangsläufig mit derjenigen des in der Forschung tätigen Personals. Im Zeitraum 2005 bis 2009 ist in Hessen die Zahl des FuE Personals unterdurchschnittlich gestiegen. Dabei fällt die Entwicklung in den hessischen Regierungsbezirken sehr unterschiedlich

³⁹ Die Angaben liegen nicht jährlich vor, sondern werden auf regionaler Ebene (d.h. Bundesländer und Regierungsbezirke) lediglich in 2-jährigen Abständen veröffentlicht.

aus. Während in Nordhessen mit außerordentlich hoher Dynamik⁴⁰ FuE-Personal vor allem bei den Unternehmen akquiriert wurde, ist die Zahl der FuE-Beschäftigten in Mittelhessen gesunken. Die Entwicklung im Mittelhessen wurde in dem betrachteten Zeitraum u.a. von der Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg beeinflusst. Vor allem der Rückgang des FuE-Personals im Hochschulbereich und das gleichzeitige Wachstum im Sektor Unternehmen könnten damit zusammenhängen. Allerdings erklärt dies nicht den Rückgang des FuE-Personals insgesamt, zumal eine ungünstige Entwicklung im Mittelhessen schon bei der sozioökonomischen Analyse im Vorfeld der laufenden Förderperiode 2007-2013 festzustellen war. Vor dem Hintergrund dessen, dass die FuE-Tätigkeiten für die regionale Innovationskraft und die zukünftige regionale Entwicklung von essentieller Bedeutung sind, ist hier große Vorsicht geboten. Auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfallen über 70 % des hessischen FuE-Personals. Daher ist das leicht unterdurchschnittliche Wachstum der FuE-Beschäftigung zwar nicht erfreulich, jedoch noch nicht als Warnsignal zu interpretieren.

Tabelle 30: FuE-Personal 2005 und 2009

Region	FuE-Personal 2005				FuE-Personal 2009				Entwicklung des FuE-Personals
	Unternehmen	Staat ¹	Hochschulen	insgesamt	Unternehmen	Staat ¹	Hochschulen	insgesamt	in %
EU-27*	1.304.106	433.169	1.445.310	3.182.585	1.534.439	462.613	1.646.063	3.643.115	14,5
Deutschland	341.832	87.532	244.050	673.414	383.559	102.976	287.737	774.271	15,0
Hessen	33.640	3.624	18.800	56.064	39.003	4.564	19.761	63.328	13,0
RB Darmstadt	28.304	3.278	9.184	40.766	30.545	4.183	10.569	45.296	11,1
RB Gießen	2.621	211	7.292	10.124	3.370	200	6.490	10.060	-0,6
RB Kassel	2.716	135	2.324	5.175	5.088	181	2.703	7.972	54,0

¹ Der Wert für den Sektor Staat schließt das Personal in private Organisationen ohne Erwerbszweck mit ein.

* Schätzung von Eurostat

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

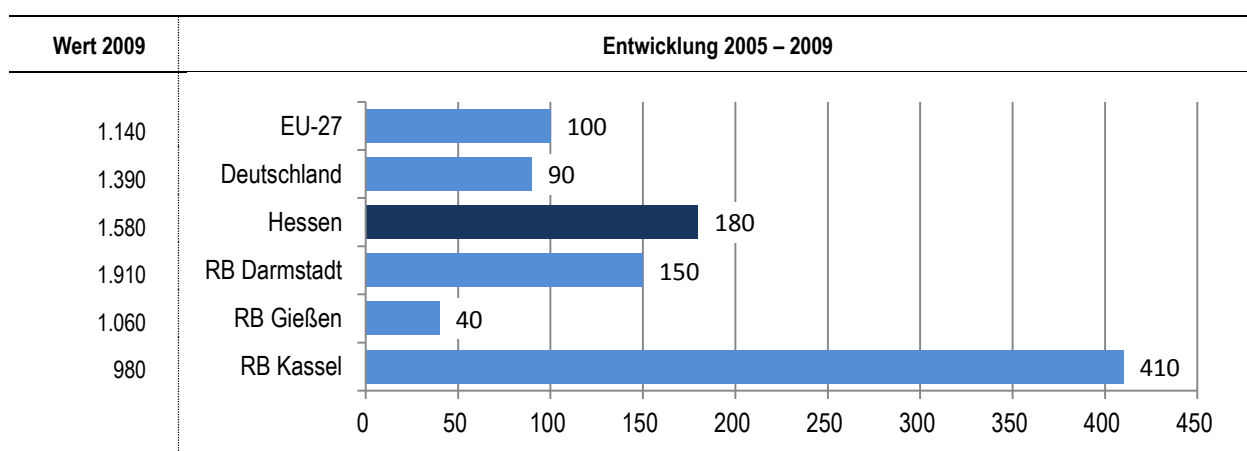
Betrachtet man das FuE-Personal in Relation zu allen Beschäftigten, zeigen sich ähnliche regionale Unterschiede wie bei der FuE-Intensität: Der Regierungsbezirk Darmstadt weist einen deutlich überdurchschnittlichen Wert sowohl im Vergleich zum Bund als auch zur EU-27 auf, der auch den Hessen-Durchschnitt prägt. Der Regierungsbezirk Gießen liegt etwas über dem Bundes- und deutlich über dem EU-27-Durchschnitt. Trotz der sehr positiven Entwicklung in den letzten Jahren ist die FuE-Personalintensität im Regierungsbezirk Kassel am geringsten; der Wert liegt immer noch klar unter dem EU-27-Durchschnitt.

Ähnlich wie bei den FuE-Ausgaben hebt sich der Regierungsbezirk Gießen beim FuE-Personaleinsatz an Hochschulen deutlich vom deutschen und europäischen Durchschnitt

⁴⁰ Die Entwicklung im Regierungsbezirk Kassel könnte auch mit Entwicklungen einzelner sehr dynamisch wachsenden Unternehmen wie z.B. SMA Solar Technology AG zusammenhängen. Die hohe Dynamik in Nordhessen ist allerdings die Fortsetzung eines Trends, der auch im Vorfeld der laufenden Förderperiode 2007-2013 im Ansatz festzustellen war.

ab. Die Regierungsbezirke Darmstadt und Kassel sowie Hessen insgesamt liegen dabei leicht unter dem Bundes- und dem EU-27-Durchschnitt. Dagegen liegt der FuE-Personaleinsatz der Unternehmen in Hessen und im Regierungsbezirk Darmstadt deutlich höher als im europäischen Mittel. Eine Steigerung des FuE-Personaleinsatzes der Unternehmen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel darf als geeignet angesehen werden, in diesen Regionen eine positive Regionalentwicklung herbeizuführen, auch wenn der Personaleinsatz 2009 im europäischen, allerdings noch unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Abbildung 43: FuE-Personal Entwicklung 2005 - 2009: FuE-Personal in Vollzeitäquivalenten je 100 Tsd. Beschäftigte



Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Noch aussagekräftiger als die Entwicklung des FuE-Personals, das jeden Beschäftigten, ob Teil- oder Vollzeit, gleich erfasst, ist die Umrechnung in Vollzeitäquivalente, und diese bezogen auf die Gesamtbeschäftigtenzahl. Dieser Indikator zeigt für Hessen ein etwas günstigeres Bild: Im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl hat die Beschäftigtenzahl in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen überproportional zugenommen. Auch hier ragt die besonders positive Entwicklung im Regierungsbezirk Kassel heraus, aber auch die Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt war günstiger als im Bundes- oder EU-Durchschnitt. Die eher ungünstige Entwicklung im Regierungsbezirk Gießen wird auch bei dieser Kenngröße sichtbar: Nur bei den Unternehmen wurde FuE-Personal aufgebaut und zwar in einem Tempo, das in Vollzeitäquivalenten die Rückgänge im Hochschul- und Staatssektor zwar überkompensiert, jedoch nicht ausreichend ist, damit Mittelhessen mit der Dynamik der Vergleichsregionen mithalten kann.

Tabelle 31: Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) als Anteil der Erwerbsbevölkerung in der Altersklasse 15 - 74 Jahre

Region	2005		2010	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
EU-27	35,6	38,9	38,4	42,6
Deutschland	40,7	42,1	42,7	45,6
Hessen	44,3	43,9	46,0	48,2

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Hoch qualifizierte Beschäftigte bilden das Fundament von Forschung und Innovation. Für die Erfassung der hoch Qualifizierten wird auf europäischer Ebene der Indikator Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) als Anteil der Erwerbsbevölkerung in der Altersklasse 15-74 Jahre⁴¹ herangezogen. Zu den HRST gehören Erwerbspersonen an, die entweder einen Studiengang des Tertiärbereichs⁴² erfolgreich abgeschlossen haben oder in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind, der die oben genannten Qualifikationen normalerweise voraussetzt.

Bei dieser Kenngröße liegt Hessen im Zeitraum 2005 bis 2010 durchgehend sowohl über dem Bundes- als auch über dem EU-Durchschnitt und zwar über alle verfügbaren Altersklassen mit einem weitestgehend vergleichbaren Abstand (gute 3 Prozentpunkte zum Bundesdurchschnitt und über 7 Prozentpunkte zum EU-27-Durchschnitt). Gewisse Abweichungen bestehen in der Gruppe der 45- bis 64-Jährigen, die in Hessen leicht überproportional als im EU-Durchschnitt (10 Prozentpunkte Unterschied) besetzt ist, sowie in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen, bei welcher der Abstand Hessens zum EU-Durchschnitt eher kleiner (rund 5 Prozentpunkte) ausfällt.

Beachtlicherweise zählte im Jahr 2010 die Hälfte der weiblichen Erwerbsbevölkerung in Hessen zu den Humanressourcen in Wissenschaft und Technik, so dass die Frauen hier – im Vergleich zu Deutschland und der EU-27 – überproportional vertreten waren. Hier wurde eine deutliche Zunahme im Vergleich zu 2005 verzeichnet, als der entsprechenden Anteil bei den Männern in Hessen höher war. Die Unterschiede zwischen den hessischen Regionen halten sich bei diesem Indikator in engen Grenzen: Am höchsten liegt der HRST-Anteil an der Erwerbsbevölkerung im Regierungsbezirk Darmstadt; Nordhessen und Mittelhessen weisen jeweils einen um ca. zwei Prozentpunkte niedrigeren Anteil auf.

41 Üblicherweise wird der Indikator für die Altersklasse 15 - 74 ausgewiesen, ist aber noch für die folgenden weiteren Altersklassen verfügbar: 25 bis 64 Jahre, 25 bis 34 Jahre, 35 bis 44 Jahre, 45 bis 64 Jahre, Sonstige (15 bis 24 Jahre ebenso wie 65 bis 74 Jahre). Zur Messung der HRST werden weitgehend die Konzepte und Definitionen des Canberra-Handbuchs (OECD, Paris, 1995) herangezogen.

42 Obwohl der Indikator die Begriffe „Wissenschaft und Technik“ beinhaltet, fallen de facto alle Fachrichtungen einer tertiären Ausbildung hierunter. Zudem gelten hier alle Berufe, die zur Gruppe 2 oder 3 der internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO '88 COM) gehören, als wissenschaftlich-technische Berufe. Diese Definition ist etwas breiter als die Begriffe „Wissenschaft und Technik“ zunächst suggerieren. So fallen z.B. alle – auch nicht-wissenschaftliche – Lehrkräfte darunter. Dies darf bei der Interpretation der Daten, vor allem des hohen Frauenanteils der HRST, nicht vergessen werden.

6.3 Beschäftigung in den Hightechbranchen

Ein weiterer aussagekräftiger Indikator über die Wissensbasiertheit der Wirtschaft ist der Anteil der Beschäftigten, die in den sog. Hightechbranchen tätig sind. In der folgenden Tabelle sind die Beschäftigtenanteile in den als wissensintensiv einzustufenden Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs für die letzten verfügbaren Jahre zusammengestellt.

Tabelle 32: Anteil der Beschäftigten in den Hightechbranchen¹ an allen Beschäftigten nach Geschlecht (in %)

Region	Insgesamt				Männer				Frauen			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
EU-27	8,5	8,3	8,2	8,3	11,1	11,1	10,9	11,0	5,3	5,0	5,0	5,1
Deutschland	12,5	12,8	12,6	12,4	17,3	18,1	17,7	17,4	6,9	6,4	6,6	6,5
Hessen	12,1	13,2	12,5	11,9	16,5	18,8	17,9	16,5	6,8	6,6	6,2	6,7
RB Darmstadt	12,2	13,3	12,5	11,9	16,5	19,2	17,9	16,3	7,0	6,5	6,5	6,7
RB Gießen*	13,2	14,0	10,4	-	-	19,3	-	-	-	-	-	-
RB Kassel*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

¹ Spitzentechnologiesektoren (Gewerbe und wissensintensive Dienstleistungen mit hohem Technologieniveau) plus Verarbeitendes Gewerbe der mittleren Hochtechnologie, NACE Rev.2 codes: 21, 26, 59 bis 63, 72 plus 20, 27 bis 30.

* Die fehlenden Angaben werden von Eurostat als nicht plausibel bezeichnet und dementsprechend nicht veröffentlicht.

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Am aktuellen Rand weist Hessen einen deutlich über dem EU-27-Durchschnitt, allerdings leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil von Beschäftigten in diesen Branchen auf. Im Rückblick ist festzustellen, dass dieser Anteil in Hessen eine stärkere Variation aufweist als im Bundesdurchschnitt. Vor allem die Werte für Mittel- und Nordhessen und zwar im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes der mittleren Hochtechnologie⁴³ variieren über die Jahre stark. Betrachtet man nur die Spitzentechnologiesektoren,⁴⁴ weisen Hessen und seine Regionen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Kassel durchgehend einen deutlich überdurchschnittlichen Wert in den letzten Jahren auf. Im Jahr 2011 wird aber auch hier ein Rückgang verzeichnet, während der entsprechende Anteil in Deutschland stagniert und im EU-27-Durchschnitt steigt. So nähert sich das Gewicht der Spitzentechnologiesektoren in Hessen an dasjenige in Deutschland an, was als ein gewisser Verlust an komparativer technologischer Wettbewerbsfähigkeit interpretiert werden kann. Im Regierungsbezirk Kassel ist das Verarbeitende Gewerbe der mittleren Hochtechnologie

⁴³ Diese sind: Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Sonstiger Fahrzeugbau.

⁴⁴ Diese sind: Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik, Rundfunkveranstalter, Telekommunikation, Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie, Informationsdienstleistungen, Forschung und Entwicklung.

überproportional stark vertreten, hingegen ist der Anteil der Spitzentechnologiesektoren stark unterdurchschnittlich.

Die Frauen sind in den Hightechbranchen generell nicht so stark vertreten. Positiv zu bewerten ist jedoch, dass der Frauenanteil in Hessen am aktuellen Rand über dem Bundes- und dem EU-27-Durchschnitt liegt.

6.4 Bedeutung innovativer Branchen in Hessen

Die Dynamik des Innovationsstandorts Hessen hängt eng mit seinen Zukunftstechnologien zusammen. Hierzu zählen Querschnittsbranchen wie die Bio- und die Nanotechnologie, aber auch traditionelle Branchen wie die **Pharmaindustrie**, wo Hessen einen Schwerpunkt hat. Oft wird Hessen als „Apotheke Deutschlands“ bezeichnet: 26 % (10,4 Mrd. Euro) des deutschen Umsatzes mit pharmazeutischen Erzeugnissen und 18 % der Beschäftigten (rund 19.000 Personen) der deutschen Pharmaindustrie entfielen im Jahr 2011 auf Hessen. Laut einer Studie aus dem Jahr 2009⁴⁵ ist Hessen auch im Bereich der produzierenden **Biotechnologie** Deutschlands führender Standort. Die Untersuchung hat 225 hessische Biotechnologie-Unternehmen mit insgesamt 19.500 Beschäftigten und einen jährlichen Umsatz von insgesamt 5,2 Mrd. Euro ermittelt. Die hessische Biotechnologie-Industrie wird dominiert von der sogenannten Roten oder auch medizinischen Biotechnologie. Traditionell kommt in Hessen der **Medizintechnik und Optik** ebenfalls eine sehr ausgeprägte Bedeutung zu. Laut einer aktuellen Studie⁴⁶ erwirtschaften in Hessen 20.000 Beschäftigte in rund 1.100 Unternehmen mit Medizintechnik einen jährlichen Umsatz von über 4 Mrd. Euro. Seit der Studie aus dem Jahr 2006⁴⁷ haben insbesondere forschungsintensive kleine und mittelständische Unternehmen bei Umsatzwachstum und Mitarbeiterzahlen zugelegt. Branchenagglomerationen befinden sich vor allem in Mittelhessen und im Großraum Darmstadt. Auch im Segment der **Nanotechnologien** ist Hessen sehr günstig positioniert. In Hessen sind nach aktuellen Erhebungen der Aktionslinie Nanotech⁴⁸ rund 160 kleine, mittlere und große Unternehmen im Bereich Nanotechnologie tätig. Damit finden sich in Hessen je Einwohner mehr als doppelt so viele Nanotechnologie-Unternehmen als im Bundesdurchschnitt. Rund 80 Arbeitsgruppen forschen an hessischen Hochschulen auf allen relevanten Gebieten der Nanowissenschaften und Nanotechnologien, die sich in einem deutschlandweit einmaligen Nanowissenschaftsnetzwerk zusammengeschlossen haben. Damit gehört Hessen zu den wichtigsten Nanotechnologie-Standorten in Deutschland und Europa. Auch die **Umweltindustrie** gehört in Hessen zu den zukunftsweisenden Technologiefeldern. Laut einer aktuellen Studie der Aktionslinie Umwelttech⁴⁹ gibt es in Hessen 1.260 Unternehmen der Umweltindustrie, die insgesamt einen Umsatz von etwa 14,4 Mrd. Euro erzielen und rund 50.600 Mitarbeiter be-

45 Vgl. HA Hessen Agentur GmbH (Hrsg.) (2009).

46 Vgl. HA Hessen Agentur GmbH (Hrsg.) (2012).

47 Vgl. Herdt, J., Terzenbach, D. (2006).

48 Vgl. <http://www.hessen-nanotech.de> und www.nano-map.de. Abgerufen am 26.08.2012.

49 Vgl. Umweltindustrie in Hessen (2012).

schäftigen. Nicht zuletzt sind die **Informations- und Kommunikationstechnologien** in Hessen zu nennen. Der IKT-Sektor erwirtschaftete 2009 mit seinen 9.466 Unternehmen einen Umsatz von 17,8 Mrd. Euro. 76.300 Personen waren 2009 hier beschäftigt. Damit ist die IKT-Branche die größte Technologiebranche in Hessen. Hessen und die Rhein-Main-Neckar-Region sind Sitz der wichtigsten europäischen Softwareunternehmen, die einen Umsatz von 40 % der Top 100 der größten europäischen Softwareunternehmen erzielen.

Die hier genannten Branchen sind keine abschließende Aufzählung der innovativen Branchen in Hessen. Zum einen laufen auch in den traditionellen Branchen bedeutende Innovationsprozesse, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und das Bestehen der Branche am Standort Deutschland/Hessen essentiell sind. Zum anderen existieren viele, vom Gewicht her kleinere Branchen z.B. aus dem Bereich des Agribusiness, die allerdings ein großes Innovationspotenzial besitzen.

6.5 Patentanmeldungen

Patente belegen die Umwandlung von Wissen in innovative Produktion. Sie spiegeln die Erfindungsleistung einer Region und die Fähigkeit wider, Wissen gewinnbringend zu verwerten. Nach den Angaben des Europäischen Patentamts wurden im Jahr 2008⁵⁰ aus Hessen je 1 Million Einwohner 249 Patente angemeldet, 25 davon waren Hochtechnologie-Patente.⁵¹ Dies ist deutlich mehr als im EU-27-Durchschnitt. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt werden in Hessen weniger Hochtechnologie-Patente angemeldet, und zwar durchgehend im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2008. Die regionalen Unterschiede innerhalb Hessens sind in diesem Zeitraum relativ stabil geblieben: Die meisten Patente pro Kopf stammen aus dem Regierungsbezirk Darmstadt. Hier sind die Erfinder deutlich aktiver als im Bundesdurchschnitt. Aus den Regierungsbezirken Gießen und Kassel werden zwar mehr Patente pro Kopf als im EU-27 Durchschnitt angemeldet, die Werte liegen allerdings klar unter dem Bundesdurchschnitt.

In Bezug auf den Hochtechnologie-Patentanmeldungen pro Kopf sind die Disparitäten noch ausgeprägter: Ein überdurchschnittlicher Wert für Südhessen und für Mittel- und Nordhessen Werte, die nicht nur deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sondern auch mit dem EU-27-Durchschnitt nicht mithalten können. Vor allem die Entwicklung in

50 Die Daten zu den Patentanmeldungen haben einen sehr langen Nachlauf. Die Angaben für 2009 sind in den Tabellen der Vollständigkeit halber aufgeführt, sollten jedoch noch nicht interpretiert werden. Zum einen sind sie von Eurostat als vorläufig gekennzeichnet, zum anderen zeigt der Vergleich zwischen den Angaben der regionalen und der überregionalen Statistik der Eurostat, die unterschiedlichen Berechnungsstände haben, deutliche, teilweise unplausible Unterschiede. Für Deutschland liegen Angaben aus beiden Datenquellen vor und es lässt sich feststellen, dass die Werte aus der überregionalen Statistik für das Jahr 2009 teilweise doppelt so hoch sind, wie diese aus der regionalen Statistik.

51 Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie, die direkt beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht werden oder bei denen das EPA gemäß dem Patentrechtsabkommen als Adressat benannt wird (Euro-PCT). Für die Definition der Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie werden spezifische Unterklassen der Internationalen Patentklassifikation (IPK) benutzt, die im Trilateralen Statistischen Bericht von EPA, JPO und USPTO definiert sind.

Mittelhessen ist auffällig: Im Vergleich zum Jahr 2005, als die Region noch über dem EU-27-Durchschnitt lag, haben sich die Hochtechnologie-Patentanmeldungen 2008 halbiert – eine durchaus alarmierende Entwicklung. Die Hochtechnologie-Patentanmeldungen des Regierungsbezirkes Kassel zeigen im Betrachtungszeitraum eine große Volatilität. Um diesen Entwicklungen auf den Grund zu gehen, bedarf es allerdings einer tiefer greifenden Analyse, zumal die Patentanmeldungen beim EPA nur einen Teil der Patentanmeldungen aus einer Region darstellen.

Tabelle 33: Patentanmeldungen beim EPA nach Prioritätsjahr je Mio. Einwohner

Region	2005	2006	2007	2008	2009**
EU-27*	115,3	116,4	115,3	111,6	110,4
Deutschland*	289,2	289,2	290,4	275,6	271,4
Deutschland	288,5	288,0	289,1	246,8	132,0
Hessen	317,6	312,0	325,4	248,8	123,3
RB Darmstadt	402,2	388,5	416,0	301,2	131,9
RB Gießen	262,9	221,7	199,6	185,9	119,0
RB Kassel	110,1	157,7	157,9	142,5	100,6

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der Eurostat und sind mit den Angaben im unteren Teil der Tabelle für Deutschland, Hessen und Regierungsbezirke, die aus der Regionalstatistik der Eurostat kommen, nur bedingt vergleichbar.

** Vorläufige Werte

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

Tabelle 34: Hochtechnologie-Patentanmeldungen beim EPA nach Prioritätsjahr je Mio. Einwohner

Region	2005	2006	2007	2008	2009**
EU-27*	21,2	20,7	20,5	19,5	9,5
Deutschland*	40,1	38,9	39,7	37,4	19,5
Deutschland	39,8	38,5	39,3	33,1	15,9
Hessen	34,4	36,2	35,7	25,4	14,3
RB Darmstadt	47,0	47,3	51,3	36,8	19,7
RB Gießen	26,7	23,8	16,4	11,3	6,5
RB Kassel	2,9	13,3	4,9	2,6	4,6

* Die Angaben basieren auf der überregionalen Statistik der Eurostat und sind mit den Angaben im unteren Teil der Tabelle für Deutschland, Hessen und Regierungsbezirke, die aus der Regionalstatistik der Eurostat kommen, nur bedingt vergleichbar.

** Vorläufige Werte

Quelle: Eurostat, Darstellung Hessen Agentur.

6.6 Wissensinfrastruktur

Die Wissensinfrastruktur, die in Hessen sehr vielfältig ist, stellt eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für Innovation dar. Neben den zahlreichen Hochschulen, die ein breites Studienangebot anbieten, ist an einigen hessischen Bildungseinrichtungen – insbesondere den Berufsakademien – auch ein Duales Studium möglich. Zusätzlich stärkt eine große Anzahl an außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Wissensinfrastruktur Hessens. Ergänzend dazu existieren Technologie-Transfer-Einrichtungen, die darauf spezialisiert sind, einen Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft herzustellen.

Hochschulen

Zur hessischen Hochschullandschaft zählen u.a. sieben Universitäten, 13 Fachhochschulen, sechs theologische Hochschulen, drei Kunsthochschulen und sechs Verwaltungshochschulen (eine Liste der Hochschulen in Hessen befindet sich im Tabellenanhang). Von diesen insgesamt 35 Hochschulen befinden sich 20 Hochschulen im Regierungsbezirk Darmstadt. Weitere sieben Hochschulen haben ihren Standort im Regierungsbezirk Gießen und die restlichen acht Hochschulen im Regierungsbezirk Kassel. Nur sechs der hessischen Hochschulen (drei Fachhochschulen, zwei theologische Hochschulen und eine Verwaltungshochschule) befinden sich im ländlichen Raum (nach Landesentwicklungsplan).

Vom Land Hessen werden insgesamt 15 der 35 Hochschulen getragen. Dazu zählen fünf Universitäten, fünf Fachhochschulen, zwei Kunsthochschulen und drei Verwaltungshochschulen. In privater Trägerschaft befinden sich 12 Hochschulen, darunter zwei Universitäten, sieben Fachhochschulen und drei theologische Hochschulen. Träger von drei weiteren theologischen Hochschulen sind die Kirchen. Eine Kunsthochschule befindet sich in kommunaler Trägerschaft und schließlich werden drei Verwaltungshochschulen vom Bund getragen.⁵²

Die Anzahl der Studenten an hessischen Hochschulen hat in den letzten Jahren stark zugenommen.⁵³ Besonders hervorzuheben ist der Anstieg der Studentenzahlen an Hochschulen in privater Trägerschaft. Innerhalb der letzten zehn Jahre (WS 01/02 im Vergleich mit WS 11/12) hat sich hier der Anteil der Studenten verfünffacht. Die Landeshochschulen haben im gleichen Zeitraum 25 % hinzugewonnen.⁵⁴

52 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Verzeichnis der Hochschulen, Studienkollegs und staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen, Wiesbaden, 2012.

53 Vgl. Kapitel 10: Bildung und Qualifikation.

54 Siehe zu den Studierendenzahlen: Hessisches Statistisches Landesamt: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester (einschl. Studierender an staatlich anerkannten Berufsakademien), Reihe B III 1, B III 11, B III 12, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.

Die Goethe-Universität Frankfurt am Main ist mit Abstand die größte der sieben Universitäten. Im Wintersemester 2011/2012 waren dort 40.383 Studenten immatrikuliert. Darauf folgen die Universität Gießen mit 25.143 Studenten und die Technische Universität Darmstadt, die mit 24.180 Studenten über eine deutlich naturwissenschaftlich-technische Ausrichtung verfügt.⁵⁵ Über 40 % der Studenten der TU Darmstadt sind in einem Studienfach der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften immatrikuliert, weitere 30 % studieren ein Studienfach in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften. Die Universität Kassel hat ebenfalls einen naturwissenschaftlich-technischen Schwerpunkt. Auch existieren an dieser Universität sehr vielfältige Lehr- und Forschungsaktivitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien wie auch in den Fachgebieten Umweltwissenschaften und Agrarwissenschaften. Über 35 % der Studenten sind in einem Studienfach der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften oder Ingenieurwissenschaften eingeschrieben. Die Universitäten Frankfurt, Marburg und Gießen bieten ein sehr breites Fächerspektrum an. Ihnen ist gemeinsam, dass jeder dritte Student ein Studienfach in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften studiert. Zudem studieren an der Goethe-Universität Frankfurt am Main knapp 10 % und an den Universitäten Gießen und Marburg jeweils über 10 % der Studenten ein Studienfach aus der Fächergruppe Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften. Hervorzuheben ist die Universität Gießen, die eine von fünf Universitäten in Deutschland ist, die den Studiengang Veterinärmedizin anbietet. Ferner befinden sich an dieser Universität sehr umfangreiche Kompetenzen in den Agrar-, Ernährungs- und Umweltwissenschaften.

Die Fachhochschule mit den meisten Studenten im Wintersemester 2011/2012 ist die Technische Hochschule Mittelhessen (12.856 Studenten), gefolgt von der h_da Hochschule Darmstadt (12.045 Studenten) und der Fachhochschule Frankfurt (10.393 Studenten). Der überwiegende Anteil der 13 Fachhochschulen hat ihren Schwerpunkt in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften. Die Hochschule Fulda hat einen ausgeprägten Schwerpunkt in den Ernährungswissenschaften wie auch in den Gesundheits- und Pflegewissenschaften. Mehr als jeder dritte Student an hessischen Fachhochschulen ist in einem Studienfach der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften eingeschrieben. Ein weiteres Drittel studiert ein Fach in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Duale Studiengänge

Zu dem vielfältigen Studienangebot in Hessen zählen auch die Dualen Studiengänge, bei denen Ausbildung und Praxiserfahrung in einem Unternehmen mit einem Studium kombiniert werden. Aktuell bieten in Hessen 20 Institutionen Duale Studiengänge an (siehe die Liste im Tabellenanhang). Das Studium eines solchen Studiengangs ist entweder an einer der sechs Berufsakademien oder an einer von 14 Hochschulen in Hessen möglich.

⁵⁵ Vgl. hierzu und im Folgenden: Hessisches Statistisches Landesamt: Studierende insgesamt an den Hochschulen in Hessen nach Fächergruppen im Wintersemester 2011/12, Reihe III B 4, Wiesbaden, 2012.

Im Jahr 2002 studierten an den hessischen Berufsakademien 280 Studenten, im Jahr 2011 waren dies bereits 1.284 Studenten. Innerhalb der letzten neun Jahre hat sich die Anzahl der Studenten an Berufsakademien also mehr als vervierfacht.⁵⁶

Drei der sechs Berufsakademien haben ihren Standort im Regierungsbezirk Darmstadt, eine Berufsakademie ist im Regierungsbezirk Kassel ansässig und zwei weitere unterhalten Standorte im Regierungsbezirk Darmstadt und im Regierungsbezirk Kassel. Aber auch im Regierungsbezirk Gießen ist an der Technischen Hochschule Mittelhessen mit „Studium plus“ ein Duales Studium möglich. An drei Standorten im ländlichen Raum in Hessen (nach Landesentwicklungsplan) ist ein duales Studium möglich. Auch in den Bundesländern Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen gibt es Berufsakademien, die staatliche anerkannte Studienabschlüsse vergeben. In Baden Württemberg wurden im Jahr 2009 sämtliche Berufsakademien zu einer Hochschule neuen Typs, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, zusammengefasst. Von allen Studenten an Berufsakademien in Deutschland studieren 11 % an hessischen Berufsakademien. Fast drei Viertel der Studenten an den hessischen Berufsakademien sind im Studiengang Betriebswirtschaftslehre immatrikuliert. In Gesamtdeutschland liegt dieser Wert nur bei 34 %.⁵⁷

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Eine bedeutende Rolle für die hessische Wissensinfrastruktur spielen die derzeit 47 außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Hessen (siehe die Liste im Tabellenanhang). Dazu zählen fünf Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, acht Fraunhofer-Institute,⁵⁸ ein Zentrum der Helmholtz-Gesellschaft und vier Forschungsinstitute der Leibniz-Wissenschaftsgemeinschaft. Von den 47 Forschungseinrichtungen befinden sich 38 Einrichtungen im Regierungsbezirk Darmstadt, vier Einrichtungen im Regierungsbezirk Gießen und vier im Regierungsbezirk Kassel. Eine weitere Forschungseinrichtung ist in Mainz angesiedelt.⁵⁹ Keine der hessischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat ihren Standort im ländlichen Raum.

26 Forschungseinrichtungen besitzen einen naturwissenschaftlich-technischen Forschungsschwerpunkt. Die überwiegende Anzahl dieser Einrichtungen ist in Darmstadt oder Frankfurt ansässig. Weitere 18 Forschungseinrichtungen sind sozialwissenschaftlich ausgerichtet. Auch hier haben die meisten Forschungseinrichtungen ihren Standort in

⁵⁶ Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester (einschl. Studierender an staatlich anerkannten Berufsakademien), Reihe B III 1, B III 11, B III 12, Wiesbaden, 2012.

⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2010/2011, Fachserie 11 Reihe 4.1, Wiesbaden, 2011.

⁵⁸ Vier Fraunhofer-Institute haben ihren Hauptsitz in Hessen und die restlichen vier Einrichtungen sind Standorte oder Projektgruppen von Fraunhofer-Instituten mit Hauptsitz außerhalb Hessens.

⁵⁹ Das Institut für Steinkonservierung e.V. in Mainz unterstützt die staatliche Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen und Hessen und wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst als hessische außeruniversitäre Forschungseinrichtung geführt.

Frankfurt. Schließlich existieren drei rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtungen, ebenfalls mit Standorten in Frankfurt.

Im Jahr 2010 gaben die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Hessen rund 499 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung aus. Das ist ein Anteil von 4,8 % bezogen auf die gesamtdeutschen Ausgaben. Hessen rangiert damit auf dem siebten Rang hinter Sachsen und vor Brandenburg. Im Vergleich zum Jahr 2009 haben die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Hessen im Jahr 2010 3,8 % mehr für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit fällt der Anstieg der Ausgaben weniger stark aus als in Gesamtdeutschland. Hier wurden von den außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Jahr 2010 4,2 % mehr in Forschung und Entwicklung investiert als im Jahr 2009.⁶⁰

Technologie-Transfer-Einrichtungen

Technologie-Transfer-Einrichtungen schlagen eine Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und ermöglichen mittelständischen Unternehmen den Zugang zu dem wissenschaftlichen und technologischen Potenzial der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die verschiedenen Technologie-Transfer-Einrichtungen sind in der Regel landesweit tätig und verfügen über regionale Vertretungen. Eine Auflistung der hessischen Technologie-Transfer-Einrichtungen befindet sich im Tabellenanhang.

Das Technologie-Transfer-Netzwerk (TTN-Hessen) wurde ins Leben gerufen, um den Technologietransfer in Hessen zu optimieren und Transferaktivitäten zu bündeln. Dazu wird mit dem Forschungsfinder Hessen eine Suchmaschine und eine Internet-Datenbank gepflegt, mit der Akteure aus der Wirtschaft schnell und unkompliziert Forschungs-, Entwicklungs- und Transferkompetenzen der hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen abrufen können. Auch existieren fünf regionale Beratungsstellen, die Unternehmen vor Ort in Sachen Technologietransfer beraten und Kontakte zur Wissenschaft vermitteln.⁶¹

Neben TTN-Hessen gibt es weitere Anlaufstellen, die hessische Unternehmen bei ihren Innovationsanstrengungen unterstützen. Dazu zählen beispielsweise die IHK-Innovationsberatung und das RKW Hessen.

Weitere Einrichtungen haben Technologietransfer mit einer speziellen technologischen Fokussierung zur Aufgabe. Dazu zählen die Aktionslinien hessen-biotech, hessen-it, hessen-nanotech, hessen-umwelttech und hessen-H2BZ, die allesamt bei der Hessen Agentur angesiedelt sind. Diese Aktionslinien sind auf die speziellen Anforderungen der jeweiligen Technologielinie ausgerichtet. Die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Technologie-

60 Vgl. Statistisches Bundesamt: Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Fachserie 14 Reihe 3.6, Jahrgang 2009 und 2010.

61 Vgl. www.ttn-hessen.de (download: 24.08.2012).

und Dienstleistungsunternehmen soll gestärkt; Kompetenzen, Erfahrungen und Potenziale sollen dargestellt, vernetzt und weiterentwickelt werden.

Als **Fazit** dieses Kapitels kann festgehalten werden, dass Hessen das Europa 2020-Ziel in Bezug auf die FuE-Ausgaben am BIP bereits erreicht hat, was allerdings ausschließlich der Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt (eine der FuE-stärksten Regionen Europas) zu verdanken ist. Unter den hessischen Regionen besteht nach wie vor ein starkes Nord-Süd-Gefälle: die FuE-Indikatoren der Regierungsbezirke Gießen und Kassel liegen in mehreren Fällen unter dem betreffenden EU-Durchschnitt. Nordhessen holt bei vielen Indikatoren allerdings sehr dynamisch auf. Die Entwicklung im Mittelhessen ist nach wie vor vergleichsweise ungünstig, auch wenn dort Agglomerationen von Zukunftstechnologien zu finden sind. Bei der Wissensinfrastruktur ist die hohe Konzentration der Einrichtungen im Regierungsbezirk Darmstadt auffällig. In Nordhessen konzentriert sich die Wissensinfrastruktur in den zwei Hochschulzentren Kassel und Fulda. Mittelhessen weist vergleichsweise wenige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen auf.

Eine Unterstützung betrieblicher FuE-Aktivitäten, der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Entwicklung von Zukunftstechnologien kann die Innovationskraft und die technologische Wettbewerbsfähigkeit Hessens und seiner Regionen weiter stärken. Mittelhessen und Nordhessen, die eine tragfähige Industriebasis ausweisen (siehe auch Kapitel 3), hätten somit das Potenzial, ihre Position im EU-Vergleich zu verbessern. Ein breiter Konsultationsprozess, der im Rahmen der Erstellung der hessischen Innovationsstrategie geplant ist, kann Konsens darüber erzielen, wie die regionalen Stärken und die damit verbundenen Chancen zu nutzen sind, so dass Hessen als Innovationsstandort im internationalen Wettbewerb besteht und gestärkt wird.

7 Gründungsgeschehen (Ziel 3)

Gründungen tragen zur regionalen Wertschöpfung bei. Zudem können sie den Wettbewerb und den strukturellen Wandel fördern. So geht die Entstehung neuer Unternehmen bzw. Betriebe häufig mit Investitionstätigkeiten, Innovationen und der Entstehung neuer Arbeitsplätze einher. Daher ist auch die Förderung von Unternehmensgründungen in der vorgeschlagenen EFRE Verordnung⁶² als ein Instrument zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (thematisches Ziel 3) vorgesehen.

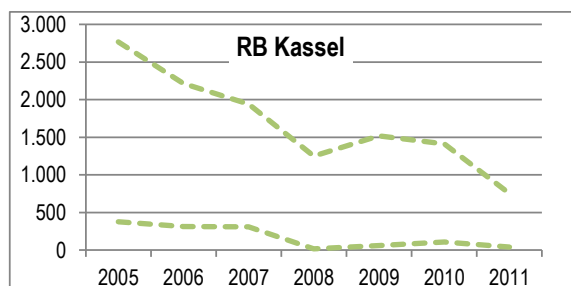
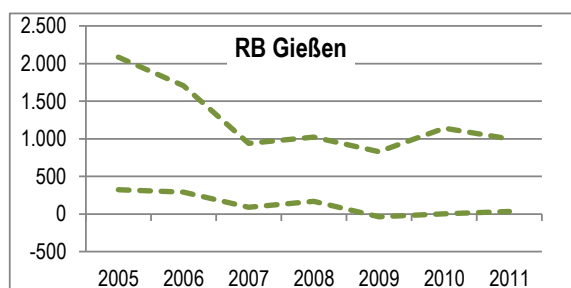
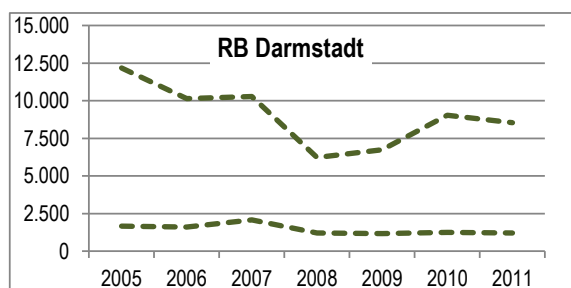
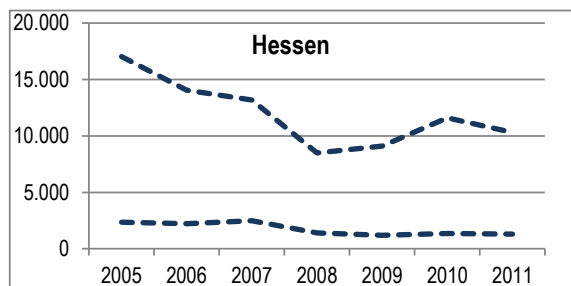
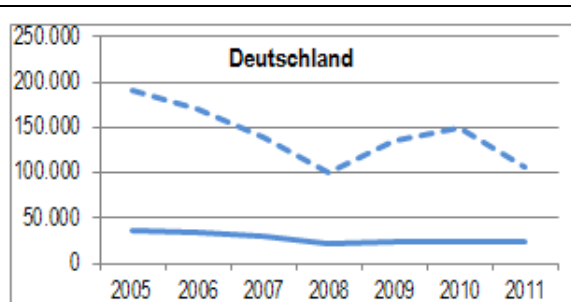
Die Daten der Gewerbeanzeigenstatistik geben Aufschluss über das Gründungsgeschehen in den Regionen und dessen Dynamik.⁶³ Ein Vorteil dieser Datenbasis besteht im Hinblick auf eine regionale Analyse darin, dass nicht nur Hauptniederlassungen, sondern auch Zweigniederlassungen und unselbständige Zweigstellen Berücksichtigung finden. Gemäß der Gewerbeanzeigenstatistik fanden im Jahr 2011 hessenweit rund 64.500 originäre Neugründungen⁶⁴ statt. Darunter machen die wirtschaftlich bedeutsameren so genannten Betriebsgründungen rund 11.200 Neugründungen bzw. 17 % (deutschlandweit 21 %) aus. Das Gründungsgeschehen muss allerdings immer auch in Bezug zu den Aufgaben von Niederlassungen gesehen werden. Den Neugründungen gegenüber standen im Jahr 2011 hessenweit rund 54.100 vollständige Betriebsaufgaben. Darunter fielen rund 9.900 bzw. 18 % Betriebsaufgaben (deutschlandweit 21 %).

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der **Salden von Neugründungen und vollständigen Aufgaben** sowie Betriebsgründungen und -aufgaben für Deutschland, Hessen und seine drei Regierungsbezirke im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2011. Tendenziell weist die Entwicklung der Salden in den Vergleichsregionen in dieser Zeitspanne einen weitgehend ähnlichen Verlauf auf, was – außer mit dem Auslaufen von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) zu Beginn des Betrachtungszeitraums – mit der Konjunkturabhängigkeit der betrieblichen Dynamik zusammenhängen dürfte. So dürfte sich der konjunkturelle Abschwung im Rahmen der Finanzkrise 2008-2010 aufgrund eingeschränkter Erwerbsalternativen tendenziell eher positiv auf die Entwicklung der sonstigen Neugründungen ausgewirkt haben.

62 Vgl. KOM (2011) 614.

63 In Ermangelung einer amtlichen Gründungsstatistik wird die Gewerbeanzeigenstatistik genutzt, um Veränderungen im Bestand regionaler Wirtschaftseinheiten aufzuzeigen. Die Statistik basiert auf Meldungen von Gewerbetreibenden, deren selbständige Tätigkeiten unter die Gewerbeordnung fallen und anzeigepflichtig sind (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe).

64 Die so genannten Neugründungen bzw. vollständigen Aufgaben umfassen Betriebs- und sonstige Neugründungen bzw. Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen. Bei den Betriebsgründungen handelt es sich um Neugründungen von juristischen Personen, Personengesellschaften oder natürlichen Personen, welche einen Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte oder wenigstens einen Beschäftigten aufweisen. Die sonstigen Neugründungen beziehen sich auf Kleinunternehmen ohne Handelsregistereintrag, Handwerkskarte und Beschäftigte sowie auf Nebenerwerbsbetriebe. Es ist nicht bekannt, inwieweit diese nach dem Rechtsakt tatsächlich eine wirtschaftliche Tätigkeit wahrnehmen.

Abbildung 44: Entwicklung des Saldos der Neugründungen und vollständigen Aufgaben

--- Saldo: originäre Neugründungen – vollständige Aufgaben
 — Saldo: Betriebsgründungen – Betriebsaufgaben

Deutschland	2011	Veränderung 05/11 absolut	Veränderung 05/11 in %
originäre Neugründungen	679.068	- 76.967	- 10,2 %
darunter: Betriebsgründungen	144.361	- 26.466	- 15,5 %
vollständige Aufgaben	573.346	8.510	+ 1,5 %
darunter: Betriebsaufgaben	119.230	- 15.726	- 11,7 %
Hessen	2011	Veränderung 05/11 absolut	Veränderung 05/11 in %
originäre Neugründungen	64.455	- 1.152	- 1,8 %
darunter: Betriebsgründungen	11.155	- 2.207	- 16,5 %
vollständige Aufgaben	54.149	5.583	+ 11,5 %
darunter: Betriebsaufgaben	9.859	- 1.142	- 10,4 %
RB Darmstadt	2011	Veränderung 05/11 absolut	Veränderung 05/11 in %
originäre Neugründungen	47.816	2.208	+ 4,8 %
darunter: Betriebsgründungen	8.320	- 1.120	- 11,9 %
vollständige Aufgaben	39.262	5.839	+ 17,5 %
darunter: Betriebsaufgaben	7.102	- 676	- 8,7 %
RB Gießen	2011	Veränderung 05/11 absolut	Veränderung 05/11 in %
originäre Neugründungen	8.816	- 501	- 5,4 %
darunter: Betriebsgründungen	1.280	- 474	- 27,0 %
vollständige Aufgaben	7.815	584	+ 8,1 %
darunter: Betriebsaufgaben	1.243	- 188	- 13,1 %
RB Kassel	2011	Veränderung 05/11 absolut	Veränderung 05/11 in %
originäre Neugründungen	7.823	- 2.859	- 26,8 %
darunter: Betriebsgründungen	1.555	- 613	- 28,3 %
vollständige Aufgaben	7.072	- 840	- 10,6 %
darunter: Betriebsaufgaben	1.514	- 278	- 15,5 %

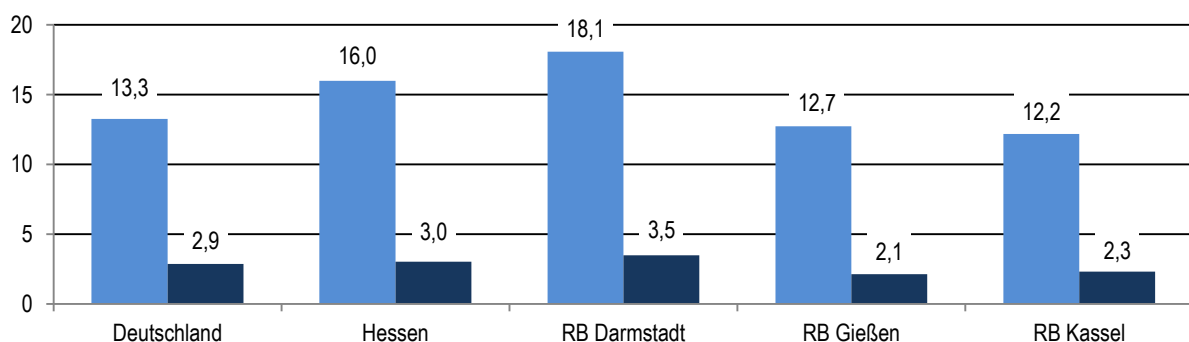
Quelle: Statistisches Bundesamt / Hessisches Statistisches Landesamt (Gewerbeanzeigenstatistik), Berechnungen der Hessen Agentur.

Insgesamt entwickelten sich die Salden in den hessischen Regionen zwischen 2005 und 2011 eher rückläufig. Ein negativer Saldo ist allerdings nur im Jahr 2009 im Regierungsbezirk Gießen zu beobachten gewesen.

Betrachtet man die Neugründungen und Betriebsaufgaben getrennt, stellt sich heraus, dass die Ursachen für die ähnlich rückläufigen Saldenentwicklungen regional sehr unterschiedlich sind. In den Regierungsbezirken Gießen und Kassel haben sich die Neugründungen teilweise sehr stark verringert, wobei der relative Rückgang in Bezug auf die Betriebsgründungen besonders stark ausgeprägt war. Demgegenüber stand im Regierungsbezirk Kassel ein zwar etwas schwächerer, aber ebenfalls bedeutender Rückgang der vollständigen (Betriebs-)Aufgaben. Im Regierungsbezirk Gießen wurde nur bei den Betriebsaufgaben ein Rückgang verzeichnet, dafür wurden 2011 mehr Klein- und Nebenerwerbsbetriebe als im Jahr 2005 aufgegeben. Im Regierungsbezirk Darmstadt dagegen haben sowohl die Neugründungen als auch die Aufgaben zugenommen, und somit hat sich die Fluktuation der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe deutlich verstärkt. Auf der Ebene der Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben konnte man in Südhessen eine gegenläufige Entwicklung beobachten: Sowohl die Betriebsgründungen als auch die Betriebsaufgaben sind im Betrachtungszeitraum zurückgegangen.

Gründungsraten ermöglichen einen interregionalen Vergleich, indem sie das Gründungsgeschehen zum regionalen Gründerpotenzial in Bezug setzen. Die nachfolgend dargestellte Gründungsrate drückt das Verhältnis der Zahl an Neugründungen zur Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis unter 65 Jahren) aus. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass es sich bei den Gründungen gemäß Gewerbeanzeigenstatistik sowohl um selbständige (Existenz-) Gründungen als auch um Gründungen aus dem Betriebsbestand heraus handelt.

Abbildung 45: Durchschnittliche Gründungsraten im Zeitraum 2005 bis 2010

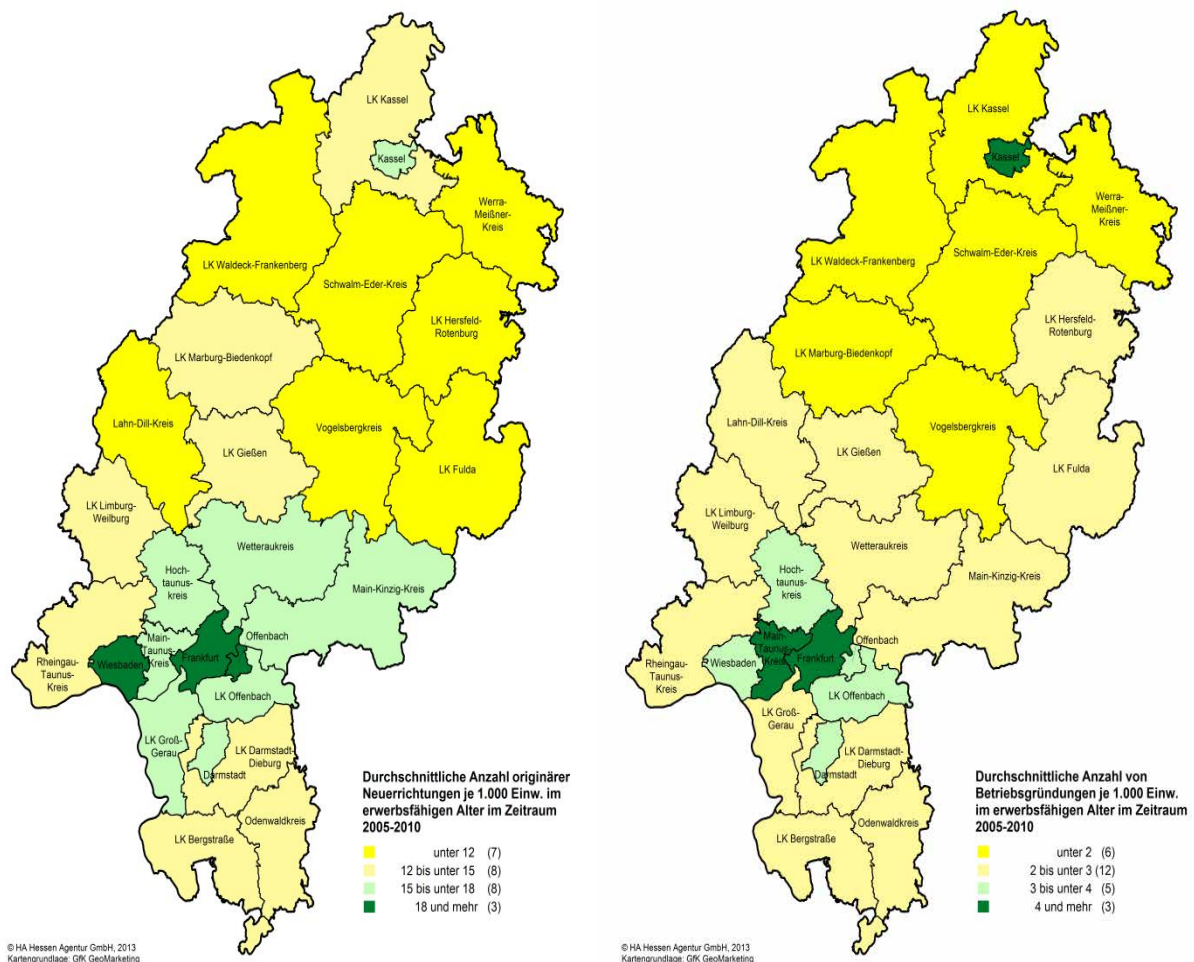


■ originäre Neugründungen je 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter ■ Betriebsgründungen je 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter

Quelle: Statistisches Bundesamt / Hessisches Statistisches Landesamt (Gewerbeanzeigenstatistik, Bevölkerungsdaten), Berechnungen der Hessen Agentur.

Die durchschnittlichen Gründungsraten Hessens bezogen auf alle originären Neugründungen bzw. auf die Betriebsgründungen übertrafen im Zeitraum 2005 bis 2010 die entsprechenden Raten Deutschlands. Bezogen auf die Regierungsbezirke Hessens fielen die Gründungsraten für Darmstadt in diesem Zeitraum deutlich höher aus als diejenigen für Gießen und Kassel und auch höher als der Bundesdurchschnitt. Auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte bestehen stärkere Unterschiede – auch innerhalb eines Regierungsbezirks. So verzeichneten im Betrachtungszeitraum alle kreisfreie Städte sowie der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunuskreis und der Landkreis Offenbach mehr als die hessenweit durchschnittlich drei Betriebsgründungen je 1.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter, während die entsprechende Rate für die übrigen Regionen – insbesondere Nord- und Mittelhessen – oftmals deutlich unterdurchschnittlich ausfiel.

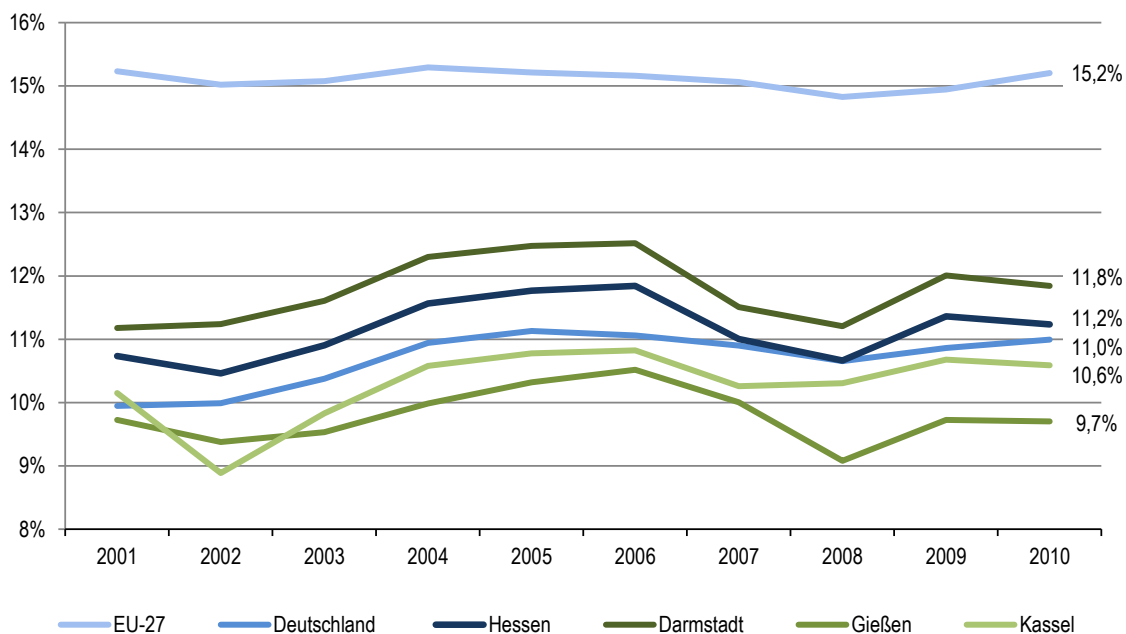
Abbildung 46: Durchschnittliche Gründungsraten in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten im Zeitraum 2005 bis 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt / Hessisches Statistisches Landesamt (Gewerbeanzeigenstatistik, Bevölkerungsdaten), Berechnungen der Hessen Agentur.

Die **Selbständigenquote** gibt ergänzend Auskunft über den Grad der unternehmerischen Mobilisierung. Die Betrachtung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen erlaubt einen regionalen Vergleich ohne Berücksichtigung von Unterschieden hinsichtlich der Anteile von Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung. Eine auf Daten von Eurostat (EU Labour Force Survey) basierende Analyse zeigt, dass sich die Anteile der Selbständigen an den Erwerbstätigen für Deutschland und Hessen nur geringfügig unterscheiden. So betrug im Jahr 2010 die Selbständigenquote für Hessen 11,2 % und für Deutschland 11,0 % (siehe Abbildung 47). Die europaweite Selbständigenquote liegt deutlich darüber, wofür wirtschaftsstrukturelle Gegebenheiten in den verschiedenen Staaten, wie Betriebsgrößen- und Sektoralstruktur, mitbestimmend sein dürften. Um im internationalen Vergleich Rückschlüsse zu ziehen, bedarf es in Bezug auf die Betriebsgrößen- und Sektoralstruktur einer differenzierten Betrachtung der Unternehmen, in denen die Selbständigen tätig sind.

Abbildung 47: Entwicklung der Selbständigenquote im Zeitraum 2001 - 2010



Quelle: Eurostat (EU Labour Force Survey), Berechnungen der Hessen Agentur.

Innerhalb Hessens bestehen regionale Unterschiede, die sich zwischen 2001 und 2010 leicht verstärkt haben. So übertrifft der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen für Südhessen die für Nord- und Mittelhessen beobachteten Selbständigenquoten. Dies dürfte an der besonderen Rolle des Dienstleistungssektors für Südhessen liegen, der in der Regel einen höheren Anteil an Selbständigen aufweist als die Industrie.

Für das Wirtschaftsgeschehen in den Regionen sind die Selbständigen wesentliche Akteure. Insgesamt entfielen für das Jahr 2010 rund 325.000 Selbständige (etwa ein Drittel davon weiblich)⁶⁵ auf Hessen, das waren fast 26.000 Personen (9 %) mehr als im Jahr 2001. Rund 217.000 der hessischen Selbständigen waren dem Regierungsbezirk Darmstadt zuzuordnen, rund 48.000 dem Regierungsbezirk Gießen und rund 60.000 dem Regierungsbezirk Kassel.

Eine wichtiges Instrument zur Unterstützung des Gründungsgeschehens sind auf lokaler Ebene die **Technologie- und Gründerzentren**. In Hessen existieren 40 solche Zentren (siehe die Liste im Tabellenanhang), die in der Regel regional ansässige Betriebe betreuen. Neben der Unterstützung bei der Existenzgründung verfolgen die Zentren auch das Anliegen Technologie- und Wissenstransfer zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen herzustellen. Die meisten Technologie- und Gründerzentren befinden sich im Regierungsbezirk Darmstadt (19 Zentren). Weitere 11 Zentren sind im Regierungsbezirk Kassel ansässig und die restlichen zehn im Regierungsbezirk Gießen. Daneben widmen sich acht Initiativen – ebenfalls im Tabellenanhang aufgelistet – der Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen. Zehn der hessischen Technologie- und Gründerzentren befinden sich im ländlichen Raum (nach Landesentwicklungsplan), wobei acht davon in Nordhessen liegen.

Als **Fazit** ist festzuhalten, dass die hessische Gründungsrate etwas höher ausfällt als diejenige Deutschlands. Hierzu trägt vor allem das dynamische Gründungsgeschehen in Südhessen bei. Auch die Selbständigenquote fällt für den Regierungsbezirk Darmstadt etwas höher aus als für die Regierungsbezirke Gießen und Kassel, die jeweils eine unterdurchschnittliche Selbständigenquote aufweisen. Unter Berücksichtigung der Aufgaben von Niederlassungen zeigt sich, dass sich die Salden von Neugründungen und vollständigen Aufgaben bzw. Betriebsgründungen und -aufgaben im Zeitraum 2005 bis 2011 tendenziell eher rückläufig entwickelt haben. In den meisten Regionen Hessens war der betreffende Saldo für das Jahr 2011 jedoch positiv.

Vor diesem Hintergrund wäre weiterhin eine regional differenzierte, standortspezifische Gründungspolitik zu verfolgen, die im Wesentlichen eine der folgenden zwei Richtungen einschlagen kann: Während eine „make-more-winners“-Strategie prinzipiell geeignete Rahmenbedingungen für ein dynamisches Gründungsgeschehen schaffen will, setzt eine „pick-the-winners“-Strategie in der Regel dort an, wo bereits günstige Rahmenbedingungen vorhanden sind, und unterstützt gezielt besonders erwünschte oder durch hohe Erfolgchancen gekennzeichnete Gründungen.

65 Quelle der ergänzenden Angabe: Hessisches Statistisches Landesamt (Mikrozensus), Berechnungen der Hessen Agentur.

8 Kooperationsnetzwerke (Ziele 1 und 3)

Die Cluster und Netzwerke in Hessen leisten einen wesentlichen Beitrag zur regionalen und überregionalen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, wirtschaftsnahen Einrichtungen, Forschungsinstituten und Hochschulen sowie sonstigen Bildungsstätten. Durch diese Zusammenarbeit werden in den hessischen Regionen vorhandene Potenziale gestärkt, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit werden gesteigert (siehe thematische Ziele 1 und 3).

Der 1. Hessische Clusterwettbewerb im Jahr 2008 endete mit der öffentlichen Prämierung von 15 Clustern und Netzwerken. Der Wettbewerb und die nachfolgende Clusterbetreuung, die durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziell unterstützt wurden, haben der Entwicklung von Clustern und Netzwerken in Hessen zusätzliche Dynamik verliehen: In verschiedenen zukunftssträchtigen Branchen und Technologiefeldern sind neue Unternehmensnetzwerke entstanden, bestehende Initiativen haben sich weiterentwickelt und sind gewachsen. Wesentliche Impulsgeber der Netzwerkgründungen sind die Unternehmen, ebenso wie Kammern, Arbeitgebervereinigungen und Wirtschaftsförderungseinrichtungen, aber auch Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen sowie weitere regionale oder branchenspezifische Akteure engagieren sich diesbezüglich. Inzwischen profitieren zahlreiche Unternehmen von der Entwicklung der Cluster und Netzwerke in Hessen, darunter in hohem Maße Unternehmen kleiner und mittlerer Größe.

Die Netzwerke zählen den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Vernetzung untereinander, (Standort-) Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung sowie weitere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, die gemeinsame Auftragsabwicklung und Marktbearbeitung oder die kollaborative Technologieentwicklung, Technologietransfer und Innovation zu ihren Aufgaben. In den letzten Jahren sind aus der Netzwerkarbeit etliche Kooperationsprojekte hervorgegangen.⁶⁶

In Hessen existieren heute – zum Teil gefördert durch den EFRE – rund 40 Cluster und Unternehmensnetzwerke in unterschiedlichen Entwicklungsstadien der Initiierung, des Aufbaus und der Verstetigung.⁶⁷ Die meisten der im Tabellenanhang aufgelisteten hessischen Cluster und Netzwerke kennzeichnet ein relativ ausgeprägter regionaler Schwerpunkt, einzelne Netzwerke sind bundes- oder hessenweit aktiv. Von denjenigen Netzwerken mit einem regionalen Schwerpunkt entfällt nahezu die Hälfte auf Südhessen bzw. das Rhein-Main-Gebiet. In Nordhessen haben neun Netzwerke ihren regionalen Schwerpunkt, in Mittelhessen fünf Netzwerke und in Osthessen zwei Netzwerke. Die hessischen Cluster

66 Die Ausführungen zur Clusterlandschaft in Hessen werden durch die Ergebnisse einer im Frühjahr 2012 von der Hessen Agentur durchgeführten Befragung des Netzwerkmanagements der im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) geförderten Cluster und Netzwerke gestützt.

67 Vgl. hierzu auch HA Hessen Agentur GmbH, Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHK (Hrsg.) (2012). Andere Netzwerke, die einen stark infrastrukturellen Charakter aufweisen und weniger durch die regionalen Wirtschaftsunternehmen geprägt sind, werden in Kapitel 14 thematisiert (z.B. Einrichtungen zum Technologietransfer oder zur Unterstützung von Gründungen).

und Netzwerke entfalten ihre Aktivitäten in den unterschiedlichsten Technologiefeldern und Branchen. Das Spektrum reicht vom Produzierenden Gewerbe mit dessen vielfältigen Facetten bis hin zu Dienstleistungsbereichen wie Beratung, Gesundheit oder Tourismus. Der fachliche Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologie ist gemessen an der Zahl der Netzwerke besonders stark vertreten. Mehr als ein Netzwerk existiert aber beispielsweise auch in den Bereichen Automotive, Luftfahrt, Mobilität, Optik, Pharma, Gesundheit und Energie. Mit dem Software-Cluster und dem Cluster für Individualisierte ImmunIntervention (CI3) sind auch zwei „Spitzencluster“, die im bundesweiten Wettbewerb ausgezeichnet wurden, in Hessen vertreten.

Des Weiteren wurden in Hessen zwei Regionen im bundesweiten Wettbewerbs „Bioenergie-Regionen“ des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ausgezeichnet und gefördert mit dem Ziel, technische und kommunikative Strukturen (u. a. mit Hilfe von Netzwerkarbeit) zum Ausbau von Bioenergie im ländlichen Raum zu etablieren. Eine Liste der Bioenergie-Regionen und BioRegionen Holz ist im Tabellenanhang zu finden.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich die Cluster- und Netzwerklandschaft in Hessen im Laufe der aktuellen Förderperiode 2007-2013 und mit der Unterstützung durch EFRE dynamisch entwickelt hat. Mit Blick auf die Zukunft gilt es vor allem, den Fortbestand und den Erfolg der angeschobenen Initiativen möglichst dauerhaft zu sichern und sie in qualitativer Hinsicht – u. a. durch geeignete Betreuungs- und Beratungsangebote – weiterzuentwickeln.

9 Tourismus (Ziele 3 und 6)

Hessen steht keineswegs nur für den Finanzplatz, den Flughafen oder die traditionell bedeutende Chemische und Pharmazeutische Industrie, sondern ist auch ein beliebtes Reiseziel – sei es zum Baden im Edersee, zum Wandern im Biosphärenreservat Rhön, für Ferien auf dem Bauernhof im Kellerwald oder für den Kuraufenthalt in einem der zahlreichen Heilbäder. In gleicher Weise gilt dies für einen Tagesausflug zur documenta oder zum Rheingau-Musik-Festival oder nicht zuletzt für einen Messeaufenthalt in Frankfurt am Main. Die wirtschaftliche Bedeutung Hessens, die zentrale Lage, das vielfältige kulturelle Angebot und die attraktiven naturräumlichen Bedingungen locken jedes Jahr viele Millionen Touristen nach Hessen, womit der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.⁶⁸ Dies gilt insbesondere für ländliche Regionen.

Im Jahr 2011 zählten die Beherbergungsbetriebe⁶⁹ in Hessen insgesamt 29 Mio. Übernachtungen (siehe Tabelle 35). Die Konzentration auf den Regierungsbezirk Darmstadt ist mit einem Anteil von 60,8 % stark ausgeprägt. Nach dem krisenbedingten Einbruch im Jahr 2009 präsentierte sich die Entwicklung in den beiden letzten Jahren in Hessen wie auch auf Bundesebene ausgesprochen positiv. Der Verlauf der Gästeankünfte (Hessen: 12,4 Mio. Deutschland: 147,3 Mio.) entspricht vom Grundmuster dem der Übernachtungen, fällt jedoch überwiegend dynamischer aus. Daraus resultiert eine tendenziell rückläufige durchschnittliche Aufenthaltsdauer. In Hessen beträgt diese aktuell 2,3 Tage, auf Bundesebene 2,7 Tage. Vor zehn Jahren waren es noch 2,6 bzw. 3,1 Tage.

Tabelle 35: Übernachtungen, Ankünfte und Aufenthaltsdauer der Gäste in den Beherbergungsbetrieben* im Jahr 2011

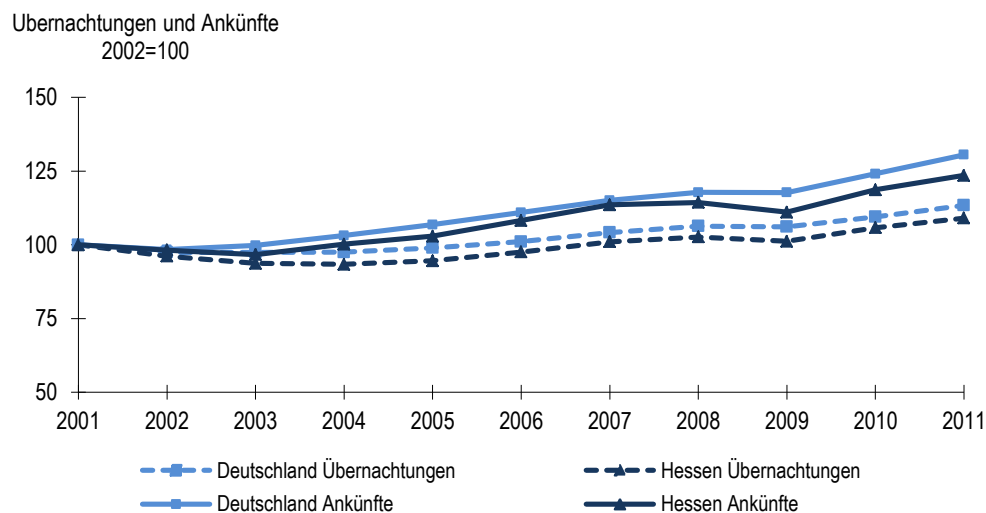
Region	Übernachtungen		Ankünfte		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen
	absolut	Anteil an Hessen in %	absolut	Anteil an Hessen in %	
Hessen	29.015.796	100,0	12.438.895	100,0	2,3
RB Darmstadt	17.643.388	60,8	8.410.787	67,6	2,1
RB Gießen	2.506.283	8,6	1.069.679	8,6	2,3
RB Kassel	8.866.125	30,6	2.958.429	23,8	3,0

* Betriebe mit 9 und mehr Betten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

68 Weiterführende Informationen zur Tourismusbranche in Hessen sind u.a. hier zu finden: Bauer, C. (2011).

69 Einschließlich Campingplätze (ohne Dauercamping). Ein Stellplatz entspricht vier Betten („Schlafgelegenheiten“).

Abbildung 48: Übernachtungen und Ankünfte der Gäste in Beherbergungsbetrieben* von 2001 - 2011

* in Betrieben mit 9 und mehr Betten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

Auf die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für die einzelnen Regionen lässt sich jedoch besser schließen, wenn mit der Tourismusintensität eine relative Größe – in der Regel die Anzahl der Übernachtungen je 1.000 Einwohner, ergänzend ist die Anzahl der Ankünfte je 1.000 Einwohner angeführt – betrachtet wird (siehe folgende Tabelle und Abbildung).

Tabelle 36: Tourismusintensität (Übernachtungen* je 1.000 Einwohner, Ankünfte* je 1.000 Einwohner)

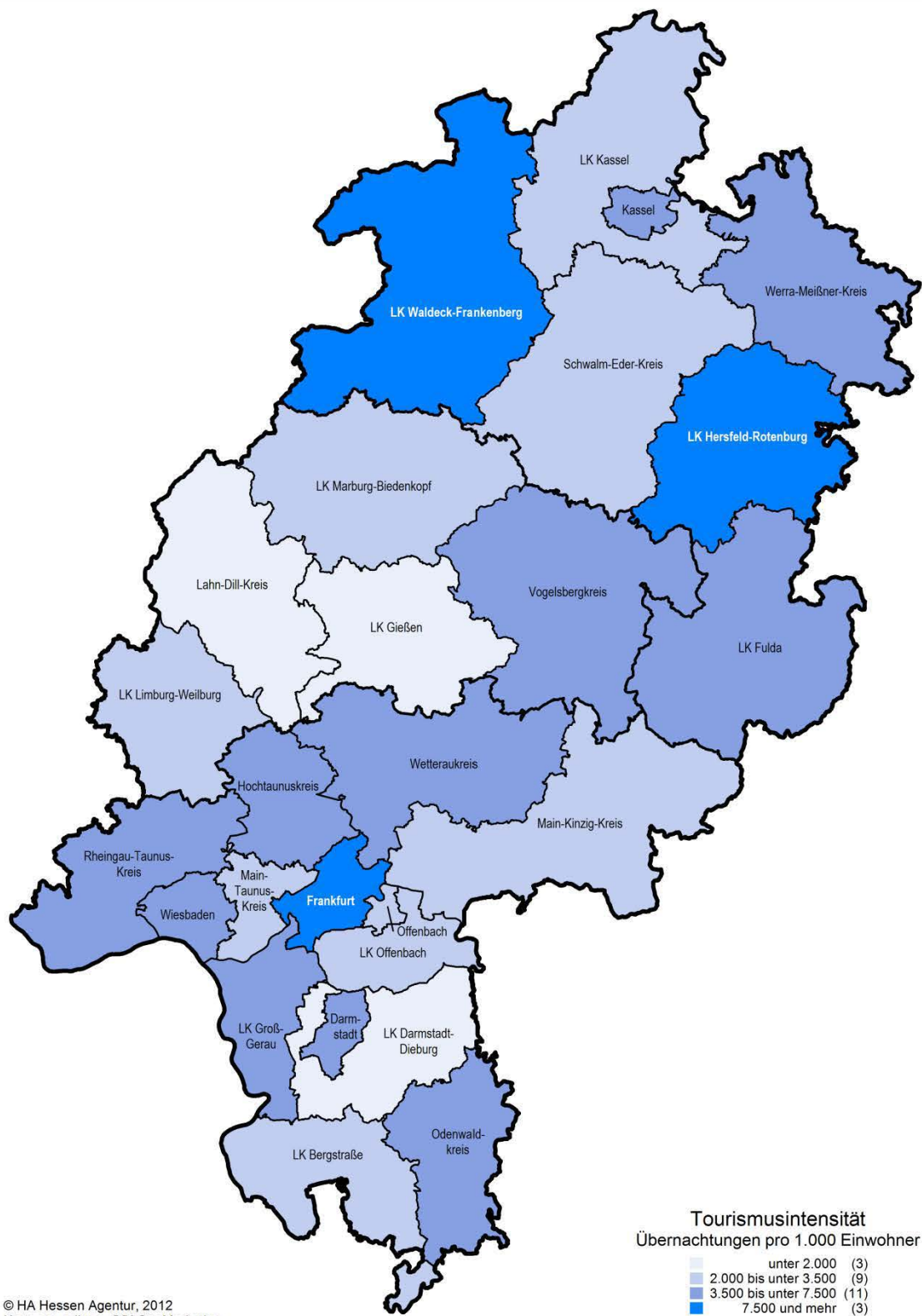
Region	Übernachtungen je 1.000 Einwohner im Jahr 2011	Übernachtungen je 1.000 Einwohner im Jahr 2009**	Ankünfte je 1.000 Einwohner im Jahr 2011
Hessen	4.800	3.500	2.000
RB Darmstadt	4.600	3.500	2.200
RB Gießen	2.400	1.800	1.000
RB Kassel	7.300	5.000	2.400
Deutschland	4.800	3.800	1.800
EU-27	-	4.500	-

* in Betrieben mit 9 und mehr Betten.

** ohne Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie ohne Schulungsheime.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Eurostat, Berechnungen der Hessen Agentur.

Abbildung 49: Tourismusintensität (Übernachtungen* je 1.000 Einwohner) in Hessen im Jahr 2011



© HA Hessen Agentur, 2012
Kartengrundlage: GfK GeoMarketing

* in Betrieben mit 9 und mehr Betten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

Für Hessen insgesamt betrug im Jahr 2011 die Tourismusintensität 4.800 Übernachtungen je 1.000 Einwohner, was dem Wert für Deutschland insgesamt entspricht. Im Regierungsbezirk Kassel ist die Tourismusintensität mit 7.300 Übernachtungen je 1.000 Einwohner deutlich höher. Hier liegen auch die beiden Kreise mit der höchsten Tourismusintensität in Hessen – nämlich der Landkreis Waldeck-Frankenberg (20.300) und der Landkreis Bad Hersfeld (10.000). Neben den ansprechenden naturräumlichen Voraussetzungen spielt insbesondere beim Landkreis Waldeck-Frankenberg auch das Kur- und Reha-Angebot (u. a. in Bad Wildungen) eine wichtige Rolle.

Um die Bedeutung des Tourismus in Hessen in den Kontext der EU-27 zu stellen, sind lediglich Zahlen für das Jahr 2009 verfügbar, die zudem abweichend abgegrenzt sind. Gemäß diesen Werten liegen Hessen (3.500) wie auch Deutschland (3.800) merklich unter dem Durchschnitt der EU-27 von 4.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohner.

Die Übernachtungsgäste fanden Unterkunft in 3.616 Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätzen), die 231.957 Betten (bzw. Schlafgelegenheiten) anboten (siehe folgende Tabelle). Fast die Hälfte (49,1 %) entfällt dabei auf den Regierungsbezirk Darmstadt. 6,6 % der im Jahr 2011 bundesweit bestehenden Beherbergungsbetriebe waren damit in Hessen ansässig. Die durchschnittliche Auslastung wird mit 34,3 % angegeben und liegt damit etwas über dem Vergleichswert für Deutschland.

Tabelle 37: Beherbergungsbetriebe*, Betten und durchschnittliche Auslastung im Jahr 2011

Region	Beherbergungsbetriebe		Betten		Durchschnittliche Auslastung in %
	absolut	Anteil an Hessen in % bzw. Anteil Hessen an Deutschland in % (letzte Zeile)	absolut	Anteil an Hessen in % bzw. Anteil Hessen an Deutschland in % (letzte Zeile)	
Hessen	3.616	100,0	231.957	100,0	34,3
RB Darmstadt	1.776	49,1	123.680	53,3	39,1
RB Gießen	529	14,6	27.338	11,8	25,1
RB Kassel	1.311	36,2	80.939	34,9	30,0
Deutschland	54.949	6,6	3.554.719	6,5	33,5

* Geöffnete Betriebe, Betriebe mit 9 und mehr Betten.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

Zu den Aufenthalten in Hessen, die mindestens eine Übernachtung beinhalten, treten noch in erheblichem Ausmaße Tagesreisende. So wird für das Jahr 2006 für Hessen von 222 Mio. Tagesausflügen und 59 Mio. Tagesgeschäftsreisen – mit Schwerpunkt Rhein-Main-Gebiet – ausgegangen, wovon 140 Mio. bzw. 24 Mio. auf die Einwohner Hessens entfallen.⁷⁰

⁷⁰ Maschke, J. (2007): Tagesreisen der Deutschen. Herausgegeben vom dwif, München, S. 60ff.

Die Zahl der Übernachtungen gibt bereits eine Vorstellung über die Ausgaben der Touristen, die in die heimische Wirtschaft fließen. Zu den Übernachtungskosten treten u. a. noch Ausgaben für Speisen und Getränke, Öffentliche Verkehrsmittel und Reisemitbringsel. Ein Übernachtungsgast in gewerblichen Betrieben mit neun und mehr Betten gibt pro Tag seines Aufenthalts in Hessen durchschnittlich 149,40 Euro aus, wovon 66,90 Euro auf die Kosten für die Unterkunft entfallen (siehe folgende Tabelle). Beide Werte liegen über dem Bundesdurchschnitt. Die Spannweite innerhalb Hessens ist beträchtlich und reicht von 100,70 Euro im Schwalm-Eder-Kreis bis zu 202,60 Euro im Reisegebiet Main und Taunus (Hochtaunuskreis, Main-Taunuskreis, Landkreis Offenbach und die Städte Frankfurt am Main und Offenbach).

Tabelle 38: Ausgaben der Übernachtungsgäste und der Tagesgäste

Gästekategorie	Zielland	
	Hessen	Deutschland
	Ausgaben pro Tag und pro Person in Euro	
Übernachtungsgäste in gewerblichen Betrieben mit neun und mehr Betten	149,40	131,60
Übernachtungsgäste in Privatquartieren unter neun Betten	73,60	72,40
Übernachtungsgäste auf Campingplätzen (ohne Dauercamping)	41,30	45,80
Tagesausflügler	30,00	28,00
Tagesgeschäftsreisende	23,00	25,20

Quelle: Harrer, B., Scherr, S.: Ausgaben der Übernachtungsgäste in Deutschland, dwif e.V., München 2010, S. 68ff., Maschke, J.: Tagesreisen der Deutschen, dwif e.V., München 2005, S. 105ff.

Die Campinggäste sowie die Übernachtungsgäste in Privatquartieren tätigen im Durchschnitt deutlich geringere Ausgaben in Höhe von 41,30 Euro (Deutschland: 45,80 Euro) bzw. 73,60 Euro (Deutschland: 72,40 Euro). Die wirtschaftliche Bedeutung dieser – wenn auch geringeren Ausgaben – sollte allerdings keinesfalls unterschätzt werden. Privatquartieren und Ferienwohnungsangeboten kommt vor allem im ländlichen Raum eine beachtliche Bedeutung zu, hier erfüllen die Einnahmen aus dem Tourismus eine wichtige Funktion, da der Unternehmensbesatz z.B. durch Industrie gering ist und somit wenige Arbeitsplätze angeboten werden. Diese Betriebe sind i. d. R. der Kategorie der Kleinst- und Kleinunternehmen zuzuordnen. Beispielgebend sei in diesem Zusammenhang auch auf das touristische Angebot landwirtschaftlicher Betrieb verwiesen, von denen etwa 100 Betriebe dem Segment Urlaub auf dem Bauernhof zuzuordnen sind. Gerade für kleinere landwirtschaftliche Betriebe stellen die touristischen Zusatzangebote ein wichtiges wirtschaftliches Standbein dar. Neben dem Beherbergungsgewerbe spielen die gastronomischen Betriebe eine wesentliche Rolle.

Ein Tagesausflügler gibt pro Tag in Hessen durchschnittlich 30 Euro aus. Damit liegen auch die Ausgaben der Tagesreisenden in Hessen über dem Bundesdurchschnitt (28 Euro). Etwas geringer als bei Tagesausflüglern sind die Ausgaben der Tagesgeschäfts-

reisenden in Höhe von 23 Euro (Deutschland: 25,20 Euro). Die Bandbreite der Ausgaben der Tagesreisenden (Tagesausflügler und Tagesgeschäftsreisende zusammengefasst) reicht innerhalb Hessens von 15,90 Euro im Durchschnitt der Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner bis zu 33,20 Euro im Reisegebiet Main und Taunus (Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Landkreis Offenbach und den Städten Frankfurt am Main und Offenbach).

Steigende Übernachtungszahlen stehen für die ungebrochene Attraktivität Hessens als Reiseland. Der Tourismus ist für Hessen von einer beachtlich hohen ökonomischen Bedeutung.

Basierend auf den oben ausgeführten Erhebungen der Ausgaben von Tagesreisenden und Übernachtungsgästen hat das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr e.V. an der Universität München (dwif) Bruttoumsätze ermittelt, aus denen entsprechende Einkommenseffekte abgeleitet werden. Dabei finden sowohl die direkten Effekte (1. Stufe) als auch die indirekten Effekte der 2. Stufe Berücksichtigung. Aus einem Bruttoumsatz in Hessen von rund 12,3 Mrd. Euro (Tagesreisen 8,1 Mrd. Euro, Übernachtungen 4,2 Mrd. Euro) resultiert ein Einkommenseffekt in Höhe von rund 5,6 Mrd. Euro (Tagesreisen 3,5 Mrd. Euro, Übernachtungen 2,1 Mrd. Euro). Da hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung in der Regel Arbeitsplätze im Mittelpunkt des Interesses stehen, wird darüber hinaus eine Abschätzung des Beschäftigungseffekts vorgenommen. Auf der Basis des durchschnittlichen Einkommens eines Vollzeitbeschäftigten im Tourismus ergibt sich ein Beschäftigungseffekt von schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätzen (Vollzeitäquivalente).⁷¹

Dennoch bedarf die Gesamtsituation einer regionsorientierten Betrachtung. Insbesondere das Rhein-Main-Gebiet konnte stark von Geschäftsreisen profitieren. Städte, Geschäfts- und Gesundheitstourismus haben sich zu tragenden Säulen des Tourismus in Hessen entwickelt. Die insbesondere im Bereich des Kurz- und Erholungsurlaubs agierenden Betriebe im ländlichen Raum konnten an dieser positiven Entwicklung bisher noch nicht hinreichend genug partizipieren. Um die integrierten Potenziale des Tourismus für die ländlichen Räume sichern und weiterentwickeln zu können, sind auch zukünftige zielgerichtete Initiativen erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusgewerbes zu verbessern und bestehende Infrastrukturen erhalten und weiterentwickeln zu können.

71 Vgl. Harrer, B., Scherr, S. (2010): Ausgaben der Übernachtungsgäste in Deutschland. Herausgegeben vom dwif, München, S. 25ff., S. 110, S. 120;
Maschke, J. (2005): Tagesreisen der Deutschen. Herausgegeben vom dwif, München, S. 60 ff.; S. 105ff.; Schätzungen des HMWVL 2011.

10 Bildung und Qualifikation (Ziele 1, 3, 8, 10)

In den nächsten Jahren wird in Deutschland und in Hessen eine große Zahl qualifizierter Fachkräfte aus demografischen Gründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Fachkräftekommission Hessens geht davon aus, dass in Hessen bis 2030 die Bevölkerungszahl um bis zu 15 % bzw. 600.000 Personen im erwerbsfähigen Alter abnimmt. Der Rückgang vollzieht sich bis 2020 langsam und beschleunigt sich zwischen 2020 und 2030.⁷² Es droht ein Fachkräftemangel, der sich in hohem Maße negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Gut ausgebildete Facharbeiter und eine hohe Zahl an Hochschulabsolventen werden insbesondere für die Forschung und Entwicklung neuer Produkte benötigt. Schulische, berufliche und akademische Qualifikationen sind darüber hinaus auch für den einzelnen Bürger von entscheidender Bedeutung. Sie haben einen großen Einfluss etwa auf die Arbeitsmarktposition und die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten. Im Folgenden werden die Entwicklungen des Bildungssystems in Hessen analysiert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es in Deutschland und erst recht in Europa kein einheitliches Bildungssystem gibt, so dass der Vergleich anhand von Indikatoren erschwert ist.

Die Betrachtung der hessischen Situation steht in Bezug zu dem thematischen Zielen 1. „Forschung, technologische Entwicklung und Innovation“, 3. „Wettbewerbsfähigkeit von KMU wie auch des Agrar- und Fischereisektors“, 8. „Beschäftigung, Mobilität der Arbeitskräfte“ und 10. „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“ gemäß Artikel 9 der Allgemeinen VO.⁷³

10.1 Schulentlassene aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Die Zahl der Schulentlassenen liegt in Hessen noch auf hohem Niveau. 2011 gingen zwar erstmals wieder weniger als 60.000 Schüler von den allgemeinbildenden Schulen ab. Bis 2014 sind jedoch aufgrund der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium bzw. aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs nochmals Schulabgängerzahlen deutlich über der 60.000er Marke zu erwarten.⁷⁴ Ab 2015 setzt infolge des demografischen Wandels ein Rückgang ein: 2020 verlassen nach der Modellrechnung der Hessen Agentur nur noch etwa 51.500 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen, ca. 14 % weniger als im Jahr 2010.⁷⁵ Zwar wird damit noch das Niveau Anfang der 90er Jahre erreicht. Langfristig wird allerdings die 50.000er Marke unterschritten. Regional sind vor allem die Landkreise in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel mit Rückgängen bei den Schulabgängerzahlen von rund 20 % betroffen.⁷⁶

72 Fachkräftekommission (2012): S. 8f.

73 Vgl. COM (2012): S. 496.

74 Die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium erfolgte regional und zeitlich versetzt im Wesentlichen auf drei Schuljahrgänge verteilt. Vgl. Kuse, S. (2012): S. 47f. Nicht berücksichtigt sind Abgänger von Schulen für Erwachsene.

75 Vgl. ebenda.

76 Vgl. zu den Prognosedaten auf Kreisebene bis zum Jahr 2020 <http://www.hsl.de> (download: 18. August 2012).

Das schulische Bildungsniveau der Abgänger in Hessen hat sich im langjährigen Vergleich deutlich erhöht und indiziert eine steigende Bildungsbeteiligung, die wichtige Voraussetzung dafür ist, den Nachwuchs an qualifizierten Beschäftigten sichern zu können. Vor zehn Jahren verließen in Hessen 6.000 Personen bzw. 10,6 % aller Schulabgänger die Schule ohne Abschluss, im Jahr 2011 waren es nur noch 3.370 Personen bzw. 5,4 % (siehe folgende Tabelle).⁷⁷ Auch die Zahl der Hauptschulabsolventen ist stark rückläufig. Sie lag 2011 bei noch rund 12.000 Personen. Über einen Realschulabschluss und die Hochschulreife verfügen heute hingegen viel mehr Schulabgänger als früher.

Tabelle 39: Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2001 und 2011

Schulabgänger	Schuljahr 2000/2001		Schuljahr 2010/2011		Veränderung 2011/2001 in %
	Absolut	Anteil (%)	Absolut	Anteil (%)	
insgesamt	56.665	100,0	57.618	100,0	1,7
davon:					
ohne Hauptschulabschluss ⁰	6.012	10,6	3.370	5,4	-43,9
mit Hauptschulabschluss	14.018	24,7	11.863	19,1	-15,4
mit Realschulabschluss ¹	20.266	35,8	22.410	42,8	10,6
mit Hochschulreife	16.369	28,9	19.975	32,7	22,0

⁰⁾ inkl. Förderschulabschluss,

¹⁾ einschließlich schulischem Teil der Fachhochschulreife, ohne Übergänge von der Realschule in Klasse 11 der gymnasialen Oberstufe.

Quelle: Kuse, S. (2012), S. 88, Berechnungen der Hessen Agentur.

Strukturell weichen die hessischen Ergebnisse nicht nennenswert vom Bundesdurchschnitt ab.⁷⁸ Im Vergleich der hessischen Regierungsbezirke wird deutlich, dass der Anteil der Schulabbrecher (Abgänger ohne Hauptschulabschluss) bis zum Jahr 2011 auf ein nahezu identisches Niveau gefallen ist (rund 6 %). Bei einem allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung verlassen im Regierungsbezirk Darmstadt weiterhin vergleichsweise viele Jugendliche die Schule mit dem Abitur (38 %). In den Regierungsbezirken Gießen und Kassel dominiert hingegen noch die Mittlere Reife bzw. der Realschulabschluss (ca. 42 %), der etwa für die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung eine gute Basis darstellt.

Weiterhin gilt, dass weibliche Schulabgänger in Hessen über höhere schulische Abschlüsse verfügen als männliche. Der Anteil der Frauen, die die Schule mit und ohne Hauptschulabschluss verlassen, betrug im Jahr 2011 nur 20 % im Vergleich zu 28 % bei den Männern. Dabei brechen männliche Jugendliche die Schule auch deutlich häufiger ab als weibliche. Der Männeranteil an den Abbrechern betrug 59 % (2.000 Personen gegenüber rund 1.400 Frauen), während er an den Schulabgängern insgesamt 51 % erreichte. Umgekehrt ist es bei der (Fach-)Hochschulreife, über die 38 % der Frauen, aber nur 28 %

⁷⁷ Einbezogen sind Personen mit einem Förderschulabschluss. Grundlage sind Daten der Schulstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes, die unter <http://www.hsl.de> abgerufen werden können (download: 14. August 2012).

⁷⁸ Der Bundesvergleich beruht dabei auf Daten der Kultusministerkonferenz, die diese im Rahmen einer Umfrage erhebt. Vgl. hierzu <http://www.kmk.org> (download: 7. August 2012).

der Männer verfügen. Dies ist bereits seit mehreren Jahren der Fall, so dass Mädchen – wie im Bundesdurchschnitt auch – eine deutlich bessere Berufsperspektive aus der allgemeinbildenden Schule mitbringen.

Von den Schulentlassenen besaßen im Jahr 2011 7.730 Personen bzw. 12 % eine ausländische Staatsangehörigkeit, vor zehn Jahren waren es etwa 14 %. Berücksichtigt man die Folgen der Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes auf die Statistiken, so haben sich die Ausländeranteile an den Schulabgängern in Hessen nicht nennenswert geändert.⁷⁹ Die Abschlüsse der Ausländer haben sich in den vergangenen Jahren zwar insbesondere am unteren Ende der Bildungsskala deutlich verbessert, sie fallen jedoch weiterhin niedriger aus als die der Deutschen: 2011 haben rund 13 % der ausländischen Schulabgänger die Schule ohne Abschluss verlassen (Deutsche: 4 %). Der Anteil der Abgänger mit Hauptschulabschluss betrug 32 % (Deutsche: 17 %). Umgekehrt ist es bei der (Fach-)Hochschulreife, über die nur 14 % der Ausländer, aber 35 % der Deutschen verfügten. Weiterhin starten viele Ausländer mit schlechten schulischen Qualifikationen in das Berufsleben. Ihre Potenziale z.B. hinsichtlich interkultureller Kompetenzen werden eventuell nicht vollständig ausgeschöpft. Eine Problemgruppe bilden vor allem männliche Ausländer, von denen etwas mehr als die Hälfte die Schule mit und ohne Hauptschulabschluss, aber nur 11 % mit der (Fach-) Hochschulreife verlassen.

An beruflichen Schulen – dazu zählen in Hessen Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und Berufliche Gymnasien – werden berufsqualifizierende Bildungsgänge, Bildungsgänge zum Erwerb der Fachhochschulreife sowie berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.⁸⁰ Zudem finden hier Qualifizierungen mit dem Ziel statt, bei Jugendlichen individuelle Kompetenzen im Sinne der Ausbildungs- und Berufsvorbereitung zu verbessern. Diese Maßnahmen, die in Deutschland unter dem Begriff Übergangsbereich subsummiert werden, ermöglichen zumeist auch das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses. Die Arbeitsmarktchancen der Absolventen von Maßnahmen des Übergangsbereichs sind zumeist schlecht.

79 Durch Änderungen des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes können seit dem Jahr 2000 viele Personen mit Zuwanderungs- bzw. Migrationshintergrund leichter – und zum Teil rückwirkend – die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit hat zur Folge, dass die betreffenden Personen nicht mehr als Ausländer in die Statistiken eingehen (obwohl sie zum Teil bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres eine weitere Staatsbürgerschaft führen) und dass sich die Zahl der Ausländer (*ceteris paribus*) reduziert. In Zeitreihen gibt es daher einen Strukturbruch: Der Personenkreis, für den aufgrund des Ausländerstatus angenommen wurde, dass er z.B. sprachlich Integrationshilfe auf dem Ausbildungsmarkt benötigen könnte, fällt heute geringer aus als vor den Gesetzesänderungen. Deutsche mit Migrationshintergrund etwa finden keine Berücksichtigung mehr. Auch die Identifikation von Integrationserfolgen ist erschwert, wenn die betreffenden Personen die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und als Deutsche in den Statistiken geführt werden. Der Strukturbruch ist bei einem langjährigen Vergleich der Ausländeranteile zu berücksichtigen. Der Zuwanderungs- bzw. Migrationshintergrund der Auszubildenden wird in der Regel nicht statistisch erfasst, was insbesondere in Hessen angesichts des hohen Anteils der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung (nach Ergebnissen des Mikrozensus ca. 24 %) problematisch ist. In Deutschland insgesamt beträgt der Anteil ca. 18 %.

80 Die größte Bedeutung innerhalb der beruflichen Schulen haben die Berufsschulen, von denen 2011 rund 60 % aller Schulentlassenen der beruflichen Schulen abgingen. Vgl. <http://www.hsl.de> (download: 14. August 2012).

Von den beruflichen Schulen gingen im Jahr 2011 insgesamt 67.700 Personen ab, 3.400 Personen bzw. 5 % weniger als 10 Jahre zuvor (siehe folgende Tabelle).

Tabelle 40: Schulabgänger der beruflichen Schulen in Hessen 2001 und 2011

Schulabgänger	Schuljahr 2000/2001		Schuljahr 2010/2011		Veränderung 2011/2001 in %
	Absolut	Anteil (%)	Absolut	Anteil (%)	
insgesamt	71.104	100	67.688	100	-4,8
davon:					
mit Abgangszeugnis	13.705	19,3	6.348	9,4	-53,7
mit Abschlusszeugnis	57.399	80,7	61.340	90,6	6,9
darunter:					
mit Hauptschulabschluss ⁰	1.884	3,3	1.694	2,8	-10,1
Realschulabschluss	4.609	8,0	4.270	7,0	-7,4
Fachhochschulreife ¹⁾	6.986	12,2	11.086	18,1	58,7
allgemeine Hochschulreife	2.334	4,1	3.274	5,3	40,3
staatliche Anerkennung ²⁾	k.A.	k.A.	1.333	2,2	k.A.

⁰⁾ einschließlich qualifizierendem Hauptschulabschluss,

¹⁾ einschließlich schulischem Teil der Fachhochschulreife,

²⁾ nur an Fachschulen für Sozialwirtschaft und Sozialpädagogik, sofern keine Fachhochschulreife vergeben wurde.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2011a), Berechnungen der Hessen Agentur.

Im langjährigen Vergleich hat sich auch das Bildungsniveau der Abgänger von beruflichen Schulen deutlich erhöht. Vor 10 Jahren verließen 13.700 Personen bzw. 19 % aller Schulabgänger die Schule mit einem Abgangszeugnis, das zwar die Teilnahme am Unterricht bestätigt, die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen aber nicht wesentlich verbessert. Im Jahr 2011 waren es nur noch 6.350 Personen bzw. 9 % aller Schulabgänger. Mit einem höherwertigen Abschlusszeugnis waren 61.340 Personen bzw. 91 % ausgestattet – rund 4.000 Personen mehr als zehn Jahre zuvor.

Bei erfolgreichem Absolvieren der Lehrgänge bestimmter Schulformen können die Teilnehmer mit dem Abschlusszeugnis zusätzlich einen Haupt- oder Realschulabschluss, die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife erlangen. Insbesondere der Erwerb der Fachhochschulreife stellt für die Jugendlichen an beruflichen Schulen eine Bildungsoption dar. Wenn ein allgemein bildender Schulabschluss erworben wurde, dann in mehr als jedem zweiten Fall die Fachhochschulreife. Im langjährigen Vergleich hat die Bedeutung von Hauptschul- und Realschulabschluss ab-, die der Fachhochschulreife und der allgemeinen Hochschulreife zugenommen. Im Jahr 2011 erwarben 14.360 Personen mit dem Abschlusszeugnis zugleich die (Fach-)Hochschulreife (2001: 9.320 Personen), 5.960 Personen einen Haupt- oder Realschulabschluss (2001: 6.490 Personen).

An beruflichen Schulen fällt der Frauenanteil mit 46 % leicht geringer aus als an allgemein bildenden Schulen (49 %). Frauen waren 2011 an den beruflichen Schulen etwa gleich erfolgreich wie Männer. Für sie von besonderer Bedeutung war der Abschluss staatliche

Anerkennung, der beispielsweise im Rahmen der Erzieher(innen)ausbildung an Fachschulen für Sozialpädagogik erworben werden kann. Die staatliche Anerkennung erlangten 2011 1.130 Frauen und 210 Männer, was Segregationstendenzen auf dem Ausbildungsmarkt belegt.

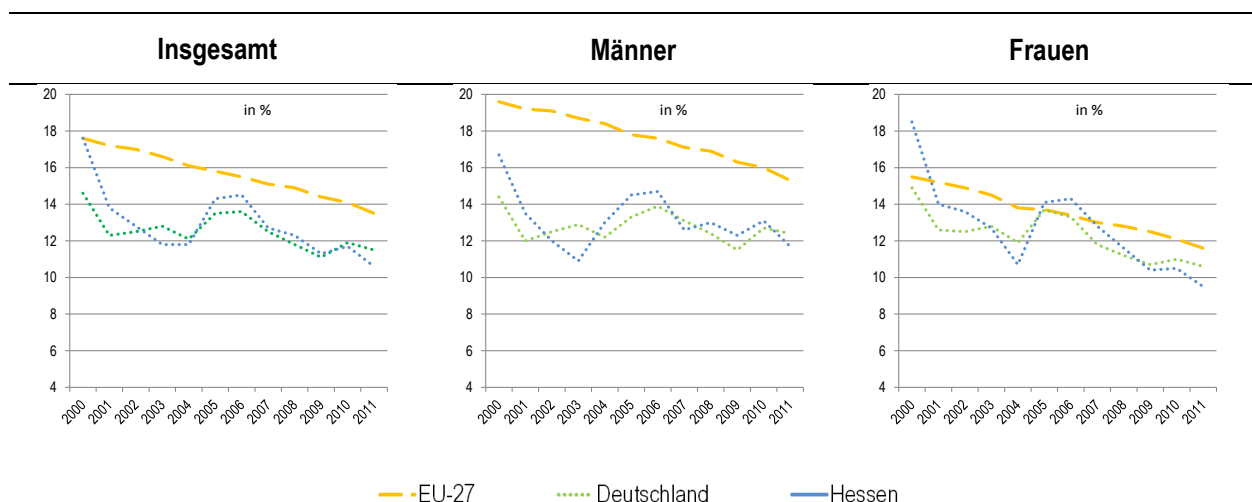
Die Abschlüsse der Ausländer blieben auch an beruflichen Schulen hinter denen der Deutschen zurück, was u. a. damit zusammenhängt, dass die Ausländer eine berufliche Schule vergleichsweise häufig als Übergangsmaßnahme zur Ausbildungs- und Berufsvorbereitung sowie zum Nachholen eines Schulabschlusses nutzen. Der Anteil der Ausländer, die die Schule mit dem höherwertigen Abschlusszeugnis verließen, lag bei nur 81 % im Vergleich zu 92 % bei Deutschen. Wenn ein allgemeinbildender Schulabschluss erworben wurde, so war dies in 20 % der Fälle ein Hauptschulabschluss, zu 30 % der Realschulabschluss und zu rund 50 % die (Fach-)Hochschulreife (Absolventen insgesamt: 71 %).

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass das schulische Bildungsniveau der Jugendlichen in Hessen steigt, dass aber insbesondere junge Männer und (darunter) Ausländer hinter den Entwicklungen zurückbleiben.

10.2 Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger

Im langjährigen EU-27-, Deutschland- und Hessenvergleich auf Basis von Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union zeigt sich hinsichtlich des Anteils frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger an der Bevölkerung das folgende Bild:⁸¹

Abbildung 50: Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger an der Gesamtbevölkerung der Altersklasse 18 - 24 Jahre



Quelle: Eurostat.

⁸¹ Die Daten basieren auf der europäischen Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey). Die Anteile beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung der Altersklasse 18 bis 24 Jahre, die in der Stichprobenerhebung Angaben zur Ausbildungssituation gemacht hat. Als frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger gelten Personen, die „nur“ die Sekundarstufe I absolviert haben und aktuell nicht an Bildung bzw. Ausbildung teilnehmen.

Seit dem Jahr 2000 sinkt in Hessen, in Deutschland und auch in der EU insgesamt sowohl bei Männern als auch bei Frauen der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger. Die Bildungsanstrengungen wurden intensiviert. Hessen hat aktuell aufgrund einer in den vergangenen Jahren sehr positiven Entwicklung im EU-27- und Deutschlandvergleich sowohl bei Männern als auch bei Frauen einen geringeren Anteil an frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängern. Im Jahr 2000 betrug der Anteil noch nahezu 18 %, zu Beginn der Förderperiode 2007-2013 ca. 13 %, aktuell 11 %. Damit sind bei vielen Jugendlichen die Chancen auf eine weiterführende (z.B. duale) Ausbildung und auf einen Arbeitsplatz gestiegen. Denn weiterhin gilt, dass Personen mit niedrigem schulischen bzw. beruflichen Abschluss vergleichsweise häufig von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das Ziel (bzw. die Benchmark) der Lissabon- und auch der Europa 2020 Strategie in Deutschland, den Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf weniger als 10 % zu verringern, wird allerdings auch in Hessen noch knapp verfehlt. Aktuell liegt die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren bei rund 52.000 Personen.

In der EU-27 insgesamt brechen Jugendliche die Schule häufiger ab. Der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger an der Bevölkerung derselben Altersklasse liegt nach einem ebenfalls starken Rückgang seit dem Jahr 2000 noch bei rund 14 %. Eine Problemgruppe stellen in allen betrachteten Regionen die Männer dar. Die „Abbrecherquoten“ liegen in Hessen und auch deutschlandweit bei ca. 12 % und fallen damit rund zwei Prozentpunkte höher aus als bei Frauen. Früher bildeten eher Frauen die Problemgruppe.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass Hessen in Bezug auf den Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger der Altersklasse 18 bis 24 Jahre eine sehr positive und überdurchschnittliche Entwicklung genommen hat. Das Ziel der Europa 2020 Strategie in Deutschland, den Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf weniger als 10 % zu verringern, wird allerdings noch knapp verfehlt (siehe folgende Tabelle), was vor allem auf die unterdurchschnittliche Bildungsbeteiligung von Männern und Ausländern zurückzuführen ist. Auch in höheren Altersklassen findet sich eine Vielzahl an- und ungelerner Personen, deren Qualifizierung vor dem Hintergrund sozialer Gesichtspunkte, aber auch im Hinblick auf die Fachkräftesicherung lohnenswert erscheint.

Tabelle 41: Erreichung des Kernziels einer Verringerung des Anteils frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf unter 10 % in Hessen

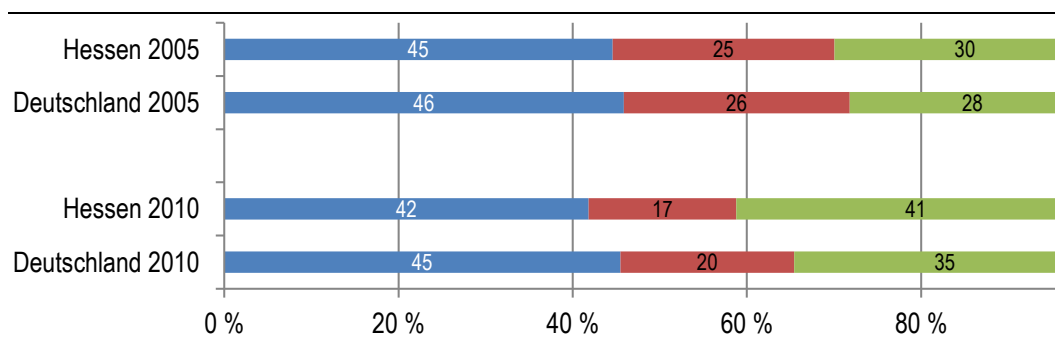
Erreichung des Ziels Europa 2020: Verringerung des Anteils frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf unter 10 %					
13,5 %	11,5 %	10,6 %	--	--	--
Stand Europa (Jahr 2011)	Stand Deutschland (Jahr 2011)	Stand Hessen (Jahr 2011)	Kassel	Darmstadt	Gießen
Stand Regierungsbezirke (Jahr 2011)					

Quelle: Eurostat.

10.3 Übergang von allgemeinbildenden Schulen

Im Jahr 2012 wurden auf Bundesebene erstmals Ergebnisse der Integrierten Ausbildungsberichterstattung präsentiert, mit der das Übergangsverhalten von Jugendlichen nach Beendigung der Sekundarstufe I differenziert nach strukturellen Merkmalen für die Bundesländer analysiert und verglichen werden kann. Die vorhandenen Bildungsgänge werden nach ihrer Zielsetzung den Sektoren „Berufsausbildung“, „Übergangsbereich“ und „Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung“ zugeordnet.⁸² Ein Vergleich der Entwicklungen ist gegenüber dem Jahr 2005 möglich.⁸³

Abbildung 51: Übergangsquoten der Jugendlichen nach Verlassen der Sekundarstufe I in Deutschland und Hessen 2005 und 2010



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2012).

In diesem Zeitraum haben sich in Hessen die Anfängerzahlen in den Sektoren unterschiedlich entwickelt: Vollqualifizierende schulische und betriebliche Bildungsgänge haben weiterhin das größte Gewicht, im Vergleich zu 2005 allerdings leicht an Bedeutung

⁸² Nachrichtlich wird auch der Hochschulbereich bzw. der Sektor „Studium“ betrachtet, der für Absolventen der Sekundarstufe I nicht relevant ist. Zum Sektor Berufsausbildung zählen das duale System, die Beamtenausbildung im mittleren Dienst und diverse Bildungsgänge an Beruflichen Schulen. Zu den Maßnahmen des Übergangsbereichs vgl. oben.

⁸³ Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (2012): S. 22ff.

verloren. Eine weiterführende schulische Bildung an (Beruflichen) Gymnasien und Fachoberschulen streben heutzutage deutlich mehr Jugendliche an. Die gestiegenen Zahlen sind allerdings auch auf die Verkürzung der Schulzeit in gymnasialen Bildungsgängen von 9 auf 8 Schuljahre zurückzuführen, die den Bundesländervergleich erschwert.

Die Maßnahmen des Übergangsbereichs – in diesem werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag aufgefangen, und dies mit der Folge, dass sie verspätet in das Berufsleben eintreten – haben in Hessen überproportional an Bedeutung verloren. Im Jahr 2010 begannen allerdings noch 17 % der Jugendlichen nach Beendigung der Sekundarstufe I (21.100 Personen) einen solchen überbrückenden Bildungsgang. Der Anteil der Anfänger ohne Hauptschulabschluss beträgt ca. 20 %, der der Männer ca. 57 %, der der Ausländer 25 %.

Aktuell befinden sich in Hessen insgesamt noch rund 26.000 Personen in Bildungsgängen des Übergangsbereichs – zu Beginn der Förderperiode 2007-2013 waren es rund 37.000 Personen. Die Situation für die Jugendlichen hat sich somit zwar deutlich verbessert. Allerdings erscheint die absolute Personenzahl im Hinblick auf die Fachkräftesicherung weiterhin zu hoch.

10.4 Entwicklung der (dualen) Berufsausbildung

Als Indikator für die Lage auf dem dualen Ausbildungsmarkt (Lernorte Berufsschule und Betrieb) dient in Deutschland vor allem die im Berufsbildungsgesetz festgelegte Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Definition. Eine langfristige statistische Betrachtung dieses Indikators ist aufgrund von Gesetzes- und Definitionsänderungen (z.B. Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) jedoch nicht möglich; erst seit 2009 kann die Ausbildungsmarktlage aus Sicht der Jugendlichen und der Betriebe in Hessen mit dem Indikator zufriedenstellend beschrieben werden. Die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation weist auf deutlich verbesserte Übergangsmöglichkeiten für die Jugendlichen in Hessen insbesondere in den vergangenen beiden Jahren hin. Zurückzuführen ist dies vor allem auf ein steigendes Stellenangebot der Betriebe im Zuge der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Bewerber erhalten häufiger den gewünschten Ausbildungsplatz, seltener kommt es zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vor der Qualifizierung. Von der positiven Entwicklung können auch Altbewerber aus früheren Schulentlassjahren profitieren, deren Anteil an allen Bewerbern in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf 44 % (18.600 Personen) Ende September 2011 abgenommen hat. Zu Beginn der Förderperiode 2007-2013 lag der Anteil noch bei 59 %.⁸⁴

⁸⁴ Von 2005 bis 2008 enthielt die Berufsberatungsstatistik allein Informationen der Bundesagentur für Arbeit sowie der ARGEN. Da – zumindest in den vergangenen beiden Jahren – sich gerade bei den Optionskommunen viele Altbewerber gemeldet haben, dürfte der Altbewerberanteil in dem besagten Zeitraum tatsächlich noch höher ausgefallen sein.

Tabelle 42: Situation der dualen Ausbildung in Hessen 2009 - 2011

Indikator für das duale Ausbildungssystem	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2010 in %
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	39.453	40.234	41.166	+2,3
Angebot an Ausbildungsplätzen	40.766	41.819	43.882	+4,9
Erweiterte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	47.906	47.291	47.790	+1,1
Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation – Hessen	85,1	88,4	91,8	--
Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation – Deutschland	88,5	89,9	92,7	--
Altbewerberanteil (Bewerber aus früheren Schulentlassjahren)	47,7	48,4	44,2	

Quelle: Kuse, S. (2012).

Quantitativ indiziert die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation allerdings sowohl für Deutschland insgesamt als auch für Hessen weiterhin einen Mangel an Ausbildungsplätzen und nicht an Bewerbern. Rechnerisch wurden in Hessen 100 Nachfragern 92 Ausbildungsstellenangebote unterbreitet, im Bund waren es 93. Mit dem Verhältnis liegt Hessen im Bundesländervergleich im unteren Mittelfeld. In Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern beispielsweise ist die Situation für die Jugendlichen deutlich besser und für die Betriebe bereits angespannter. Rechnerisch fehlten in Hessen im Jahr 2011 auf Basis der Daten der Arbeitsverwaltung etwa 4.000 Ausbildungsplätze, um alle an einer dualen Ausbildung interessierten Jugendlichen vermitteln zu können.⁸⁵ Regional betrachtet kam es einzig in Frankfurt am Main erstmals zu einem Überhang an unbesetzten Stellen. Eine für die Jugendlichen vergleichsweise schlechte Ausbildungsmarktsituation zeigt sich weiterhin in Nord- und Mittelhessen. Während 100 Jugendlichen in Südhessen rechnerisch 95 Ausbildungsstellenangebote zur Verfügung stehen, sind es in Mittelhessen 89, in Nordhessen nur 87. Das Stellendefizit hat sich in den vergangenen Jahren zwar stark verringert, könnte jedoch bis 2015 aufgrund der hohen Absolventenzahlen an allgemein bildenden Schulen nochmals ansteigen. Langfristig dürften angesichts des demografischen Wandels auf Seiten der Betriebe die Probleme wachsen, Ausbildungsstellen besetzen zu können. Bereits heute bleiben auch aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung trotz des Bewerberüberhangs insgesamt viele Stellen unbesetzt. Offenbar finden Angebot und Nachfrage nicht immer zusammen bzw. gibt es Passungsprobleme in regionaler, beruflicher und/oder qualifikatorischer Hinsicht. Messbar ist z.B. die starke, auch geschlechtsspezifische, Konzentration der Ausbildungsstellenbewerber auf wenige „Modeberufe“, die ein Grund für den Bewerbermangel in anderen Berufen sein kann. Entsprechend wird das Potenzial der dualen Ausbildung aktuell noch nicht vollständig ausgeschöpft.

Die Ausbildungsbeteiligung der hessischen Betriebe fällt in Hessen – gemessen an der Ausbildungsquote, die den Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten angibt – weiterhin geringer aus als in Deutschland insgesamt. Sie geht zudem tendenziell zurück.

⁸⁵ Vgl. Kuse, S. (2012): S. 71.

Dies trifft auf alle Betriebsgrößenklassen, vor allem aber auf Kleinst- und Kleinbetriebe zu, die bei der Akquise von Auszubildenden benachteiligt scheinen. Seit dem Beginn der Förderperiode 2007-2013 hat sich die Ausbildungsquote bei Kleinstbetrieben von 7,9 % auf 6,6 %, bei Kleinbetrieben von 6,1 % auf 5,7 % verringert.⁸⁶ Der Trend rückläufiger Ausbildungsquoten zeigt sich auch in anderen westdeutschen Bundesländern. Dabei hat sich in Hessen der Anteil der Betriebe mit einer Ausbildungsberechtigung in den vergangenen Jahren nicht entscheidend verringert. Es gibt jedoch mehr Betriebe, die trotz Berechtigung nicht ausbilden. Aktuell bilden etwa 30 % der hessischen Betriebe aus.⁸⁷

Derzeit decken offenbar viele Betriebe ihren Arbeitskräftebedarf konjunkturbedingt mit eher kurzfristiger Perspektive – bei der Vergrößerung der Belegschaft tritt die Ausbildung leicht in den Hintergrund. In vielen Berufsgruppen zeichnet sich aber auch langfristig ein Wandel ab, der zum Teil mit abnehmender Ausbildungsaktivität einhergeht. Im Vergleich mit dem Jahr 2000 sind die Ausbildungsquoten vielfach zurückgegangen, weil mehr Beschäftigte und zugleich weniger Auszubildende gezählt werden. Insbesondere bei Frauen nahmen die Ausbildungsquoten wegen der gegensätzlichen Entwicklung von Beschäftigung und Ausbildung ab. Der für Hessen bedeutsame Logistikbereich bildet dabei eine Ausnahme. Er verzeichnete seit dem Jahr 2000 insgesamt einen Rückgang der Beschäftigung um 6 %, während sich gleichzeitig die Zahl der Auszubildenden deutlich um 130 % erhöht hat. Trotzdem liegt die Ausbildungsquote mit 1,3 % hier weiterhin auf niedrigem Niveau. Der hessenweite Durchschnitt über alle Berufe beträgt 5,2 %. In den ebenfalls als zukunftssträftig angesehenen MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) gingen die Beschäftigtenzahlen im genannten Zeitraum leicht, die Auszubildendenzahlen hingegen deutlich zurück. Dem gegenüberzustellen ist jedoch die diesbezügliche positive Entwicklung im Hochschulbereich (siehe Kapitel 10.7).

Zentraler Bestandteil der Strategie Europa 2020 ist die Mobilität der Bürger im europäischen Bildungs- und Beschäftigungsraum. Durch diese transnationalen Kontakte sollen Auszubildende, Studenten und Beschäftigte ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern. Für den Bereich der beruflichen Ausbildung und auch den der Weiterbildung (siehe Kapitel 10.9) liegen allerdings keine Daten vor, die über das Ausmaß und die Struktur transnationaler Mobilität in Hessen und in den Bundesländern Auskunft geben würden. Es können – wenn überhaupt – lediglich Ausländeranteile, beispielsweise an den Auszubildenden, ausgewiesen werden. Vergleichsweise gut ist die Datenlage zur Mobilität allein im Hochschulbereich.

Ende 2010 wurden in Hessen insgesamt 9.400 ausländische Auszubildende gezählt. Der Ausländeranteil unter den Auszubildenden betrug 9 %, während er in der Bevölkerung der Altersklasse insgesamt ca. 12 % erreicht. Entsprechend nimmt von den Ausländern wei-

⁸⁶ Vgl. Kuse, S. (2012): S. 33.

⁸⁷ Vgl. zu den Daten Nüchter, O. / Larsen, C. (2012): S. 4f. Die Daten werden nicht nach Betriebsgrößenklassen ausgewiesen. Daher kann nicht überprüft werden kann, ob die rückläufige Ausbildungsbereitschaft gerade bei Kleinstunternehmen eventuell darauf zurückzuführen ist, dass diese häufig nicht über die Ausbildungsberechtigung verfügen.

terhin ein vergleichsweise kleiner Teil eine duale Berufsausbildung auf. Der seit 1993 beobachtete Trend einer abnehmenden Zahl ausländischer Auszubildender scheint jedoch nach vier Jahren zumindest leichter Zunahmen beendet. Auch das Verhältnis der Zahl der Berufsschüler mit einem Ausbildungsvertrag zur Gesamtzahl der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen der letzten drei Jahre – im Bericht Berufsausbildung in Hessen 2012 als duale Übergangsquote bezeichnet – ist in den vergangenen Jahren wieder deutlich gestiegen, was auf die verbesserte Schulbildung zurückzuführen sein kann.⁸⁸ Aktuell beträgt die Quote aber noch geringe 49 %, bei Deutschen 62 %. Auch bei anderen Personengruppen mit einer Migrationsgeschichte – Personen, die als Deutsche in die Statistiken eingehen und daher nicht mehr statistisch identifizierbar sind – sind Potenziale in Bezug auf die Aufnahme von dualen Berufsausbildungen zu vermuten.⁸⁹

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich für Jugendliche die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Hessen stark verbessert hat. Die Potenziale der dualen Ausbildung werden aber weiterhin nicht vollständig genutzt. Insbesondere in Nord- und Mittelhessen gibt es aus Sicht der Jugendlichen zu wenig Ausbildungsstellen. Dabei zeigen insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe eine sinkende Ausbildungsbereitschaft. In Südhessen kommt es vermehrt zu dem Problem, dass das Angebot und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen offenbar nicht immer zueinander finden oder passen. Potenziale bieten auch im Bereich duale Ausbildung Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. einem Migrationshintergrund, die vergleichsweise selten eine Berufsausbildung aufnehmen.

10.5 Ausbildungsabbrüche

Die Quantifizierung von (endgültigen) Ausbildungsabbrüchen ist nicht möglich. In der Berufsbildungsstatistik werden nur Vertragslösungen erfasst, die sich in vielerlei Hinsicht von (negativ zu wertenden) Ausbildungsabbrüchen unterscheiden: Ursache der Vertragslösungen können neben Ausbildungsabbrüchen im engeren Sinne ein Ausbildungsplatzwechsel sein, der Konkurs eines Betriebes, Betriebsschließungen oder auch nur die Änderung der Rechtsform eines Ausbildungsbetriebs. Dennoch werden in Deutschland Vertragslösungen als Indikator für Ausbildungsabbrüche genutzt.

88 Die schulische Vorbildung der Jugendlichen hat weiterhin einen erheblichen Einfluss auf die Chancen, einen Ausbildungsvertrag zu erhalten: Von den Berufsschülern mit (Fach-)Hochschulreife haben in den vergangenen Jahren nahezu alle einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, Hauptschulabsolventen hingegen nur zu rund 70 %. Schulabbrecher besuchen an Berufsschulen in der Mehrzahl nur eine Maßnahme des Übergangsbereichs (65 %). Je niedriger der Schulabschluss desto eher sind Männer gegenüber Frauen und Deutsche gegenüber Ausländern hinsichtlich der Chancen, einen Ausbildungsvertrag zu erhalten, im Vorteil. Bei den Auszubildenden mit hoher schulischer Vorbildung differiert die Ausbildungsvertragssituation hingegen – wenn überhaupt – nur noch leicht hinsichtlich Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Vgl. Kuse, S. (2012), S. 42f.

89 Die einzige Datenquelle zum Migrationshintergrund ist derzeit der Mikrozensus, der aufgrund des geringen Stichprobenumfangs aber regelmäßig nicht hinreichend nach den hier interessierenden Merkmalen ausgewertet werden kann. Er gibt keinen Aufschluss über das berufliche Übergangsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund. Es kann lediglich das berufliche Bildungsniveau ausgewertet werden, das bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt niedriger ausfällt als Personen ohne Migrationshintergrund.

Im Zeitraum 2000 bis 2011 ist die Zahl der Vertragslösungen zwar um 4 % auf aktuell 10.010 Verträge gesunken – die Vertragslösungsquote hat sich jedoch von 8,4 % auf 8,8 % leicht erhöht (siehe folgende Tabelle). Tiefststand war 2005 mit 6,5 %, so dass die Vertragslösungsquote auch im Laufe der Förderperiode 2007-2013 tendenziell angestiegen ist.⁹⁰ Insofern besteht nach wie vor Handlungsbedarf, um die EU-Forderung nach einer Reduzierung der Abbruchquoten zu erfüllen.

Tabelle 43: Vertragslösungen in Hessen 2000 - 2011 nach Zuständigkeitsbereichen

Jahr	Vertragslösungen													
	insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Landwirtschaft		Öffentlicher Dienst		Freie Berufe		in der Probezeit	
	absolut	Quote in %	absolut	Quote in %	absolut	Quote in %	absolut	Quote in %	absolut	Quote in %	absolut	Quote in %	absolut	in %
2000	10.400	8,4	4.567	7,1	4.415	11,0	198	9,2	136	3,0	982	9,0	2.434	23,4
2005	7.301	6,5	3.928	6,2	2.498	7,7	190	9,4	98	2,2	587	6,0	1.748	23,9
2006	7.908	6,9	4.520	6,8	2.463	7,6	186	9,0	114	2,6	625	6,9	2.010	25,4
2007	8.444	7,3	5.239	7,5	2.212	7,1	232	10,3	86	2,1	675	7,6	2.638	31,2
2008	9.550	8,0	5.468	7,6	3.178	9,7	239	10,4	85	2,2	580	6,6	2.942	30,8
2009	9.290	7,9	5.220	7,4	3.116	9,7	248	11,0	75	1,9	631	7,1	2.661	28,6
2010	9.535	8,3	5.413	7,9	3.059	9,7	228	10,4	82	2,2	753	8,4	2.937	30,8
2011	10.010	8,8	5.816	8,5	3.132	10,2	204	9,4	113	3,1	745	8,5	3.297	32,9

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Berechnungen der Hessen Agentur, Erhebung zum 31.12.

Differenziert nach Zuständigkeitsbereichen fiel die Vertragslösungsquote im Jahr 2011 im Handwerksbereich mit 10,2 % am größten aus. Der größte Anteil der Vertragslösungen (56 %) fand 2011 im ersten Ausbildungsjahr statt. 29 % folgen im zweiten Ausbildungsjahr, 14 % im dritten Ausbildungsjahr und nur noch ein geringer Anteil von 1 % im vierten Ausbildungsjahr. Vertragslösungen innerhalb der Probezeit erscheinen weniger problematisch, weil sie beiden Ausbildungspartnern die Möglichkeit eröffnen, frühzeitig nach einer anderen beruflichen Option zu suchen bzw. die Ausbildungsstelle neu zu besetzen. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass sich der Anteil der Vertragslösungen in der Probezeit gegenüber dem Jahr 2000 erhöht hat (33 % gegenüber 23 %).

Obwohl die Vertragslösungsquoten in Hessen etwas geringer ausfielen als im Bund insgesamt, muss im Ergebnis konstatiert werden, dass sie trotz der Verbesserung der Aus-

⁹⁰ Ergebnis der Berufsbildungsstatistik zum 31.12.2011. Vgl. <http://www.hsl.de> (download: 14. August 2012). Die Vertragslösungsquote berechnet die wissenschaftliche Begleitung zum hessischen ESF-kofinanzierten Programm QuABB (Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb) als Quotient der Zahl der gelösten Ausbildungsverträge in einem Berichtsjahr zur Zahl der Auszubildenden (Stichtag 31.12. eines Jahres) zuzüglich der Anzahl der gelösten Ausbildungsverträge im jeweiligen Berichtsjahr (Stichtag 31.12. eines Jahres). Vgl. Werner, B. / Schippers, B. (2011), S. 10f.

bildungsmarktlage noch nicht zufrieden stellend gesenkt werden konnten.⁹¹ Es gibt Hinweise darauf, dass eine berufspädagogische Begleitung von Jugendlichen während der Ausbildung dazu beitragen kann, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.⁹²

10.6 Erfolgreich bestandene Abschlussprüfungen

Um nachzuweisen, dass sie die für die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten in ihrer Ausbildung erworben haben, müssen Auszubildende eine Abschlussprüfung absolvieren.⁹³ In Hessen haben im Jahr 2010 rund 36.200 Auszubildende an einer Abschlussprüfung teilgenommen, darunter befanden sich etwa 43 % weibliche Auszubildende. Insgesamt wurde die Prüfung von 32.300 Prüflingen bzw. 89 % der Teilnehmer erfolgreich absolviert. 7,4 % der Absolventen besaßen keine deutsche Staatsbürgerschaft. Im Vergleich zum Jahr 2008 hat die Anzahl der Teilnehmer an den Abschlussprüfungen um etwa 2.500 Prüflinge zugenommen. Um einen Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt durchzuführen, wird auf die Erfolgsquote I zurückgegriffen. Hierbei handelt es sich um eine teilnahmebezogene Erfolgsquote, die verdeutlicht, wie viele aller durchgeführten Abschlussprüfungen erfolgreich waren.⁹⁴ In Hessen betrug die Erfolgsquote I im Jahr 2010 89,0 % und lag damit knapp unter der Erfolgsquote der beiden Vorjahre (90,0 %) sowie leicht unter der deutschen Erfolgsquote I (89,4 %) aus dem Jahr 2010. Die Betrachtung der Zuständigkeitsbereiche dokumentiert, dass die Bereiche Industrie und Handel (89,9 %), öffentlicher Dienst (96,8 %) sowie die freien Berufe (91,2 %) über dem hessischen Durchschnitt lagen. Auffällig war der Bereich Landwirtschaft, der mit 82,4 % zwar etwas unter der deutschen Erfolgsquote I (83,2 %) lag, sich aber im Vergleich zur Erfolgsquote I 2008 um 9 Prozentpunkte verbessern konnte. Der hessische Prüfungserfolg war außerdem in den Bereichen freie Berufe sowie Industrie und Handel geringer als der deutsche.

10.7 Entwicklung des Hochschulbereichs

Zu Beginn der Förderperiode 2007-2013 lag die Zahl der Studienanfänger in Hessen (erstes Fachsemester – Sommer- und Wintersemester) bei rund 40.000 Personen, im Jahr 2011 bereits bei rund 63.000 Personen.⁹⁵ Das bedeutet ein Plus von rund 58 % in fünf Jahren. Zu der Entwicklung dürften die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2008/2009 und die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beigetragen ha-

91 Vgl. zu den Vertragslösungsquoten Hessens im Bundesvergleich Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Bundesinstitut für Berufsbildung (2012), S. 168ff.

92 Vgl. z.B. die Studie Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009).

93 Vgl. BBiG § 38 / HwO § 32).

94 Die Erfolgsquote I errechnet sich durch die Division der Anzahl der im Berichtsjahr bestandenen Abschlussprüfungen durch die Anzahl aller im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen (einschließlich der Wiederholungsprüfungen = Prüfungsfälle).

95 Vgl. zu den Studentenzahlen Hessisches Statistisches Landesamt: Die Studenten an den Hochschulen in Hessen. In den Zahlen der Studierenden im 1. Fachsemester sind auch Studierende enthalten, die dieses Studium im Rahmen eines Zweitstudiums absolvieren.

ben. Der Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist in Hessen langfristig von 35 % im Jahr 2000 auf 53 % im Jahr 2010 gestiegen.⁹⁶ Nur die deutschen Stadtstaaten weisen noch höhere Anteile auf. Die Studienanfängerquote der Männer entwickelte sich etwas günstiger als diejenige der Frauen und übertrifft diese weiterhin leicht (55 % gegenüber 51 %). In anderen Flächenstaaten ist es meist umgekehrt. Zu einer unterschiedlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kam es insbesondere im Jahr 2010.

Unter den Studienanfängern in Hessen waren im Jahr 2011 rund 15 % Ausländer. Der Anteil hat sich im langjährigen Vergleich nicht nennenswert verändert. Seit dem Beginn der Förderperiode 2007-2013 ist zwar die absolute Zahl der Bildungsausländer bzw. der Personen, die eine Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. am Studienkolleg o. ä. erworben haben, deutlich gestiegen. Der Anteil an allen ausländischen Studienanfängern liegt jedoch ebenfalls nahezu unverändert bei 69 %.⁹⁷

Für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze sind akademische Berufe im Bereich der Forschung und der Entwicklung neuer Produkte bedeutend. Es sind dies insbesondere die Ingenieurwissenschaften und die Naturwissenschaften. Werden als MINT-Berufe die Fächergruppen „04 Mathematik, Naturwissenschaften“ und „08 Ingenieurwissenschaften“ der Hochschulstatistik zusammengefasst, so lag die Zahl der MINT-Studienanfänger an Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und auch Berufsakademien 2011 bei insgesamt rund 26.000 Personen. Somit begannen 41 % aller Studienanfänger im 1. Fachsemester ein MINT-Studium. Auf Bundesebene beträgt der Anteil 38 %.⁹⁸

Im langfristigen Vergleich hat die Bedeutung der akademischen MINT-Berufe zugenommen. Im Jahr 2000 hatten sie noch einen Anteil von 32 % an den Studienanfängern insgesamt. Die Zahl der MINT-Studierenden stieg seither um 75 %. Auch die Zahl der erfolgreich bestandenen Abschlussprüfungen hat sich seit dem Jahr 2000 deutlich um 86 % auf rund 9.200 erhöht.⁹⁹ Die Geschlechterproportionen im MINT-Bereich haben sich in dem Zeitraum nur geringfügig verändert. Von den Studienanfängern und den Absolventen sind aktuell 31 % weiblich.¹⁰⁰

Die folgende Tabelle stellt die Studienwahl in Hessen in den Wintersemestern 2002 und 2012 gegenüber.

96 Studienanfänger nach Bundesland des Studienortes. Vgl. Statistisches Bundesamt (2012): S. 123ff.

97 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (2012): S. 22ff. Rund 64 % der Jugendlichen, die eine Berechtigung zu einem Studium in Hessen erworben haben, verblieben 2011 auch zum Studium in Hessen. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (2011). Bildungsausländer haben die Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben.

98 Vgl. die Zahl der Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester nach Fächergruppen unter <https://www.destatis.de> (download: 15. August 2012).

99 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Die Studenten an den Hochschulen in Hessen. Zusammengefasst wurden Absolventen aus den folgenden Bereichen: Grundständiges Erststudium, Grundständiges Zweitstudium, Konsekutives Masterstudium, Aufbaustudium, Ergänzungs-/Erweiterungsstudium, Weiterbildungsstudium. Nicht berücksichtigt sind erfolgreiche Abschlüsse eines Promotionsstudiums.

100 Aktuell beginnen 28 % der weiblichen Studienanfänger ein MINT-Studium – 2002 waren es 22 %.

Tabelle 44: Entwicklung der Zahl der Studierenden in Hessen 2001/2002 bis 2011/2012 nach Fächergruppen (jeweils Wintersemester)

Studierende	2001/02		2011/12		Veränderung 2012/2002 in %
	Absolut	in %	Absolut	in %	
Studierende insgesamt	156.414	100,0	208.887	100,0	33,5
01 Sprach- und Kulturwissenschaften	29.353	18,8	36.427	17,4	24,1
02 Sport	2.734	1,7	3.026	1,4	10,7
03 Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	49.918	31,9	61.272	29,3	22,7
04 Mathematik, Naturwissenschaften	27.825	17,8	39.928	19,1	43,5
05 Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	8.623	5,5	13.108	6,3	52,0
06 Veterinärmedizin	1.638	1,0	1.433	0,7	- 12,5
07 Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	3.769	2,4	5.876	2,8	55,9
08 Ingenieurwissenschaften	26.750	17,1	41.016	19,6	53,3
09 Kunst, Kunstwissenschaft	5.804	3,7	6.801	3,3	17,2

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt; Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2011/12, Berechnungen der Hessen Agentur.

Grundsätzlich ist eine hohe Konstanz erkennbar. So steht weiterhin der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften vor dem Studienbereich Maschinenbau bei den Studierenden ganz oben auf der Beliebtheitsskala. Auch zwischen den Geschlechtern haben sich die Unterschiede im Hinblick auf die Präferenzen der Studienbereiche nur wenig verändert.

In den vergangenen Jahren hat sich die Erfolgsquote der Studierenden stetig erhöht. Waren von den Studierenden, die sich 1999 eingeschrieben hatten, noch rund 71 % erfolgreich, so waren es beim Jahrgang 2002 bereits 76 %. Dieser Wert liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt von 75 %. In Bayern und insbesondere Baden-Württemberg wurden allerdings noch höhere Erfolgsquoten von über 80 % erreicht.¹⁰¹

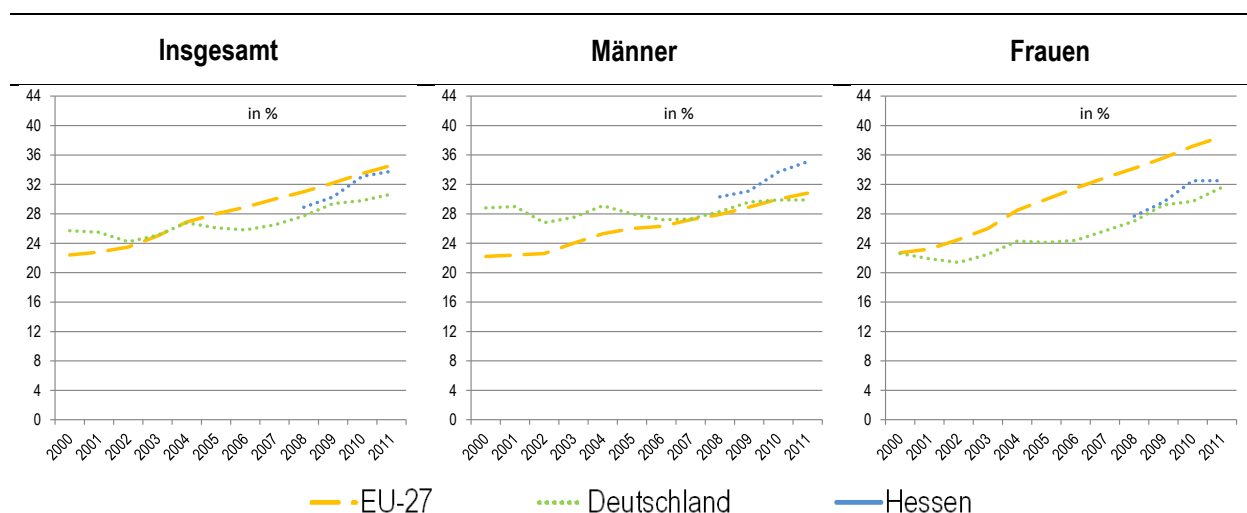
Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass sich der Hochschulbereich in Hessen insgesamt und auch in Bezug auf die im Fokus der Fachkräftesicherung stehenden Fächergruppen (z.B. MINT-Berufe) sehr positiv entwickelt hat. Potenziale bietet die Gewinnung von Frauen, Ausländern und Bildungsausländern für ein Studium in Hessen. Zudem erscheint eine Erhöhung der Erfolgsquoten der Studierenden grundsätzlich möglich. Mit wachsender Bedeutung des Hochschulbereichs rückt der Übergang von der Hochschule in die Arbeitswelt in den Fokus. Denn ein Vorteil des dualen Systems liegt in der betrieblichen Sozialisation und der Praxisnähe der Ausbildung. Dies ist bei Ausweitung des Hochschulbereichs ebenfalls sicherzustellen.

¹⁰¹ Ein direkter Ausweis des Anteils der erfolgreichen Studierenden ist nicht möglich. Unter Einbeziehung des Merkmals des Jahres der Ersteinschreibung sind jedoch über einen Summenvergleich der Studienanfänger und Absolventen Aussagen zum Anteil der erfolgreichen Studierenden möglich. Erfolg ist dabei als Erwerb eines ersten Hochschulabschlusses definiert. Unberücksichtigt bleibt bspw., mit welcher Note das Studium beendet wurde. Vgl. Statistisches Bundesamt (2012a), S. 3.

10.8 Personen mit Hochschulausbildung oder gleichwertigem Abschluss der Altersklasse 30 bis 34 Jahre

Im langjährigen EU-27-, Deutschland- und Hessenvergleich auf Basis von Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union hat sich der Bevölkerungsanteil der 30- bis 34-Jährigen, die einen Hochschulabschluss haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, wie folgt entwickelt:¹⁰²

Abbildung 52: Personen mit Hochschulausbildung der Altersklasse 30 - 34 Jahre



Quelle: Eurostat.

In Hessen – hier liegen erst seit 2008 Daten vor –, in Deutschland und auch in der EU insgesamt ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen der Anteil der Personen mit Hochschulausbildung in der Bevölkerung deutlich angestiegen. Hessen übertrifft mit 33,8 % den Bundesdurchschnitt, bleibt insgesamt jedoch marginal hinter dem der EU-27 von 34,6 % zurück. Auffällig ist, dass die Frauen in Hessen einen geringeren Anteil an Hochschulabsolventen erreichen. Der Anteil ist im Bundesvergleich nur leicht überdurchschnittlich, im EU-Vergleich mit 32,5 % hingegen stark unterdurchschnittlich.

¹⁰² Nach der International Standard Classification of Education (ISCED) entspricht ein tertiärer Abschluss den Niveaus 5A und 6. Die Zielvorgabe wird ergänzt um „gleichwertige Aus- und Weiterbildung“ auf ISCED-Niveau 5B. Für das Nationale Reformprogramm 2012 wurden Bundeswerte durch das Statistische Bundesamt unter Einbezug auch der ISCED-Stufe 4 (z.B. Abschluss einer Lehre) errechnet. Dadurch liegt der entsprechende Anteil in Deutschland bereits 2011 bei 41,3% und somit nahe am Zielwert (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012), S. 11). Diesem Vorgehen wird hier aus mehreren Gründen nicht gefolgt: Allein die Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union erlauben einen EU-Vergleich. Das Amt berechnet den „Anteil der Personen mit Hochschulausbildung oder gleichwertigem Abschluss der Altersklasse 30 bis 34 Jahre an der Bevölkerung der Altersklasse“ aber nur auf Basis der ISCED-Niveaus 5A, 5B und 6.

Bis 2020 sollen auf EU-27-Ebene mindestens 40 %, in Deutschland mindestens 42 % der 30- bis 34-Jährigen einen tertiären Abschluss besitzen. Die Zielvorgaben werden somit zwar jeweils noch deutlich verfehlt. Wenn die Wachstumstendenzen jedoch unterstützt etwa durch einen Ausbau des Hochschulwesens anhalten und vorhandene Potenziale genutzt werden, könnten sie bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht werden. Auch angesichts der steigenden Abiturienten- und Studierendenzahlen hat Hessen dafür eine günstige Ausgangslage.

Tabelle 45: Erreichung des Kernziels einer Erhöhung des Anteils der Personen mit Hochschulausbildung in Hessen

Erreichung des Ziels Europa 2020: Erhöhung des Anteils der Personen mit Hochschulausbildung oder gleichwertigem Abschluss an allen Personen (Alter 30-34 Jahre) auf mindestens 42 %					
34,6 %	30,7 %	33,8 %	--	--	--
Stand Europa (Jahr 2011)	Stand Deutschland (Jahr 2011)	Stand Hessen (Jahr 2011)	Kassel	Darmstadt	Gießen
			Stand Regierungsbezirke (Jahr 2011)		

Quelle: Eurostat

10.9 Entwicklung des Sektors Weiterbildung in Hessen

Die hessischen Unternehmen stehen national und international im Wettbewerb sowie vor vielfältigen neuen Herausforderungen. Einen entscheidenden Wettbewerbsfaktor stellt die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar. Hinzu kommt, dass der demografische Wandel und eine damit einhergehende Verlängerung der Lebensarbeitszeit den Bedarf der Unternehmen an Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen dürften. Lebenslanges Lernen gewinnt an Bedeutung.

Für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die zukünftige Leistungsfähigkeit der hessischen Wirtschaft, die zu einem erheblichen Teil durch Unternehmen kleiner und mittlerer Größe gebildet wird, ist daher das Engagement in der beruflichen Weiterbildung von hoher Bedeutung. Zu den Herausforderungen der Beschäftigungspolitik gehört es, Betriebe und Beschäftigte für das Erfordernis fortwährender Weiterbildung zu sensibilisieren, sie bei der Realisierung von Qualifizierungsmaßnahmen zu beraten und zu unterstützen.

Eine Auswertung des IAB Betriebspanels 2011 für Hessen¹⁰³ zeigt, dass in den vergangenen Jahren sowohl die Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe als auch die so genannte Weiterbildungsquote, also der Anteil der von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

¹⁰³ Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (2012): Fachkräftesicherung durch Aus- und Weiterbildung. Zwischenbilanz zu 10 Jahren IAB-Betriebspanel Hessen. Frankfurt am Main.

profitierenden Beschäftigten, zugenommen haben. So förderte im 1. Halbjahr 2011 mehr als jeder zweite hessische Betrieb (59 %) Weiterbildung, stellte Beschäftigte für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen frei und/oder finanzierte solche Maßnahmen.

Die Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe fiel damit im Vergleich zu Westdeutschland (52 %¹⁰⁴) etwas höher aus. Insgesamt wurde im 1. Halbjahr 2011 über ein Viertel aller Beschäftigten durch betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen gefördert. Allerdings variiert das Weiterbildungsengagement nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenstruktur. Eine unterdurchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe ist für den Handel, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen und vor allem für das Verarbeitende Gewerbe sowie das Baugewerbe festzustellen, während in den übrigen Dienstleistungsbereichen und in der öffentlichen Verwaltung sowie bei Organisationen ohne Erwerbszweck die Weiterbildungsbeteiligung tendenziell höher ausfällt. In Bezug auf die Betriebsgrößenstruktur lässt sich festhalten, dass sich der Anteil an weiterbildenden Betrieben mit steigender Betriebsgröße erhöht. So lag dieser Wert im 1. Halbjahr 2011 bei den Großbetrieben bei 96 %, während nur 51 % der Kleinbetriebe Weiterbildungsmaßnahmen förderten. Im betrachteten Zeitraum war die Weiterbildungsquote in Mittel- und Großbetrieben (26 % bzw. 20 %) geringer als in Kleinst- und Kleinbetrieben (33 % bzw. 34 %), in denen ein höherer Anteil aller Beschäftigten von Weiterbildungsmaßnahmen profitierte.

Tabelle 46: Entwicklung des Anteils geförderter Beschäftigter an allen Beschäftigten nach Betriebsgröße in Hessen

Betriebsgröße	2001	2007	2011
1 bis 9 Beschäftigte	14 %	21 %	33 %
10 bis 49 Beschäftigte	18 %	23 %	34 %
50 bis 249 Beschäftigte	19 %	22 %	26 %
250 und mehr Beschäftigte	23 %	22 %	20 %

Quelle: Nüchter, Larsen (2012): IAB-Betriebspanel 2001-2011, S. 21.

Der für die vergangenen Jahre verzeichnete Zuwachs an Weitergebildeten ist vor allem auf das Weiterbildungsengagement kleinerer Betriebe zurückzuführen.¹⁰⁵ Neben der Wirtschaftsstruktur können regionale Unterschiede im Weiterbildungsengagement auch andere Ursachen wie beispielsweise das Arbeitskräfteangebot oder lokale Weiterbildungsangebote haben.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Anzumerken ist, dass die Weiterbildungsbeteiligung für Deutschland insgesamt nach der CVTS3-Erhebung (Continuing Vocational Training Survey) zum Berichtsjahr 2005 mit 69 % (EU-27 60 %) der Unternehmen deutlich größer ausfällt. Dies dürfte wesentlich auf Erhebungsunterschiede zurückzuführen sein, beispielsweise auf eine fehlende Berücksichtigung von Kleinstunternehmen im Rahmen der CVTS-Erhebung.

¹⁰⁵ Vgl. Nüchter, O.; Larsen, C. (2012): S. 16ff.

¹⁰⁶ Vgl. Baden, C.; Heid, S.; Schmid, A. (2011): S. 161ff.

10.10 Lebenslanges Lernen

Die Teilnahmequote von Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung kann als Indikator für lebenslanges Lernen herangezogen werden. Nach Angaben von Eurostat (EU Labour Force Survey)¹⁰⁷ übertraf im Jahr 2011 die Teilnahmequote von Erwachsenen an allgemeiner und beruflicher Bildung für Hessen diejenige Deutschlands und der EU, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist. Die Beteiligung von Männern und Frauen unterschied sich dabei hessenweit nur geringfügig. Innerhalb Hessens zeichnet sich insbesondere der Regierungsbezirk Gießen durch eine hohe Teilnahmequote an allgemeiner und beruflicher Bildung aus.

Tabelle 47: Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 - 64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung im Jahr 2011

Region	insgesamt	davon:	
		männlich	weiblich
EU-27	8,9%	8,2%	9,6%
Deutschland	7,8%	7,9%	7,7%
Hessen	9,5%	9,6%	9,5%
RB Darmstadt	9,3%	9,5%	9,2%
RB Gießen	11,4%	11,5%	11,4%
RB Kassel	8,6%	8,5%	8,8%

Quelle: Eurostat (EU Labour Force Survey).

Die Grundlage für die Teilnahme am lebenslangen Lernen bildet die Fähigkeit des Lesens und Schreibens. Funktionale Analphabeten können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, zusammenhängende Texte wie beispielsweise eine schriftliche Arbeitsanweisung, Behördenbriefe oder Bücher verstehen sie jedoch nicht. Daher ist diesen Menschen auch eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Die Zahl der funktionalen Analphabeten beträgt in Deutschland etwa 7,5 Mio. beziehungsweise 14 % der erwerbsfähigen Bevölkerung.¹⁰⁸ Für Hessen liegen keine Daten vor.¹⁰⁹ Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sich der Anteil der Analphabeten an der erwerbsfähigen Bevölkerung in Hessen wesentlich von dem im Bund unterscheidet. Vor diesem Hintergrund zeigt sich auch in Hessen im Bereich der Alphabetisierung Handlungsbedarf.

¹⁰⁷ In Deutschland werden die Daten des EU Labour Force Survey im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Im Vergleich zum IAB Betriebspanel ist anzunehmen, dass Privatpersonen ihre Weiterbildungsaktivitäten anders beurteilen als Betriebe. Durch die Altersbeschränkung für die Daten des EU Labour Force Survey entfallen gegenüber dem IAB Betriebspanel zudem Aktivitäten jüngerer Bevölkerungsschichten, beispielsweise in engem Zusammenhang mit deren Ausbildung.

¹⁰⁸ Vgl. Grotlüschen, Anke; Riekman, Wibke (2011): leo. – Level-One-Studie. Kurzbericht, Universität Hamburg.

¹⁰⁹ Vgl. Kleine Anfrage der Abg. Monika Lentz vom 03.09.2012 betreffend Analphabetinnen und Analphabeten in Hessen und Antwort der Kultusministerin (Hessischer Landtag 2012).

Eine Risikogruppe in Bezug auf die Arbeitsmarktlage, Armutsgefährdung, die Teilnahme am lebenslangen Lernen etc. dürften auch (bildungsferne) An- und Ungelernte bzw. Personen ohne Berufsabschluss und akademischen Abschluss bilden. In der Altersklasse 20 bis unter 60 Jahre handelt es sich in Hessen um rund 400.000 Erwerbspersonen.¹¹⁰ Viele dieser An- und Ungelernten – ca. 60 Tsd. Personen bzw. 15 % – sind erwerbslos, was ihre vergleichsweise schlechte Arbeitsmarktlage indiziert. Rund 50 % weisen einen Migrationshintergrund auf, während der Migrantenanteil an den Erwerbspersonen der Altersklasse insgesamt nur ca. 25 % erreicht. Der Ausländeranteil beträgt rund 35 %, was auch mit der fehlenden Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses zusammen hängen kann. Problematisch ist, dass fast zwei Drittel der Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss auch keinen allgemeinbildenden Schulabschluss bzw. nur einen Hauptschulabschluss besitzen, so dass die Möglichkeiten zu (Nach-)Qualifizierungen bereits aufgrund von Zulassungsvoraussetzungen eingeschränkt sind. Ein weiteres wesentliches Hemmnis für Nachqualifizierungen stellen nach Ansicht von Experten unzureichende Beratungsstrukturen dar. Die bestehenden Beratungseinrichtungen – z.B. die Agenturen für Arbeit bzw. Grundsicherungsstellen oder die Kammern – sind für viele An- und Ungelernte nicht (primär) zuständig und für die Aufgaben personell und finanziell unzureichend ausgestattet.¹¹¹

Der demografische Wandel und die damit einhergehenden Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung haben mittel- bis langfristig erhebliche Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und auch auf die Märkte für öffentliche sowie private Güter und Dienstleistungen. Um – auch international – konkurrenzfähig zu bleiben, müssen in Hessen ein Weiterbildungsbewusstsein und entsprechende Weiterbildungsangebote entwickelt werden.

110 Ergebnisse des Mikrozensus. Vgl. Frings, K. / Kuse, S. (2011): S. III. In die Altersklasse 25 bis unter 60 Jahre fallen nach Ergebnissen des Mikrozensus 2011 rund 340.000 Erwerbspersonen, in die Altersklasse 28 bis unter 60 Jahre rund 310.000 Erwerbspersonen und in die Altersklasse 30 bis unter 60 Jahre noch rund 300.000 Erwerbspersonen. Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (2011).

111 Vgl. Frings, K. / Kuse, S. (2011): S. VI.

11 Arbeitsmarkt und soziale Eingliederung (Ziele 8 und 9)

Die Betrachtung des hessischen Arbeitsmarktes und der sozialen Eingliederung steht in Bezug zu den thematischen Zielen 8 „Förderung von Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte“ sowie 9 „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ (gemäß Artikel 9 der Allgemeinen VO).¹¹² Die Ziele sind nach bestimmten Investitionsprioritäten aufgegliedert, die im Folgenden für Hessen und den Vergleich zu Deutschland sowie der EU anhand entsprechender Indikatoren aufgearbeitet sind.

11.1 Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen

Nach den Zielen der Europäischen Beschäftigungsstrategie sollen bis 2020 75 % der 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer in Arbeit stehen, indem insbesondere junge Menschen, ältere Arbeitnehmer und gering qualifizierte Arbeitskräfte intensiver am Erwerbsleben beteiligt und legale Migranten besser integriert werden. Die Ziele für Deutschland sehen die Erreichung einer Beschäftigungsquote von durchschnittlich 77 % der 20- bis 64-Jährigen vor, wobei die Erwerbstätigenquote von Frauen 73 % erreichen soll.

Das Ziel einer **Beschäftigungsquote**¹¹³ der 20- bis 64-Jährigen von durchschnittlich 77 % ist nach den Auswertungen der europäischen statistischen Grundlage im Durchschnitt in Hessen bereits 2011 umgesetzt. Die Beschäftigungsquote erreicht in Hessen 77,1 % und liegt damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 76,3 % und dem EU-27-Durchschnitt von 68,6 %. Innerhalb von Hessen ist der Indikator unterschiedlich ausgeprägt. Die Beschäftigungsquote ist im Regierungsbezirk Darmstadt mit 77,4 % am höchsten, dicht gefolgt vom Regierungsbezirk Kassel mit 77,2 % und dem Regierungsbezirk Gießen mit 75,7 %. Damit sind die Regierungsbezirke in der vergangenen Förderperiode enger zusammengerückt, die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen sind abgeschmolzen. Insbesondere der Regierungsbezirk Kassel hat im Hinblick auf die Beschäftigungsquote einen deutlichen Aufholprozess vollzogen. Die Quote lag im Jahr 2000 noch bei 68,6 % und ist bis 2011 um 8,6 Prozentpunkte gestiegen.

Insgesamt zeigen der gesamtdeutsche wie auch der hessische Arbeitsmarkt eine bemerkenswert positive Dynamik in den vergangenen Jahren, die Zahl der Erwerbstätigen ist im Zeitraum 2000 bis 2011 bundesweit um 8,3 % gestiegen. Dieser Trend hat sich auch 2012 fortgesetzt, wenngleich mit abgeschwächter Dynamik.¹¹⁴ Damit hat der deutsche Arbeitsmarkt die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden, was auch auf die eingeführte Sonderregelung bei der Gewährung von Kurzarbeitergeld zurückzuführen ist.¹¹⁵ In

112 Vgl. COM (2012): 496.

113 Im europäischen Kontext wird die Erwerbstätigenquote üblicherweise als Beschäftigungsquote bezeichnet.

114 Stand August 2012.

115 Vgl. Werner, B. (2011): Kurzarbeit in Hessen, Wiesbaden.

Hessen ist es gelungen, viele Menschen in Beschäftigung zu bringen und das Kernziel des nationalen Programms bereits zu erreichen. Diesen Erfolg gilt es auch in den kommenden Jahren zu halten und in allen Regionen – insbesondere im Regierungsbezirk Gießen, in dem bislang mit 75,7 % die Zielmarke noch nicht gänzlich erreicht ist – gleichermaßen zu etablieren.

Tabelle 48: Erwerbstätigkeit 2000 und 2011

Region	Erwerbstätige (15- bis 65-Jährige)		Erwerbstätigenquote 20- bis 64-Jährige	
	2011 in 1.000 Personen	Veränd. 2000/2011 in %	2000 in %	2011 in %
EU-27	213.585	+11,6	66,5	68,6
Deutschland	38.979	+8,3	68,7	76,3
Hessen	2.941	+8,8	70,3	77,1
RB Darmstadt	1.859	+8,5	71,4	77,4
RB Gießen	497	+10,1	68,5	75,7
RB Kassel	585	+8,8	68,6	77,2

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012), Berechnungen der Hessen Agentur.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch bei den **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**. Dies ist in besonderer Weise hervorzuheben, da sich in den zurückliegenden Jahren der Zuwachs an Beschäftigung häufig nur auf geringfügige Beschäftigung gründete, für die Arbeitnehmer keine eigenen Beiträge in die Sozialversicherung abführen und auch keine bzw. nur geringe Leistungsansprüche entstehen. Seit 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen um 6,9 % gewachsen und erreicht damit einen Höchststand. Der Verlauf im Bundesdurchschnitt ist ähnlich und erreicht mit einem Wachstum um 8,4 % eine noch höhere Dynamik. Im Regierungsbezirk Kassel entwickelte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung besonders positiv, das Wachstum seit 2005 lag bei über 10 %.

Tabelle 49: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 2000

Region	2000-2005		2005-2011		2000-2011	
	absolut	relativ (%)	absolut	relativ (%)	absolut	relativ (%)
Deutschland	-1.647.358	-5,9	2.203.077	+8,4	555.719	+2,0
Hessen	-85.157	-3,9	143.887	+6,9	58.730	+2,7
RB Darmstadt	-53.757	-3,7	81.704	+5,8	27.947	+1,9
RB Gießen	-13.420	-4,3	24.045	+8,0	10.625	+3,4
RB Kassel	-18.078	-4,6	38.138	+10,1	20.060	+5,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik (Stand: Mai 2012), Berechnungen der Hessen Agentur.

Auch im Regierungsbezirk Gießen stieg die Zahl der Beschäftigten mit rund 8 % stärker als im hessischen Durchschnitt. Die folgende Tabelle verdeutlicht jedoch, dass die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erst im Jahr 2005 einsetzte. Davor entwickelte sich die Anzahl rückläufig.

Dem Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 2000 bis 2005 stand eine erhebliche Ausweitung im **geringfügig entlohnten Beschäftigungssegment** gegenüber. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen um rund 85.000 Personen zurückging, wuchs die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im gleichen Zeitraum um rund 40.000 Personen (siehe folgende Tabelle).

Seit 2005 ist eine Umkehrung dieser häufig kritisch beurteilten Entwicklung zu beobachten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weist starke Zuwächse auf, die von einer vergleichsweise schwachen Dynamik bei ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten begleitet war. Gleichzeitig entstand ein Zuwachs bei den geringfügig entlohnten Beschäftigten im Nebenjob, deren Anteil von rund 27 % auf rund 34 % an allen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gestiegen ist. Dieser Trend zeigt sich besonders stark in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen, etwas weniger ausgeprägt im Regierungsbezirk Darmstadt. Insgesamt entspricht die hessische Entwicklung damit dem Bundestrend.

Tabelle 50: Veränderung der Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten seit 2000

Region	2000-2005		2005-2011		2000-2011	
	absolut	relativ (%)	absolut	relativ (%)	absolut	relativ (%)
Deutschland	694.442	+17,1	147.439	+3,1	841.881	+20,8
Hessen	39.589	+12,6	15.778	+4,4	55.367	+17,6
RB Darmstadt	23.921	+12,8	10.891	+5,2	34.812	+18,6
RB Gießen	8.563	+14,5	4.108	+6,1	12.671	+21,4
RB Kassel	7.105	+10,3	779	+1,0	7.884	+11,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, www.statistik.arbeitsagentur.de, Arbeitsmarkt in Zahlen Beschäftigungsstatistik - Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort (verschiedene Jahrgänge), Berechnungen der Hessen Agentur.

Eine detailliertere Analyse nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass die meisten Nebenjobs in Hessen in den Bereichen Handel, bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie im Gesundheits- und Sozialwesen angesiedelt sind. Häufig dürfte es sich dabei um Personen handeln, die wegen der Ausübung nur einfacher Tätigkeiten geringe Einkommen erzielen, die sie mit einem Zweitjob aufbessern. In einigen Fällen sind unter den Zweitjobbern jedoch auch Akademiker, die in ihrem ersten Beruf eine anspruchsvolle Tätigkeit ausführen.¹¹⁶ Gewachsen ist die Zahl der geringfügigen Nebenjobs zwischen 2008 und 2011 vor

¹¹⁶ Eine Studie aus dem Jahr 2009 des DIW analysiert Erwerbstätige mit Nebentätigkeiten in Deutschland und in Europa (vgl. DIW Wochenbericht (2009): Erwerbstätige mit Nebentätigkeiten in Deutschland und in Europa, Nr. 35/2009, Berlin). Aktuellere Analysen liegen derzeit nicht vor.

allein in den Bereichen Gastgewerbe (+ 26 %), Gesundheits- und Sozialwesen (+ 22 %), Baugewerbe (+ 23 %) sowie Erziehung und Unterricht (+ 39 %).

Auch wenn Minijobs durchaus nicht homogen sind, so gilt doch grundsätzlich, dass geringfügig Beschäftigte die Beschäftigtengruppe mit dem größten Anteil von Niedriglohnbeziehern sind: Bei rund 88 % der Minijobber in Hessen liegt der Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 2/3 des Medianlohnes.¹¹⁷ Für die Gruppe der Minijobber bzw. der Niedriglohnbeschäftigten insgesamt steigt vor allem bei nur geringen Wahrscheinlichkeiten eines Aufstiegs in höher entlohnte Tätigkeiten das Risiko einer dauerhaften Transferabhängigkeit, die auch bis ins Rentenalter hineinreicht (siehe Kapitel 11.9).

Zu den wichtigsten Beschäftigungsformen in Deutschland gehören nach wie vor **Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse**. In den vergangenen Jahren zeigt sich nach den Eurostat Statistiken eine nahezu konstante Entwicklung dieser Beschäftigungsform. Allerdings nimmt die Bedeutung der Vollzeitbeschäftigung im Vergleich zur Entwicklung von **Teilzeitbeschäftigung** ab. Der Anteil der Teilzeitstellen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Waren im Jahr 2000 in Hessen rund 22 % der Erwerbstätigen in Teilzeit beschäftigt, sind es im Jahr 2011 bereits über 28 % (siehe folgende Tabelle). Teilzeitbeschäftigung hat damit in Hessen eine etwas größere Bedeutung (28,4 %) als in Deutschland (26,6 %) und ist deutlich stärker ausgeprägt als im EU-Durchschnitt.

Tabelle 51: Entwicklung der Teilzeitquote nach Geschlecht (in %)

Region	Anteil Erwerbstätige in Teilzeit an allen Erwerbstätigen								
	Insgesamt	2000		2005			2011		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
EU-27	15,8	6,4	28,2	17,7	7,4	30,6	19,5	9,0	32,1
Deutschland	19,4	5,0	37,9	24,0	7,8	43,5	26,6	10,3	45,7
Hessen	21,6	5,3	42,6	24,2	7,6	44,4	28,4	11,7	48,1
RB Darmstadt	20,5	5,6	39,6	22,5	7,5	40,7	26,8	11,6	44,6
RB Gießen	24,9	5,8	49,7	27,3	8,9	48,7	31,5	12,8	53,9
RB Kassel	22,2	4,1	46,2	27,1	6,5	52,1	31,1	11,0	54,0

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012).

Der niedrigere Anteil von Teilzeitstellen im Regierungsbezirk Darmstadt rührt vermutlich aus den stärkeren Vollzeit-Einpendlern aus den Regierungsbezirken Gießen und Kassel, wo der Teilzeitanteil – möglicherweise auch durch einen höheren Anteil der mithelfenden Familienangehörigen¹¹⁸ in der Landwirtschaft – deutlich höher ist.

¹¹⁷ Trabert, L. (2011): Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen, S. 36.

¹¹⁸ Mithelfende Familienangehörige werden nach dem ILO-Konzept als Erwerbstätige gezählt.

Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor eine „weibliche Domäne“, so arbeiteten in Hessen 48 % der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, während die Teilzeitquote bei Männern rund 12 % betrug. Dennoch ist zu beobachten, dass Männer in dieser Beschäftigungsform deutlich aufholen. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Männer ist seit 2000 um rund 82.000 auf rund 165.000 gestiegen (Eurostat) und hat sich damit verdoppelt. Die Hintergründe für den Anstieg von Teilzeitarbeit sind vielfältig. Im Wesentlichen ermöglicht die reduzierte Arbeitszeit eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. In einigen Fällen ist die Aufnahme von Teilzeitbeschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auch auf fehlende Angebote von Vollzeitstellen zurückzuführen. Teilzeitbeschäftigung hat somit sehr unterschiedliche Gesichter, was bei einer Bewertung zu berücksichtigen ist.

Der Anstieg von Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung wirkt sich auch auf die **Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen** aus, wobei die konjunkturelle Situation ebenfalls Einfluss auf diese Größe hat. Während zusätzliche Überstunden im Konjunkturaufschwung positiv auf die geleisteten Arbeitsstunden wirken, ist der steigende Teilzeitanteil mit einem absenkenden Effekt verbunden. Mit 1.410 geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen lag Hessen im Jahr 2011 knapp unter dem deutschen Durchschnitt, der bei 1.413 Arbeitsstunden lag. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Beschäftigten prozentual stärker gestiegen als die Zahl der Arbeitsstunden. Dies zeigt, dass das „Beschäftigungswunder“ nicht mit einem höheren Arbeitsvolumen einhergeht, sondern auf mehr Köpfe verteilt ist.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der hessische Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Dynamik aufweist. Dabei ist nicht nur die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse gestiegen, sondern insbesondere ein deutliches Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verzeichnen. Das nationale Ziel einer Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen von durchschnittlich 77 % ist in Hessen bereits 2011 umgesetzt. Dabei sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in der vergangenen Förderperiode abgeschmolzen. Insbesondere der Regierungsbezirk Kassel hat im Hinblick auf die Beschäftigungsquote einen deutlichen Aufholprozess vollzogen. Für Hessen insgesamt gilt es, die knappe Überschreitung des anvisierten Zielwertes zukünftig weiter auszubauen und die Potenziale in den einzelnen Regierungsbezirken – vor allem im Regierungsbezirk Gießen – noch stärker auszuschöpfen.

Tabelle 52: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote in Hessen

Erreichung des nationalen Ziels für Deutschland 2020: Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen 77 %					
68,6 %	76,3 %	77,1 %	77,4 %	75,7 %	77,2 %
Stand EU-27 2011	Stand Deutschland 2011	Stand Hessen 2011	Darmstadt	Gießen	Kassel
Stand Regierungsbezirke 2011					

Quelle: Eurostat.

11.2 Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit

Insgesamt ist die **Erwerbstätigkeit von Frauen** in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen (siehe folgende Tabelle). Während im Jahr 2000 61,9 % der 20- bis 64-jährigen Frauen in Hessen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, sind es 2011 bereits 71,1 %. Das entspricht exakt dem gesamtdeutschen Vergleichswert und ist deutlich höher als der EU-Durchschnittswert von 62,2 %. Die Dynamik in den vergangenen Jahren war in Deutschland und Hessen besonders stark ausgeprägt. Innerhalb Hessens ist die Frauenerwerbstätigenquote besonders hoch im Regierungsbezirk Kassel (72,1 %) und damit rund 10 Prozentpunkte höher als im EU-Durchschnitt. Allerdings ist die angestrebte Zielmarke für Deutschland von 73 % noch nicht erreicht.

Tabelle 53: Entwicklung der Beschäftigungsquoten nach Geschlecht der Altersgruppe 20 - 64 Jahre (in %)

Region	2000			2005			2011		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
EU-27	66,5	75,9	57,2	68,0	76,0	60,1	68,6	75,0	62,2
Deutschland	68,7	76,5	60,7	69,9	75,6	64,2	76,3	81,4	71,1
Hessen	70,3	78,6	61,9	71,6	78,1	65,1	77,1	83,0	71,1
RB Darmstadt	71,4	79,7	63,0	72,0	78,5	65,3	77,4	83,3	71,4
RB Gießen	68,5	76,0	60,7	71,8	77,9	65,9	75,7	82,7	69,0
RB Kassel	68,6	77,6	59,4	70,3	77,0	63,6	77,2	82,4	72,1

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012).

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab. Frauen arbeiten nämlich häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Zudem sind sie wesentlich häufiger in atypischen Beschäftigungsformen vertreten und trotz des erheblich gestiegenen Bildungs- und Ausbildungsstandes nach wie vor in Führungspositionen unterrepräsentiert.

Rund 80 % der geringfügig Beschäftigten und 86 % der Teilzeitbeschäftigten in 2011 sind Frauen. Bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist die Verteilung zwischen Männern und Frauen etwa gleich, rund 51 % sind Frauen. Allerdings ist der Anteil der Frauen an dieser Beschäftigungsform in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Befristete Beschäftigung hat seit dem Jahr 2000 mit einem Wachstum um 51 % deutlich zugelegt. Die Zahl der befristet beschäftigten Frauen ist im gleichen Zeitraum sogar um rund 64 % gestiegen.¹¹⁹

¹¹⁹ Auswertungen des Mikrozensus durch die Hessen Agentur.

Betrachtet man die Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2011, so zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Der Anteil an weiblichen Erwerbstätigen im Bereich Industrie ist besonders niedrig und liegt in Hessen als auch in Deutschland und im EU-27-Durchschnitt bei etwa 24 %. Besonders hoch ist der Anteil an Arbeitnehmerinnen in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen, in denen rund zwei Drittel der Beschäftigten weiblich sind. Die Option Teilzeitbeschäftigung ist hier weit verbreitet. Zwischen den hessischen Regionen gibt es keine großen Unterschiede bei der sektorspezifischen Beschäftigung nach dem Geschlecht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in Hessen zwar deutlich gestiegen ist, allerdings ist die deutsche Zielsetzung einer Erwerbstätigenquote von 73 % noch nicht erreicht (siehe folgende Tabelle). Zudem relativiert sich der Eindruck einer starken beruflichen Integration von Frauen, wenn man das Arbeitsvolumen als Kriterium hinzuzieht. Frauen arbeiten nämlich häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und atypischen Beschäftigungsformen wie geringfügige Beschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse. Daraus folgen für Frauen ein höheres Risiko von Arbeitslosigkeit in wirtschaftlichen Abschwungphasen sowie eine geringere soziale Absicherung für die Altersvorsorge.

Tabelle 54: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote von Frauen in Hessen

Erreichung des nationalen Ziels für Deutschland 2020: Erwerbstätigenquote von Frauen 73 %					
62,2 %	71,1 %	71,1 %	71,4 %	69,0 %	72,1 %
Stand Europa 2011	Stand Deutschland 2011	Stand Hessen 2011	Darmstadt	Gießen	Kassel
Stand Regierungsbezirke 2011					

Quelle: Eurostat .

11.3 Erwerbstätigkeit von Älteren

In der Entwicklung der vergangenen Jahre ist die Zunahme der Erwerbstätigkeit für eine weitere Personengruppe auffällig: Die **Erwerbstätigenquote der Älteren** im Alter von 55-64 Jahren ist in Deutschland von 37,4 % in 2000 auf 59,9 % in 2011 gestiegen (siehe folgende Tabelle). Mit diesem Anstieg von 22 Prozentpunkten weist Deutschland eine beachtliche Dynamik auf. Im gleichen Zeitraum ist die Erwerbstätigenquote im EU-27-Durchschnitt lediglich um 11 Prozentpunkte gestiegen. In Hessen hat sich die zunehmende Präsenz älterer Erwerbstätiger auf dem Arbeitsmarkt ähnlich entwickelt wie in Deutschland: 2011 waren 455.000 Ältere in Beschäftigung, im Jahr 2000 waren es noch 137.000 weniger. Die Erwerbstätigenquote ist in diesem Zeitraum von rund 40 % auf rund 59 % gestiegen. Das nationale Ziel einer Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen von 60 % ist damit zwar noch nicht gänzlich erreicht, der Weg dahin aber eingeschlagen.

Tabelle 55: Entwicklung der Erwerbstätigenquote der Älteren im Alter von 55 - 64 Jahren

Region	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EU-27	35,5	42,1	43,3	44,6	45,6	46,0	46,3	47,4
Deutschland	37,4	45,4	48,4	51,5	53,8	56,2	57,7	59,9
Hessen	39,6	46,9	50,1	52,2	54,0	56,8	57,0	59,4
RB Darmstadt	41,3	47,5	50,9	52,7	54,5	57,6	57,2	59,5
RB Gießen	37,9	50,9	53,8	55,4	56,0	57,8	57,9	59,4
RB Kassel	35,9	42,0	44,8	48,6	51,2	53,6	55,6	58,9

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012).

Ursächlich für die rasante Entwicklung der Alterserwerbstätigkeit sind bestimmte demografische Konstellationen. Der Anteil der 55- bis 59-Jährigen ist in den vergangenen Jahren als Folge der geburtenstarken Jahrgänge angestiegen und weist eine relativ stärkere Erwerbsbeteiligung auf. Die veränderte Altersstruktur innerhalb der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen trägt zu einem Anstieg der Erwerbstätigenquote bei. Dieser Effekt erklärt jedoch nur einen geringen Teil der gestiegenen Erwerbsbeteiligung. Zwei Drittel der Zunahme der Alterserwerbstätigenquote gehen hingegen auf einen realen Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre zurück. Hierbei dürfte neben konjunkturellen Impulsen die zunehmende Wirksamkeit von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbezug eine Rolle spielen: Ein wachsender Teil der Älteren scheint länger in Beschäftigung zu verbleiben, um finanzielle Abschläge bei vorgezogenem Rentenbezug zu vermeiden. Offensichtlich zeigen also die erschwerten Voraussetzungen für den Bezug vorzeitiger Altersrente auf Seiten der älteren Beschäftigten Wirkung. Ältere sind nicht nur häufiger erwerbstätig, sondern bleiben zudem auch länger in Beschäftigung, wobei mit zunehmendem Alter der Anteil der Beschäftigten mit reduzierten Arbeitszeiten zunimmt. Für die Zukunft wird es angesichts der demografischen Entwicklung sowie der zu erwartenden Fachkräftengpässe notwendig sein, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Partizipation Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren kann dabei durch den effektiven Einsatz von fortwährender Weiterbildung unterstützt werden. Hierbei gilt es, Betriebe und Beschäftigte für Konzepte des Lebenslangen Lernens zu sensibilisieren, sie bei der Realisierung von Qualifizierungsmaßnahmen zu beraten und zu unterstützen (siehe auch Kapitel 10.9 und 10.10). Darüber hinaus ist ein Umdenken in der Personalpolitik der Unternehmen weiter voranzutreiben. Dies schließt nicht nur die Personaleinstellung von Älteren ein, sondern auch gezielte Gesundheits- und Qualifizierungsangebote sowie arbeitsorganisatorische Aspekte, wie beispielsweise verkürzte Arbeitszeiten sowie die Bildung altersgemischter Teams.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Erwerbstätigenquote Älterer in den vergangenen Jahren eine ansehnliche Dynamik aufweist. Dabei ist zu beachten, dass der messbare Anstieg weniger auf altersstrukturelle und demografische Effekte zurückzuführen ist, sondern ein realer Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Älteren erfolgt ist. Allerdings ist das nationale Ziel einer Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen von 60 % trotz der beachtlichen Dynamik dieses Indikators in Hessen, wie die folgende Tabelle zeigt, noch nicht ganz erreicht (59 %). Anstrengungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren sind somit auch weiterhin notwendig. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund eines weiter wachsenden Fachkräftemangels, der es erforderlich macht qualifizierte Ältere länger in Beschäftigung zu halten (siehe Kapitel 11.6).

Tabelle 56: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote von Älteren in Hessen

Erreichung des nationalen Ziels für Deutschland 2020: Erwerbstätigenquote von Älteren 73 %					
62,2 %	71,1 %	71,1 %	71,4 %	69,0 %	72,1 %
Stand Europa 2011	Stand Deutschland 2011	Stand Hessen 2011	Darmstadt	Gießen	Kassel
Stand Regierungsbezirke 2011					

Quelle: Eurostat.

11.4 Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten

Erfreulich ist die **Entwicklung der Anzahl ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter**. Diese stieg in Hessen zwischen 2005 und 2011 um 16 % (2000-2011: + 4,5 %) an. Damit blieb die positive Entwicklung etwas hinter dem Bundesschnitt (+ 17,8 %) zurück. Über diese begrüßenswerte Entwicklung hinweg sollte nicht vergessen werden, dass die (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigungsquote¹²⁰ der Ausländer erheblich niedriger ist als die der Deutschen. Die Beschäftigungsquote Deutscher liegt im Juni 2011 in Deutschland bei 54,2 %, während die der Ausländer auf 34,3 % zu beziffern ist. Obwohl in Hessen die Beschäftigungsquote von Ausländern mit rund 40 %¹²¹ über dem Bundesschnitt liegt, ist sie ebenfalls deutlich geringer als die Quote der Deutschen (rund 53 %).¹²²

120 Die Beschäftigungsquote weist den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Wohnort) an der Bevölkerung im jeweiligen Alter aus und unterscheidet sich von der im europäischen Kontext verwendeten Beschäftigungsquote insofern, als hier ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte betrachtet werden.

121 Berechnungen der Hessen Agentur anhand der Daten des Statistischen Landesamtes, vgl. Statistisches Landesamt: Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2011, <http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/23/index.html> (Stand: August 2012).

122 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer.

Tabelle 57: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Nationalität

Region	Nationalität	2005	2011	Veränderung 2005/2011 (in %)
Deutschland	Deutsche	24.422.876	26.309.913	+7,7
	Ausländer	1.749.425	2.060.661	+17,8
Hessen	Deutsche	1.888.559	1.999.816	+5,9
	Ausländer	200.391	232.443	+16,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit (Stand: Juli 2012), Berechnungen der Hessen Agentur.

Hessen ist mit rund 700.000 Nichtdeutschen nach den drei Stadtstaaten und Baden-Württemberg das Bundesland mit dem höchsten Ausländeranteil (11,4 %) an der Wohnbevölkerung. Es übertrifft den Bundesdurchschnitt von 9,0 % damit deutlich. Innerhalb Hessens verteilt sich die ausländische Bevölkerung ungleichmäßig und konzentriert sich stark auf das Rhein-Main-Gebiet und seine Großstädte. Den größten Ausländeranteil hat die Stadt Offenbach mit 32,7 %.¹²³ Die absolut größte Zahl von Ausländern lebt in Frankfurt am Main mit rund 169.000 (Bevölkerungsanteil 24,2 %).

Die Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ kann jedoch nur unzureichend die Zugehörigkeit zu bestimmten Herkunftsgruppen beschreiben. Mit dem Begriff Migrationshintergrund wurde deswegen ein mehrdimensionaler Begriff gefunden, der nicht nur die Staatsangehörigkeit berücksichtigt. Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** zählen neben den zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländern auch eingebürgerte Ausländer sowie Spätaussiedler und deren Kinder, auch wenn diese bereits in Deutschland geboren wurden.¹²⁴ Daten zur Erwerbstätigenquote von Personen mit Migrationshintergrund liegen am aktuellen Rand nur für 2008 vor. Auch hier zeigt sich für Hessen eine unterdurchschnittliche Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Damit wird zusammenfassend deutlich, dass in Hessen trotz der positiven Beschäftigungsentwicklungen für Ausländer auch weiterhin die Notwendigkeit besteht, vorhandene Nachteile bei der Integration in das Erwerbsleben abzubauen. Dies gilt insbesondere in den Landesteilen bzw. Städten, wo diese Personengruppen vorwiegend leben. Bei der Programmsteuerung ist diesem Umstand auch weiterhin Rechnung zu tragen.

¹²³ Vgl. Bevölkerungsstatistik Offenbach (2012), <http://www.offenbach.de/stepone/data/pdf/99/1f/00/einwohner-sta-1bis32012.pdf> (Stand: Oktober 2012).

¹²⁴ Als Personen mit Migrationshintergrund gelten nach der im Mikrozensus verwendeten Definition des Statistischen Bundesamtes „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte, alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

11.5 Qualifikationsstruktur der Beschäftigten

Die **Qualifikationsstruktur der Beschäftigten** weist weiterhin einen Trend zur Höherqualifikation auf. Die Zahl der Beschäftigten mit Fach- und Hochschulabschluss ist in Hessen seit 2000 um knapp ein Drittel gestiegen. Besonders positiv entwickelte sich der Regierungsbezirk Kassel, in dem sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Fach- und Hochschulabschluss um rund 50 % erhöhte. Somit liegt Hessen im Jahr 2011, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, mit einem Anteil von 13 % der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über dem Bundesschnitt, der mit 11 % zu beziffern ist.

Gleichzeitig sinkt die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss. In Hessen haben im Jahr 2011 11 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keinen Berufsabschluss. Zwischen 2005 und 2011 ging die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss in Deutschland und in Hessen um 7 % zurück. Dabei haben 2011 in Hessen 10 % der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 11 % der weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keinen Berufsabschluss.

Tabelle 58: Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich zwischen 2005 und 2011

Region	2005			2011		
	ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung	Fach-/Hochschulausbildung	ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung	Fach-/Hochschulausbildung
Deutschland	12,0	64,2	10,0	10,2	59,9	11,3
Hessen	12,3	61,5	11,6	10,6	56,7	13,1
RB Darmstadt	12,2	57,5	13,6	10,4	52,1	15,2
RB Gießen	14,5	67,2	8,2	13,0	63,7	9,4
RB Kassel	10,9	71,9	6,9	9,2	68,3	8,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende am Arbeitsort (Stand: Mai 2012).

Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Berufsabschluss ist in der mittleren Frist gesunken. Die Quote der Beschäftigten mit Berufsabschluss ging zwischen 2000 und 2011 in Deutschland um 6,9 % und in Hessen um 8,1 % zurück. Zudem hatten im Jahr 2000 in Hessen noch rund 64 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Berufsabschluss, 2011 sind es nur noch rund 57 %. Die Entwicklung ist im deutschen Bundesschnitt ähnlich.

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass sich in Hessen der Teil der Beschäftigten mit einer beruflichen Ausbildung sowie derjenigen ohne Berufsausbildung zugunsten eines wachsenden Anteils von Hochschulabsolventen verringert hat. Letzteres ist angesichts der bislang vergleichsweise niedrigen Akademikerquote begrüßenswert. Allerdings

besteht bei einem gleichzeitigen Rückgang von Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation das Risiko, dass zukünftig mit zusätzlichen Engpässen in bestimmten Berufszweigen zu rechnen ist. Dies betrifft vor allem den Gesundheitssektor, der aufgrund der demografischen Alterung weiter expandieren wird und in dem bereits heute ein Fachkräftemangel herrscht. Die unterstützende Förderung der beruflichen Ausbildung bleibt folglich auch zukünftig ein wichtiges Handlungsfeld. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf der Gruppe der Personen ohne Berufsausbildung. In Hessen haben auch nach der rückläufigen Tendenz der vergangenen Jahre mehr als 227.000 Beschäftigte keinen Berufsabschluss. Diese Zahl weist auf ein nicht unwesentliches Potenzial hin, das angesichts der zukünftig eher steigenden Qualifikationsansprüche unter Druck geraten kann. Hier sind weiterhin Anstrengungen notwendig, um die Chancen der Ungelernten auf dem Arbeitsmarkt auszubauen. So können beispielsweise Nachqualifizierungen Ansätze zur Vermeidung von Ausbildungslosigkeit ergänzen und stellen damit ein Instrument zur Fachkräftesicherung dar.¹²⁵

11.6 Stellenmarkt und Fachkräftebedarf

Die Statistik der **offenen Arbeitsstellen** der BA bietet Informationen zum gegenwärtigen Arbeitskräftebedarf.¹²⁶ Im Zeitraum 2009 bis 2011 hat sich die Zahl der gemeldeten Stellen in Hessen deutlich erhöht. Die Anzahl der offenen Stellen stieg im Jahr 2011 im Vergleich zu 2009 um 55,3 % an. Somit konnte der krisenbedingte Rückgang, insbesondere aus dem Jahr 2009, kompensiert werden. Angesichts der konjunkturbedingten Abschwächung der Arbeitsnachfrage ist für die Zukunft mit einer weniger dynamischen Entwicklung der Zahl offener Stellen oder sogar einem Rückgang zu rechnen.

Tabelle 59: Entwicklung der offenen Stellen in Hessen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2009/2011 (in %)
Hessen	22.494	27.237	32.273	32.671	24.450	30.685	37.964	55,3
Deutschland	255.758	354.287	423.432	389.045	300.641	359.348	466.289	55,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Statistisches Bundesamt - GENESIS-Online Datenbank, www-genesis.destatis.de (Stand: Juli 2012).

¹²⁵ Vgl. Frings, K., Kuse, S. (2011): Nachqualifizierung An- und Ungelernter in Hessen.

¹²⁶ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die gemeldeten Stellen weder strukturell noch quantitativ das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot abdecken. Da keine Meldepflicht für offene Stellen besteht, weisen die veröffentlichten Daten nur einen Ausschnitt am gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot aus. Dieses wird vom IAB in einer repräsentativen Betriebsbefragung erhoben. Die Meldequote, also der Anteil der an die Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen am gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot, schwankt stark und lag im 1.Quartal 2012 in Deutschland bei 49 % (Vgl. FDZ-Datenreport (01/2011) IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots).

Analysiert man die Kennziffer, wie viele arbeitslose Personen auf eine gemeldete Stelle entfallen, lässt sich festhalten, dass sich die Arbeitslosen je gemeldeter Stelle in Deutschland wie in Hessen im Zeitraum zwischen 2007 und 2011 über fast alle Berufsbereiche reduziert haben.¹²⁷

Tabelle 60: Arbeitslose je gemeldeter Stellen nach Berufsbereichen

Berufsbereiche	Deutschland		Hessen		RB Darmstadt		RB Gießen		RB Kassel	
	2007	2011	2007	2011	2007	2011	2007	2011	2007	2011
Militär	0,3	0,2	1,0	-	-	-	0,1	-	-	-
Rohstoffgewinnung, Produktion, Fertigung	3,9	3,1	3,2	2,2	3,2	2,1	3,7	2,4	2,9	2,5
Gesundheit, Soziales, Lehre u. Erziehung	10,2	4,0	6,6	2,7	5,8	2,3	6,5	2,8	8,9	4,1
Naturwissenschaft, Geografie, Informatik	6,2	3,5	5,5	3,0	5,1	2,9	6,7	3,2	6,9	3,2
Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung	2,8	4,2	2,6	3,6	2,3	3,2	3,1	3,7	4,0	8,2
Bau, Architektur, Vermessung, Gebäudetechnik	7,9	6,2	6,1	3,8	4,9	3,3	7,6	4,2	8,6	5,3
Kaufm. Dienstl. Handel, Vertrieb, Tourismus	10,0	7,9	6,7	5,1	5,9	4,5	6,6	5,4	9,6	7,3
Verkehr, Logistik, Reinigung, Sicherheit	11,9	9,8	6,7	5,5	5,3	4,5	10,7	7,6	9,5	8,2
Unternehmensorga., Buchhalt., Recht, Verwaltung	12,2	8,7	9,4	5,9	8,5	5,2	10,5	7,1	13,2	8,6
Land-, Forst-, Tierwirtschaft, Gartenbau	23,5	17,8	10,1	9,6	7,3	8,3	11,9	10,4	15,9	11,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose und Stellen nach Berufshauptgruppen (Stand: Juni 2012).

Die Ausnahme bildet der Bereich „Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung“, hier nahm die Relation sowohl in Deutschland als auch in Hessen zu. Besonders markant ist der Anstieg im Raum Kassel, was auf die dort ansässige Hochschule und die entsprechend zahlreichen Absolventen in dieser Fachrichtung zurückzuführen sein kann. Die höchste Relation der Arbeitslosen je gemeldeter Stelle ist im Bereich „Land-, Forst-, Tierwirtschaft, Gartenbau“ zu finden, die geringste im Bereich „Rohstoffgewinnung Produktion, Fertigung“, in dem nur mehr 2,2 Personen pro gemeldeter Stelle arbeitslos gemeldet sind. Der auffallend hohe Rückgang der Quote im Bereich Verkehr, Logistik, Reinigung und Sicherheit im Regierungsbezirk Gießen (- 3,1 Prozentpunkte) geht im Wesentlichen auf eine Reduktion von rund 27 auf 15 Arbeitslose je gemeldeter Stelle im Reinigungsgewerbe zurück.

Der Indikator weist in seiner rückläufigen Tendenz zwar auf eine engere Arbeitsmarktsituation hin, allerdings ist er nicht ausreichend, um einen **Fachkräftemangel** festzustellen, da die Zahl der gemeldeten Stellen nur einen Teil der tatsächlichen Nachfrage abdeckt.¹²⁸

¹²⁷ Bei dem Indikator Arbeitslose je gemeldeter Stelle nach Berufsbereichen ist zu berücksichtigen, dass für einen nicht unbeachtlichen Teil der Arbeitslosen – ca. 20 % – keine Angaben nach Berufsbereichen vorliegen, so dass die ausgewiesenen Quoten eine leichte Unterschätzung ausweisen können.

¹²⁸ Vgl. Brunow, S., Garloff, A., Wapler, R., Zika, G. (2012): Wie wird sich der Arbeitsmarkt langfristig entwickeln? IAB Stellungnahme 1/2012.

Detailliertere Untersuchungen zum regionalen Fachkräftebedarf zeigt das Frühinformationssystem Regio Pro, das derzeit einen Prognosehorizont bis 2014 vorsieht.¹²⁹ Danach wird ein Defizit an Arbeitskräften in allen Regierungsbezirken Hessens prognostiziert. Das Ausmaß ist für den Zeitraum 2009 bis 2014 mit - 4 % in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen und - 3 % in Darmstadt ähnlich groß.

Auch wenn momentan noch nicht von einem allgemeinen Fachkräftemangel gesprochen werden kann, so sind doch Engpässe in einigen Berufen erkennbar, die von Region zu Region unterschiedlich ausfallen.

Für die Stadt Frankfurt am Main als Dienstleistungsmetropole wird der Fachkräftemangel insbesondere in Gesundheitsdienstberufen gravierend sein. Das Defizit zwischen Angebot und Nachfrage liegt hier relativ zu den Beschäftigten bei - 9 %.

Im Regierungsbezirk Darmstadt ergibt sich ein rechnerisches Defizit bei sozialpflegerischen Berufen sowie bei Rechnungskaufleuten und Datenverarbeitungsfachleuten. In Nord- und Mittelhessen wird ebenfalls ein Defizit an Arbeitskräften im sozialpflegerischen Bereich prognostiziert sowie ein Mangel an Lagerverwaltern, Lager- und Transportarbeitern, während in Südhessen in dieser Berufsgruppe eher ein Angebotsüberschuss erwartet wird.

Ergebnisse des Hessischen Pflegemonitors zeigen, dass insbesondere in den Berufen Gesundheits- und Krankenpfleger/innen sowie Altenpflegerin/innen ein absolutes Defizit zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besteht. Hinsichtlich der Altenpfleger/innen konnte im Jahr 2010 insbesondere in der Stadt Frankfurt die Nachfrage nicht gedeckt werden, in der Stadt Kassel bestand dagegen ein Angebotsüberhang. Bei den Gesundheits- und Krankenpfleger/innen war die Fachkräftelücke in Frankfurt, Wiesbaden und dem Landkreis Fulda besonders groß, während wiederum in der Stadt Kassel ein Überhang bestand.¹³⁰

Mit den fortlaufenden Prognosen zum Fachkräftebedarf können frühzeitig Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte erstellt werden. Diese sollten genutzt werden als Anknüpfungspunkte für eine regionalspezifische Aus- und Weiterbildungspolitik sowie für weitere arbeitsmarktpolitische Aktivitäten, wie die Förderung der Beschäftigung bestimmter Zielgruppen.

Um einem zukünftigen Fachkräftemangel entgegen zu wirken, werden im wissenschaftlichen und politischen Diskurs sehr unterschiedliche Strategien erörtert, die sich auf mehrere Säulen stützen. Zu den im politischen und wissenschaftlichen Diskurs am häufigsten

129 Vgl. Knobel, C. et. al. (2011): regio pro – Etablierung eines Frühinformationssystems zur Qualifikations- und Beschäftigungsentwicklung in Hessen. An einer Fortführung der Prognosen wird derzeit gearbeitet.

130 IWAK (2011): Hessischer Pflegemonitor, http://www.hessischer-pflegemonitor.de/index.php?option=com_content&task=view&id=59&Itemid=515

genannten Ansätzen gehören: die Anzahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss zu verringern, die Übergänge in den Beruf zu verbessern, die Anzahl der Ausbildungsabbrecher zu reduzieren, die Erwerbspartizipation von Älteren zu erhöhen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, die Arbeitszeit von Beschäftigten in Vollzeit zu steigern sowie die Qualifizierung und Weiterbildung entscheidend voranzutreiben, die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften gezielt zu steuern sowie die Erwerbspartizipation und das Arbeitszeitvolumen von Frauen zu erhöhen. Insbesondere in letzter Maßnahme wird ein großes Potenzial zur Deckung des erwarteten Fachkräftemangels gesehen. Die Frauenerwerbstätigkeit ist in den vergangenen Jahren zwar deutlich gestiegen, allerdings sind Frauen nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert, und Vollzeitbeschäftigung ist immer noch eine männliche Domäne. Rund 86 % der Teilzeitbeschäftigten in Hessen sind Frauen. Dabei entspricht die Arbeitszeit nicht immer den Präferenzen: Rund die Hälfte der teilzeiterwerbstätigen Frauen haben den Wunsch nach einer Arbeitszeiterweiterung.¹³¹ Dieses zusätzliche Potenzial teilt sich hälftig auf einerseits höher qualifizierte Frauen und Personen mit einer Berufsausbildung, andererseits auf un- und angelernte Frauen ohne Berufsausbildung. Insbesondere für letztgenannte Gruppe dürfte die Arbeitsnachfrage allerdings eher gering sein. Einem möglichen „Mismatch“ zwischen diesem Angebotspotenzial und der Fachkräftenachfrage müsste deshalb frühzeitig mit bildungspolitischen Maßnahmen entgegengewirkt werden, beispielsweise durch systematische berufliche Weiterbildung oder auch durch Maßnahmen, die den Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen erleichtern. In Hessen waren 2011 rund 2.500 Berufsrückkehrerinnen¹³² arbeitslos gemeldet, wobei das nicht bei der Bundesagentur gemeldete Potenzial weit darüber hinausgehen dürfte. Die meisten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung und weisen eine hohe Motivation auf.¹³³ Generell gilt es, Arbeitsbedingungen familienfreundlicher zu gestalten und die Kinderbetreuung weiter auszubauen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und für Männer zu erleichtern.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs betrifft die Berufswahl junger Frauen, die nach wie vor eine geschlechterspezifische Segregation aufweist. So ergreifen rund 44 % der hessischen Frauen einen der Top-5 Ausbildungsberufe, wohingegen die Berufswünsche der jungen Männer deutlich differenzierter sind. Eine im Hinblick auf den Fachkräftebedarf geeignete berufliche Orientierung (z. B. im Rahmen einer beruflichen Neuausrichtung oder Qualifizierung) könnte dazu beitragen, einerseits Frauen neue Karrierepfade zu eröffnen und andererseits den Bedarf der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften zu decken.

131 Die Auswertungen gelten für Deutschland insgesamt. Vgl. Wanger, S. (2011): Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit – Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht 9/2011, S. 6.

132 Vgl. Lepper, T., Machnig, J., Schaade, P. (2012): Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit – Eine Option zur Deckung des Fachkräftebedarfs – Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2011, IAB-Regional 1/2012, S. 38.

133 Vgl. Freise, M., Siecke, B. (2012): Unterstützung für Erziehende beim Wiedereinstieg in den Beruf, Schlussbericht der Evaluation, Gießen, S. 71-88.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Hessen zwar noch kein flächendeckender Fachkräftemangel vorliegt, allerdings zeigen die disaggregierten regionalen Prognosen Engpässe in einigen Berufsfeldern, insbesondere in Gesundheitsdienstberufen, sozialpflegerischen Berufen sowie Berufen der Logistikbranche. Solche Engpässe werden angesichts der demografischen Entwicklung zukünftig vermutlich weiter zunehmen. Mit Hilfe entsprechender analytischer Instrumente lassen sich Engpässe nach Berufen und Regionen konkret benennen und für die Entwicklung politischer Handlungsansätze gezielt nutzen. Zur Sicherung dieses Fachkräftebedarfs sind Instrumente auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. So kann durch den Ausbau bildungspolitischer Maßnahmen eine bessere Ausnutzung der zusätzlichen Arbeitskräftepotenziale von Frauen erreicht werden. Notwendig für das Gelingen solcher Maßnahmen sind entsprechende Rahmenbedingungen. So besteht das Risiko, dass Engpässe bei der Kinderbetreuung sowie fehlende Pflegeunterstützung die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit begrenzen.

11.7 Arbeitslose nach Strukturmerkmalen (Männer, Frauen, Ältere, Migranten, Qualifikation)

Die positive Entwicklung der Beschäftigungssituation spiegelt sich auch in den Daten zur Arbeitslosigkeit wider. Sowohl die von der Bundesagentur für Arbeit gemessene **Arbeitslosigkeit** als auch die nach dem ILO-Erwerbsstatuskonzept von Eurostat erhobene **Erwerbslosigkeit** zeigen eine erfreuliche Entwicklung.¹³⁴ In diesem Abschnitt wird auf beide Definitionen eingegangen. Die Informationen beruhen auf den neuesten verfügbaren Daten des Statistischen Amtes der EU, des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

In Hessen verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen zwischen 2005 und 2011 um 108.000 Personen, die Erwerbslosenquote sank von 8,4 % auf 4,7 % (siehe folgende Tabelle). Den höchsten Rückgang der Erwerbslosenquote in Hessen verzeichnete der Regierungsbezirk Kassel (2005: 9,3 %, 2011: 4,4 %) und nähert sich somit den beiden anderen Regierungsbezirken an. Dies ist auf die gute wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Nachfrage sowohl nach Fachkräften als auch nach Hilfskräften zurückzuführen. Die Reduzierung der hessischen Erwerbslosenquote bleibt etwas hinter der Entwicklung Deutschlands (-5,2 Prozentpunkte) zurück. Im Gegensatz dazu stieg die Erwerbslosenquote im EU-27-Durchschnitt um 0,7 Prozentpunkte an.

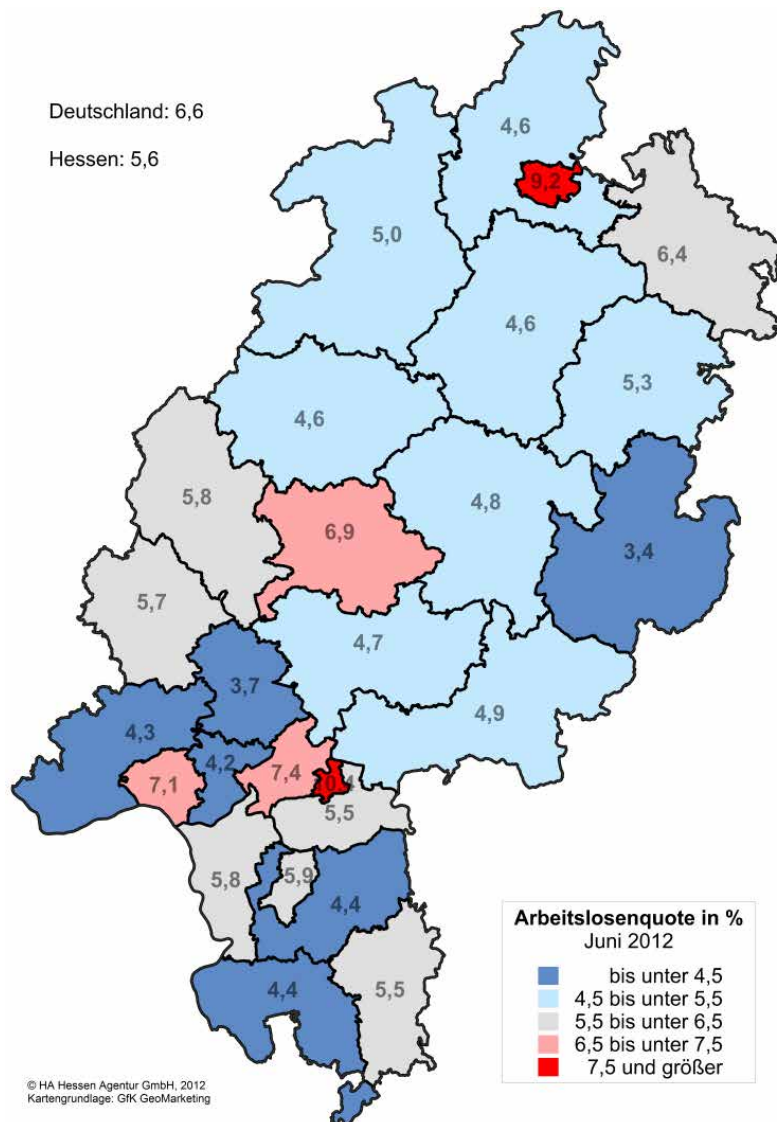
¹³⁴ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit. Die beiden Konzepte unterscheiden sich in folgenden Punkten: Erhebungsmethode, Altersabgrenzung, aktive Arbeitssuche, Ein-Stunden-Kriterium, sowie der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitslosigkeit der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit fällt regelmäßig höher aus als die Erwerbslosigkeit des ILO-Erwerbsstatuskonzepts.

Tabelle 61: Entwicklung der Erwerbslosenquoten nach Geschlecht (in %)

Region	2000			2005			2011		
	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt	Männer	Frauen
EU-27	9,0	7,9	10,3	8,9	8,3	9,7	9,6	9,5	9,8
Deutschland	7,9	7,6	8,3	11,1	11,4	10,7	5,9	6,2	5,6
Hessen	5,8	5,8	5,6	8,4	8,6	8,2	4,7	4,7	4,7
RB Darmstadt	5,2	5,4	4,8	8,1	8,3	7,8	4,7	4,8	4,6
RB Gießen	6,6	6,6	6,5	8,9	9	8,8	5,2	4,9	5,5
RB Kassel	6,9	6,5	7,4	9,3	9,4	9,1	4,4	4,2	4,7

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012).

Die folgende Abbildung zeigt die Arbeitslosenquoten der einzelnen Kreise im Juni 2012 nach BA-Daten. Die beiden kreisfreien Städte Kassel und Offenbach weisen mit Abstand die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Die Quote der Stadt Offenbach liegt bei 10,4 % und ist damit nahezu doppelt so hoch wie im hessischen Durchschnitt. In den Städten Frankfurt und Wiesbaden sowie dem Landkreis Gießen liegen die Arbeitslosenquoten zwischen 6,5 % und 7,4 %. Eine besonders gute Arbeitsmarktbilanz weisen hingegen der Kreis Fulda und der Hochtaunuskreis auf, die eine Arbeitslosenquote von jeweils unter 4 % vorzeigen können.

Abbildung 53: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) auf Kreisebene

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, www.statistik.arbeitsagentur.de, Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen (Stand: Juni 2012), Darstellung der Hessen Agentur.

Im Jahr 2011 liegen die **Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen** nahe beieinander. In Deutschland betrug die Arbeitslosenquote der Frauen 7,0 % und die der Männer 7,1 %. Die entsprechenden Zahlen für Hessen sind 6,0 % und 5,7 %. Damit sank die Arbeitslosenquote der Frauen im Vergleich zum Jahr 2009 um 0,7 Prozentpunkte und die der Männer um 1,2 Prozentpunkte.

Analysiert man die **Arbeitslosigkeit insgesamt nach Altersgruppen**, so zeigt sich für jüngere Menschen im Alter unter 25 Jahren in den letzten drei Jahren eine positive Entwicklung. Die Arbeitslosenquote der **15- bis 24-Jährigen** liegt sowohl in Hessen als auch in Deutschland im Jahr 2011 unter dem Gesamtdurchschnitt. Die Anzahl der arbeitslosen

Jugendlichen in Hessen sank 2011 im Vergleich zu 2010 um 12 %. Diese erfreuliche Reduzierung bleibt allerdings knapp hinter der Veränderung des Bundesdurchschnitts zurück (- 14 %). Die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppe hängt neben der allgemeinen wirtschaftlichen bzw. konjunkturellen Situation stark von der Lage am Ausbildungsstellenmarkt ab (siehe dazu Kapitel 10).

Tabelle 62: Entwicklung der Arbeitslosenquote nach Strukturmerkmalen

	2009		2010		2011	
	Deutschland	Hessen	Deutschland	Hessen	Deutschland	Hessen
Männer	8,3	6,8	7,9	6,4	7,1	5,7
Frauen	7,9	6,7	7,5	6,4	7,0	6,0
15 bis unter 25 Jahre	7,8	6,9	6,8	6,0	5,9	5,3
55 bis unter 65 Jahre	8,7	7,0	8,8	7,3	8,6	7,1
Ausländer	16,6	14,7	15,7	14,0	14,6	13,2
Deutsche	7,4	5,8	7,0	5,4	6,4	4,9

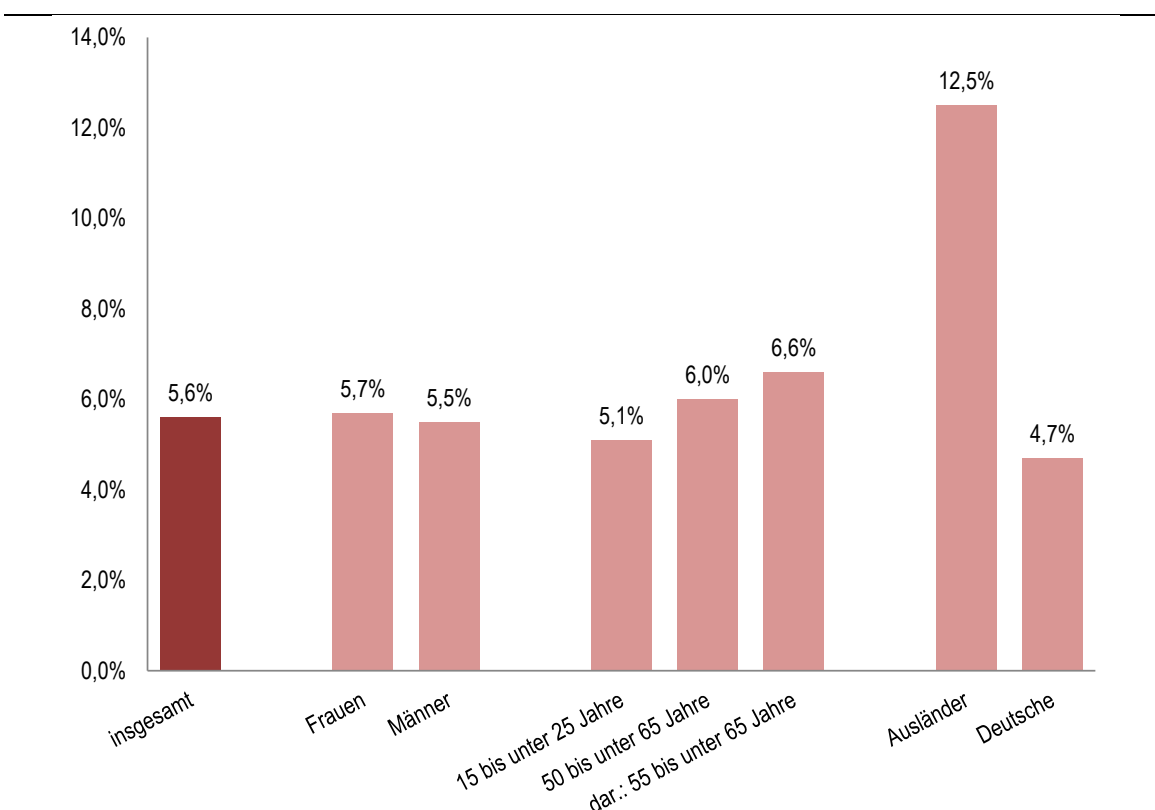
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, www.statistik.arbeitsagentur.de, Arbeitsmarkt in Zahlen Arbeitsmarktstatistik - Arbeitslose nach Rechtskreisen Deutschland nach Ländern (verschiedene Jahrgänge).

Im Gegensatz zu diesen positiven Zahlen stagnierte die Anzahl der **55- bis 65-jährigen Arbeitslosen** im Vergleich zwischen 2011 und 2010. Betrachtet man die Veränderung zwischen 2009 und 2011 in Hessen, stieg die Zahl der Arbeitslosen dieser Altersgruppe trotz der guten Konjunktur sogar um 10 % an, zudem war die Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen höher als der Gesamtdurchschnitt. Auch am aktuellen Rand ist kein Richtungswechsel erkennbar (siehe folgende Abbildung). Auf der Bundesebene zeigt sich eine ähnliche Situation. Die Hauptursache dieser Entwicklung sind die Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen. So fielen 2007 bestimmte vorruhestandsähnliche Regelungen (die sogenannte 58-er Regelung) weg und 2009 lief die staatliche Förderung der Altersteilzeit aus. Darüber hinaus ändert sich der Altersaufbau der Bevölkerung. Die steigende Zahl Älterer spiegelt sich sowohl in den Daten der Beschäftigten als auch der Arbeitslosen wider. Angesichts der demografischen Entwicklungen und der höheren Erwerbsneigung von Älteren sind Strategien notwendig, die auf einen längeren Verbleib älterer Mitarbeiter im Betrieb ausgerichtet sind und die Neueinstellungen Älterer fördern (siehe Kapitel 11.3).

Bei der Betrachtung der Zahl der **ausländischen Arbeitslosen** fällt auf, dass sich die Zahl der arbeitslosen Ausländer in Hessen sowie in Deutschland seit 2005 stark gesenkt hat. Im Jahr 2011 sind in Hessen 27 % weniger ausländische Personen arbeitslos gemeldet (Deutschland: - 30 %). Dennoch war die Arbeitslosenquote der Ausländer sowohl in Deutschland als auch in Hessen in den letzten drei Jahren etwa doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Diese lag in Hessen im Jahr 2011 bei 5,9 % während die Arbeitslosenquote von Ausländern 13,2 % betrug. Wie in Abbildung 54 dargestellt ist, hat

sich diese Situation auch in der ersten Hälfte des Jahres 2012 nicht wesentlich geändert. Nach wie vor gilt die geringe Qualifikation von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund als wichtigster Grund für die Probleme bei der Arbeitsmarktintegration in Hessen.¹³⁵

Abbildung 54: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) verschiedener Personengruppen in Hessen (Juni 2012)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarkt im Fokus Hessen (Stand: Juni 2012), Darstellung der Hessen Agentur.

Keine oder eine geringe Qualifikation erhöhen generell das Arbeitslosigkeitsrisiko, wie die Daten für das Jahr 2011 zeigen. So haben in Hessen rund 85.000 Arbeitslose keine Berufsausbildung, das entspricht einem Anteil von 46,4 % aller hessischen Arbeitslosen. Der Anteil der Arbeitslosen mit Berufsausbildung liegt bei 36,8 %. Am geringsten ist der Anteil der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung an allen Arbeitslosen mit 5,8% (Bundesdurchschnitt: 5,6 %).

¹³⁵ Vgl. Burkert, C.; Kindermann, W. (2008): Integration von Migranten in Hessen, IAB-Regional.

Tabelle 63: Entwicklung der Arbeitslosen nach Qualifikation

	ohne Berufsausbildung		mit Berufsausbildung		mit akademischer Ausbildung	
	Anzahl	Anteil an allen Arbeitslosen	Anzahl	Anteil an allen Arbeitslosen	Anzahl	Anteil an allen Arbeitslosen
2009						
Hessen	93.062	47,0	78.238	39,5	10.489	5,3
2010						
Hessen	87.827	44,4	75.318	38,1	11.318	5,7
2011						
Hessen	84.733	46,4	67.154	36,8	10.626	5,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, www.statistik.arbeitsagentur.de, Arbeitsmarkt in Zahlen Arbeitsmarktstatistik-Arbeitslose nach Rechtskreisen Deutschland nach Ländern (verschiedene Jahrgänge).
Berechnungen der Hessen Agentur.

In Hessen gab es 2011 rund 17.800 arbeitslose **Alleinerziehende**, wobei sich die Anzahl in den letzten Jahren rückläufig entwickelt hat.¹³⁶ Rund 86 % der arbeitslosen Alleinerziehenden sind zwischen 25 und 50 Jahre alt. Untersucht man die Qualifikation der Alleinerziehenden, so zeigt sich, dass 50,7 % über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Damit liegt der Anteil etwas über dem Durchschnitt für alle Arbeitslosen (46,4 %). Seit 2009 hat sich dieser Anteil zudem um 3,8 Prozentpunkte erhöht, während die Gesamtentwicklung einen Rückgang verzeichnen kann. Auch der Anteil der Alleinerziehenden ohne Schulabschluss stieg in dieser Zeitspanne um 2,4 Prozentpunkte an.¹³⁷ Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Alleinerziehenden in den vergangenen Jahren ein deutliches Wachstum aufweist, bekommen Maßnahmen zur Förderung schulischer und beruflicher Ausbildung für Alleinerziehende eine besondere Bedeutung. Zudem spielen Betreuungsangebote zur Unterstützung bei der Aufnahme einer Beschäftigung eine wichtige Rolle.

11.8 Langzeitarbeitslosigkeit

Eines der Kernziele der Europa 2020 Strategie ist die soziale Integration durch die Verringerung der Armut. Da **Langzeitarbeitslosigkeit** das Armutsrisiko erhöht, soll diese nach den Zielsetzungen des Nationalen Reformprogramms für Deutschland um 20 % im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2008 gesenkt werden.

Die folgenden Abbildungen zeigen die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit seit 2008 und die Langzeitarbeitslosenquoten¹³⁸ im Jahr 2011. Es ist zu erkennen, dass die Zielset-

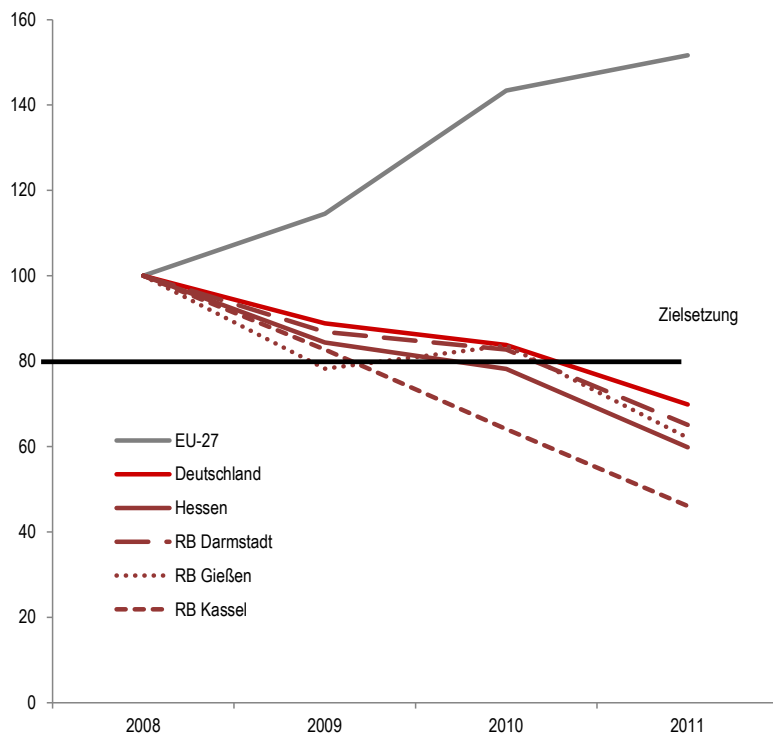
¹³⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012): Analyse des Arbeitsmarktes für Alleinerziehende in Hessen 2011.

¹³⁷ Auch die absolute Zahl an Alleinerziehenden ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie die Zahl ohne Schulabschluss erhöhte sich zwischen 2009 und 2011, während die Zahl der arbeitslosen Alleinerziehenden insgesamt rückläufig war.

¹³⁸ Die Langzeitarbeitslosenquote ist definiert als der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen.

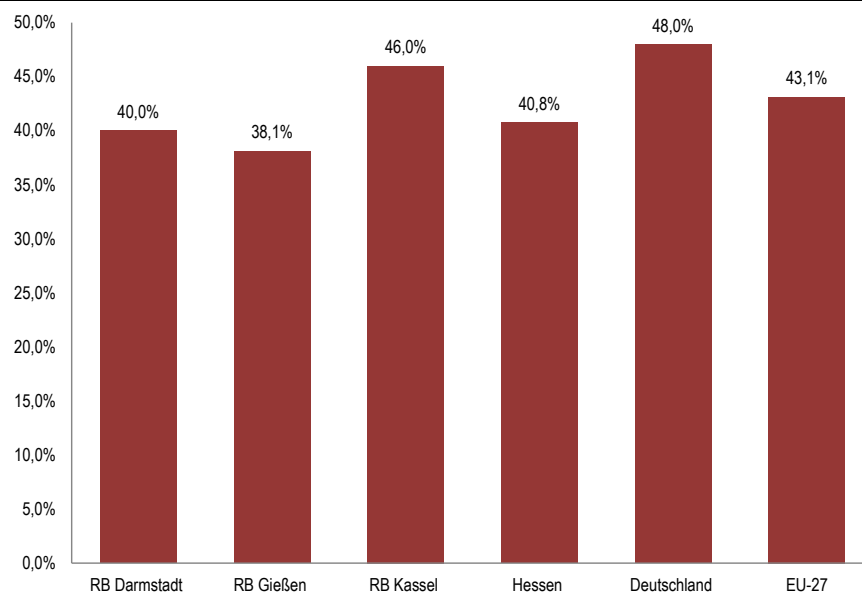
zung des Nationalen Reformprogramms im Jahr 2011 sowohl für Deutschland und Hessen als auch für alle hessischen Regierungsbezirke erreicht wurde. In Hessen ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen (2011: rund 61.000) seit 2008 um 35 % gesunken. Der Rückgang war damit deutlicher ausgeprägt als im Durchschnitt aller Bundesländer (- 27 %).

Abbildung 55: Regionale Entwicklung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen (2008=100)



Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012), Darstellung der Hessen Agentur.

Dieser positiven Entwicklung zum Trotz liegt die Langzeitarbeitslosenquote Deutschlands 2011 nach wie vor über dem EU-27-Durchschnitt, wie folgende Abbildung verdeutlicht. Auch Hessen liegt nur knapp unter dieser Quote, wobei die Langzeitarbeitslosenquote im Regierungsbezirk Kassel mit 46 % sogar über dem EU-27-Schnitt liegt. Die hohe Langzeitarbeitslosenquote im Regierungsbezirk Kassel resultiert dabei jedoch nicht aus einer wachsenden Zahl langzeitarbeitsloser Personen. Im Gegenteil, die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im Regierungsbezirk Kassel in den vergangenen Jahren sogar überdurchschnittlich von rund 30.000 in 2005 auf 13.000 in 2011 und somit um 45 % gesunken (siehe folgende Tabelle). Durch den gleichzeitig noch stärkeren Rückgang der Arbeitslosen insgesamt hat sich allerdings die Relation Langzeitarbeitslose zu Arbeitslosen insgesamt erhöht. Die positive Arbeitsmarktdynamik hat sich folglich nicht auch auf eine ähnlich starke Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit ausgewirkt.

Abbildung 56: Langzeitarbeitslosenquoten im Jahr 2011

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012), Darstellung der Hessen Agentur.

Eine neue Studie der OECD weist darauf hin, dass vor allem ältere und gering qualifizierte Kräfte unverhältnismäßig stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.¹³⁹ Je länger ein Mensch ohne Arbeit ist, umso geringer sind die Chancen, dass er wieder eine Beschäftigung findet. Die Studie zeigt, dass bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von weniger als zwölf Monaten der Wiedereinstieg in Beschäftigung mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit gelingt, während sich bei Langzeitarbeitslosen die Wahrscheinlichkeit auf 40 % verringert.

139 Vgl. OECD (2012): http://www.oecd.org/document/45/0,3746,de_34968570_35008905_50685933_1_1_1_1,00.html (Stand: Juli 2012).

Tabelle 64: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (ILO-Konzept)

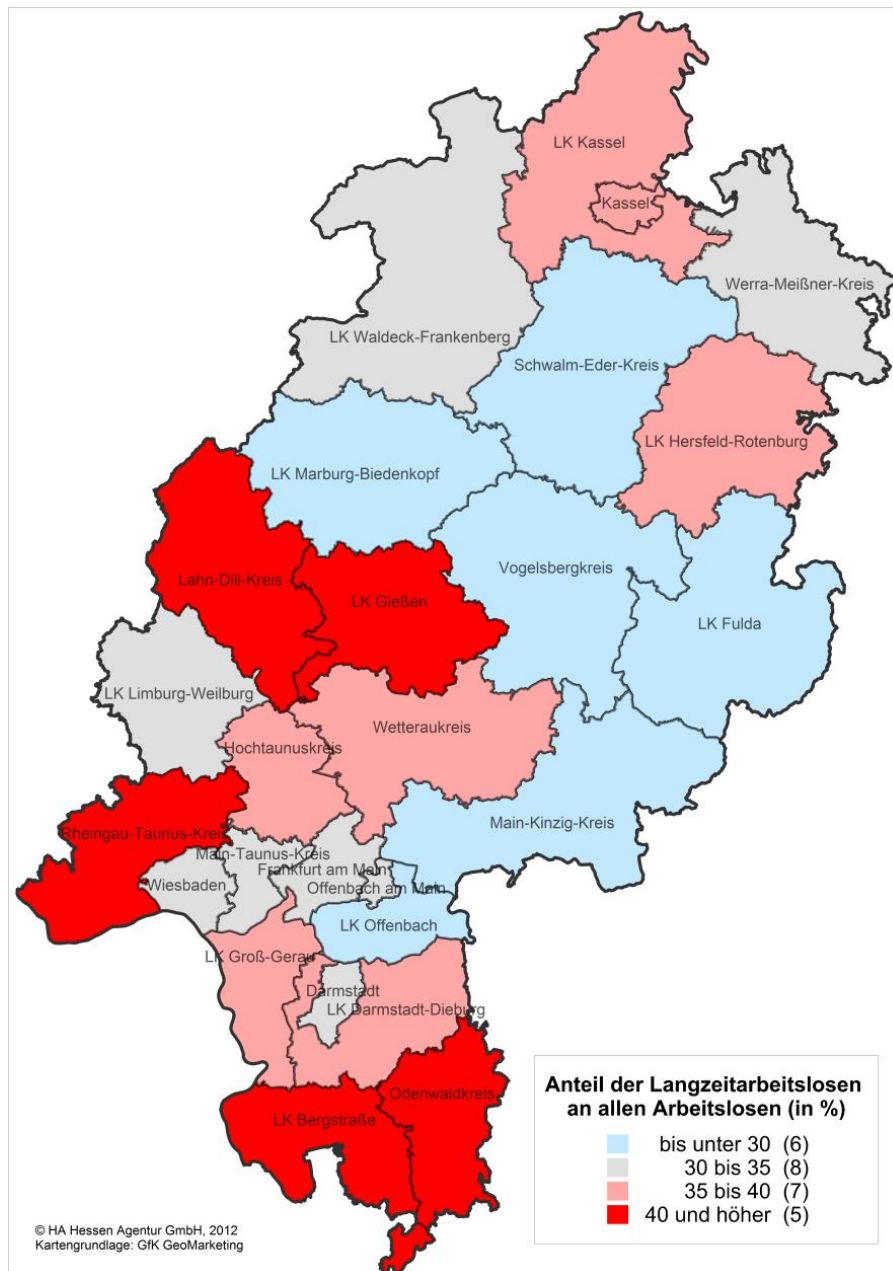
Region	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011/2008 (in %)
in 1.000								
EU-27	8.868	8.167	7.302	6.272	7.182	9.258	10.018	60
Deutschland	2.262	2.246	2.038	1.653	1.469	1.395	1.200	-27
Hessen	129	133	120	94	79	74	61	-35
RB Darmstadt	76	81	74	55	47	45	37	-31
RB Gießen	22	24	19	16	13	13	11	-35
RB Kassel	30	27	28	23	19	16	13	-45

Quelle: Eurostat, Berechnungen der Hessen Agentur.

Auch aktuelle Zahlen (Juni 2012) belegen, dass in Hessen für Ältere, gering Qualifizierte und Frauen ein erhöhtes Risiko besteht von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen zu sein. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen, die älter als 54 Jahre alt sind, ist mit 47,3 % deutlich höher als der Anteil in der Altersgruppe der 15-24 Jährigen (9,3 %). Bei den 25-54 Jährigen sind 35,2 % der Arbeitslosen über ein Jahr ohne Arbeit. Bei der Betrachtung der Qualifikation zeigt sich, dass ca. 54 % der Langzeitarbeitslosen keinen Berufsabschluss haben, während der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit akademischer Ausbildung an allen Langzeitarbeitslosen bei 3,9 % liegt. Auch Frauen sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, 37 % der weiblichen Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos, wohingegen dieser Anteil bei den Männern bei 33 % liegt.

Langzeitarbeitslosigkeit ist in den hessischen Landkreisen teilweise sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der geringste Anteil an Langzeitarbeitslosen ist im Main-Kinzig-Kreis (21,7 %) zu finden (siehe folgende Abbildung). Dagegen sind im Landkreis Gießen, im Lahn-Dill-Kreis, im Rheingau-Taunus-Kreis, im Landkreis Bergstraße und im Odenwaldkreis über 40 % der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Insbesondere in diesen Regionen sind weitere Anstrengungen notwendig, um die Ursachen der Langzeitarbeitslosigkeit zu analysieren und gezielte Ansätze zur sozialen und beschäftigungsorientierten Integration der betroffenen Personengruppen zu entwickeln.

Abbildung 57: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen auf Kreisebene



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen (Stand: Juni 2012), Darstellung der Hessen Agentur.

Differenziert man die Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen des SGB II (Hilfeempfänger mit Grundsicherung) und des SGB III (Hilfeempfänger mit Anspruch auf Arbeitslosengeld), wird die „Zweiteilung“ des Arbeitsmarktes bestätigt. Während die hessischen Arbeitslosen nach dem SGB III von der guten wirtschaftlichen Lage profitieren konnten, wie die Reduktion der Anzahl der Arbeitslosen zwischen 2011 und 2010 um 15,5 % beweist, nahm die Zahl der Arbeitslosen nach dem SGB II deutlich weniger stark ab (- 4 %).

Zusammenfassend wird aus der Analyse der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit deutlich, dass Hessen insgesamt zwar gut dasteht, allerdings war die Dynamik in Hessen weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt aller Bundesländer. Zudem konnten nicht alle Personengruppen gleichermaßen von der positiven Entwicklung profitieren. So ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer weniger stark gesunken wie die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit von Ausländern etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Als wichtigster Grund für die Probleme bei der Arbeitsmarktintegration gilt die geringe Qualifikation von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund.

Auch ältere Arbeitslose haben kaum an der positiven Arbeitsmarktentwicklung partizipieren können. Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl der älteren Arbeitslosen nahezu stagniert und seit 2010 entgegen allgemeiner Tendenzen sogar ein Anstieg zu verzeichnen. Diese Entwicklung gilt es auch angesichts eines zunehmenden Fachkräftebedarfs zu verhindern. Die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren kann dabei durch den effektiven Einsatz von zielgerichteten Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden.

In den vergangenen Jahren konnte Langzeitarbeitslosigkeit in Hessen kontinuierlich abgebaut werden. Seit 2007 hat sich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen halbiert. Auch das Ziel des Nationalen Reformprogramms einer Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich zu 2008 um 20 % ist in Hessen bereits erreicht (-35 %) und sogar weit übererfüllt (siehe folgende Tabelle). Dieser positiven Entwicklung zum Trotz ist die Langzeitarbeitslosenquote nach wie vor – insbesondere in einzelnen Regionen – recht hoch und aktuelle Zahlen belegen, dass in Hessen für Ältere, gering Qualifizierte und Frauen ein erhöhtes Risiko besteht, von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen zu sein. Hier gilt es weitere Anstrengungen zur Absenkung von Langzeitarbeitslosigkeit zu unternehmen, wobei der Abbau von Arbeitslosigkeit zunehmend schwerer fällt, je weniger Arbeitslose verbleiben und je umfangreicher die Vermittlungshemmnisse sind.

Tabelle 65: Erreichung der Kernziele zur Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit in Hessen

Erreichung des nationalen Ziels für Deutschland 2020: Reduktion der Zahl der Langzeitarbeitslosen um 20 % im Vergleich zu 2008					
+ 59,7 %	- 27,4 %	- 35,4 %	- 31,4 %	- 35,3 %	- 44,8 %
EU-27 Veränderung 2011/2008	Deutschland Veränderung 2011/2008	Hessen Veränderung 2011/2008	Darmstadt	Gießen	Kassel
			Regierungsbezirke Veränderung 2011/2008		

Quelle: Eurostat.

11.9 Künftige Arbeitsmarktentwicklung und regionale Disparitäten

Insgesamt zeigt die Bestandsanalyse für den hessischen Arbeitsmarkt dank der konjunkturellen Entwicklung eine sehr positive Dynamik. Mit einer gleichförmigen Fortsetzung dieser Entwicklung ist für die Zukunft jedoch nicht unbedingt zu rechnen. Am aktuellen Rand zeigen sich bereits erste Abschwächungstendenzen dieser Dynamik. Für die kurze konjunkturgeprägte Frist ist mit einer „Seitwärtsbewegung“ des Arbeitsmarktes zu rechnen, mit einer leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Anstieg der Beschäftigung. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung lässt sich durch eine Reduzierung der Stillen Reserve sowie steigender Zuwanderung erklären.¹⁴⁰ Hinsichtlich der Arbeitskostenentwicklung ist zukünftig ebenfalls nicht davon auszugehen, dass die Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt wird.¹⁴¹ Langfristig ist vor allem auf dem nordhessischen Arbeitsmarkt mit einer relativ starken Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit zu rechnen.¹⁴² Rein rechnerisch wird es nur noch geringe Spielräume für nicht ausgeschöpfte Arbeitsangebotspotenziale geben. Da auch zukünftig davon auszugehen ist, dass ein qualifikatorischer oder berufsbezogener Mismatch von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage bestehen dürfte, ist das zurückgehende Arbeitskräftepotenzial besonders kritisch zu sehen.

Für die Gesamtentwicklung des hessischen Arbeitsmarktes bleibt unklar, wie sich die Staatsschuldenkrise weiterhin auf die Wirtschaft und die Beschäftigung auswirken wird. Risiken lauern folglich in der Schuldenkrise, aber auch in Problemen aus Fachkräfteengpässen und verfestigter Arbeitslosigkeit.

11.10 Armutsgefährdung und soziale Absicherung

Die soziale Eingliederung und die Bekämpfung von Armut sind wesentlicher Bestandteil der Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung. Für die vergangenen Jahre ist diesbezüglich festzustellen, dass die äußerst positive Arbeitsmarktentwicklung seit 2005 zwar zu einer Verringerung der Einkommensungleichheit geführt hat,¹⁴³ allerdings ist die Armutsgefährdung nahezu konstant geblieben.

Gemessen wird die Armutsgefährdung mit einem Indikator der relativen Einkommensarmut. Die Armutsgefährdungsquote wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Be-

140 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt (2013): Konjunkturprognose Hessen 2013, Wiesbaden, S. 43.

141 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012 – Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch.

142 Vgl. Van den Busch, U., Dimitrova, G. (2010): Hessenreport 2010 – Prognose zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2030, S. 107.

143 Vgl. Grabka, M., Goebel, J., Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, DIW-Wochenbericht 43/2012, S. 7.

völkerung (in Privathaushalten) beträgt.¹⁴⁴ Der Begriff der relativen Armut setzt Armut in Relation zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region. 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen – die Armutsgefährdungsschwelle – lag 2011 für einen Einpersonenhaushalt in Hessen bei 897 Euro. Dieser Schwellenwert lag für Deutschland etwas niedriger bei 848 Euro. Daher wurden in Hessen in Relation zum Landesmedian 15,2 % der Personen im Jahr 2011 als „einkommensarm“ eingestuft. In Bezug auf den Bundesmedian lag dieser Wert bei 12,7 % und ist damit geringer als die Armutsgefährdungsquote des Bundesschnitts. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote seit 2005. Während die Armutsgefährdungsquote in Deutschland gegenüber 2005 leicht angestiegen ist, blieb der hessische Wert mit leichten Schwankungen relativ konstant.

Ein besonderes Augenmerk für die Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation sollte auf bestimmte Personengruppen geworfen werden. So waren 2011 in Hessen (in Relation zum Landesmedian) Alleinerziehende (40,5 %), Erwerbslose (52,8 %), Personen mit geringer Qualifikation (30,7 %); Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (31,7 %) und Personen mit Migrationshintergrund (27,1 %) überdurchschnittlich stark von Armut gefährdet.

Vergleicht man die Armutsgefährdungsquoten innerhalb der EU, so lag Deutschland im europäischen Mittelfeld etwas unter dem EU-27 Durchschnitt.¹⁴⁵ Auch bei der Betrachtung des etwas weiter gefassten Armutsindikators der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung war das Armutsrisiko in Deutschland geringer als im Durchschnitt der europäischen Länder.¹⁴⁶

144 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Sozialberichterstattung – Armutsgefährdungsquote. Dort sind auch genauere Informationen zur Berechnung der Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Mikrozensus zu finden.

145 Als Grundlage des europäischen Vergleichs der Armutsgefährdungsquote dient die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und nicht der Mikrozensus, der Basis für die Daten in Tabelle 66 ist. Die relativ kleine Stichprobe der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen lässt keine gesicherten Aussagen für Bundesländer und Regierungsbezirke zu.

146 Dieser Indikator berücksichtigt neben der Armutsgefährdungsquote auch materielle Deprivation und eine geringe Erwerbstätigkeit von in einem Haushalt lebenden Personen. Dieser Indikator wird nur für Deutschland, nicht aber die Bundesländer erhoben.

Tabelle 66: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten (in %)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1
Hessen-Bundesmedian	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	12,7
Hessen-Landesmedian	15,3	14,5	14,9	15	14,8	14,6	15,2
Darmstadt-Landesmedian	13,8	12,9	13,1	13,3	13,3	12,9	13,8
Gießen-Landesmedian	17,8	17,3	17,8	17,5	17,3	16,7	17,6
Kassel-Landesmedian	17,7	16,9	17,6	17,7	17,3	17,9	17,3
Armutsgefährdungsquoten nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am hessischen Landesmedian							
Männlich	14,4	13,8	14,0	14,2	13,9	13,8	14,3
Weiblich	16,2	15,1	15,7	15,8	15,7	15,3	16,0
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	40,0	33,9	40,5	39,2	36,8	35,9	40,5
Erwerbstätige	7,7	7,5	7,6	7,6	7,8	7,6	8,3
Erwerbslose	48,3	47,1	51,3	53,8	50,3	48,4	52,8
Nichterwerbspersonen	19,5	18,3	19,1	19,6	19,5	19,5	20,5
Qualifikationsniveau: niedrig	25,9	24,7	27,2	27,7	28,0	28,8	30,7
Qualifikationsniveau: mittel	10,8	10,0	10,6	10,9	11,2	10,8	11,7
Qualifikationsniveau: hoch	5,2	5,1	4,3	5,2	5,0	5,4	5,3
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	34,9	32,3	32,7	31,9	31,5	32,6	31,7
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,7	12,2	12,6	12,8	12,7	12,3	13,1
Mit Migrationshintergrund	29,8	27,8	27,8	28,0	28,0	27,2	27,1
Ohne Migrationshintergrund	10,7	10,3	10,7	10,7	10,4	10,3	11,1

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus in Statistische Ämter des Bundes und der Länder – Sozialberichterstattung, www.amtliche-sozialberichterstattung.de (Stand: November 2012)

Das SGB II regelt in Deutschland die Förderung von erwerbsfähigen Personen sowie deren Angehöriger, soweit diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Die **SGB II-Quote**¹⁴⁷ liegt 2011 in Hessen bei 8,6 % und ist damit etwas geringer als der deutsche Vergleichswert (9,8 %). Seit 2005 ging diese Quote um 0,8 Prozentpunkte zurück. In Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben im Dezember 2011 hessenweit rund 399.000 Personen, wobei darunter 69,3 % erwerbsfähige und 30,7 % nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind (siehe folgende Tabelle). Seit 2005 hat sich die Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften um 9,1 % reduziert, wobei die stärkste Abnahme zwischen 2010 und 2011 stattfand.

¹⁴⁷ Die SGB II-Quote stellt den Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren dar.

Tabelle 67: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland							
Personen in Bedarfsgemeinschaften	7.100.647	7.283.493	7.021.621	6.611.891	6.737.363	6.469.423	6.119.846
davon erwerbsfähige Leistungsberechtigte in %	73,6	72,9	72,6	72,6	72,9	72,7	72,3
Hessen							
Personen in Bedarfsgemeinschaften	439.084	457.579	445.920	429.611	441.078	418.621	398.912
davon erwerbsfähige Leistungsberechtigte in %	70,8	69,9	70,0	69,7	69,8	69,7	69,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, www.statistik.arbeitsagentur.de, Grundsicherung in Zahlen Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende aktuelle Eckwerte der Grundsicherung für Arbeitsuchende Kreise und kreisfreie Städte – Zeitreihe (Stand: Mai 2012).

Während die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den letzten Jahren abgenommen hat, wächst unter ihnen der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt gleichzeitig aus Transferleistungen des SGB II und Arbeitslohn bestreiten. In Hessen liegt die Zahl dieser so genannten „Aufstocker“ im Jahr 2012 bei rund 83.000 Personen, dies entspricht rund 30 % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher.¹⁴⁸ Studien zeigen, dass der Erwerbsumfang der Aufstocker im Durchschnitt nicht sehr groß ist, bundesweit gehen rund 40 % einer geringfügigen Beschäftigung nach.¹⁴⁹ Insgesamt liegen die durchschnittlichen Stundenvergütungen der Aufstocker bei 6,20 Euro und damit deutlich unterhalb der Niedriglohngrenze für Hessen.¹⁵⁰ Der Aufstocker-Status ist dabei relativ stabil, ein „Aufstieg“ in eine existenzsichernde Beschäftigung erfolgt eher selten. Diese Erkenntnis ist auch in Studien zur Niedriglohnbeschäftigung nachgewiesen.¹⁵¹

Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zielrichtung sollte vor allem darauf gerichtet werden, möglichst vielen Aufstockern eine existenzsichernde Beschäftigung zu ermöglichen, denn im Hinblick auf die Einkommenssicherung besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese Geringverdiener auch langfristig auf ergänzende SGB II-Transfers bzw. im Rentenalter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Um zumindest für die Gruppe der jüngeren Aufstocker bzw. Bezieher von Niedriglohn einem dauerhaften Ver-

148 Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher 2012, Nürnberg.

149 Vgl. Bruckmeier, K., Eggs, J., Himsel, C., Trappmann, M., Walwei, U. (2013): Steinig und lang – der Weg aus dem Leistungsbezug, IAB-Kurzbericht 14/2013, S. 7.

150 Vgl. Trabert, L. (2011): Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen, HA-Report Nr. 782, Wiesbaden.

151 Vgl. Garloff, A., Machnig, J. (2011): Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung, Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen – Eine Bestandsaufnahme, IAB-Regional 3/2011, S. 33.

bleib in diesem Beschäftigungssegment vorzubeugen, sind Maßnahmen zum Ausbau des Humankapitals sowie zur Förderung der Aufstiegsmobilität sinnvoll.

Sozialhilfe nach dem SGB XII soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (§ 1 SGB XII).¹⁵² Die Sozialhilfe ist in sieben Bereiche gegliedert, die unterschiedlichen Lebenslagen Rechnung tragen sollen. Im Folgenden wird auf zwei dieser sieben Bereiche eingegangen. Zum einen soll die Hilfe zum Lebensunterhalt und zum anderen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dargestellt werden. Entscheidend hierbei ist, dass die Leistungsberechtigung von der Erwerbsfähigkeit der Personen abhängt. Personen, die vorübergehend weniger als drei Stunden erwerbsfähig sind, können Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung greift, wenn Personen dauerhaft weniger als drei Stunden täglich erwerbsfähig sind oder Altersrente beziehen.

Untersucht man die Empfänger(innen) von **laufender Hilfe zum Lebensunterhalt** zeigt sich, dass sich ihre Anzahl in Hessen zwischen 2005 und 2011 um 6.378 Personen bzw. 26 % auf 31.192 erhöht hat. Dies entspricht einem Anteil von 0,5 % an der Gesamtbevölkerung. Dabei stieg die Zahl der Leistungsberechtigten vor allem in den Altersgruppen 25-50 Jahre (+ 30,0 %) und 50-65 Jahre (+ 69,3 %) deutlich an. Die gestiegenen Fallzahlen der 50- bis 65-Jährigen sind im Wesentlichen der demografischen Entwicklung sowie strukturellen Veränderungen geschuldet. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird für Bedarfsgemeinschaften sowie für Leistungsberechtigte in Einrichtungen gewährt. Insgesamt leben knapp zwei Drittel der Leistungsberechtigten in Einrichtungen wie Wohn- und Pflegeheimen. Die zunehmende Tendenz zu kleineren Haushalten trägt ebenfalls implizit zu einer Ausdehnung der Leistungsberechtigten bei. In Hessen ist die Zahl der Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stärker gewachsen als im Bundeschnitt (+ 21,5 %).

Die Anzahl der Empfänger von **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nahm in Hessen ebenfalls zu. In der Zeitspanne zwischen den Stichtagen 31.12.2005 und 31.12.2011 war ein Anstieg um 17.570 Personen oder 32,8 % auf 71.059 Personen zu verzeichnen. Diese Zunahme fiel über alle Bundesländer hinweg etwas stärker aus (+ 33,9 %). In Hessen nahmen die voll erwerbsgeminderten Personen unter 65 Jahren um 9.202 Personen (+ 40,3 %) und die Personen ab 65 Jahren und älter um 8.368 Personen (+ 27,3 %) zu. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten im Jahr 2011 1,2 % der gesamten Bevölkerung. Dabei lag dieser Wert in den kreisfreien Städten etwa doppelt so hoch wie in den Landkreisen.

152 Die Sozialhilfe ist eine nachrangige Leistung und wird daher in der Regel erst dann erbracht, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, so etwa der Einsatz eigenen Einkommens und Vermögens der Leistungsberechtigten und ggf. der zu seinem Unterhalt verpflichteten Personen, seine eigene Arbeitskraft, seine Ansprüche gegenüber vorrangigen Sicherungssystemen (§ 2 SGB XII), vgl. BMAS (2012): Soziale Sicherung im Überblick.

Tabelle 68: Entwicklung der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Empfänger(innen) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	24.814	26.359	27.706	28.211	28.483	30.525	31.192
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	53.489	57.303	60.452	62.658	63.009	66.231	71.059

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, www.hsl.de, (Stand: November 2012) sowie Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung (4.Kapitel SGB XII) in Hessen 2011 und Statistische Ämter des Bundes und der Länder-Regionaldatenbank, www.regionalstatistik.de (Stand: Januar 2013).

Nach den Ergebnissen des Hessischen Landessozialberichtes ist der überwiegende Teil der über 65-Jährigen in der Lage, durch eigenes Einkommen und Vermögen für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen.¹⁵³ Dies wird grundsätzlich als Erfolg gewertet. Angesichts der veränderten Beschäftigungssituation mit einem höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigungen und einer wachsenden Niedriglohnbeschäftigung wird zukünftig die Aufgabe vor allem darin bestehen, für künftige Generationen durch entsprechende Maßnahmen, wie Zugang zu Bildung und Arbeitsförderung, Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt soweit sicherzustellen, dass sie auch nach Erreichen des Rentenalters finanziell ausreichend abgesichert sind.

Im Rahmen der Entwicklung von **Integrationsstrategien** wird nachfolgend die **Situation der Sinti und Roma** in Deutschland und Hessen kurz skizziert. Groben Schätzungen zufolge leben etwa 70.000 deutsche Sinti und Roma in Deutschland. Da in Deutschland keine amtlichen Daten auf ethnischer Basis erhoben werden, ist diese Zahl ein Schätzwert. Deutsche Sinti und Roma leben teilweise schon seit dem 15. Jahrhundert auf deutschsprachigem Gebiet und sind eine der vier Gruppen, die in Deutschland über den Status einer nationalen Minderheit verfügen. Davon zu unterscheiden sind Roma, die als Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach Deutschland gekommen sind. Die soziale Lage dieser Roma mit ungesichertem Aufenthaltsstatus erweist sich als schwierig.¹⁵⁴

Für Hessen liegen keine Zahlen zu den hier lebenden Sinti und Roma vor. Der Landesverband Hessen des Verbandes Deutscher Sinti und Roma hat mit den Städten Alsfeld, Bad Hersfeld, Hanau, Marburg und Darmstadt einen Vertrag geschlossen, der das freundschaftliche Verhältnis zwischen der nationalen Minderheit der Sinti und Roma und

¹⁵³ Hessisches Sozialministerium (2012): Hessischer Landessozialbericht, S. 366.

¹⁵⁴ Vgl. Unicef, Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland und Bundesministerium des Inneren (2011): EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland –.

den Städten fördern soll.¹⁵⁵ Zudem gibt es in Hessen Projekte, die darauf abzielen, den Zugang zu Bildung zu fördern. Zu diesen Projekten gehören beispielsweise die Förderung von Sinti und Roma im vorschulischen und schulischen Bereich, das Kooperationsmodell „Nationale Minderheiten: Sinti und Roma“ zwischen dem Land Hessen und der Philipps-Universität Marburg sowie ein Projekt zur Aufklärung über die Verfolgungsgeschichte.¹⁵⁶

Insgesamt sind zur Vermeidung von Armut zukünftig eine Stabilisierung von Lebensverhältnissen sowie eine Verbesserung des Zugangs zu Bildung und der Teilhabe am Arbeitsmarkt, insbesondere von Gruppen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, zu gewährleisten. Trotz der günstigen Arbeitsmarktentwicklung gilt es auch weiterhin, benachteiligte und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personenkreise zu unterstützen.

¹⁵⁵ Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen.

¹⁵⁶ Vgl. Bundesministerium des Inneren (2011): EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland – S. 24f.

12 Umweltschutz, Energie, Klima, Nachhaltigkeit (Ziele 4, 5, 6 und 7)

Ein zentrales Element der Europa 2020 Strategie ist die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung: Vier von elf thematischen Zielen der Strukturfonds¹⁵⁷ konzentrieren sich auf einzelne Aspekte des Umweltschutzes, des Klimas und der Nachhaltigkeit. Nach der konkreten Kernzielsetzung der Europa 2020 Strategie sollen bis zum Jahr 2020 die Treibhausgas- bzw. CO₂-Emissionen um 20 % (gegenüber dem Referenzjahr 1990) gesenkt, die Energieeffizienz um 20 % erhöht und der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 20 % gesteigert werden. Hessen wie auch Deutschland verfolgen nicht nur diese 20-20-20-Strategie, sondern haben sich sowohl bei der Senkung der CO₂-Emissionen eine ehrgeizige Minderung von 40 % als auch die Verdopplung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität vorgenommen. Letzteres bedeutet, dass im Jahr 2020 pro Einheit Brutto sozialprodukt nur halb so viel Energie verbraucht werden soll wie im Jahr 1990. Im Hinblick auf die Energieversorgung wurde im Rahmen des Hessischen Energiegipfels als Zielmarke beschlossen, bis zum Jahre 2050 möglichst eine hundertprozentige Deckung des Strom- und Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien zu erreichen.

12.1 Entwicklung der CO₂-Emissionen

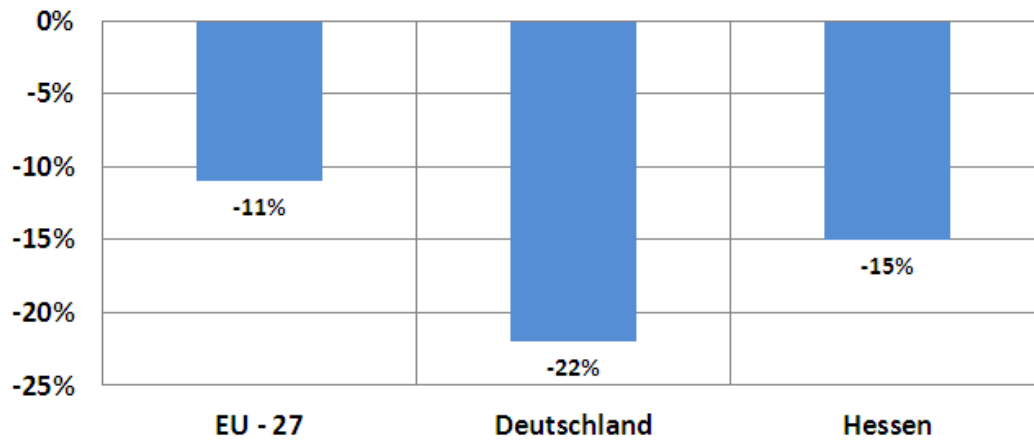
Die Erwärmung der Erdatmosphäre wird hauptsächlich auf den Ausstoß von Treibhausgasen zurückgeführt. Im Jahr 2008 wurden in Hessen insgesamt rd. 44 Mio. Tonnen Treibhausgase bzw. CO₂-Äquivalente emittiert, was gegenüber dem Jahr 1990 einer Abnahme in Höhe von 7,5 Mio. Tonnen bzw. 15 % entspricht. Die Reduktion der Treibhausgase (in CO₂-Äquivalenten) war in Hessen etwas weniger erfolgreich als in Deutschland (- 22 %), wo insbesondere im Rahmen des Strukturwandels in den neuen Ländern in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung der CO₂-Ausstoß erheblich gesenkt werden konnte.

Infolge der stärker von Dienstleistungen geprägten hessischen Wirtschaftsstruktur lagen die Pro-Kopf-Emissionswerte in Hessen im Jahr 2008 mit 7,2 Tonnen jedoch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnittswert von 11,8 Tonnen.¹⁵⁸ Dieses um fast 40 % niedrigere Niveau bedeutet aber für die Erreichung des Minderungsziels für Hessen deutlich höhere Anstrengungen als für Deutschland.

¹⁵⁷ Vgl. COM (2012) 496 final, Artikel 9, Ziele 4, 5, 6 und 7.

¹⁵⁸ Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt, Nachhaltigkeitsstrategie Hessen – Ziele und Indikatoren, Fortschrittsbericht 2012, Wiesbaden 2012, S. 43.

Abbildung 58: Veränderung der Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2008 (in %)*



* Ohne internationalen Luftverkehr.

Quelle: Eurostat; Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Nachhaltigkeitsstrategie Hessen – Ziele und Indikatoren, Fortschrittsbericht 2012; in den Fußnoten auf S. 42 wird dort darauf hingewiesen, dass für Hessen sowohl für die drei Kyoto-Gase HFCs, PFCs und SF₆ als auch in den Jahren 1990 bis 1994 für die Emission von prozessbedingtem CO₂ sowie in den Jahren 1990-94, 1996-1999, 2001 und 2002 für die Emission von CH₄ und N₂O keine Angaben vorliegen. Diese fehlenden Werte konnten allerdings extrapoliert werden.

12.2 Steigerung der Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz und die Realisierung von Energieeinsparungen sind erklärtes Ziel des hessischen Energiegipfels, wobei prinzipiell alle Sektoren der Energieanwendung ihren Beitrag leisten können: Für den größten Bereich „Private Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ sind Gebäudesanierungen (Heizungsmodernisierungen und Dämmmaßnahmen) wie auch der Einsatz energieeffizienter Geräte zu nennen; für den Verkehrsbereich stehen die Zunahme des nicht-motorisierten Individualverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs und die Entwicklung effizienter Antriebstechnologien auf der Agenda; die Herausforderungen für die Industrie bestehen in der Entwicklung energiesparender Produkte und vor allem auch energiesparender Produktionsmethoden; der Energiesektor selbst ist durch den Einsatz effizienter Kraftwerkstechniken und insbesondere den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefordert.

Als weitreichender Erfolgsindikator kann die Energieproduktivität herangezogen werden, die sich als Quotient aus preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt zu Primärenergieverbrauch errechnet. Für Hessen ergibt sich für das Jahr 2009 aus einem 5 % niedrigeren Primärenergieverbrauch und einem real 29 % höheren Bruttoinlandsprodukt eine Zunahme der Energieproduktivität gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 36 %. Die etwas höhere Zunahme von 40 % für Deutschland ist zu großen Teilen auf die Folgen des Strukturwandels der Wiedervereinigung zurückzuführen. In Hessen führte der Energieeinsatz zu einer vergleichsweise höheren Wirtschaftsleistung als in Deutschland. So konnte im

Jahr 2009 von der hessischen Wirtschaft mit jedem Gigajoule im Durchschnitt ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 244 Euro erzielt werden, was 65 Euro bzw. gut ein Drittel mehr waren als im Bundesdurchschnitt. Durch diesen Niveauvorsprung ist die angestrebte Zielerreichung bis zum Jahr 2020 für Hessen erheblich schwieriger einzuschätzen als für Deutschland insgesamt.

12.3 Entwicklung Erneuerbarer Energien

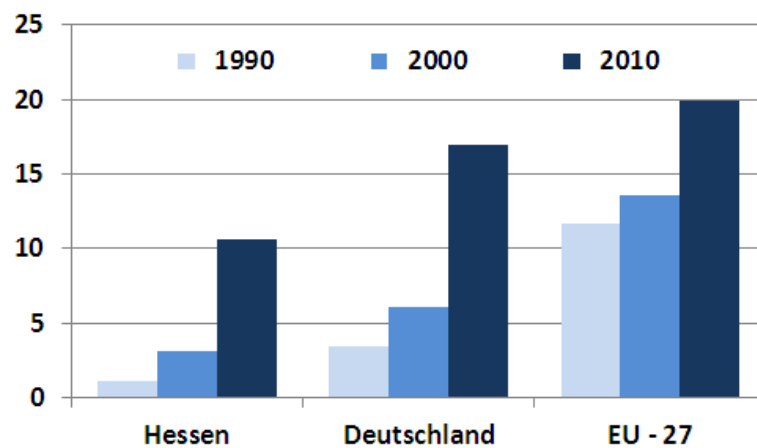
Unter der Bezeichnung „Erneuerbare Energien“ wird die vorwiegend der Strom- und Wärmeherzeugung dienende Energiegewinnung aus Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie, Erdwärme sowie nachwachsenden Rohstoffen zusammengefasst. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine hohe Energieeffizienz aus und gelten als elementarer Garant für eine erfolgreiche Energiewende. Entsprechend nimmt die Bedeutung Erneuerbarer Energien für die Energieversorgung in Hessen und Deutschland rasant zu. So deckte Hessen beispielsweise seinen Primärenergieverbrauch im Jahr 1990 gerade einmal zu 0,6 % durch Erneuerbare Energien, wobei es sich im Wesentlichen um Wasserkraft handelte. In Deutschland lag der entsprechende Anteil damals mit knapp 1 % geringfügig höher. Im Jahr 2009 wurden 6 % des gesamten hessischen Primärenergieverbrauchs durch Erneuerbare Energien erbracht, in Deutschland lag der entsprechende Wert sogar schon bei fast 9 %.

Im Europäischen Vergleich spielen Erneuerbare Energien in vielen Ländern heute eine größere Rolle, als dies in Deutschland der Fall ist. Norwegen, Österreich, die Schweiz, Schweden und Portugal decken ihre Elektrizitätserzeugung zu mehr als der Hälfte durch Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie. Wie die folgende Abbildung zeigt, erzeugten die EU-27-Länder ihren Strom im Jahr 2010 im Durchschnitt zu knapp 20 % durch Erneuerbare Energien (zum Vergleich: Deutschland (17 %), Hessen (11 %)). Allerdings lag das Ausgangsniveau in den EU-27-Ländern im Jahr 1990 schon bereits bei knapp 12 % und damit deutlich über den Vergleichswerten in Deutschland (3,5 %) und Hessen (1 %).

Die Unterschiede bezüglich der Kapazitäten der Erneuerbaren Energien zwischen den Bundesländern lassen sich zum großen Teil auf das regional sehr verschiedene naturräumliche Produktionspotenzial zurückführen. Während sich etwa weite Teile der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz aufgrund günstiger naturräumlicher Bedingungen – insbesondere ein hoher Waldanteil – vergleichsweise gut zur Stromerzeugung aus fester Biomasse eignen, weisen beispielsweise Niedersachsen und der nordwestliche Teil von Nordrhein-Westfalen vor allem aufgrund einer hohen Besatzdichte bei der Tierhaltung komparative Standortvorteile bei der Stromerzeugung aus Biogas auf. Für die Erzeugung von Bioenergie aus pflanzlichen Rohstoffen bieten sich auch die fruchtbaren Ackerbauregionen – z.B. die Magdeburger Börde, das Thüringer Becken und die Wetterau – an. Markante Unterschiede bei der räumlichen Verdichtung bestehen auch hinsichtlich der Stromerzeugung aus Wasserkraft und aus Windkraft. Was die Windkraft betrifft, so eignen

sich für diese Art der Stromerzeugung insbesondere die Küstenregionen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie weite Teile der mitteldeutschen Tiefebene in Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Zudem haben die jüngeren technischen Entwicklungen beim Bau größerer Windkraftanlagen dazu geführt, dass mittlerweile aufgrund der Höhe der Anlagen auch bewaldete Höhenlagen in Mittelgebirgen für die Windkraftnutzung infrage kommen, weswegen sich die potenziellen Standortregionen – auch in Hessen – erheblich vergrößert haben. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft ist ebenfalls naturräumlich, aber auch aufgrund der im Einzelfall häufig sehr umfangreichen Investitionssummen und großen technologischen und planerischen Herausforderungen stark limitiert. Diese Art der Stromgewinnung bietet sich innerhalb Deutschlands insbesondere im Alpenraum und im Schwarzwald und demnach in Bayern bzw. Baden-Württemberg an. Darüber hinaus ist mit Blick auf die zeitliche Entwicklung anzumerken, dass in Deutschland ein Großteil des Potenzials für die Wasserkraft bereits im Zeitraum 1850 bis etwa 1960 ausgeschöpft wurde, so beispielsweise durch die Anlage von Stauseen und den Ausbau der Wasserstraßen mit Staustufen, so dass in Zukunft ein weiterer Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten voraussichtlich in nur begrenztem Maße möglich sein wird. Dies gilt auch für die Zukunftspotenziale der Wasserkraft in Hessen.¹⁵⁹

Abbildung 59: Beitrag Erneuerbarer Energien zur Bruttostromerzeugung 1990 und 2010 (in %)



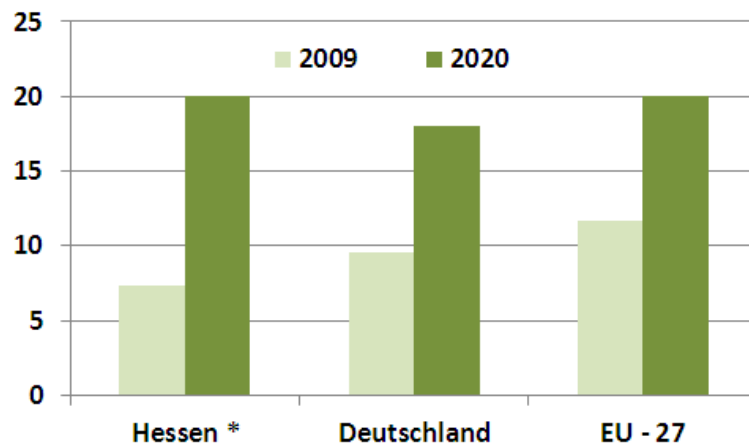
Quelle: Eurostat.

Europa hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu erhöhen. Im Jahr 2009 lag der Anteil noch bei 11,7 %. Deutschland, das im Jahr 2009 einen Anteilswert von 9,5 % realisierte, hat als Ziel für das Jahr 2020 den Anteilswert von 18 % formuliert. Rückblickend schreitet

¹⁵⁹ Vgl. Uwe van den Busch, U., A. Gauler und J. Harsche (2012): Auswirkungen der Energiewende auf die hessische Wirtschaft. Modul 1: Basisdaten zu Energieversorgung und -verbrauch in Hessen – Theoretische Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte. Report Nr. 828 der Hessen Agentur, Wiesbaden, S. 16f.

Hessen beim Ausbau einer auf Erneuerbaren Ressourcen basierenden Energieversorgung rasch voran, bleibt aber immer noch unter dem in Deutschland und Europa bereits erreichten Niveau. Speziell im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt Hessen das Ziel, bis zum Jahr 2020 den Endenergieverbrauch für alle Wirtschaftssektoren – allerdings mit Ausnahme des Verkehrssektors, der in Hessen in hohem Maße durch den Flughafen Frankfurt geprägt wird¹⁶⁰ – zu 20 % durch Erneuerbare Energien bereitzustellen. Der Zwischenstand für das Jahr 2009 lag bei 7,3 %. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch insgesamt, d. h. einschließlich des Verkehrssektors, lag in Hessen im Jahr 2009 bei 3,9 %. Die Anstrengungen zur Zielerreichung dürften in den kommenden Jahren sicher nicht geringer werden.

Abbildung 60: Anteil Erneuerbarer Energien an der Endenergieerzeugung 2009 und Ziel 2020 (in %)



* Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt, da die Anteilsberechnung für Hessen explizit ohne den Verkehrssektor erfolgt, der in relativ hohem Maße durch den Flugverkehr mit beeinflusst wird. Im Hinblick auf die Energieversorgung wurde im Rahmen des Hessischen Energiegipfels als Zielmarke beschlossen, bis zum Jahre 2050 möglichst eine hundertprozentige Deckung des Strom- und Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien zu erreichen.

Quelle: Eurostat.

12.4 Energieintensität im Verarbeitenden Gewerbe

Der Energieverbrauch je 1.000 Euro Umsatz kann als Indikator für die Energieintensität der Industrie in einer Region interpretiert werden. Dabei produziert das Verarbeitende Gewerbe in allen drei hessischen Regierungsbezirken deutlich weniger energieintensiv als im Bundesdurchschnitt. Während in Deutschland die Energieintensität zwischen 2005 und 2010 sogar um 6 % anstieg, ging sie in Hessen um 13 % zurück.

¹⁶⁰ In Hessen entfielen im Jahr 2009 rund 45 % des gesamten Endenergieverbrauchs auf den Verkehrssektor, fast die Hälfte davon auf den Luftverkehr (zum Vergleich: Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen kamen zusammen auf nur fast 43 %, die Industrie auf insgesamt knapp 13 %).

Tabelle 69: Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steine und Erden in Gigajoule je 1.000 Euro Umsatz*

Region	Energieverbrauch (in Gigajoule je 1000 Euro Umsatz)		Veränderung (in %)
	2005	2010	2005-2010
Deutschland	2,7	2,8	6
Hessen	1,4	1,2	-13
RB Darmstadt	1,1	0,9	-18
RB Gießen	1,5	1,5	2
RB Kassel	2,7	2,3	-15

*Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbaus, Gewinnung von Steine und Erden mit 20 u. m. Beschäftigten

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, Zusammenstellung der Hessen Agentur.

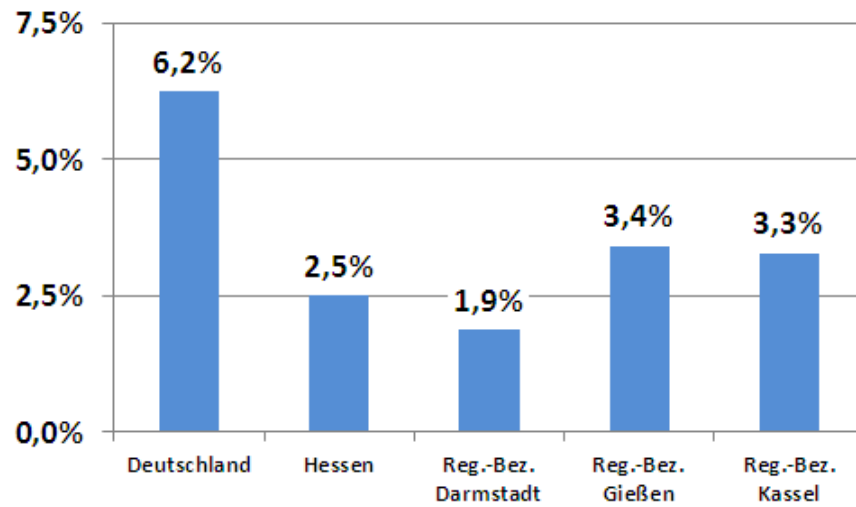
Regional differenziert war der Rückgang im Regierungsbezirk Darmstadt besonders ausgeprägt, gefolgt vom Regierungsbezirk Kassel, wo der Rückgang jedoch von einem deutlich höheren Niveau aus stattfand.

12.5 Umweltinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes

Das Verarbeitende Gewerbe investierte in den Jahren 2006 bis 2009 in Hessen im Durchschnitt 2,5 % – und somit deutlich weniger als in Deutschland (6,2 %) – seiner Gesamtinvestitionen in Umweltschutzmaßnahme.¹⁶¹ Eine Ursache hierfür dürfte in der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur mit höheren Anteilen der Schwerindustrie in anderen Bundesländern liegen, wodurch sich auch die Produktion im Bundesdurchschnitt durch einen höheren Energie- und Ressourceneinsatz als in Hessen auszeichnet.

¹⁶¹ Das Investitionsverhalten kann im Zeitverlauf insbesondere bei kleineren Regionaleinheiten von Jahr zu Jahr relativ stark schwanken. Um eventuelle Ausreißer zu glätten, wurde daher ein Durchschnittswert aus mehreren Jahren gebildet.

Abbildung 61: Anteil der Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen an den Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Durchschnitt der Jahre 2006 - 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hessisches Statistisches Landesamt (Kreiszahlen), Berechnungen der Hessen Agentur.

In regionaler Betrachtung sind die Investitionsquoten sehr heterogen, wobei die höchsten Werte von den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg (7,7%), Fulda (6,9%) und Gießen (5,1%) erreicht werden und am unteren Ende der Rangliste der Rheingau-Taunus-Kreis (0,9 %), der Landkreis Groß-Gerau (0,8 %) und der Main-Taunus-Kreis (0,6 %) liegen. Ein erkennbarer Zusammenhang z.B. zwischen Industrialisierungsgrad und Investitionsverhalten ist dabei zunächst nicht festzustellen. Angesichts der hohen Bedeutung der Nachhaltigkeit für die EU-2020-Strategie können speziell an dieser Stelle tiefergehende Analysen und der Aufbau eines Investitionsmonitorings vorgeschlagen werden. Ziel sollte es sein, die Unternehmen für Umweltschutzmaßnahmen zu sensibilisieren und die Investitionsneigung zu erhöhen.

12.6 Nachhaltiger Verkehr

Durch seine zentrale Lage ist Hessen und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet ein Verkehrsknotenpunkt für den Straßen-, Schienen- und Flugverkehr in Europa. Dabei sind die Umweltbelastungen durch den motorisierten Güter- und Personenverkehr erheblich. So wurden beispielsweise im Jahr 2009 für den gesamten Endenergieverbrauch in Hessen insgesamt 14,1 Mio. Tonnen SKE Mineralöl verwendet, 11,4 Mio. Tonnen SKE bzw. 81 % entfielen davon alleine auf den Verkehrssektor. Neben den bei der Verbrennung freigesetzten Treibhausgasemissionen sind der Ausstoß von Feinstaubpartikeln und die Lärmbelastungen durch den Verkehr weitere negative Effekte. Eine vielversprechende Alternative zu den konventionellen Kraftstoffen liegt in der Elektromobilität. Die Bundesregierung verfolgt dabei konkret das Ziel, im Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu haben.

Das Bundesverkehrsministerium hat dazu das Projekt Modellregion Elektromobilität initiiert, an dem auch das Rhein-Main-Gebiet als eine von insgesamt acht Regionen teilnimmt. Die Modellregion soll u. a. den Nachweis erbringen, dass nachhaltige Mobilität, bei der zunehmend dezentral, regenerativ gewonnene elektrische Energie genutzt wird, zur wirtschaftlichen Entwicklung und Lebensqualität beiträgt. Konkret sollen eine nachhaltige, elektromobile Lebensweise eingeführt und ein integriertes Mobilitätskonzept umgesetzt werden, wobei E-Fahrzeuge (Fahrräder, Autos, Busse, LKWs) in bestehende Mobilitätsketten einbezogen werden und dadurch Individualverkehr, ÖPNV, City Logistics und Sonderverkehre integriert werden. Wie die folgende Zusammenstellung des aktuellen Kraftfahrzeugbestandes zeigt, ist das Potenzial für Elektrofahrzeuge in Hessen und Deutschland noch sehr groß.

Tabelle 70: Stand an Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2012 in Hessen und Deutschland

	PKW	LKW	Busse	Krafträder	Sonstige
Hessen					
Insgesamt	3.372.935	178.509	5.770	305.532	159.119
<i>darunter:</i>					
Elektro	412	68	1	145	36
Hybrid	4.330	23	10	38	23
Deutschland					
Insgesamt	42.927.647	2.528.656	75.988	3.908.072	2.294.814
<i>darunter:</i>					
Elektro	4.541	1.457	90	2.086	459
Hybrid	47.642	156	177	225	921

Quelle: Kraftfahrtbundesamt (2012), Zusammenstellung der Hessen Agentur.

Elektromobilität und die Nachhaltigkeit im Verkehr gehören in Hessen bereits zu den zentralen Themen, die derzeit intensiv in Politik und Wirtschaft diskutiert werden. Neben der Modelregion Rhein-Main gibt es weitere Initiativen¹⁶² wie die H2BZ Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Initiative und das Projekt NEMo (Nordhessen E-Mobilität), die sich speziell mit den Herausforderungen der Elektromobilität beschäftigen. Eine Reihe weiterer Initiativen und Institutionen wie Hessen Mobil und Staufreies Hessen, HOLM und die Verkehrszentrale Hessen widmen sich auch anderen Aspekten der Nachhaltigkeit im Verkehr und des Verkehrsmanagements.

¹⁶² Vgl. auch Petkova, G., Bauer, C., Harsche, J., (2011): Elektromobilität in Hessen – Eine Bestandsaufnahme, HA-Report Nr. 807, Wiesbaden.

12.7 Zustand der Schutzgüter

Zustand und Gefährdung des Schutzguts Boden

Boden ist wie Wasser und Luft eine unersetzbare Ressource und Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Er erfüllt vielfältige und lebenswichtige Funktionen im Naturhaushalt, denn er schützt z.B. durch seine Filter- und Pufferfunktion das Grundwasser und ist die Basis für gesunde landwirtschaftliche Produkte sowie nachwachsende Rohstoffe. Der Boden ist zudem Archiv der Natur- und der Kulturgeschichte. Diese für Gesellschaft und Ökosysteme existentiellen Funktionen gilt es auch für die Zukunft zu sichern.

Zur Sicherung dieser Bodenfunktionen, sind vorsorgende Maßnahmen insbesondere zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der organischen Substanz sowie zur Vermeidung von Bodenverdichtung und Bodenerosion erforderlich. Die Optimierung des Bodengefüges durch eine angepasste Bodenbearbeitung und Förderung der biologischen Aktivität sowie der Erhalt humusreicher Böden sind insofern von besonderer Bedeutung. Eine nachhaltige land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung trägt diesen Zielen durch eine angepasste Bewirtschaftung Rechnung.

Das Schutzgut Boden wird nach Bodenschutzgesetzgebung über verschiedene Bodenfunktionen definiert (siehe folgende Tabelle). Um diese erfassen und den Zustand bewerten sowie mögliche schädliche Bodenveränderungen identifizieren zu können, stehen in Hessen vielfältige Datengrundlagen zur Verfügung. Über die Bewertung einzelner Bodenfunktionen hinaus steht zudem mit dem BodenvIEWer Hessen des HLUG eine Methode zur Gesamtfunktionalen Bodenbewertung zur Verfügung.

Aus dem allgemeinen Ziel, Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen, ergeben sich unterschiedliche Handlungsfelder für den vorsorgenden Bodenschutz wie beispielsweise:

- Schutz vor Überbauung und Sicherstellung der bodenschutzkonformen Ausführung von Bauvorhaben,
- Schutz vor Schadstoffeinträgen durch die Luft, Überschwemmungen oder das Auf- und Einbringen von Materialien,
- Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen auf Grund von Bodenerosion durch Wind und Wasser,
- Einhaltung der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft gemäß § 17 BBodSchG zur Sicherung einer nachhaltigen Bodenfruchtbarkeit. Dazu zählen die Aspekte standortangepasste Bodenbearbeitung, Erhalt der Bodenstruktur, Vermeidung von Bodenverdichtungen und Bodenabträgen, Erhalt von Strukturelementen, eine auf den Erhalt der biologischen Aktivität ausgerichtete Fruchtfolgegestaltung und der Erhalt eines standorttypischen Humusgehaltes des Bodens.

Tabelle 71: Natürliche Bodenfunktionen und Archive der Natur- und Kulturgeschichte

Natürliche Bodenfunktionen			
Bodenfunktionen	Bodenteilfunktionen	in Hessen und Rheinland-Pfalz verfügbare Kriterien und Datengrundlagen	
Lebensraumfunktion	Lebensgrundlage für Menschen	Überschreitung von Prüf- und Maßnahmenwerten der BBodSchV	Auswertung Bodendauerbeobachtungsflächen (BDF)
	Lebensraum für Tiere	Pot. bodenbezogene Feldhamsterhabitate	BFD5L
	Lebensraum für Pflanzen	Standorttypisierung für die Biotopentwicklung	BFD5L, BFD50, PVFRM*
	Lebensraum für Bodenorganismen	Ertragspotenzial	BFD5L, BFD50, PVFRM*
Funktion als Bestandteil des Naturhaushalts	Funktion des Bodens im Wasserhaushalt	Feldkapazität (FK)	BFD5L, BFD50
		natürliche Feldkapazität (nFK)	BFD5L, BFD50
	Funktion des Bodens im Nährstoffhaushalt	Nitratrückhaltevermögen des Bodens	BFD5L, BFD50
	Funktion des Bodens im sonstigen Stoffhaushalt	(z. B. Kohlenstoff-Speicher)	---
Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium	Filter und Puffer für anorganische sorbierbare Schadstoffe	(Bindungsstärke des Bodens für Schwermetalle)	---
	Filter, Puffer und Stoffumwandler für organische Schadstoffe	(Bindung und Abbau von organischen Schadstoffen)	---
	Puffervermögen des Bodens für saure Einträge	(Säureneutralisationsvermögen)	---
	Filter für nicht sorbierbare Stoffe	Nitratrückhaltevermögen des Bodens	BFD5L, BFD50
Archiv der Natur- und Kulturgeschichte			
Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	Archiv der Naturgeschichte	naturgeschichtlich bedeutsame, regional seltene Pedotope und Pedogenesen	PVFRM*
	Archiv der Kulturgeschichte	kulturgeschichtlich bedeutsame, regional seltene Pedotope und Pedogenesen	PVFRM*

*PVFRM: Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

Quelle: Schnittstelle Boden – Ingenieurbüro für Boden- und Grundwasserschutz, HLUG.

Der Zustand der hessischen Böden wird über ein dauerhaft angelegtes Monitoringprogramm, über sogenannte Dauerbeobachtungsflächen, erfasst. Dieses Monitoringprogramm ist Bestandteil des hessischen Bodenzustandskatasters, das alle punktbezogenen Erhebungsdaten aus unterschiedlichen Projekten des HLUG bündelt und auswertbar macht. Hieraus wurde beispielsweise der vom HLUG publizierte Bericht „Hintergrundwerte von Spurenstoffen in hessischen Böden“ abgeleitet. Dieser gibt einen Überblick über den Zustand anorganischer Spurenstoffe in hessischen Böden und wird zukünftig um organische Stoffgruppen erweitert. Bedenkliche stoffliche Belastungen und schädliche Bodenveränderung sind in der Regel nur kleinräumig durch spezifische Einträge verursacht. Örtlich bestehen aber im Überflutungsbereich von Auen flächenhafte stoffliche Belastungen. Die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen ist allerdings bei Einhaltung spezifischer Bewirtschaftungsweisen möglich.

Zur Beurteilung der Gefährdung des Bodens im Hinblick auf Erosion durch Wasser steht die bereits in der laufenden Förderperiode integrierte Erosionsbewertung im Rahmen der „Verordnung zur Einteilung landwirtschaftlicher Flächen nach dem Grad der Erosionsgefährdung“ zur Verfügung. Diese Gebietskulisse bildet die Grundlage für die von den Landwirten einzuhaltenden Bewirtschaftungsauflagen, um den Anforderungen der Cross-Compliance-Richtlinien gerecht zu werden. Eine systematische, flächenhafte Erfassung des Erosionszustandes liegt für Hessen nicht vor. Bodenkarten und Bodenschätzungsdaten wie auch Profilaufnahmen des Bodenzustandskatasters zeigen aber einen hohen Anteil durch Bodenerosion überprägter Standorte auf. Betroffen sind vor allem die Lössstandorte der Becken und Grabenlandschaften, insbesondere bei großen zusammenhängenden Bewirtschaftungseinheiten, sowie geneigte Ackerflächen der Mittelgebirge.

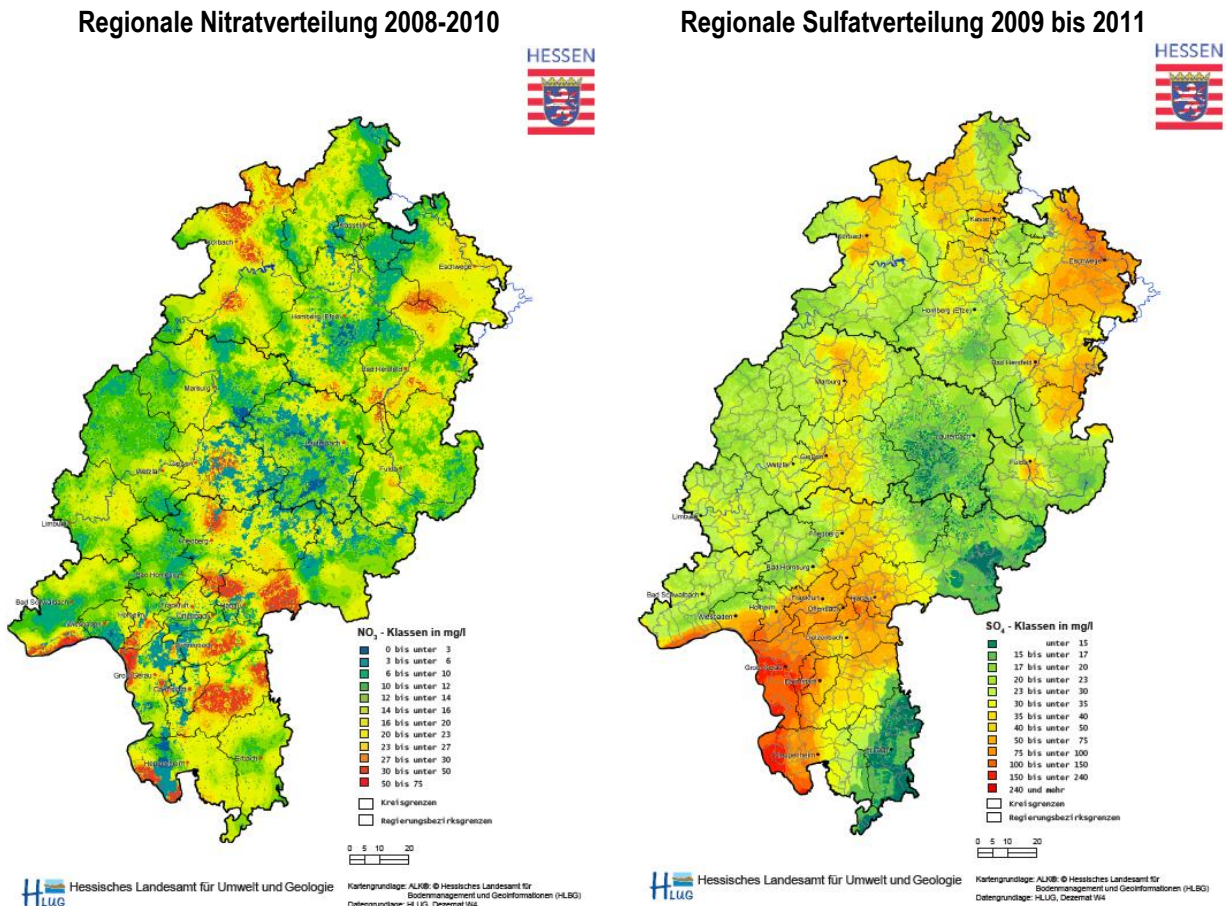
Bodenerosion durch Wind spielt in Hessen eine untergeordnete Rolle. Eine flächenhafte Bewertung nach DIN 19706 ergab gemäß einer Untersuchung des HLUG einen Anteil von 0,01 % der in Hessen ackerbaulich genutzten Flächen.¹⁶³

163 Vgl. HLUG (2008): Auswertung zur Abschätzung der potenziellen Erosionsgefährdung durch Wind gemäß § 2 des Direktzahlungen-Verpflichtungen-Gesetz. Wiesbaden;
HLUG (2011): Hintergrundwerte von Spurenstoffen in hessischen Böden. Wiesbaden;
HLUG (2012): BodenViewer Hessen, Thema Bodenschutz in der Planung/ Bodenfunktionsbewertung.
<http://bodenviwer.hessen.de>

Zustand des Grundwassers

Im Hinblick auf die Beschaffenheit des Grundwassers in Hessen wird an dieser Stelle auf die **Nitratgehalte** und die **Sulfatgehalte** eingegangen.

Abbildung 62: Beschaffenheit des Grundwassers in Hessen



Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Nitratgehalte im Grundwasser, die eine Konzentration von 10 mg je Liter überschreiten, gelten als wichtiger Indikator für die anthropogene Belastung des Grundwassers. Die Einträge von Nitrat in das Grundwasser stammen zum größten Teil aus der landwirtschaftlichen Nutzung durch Ackerbau und erfolgen entweder über die mikrobielle Umwandlung organischer Substanzen der Böden oder über Stickstoffdüngergaben. In zahlreichen Fällen finden sich hohe Nitratkonzentrationen im Grundwasser in Erzeugerregionen mit Sonderkulturen wie Weinbau und Gemüseanbau ebenso wie in solchen mit generell intensiver landbaulicher Nutzung. Übertragen auf die hessischen Verhältnisse trifft dies insbesondere auf die Sonderkulturstandorte im Rheingau und im hessischen Ried wie auch auf die fruchtbaren Ackerbauregionen in der Wetterau und der Mainebene zu.¹⁶⁴

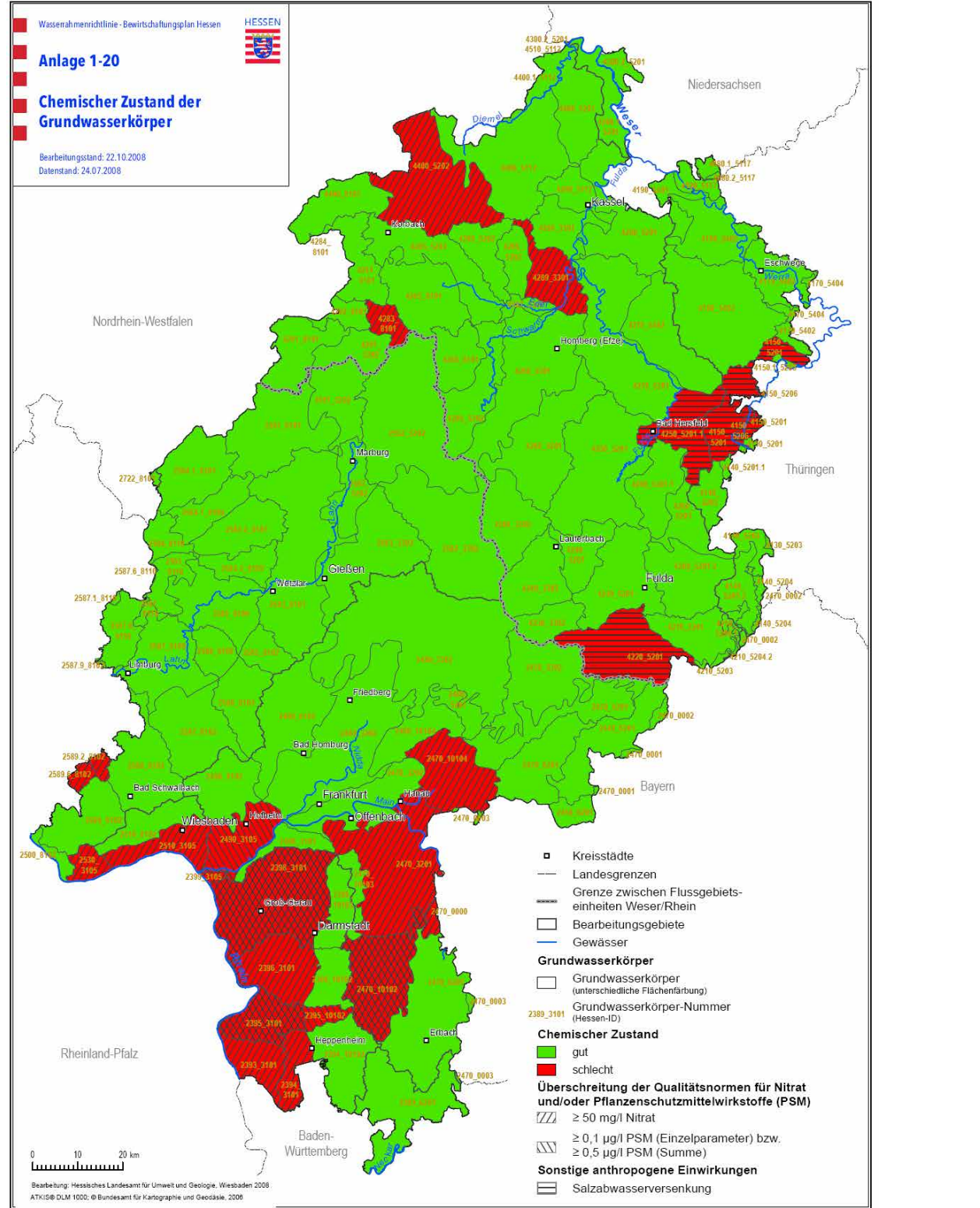
¹⁶⁴ Vgl. HLUG (Hrsg., o. J.), Umweltatlas Hessen. Wiesbaden.

Die Gehalte von **Sulfaten**, die zu den geogenen Hauptbestandteilen der Wasserinhaltsstoffe im Grundwasser zählen, hängen sehr stark von den regionalspezifischen hydrogeologischen Gegebenheiten ab. Anthropogene Quellen für Sulfate im Grundwasser bilden schwefelhaltige Dünger, Abwässer und Abfalldeponien. Sulfateinträge erfolgen des Weiteren über Niederschläge. Besonders hohe Sulfatkonzentrationen sind innerhalb Hessens vor allem im hessischen Ried und in den Ausläufern der Thüringischen Senke zu beobachten.¹⁶⁵

Eine Einordnung der Grundwasserkörper (GWK) hinsichtlich ihres **chemischen Zustands** in Hessen wurde vom HLUG vorgenommen. Hierbei wurden in einem ersten Untersuchungsschritt die Grenzen von hydrogeologischen Teilräumen mit den Grenzen von hydrologischen Einzugsgebieten verschnitten, woraus sich für Hessen insgesamt 128 GWK mit einer mittleren Fläche von rund 170 km² herleiten ließen. Die Ermittlung des Gütezustands dieser GWK erfolgte anhand der Indikatoren Belastung durch Nitrate, Belastung durch Pflanzenschutzmittel (PSM) sowie Salzbelastung. Eine hierauf basierende Zustandsanalyse hat ergeben, dass sich 24 der hessischen GWK – dies entspricht einem Anteil von 19 % – in einem schlechten Zustand befinden, hierunter 14 GWK aufgrund von Nitratbelastung, drei GWK aufgrund von Belastungen durch Nitrate wie auch PSM und zwei GWK aufgrund von PSM-Belastungen (siehe Abbildung 63). Die betreffenden GWK liegen größtenteils in der Rhein-Main-Region. Fünf weitere GWK, allesamt im Werra-Kali-Gebiet liegend, weisen infolge der Salzwasserversenkung einen schlechten Zustand auf.¹⁶⁶

¹⁶⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶⁶ Vgl. Berthold, Georg (2012): a. a. O.;
HLUG (Hrsg., 2013.): a. a. O.



Zustand der Oberflächengewässer

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verlangt die Herstellung/Erhaltung eines „guten Zustandes“ der natürlichen Oberflächenwasserkörper bis zum Jahr 2015 (unter bestimmten Bedingungen sind Fristverlängerungen bis 2021/2027 möglich). Der „gute Zustand“ wird durch biologische Qualitätskomponenten (u.a. Fische und Fischnährtiere sowie Kieselalgen und höhere Wasserpflanzen) und Qualitätsziele für eine Vielzahl chemischer Stoffe definiert. Nur 6 % der Oberflächenwasserkörper weisen bezüglich aller biologischen Qualitätskomponenten einen „guten Zustand“ auf und entsprechen damit bereits den Anforderungen der WRRL.¹⁶⁷

Ursachen für die Verfehlung des „guten Zustandes“ bezüglich der biologischen Qualitätskomponenten bei den übrigen 94 % der Oberflächenwasserkörper liegen in den folgenden „wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen:

- Hydromorphologische Veränderungen
- Nährstoffbelastung
- Belastung mit organischen Stoffen¹⁶⁸

Zur Reduzierung der Belastungen durch hydromorphologische Veränderungen sind im Maßnahmenprogramm strukturverbessernde Maßnahmen („Renaturierung“) an über 2.000 km Fließgewässern vorgeschlagen, für die etwa 4.500 ha Flächenbedarf veranschlagt wurden. Weiterhin soll an ca. 4.660 Wanderhindernissen (z.B. Wehren) die lineare Durchgängigkeit hergestellt werden.

Die Nährstoffbelastung (insbesondere Phosphor) stammt zum überwiegenden Teil immer noch aus den kommunalen Kläranlagen (auch wenn in den vergangenen Jahren/Jahrzehnten hier enorme Fortschritte erzielt werden konnten), aber teilweise auch aus erosiven Einträgen durch die Landwirtschaft (siehe Kapitel 12.7: Zustand und Gefährdung des Schutzguts Boden), die außerdem durch den Eintrag von Feinsediment zu einer unerwünschten „Verstopfung“ des gewässerökologisch wichtigen Kieslückensystems der Gewässersohle führen und seine Funktion – u. a. als Laichhabitat für Fische – zerstören können.

Deshalb sind hier sowohl (weitere) Maßnahmen an Kläranlagen wie auch (weitere) Maßnahmen zur Verminderung der erosiven Einträge aus der Landwirtschaft erforderlich – letztere auch im Eigeninteresse der Landwirtschaft selbst, da sie auch dem Erhalt des Bodens als ihrer wichtigsten Produktionsgrundlage dienen.

¹⁶⁷ Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009b): Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen – Bewirtschaftungsplan Hessen 2009-2015 S. 92f.

¹⁶⁸ Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009c): Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen – Maßnahmenprogramm Hessen 2009-2015 S. 4f.

Die Belastung mit organischen Stoffen stammt z. T. aus kommunalen Kläranlagen direkt, z. T. wird sie aber auch sekundär durch die oben beschriebenen Nährstoffeinträge hervorgerufen, die zu einem übermäßigen Wachstum von organischer Substanz führen. Durch deren späteren Abbau wird viel Sauerstoff verbraucht, der dann insbesondere den Fischnährtieren und den Fischen fehlt (diese Situation verschärft sich in den Nachtstunden, da bei fehlendem Tageslicht Pflanzen keinen Sauerstoff produzieren).

Die Belastung der hessischen Fließgewässer hängt bei den meisten Schadstoffen sehr stark davon ab, inwieweit die eingeleiteten gereinigten Abwässer im aufnehmenden Gewässer verdünnt werden. Die konventionellen kommunalen Kläranlagen können viele Schadstoffe nicht vollständig eliminieren und sind daher die wichtigste Ursache für die Belastung der Fließgewässer. Daneben gibt es auch Einträge aus Mischwasserentlastungen, durch die bei starken Regenfällen mit Regenwasser verdünntes Abwasser eingeleitet wird, aus Regenwasserkanälen der Trennkanalisation oder diffus aus der Landwirtschaft und von befestigten Flächen.

Daher ist die Belastung in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte und daher hohem Abwasseranfall und gleichzeitig abflussarmen Bächen wie z. B. im hessischen Ried besonders hoch. Gewässer wie Schwarzbach (Ried), Rodau, Bieber oder auch viele Bäche im Frankfurter Umland zeigen Spitzenkonzentrationen der häufig genutzten Metalle **Kupfer** und **Zink**, von **Arzneimitten** und vielen weiteren häufig verwendeten Stoffen.

In Gebieten mit hohem Ackerflächenanteil lassen sich in der Anwendungszeit verschiedene Pflanzenschutzmittel in kritischen Konzentrationen nachweisen.

Ein landesweit erhebliches Problem ist die Überdüngung der Fließgewässer mit Phosphor. Auch hierbei sind die kommunalen Kläranlagen die größte Einzelquelle, und der dichter bevölkerte Süden des Landes zeigt deutlich höhere Belastungen als der in weiten Teilen dünnbesiedelte Norden.

Luftbelastung

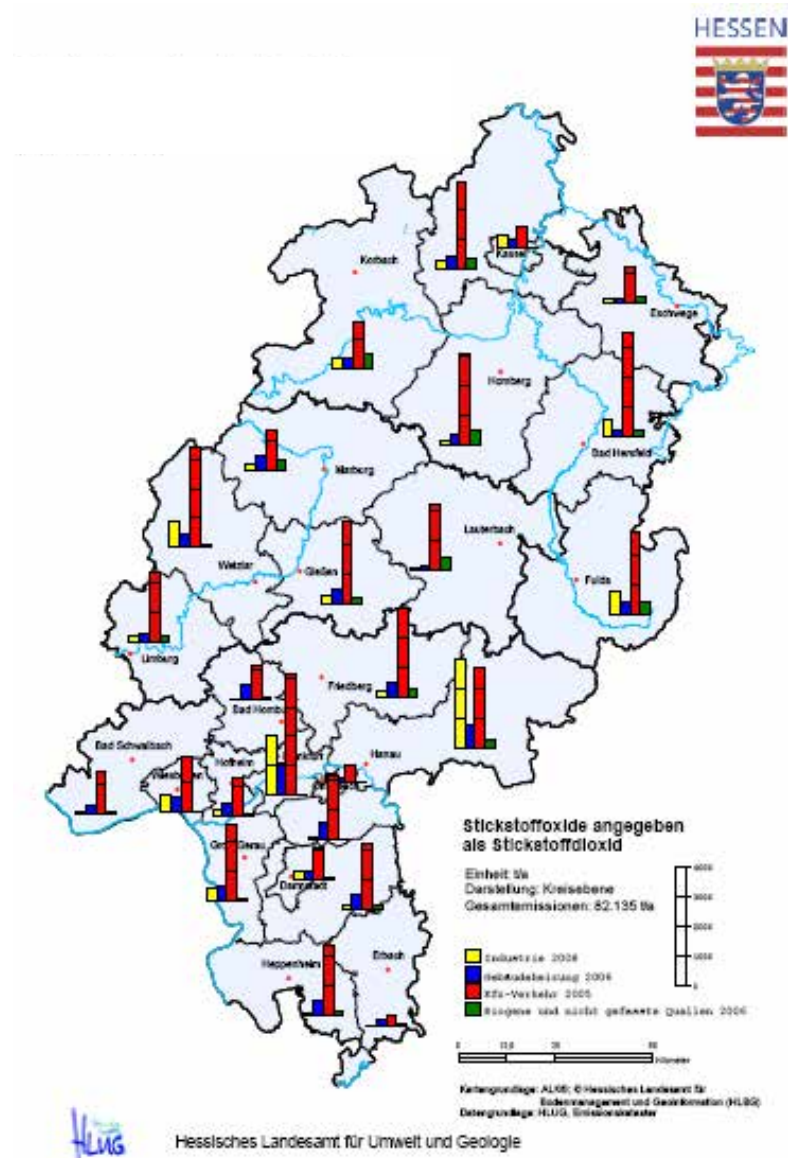
Die Luftbelastung durch Schadstoffe lässt sich u. a. im Hinblick auf die Emissionen von Schwefeloxiden und Stickstoffoxiden veranschaulichen. Für die Stickstoffoxid-Emissionen ist in Hessen die Industrie lediglich in einigen Kreisen des Rhein-Main-Gebiets von stärkerer Bedeutung (siehe Abbildung 64). In sämtlichen hessischen Landesteilen fallen die Emissionen von Stickstoffoxid durch die Landwirtschaft (biogene und nicht gefasste Quellen) und durch die Gebäudeheizung vergleichsweise gering aus, wohingegen der Kfz-Verkehr eine Hauptursache für die Freisetzung darstellt.

Bedingt durch die regionale Agglomeration wirtschaftlicher Aktivitäten und das Straßenverkehrsaufkommen ist im Rhein-Main-Gebiet auch die Stickstoffdioxidkonzentration in der Luft besonders hoch. Ähnlich hohe NO₂-Immissionskonzentrationen können aber

auch in anderen Gebieten mit einem ausgeprägten, hohen Verkehrsaufkommen, gepaart mit ungünstigen Ausbreitungsbedingungen auftreten. Intensive Belastungen liegen zum Beispiel im Gebiet Gießen-Wetzlar-Marburg sowie im Ballungsraum Kassel vor.

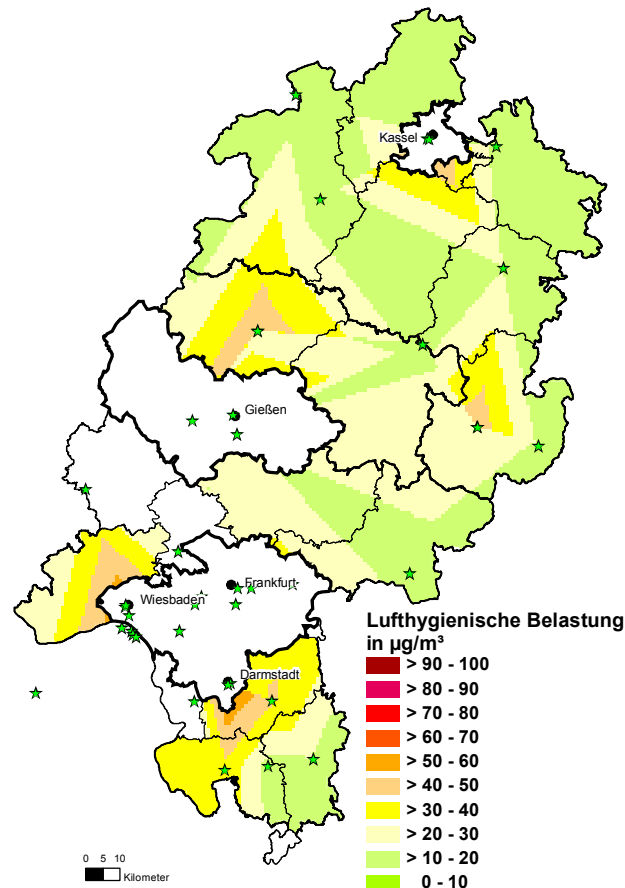
Die Schwefeldioxidimmissionskonzentrationen bewegen sich inzwischen landesweit auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch in Gebieten mit hoher Bevölkerungs- und Verkehrsdichte sowie in stark industrialisierten Gebieten werden in der Regel sehr niedrige Konzentrationen angetroffen.

Abbildung 64: Stickstoffdioxid-Emissionen in Hessen, Regionale Emissionen, differenziert nach Emittentengruppen 2005, 2006 und 2008



Quelle: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation; Geofachdaten Hessen © HLUG
(alle Rechte vorbehalten).

Abbildung 65: Flächenhafte Stickstoffdioxid-Immissionen in Hessen, Jahresmittelwerte 2012, Interpolation nach Triangulierung unter Berücksichtigung gemessener Konzentrationen



★ = zur Berechnung verwendete Stationen

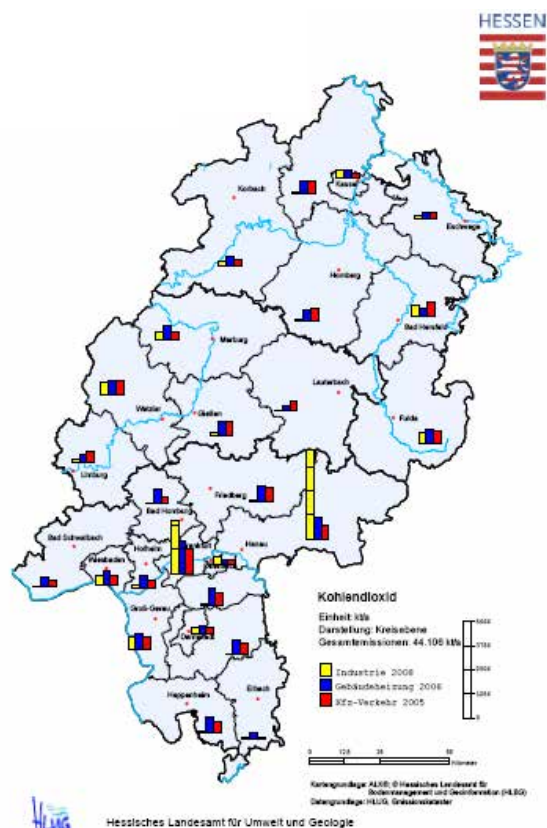
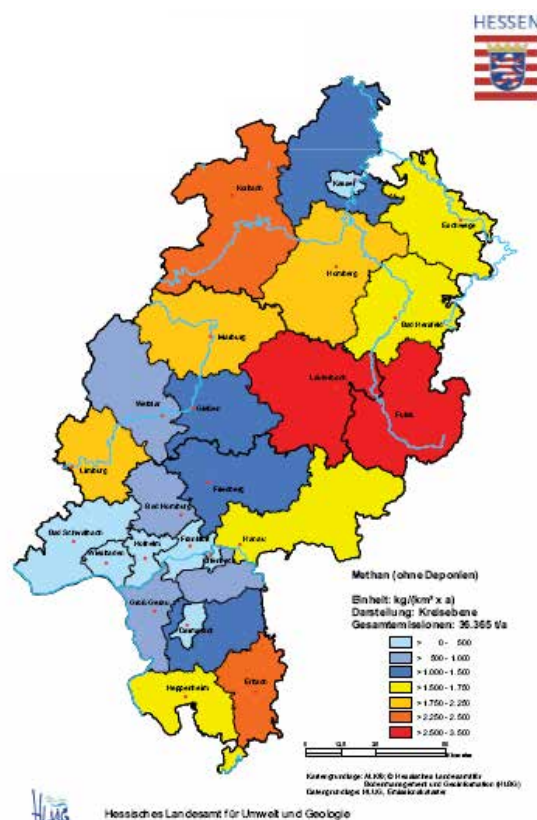
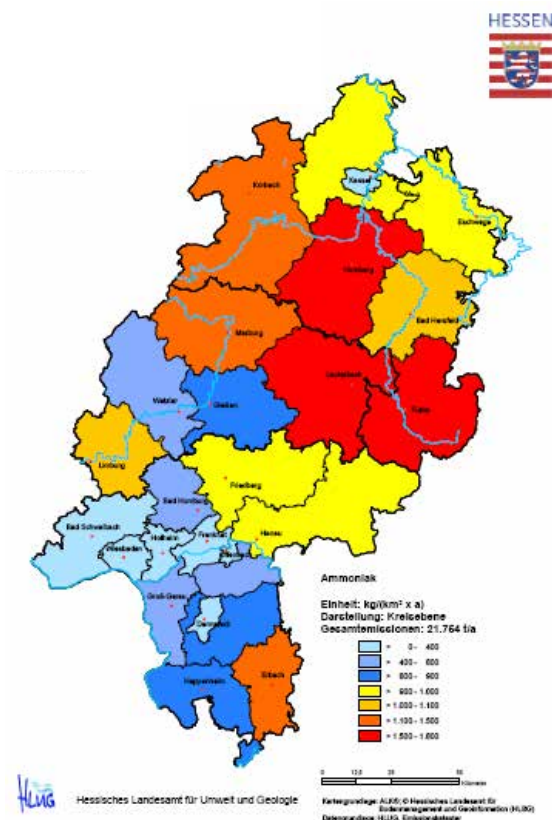
Hinweis: Mit Unterstützung seitens Geofachdaten Rheinland-Pfalz, Copyright LUWG Rheinland-Pfalz (alle Rechte vorbehalten).

Quelle: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation; Geofachdaten Hessen © HLUG (alle Rechte vorbehalten).

Bedingt durch die räumliche Struktur der hessischen Industrie und der Energieerzeugung in großen Kraftwerken fallen die Emissionen an **Kohlendioxid** im Raum Frankfurt-Hanau überproportional hoch aus. In Frankfurt ist darüber hinaus der verkehrsbedingte – nicht berücksichtigt ist hier der Flugverkehr – wie auch der aus Gebäuden stammende Kohlendioxid-Ausstoß besonders umfangreich. Demgegenüber entstehen die Emissionen an **Methan** und **Ammoniak** zum großen Teil in Regionen, in denen die Landwirtschaft stark durch die Viehhaltung geprägt ist.¹⁶⁹

¹⁶⁹ Vgl. ebenda.

Abbildung 66: Kohlendioxid-Emissionen, Methan-Emissionen und Ammoniak-Emissionen in Hessen

Regionale Kohlendioxid-Emissionen, differenziert nach
Emittentengruppen 2005, 2006 und 2008Regionale Methan-Emissionen aus biogenen
und nicht gefassten Quellen 2006Regionale Ammoniak-Emissionen aus
biogenen und nicht gefassten Quellen 2006

Quelle: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie.

Biodiversität

Weltweit schreitet der Verlust an biologischer Vielfalt fort, wodurch die nachhaltige Entwicklung gefährdet wird. Nur die Erhaltung der biologischen Vielfalt ermöglicht es langfristig, die auch für nachfolgende Generationen lebensnotwendigen Ökosystemdienstleistungen bereitzustellen. Die Erhaltung einer intakten Biodiversität ist essentiell für das (Über-)Leben der Menschen und deshalb eine wichtige Aufgabe der Politik. Bereits im Jahr 1991 wurde die Hessische Verfassung um den Abschnitt IIa (Staatsziel Umweltschutz) mit Artikel 26a (Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz des Staates und der Gemeinden) ergänzt. Damit sind die Verantwortlichen aufgefordert, die natürlichen Lebensgrundlagen und somit auch die biologische Vielfalt zu erhalten.

Hessen verfügt über eine vielfältige, auch aus europäischer Sicht hochwertige und schützenswerte Natur. Deshalb konnte Hessen über 21 % der Landesfläche als Natura 2000-Gebiete ausweisen, was den betreffenden Bundesdurchschnitt (15,4 %) deutlich übersteigt.

Aus europäischer Sicht hat Hessen eine besondere Verpflichtung zur Erhaltung der Buchenwälder, die hier einen Verbreitungsschwerpunkt haben, sowie zur Erhaltung der Laub- und Laubmischwälder, die essentieller Lebensraum für zahlreiche waldgebundene, nach der FFH- und Vogelschutzrichtlinie geschützte Arten sind. Beides führt dazu, dass in Hessen über 66 % der ausgewiesenen Natura 2000-Flächen im Wald liegen. Davon sind 80 % im öffentlichen Eigentum (hierunter 54 % Staatswald und 26 % Kommunalwald). Deshalb kommt insbesondere dem Staatsforst bei der Erhaltung des europäischen Naturerbes in Hessen eine große Aufgabe zu.

Hessen leistet bereits seit längerem sowohl durch die funktionierende Eingriffsregelung als auch durch vielfältige Arten- und Habitatschutzmaßnahmen und -programme in den Bereichen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft wertvolle Beiträge zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Die Notwendigkeit für solche Maßnahmen und Programme ergibt sich nicht nur aus ethischen Gründen (z.B. Bewahrung der Schöpfung) oder naturschutzrechtlichen Vorgaben (z.B. aus dem Bundesnaturschutzgesetz), sondern ist – wie die von der Europäischen Kommission unterstützte TEEB-Studie zur Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität ¹⁷⁰ belegt – auch ökonomisch überzeugend. Eine intakte Biodiversität produziert zahlreiche kostenfreie Ökosystemdienstleistungen (z.B. Sauerstoffproduktion, Wasserkreislauf, Reinigung des Wassers und der Luft, Klimastabilisierung, CO₂-Senke, vielfältiger Lebensraum für Wildtiere und -pflanzen, Bewahrung

¹⁷⁰ Vgl. TEEB (2010): Die Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität: Die ökonomische Bedeutung der Natur in Entscheidungsprozesse integrieren. (TEEB (2010): The Economics of Ecosystems and Biodiversity: Mainstreaming the Economics of Nature) Ansatz, Schlussfolgerungen und Empfehlungen von TEEB – eine Synthese.

genetischer Vielfalt der Arten, Lieferant hochwertiger Nahrungsmittel, Energie- und Medikamentenrohstoffe, Baumaterialien, Erholungsort). Diese haben einen Geldwert, der den Erhaltungsaufwand um den Faktor 100 übersteigt.

Hessen kann mit anschaulichen Beispielen belegen, wie Programme in diesem Sinn erfolgreich wirken können. So ist nachweisbar, dass

- das am 5. Mai 2010 offiziell gestartete dreijährige Kooperationsprojekt zwischen NABU Hessen, Land Hessen und Stiftung Hessischer Naturschutz innerhalb eines Jahres bewirkte, dass der Laubfrosch neue Lebensräume erschlossen hat,
- der über 200 Jahre ausgestorbene Biber nicht nur 1987 und 88 erfolgreich im Spessart wieder angesiedelt wurde, sondern mittlerweile auch andere Regionen besiedelt,
- die seit ca. 1700 in Hessen überwiegend ausgestorbene Sumpfschildkröte seit 2002 von einem Zusammenschluss amtlicher und privater Naturschützer (AG-Sumpfschildkröte) erfolgreich an Rhein, Nidda, Gersprenz und Fulda wieder angesiedelt wird,
- der 1909 in Hessen ausgestorbene, Mitte der 1970er Jahre wieder eingewanderte und seitdem durch umfangreiche Schutzmaßnahmen (Horstbau und -betreuung, Fließgewässerrenaturierung, Anlage von Nahrungsteichen) geförderte Schwarzstorch heute mit ca. 70 Brutpaaren in Hessen (bezogen auf die Landesfläche) seinen relativ größten Bestand in Deutschland hat,
- von 1994 bis 2009 durch den von Hessen Forst betriebenen naturgemäßen Waldbau die Gesamtablaubbaumfläche in allen Waldentwicklungsstadien um 23,4 %, der Anteil mehrschichtiger Bestände um 40 % und der standortheimischer Baumarten um 5 % zunahm.

Trotz dieser exemplarischen Erfolge muss Hessen in noch stärkerem Umfang gezielte Maßnahmen zum Schutz der Biologischen Vielfalt ergreifen. Denn trotz aller Aktivitäten nimmt auch hier die Biologische Vielfalt ab, wie folgende Beispiele zeigen:

- In den letzten 230 Jahren starben in Hessen mehr als 140 Pflanzenarten aus.
- Die Entwicklung des die Gesundheit der Ökosysteme widerspiegelnden Indikators ‚Artenvielfalt‘ in Hessen zeigt, dass dieser sich von dem in 2020 angestrebten Zielwert entfernt.
- Die Bestandsentwicklung des Großen Brachvogels bestätigt diese Entwicklung. Die Zahl der Brutpaare nahm von 1960 bis 1987 um 59 %, bis 2011 sogar um 97 % ab.
- Die Population des Feldhamsters hat sich in den letzten 40 Jahren deutlich verringert.

12.8 Umfang der unter Naturschutz stehenden Gebiete

Große Teile des Landes Hessen unterliegen aufgrund eines ausgeprägten Besiedlungsdrucks, weiträumiger Gewerbegebiete und einer stark ausgebauten Verkehrsinfrastruktur einer hohen Nutzungsverdichtung, die mit Schadstoff- und Lärmemissionen einhergeht. Aus diesem Grund stehen Politik und Wirtschaft im Hinblick auf eine standortgerechte und den Anforderungen eines hochentwickelten Industrielandes entsprechenden Ressourcennutzung weiterhin vor großen Herausforderungen.

Die räumliche Verteilung und auch definitorische Abgrenzung von Landschaftsschutzgebieten, die von Nutzungsrestriktionen betroffen sind, ist innerhalb des Landes Hessen stark von naturräumlichen Bedingungen und der Siedlungsverdichtung determiniert. Insgesamt unterliegen in Hessen derzeit rund 27 % der Bodenfläche Regelungen des Gebietsschutzes, welche die Landnutzung in unterschiedlicher Ausprägung begrenzen.

Tabelle 72: Dimensionen unter Schutz stehender Gebiete in Hessen

Schutzgebiete	Anzahl	Fläche in ha	Anteil an der Landesfläche, v. H.
FFH-Gebiete	582	211.198	10,0
Vogelschutzgebiete	60	311.200	14,7
FFH- und Vogelschutzgebiete (Natura-2000-Gebiete) ¹⁾		442.889	21,0
Naturschutzgebiete (NSG)	763	36.364	1,7
Naturschutzgebiete und Natura-2000-Gebiete ¹⁾		448.041	21,2
Landschaftsschutzgebiete (LSG)	127	218.498	10,3
Landschaftsschutzgebiete und Natura-2000-Gebiete ¹⁾		567.918	26,9
NSG, LSG und Natura-2000-Gebiete ¹⁾		572.019	27,1
Nationalpark	1	5.724	0,3
Nationalpark, NSG, LSG und Natura-2000-Gebiete ¹⁾		572.019	27,1
Biosphärenreservat (auf Hessen entfallender Anteil) ²⁾	1	64.831	3,1
Naturparks ³⁾	11	871.781	41,3

¹⁾ Die Flächen der verschiedenen Schutzkategorien können sich überlagern. Die Überschneidungsflächen wurden aus der Gesamtsumme herausgerechnet.

²⁾ Das von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Rhön ist nicht in seiner Gesamtfläche durch eine Schutzgebietsverordnung nach Landesrecht ausgewiesen. Naturschutzrechtliche Regelungen ergeben sich durch eine Vielzahl im Biosphärenreservat gelegener Schutzgebiete (NSG, LSG, Natura-2000-Gebiete).

³⁾ Nachrichtlich, da Naturparks in Hessen durch Erklärung und nicht im Rahmen einer Verordnung ausgewiesen werden.

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz..

Ein wichtiges Instrumentarium des Naturschutzes ist die flächenbezogene Unterschutzstellung schutzwürdiger und schutzbedürftiger Flächen als Naturschutzgebiete. Naturschutzgebiete (NSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist:

- zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Biotopen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
- aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
- wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.

In Hessen sind in den verschiedenen Naturräumen über 760 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtgröße von mehr als 36.000 ha ausgewiesen (siehe Tabelle 72). Das entspricht einem Flächenanteil von 1,7 % der Landesfläche. Die durchschnittliche Größe eines hessischen NSG beträgt rund 50 ha.

Die Naturschutzgebiete selbst sind die Kernzellen eines großräumigen Biotopverbundes, der das Ziel hat, die Biodiversität zu sichern oder (wieder) zu entwickeln. Biotopverbund bedeutet dabei, dass ein Netzwerk unterschiedlichster Lebensräume und Habitate für Tiere und Pflanzen erhalten oder dort, wo dieses Netzwerk Lücken bekommen hat, wieder hergestellt wird. Naturschutzgebiete stellen in diesem Netzwerk die Zellen höchster Naturnähe und Lebensraumbedeutung dar.

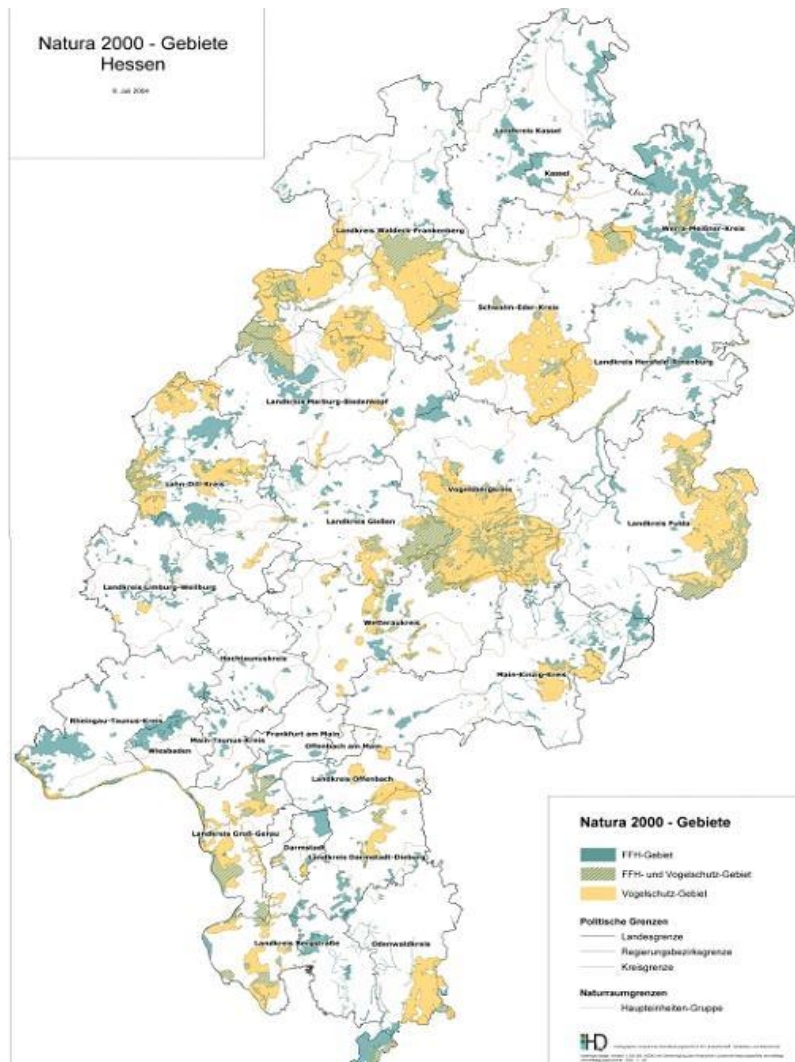
Das Netz Natura 2000 in Hessen

Naturschutz wird heute überwiegend im europäischen Kontext betrachtet. Das Naturschutzrecht baut in der Europäischen Union für den Gebiets- und Lebensraumschutz im Wesentlichen auf zwei Richtlinien auf: der Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie) und der Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie – kurz FFH-RL). Gemeinsam bilden diese beiden Richtlinien den gesetzlichen Rahmen zum Schutz des europäischen Naturerbes. Neben konkreten Artenschutzbestimmungen liegt das wesentliche Ziel der Richtlinien in der dauerhaften Sicherung eines europäischen kohärenten ökologischen Netzes von besonderen Schutzgebieten mit dem Namen Natura 2000.

Schutzgebiete nach europäischem Naturschutzrecht

Hessen hat der EU-Kommission insgesamt 637 Natura 2000-Gebiete (FFH- und VS-Gebiete, inkl. Überschneidungen) gemeldet. Der Anteil der FFH-Gebiete an der Landesfläche liegt bei 10 %. Der Anteil der Vogelschutzgebiete beträgt 14,7 % der Landesfläche.

Abbildung 67: Natura 2000-Gebiete in Hessen



Quelle: HMUELV.

Aufgrund von Überschneidungen beider Gebietskategorien umfasst das Netz Natura 2000 in Hessen 21 % der Landesfläche. Damit nimmt Hessen nach Mecklenburg-Vorpommern einen Spitzenplatz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein. Die entsprechenden Anteile liegen im Bundesgebiet bei 9 % (FFH-Gebiete) sowie 15 % (Natura-2000-Gebiete), für die EU-27 wird eine Proportion der Natura 2000-Gebiete von 18 % ausgewiesen. Was den Vogelschutz betrifft, so belief sich im Jahre 2008 der Farmland Bird-Index in Deutschland auf 75,7 und in der EU-27 auf 93,3 (jeweils Basisjahr 2000 = 100).

Die hessischen Natura 2000-Gebiete wurden durch die „Natura 2000-Verordnung“ am 16. Januar 2008 rechtsförmlich ausgewiesen. Für die Erhaltung und Entwicklung der Lebensraumtypen und Arten sowie der relevanten Vogelarten bedarf es zielgerichteter Maßnahmen, die in Hessen in den Bewirtschaftungsplänen festgelegt wer-

den. Die Bewirtschaftungspläne bestehen aus zwei Teilen, der Grunddatenerhebung (GDE) und der mittelfristigen Maßnahmenplanung (MMP).

Ein Indikator für Agrarflächen, die in hohem Maße Naturschutz-relevant sind, ist der Umfang landwirtschaftlicher Flächen unter sogenannter High Nature Value (HNV)-Nutzung. Der Anteil dieser Flächen an der gesamten Landwirtschaftsfläche lag im Jahre 2004 in Deutschland bei 14,6 %, verglichen mit einem Anteil von 31,9 % in der EU-27 (ohne Malta).¹⁷¹

Grunddatenerhebung und Maßnahmenplanung in den Natura 2000-Gebieten

Die Erfassung und Bewertung der Wert gebenden Lebensraumtypen (LRTen) und Arten in Verbindung mit der Empfehlung erster, besonders dringlicher Maßnahmen in den hessischen Natura 2000-Gebieten (Natura 2000-Grunddatenerhebung) wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Aufbauend auf der GDE erfolgt in allen hessischen Natura 2000-Gebieten im mittelfristigen Maßnahmenplan die begründete Konkretisierung und Festlegung der zur Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der relevanten Lebensraumtypen und Arten auf der Fläche notwendigen, ausdifferenzierten Maßnahmen.

Der MMP stellt das Kohärenzsicherungspotenzial dar und bietet mit seinen detaillierten Angaben die Planungsgrundlage für den Vertragsnaturschutz sowohl im Offenland (landwirtschaftliche Flächen) als auch im Wald und zudem eine fachlich begründete Flächenkulisse für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (auch Ökopunktekonto), Agrarumweltmaßnahmen, Artenhilfsmaßnahmen sowie für den Einsatz kommunaler Pflegemittel oder Sponsoringgelder.

Auf Grundlage der Maßnahmenpläne für die FFH- und VS-Gebiete sorgen die Forstämter und die Ämter für den Ländlichen Raum in den Landkreisen im Auftrag der oberen Naturschutzbehörden dafür, dass die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen zum Schutz der Lebensraumtypen und Arten umgesetzt werden.

171 Vgl. Paracchini, M. L. et al. (2008): High Nature Value Farmland in Europe – An estimate of the distribution patterns on the basis of land cover and biodiversity data. JRC Scientific and Technical Reports.

Natura 2000-Artenschutz

Gewinnung von Fachdaten

Insbesondere seit dem Jahr 2003 wurden in Hessen erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Wissen über die Arten der Anhänge der FFH- und der VS-RL landesweit zu verbessern und zu komplettieren. Es wurden weit über 150 Gutachten und Ausarbeitungen erstellt, um aktuelle Informationen über die Verbreitung der Arten und deren Gefährdungssituation zu erhalten.

Aufgrund der mittlerweile vorliegenden Gutachten kann der Wissenstand zur Verbreitung der ganz überwiegenden Zahl an Arten der Anhänge II und IV der FFH-RL als gut oder zumindest als befriedigend bezeichnet werden. Bei einigen sehr seltenen Anhangsarten der FFH- sowie der VS-RL ist der Wissenstand sogar sehr gut.

Noch unvollständig ist die Kenntnislage bei mehreren Arten des Anhangs V der FFH-RL sowie bei einer Reihe von Arten, für deren Erhalt Hessen eine besondere Verantwortung trägt. Die Aktualisierung und Verdichtung dieser Fachdaten ist eine Daueraufgabe.

Ermittlung des Handlungsbedarfs

Ein konkreter Handlungsbedarf besteht dort, wo Populationen der Natura 2000-Anhangsarten oder die im Anhang I der FFH-RL aufgeführten Lebensraumtypen landesweit oder zumindest überregional einen schlechten oder unzureichenden Erhaltungszustand aufweisen und keine Anzeichen dafür bestehen, dass sich diese Situation ohne zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen verbessert. Da die LRTen zugleich zahlreichen Arten als Lebensraum dienen, verbessern Optimierungsmaßnahmen dort auch die Situation vieler Arten. Die Erhaltungszustände der FFH-LRTen und Arten wurden für Hessen im Rahmen der Berichterstattung an die EU-Kommission nach Artikel 17 FFH-RL ermittelt.

Tabelle 73 zeigt in aggregierter Form für die Ebene der biogeographischen Region die nach dem Ampelschema der EU vorgenommene Bewertung der Erhaltungszustände der LRTen und der in Anhang II der FFH-RL aufgeführten Arten in Hessen. Die hessischen Daten werden dabei im Zuge des Artikel 17-Berichtes zur FFH-RL nach einem festgelegten Verfahren der EU transformiert. Die Bewertung des Erhaltungszustandes wurde nach dem sogenannten Ampelschema (A = grün = günstig; B = gelb = ungünstig-unzureichend; C = rot = ungünstig-schlecht) vorgenommen.

Aus Tabelle 73 geht hervor, dass nach dem EU-Ampelschema 55 % der 42 in Hessen vorkommenden LRTen mit „rot“ bewertet werden mussten. Nur etwa ein Viertel der LRTen befindet sich im günstigen „grünen“ Bereich. Besser stellt sich die Situa-

tion im Bereich der Arten dar. Hier ist der Anteil an „Rot“-Arten deutlich geringer als der Anteil im „grünen Bereich“.

Tabelle 73: Bewertung der Erhaltungszustände von LRT und Arten nach dem EU-Ampelschema gemäß Art.17 der FFH-RL in Hessen (Berichtszeitraum: 2000 - 2006)

Naturpark	Anzahl der LRT	Anteil, v. H.	Anzahl der Arten	Anteil, v. H.
Zustand: „schlecht“	23	55 %	21	16 %
Zustand: „unzureichend“	8	19 %	23	17 %
Zustand: „günstig“	11	26 %	37	28 %
noch keine Einschätzung (davon 6 Bärlappe, 29 Torfmoose, 5 Flechten)			51*	39 %
Gesamt	42	100 %	132	100 %

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Die Ergebnisse liegen – abgesehen von einigen Ausnahmen – im Durchschnitt der Ergebnisse aller Bundesländer. Darüber hinaus bestätigten sie die bisherigen fachlichen Einschätzungen zur Gefährdungssituation der LRTen und Arten in Hessen. Analog zum Artikel 17-Bericht nach FFH-RL wurde seitens der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland (VSW) eine vergleichbare Einschätzung der Brutvogelarten Hessens vorgenommen. Die Erhaltungszustände der Populationen der hessischen Brutvogelarten wurden ebenfalls nach dem sogenannten A-B-C-Schema bewertet. Tabelle 74 stellt in komprimierter Form die Ergebnisse dieser fachlichen Einschätzung dar. Die 77 Brutvogelarten (= 41 %) mit einem schlechten (roten) Erhaltungszustand genießen bei der Erstellung der Artenhilfskonzepte Priorität.

Tabelle 74: Bewertung der Erhaltungszustände hessischer Brutvogelarten in Anlehnung an das EU-Ampelschema gemäß Art.17 der FFH-RL (Berichtszeitraum: 2000 - 2006)

Naturpark	Anzahl der Arten	Anteil, v. H.
Zustand: „schlecht“	77	41 %
Zustand: „unzureichend“	54	29 %
Zustand: „günstig“	55	30 %
Gesamt	186	100 %

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Dieses Ergebnis deckt sich im Wesentlichen auch mit den Aussagen der Roten Liste der Vögel Hessens. Nach der Roten Liste sind in Hessen 24 Brutvogelarten ausge-

storben, 35 vom Erlöschen bedroht, 3 stark gefährdet, 25 gefährdet und 6 mit geographischer Restriktion. Dies macht zusammen 51 % der hessischen Brutvogelarten aus. Nimmt man noch die 32 Arten der Vorwarnliste hinzu, erhöht sich der Anteil auf 69 %. Dies entspricht in etwa dem Anteil an Brutvogelarten, deren Erhaltungszustand mit „ungünstig-schlecht“ („rot“) und „ungünstig-unzureichend“ („gelb“) bewertet wurde.

Landesweite Artenhilfskonzepte für gefährdete Natura 2000-Arten

Artenhilfskonzepte werden in Hessen vorrangig für solche Natura 2000-Arten erstellt, die sich landesweit oder zumindest überregional in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden („rot“ oder „gelb“). Die „Artenhilfskonzepte“ bieten die fachliche Grundlage für die Erreichung „günstiger Erhaltungszustände“. Sie beinhalten alle eine ausführliche Situationsanalyse der Populationen (Populationsgröße, Vernetzungsgrad, aktuelle Hauptgefährdungen etc.) und definieren konkrete flächenbezogene Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen für alle bestehenden Habitate. Die Maßnahmen werden so beschrieben, dass sie als Handlungsaktionsrahmen von den zuständigen Fachbehörden oder sonstigen lokalen Akteuren sofort genutzt werden und unmittelbar in die MMP einfließen können.

Artenhilfskonzepte werden insbesondere auch für Vorkommen von Arten des Anhangs IV der FFH-RL erstellt, die nicht komplett durch die Schutzgebietskulisse Natura 2000 abgedeckt sind. (Beispiel Feldhamster: Die Art kommt ganz überwiegend außerhalb von FFH-Gebieten vor). Bis dato wurden durch Fachgutachter Artenhilfskonzepte für die in Tabelle 75 aufgeführten FFH-Arten erstellt, die zielgerichtet umgesetzt werden.

Tabelle 75: Übersicht der landesweiten Artenhilfskonzepte für FFH-Anhangsarten (Stand: Mai 2013)

Landesweite Artenhilfskonzepte für FFH-Arten		
Bachmuschel	Schwarzer Apollo	Schlammpeitzger
Blauschillernder Feuerfalter	Wechselkröte	Skabiosen-Schneckenfalter
Feldhamster	Äskulapnatter	Steinbeißer
Frauenschuh	Eremit	Amika
Große Moosjungfer	Gelbbauchunke	Moorfrosch
Knoblauchkröte	Laubfrosch	Grünes Besenmoos
Mopsfledermaus	Sandsilberschärpe	

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Mit der Erstellung von Artenhilfskonzepten für gefährdete Vogelarten hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auch die Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland beauftragt. Tabelle 76 zeigt die berücksichtigten Vogelarten.

Tabelle 76: Übersicht der landesweiten Artenhilfskonzepte für Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie (Stand: Mai 2013)

Landesweite Artenhilfskonzepte für FFH-Arten		
Großer Brachvogel	Kiebitz	Grauspecht
Graumammer	Schwarzstorch	Uferschnepfe
Gartenrotschwanz	Bekassine	Haselhuhn
Uhu	Flussregenpfeifer	Rotmilan
Uferschwalbe (geplant)	Raubwürger (geplant)	Braunkehlchen (geplant)

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Im Hinblick auf den Landschaftsschutz ist ferner darauf hinzuweisen, dass in Hessen mittlerweile elf Naturparks mit einer aggregierten Fläche von rund 920.000 ha existieren, was rund 44 % der Landesfläche entspricht.¹⁷²

Tabelle 77: Dimensionen der hessischen Naturparks

Naturpark	Fläche in ha	Anteil an der Landesfläche, v. H.
Bergstraße-Odenwald	186.168	8,8
Diemelsee	21.077	1,0
Habichtswald	47.446	2,2
Hessische Rhön	72.318	3,4
Hessischer Spessart	73.587	3,5
Hochtaunus	132.165	6,3
Hoher Vogelsberg	88.329	4,2
Kellerwald-Edersee	40.631	1,9
Lahn-Dill-Bergland	87.405	4,1
Meißner / Kaufunger Wald	90.496	4,3
Rheingau-Taunus	80.439	3,8
Summe	920.061	43,6

Quelle: Hessisches Ministerium für Umwelt Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

¹⁷² Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011b): Bericht Wald und Naturschutz in Hessen 2007 - 2010. Wiesbaden, S. 95ff.

Besonders großräumige Naturparks liegen in den Mittelgebirgsregionen Bergstraße-Odenwald, Hochtaunus, Meißner / Kaufunger Wald, Hoher Vogelsberg und Lahn-Dill-Bergland. Die einzelnen Naturparks zeichnen sich jeweils durch eine sehr spezifische Kulturlandschaft aus, was unter touristischen Aspekten vorteilhaft ist. Daher steht die Konzeption wie auch die Förderung der hessischen Naturparks in einem Zusammenhang mit übergeordneten regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten.¹⁷³

173 Vgl. ebenda, S. 104.

13 Daseinsvorsorge / Infrastruktur (zielübergreifend, Ziel 2)

Die Infrastruktur einer Region ist eine der wichtigsten Rahmenbedingungen, die den Wohlstand, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und auch die regionale Entwicklungspotenziale stark beeinflussen. Dadurch sind die hier betrachteten Themen für die meisten thematischen Ziele¹⁷⁴ der Strukturfonds in der kommenden Förderperiode relevant. Hervorzuheben ist jedoch das thematische Ziel 2, das konkret die Verbesserung der Zugänglichkeit sowie die Verbesserung der Nutzung und Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien betrifft.

13.1 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Zum Ende des Jahres 2010 überstiegen die konsolidierten Bruttoschulden Deutschlands erstmals die Grenze von 2 Billionen Euro. Bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Bruttoinlandsprodukt errechnet sich eine Relation von 83 %, die sowohl über dem Durchschnittswert der EU-27-Mitgliedsstaaten von 80 % als auch deutlich über dem 1992 in Maastricht festgelegten EU-Konvergenzkriterium von 60 % lag. Mit 1,3 Billionen Euro entfiel der größte Teil auf den Bund (64 %); 600 Mrd. Euro entfielen auf die Länder (30 %) und 124 Mrd. Euro auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (6 %).

Bereits im Jahr 2009 haben Bund und Länder mit Blick auf die sich abzeichnende Verschuldungssituation mit großer Mehrheit im Bundestag und Bundesrat eine Änderung des Grundgesetzes verabschiedet, wonach – von eng begrenzten Ausnahmen abgesehen – der Bund ab dem Jahr 2016 und die Länder ab 2020 grundsätzliche keine neuen Schulden mehr zur Finanzierung ihrer Ausgaben aufnehmen dürfen.

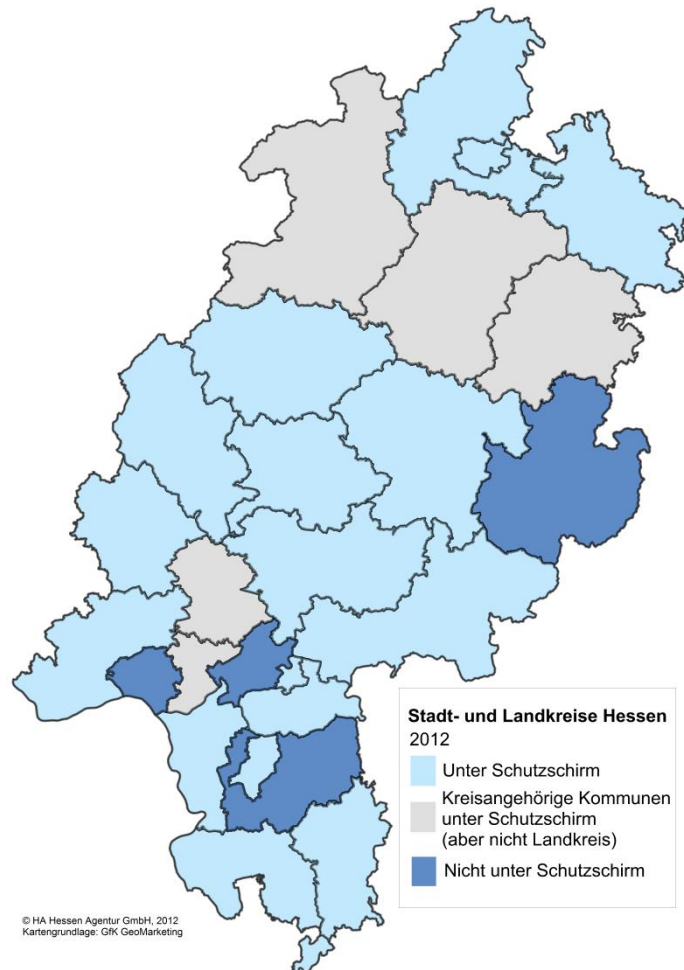
Darüber hinaus hat Hessen speziell für seine Gemeinden und Gemeindeverbände einen sogenannten „Kommunalen Schutzschirm“ institutionalisiert. Ziel ist es, die finanzielle Leistungsfähigkeit so wieder herzustellen, dass auch aktuell stark verschuldete Landkreise, Städte und Gemeinden spätestens im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können. Vorgesehen sind insgesamt Finanzhilfen zur Schuldentilgung von bis zu 2,8 Mrd. Euro und weitere rund 400 Mio. Euro zur Zinsverbilligung.

Das hessische Finanzministerium hat zusammen mit dem Hessischen Statistischen Landesamt ein Indikatorensystem entwickelt, das mehrjährige Durchschnittswerte von Kreditmarktschulden unter Berücksichtigung sogenannter „ordentlicher Ergebnisse“ sowie von Kassenkrediten berücksichtigt. Insgesamt 17 der insgesamt 26 hessischen Landkreise und kreisfreien Städte erfüllen demnach die Kriterien des Kommunalen Schutzschirms, ohne dass die regionale Streuung ein eindeutiges Muster erkennen lässt. Auch wenn nicht alle Landkreise unter den Schutzschirm fallen, so trifft dies

174 Vgl. COM (2012) 496 final, Artikel 9.

oftmals für einige ihrer Städte und Gemeinden zu. Nur die beiden Landkreise Darmstadt-Dieburg und Fulda bilden hiervon eine Ausnahme.

Abbildung 68: Schutzschirmkommunen – Verteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Quelle: Hessisches Ministerium der Finanzen, Grafik Hessen Agentur.

13.2 Gesundheitsinfrastruktur / Lebensbedingungen / Öffentliche Haushalte

Die Attraktivität eines Standorts hängt unter anderem von den Lebensbedingungen ab. Diese werden durch die vorhandene soziale Infrastruktur mitgeprägt, beispielsweise durch das Angebot zur Kinderbetreuung und im Bildungsbereich, das kulturelle Angebot, die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung und die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Häufig steht gerade der ländliche Raum, zu dem weite Teile Hessens zählen, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels vor besonderen Herausforderungen (siehe Kapitel 1). Im Hinblick auf die räumliche Entwicklung sind für die Zukunft innovative Konzepte und Maßnahmen erforderlich, um die örtliche Daseinsvorsorge an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen

und die Attraktivität der betroffenen Kommunen zu sichern. Im standörtlichen Wettbewerb besteht ansonsten die Gefahr einer zunehmenden Abwanderung der Einwohner und des Verlusts an Wirtschaftskraft.

Nachfolgend werden exemplarisch einige Kennzahlen betrachtet, die über bestimmte Aspekte des infrastrukturellen Angebots Auskunft geben.

Kinderbetreuung

Kinderbetreuungseinrichtungen sollen Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder leisten. Nicht zuletzt aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder einer Tagespflege, der ab dem 1. August 2013 für alle Kinder mit Vollendung des ersten Lebensjahres gilt, wird vor allem der Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder forciert. Auf dem Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde vereinbart, dass bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 % der Kinder unter 3 Jahren eine Kindertagesbetreuung zur Verfügung stehen soll. In Hessen wurden im März 2011 rund 33.300 Kinder unter 3 Jahren in einer öffentlich geförderten Kindertagespflege bzw. einer Kindertageseinrichtung betreut. Dies entspricht einer Betreuungsquote von 21,5 %.¹⁷⁵ Die Betreuungsquote hat sich damit im Vergleich zum Jahr 2007 um 9,1 Prozentpunkte erhöht. Damit blieb die Entwicklung etwas hinter der Dynamik des Bundesdurchschnitts von 9,7 Prozentpunkten zurück. Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin nahm die Betreuungsquote der unter Dreijährigen sogar um 10 Prozentpunkte zu. Bei der Untersuchung der einzelnen hessischen Kreise zeigen sich deutliche Unterschiede sowohl im Niveau der Betreuungsquoten als auch in deren Entwicklung. Die höchste Betreuungsquote im Jahr 2011 weist der Hochtaunuskreis mit 28,7 % auf. Im Landkreis Groß-Gerau ist die Quote mit 14,4 % am geringsten. Der stärkste Anstieg ist im Landkreis Hersfeld-Rotenburg zu verzeichnen (+ 13 Prozentpunkte).¹⁷⁶

Im Jahr 2011 entspricht das hessische Niveau der Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen mit rund 93 % in etwa dem Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum zwischen 2007 und 2011 blieb Hessen (+ 1,3 Prozentpunkte) auch aufgrund eines relativ hohen Niveaus der Betreuungsquote im Jahr 2007 hinter dem Bundeschnitt (+ 4,0 Prozentpunkte) ebenso wie hinter der Entwicklung im früheren Bundesgebiet (+ 4,3 %) zurück.

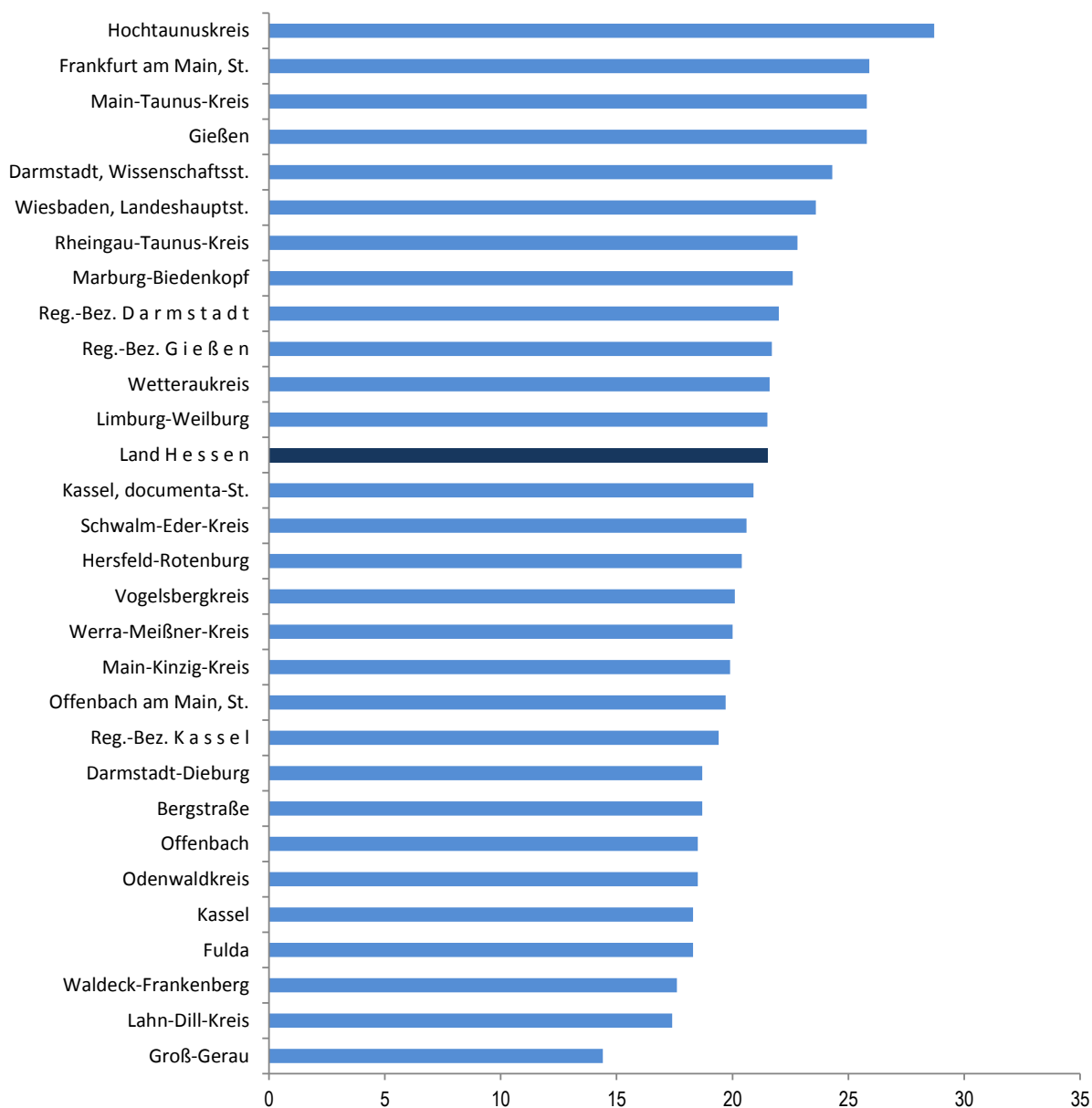
Obwohl für 3- bis 6-jährige Kinder schon seit 1996 ein Rechtsanspruch besteht, liegt die Betreuungsquote insbesondere in den Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und Kassel unter 90 %. Dies könnte auf den höheren Ausländeranteil und

175 Die Betreuungsquote gibt den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe an.

176 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Kindertagesbetreuung regional (2006-2011), sowie Deutsches Jugendinstitut e.V. (2012). Impulse – Kinderbetreuung Ausbau, Qualität und Herausforderungen der Früherziehung.

der damit einhergehenden geringeren Nachfrage nach Betreuungsleistungen in diesen Städten zurückzuführen sein.

Abbildung 69: Betreuungsquoten von 0-3 jährigen Kindern in Hessen am 01.03.2011 in den hessischen Landkreisen (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Hessen (2011) Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen.

Ärztliche Versorgung

Die ärztliche Versorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung und somit auch ein bedeutender Standortfaktor.¹⁷⁷ Aufgrund demografischer Entwicklungen und einem gleichzeitigen Rückgang der niederlassungsinteressierten Ärzte werden, insbesondere für die ländlichen Regionen, auch in Hessen das Risiko eines Ärztemangels sowie vorbeugende Maßnahmen diskutiert.¹⁷⁸ Die absolute Zahl der Hausärzte war in Hessen zwischen den Jahren 2000 und 2009 rückläufig, wobei der hessenweite prozentuale Rückgang an Hausärzten (- 5,9 %) größer war als die Abnahme im Bundesdurchschnitt (- 2,0 %). Dabei reichen die Entwicklungen in den einzelnen Kreisen von einer Erhöhung der Anzahl der Hausärzte im Kreis Fulda um rund 4 % bis zu einer Reduktion der Hausärzte um 12,7 % in Wiesbaden.

Trotz dieser Abnahme zeigt sich bei der Betrachtung der Versorgungslage nach den Bedarfsplanungsrichtlinien ein anderes Bild. Die Bedarfsplanung legt ein bestimmtes Soll an Ärzten für die einzelnen Planungsbereiche auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der Einwohnerzahl und der Zahl der Vertragsärzte in diesen Planungsbereichen fest. Im Jahr 2010 lag der Versorgungsgrad in Hessen bei 110 %. Folglich gab es landesweit 10 % mehr Hausärzte als in der Bedarfsplanung vorgesehen¹⁷⁹ und in keinem der hessischen Kreise fiel der Grad der Versorgungslage unter die Bedarfsplanung. Vielmehr bestand in dreizehn Kreisen eine Überversorgung an Hausärzten, die gemäß der vertragsärztlichen Bedarfsplanung eintritt, wenn der Bedarf um mehr als 10 % überschritten ist. Den geringsten Versorgungsgrad mit 100,9 % wies der Kreis Darmstadt-Dieburg auf.

Ein Indikator, der mögliche zukünftige Probleme aufzeigen könnte, ist die Altersstruktur der Ärzte. In Hessen war im Jahre 2010 rund ein Fünftel aller Hausärzte 60 Jahre und älter. Der Anteil der 50- bis 59-Jährigen lag bei 44 %. In die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen fielen 30 % und zwischen 30 und 39 Jahren waren rund 5 % der Hausärzte. Nimmt man den Anteil der über 60-Jährigen als Anhaltspunkt für die Anzahl der Ärzte, die in nächster Zeit in den Ruhestand gehen werden, besteht in Hessen ein Ersatzbedarf von 20,3 %. Damit ist der hessenweite Ersatzbedarf niedriger als der Ersatzbedarf im Bundesdurchschnitt (24,9 %).¹⁸⁰ Der Ersatzbedarf schwankt jedoch zwischen den Kreisen stark. Stellt man den Ärzten, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden, die jüngeren Hausärzte im Alter zwischen 30 und 39 Jahren gegenüber, zeigt sich vor allem in den ländlich peripheren Regionen Odenwaldkreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Vogelsbergkreis, Hersfeld-Rotenburg sowie dem Werra-Meißner-Kreis

177 Vgl. BMVBS (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Denkanstöße für die Praxis.

178 Vgl. u.a. Hessisches Sozialministerium (2011): Hessischer Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung für die Jahre 2012 bis 2014 sowie die Zusatzvereinbarung vom 14.08.2012.

179 Vgl. Klose, J. und I. Rehbein (2011): Ärzteatlas 2011 – Daten zur Versorgungsdichte von Vertragsärzten.

180 Vgl. Daten der KV für Hessen zum 15.4.2010. Daten der KBV für Deutschland zum 31.12.2010.

eine Differenz von rund 20 Prozentpunkten. Dies könnte auf zukünftige Versorgungsprobleme hinweisen.

Einen interessanten Ansatz, die wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten und zu verbessern, bietet z.B. das "Ärztetz Spessart" – ein Netzwerk aus niedergelassenen Ärzten verschiedener Fachrichtungen, das sich zum Ziel gesetzt hat, durch enge Zusammenarbeit die haus- und fachärztliche lokale Versorgung im ambulanten Bereich zu optimieren. Die Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg ist ein weiteres Beispiel dafür, wie man die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum verbessern könnte. Sie wurde vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg, dem Klinikum Bad Hersfeld, dem Herz- und Kreislaufzentrum Rotenburg, dem KKH Rotenburg und niedergelassenen Ärzten in Zusammenarbeit mit dem hessischen Hausärzteverband gegründet, um junge Ärztinnen und Ärzte auf ihrem Weg zum Arzt für Allgemeinmedizin zu begleiten und zu fördern.

Tabelle 78: Hausärztliche Versorgung in den hessischen Kreisen

Region	Anzahl der Hausärzte Veränderungsrate (2009-2000) in %	Versorgungsgrad 2010 in %	Anteil der Hausärzte in den Altersgruppen	
			30-39 Jahre in %	60 Jahre und älter in %
Darmstadt	-12,5	109,9	5,0	19,0
Frankfurt am Main	-12,3	109,1	5,1	21,7
Offenbach am Main	-4,9	111,2	5,3	8,0
Wiesbaden	-12,7	111,4	8,3	16,0
Bergstraße	-2,2	111,7	6,3	21,5
Darmstadt-Dieburg	-10,4	100,9	10,3	20,5
Groß-Gerau	-3,1	109,5	6,1	20,3
Hochtaunuskreis	-11,1	117,9	4,9	20,1
Main-Kinzig-Kreis	2,5	110,3	4,4	19,4
Main-Taunus-Kreis	-10,0	109,6	3,0	19,4
Odenwaldkreis	-0,9	113,0	3,2	22,6
LK Offenbach	-6,1	110,1	3,6	22,5
Rheingau-Taunus-Kreis	-3,0	104,1	3,7	24,3
Wetteraukreis	-5,0	109,7	4,3	18,2
Gießen	-7,0	110,4	3,0	19,5
Lahn-Dill-Kreis	-3,4	111,0	3,5	23,4
Limburg-Weilburg	-1,4	109,1	8,4	15,0
Marburg-Biedenkopf	-4,8	108,2	1,9	22,2
Vogelsbergkreis	-11,4	105,0	1,4	30,0
Kassel	-6,5	115,8	5,7	13,5
Fulda	4,3	104,5	6,5	19,6
Hersfeld-Rotenburg	3,1	111,4	4,4	31,9
LK Kassel	-3,1	108,6	6,4	18,5
Schwalm-Eder-Kreis	-11,3	110,0	7,6	18,6
Waldeck-Frankenberg	0,1	115,6	3,5	18,4
Werra-Meißner-Kreis	-1,5	120,5	9,1	28,6

Quelle: BBSR (2011). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR). und KV Hessen (2011). Versorgung heute – Aktuelle ambulante Versorgungssituation von Haus- und Fachärzten.

Nahversorgung

Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs unterlag in den letzten Jahrzehnten großen Veränderungen. Der Strukturwandel im Einzelhandel und die demografische Entwicklung zeigen ihre Wirkung auf die Nahversorgungslage u.a. in den ländlichen Räumen, Innenstädten und in Randgebieten der Großstädte. Entwicklungstendenzen sind dabei:

- Konzentration der Lebensmittelhandelsunternehmen
- Konzentration der Verkaufsstellen (hiermit einhergehend Vergrößerung der Verkaufsflächen pro Ladeneinheit)
- Neue Betriebstypen
- Neue Standortanforderungen

Die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte ging zwischen 1995 und 2007 um rund 32 % zurück und der Marktanteil der Discounter stieg zwischen 2000 und 2009 um 13 Prozentpunkte an.¹⁸¹

Nahversorgung hat neben der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wichtige soziale und kommunikative Funktionen. Sie fungiert als Treffpunkt und trägt so zur gesellschaftlichen Teilhabe vieler Menschen bei (Senioren, nicht Motorisierte, Erwerbslose, Kinder). Daher beeinflussen der Rückzug aus der Fläche des Einzelhandels und die damit einhergehende Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung nicht nur die Nahversorgung, sondern auch die Teilhabechancen der Menschen.

Die Studie Mobilität in Deutschland 2008 dokumentiert, dass Einkaufsgelegenheiten für den täglichen Bedarf von 22 % der Befragten schlecht, sehr schlecht oder gar nicht zu Fuß zu erreichen sind. Diese Kategorie weist hohe Unterschiede zwischen den Gemeindegrößen auf. So konnte in den kleinsten Gemeinden fast jeder Vierte Geschäfte mit Waren für den täglichen Bedarf schlecht bis gar nicht zu Fuß erreichen. Auch das Fahrrad kann dies nur zu einem geringen Teil auffangen. Mit abnehmender Gemeindegröße nehmen die Distanzen zur Einkaufsgelegenheit und damit die PKW-Nutzung zu.¹⁸² Weniger mobile Personen werden demnach benachteiligt.

Für Hessen liegen nur Fallbeispiele zur ländlichen Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs vor. So zeigt ein Vergleich der Versorgung mit Lebensmittelmärkten im Vogelsbergkreis zwischen den Jahren 1997 und 2010 eine deutliche Reduzierung des Angebots.¹⁸³ Für den Werra-Meißner Kreis wurde eine Analyse erstellt, die auf die Wegezeit, die zur Erreichung des nächstgelegenen Nahversorgungsstandorts be-

181 Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Ohne Auto einkaufen – Nahversorgung und Nahmobilität in der Praxis, S. 9.

182 Vgl. ebenda, S. 20.

183 Vgl. Präsentation des Regierungspräsidium Gießen – Dezernat Regionalplanung am 27.05.2011 im Vogelsbergkreis. Regionalplan Mittelhessen 2010.

nötigt wird, eingeht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Versorgungslage mit dem PKW gut ist, zu Fuß können jedoch nur 45 % der Bevölkerung eine Nahversorgungseinrichtung innerhalb von 15 Minuten erreichen. Auf dieser Auswertung aufbauend wurden Bereiche identifiziert, in denen eine Unterversorgung besteht. Diese Einschätzungen sollen den Gemeinden, Ortsteilen und Ämtern mögliche Potenziale der Nahversorgung und Begegnung aufzeigen.¹⁸⁴

Neben diesen negativen Entwicklungen in der Nahversorgung gibt es auch Beispiele einer Umkehrung dieses Prozesses. In zahlreichen Gemeinden im ländlichen Raum in Hessen wurden in den letzten Jahren „Dorfläden“ eröffnet, die dem Versorgungs- als auch dem Kommunikationsaspekt der Nahversorgung Rechnung tragen. Diese Einrichtungen kombinieren das Lebensmittelangebot mit weiteren Dienstleistungen (z.B. Blumenladen, Postfiliale, Apotheken-Briefkasten, Café, Physiotherapiepraxis, Multifunktionsraum).¹⁸⁵ Entscheidend ist dabei oftmals das bürgerschaftliche Engagement vor Ort, um den Erfolg dieser Projekte zu sichern.

13.3 Bevölkerungspotenzial und Verkehrsanbindung

Erreichbares Bevölkerungspotenzial

Das regionale Bevölkerungspotenzial gilt als Maß für die Möglichkeit räumlicher Interaktionen. So gewährleistet ein hohes regionales Bevölkerungspotenzial in der Regel große Arbeits- und Absatzmärkte für Unternehmen, dürfte zudem für eine hohe Auslastung von haushaltsorientierten Infrastruktureinrichtungen sorgen und dadurch deren wirtschaftliche Tragfähigkeit sichern. Der Indikator wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erstellt und liegt aktuell für das Jahr 2008 vor.

Der Landesdurchschnittswert für Hessen liegt mit potenziell 370.000 Einwohnern deutlich höher als der Bundeswert (313.000), wonach rein rechnerisch im 100-km-Radius jeder hessischen Gemeinde diese Zahl an Menschen leben würde. Ursächlich für diesen hohen Wert sind die großen Städte mit ihrem hochverdichteten Umland im Regierungsbezirk Darmstadt. In den Regierungsbezirken Gießen und insbesondere Kassel wird hingegen der Bundeswert unterschritten. In der folgenden Tabelle sind ebenfalls die Veränderungen seit dem Jahr 2000 dargestellt, wobei ein enger Zusammenhang mit der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung deutlich wird: So ist in allen südhessischen Regionen das regionale Bevölkerungspotenzial angestiegen, wohingegen es in den mittel- und vor allem nordhessischen Kreisen zurückging. Am stärksten war der Rückgang im Werra-Meißner-Kreis und im Landkreis Hersfeld-

184 Vgl. Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner-Kreis (2011): Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis.

185 Vgl. Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner-Kreis (2011): Tante Emmas Enkel – Nahversorgung und Begegnung im Werra-Meißner-Kreis: Eine Erfolgsgeschichte.

Rotenburg, die in der Vergangenheit bereits die höchsten Bevölkerungsrückgänge hatten und auch die ungünstigsten demografischen Entwicklungsperspektiven innerhalb Hessens haben.

Tabelle 79: Bevölkerungspotenzial und Verkehrsanbindung im Regionalvergleich

	Regionales Bevölkerungspotenzial		Erreichbarkeit von		
	absolut in 1.000 2008	Veränderung in % 2000 - 2008	Autobahnen in Minuten 2010	Fern- bahnhöfen in Minuten 2010	Ober- zentren in Minuten 2010
Bundesgebiet	313	-3,5 %	18	29	36
Hessen	370	0,0 %	14	23	27
RB Darmstadt	626	1,4 %	11	21	23
RB Gießen	286	-0,9 %	15	23	23
RB Kassel	193	-3,1 %	16	26	34
Darmstadt St.	848	1,8 %	5	0	0
Frankfurt St.	1.286	1,8 %	6	4	0
Offenbach St.	1.231	1,8 %	6	13	0
Wiesbaden St.	861	2,4 %	4	1	0
Bergstraße	636	1,2 %	11	12	27
Darmstadt-Dieburg	703	1,3 %	14	17	18
Groß-Gerau	846	2,1 %	6	14	17
Hochtaunuskreis	702	1,5 %	12	26	28
Main-Kinzig-Kreis	404	0,6 %	7	26	26
Main-Taunus-Kreis	974	2,1 %	4	14	19
Odenwaldkreis	432	0,6 %	36	37	39
Offenbach, Lkr.	981	1,6 %	5	14	14
Rheingau-Taunus-Kreis	522	1,5 %	15	23	24
Wetteraukreis	492	1,0 %	9	26	27
Gießen, Lkr.	350	0,0 %	6	16	15
Lahn-Dill-Kreis	342	-1,1 %	9	27	17
Limburg-Weilburg	390	-0,1 %	13	17	31
Marburg-Biedenkopf	245	-1,3 %	26	19	19
Vogelsbergkreis	191	-1,8 %	15	31	31
Kassel, St.	386	-1,9 %	8	9	0
Fulda, Lkr.	172	-1,9 %	14	18	19
Hersfeld-Rotenburg	161	-4,3 %	9	11	43
Kassel, Lkr.	252	-2,7 %	17	24	25
Schwalm-Eder-Kreis	194	-3,2 %	9	30	34
Waldeck-Frankenberg	176	-2,7 %	30	39	43
Werra-Meißner-Kreis	192	-4,6 %	14	29	43

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (INKAR 2011), Zusammenstellung der Hessen Agentur.

Verkehrsanbindung

Von Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) werden eine Reihe von Verkehrsindikatoren erhoben, um die Ausstattung von Regionen mit Verkehrsinfrastruktur bewerten zu können. In diesem Zusammenhang wird z.B. die Fahrtzeit mit dem PKW zur nächsten Autobahnauffahrt, zum nächsten Fernbahnhof oder zum nächstgelegenen Oberzentrum in Minuten gemessen. Diese Werte sind ebenfalls in der Tabelle enthalten. Hessen schneidet bei jedem dieser drei Indikatoren deutlich besser ab als der Bundesdurchschnitt. Wiederum ist die Erreichbarkeit im Regierungsbezirk Darmstadt am kürzesten, aber auch in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel ermöglicht die vorhandene Verkehrsinfrastruktur kürzere Fahrzeiten als im Bundesdurchschnitt. Allerdings sind sowohl innerhalb der Regierungsbezirke als auch zwischen den einzelnen Indikatoren erhebliche Unterschiede festzustellen. Die Bevölkerung eher ländlich peripherer Landkreise benötigt zwischen 31 Minuten (Vogelsbergkreis) und 43 Minuten (Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner-Kreis) Fahrtzeit mit dem PKW zum nächstgelegenen Oberzentrum. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist die Anbindung an das Autobahn- und überregionale Schienennetz trotz dessen peripherer Lage deutlich besser als im Landesdurchschnitt, was wiederum die Ansiedlung vieler Logistikunternehmen begünstigt haben dürfte.

13.4 Zugang zu Informationstechnologien

Leistungsfähige Datenübertragungsnetze sind für die heimische Wirtschaft zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden. Unternehmen, die fernab von Ballungsräumen von geringen Übertragungsraten betroffen sind, weisen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen auf. Die Bedeutung einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur geht jedoch über die Wirtschaft hinaus, denn das Leben der Menschen insgesamt wird zunehmend von internetbasierten Anwendungen geprägt, die überall und jederzeit verfügbar sein sollen. Insofern spielt der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien auch für die Attraktivität einer Region für die Wohnbevölkerung – und damit auch für Arbeitskräfte – eine wichtige Rolle.

In Hessen wurde mit dem Landesprojekt „Mehr Breitband für Hessen“ zum Jahresende für 99,5 % der hessischen Haushalte eine Grundversorgung – Downloadgeschwindigkeit mindestens 1 Megabit pro Sekunde (1 Mbit/s) – bzw. eine entsprechende Versorgungsperspektive erreicht und damit die vorher in mancher ländlichen Region existierende Unterversorgung beseitigt. Bis zum Jahresende 2014 hat sich Hessen – wie auch Deutschland insgesamt – zudem das Ziel gesetzt, das Hochgeschwindigkeitsnetz („Next Generation Access“ NGA) auszubauen, um in mindestens 75 % der hessischen Haushalte eine Downloadgeschwindigkeit von wenigstens 50

Mbit/s zu ermöglichen. Angaben des TÜV Rheinland / BMWi zeigen,¹⁸⁶ dass Hessen bei der Erreichung dieser Zielsetzung bereits deutlich weiter vorangekommen ist als das Bundesgebiet insgesamt, was auch für die Erreichung des Ziels Ende 2014 spricht. Für den hessischen „Vorsprung“ stehen auch Angaben zum Breitbandanteil an den Internetanschlüssen der Haushalte im EU-Vergleich. Gemäß dieser Haushaltsbefragung verfügten im Jahre 2011 in Hessen etwas mehr Haushalte über eine Breitbandinternetverbindung (80 %) als im Bundesdurchschnitt (78 %), der wiederum deutlich über dem Vergleichswert für die EU-27 (67 %) liegt. Der Anteil der Haushalte mit Breitbandinternetverbindung ist im Zeitverlauf deutlich angestiegen, was die zunehmende Bedeutung einer leistungsfähigen Internetverbindung unterstreicht.

Tabelle 80: Anteil der Haushalte mit Breitband* als Art der Internetverbindung an allen Haushalten (in %)

	2007	2008	2009	2010	2011
Hessen	54	55	67	79	80
Deutschland	50	55	65	75	78
EU-27	42	49	57	61	67

* definiert über die Art der Verbindung zum Internet (u.a. DSL, ADSL, Kabel, UMTS) und nicht über die Geschwindigkeit. Insofern sind die Angaben nicht etwa mit einer Bandbreite von 50 MBit/s und mehr gleichzusetzen.

Quelle: Eurostat.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass sich im Vergleich zum Anfang der laufenden Förderperiode 2007-2013 der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in Hessen erheblich verbessert hat.

186 Vgl. TÜV Rheinland Consulting GmbH (Hrsg.): Bericht zum Breitbandatlas Ende 2011 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Band 1: Ergebnisse, Berlin 2011, S. 7 und S. 13.

14 Städtische Entwicklung (Querschnittsthema)

Die nachhaltige Stadtentwicklung stellt ein Querschnittsthema in den vorgeschlagenen EU-Verordnungen zur Vorbereitung der kommenden Förderperiode 2014-2020 dar. In diesem Rahmen sind diverse Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen und sozialen Herausforderungen in städtischen Gebieten zur Förderung vorgesehen, die je nach Ausrichtung verschiedenen thematischen Zielen zugeordnet werden können. Zu nennen sind hier z.B. die Förderung von Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für städtische Gebiete (Ziel 4), die Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Umfelds, einschließlich Sanierung von Industriebrachen und Verringerung der Luftverschmutzung (Ziel 6) und die Unterstützung der Sanierung und wirtschaftlichen Belebung benachteiligter städtischer und ländlicher Gemeinschaften (Ziel 9).

14.1 Anteil der Bevölkerung in Städten

In Hessen leben im Vergleich zum Bundesdurchschnitt deutlich weniger Menschen in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern (Hessen: 23 %; Deutschland: 31 %) und entsprechend mehr in kleineren Städten und Kommunen. Dies ist im Wesentlichen Ergebnis der regional unterschiedlichen Siedlungsstrukturen in Hessen: So erreicht in Mittel- und Nordhessen außer der Stadt Kassel keine andere Kommune die Größe von 100.000 Einwohnern. Jeweils 70 % der Bevölkerung leben hier in eher kleinstädtisch und dörflich geprägten Kommunen mit unter 20.000 Einwohnern.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl je Kommune ist für Deutschland mit 7.100 nur halb so hoch wie in Hessen (14.200). Dies ist das Ergebnis der in Deutschland insgesamt hohen Zahl an kleinen Städten und Kommunen mit unter 20.000 Einwohnern. Mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels könnten daher im Bundesdurchschnitt die Notwendigkeiten, kommunale Gebietsreformen durchzuführen, stärker sein, als dies in Hessen der Fall ist.

Tabelle 81: Verteilung der Bevölkerung auf kleine, mittlere und große Städte und Kommunen im Jahr 2010

	Deutschland	Hessen	RB Darmstadt	RB Gießen	RB Kassel
Insgesamt					
Bevölkerung in 1.000	81.752	6.067	3.806	1.041	1.220
Anzahl Städte / Kommunen	11.442	426	187	101	138
Einwohner / Kommune	7.145	14.242	20.350	10.310	8.842
Große Städte (100.000 u. m. Einw.)					
Bevölkerungsanteil	31%	23%	32%	0%	16%
Anzahl der Städte	80	5	4	0	1
mittlere Städte (20.-100.000 Einw.)					
Bevölkerungsanteil	27%	29%	34%	30%	12%
Anzahl der Städte	609	53	42	7	4
Kl. Städte / Kommunen (< 20.000 Einw.)					
Bevölkerungsanteil	41%	48%	34%	70%	72%
Anzahl der Kommunen	10.753	368	141	94	133

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Hessen Agentur.

14.2 Stadtumbau und integrierte Stadtentwicklung

Die Folgen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels betreffen nicht nur die ländlich geprägten Regionen Hessens, sondern auch zunehmend die Städte. Dabei handelt es sich um einen mehrdimensionalen Prozess, der für die Städte ökonomische, infrastrukturelle, soziale, immobilien- und wohnungswirtschaftliche sowie siedlungsstrukturelle Folgen haben kann. Als typische Problemlagen sind rückläufige Bevölkerungszahlen, erhöhte Wohnungsleerstände, Industrie- und Gewerbebrachen (auch militärische Konversionsflächen; siehe Kapitel 14.3), steigende Arbeitslosenzahlen sowie Funktionsverluste der städtischen Zentren zu nennen. Dabei treten die Folgen regional differenziert und räumlich konzentriert auf und machen so spezifische städtebauliche Anpassungen erforderlich. Sie können eine ganze Stadt betreffen oder lokal auf einen Stadtteil beschränkt sein. Daher ist ein funktionaler, angemessener Lösungsansatz zu berücksichtigen, der je nach Bedarf auf z.B. das Quartier, die Gesamtstadt oder die (Metropol-)Region fokussiert ist.

In Hessen werden viele Städte bereits seit vielen Jahren durch die Städtebauförderung, basierend auf verschiedenartig ausgerichteten Förderprogrammen, bei der frühzeitigen Anpassung an die sich ändernden Strukturen in Demografie und Wirtschaft unterstützt. Zu nennen sind hier insbesondere die Programme Stadtsanierung

(aktuell 20 Kommunen), Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (aktuell 22 Kommunen), Stadtumbau in Hessen (aktuell 91 Kommunen), Aktive Kernbereiche in Hessen (aktuell 20 Kommunen) und Städtebaulicher Denkmalschutz (aktuell 8 Kommunen), die von einigen weiteren Initiativen und Wettbewerben flankiert werden. Wichtiger Bestandteil der meisten vorgenannten Programme sind Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die die Problemlagen und Chancen der jeweiligen Stadt bzw. Region aufzeigen und ein Leitbild für die aktuelle und künftige Entwicklung geben.

Nicht nur die räumliche Dimension spielt eine Rolle bei der Bewältigung der Aufgaben, auch die Öffnung der Akteurskreise ist von zunehmender Bedeutung. Bereits in den letzten Jahren wurden in wachsendem Maße neue Wege der Kooperation zwischen mehreren kommunalen Partnern (z.B. mittels interkommunaler Zusammenschlüsse), aber ebenso zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren erprobt. Gerade das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau in Hessen hat einen Schwerpunkt auf interkommunale Kooperationen gelegt. 77 der insgesamt 91 am Programm Stadtumbau teilnehmenden Kommunen sind in interkommunalen Zusammenschlüssen organisiert. Diese Kooperationen von bis zu acht Städten bzw. Gemeinden sind vornehmlich in Nordhessen angesiedelt. Aufgrund der hier bereits vermehrt spürbaren Auswirkungen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels sollen die intensive Zusammenarbeit und das Ausschöpfen von Synergieeffekten der Kommunen besonders gefördert werden.

Bei Kooperationen mit Privaten kann es sich sowohl um privatwirtschaftliche Akteure als auch um Bürger / Bürgergruppen handeln und sowohl um monetäre als auch um ideelle Beteiligung. Ein in Hessen bereits erfolgreich praktiziertes Instrument, um private Akteure in die Stadtentwicklung einzubinden, ist das des Business Improvement Districts, kurz BID. Seit die Landesregierung bereits im Jahr 2005 das Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) erlassen hat, haben BIDs (in Hessen Innovationsbereiche genannt) eine gesetzliche Grundlage in Hessen. Ziel eines Innovationsbereichs ist die Aufwertung des Quartiers – vor allem in Geschäftslagen – unter finanzieller Beteiligung aller Eigentümer im Gebiet. Das Thema Kooperationen oder Initiativen mit Privaten sollte im Sinne lokaler Entwicklungsstrategien weiter unterstützt werden. Nicht nur in diesem Zusammenhang gilt es, zukünftig Möglichkeiten für innovative Maßnahmen, für Pilotprojekte und Modellvorhaben einzuräumen.

Ein aktuell und zukünftig wichtiges Thema, das ebenfalls auf mehreren Ebenen angegangen werden muss, ist die Senkung des CO₂-Ausstoßes in städtischen Gebieten. Für die städtische Entwicklung sind hier vor allem die Erhöhung der Energieeffizienz und der Einsatz Erneuerbarer Energien zu nennen. Gerade in stärker entwickelten Regionen Europas wie Hessen wird dieses Thema eine zentrale Stadtentwick-

lungsaufgabe der kommenden Jahre bzw. Jahrzehnte sein. Als konkrete Handlungsfelder sind hier z.B. die energetische Modernisierung öffentlicher Gebäude, denkmalgeschützter Bausubstanz und ganzer Quartiere sowie die Forderung kommunaler Energie- und Klimaschutzkonzepte und die Einrichtung von Energieberatungen zu nennen. Strategien eines nachhaltigen Stadtverkehrs gehören ebenfalls dazu. Maßnahmen und Projekte, die sich auf diese Thematik beziehen, spielen besonders in den hochverdichteten Stadtregionen wie dem Ballungsraum Rhein-Main eine Rolle. Beispielhaft kann hier das zunehmende Angebot von Carsharing angeführt werden.

Ein weiterhin wichtiges städtebauliches Thema ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs, der gerade in den Übergängen zwischen Stadt und Umland zum Tragen kommt. Nicht nur das anhaltend prosperierende Rhein-Main-Gebiet, auch von Schrumpfungsprozessen betroffene Städte (primär in Nord- und Mittelhessen, siehe Kapitel 1) müssen sich fortan um die Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen und Leerstände mit entsprechenden Nachnutzungsstrategien bemühen. Nur so lassen sich einer Zersiedelung entgegen wirken und die Stadtzentren lebendig halten. Hinzu kommt, dass die Verschiebungen der Bevölkerungszusammensetzung Auswirkungen auf den Bedarf und Bestand von Infrastruktureinrichtungen (wie Schulen, Kindergärten, Altenheime) haben. Dies wird in den Städten Nord- und Mittelhessens gegenwärtig bereits deutlich. Verlangt werden zunehmend flexible Nutzungsmodelle. Generell müssen vermehrt Anpassungen der kommunalen Infrastrukturen und ebenso Anpassungen spezieller Wohnungsmarktsegmente an die Bedürfnisse älterer Menschen vorgenommen werden. Während die teilweise bereits einsetzende Unterauslastung der städtischen Infrastruktur viele Fragen und Probleme aufwirft, können die Schrumpfungsprozesse auch als Chance begriffen werden, um z.B. mehr Grün- und Freiräume in der Stadt zu schaffen.

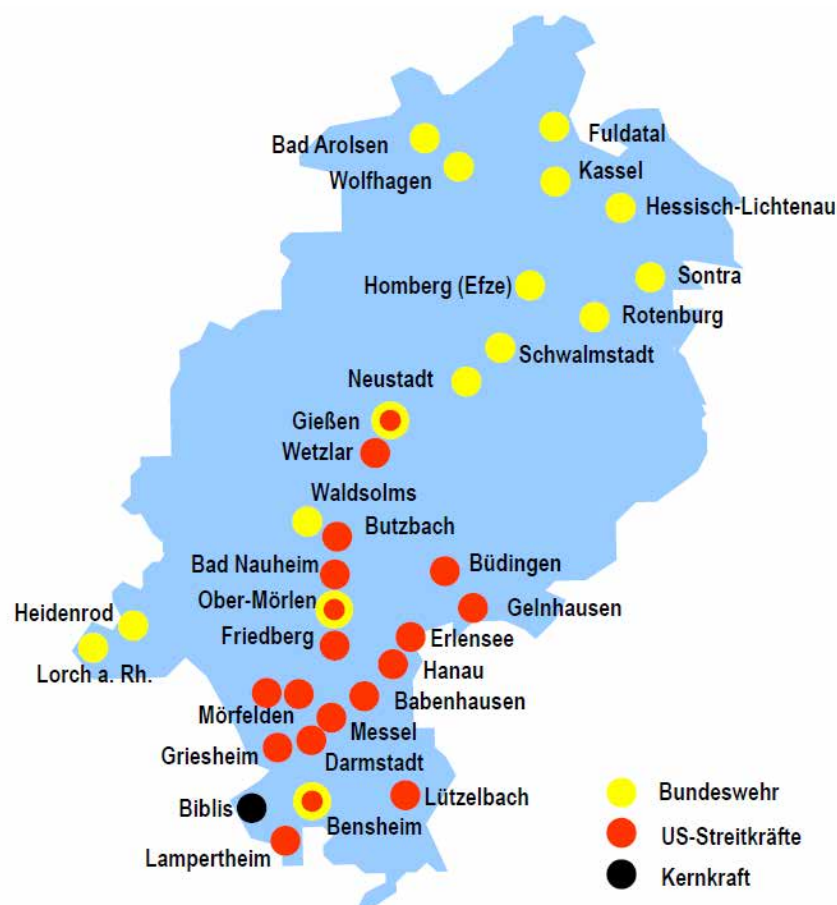
Wie erwähnt können die Problemstellungen der Städte je nach Sozialstruktur, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsstruktur, Bausubstanz, Lage und Größe der Stadt etc. sehr unterschiedlich und individuell sein. Dennoch sollte es zugleich das Ziel sein, erfolgreiche Strategien und Ansätze aufzuarbeiten, um sie im Sinne eines Erfahrungsaustausches mit anderen Betroffenen zu teilen und darüber einen Mehrwert zu generieren. Damit im Zusammenhang steht außerdem der Anspruch, über die Wege der Indikatorenbildung und Evaluation von Prozessen messbare und sichtbare Erfolge zu erzielen.

Zusammengefasst muss das zentrale Ziel eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen und sozialen Herausforderungen heutiger und künftiger Zeit sein.

14.3 Konversion

Konversion ist seit Anfang der 90er Jahre ein zentrales Thema der Stadtentwicklung in hessischen Kommunen und wird diese nach den bisherigen Erfahrungen auch noch weitere zehn Jahre beschäftigen. Aktuell sind in Hessen mehr als 30 Kommunen nennenswert von militärischer Konversion betroffen. Für rund 2.000 Hektar freigegebener Fläche werden derzeit Nachnutzungskonzepte und Entwicklungsstrategien erarbeitet bzw. Maßnahmen bereits umgesetzt. Konversionsflächen können generell einen sinnvollen Beitrag zu den genannten Zielen der Stadtentwicklung wie Reduzierung des Flächenverbrauchs, Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen, Schaffung von mehr Grün- und Freiräumen in der Stadt, Einsatz Erneuerbarer Energien etc. leisten. Allerdings werden in Hessen Kommunen, die von Militärkonversion betroffen sind, nur in seltenen Fällen bei investiven Maßnahmen, die die genannten Ziele verfolgen, durch die Städtebauförderung, z.B. die Programme Stadtsanierung, Stadtumbau in Hessen, Aktive Kernbereiche in Hessen, Soziale Stadt etc. bei der entsprechenden Entwicklung der Militärbrachen unterstützt.

Abbildung 70: Übersicht Konversionsstandorte in Hessen



Quelle: Hessen Agentur.

Standortfreigaben der Bundeswehr in Hessen

Im Rahmen der zweiten Konversionswelle wurden in Hessen seit 2000 bis Ende 2008 zahlreiche Standorte der Bundeswehr und der US-Streitkräfte teilweise oder ganz geschlossen. Eine Liste der Konversionskommunen ist im Tabellenanhang zu finden.

Betroffen waren zwölf Bundeswehr-Standortkommunen in Nord- und Mittelhessen sowie vier Standorte in Südhessen, wobei in einigen Fällen jeweils mehrere Areale im Stadtgebiet geräumt wurden (Kassel, Homberg/Efze, Lorch). Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren in Nord- und Mittelhessen kleinere Konversionsflächen im Außenbereich (Depots, Tanklager, Wetterstation etc.) freigegeben worden, die zunehmend Beachtung im Zusammenhang mit der Flächensuche für Anlagen der regenerativen Energien fanden. Im Jahr 2011 gab der Bund eine weitere Bundeswehrstrukturreform mit Standortschließungen und -verkleinerungen bekannt, was für Hessen insgesamt eine Verringerung der Zahl der Dienstposten um 3.200 auf 5.400 an verschiedenen Standorten mit sich bringt und zusätzlich die komplette Aufgabe des Standorts Rotenburg a.d. Fulda bedeutet, die für das Jahr 2016 erwartet wird. Mit den aktuell vorliegenden Entscheidungen zur Feinstrukturplanung werden wie schon 2005 Folgeplanungen angestoßen, u.a. regionale Konzepte für Schießanlagen und Übungsplätze, so dass auch in diesem Sektor wiederum mit Liegenschaftsfreigaben zu rechnen ist.

Die US-Streitkräfte haben in diesem Zeitraum 18 ihrer Standorte in Mittel- und Südhessen aufgegeben, darunter einige Kommunen, die bereits von Bundeswehrfreigaben betroffen waren, wie Bensheim, Gießen oder Ober-Mörlen, ferner Kommunen wie Hanau und Darmstadt, in denen mehrere sehr große Areale im Stadtgebiet geräumt wurden, und Kommunen wie Lampertheim oder Lützelbach, in denen Training Areas oder Depots nicht mehr benötigt werden.

Regionalwirtschaftliche Effekte

Mit der Schließung oder Reduzierung von Standorten, insbesondere der Bundeswehr, sind regionalwirtschaftliche Effekte verbunden: Neben dem eigentlichen Personalabbau im militärischen Bereich und bei Zivilbeschäftigten, der zu Arbeitsplatzverlusten und Kaufkraftrückgängen in den betroffenen Regionen führt, fallen die Truppen auch als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft aus. Die Arbeitsplatzverluste in der Region dürften sich entsprechend der Nachfragestruktur der Konsumausgaben auf den Einzelhandel, bestimmte Handwerkszweige (z.B. Nahrungsmittelhandwerk, Kfz-Handwerk) und die Gastronomie konzentrieren.

Das Land Hessen hatte Anfang 2005 diese und ergänzende Fragen für die betroffenen Bundeswehr-Standorte in einer Studie dargestellt, deren Ergebnisse auch 2012

noch als Richtschnur gelten können.¹⁸⁷ Insgesamt wurden in Hessen seit 2005 knapp 6.500 Beschäftigte der Bundeswehr abgebaut, darunter mehr als 800 Zivilbeschäftigte. Hinzu kommen nun in Nord- und Mittelhessen weitere 3.200 wegfallende Dienstposten¹⁸⁸ bis 2018.

Nach den Berechnungen der Hessen Agentur in der o.g. Studie fielen ab 2005 (ohne die Planungen aus dem Jahr 2011) durch den Truppenabbau in den betroffenen Landkreisen rund 1.050 Arbeitsplätze bzw. Arbeitsplatzäquivalente durch direkte und indirekte Folgewirkungen des Nachfrageausfalls weg. Das Arbeitsplatzangebot in der betroffenen Region verminderte sich bezogen auf die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten damit um knapp 0,3 %, wobei dieser Verlust nicht auf einmal, sondern über einen Zeitraum von rund drei bis vier Jahren hinweg (2005 bis 2009) stattfand.

Auch wenn die negativen Arbeitsplatzeffekte insgesamt als marginal und auch in ihrer regionalen Konzentration noch als überschaubar betrachtet werden können, und auch nach Umsetzung der aktuellen Planungen der Bundeswehr keine dramatischen Größenordnungen erreichen werden, ergab und ergibt sich nach wie vor für die betroffenen Kommunen, insbesondere in Nordhessen, schon allein wegen der brachfallenden Kasernenflächen dennoch ein komplexer Handlungsbedarf. Er betrifft u.a. die Formulierung von Entwicklungszielen und Nutzungsszenarien, den Umgang mit möglichen Verunreinigungen und Altlasten in Böden und Gebäuden, die Anwendung des breiten städtebaurechtlichen Instrumentariums, die Anpassung der technischen und verkehrlichen Infrastruktur an nicht-militärische Nachnutzungen sowie organisatorische, finanzielle, juristische und wirtschaftliche Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Umwandlungsprozess.

Die Standortfreigaben der US-Streitkräfte, die vor allem Südhessen betreffen, haben geringere regionalwirtschaftliche Effekte, da die US-Streitkräfte in geringerem Maße Auftraggeber für die regionale Wirtschaft sind und ihr Personal bzw. deren Angehörige über eigene Versorgungsstrukturen bedienen. Hier entfallen u.a. die Arbeitsplätze der deutschen Zivilbeschäftigten.

Entwicklung der Liegenschaften

An den genannten hessischen Standorten standen seit dem Jahr 2000 rund 5.100 Hektar zur Disposition, darunter rund 3.200 Hektar Standort- bzw. Truppenübungsplätze. Rund 1.900 Hektar entfallen auf Kasernenareale, Housing areas und technische Betriebsflächen, letztere zum Teil im Außenbereich, und stehen damit zum

¹⁸⁷ Vgl. Piesk, S., C. Graß und W. Möhrle (2005): Truppenreduzierung und Freigabe von militärischen Liegenschaften durch die Bundeswehr in Nord- und Mittelhessen (Report 682, Hrsg. Hessen Agentur), Wiesbaden.

¹⁸⁸ Wie viele Zivilbeschäftigte darunter fallen, ist derzeit noch nicht bekannt.

überwiegenden Teil zur Entwicklung an. Rund 100 Hektar Kasernengelände werden am Standort Rotenburg Anfang des Jahres 2016 noch hinzukommen.

Die erste Konversionswelle in den 90er Jahren hatte in Hessen vielen Kommunen neue Entwicklungschancen geboten. Dies war vor allem in Südhessen und in den Oberzentren in Mittel- und Nordhessen der Fall. Auf zahlreichen Liegenschaften entstanden damals neue Stadtquartiere und an etlichen Standorten wurden zusätzliche Gewerbe- und Dienstleistungsflächen entwickelt. Die Kommunen reagierten mit ihren Entwicklungsvorhaben auf eine damals vorhandene Flächen- und Wohnraumnachfrage, wie sie heute teilweise noch im Ballungsraum Rhein-Main, jedoch in Nord- und Mittelhessen nur an einigen Standorten gegeben ist. Es muss daher mit wesentlich längeren Entwicklungs- bzw. Vermarktungszeiträumen gerechnet werden.

Darüber hinaus sehen sich die Kommunen aktuell aufgrund fehlender Finanzmittel häufig außer Stande, die Konversionsflächen in eigener Regie zu entwickeln, was insbesondere bei umfangreichen und zahlreichen Liegenschaften mit hoher Bedeutung für die gesamstädtische Entwicklung wünschenswert wäre.

Zahlreiche kleinere Kommunen sind zudem mit der Abwicklung des komplexen Konversionsprozesses personell und fachlich überfordert, können sich aber wiederum aus finanziellen Gründen keine externe Unterstützung leisten. Dies trifft vor allem Kommunen in Südhessen zu, die stark von Konversion betroffen sind, z.B. Erlensee, Friedberg, Lorch. Nur in den seltensten Fällen werden die Konversionsprozesse im Rahmen von Programmen zur Stadtentwicklung, z.B. Stadtumbau West, durchgeführt und können dort mit Fördermitteln unterstützt werden. Von den über 30 hessischen Konversionskommunen sind lediglich in Babenhausen, Bensheim und Sontra die Liegenschaften Teil eines Stadtumbaugebiets.

Nordhessen (Regierungsbezirk Kassel)

Bei den Standortfreigaben handelt es sich in Nordhessen aktuell vor allem um Konversionsflächen am Siedlungsrand oder im Außenbereich kleinerer Mittelzentren oder Unterzentren im ländlichen Raum. Eine Liste der Liegenschaften in Nordhessen mit deren Merkmalen und Vermarktungsstand ist im Tabellenanhang zu finden. Insgesamt wurden in Nordhessen rund 460 Hektar ehemalige Militärflächen (ohne Standortübungsplätze und Rotenburg) freigegeben, die zur Folgenutzung anstehen. Nordhessen verzeichnet derzeit jedoch nur eine geringe Nachfrage nach Gewerbeflächen und verfügt gleichzeitig über erhebliche gewerblich nutzbare Flächenpotenziale. Auf Basis der regionalen Stärken und Rahmenbedingungen haben die betroffenen Kommunen Konzepte für die Umnutzung der frei werdenden Kasernenareale und Standortübungsplätze entwickelt, die überwiegend auf die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie auf die Nutzung der Flächen für den Bau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, meist Fotovoltaik, zielen. In den nächsten fünf bis zehn

Jahren werden die Kommunen versuchen, diese Konzepte in Kooperation mit der BlmA umzusetzen.

Aktuell steht noch der überwiegende Teil der Kasernenareale zur Vermarktung an, auch wenn einige Liegenschaften in der Zwischenzeit von Kommunen bzw. interkommunalen Zweckverbänden (Bad Arolsen, Sontra) oder Teilflächen von den Kommunen (Schwalmstadt, Homberg/Efze) erworben wurden und nun von diesen erschlossen und vermarktet werden. Diese Entwicklung in Eigenregie ist nur möglich, weil die Kommunen bzw. Zweckverbände bei der Sanierung und dem Umbau der technischen und verkehrlichen Erschließung der Liegenschaften durch finanzielle Hilfen des Landes im Rahmen der Strukturförderung unterstützt werden.

In einigen Kommunen haben darüber hinaus private Investoren und Unternehmen in den letzten Jahren Teilflächen in den Kasernenarealen erworben (Fulda, Wolfhagen, Hessisch Lichtenau, Schwalmstadt), wobei die Erschließung der Liegenschaften wiederum von den Kommunen durchgeführt wird (Wolfhagen).

Beispiele für öffentlich-private Partnerschaften (PPP-Projekte) sind bisher in Hessen selten, lediglich der Landkreis Kassel hat mit der OFB Projektentwicklung und der GHT Projektmanagement – Tochtergesellschaften der Helaba – im Rahmen eines derartigen Modells eine der modernsten beruflichen Ausbildungsstätten Nordhessens, das Berufsschulzentrum Herwig-Blankertz-Schule, auf einer Teilfläche der ehemaligen Pommern-Kaserne in Wolfhagen realisiert.

Die Konversion von Liegenschaften wird in Nordhessen auch in den nächsten Jahren ein vorrangiges Thema der Kommunalentwicklung sein.

Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen)

In Mittelhessen sind neben den beiden benachbarten größeren Städten Gießen und Wetzlar die kleineren Kommunen Neustadt und Waldsolms von Konversion betroffen, wobei Neustadt noch nicht komplett geräumt ist. Eine Liste der Liegenschaften in Mittelhessen mit deren Merkmalen und Vermarktungsstand ist im Tabellenanhang zu finden. Insgesamt wurden in Mittelhessen rund 340 Hektar ehemalige Militärf Flächen (ohne Standortübungsplätze) freigegeben, die einer Neuentwicklung bedürfen, davon allein gut 200 Hektar in Gießen. In Wetzlar und Waldsolms sind die Konversionsprozesse nahezu abgeschlossen, in Neustadt konnte ein privates Unternehmen eine kleinere Teilfläche am Rand des Areals erwerben, die über vorhandene öffentliche Netze erschlossen werden kann.

In Gießen haben die Wohnbau Gießen GmbH und eine private GmbH gemeinsam die Dulles- und Marshall-Siedlung erworben und zwei attraktive Wohngebiete im Bestand des Geschosswohnungsbaus entwickelt. Aufgrund der zahlreichen Konversionsliegenschaften ist Gießen auch in den nächsten Jahren noch mit dem Thema Kon-

version beschäftigt. Vor allem steht ab 2015, mit der endgültigen Freigabe durch die US-Streitkräfte, die Entwicklung des 200 Hektar großen General Depots an, für das vor allem eine Nutzung als Gewerbe- und Industriegebiet in Frage kommt und welches die regional bedeutendste Gewerbeflächenreserve in Mittelhessen darstellt.

Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt)

Südhessen ist derzeit am stärksten von Konversion betroffen. Eine Liste der Liegenschaften in Südhessen mit deren Merkmalen und Vermarktungsstand ist im Tabellenanhang zu finden. Insgesamt stehen hier gut 1.100 Hektar (ohne Flug- und Übungsplätze) zur Entwicklung an. Betroffen sind vor allem die Städte Hanau und Darmstadt, für die die Konversion eine sehr große Chance für die Stadtentwicklung darstellt. Darmstadt, wo rund 120 Hektar neu entwickelt werden können, verzeichnet einen Bevölkerungszuwachs und leidet gleichzeitig seit Jahren unter einem Mangel an Wohnbauflächen, da der Flughafen FrankfurtRheinMain im Darmstädter Norden die Entwicklungsmöglichkeiten beschneidet und im Süden der Stadt die nun disponiblen Liegenschaften der US-Streitkräfte bisher Grenzen setzten. Das östliche Rhein-Main-Gebiet erhält mit den Freigaben in Hanau, Erlensee, Gelnhausen und Babenhausen ebenfalls eine große Entwicklungschance. Allerdings schreitet hier die Konversion bisher nur in Hanau, wo allein rund 240 Hektar Kasernenareale (ohne Training area) geräumt wurden, und in Gelnhausen voran. Hier haben private Projektentwicklungsgesellschaften, überwiegend aus der Region, mehrere ehemalige Housing Areas erworben und zum Teil bereits zu Wohngebieten entwickelt. Auch in Butzbach und Bad Nauheim wurden Konversionsliegenschaften bereits erfolgreich an Wohnungsbaugesellschaften vermarktet.

In Friedberg und Babenhausen steht jeweils eine im Verhältnis zur Stadtgröße immense Fläche zur Entwicklung als gemischtes Quartier an, wobei Babenhausen jedoch keine mit Hanau vergleichbare Standortgunst aufweist und gleichzeitig strukturelle Probleme im Produzierenden Gewerbe (u.a. durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Regionen) kompensieren muss. Erlensee verfolgt die Entwicklung eines Gewerbe-, Dienstleistungs- und Freizeitareals, welches von der Anbindung an das überregionale Fernstraßennetz profitieren soll. Babenhausen, Erlensee und Friedberg, aber auch Büdingen im Wetteraukreis und Lorch im Rheingau haben bisher noch keine nennenswerten Vermarktungserfolge verzeichnet.

Insbesondere für Babenhausen, Darmstadt, Friedberg und Hanau wird die Konversion eine zentrale Zukunftsaufgabe der Stadtentwicklung darstellen. Konversion ist jedoch nicht nur in der Rhein-Main-Region ein Thema, sondern auch – nicht weit entfernt von Darmstadt – in der angrenzenden Metropolregion Rhein-Neckar, wo in den Städten Heidelberg, Mannheim und Schwetzingen ab 2015 insgesamt rund 750 Hektar Fläche geräumt und ebenfalls zu attraktiven Wohnquartieren bzw. Gewerbe- und Dienstleistungsquartieren entwickelt werden.

15 Ländlicher Raum

Das folgende Kapitel fasst die wesentlichen Herausforderungen, die sich aus dem vorstehend beschriebenen demografischen und wirtschaftlichen Wandel ergeben, sowie Lösungsansätze hinsichtlich der gegenwärtigen Entwicklungen im ländlichen Raum in Hessen zusammen.

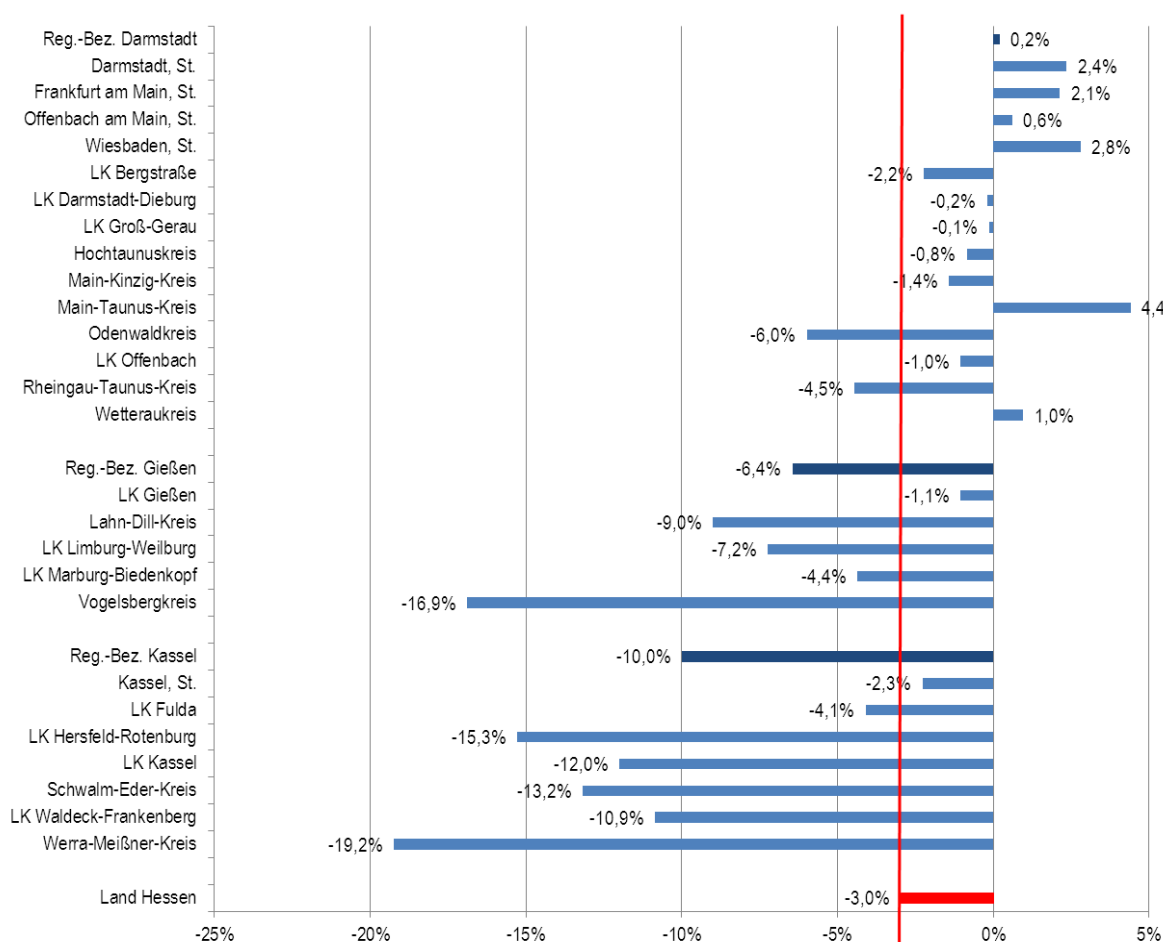
Das in Teilräumen geringe Arbeitsangebot, die Schrumpfung der Einwohnerzahl – als Ergebnis einer selektiven Abwanderung junger Menschen, geringer Zuwanderungen und einer niedrigen Geburtenrate – kann in eine Abwärtsspirale führen, die die Menschen im ländlichen Raum vor große Probleme stellt. Damit verbunden ist eine generelle Reduzierung der Nachfrage bei einer Verschiebung der Bedarfe hin zum Bedarf der älteren Generation. Die kleinteilige Siedlungsstruktur des ländlichen Raums erschwert zudem Versorgung und Teilhabe der Menschen.

Die erforderlichen Anpassungs- und Entwicklungsprozesse an die demografischen Veränderungen gilt es zu begleiten und zu unterstützen, indem die Stärken des ländlichen Raums für eine eigenständige Entwicklung genutzt und die Regionen sowie Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensqualität und Attraktivität zu erhalten. Dies hat sich das Land Hessen mit der Förderung der ländlichen Entwicklung zum Ziel gesetzt.

Demografische Entwicklung und Siedlungsstruktur

Für den Regierungsbezirk Kassel wird bis zum Jahr 2030 mit einem Rückgang der Einwohnerzahl um rund 10 % gerechnet, für den Regierungsbezirk Gießen mit einem Rückgang um rund 6 %. Für den überwiegend städtisch strukturierten Regierungsbezirk Darmstadt wird dagegen ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl um 1 % prognostiziert (siehe Kapitel 1). Die Bevölkerungsverluste werden sich auf die ländlichen Teilräume konzentrieren, während die Städte und die städtischen Teilräume bis zum Jahr 2030 noch eine leichte Zunahme der Einwohnerzahl (jeweils rund + 2 % in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen) bzw. eine geringe Abnahme (Regierungsbezirk Kassel: 0,6 %) zu erwarten haben.

Die ländlichen Kreise in Hessen sind in sehr unterschiedlichem Maße vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Sieben der zwölf ländlichen Kreise verlieren zum Jahr 2030 mehr als 10 % ihrer Einwohner. Mit einer Ausnahme befinden sich diese Kreise alle in Nordhessen. Die stärksten Abnahmen der Einwohnerzahl sind für den Werra-Meißner-Kreis (- 19 %), den Vogelsbergkreis (- 17 %) und den Landkreis Hersfeld-Rotenburg (- 15 %) zu erwarten. Dagegen ist die prognostizierte Abnahme der Einwohnerzahl im Landkreis Gießen nur geringfügig (- 1 %).

Abbildung 71: Bevölkerungsprognose 2011 - 2030 für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte

Quelle: Hessen Agentur.

Das Durchschnittsalter wird im ländlich strukturierten Nordhessen von jetzt 45 Jahre auf 48 Jahre im Jahr 2030 steigen. Im ebenfalls in weiten Teilen ländlich geprägten Mittelhessen erhöht sich das Durchschnittsalter von 44 auf 47 Jahre. Aber auch in Südhessen mit seinen verdichteten Siedlungsstrukturen und nur kleinen ländlich geprägten Teilräumen steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung an, und zwar von 43 auf 46 Jahre. In Nordhessen sinkt der Anteil der jungen Menschen bis 20 Jahre von 19 % im Jahr 2011 auf 16 % im Jahr 2030. In Mittelhessen und Südhessen verändert sich der Anteil dieser Altersgruppe von 19 % auf 17 %. Dagegen steigt der Anteil der alten Menschen über 80 Jahre in Nordhessen von 6 % auf fast 9 %. In Mittelhessen wächst der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von 6 % auf 8 % und in Südhessen von 5 % auf 8 %.

Betrachtet man den hessischen ländlichen Raum insgesamt, das heißt die Landes- teile außerhalb des Rhein-Main-Verdichtungsgebietes und seines unmittelbaren ländlichen Umfeldes sowie ausschließlich der Städte Kassel, Fulda, Marburg, Gie-

ßen und Wetzlar, lebten dort im Jahr 2011 2,9 Mio. Einwohner.¹⁸⁹ Dies entsprach einem Bevölkerungsanteil von 48 %. Die Einwohnerdichte betrug 162 Einwohner je Quadratkilometer. Auf 100 Einwohner im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kommen 35 Einwohner im Alter von 65 Jahren und älter (Altersquotient). Seit dem Jahr 2000 ging die Zahl der Einwohner im hessischen ländlichen Raum um 2,7 % zurück. Bis zum Jahr 2030 ist mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang von 7,3 % zu rechnen.¹⁹⁰ Der Altersquotient wird sich von derzeit 35 auf 55 erhöhen.

Tabelle 82: Bevölkerung im hessischen ländlichen Raum am 1.1.2011 und 1.1.2030

	2011	2030
Einwohner	2.922.021	2.710.108
Veränderung 2000 / 2011	-2,7 %	
Veränderung 2011 / 2030		-7,3 %
Anteil an Hessen	48,2 %	45,8 %
Einwohnerdichte (Einwohner / qkm)	162	149
Altersstruktur		
Unter 20 Jahre	19,4 %	16,6 %
20 bis u. 35 Jahre	15,8 %	14,6 %
35 bis u. 50 Jahre	23,0 %	17,9 %
50 bis u. 65 Jahre	20,9 %	21,2 %
65 Jahre und älter	20,9 %	29,8 %
Altersquotient (Einwohner 65 Jahre u. älter / 100 Einwohner 20 Jahre bis u. 65 Jahre)	35	55

Quelle: Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

Auch die Siedlungsstruktur in Nord- und Mittelhessen sowie im Odenwaldkreis weist die für den ländlichen Raum charakteristische Kleinteiligkeit auf. So haben rund 30 % aller hessischen Gemeinden weniger als 5.000 Einwohner.¹⁹¹ In Nordhessen gehört knapp die Hälfte der Gemeinden dieser Größenordnung an. In Mittelhessen liegt dieser Anteil bei 31 %, wohingegen es in Südhessen nur 16 % sind. Hinzu kommt, dass in diesen kleinen Städten und Gemeinden die Bevölkerungsdichte weit unter dem hessischen Durchschnitt von 289 Einwohnern je Quadratkilometer liegt.¹⁹² Bei einer Einwohnerdichte in diesen kleinen Kommunen von durchschnittlich

189 Abgrenzung nach „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum 2007 – 2013“. Die Städte Kassel, Fulda, Marburg, Gießen und Wetzlar wurden nicht zum ländlichen Raum gezählt, da eine Differenzierung nach Stadtteilen aufgrund fehlender Informationen zur Bevölkerung auf Stadtteilebene nicht vorliegt.

190 Van den Busch, Uwe (2010): Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, HA-Report Nr. 792, Wiesbaden.

191 Quelle: HSL, Bevölkerungsstand 30.6.2012.

192 Quelle: HSL, Bevölkerungsstand 30.6.2012, Flächenstand 31.12.2011, Berechnungen der Hessen Agentur.

62 Einwohnern je Quadratkilometer in Mittelhessen, 56 Einwohnern je Quadratkilometer in Nordhessen und 52 Einwohnern je Quadratkilometer in Südhessen ist die Erhaltung einer flächendeckenden Versorgung eine große Herausforderung.

Finanzsituation und Handlungsspielräume der Kommunen

Die schwierige Haushaltssituation der Kommunen lässt kaum Spielräume für die Übernahme weiterer Leistungen (siehe Kapitel 13.1). Aktuell wird dies durch die Inanspruchnahme des Kommunalen Schutzschilds zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen belegt. Von den 94 Städten und Gemeinden, die den Schuttschild nutzen, befinden sich 75 im ländlichen Raum. Die 14 Landkreise, die sich unter den Schuttschild begeben haben, liegen bis auf zwei Ausnahmen im ländlichen Raum.

Nahversorgung, Daseinsvorsorge und Infrastruktur

Eine wesentliche Beeinträchtigung der Attraktivität des ländlichen Raums als Wohn- und Arbeitsstandort ist die fortschreitende Ausdünnung der Versorgung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen (Datenmaterial dazu enthält Kapitel 13.2). Bereits jetzt sind in vielen kleinen Dörfern weder ein Einzelhandelsgeschäft noch eine Post, Bank oder eine Gaststätte mehr vorhanden. Eine wohnungsnahe Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs ist hier kaum mehr möglich. Zugleich sind mit der Schließung der betreffenden Einrichtungen auch wichtige Treffpunkte für die Einwohner verloren gegangen.

Für die Zukunft ist zudem eine Verschlechterung der ärztlichen Versorgung zu befürchten, da in den nächsten Jahren viele Hausärzte ihre Praxis aus Altersgründen aufgeben werden. Nachfolger sind schwer zu finden: Nur wenige junge Ärzte sind daran interessiert, sich als Landarzt niederzulassen. Diese Verschlechterung der Versorgungssituation wiegt umso schwerer, als die Zahl der alten Menschen auf dem Land erheblich steigen wird. Diese benötigen viel öfter als junge Menschen einen Arzt in ihrer Nähe, der auch ohne Auto zu erreichen ist. Langfristig wird auch der Bedarf nach Pflegeeinrichtungen und -diensten wachsen, da aufgrund der geringen Zahl junger Menschen und der weiter zunehmenden Abwanderung von jungen Erwerbstätigen in wirtschaftsstarke Ballungsräume auch auf dem Land viele alte Menschen allein – und nicht mehr wie früher im Familienverbund – leben werden.

Die geringe Zahl von Kindern und jungen Menschen auf dem Land kann zwar kurzfristig zu einer Verbesserung der Betreuungs- und Bildungssituation führen. Langfristig jedoch ist zu befürchten, dass Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen mit geringer Auslastung geschlossen werden und das Angebot von weiterführenden Schulen und berufsbildenden Schulen weiter auf ausgewählte Standorte konzentriert wird. Ohne Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen verlieren die kleinen Gemeinden immer mehr an Attraktivität für junge Familien, für die diese Einrichtungen entscheidendes Kriterium bei der Wohnortwahl sind.

In einigen Gemeinden leisten ländliche Entwicklungs- und Netzwerkinitiativen sowie ehrenamtlich getragene Projekte mit alternativen Angebotsformen einen Beitrag zur Sicherung der Grundversorgung.

Auch die technische Infrastruktur im ländlichen Raum bleibt von der Bevölkerungsentwicklung nicht unberührt. Eine geringere Einwohnerzahl führt z.B. bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu einer geringeren Auslastung, höheren Kosten und – da letztere auf die Einwohner umgelegt werden – zu steigenden Gebühren.

Mobilität und Erreichbarkeit

Eine weitere Folge der zurückgehenden Schülerzahlen ist die Verschlechterung der ÖPNV-Verbindungen, da deren Taktung im ländlichen Raum zurzeit wesentlich auf dem Schülerverkehr basiert. Gerade angesichts einer geringeren Anzahl von Versorgungsstandorten gewinnt die Mobilität jedoch für die Einwohner – und hier ist insbesondere an die alten Menschen zu denken – größere Bedeutung (siehe Kapitel 13.3).¹⁹³

Siedlungsentwicklung

Als weiteres bedeutendes Problem für die Entwicklung der ländlichen Gemeinden zeichnet sich der zunehmende Leerstand insbesondere von Wohngebäuden in den historischen Ortskernen und in Zukunft auch in den Wohngebieten der 60er und 70er Jahre ab. Aufgrund des Agrarstrukturwandels sind zudem Leerstände landwirtschaftlicher Hofstellen und Nebengebäude zu verzeichnen. In kleinen Dörfern stehen schon heute zahlreiche Häuser leer, auch wenn dies oft noch nicht offensichtlich ist. Eine besondere Stärke der Orte im ländlichen Raum – das eigene, historisch gewachsene Erscheinungsbild, das mit Häusern, Höfen, Kirchen und Plätzen auf die Entstehungsgeschichte und den Charakter eines jeden Ortes hinweist – geht verloren. Für viele Einwohner ist das Ortsbild ein Teil von „zu Hause“ und trägt so zu ihrer Bindung an den Heimatort bei. Doch diese Bindung ist gefährdet: Durch leer stehende, baufällige Häuser werden die Orte unattraktiv. Immobilien verlieren hier ihren Wert, dadurch werden auch Erhaltungsinvestitionen erschwert. Besonders in den

¹⁹³ Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse des Teilprojekts „Mobilität im ländlichen Raum“ im Rahmen des von der hessischen Landesregierung geförderten Projekts „Mobilität 2050: Impulsgeber für eine neue Mobilität“. Unter dem Projekttitel „Mobifalt“ wurde u. a. durch den Nordhessischen VerkehrsVerbund (NVV) die Integration des Individualverkehrs in den ÖPNV pilothaft in drei Untersuchungsgebieten eingeführt, woran sich eine Evaluierung dieser Maßnahme anschloss. Ziel des Projekts ist es, den ländlichen Raum bestmöglich durch den ÖPNV zu erschließen. Durch Bürgerbeteiligungsprozesse werden die Nutzer in den Modellgebieten aktiv eingebunden und mit der Markteinführung einer „MobifaltCard“ Mehrwerte für Nutzer aufgezeigt, was zu einer Steigerung der Akzeptanz führt. Durch die Universität Kassel wurden in der Begleitforschung zielgruppenspezifisch die Mindeststandards des ÖPNV im ländlichen Raum bestimmt und diese in Handlungsempfehlungen herausgegeben. Daneben erarbeitete die TU Darmstadt einen praxisorientierten Leitfaden zur Drittnutzerfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Städten und Kommunen an die Hand gegeben werden kann (vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hrsg., www.hessen-nachhaltig.de.)

Ortskernen sind viele Gebäude zusätzlich aus energetischen Gründen sanierungsbedürftig. In ländlichen Gebieten, die besonders durch den demografischen Wandel bzw. einen negativen Wanderungssaldo gekennzeichnet sind, sind Investitionen in Umnutzung und Rückbau zu Gunsten des Wohnungsmarktes meist unrentabel.

Ein frühzeitiges Gegensteuern durch konsequente Innenentwicklung ist daher unabdingbar. Dazu gehören die Erfassung von vorhandenen und absehbaren Leerständen und Potenzialflächen, das Ausräumen von Hindernissen für die (Wieder)nutzung, die Vermarktung der Objekte sowie die Beschränkung der Ausweisung neuer Baugebiete am Ortsrand. Um die Kommunen hierbei zu unterstützen, stellt das Hessische Wirtschaftsministerium kostenfrei die Hessische Flächenmanagementdatenbank zur Verfügung. Mit Hilfe dieser Software können innerörtliche Potenzialflächen wie Brachflächen, Leerstände, Baulücken und auch geringfügig genutzte Grundstücke auf Flurstückebene erfasst und verwaltet werden. Sie bietet Unterstützung bei der Eigentümeransprache und der Vorbereitung einer Grundstücksbörse im Internet durch die Erstellung von Flächensteckbriefen. Einige hessische Kommunen bemühen sich bereits um die Vermarktung von innerörtlichen Potenzialen. Jedoch zeigt sich für den Bereich des Wohnungsmarktes, dass Zuzüge aus den städtischen Gebieten kaum gefördert werden können, wenn nicht gleichzeitig die nötigen Angebote der Daseinsvorsorge (z. B. Nahversorgung, Schulen etc.) bereitgestellt werden. Auch der Abriss oder Maßnahmen der Bodenordnung werden zunehmend ergriffen, um eine (Wieder)nutzung zu erleichtern. Das Land Hessen unterstützt die Kommunen bei Maßnahmen zur Innenentwicklung in ausgewählten Förderschwerpunkten (aktuell 214 Förderschwerpunkte mit insgesamt 449 Ortsteilen) mit dem Programm zur Dorfentwicklung.

Ländliche Wirtschaft und Beschäftigung

Auch die Betriebe im ländlichen Raum sind durch die Einwohnerentwicklung negativ betroffen. Durch die Abwanderung der jungen Menschen steht nur ein geringes Potenzial an Arbeitskräften, insbesondere für qualifizierte Tätigkeiten, zur Verfügung. Einen Standortnachteil stellt zudem in einigen Teilräumen der noch vergleichsweise schlechte Zugang zu Hochgeschwindigkeits-Datenübertragungsnetzen dar. Im Rahmen der Breitbandinitiative Hessen wurde allerdings mittlerweile in ganz Hessen eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung bzw. deren Umsetzungsplanung realisiert. Für Betriebe, die überwiegend auf den regionalen Markt ausgerichtet sind, kommt hinzu, dass ihre Kundenbasis schrumpft. Der Abbau von Arbeitsplätzen oder sogar Betriebsschließungen können die Folgen der ungünstigen Standortvoraussetzungen sein.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Regionen ist daher die Förderung von Unternehmen und Existenzgründungen. Diese sichern und schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und Einkommen auf dem Land. Sie eröffnen damit

vor allem jungen Menschen Perspektiven zum Bleiben. Über die Zahlung von Steuern verbessern diese darüber hinaus die finanzielle Situation der Kommunen.

Den zahlreichen Schwächen des ländlichen Raums stehen seine Stärken gegenüber, die ihm im Vergleich zum Verdichtungsraum eine eigene Qualität geben. Sie eröffnen eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten und beinhalten die Chance, Nachteile durch alternative Ansätze auszugleichen.

Tourismus, natürliche Potenziale, kulturelles Erbe

Wichtige Stärken des ländlichen Raums sind die naturräumlichen Potenziale (Naturparke, Geoparke usw.) und die attraktiven Mittelgebirgslandschaften (siehe Kapitel 5 und 12) sowie das kulturelle Erbe vieler historisch gewachsener Ortskerne mit denkmalgeschützten Gebäuden.

Die vorgenannten Stärken stellen die Basis für Angebote des ländlichen Tourismus. Landwirtschaftliche Betriebe, einschließlich Weinbau, tragen mit eigenen, spezifischen Angeboten zur Tourismuswirtschaft bei und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft. Die Tourismus- und Naherholungsentwicklung ländlicher Räume wird durch die in den Unterkapiteln „Siedlungsentwicklung“ und „Ländliche Wirtschaft“ skizzierten Gegebenheiten maßgebend beeinflusst. Beispielsweise bilden intakte Ortskerne mit regen lokalen wirtschaftlichen Aktivitäten eine wichtige Standortdeterminante für die Tourismuswirtschaft.

Wenngleich die Übernachtungszahlen in Hessen in den letzten Jahren zugenommen haben, konnten die ländlichen Räume an diesem Aufschwung nicht hinreichend partizipieren. Die Schere zwischen der Tourismusnachfrage in großen Städten und ländlichen Regionen geht weiter auseinander. Die Kooperationsbereitschaft der Tourismusunternehmen und relevanten Institutionen ist sowohl auf lokaler als auch auf regionaler Ebene nicht hinreichend ausgeprägt. Das überwiegend durch kleinstrukturierte, familiengeführte Betriebe gekennzeichnete Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe ist häufig nicht hinreichend konkurrenzfähig und wirtschaftlich stabil. Gleichzeitig ist die Betriebsnachfolge in vielen Tourismusunternehmen nicht gesichert, die Attraktivität leidet vielerorts durch entsprechenden Investitionsstau.

Die in der laufenden Förderperiode gewählte Strategie zugunsten des landschaftsgebundenen Aktivtourismus konnte in zahlreichen Regionen positive Akzente setzen. Es sind jedoch weitere zielgerichtete Maßnahmen notwendig, um in Ergänzung zum vorherrschenden Urlaubs-/Erholungsangebot die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus zu festigen.

Es sind Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Tourismus zu ergreifen, um bestehende Infrastrukturen sichern und weiterentwickeln sowie touristische Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen zu können.

Landtourismus ist dabei als integriertes Aufgabengebiet zu verstehen. Ohne die Pflege der Kulturlandschaft, die Attraktivität der Ortsbilder, die Stärkung der regionalen Identität und den Erhalt der entsprechenden Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen ist eine touristische Entwicklung nicht möglich.

Laut Einschätzung des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen – LLH ist davon auszugehen, dass die Zahl der Betriebe mit dem Angebot „Bäuerliche Gastronomie“ annähernd konstant bleiben wird. Die Nachfrage von Seiten der Verbraucher ist steigend. Auch im Segment „Urlaub auf dem Bauernhof“ wird keine nennenswerte Vergrößerung erwartet. Voraussichtlich wird es einige neue Betriebe geben, die sich für diese Erwerbskombination entscheiden, und gleichzeitig Anbieterbetriebe, die im Zuge des Generationenwechsels ihr Angebot aufgeben. Nachfrage und Auslastungen der Betriebe werden sich zukünftig nach Einschätzung der Experten des LLH auf dem derzeitigen Niveau bewegen.

Ländliche Entwicklungs- und Netzwerkinitiativen, Ehrenamt

Eine wesentliche Stütze der ländlichen Entwicklung sind die Einwohner des ländlichen Raums, die sich auf vielfältige Weise ehrenamtlich für ihr Gemeinwesen einsetzen. Sie sind in Ehrenämtern – z.B. bei der Feuerwehr und in Kirchen wie auch in Sport- und Musikvereinen – tätig, entwickeln aber auch gemeinsam neue, alternative Lösungen um Versorgung und Teilhabe für alle Bürger zu sichern. Die Bürger engagieren sich für die künftige Entwicklung ihrer Region, indem sie in den 20 hessischen LEADER-Aktionsgruppen bzw. den 5 HELER-Gruppen, deren Aktivitäten insgesamt rund 2,5 Mio. Menschen oder 40 % der hessischen Bevölkerung betreffen (siehe Kapitel 16 und Tabelle im Anhang), bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten mitwirken. Dies trifft gleichermaßen auf die Erarbeitung von integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten im Rahmen der Dorfentwicklung zu, die seit 2012 auf gesamtkommunaler Ebene erarbeitet werden und die Voraussetzung für die Förderung öffentlicher Maßnahmen sind. Auf dieser Basis wurden 2012 erstmals 23 Kommunen und ein interkommunaler Zusammenschluss als Förderungsschwerpunkte der Dorfentwicklung anerkannt. Die Unterstützung – z.B. über Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung – von bürgerschaftlich Aktiven ist dabei eine wichtige Voraussetzung.

In einigen hessischen Gemeinden wurden durch ehrenamtliches Engagement Dorfläden eingerichtet (siehe Kapitel 13.2). Vielfach hat sich dabei die Zusammenarbeit von Einzelhandelsunternehmen oder sozialen Einrichtungen als professionelle Ladenbetreiber und Ehrenamtlern als Initiatoren und Mitwirkenden bewährt. Durch den Dorfladen wird die Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität gesichert. Regionalen Produzenten nutzt die Einrichtung eines Dorfladens ebenfalls, da zum Sortiment in der Regel auch regionale Lebensmittel gehören. In manchen Gemeinden ist der Dorfladen

als „multifunktionales Modell“ angelegt, z.B. mit einem Café oder mit Veranstaltungsräumen. Außerdem wird die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Sprechstunden von Ärzten, Physiotherapeuten o. Ä. angestrebt, um zumindest zeitweise eine medizinische Versorgung am Ort zu bieten. Einige Landkreise bemühen sich um die Ansiedlung von Hausärzten zum Beispiel durch Beratung und Weiterbildungsprogramme in Kooperation mit örtlichen Kliniken. Zudem unterstützt das Land Hessen bis zum Jahr 2014 die Niederlassung von jungen Mediziner*innen im ländlichen Raum u. a. durch Beratung und finanzielle Förderung.

Auf ehrenamtlicher Grundlage werden in zahlreichen hessischen Gemeinden Bürgerbusse betrieben, die auf Anforderung gegen geringes Entgelt wichtige Versorgungsstandorte anfahren und so die Mobilität der Bürger auch außerhalb der Verkehrszeiten der Schulbusse sichern. Auch im Hinblick auf derartige Aktivitäten sollte das umfangreiche ehrenamtliche Engagement im ländlichen Raum in Hessen weiterhin unterstützt werden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass es zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung ehrenamtlicher Aktivitäten auch inhaltlicher Impulse bedarf, für deren Verbreitung u. a. Bildungseinrichtungen wie z.B. Volkshochschulen eine bedeutende Rolle spielen.

16 Institutionelle Kapazitäten (Ziel 11)

Hessen verfügt über diverse institutionelle Kapazitäten von Stakeholdern, die in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Sozialpolitik tätig sind, sowie sektorale und territoriale Bündnisse, durch die Synergien genutzt und Reformen auf regionaler und lokaler Ebene angestoßen werden.

Entsprechend der differenzierten Wirtschaftsstruktur verfügt Hessen über eine vielfältige **Verbandslandschaft**. Zahlreiche dieser Verbände sind Mitglied in der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. (VhU) – von großen Industrieverbänden wie dem Verband der Chemischen Industrie über kleinere Verbände wie Hessenbeton bis hin zum Verband deutscher Unternehmerinnen und zur Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain. Diese Interessenvertretung engagiert sich vielfältig im Bereich Bildung und Beschäftigung, wie die u.a. bearbeiteten Themenfelder Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Berufsschule und Bildungspolitik zeigen. Verbunden mit dem VhU ist zudem das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft.

In Hessen gibt es 11 **Industrie- und Handelskammern**, die in der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern zusammengeschlossen sind. Die Aus- und Weiterbildung ist ein zentrales Geschäftsfeld der IHKn, in dem die Aufgaben von der Beratung in puncto Aus- und Weiterbildung über die Durchführung von Weiterbildungen und Prüfungen bis hin zur Entwicklung neuer Ausbildungsberufe und Weiterbildungsqualifikationen reichen.

Im Bereich des Handwerks bestehen drei **Handwerkskammern**, die in der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern zusammengeschlossen sind. Wie bei den IHKn gehört die Aus- und Weiterbildung zu den wesentlichen Aufgaben der Handwerkskammern (Erlassung von Gesellen- und Meisterprüfungsordnungen und Durchführung der Prüfungen, Aus- und Weiterbildung in Bildungszentren etc.).

In Nordhessen arbeitet seit zehn Jahren die „**Regionalmanagement Nordhessen GmbH**“. Ihre Aufgaben bestehen im Management der regionalen Branchencluster, in der Unterstützung von Existenzgründungen sowie in einem koordinierten Standortmarketing für Nordhessen. Getragen wird das Regionalmanagement von der Stadt Kassel, den fünf nordhessischen Landkreisen, den Kammern und der Universität Kassel. In Mittelhessen arbeitet seit 2003 der Verein „**MitteHessen e.V.**“. Seine Mitglieder sind Kommunen, Landkreise, Hochschulen, Kammern und Unternehmen. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, das Profil der Region Mittelhessen durch die Förderung von Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft, Innovation und Kultur zu schärfen.

Zur Unterstützung von Kommunen, Behörden, Vereinen, Unternehmen und Bürgern bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels wurde das „**Kompe-**

tenznetz Vitale Orte 2020“ gegründet. Auf seiner Website stellt das Kompetenznetz Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, zu Förderprogrammen und erfolgreichen Projekten bereit. Zum persönlichen Erfahrungsaustausch werden “Praxisforen“ durchgeführt. Städte, Landkreise und Landesressorts, Bildungseinrichtungen, Vertreter der Landwirtschaft, Architekten, Stadtplaner, Denkmalschützer, die Landesehrenamtsagentur, die Evangelische Kirche u.a. arbeiten im Kompetenznetz mit.

An der Entwicklung des ländlichen Raums in Hessen wirken 20 **LEADER-Aktionsgruppen** sowie 5 **ELER-Gruppen** mit. Auf der Grundlage umfangreicher Situationsanalysen erarbeiteten sie unter breiter Beteiligung regionaler Akteure integrierte Entwicklungskonzepte für das jeweilige Fördergebiet. Laufend wirken sie an der Entwicklung von Projekten mit und sind in die Förderentscheidungen eingebunden. Die LEADER und ELER-Gebiete decken nahezu den gesamten ländlichen Raum Hessens ab. Lediglich die größeren Städte und die ländliche Peripherie des Verdichtungsraums Rhein-Main sind ausgenommen.

Speziell im **Bildungsbereich** wirken in Hessen eine Reihe von weiteren Stakeholdern und Bündnisse. Der Landesausschuss für Berufsbildung hat u. a. zur Aufgabe, die Landesregierung in Fragen der Berufsbildung zu beraten und auf eine stetige Entwicklung der Qualität der beruflichen Bildung hinzuwirken.¹⁹⁴ Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Beauftragten der Arbeitgeber (z.B. Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern und der Hessischen Handwerkskammern, Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände), der Arbeitnehmer (z.B. IG Metall, Deutscher Gewerkschaftsbund, ver.di) und aus Beauftragten der obersten Landesbehörden. Er umfasst diverse Unterausschüsse und tagt mehrmals im Jahr.

Ein weiteres Beispiel ist der 2004 erstmals geschlossene und im Abstand von zwei Jahren jeweils erneuerte Hessische Pakt für Ausbildung zwischen der Hessischen Landesregierung, der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern, der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, dem Verband Freier Berufe in Hessen, der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, dem hessischen Landkreistag, dem hessischen Städte- und Gemeindebund sowie dem hessischen Städtetag.¹⁹⁵ Das Oberziel des Paktes ist, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung zu geben. Der Fokus liegt aktuell zudem auf einer verbesserten Berufsorientierung bzw. Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeitswelt. Mit Blick auf die Sicherung von Fachkräften unterstützen die Paktpartner auch den Ausbau dualer Studiengänge. Teil des Paktes ist, den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss sowie die Zahl der Ausbildungsabbrü-

¹⁹⁴ Vgl. <http://www.wirtschaft.hessen.de> (download: 7. August 2012).

¹⁹⁵ Vgl. Hessischer Pakt für Ausbildung für die Jahre 2010 bis 2012 zwischen Wirtschaft, Kommunalen Spitzenverbänden, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und Hessischer Landesregierung vom 17.03.2010.

che zu verringern. Darüber hinaus sollen die Bildungsgänge des Übergangsbereichs optimiert und Potenziale der Nachqualifizierung erschlossen werden.

Zumeist auf Initiative der Landesausschüsse und des Hessischen Pakts für Ausbildung wurden in den vergangenen Jahren Projekte durchgeführt, die eine Ausweitung bzw. Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Kooperationsstrukturen vor Ort anstreben. Bei den häufig über einen Europäischen Strukturfonds kofinanzierten Projekten wird in der Regel eine nachhaltige Etablierung angestrebt. Um den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu verbessern, die vorhandenen Angebote zu bündeln und in eine sinnvolle Struktur einzubetten und darüber hinaus die verschiedenen Akteure in regionale Netzwerke einzubinden, wurde beispielsweise 2005 das Projekt "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen" (OloV) initiiert.¹⁹⁶ Durch regionale Akteure wie Schulen, Kammern und Bundesagentur für Arbeit wurden Standards zur Verbesserung der Berufsorientierung sowie des Prozesses der Ausbildungsvermittlung entwickelt und erprobt. Im Rahmen einer hessenweiten Strategie werden die Standards nun umgesetzt.

Der Verein Weiterbildung Hessen e.V. hat zum Ziel, für Transparenz und Vernetzung in der hessischen Weiterbildung zu sorgen. Der Verein ist ein Zusammenschluss von hessischen Bildungseinrichtungen, die sich auf gemeinsame Qualitätsstandards verpflichten, die die Vereinsmitglieder durch Selbstverpflichtung einhalten. Die Einhaltung der Qualitätsstandards wird durch ehrenamtliche Gutachter überprüft und durch ein eigens entwickeltes Qualitätssiegel bestätigt. Weiterbildung Hessen e.V. arbeitet gemeinnützig und wird von der Hessischen Landesregierung und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt. Aktuell zählt Weiterbildung Hessen e.V. 358 Mitglieder.¹⁹⁷

In einem weiteren Projekt namens Hessencampus, das 2007 startete und inzwischen auf hessenweit 21 Regionen ausgeweitet wurde, arbeiten öffentliche Einrichtungen der hessischen Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Berufliche Schulen und Schulen für Erwachsene) und Akteure in den Regionen daran, dass mehr Erwachsene aller Altersstufen an Bildung teilnehmen und deshalb für die Menschen in Hessen bessere Zugänge zum Lebensbegleitenden Lernen eröffnet werden.¹⁹⁸ Da Bildungsberatung ein wichtiger Schlüssel zum Lebensbegleitenden Lernen ist, gibt es in allen regionalen Hessencampus-Initiativen Ansprechpartner, die Ratsuchenden für Fragen rund um Bildung zur Verfügung stehen. Auf Landesebene arbeiten die Regionen in unterschiedlichen Foren und Arbeitsgruppen zusammen. Durch regelmäßigen Austausch und gemeinsame landesweite Projekte schaffen die beteiligten Regionen ein

196 Vgl. <http://www.olv-hessen.de> (download: 7. August 2012).

197 Vgl. <http://weiterbildunghessen.de> (download: 8. August 2012).

198 Vgl. <http://www.hessencampus.de> (download: 7. August 2012).

landesweites Hessencampus-Profil. Das Hessische Kultusministerium als Vertreter der Landesregierung hat mit zahlreichen beteiligten Städten und Landkreisen eine Rahmenvereinbarung für den Aufbau von Hessencampus abgeschlossen. Zu den Zielen, Aufgaben und Handlungsfeldern liegt ein landesweit abgestimmter Orientierungsrahmen vor, der im Januar 2012 im Hessencampus Sprecherkreis verabschiedet wurde.

Mit dem Ziel die Transparenz des Bildungs- und Weiterbildungssystems zu erhöhen, wurden mit Förderung des ESF und des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung **Qualifizierungsberatungsstellen** und **Qualifizierungsbeauftragte** installiert. Sie wenden sich an KMU sowie an Beschäftigte. Ihre Aufgaben bestehen darin, für die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung zu sensibilisieren, über künftige Qualifizierungsbedarfe zu beraten und über Weiterbildungsangebote zu informieren. Qualifizierungsbeauftragte sind in jedem Landkreis und den kreisfreien Städten vertreten. Die Qualifizierungsberatungsstellen sind auf Branchen bzw. Zielgruppen spezialisiert.

Eine Vielzahl der bereits genannten Institutionen, wie die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Industrie- und Handelskammern, die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern und die Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände, wie auch weitere Institutionen wie die Kommunalen Spitzenverbände, die hessischen Regionalforen, der Landeswohlfahrtsverband, die LAG Arbeit Hessen, die LAG der Hessischen Frauenbüros, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, die LAG soziale Brennpunkte, Kirchen und der Landesnaturschutzbeirat sind als Mitglied in den **Begleitausschüssen der Strukturfonds** vertreten und damit aktiv bei der Durchführung der operationellen Programme sowie bei der Verabschiedung der jährlichen Durchführungsberichte beteiligt.

Das thematische Ziel „Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung“ dürfte für Hessen keine Relevanz besitzen, da hier im europäischen Vergleich etablierte institutionelle Kapazitäten und eine effiziente öffentliche Verwaltung bestehen.

17 Kernziele der Europa 2020 Strategie: Erreichungsgrad in Hessen

Im Rahmen der Europa 2020 Strategie wurden fünf Kernziele formuliert, die im Nationalen Reformprogramm Deutschland 2012 in nationale Ziele (in Klammern, wenn abweichend) überführt wurden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Erreichung dieser Ziele für die in dieser Studie betrachteten Vergleichsregionen.

Tabelle 83: Erreichungsgrad in Hessen im Hinblick auf die Kernziele der Europa 2020 Strategie

Kernziele 2020	EU-27	Deutschland	Hessen	RB Darmstadt	RB Gießen	RB Kassel
75 % der 20- bis 64-jährigen sollen in Arbeit stehen (Deutschland: 77 %)	(jeweils 2011) 68,6 %	(jeweils 2011) 76,3 %	(jeweils 2011) 77,1 %	(jeweils 2011) 77,4 %	(jeweils 2011) 75,7 %	(jeweils 2011) 77,2 %
Deutschland zusätzlich: Erwerbstätigenquote für Ältere (55-64-jährige) in Höhe v. 60 %	47,4 %	59,9 %	59,4 %	59,5 %	59,4 %	58,9 %
Deutschland zusätzlich: Erwerbstätigenquote Frauen von 73 %	62,2 %	71,1 %	71,1 %	71,4 %	69,0 %	72,1 %
3 % des BIP sollen für FuE aufgewendet werden	2,0 % (2009)	2,8 % (2009)	3,1 % (2009)	3,6 % (2009)	2,2 % (2009)	1,5 % (2009)
Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber 1990 (Deutschland: 40 %);	-11 % * (2008 zu 1990)	-22 % * (2008 zu 1990)	-15 % * (2008 zu 1990)			
Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 20 % (Deutschland: 18 %);	11,7 % (2009)	9,5 % (2009)	7,3 % ** (2009)	-	-	-
Steigerung der Energieeffizienz um 20 % (Deutschland: Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 % gegenüber 2008).	***	***	***			
Verringerung der Schulabbrecherquote auf 10 % (Deutschland: unter 10 %);	(jeweils 2011) 13,5 %	(jeweils 2011) 11,5 %	(jeweils 2011) 10,6 %	-	-	-
Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulausbildung auf mindestens 40 % (Deutschland: 42 %).	34,6 %	30,7 %	33,8 %	-	-	-
Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll EU-weit um mind. 20 Mio. gesenkt werden. (Deutschland: Rückgang der Langzeitarbeitslosen von 20 % im Vergleich zu 2008).	(2011 zu 2008) + 59,7 %	(2011 zu 2008) - 27,4 %	(2011 zu 2008) - 35,4 %	(2011 zu 2008) - 31,4 %	(2011 zu 2008) - 35,3 %	(2011 zu 2008) - 44,8 %

Quelle: Eurostat

* Zum Teil abweichende Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (2012).

** Ohne Verkehrssektor. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch insgesamt, d.h. einschließlich Verkehrssektor, lag bei 3,9%. Vgl. auch Kapitel 12.3, Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

*** Europaweite Verzerrungen als Folge der weltwirtschaftlichen Rezession, speziell in Hessen führen zudem die geringen Laufzeiten des Kernkraftwerks Biblis in den Jahren 2007 und 2009 zu erheblichen Schwankungen des Primärenergieverbrauch und der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität.

18 Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken

Die sozioökonomische Analyse hat verdeutlicht, dass Hessen zwar im Vergleich zum Bundes- und zum EU-27-Durchschnitt für viele Indikatoren überdurchschnittlich günstige Werte aufweist, jedoch auch eine Reihe von Defiziten zu diagnostizieren sind.

Im Folgenden sind die wesentlichen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der sozioökonomischen Entwicklung in Hessen zusammengefasst. Um den spezifischen Anforderungen und den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der drei Fonds gerecht zu werden, sind im Anschluss drei SWOT-Tabellen – getrennt für EFRE, ESF und ELER – dargestellt.

Insgesamt lässt sich unter regionalpolitischer Sicht das folgendes Fazit ziehen:

- Die hessische Situation ist in zahlreichen Fällen überdurchschnittlich gut. Dieser komparative Vorsprung muss jedoch aktiv verteidigt werden.
- Hessen ist auf gutem Wege, einen Großteil der Europa 2020-Ziele zu erreichen, oder hat diese bereits erreicht.
- Bei vielen Umweltindikatoren hat Hessen im Vergleich zum Bund mit teilweise größeren Herausforderungen zu kämpfen, um die Europa 2020-Ziele zu erreichen.
- Die Sektoralstruktur Hessens bietet das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und seiner Regionen durch eine intelligente Spezialisierung weiter zu stärken.
- Im Bereich des Arbeitsmarktes besteht trotz insgesamt positiver Entwicklungen ein Handlungsbedarf bei Personen mit Vermittlungshemmnissen. Im Kontext eines zunehmenden Fachkräftemangels sind zudem Erwerbspotenziale von Älteren und Frauen stärker auszuschöpfen.
- Innerhalb Hessens ergeben sich teilweise erhebliche regionale Unterschiede: Der Landesdurchschnitt wird durch die Leistungsfähigkeit des Rhein-Main-Gebiets (= Regierungsbezirk Darmstadt) stark determiniert. Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel fallen oft weit hinter diese Werte zurück und liegen für viele Indikatoren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklung in Nordhessen und Mittelhessen fällt jedoch teilweise günstiger als in den Vergleichsregionen aus (z.B. in Hinsicht auf Produktivität, Forschung und Entwicklung in Nordhessen, Arbeitsmarktdynamik)
- Die peripheren ländlichen Räume sind in vielfacher Hinsicht mit größeren Herausforderungen konfrontiert als die Agglomerationsräume (z.B. in Bezug auf die demografische Entwicklung, die Infrastruktur und die Wirtschaftsentwicklung)

Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken gemäß Artikel 9 von COM (2012) 496

Thematische Ziele	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
Zielübergreifend	Hessen weist eine deutlich überdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf. Südhessen gehört zu den wirtschaftsstärksten und produktivsten Regionen Europas. Die hessische Wirtschaft bietet gute Voraussetzungen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen; dies gilt insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet. Es besteht eine gute interregionale Vernetzung, die den Austausch- und Lernprozess fördert (z.B. Kompetenznetzwerk Vitale Orte 2020). Die Nutzung von Konversionsliegenschaften als Gewerbe- und Industriegebiete ist insbesondere für die jeweilige lokale und regionale Wirtschaft von Bedeutung (Bad Arolsen, Fulda, Schwalmstadt u.a.).	Dünnere besiedelte Regionen in Mittelhessen und Nordhessen leiden unter Wanderungsverlusten. Dort sind auch bereits sichtbare Leerstände in kleinen Kommunen zu verzeichnen.	Zuzüge konzentrieren sich auf die Städte und senken die Pendlerzahlen. Rhein-Main-Gebiet ist im Wettbewerb um Fachkräfte sehr attraktiv. Steigende Lebenserwartung und aktive "Silver ager".	Im EU-Vergleich weist Hessen ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf. Die folgenden Risiken bestehen in erster Linie für den peripheren ländlichen Raum: • Schließung von Kindergärten und Schulen • Unzureichende Nahversorgung und gesundheitliche Versorgung sowie Pflegenotstand • Unterauslastung von Infrastrukturen (z.B. Wasserver- und -entsorgung) führt zu höheren Betriebskosten und steigenden Gebühren • Mit sinkender Lebensqualität sinken auch die Chancen, Fachkräfte zu gewinnen. • Insgesamt besteht das Risiko der Vergreisung der Kommunen sowie der Verödung ganzer Landstriche bei fehlenden flankierenden Ergänzungsmaßnahmen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen.
Querschnittsthema: Städtische Entwicklung	Das Rhein-Main-Gebiet erweist sich mit seinen Großstädten als ein bedeutender Zentralraum Europas.	Die dezentrale Lage einiger – v. a. nordhessischer – Städte fern der Ballungsräume lässt verschärfende Schrumpfungsprozesse mit Folgen wie wachsendem Leerstand erwarten.	Mehr Freiräume / Grünflächen in den Städten aufgrund von Umnutzungen innerstädtischer Brachflächen	Es besteht das Risiko des Ausschlusses der bedürftigsten Städte von Fördermöglichkeiten, wenn der bisher zwingende kommunale Eigenanteil nicht mehr aufgebracht werden kann.
1. Forschung, technologische Entwicklung und Innovation	RB Darmstadt gehört zu den FuE-stärksten Regionen Europas.	RB Gießen und vor allem RB Kassel sind noch weit von der Erreichung des FuE Europa 2020-Ziels entfernt. Starke regionale Disparitäten.	Sehr dynamische Entwicklung der FuE-Ausgaben und des FuE-Personals in Nordhessen.	Risiken bestehen bei Fortsetzung der negativen Entwicklung des FuE-Personals in Mittelhessen.
2. Zugänglichkeit, Nutzung und Qualität der IKT	Im IKT-Bereich gehören Hessen und die Rhein-Main-Neckar Region zu den führenden Standorten in Europa.		Der Zugang zu IKT soll bis Ende 2014 durch den geplanten Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes vereinfacht werden.	
3. Wettbewerbsfähigkeit von KMU, des Agrarsektors und des Fischerei- und Aquakultursektors	Die Wettbewerbsfähigkeit von KMU wird durch gute Rahmenbedingungen (v. a. in Südhessen) begünstigt: gute Infrastruktur, überdurchschnittlich hoher Anteil an Hochqualifizierten (HRST), FuE, vielfältige Landschaft im Hinblick auf Cluster und Netzwerke, hohe Gründungsintensität; in Teilräumen hohe Produktivität der Agrarbetriebe.	Vergleichsweise ungünstige Wettbewerbsbedingungen in Nord- und Mittelhessen: unterdurchschnittliche außenwirtschaftliche Verflechtung, geringe Gründungsintensität. Ungünstig strukturierter Agrarsektor in Mittelgebirgslagen. Starke regionale Disparitäten.	Die günstige Sektoralstruktur (wachstumsstarker Dienstleistungssektor und gute Industriebasis) bietet Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit Hessens durch eine intelligente Spezialisierung weiter zu stärken. Dazu können auch intensive Cluster- und Netzwerkaktivitäten beitragen.	Vergleichsweise konjunkturrempfindliches Gründungsgeschehen in Nord- und Mittelhessen. Weitere Erhöhung der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels (Risiko: Erhöhung von sektoraler Konzentration) und Vertiefung regionaler Disparitäten.

Thematische Ziele	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
4. Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	Günstige Entwicklungsbedingungen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Umwelttechnologien.	Unzureichende technische Voraussetzungen (Stromnetzinfrastruktur, Speicherkapazitäten) bei wachsender Nutzung von Erneuerbaren Energien, Energieversorgungsunsicherheit.	Positive Effekte beim Ausbau Erneuerbarer Energien sind in vielen Wachstumsbranchen zu erwarten (Bauwirtschaft, Anlagenbau, Elektroindustrie, FuE-Aktivitäten bei den Unternehmen).	Beim Ausbau Erneuerbarer Energien und bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen Hessen unter Bundesdurchschnitt. Hoher Investitions- und Finanzierungsbedarf; geringe Akzeptanz bei Bevölkerung; Verlust der Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiven Firmen.
5. Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention und Risikomanagement	Problembewusstsein zum Klimawandel ist vorhanden. Hohe Kompetenz bei Finanzierung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien.	Interessenkonflikte können notwendiges Handeln verzögern.	Positive Effekte werden erwartet bei der Einführung neuer Technologien zum Klimaschutz (Entstehung hochqualifizierter Arbeitsplätze).	Geringe Akzeptanz der Bevölkerung für Nutzung von Natur- und Landschaftsflächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen und Anbau von Nutzpflanzen zur Energiegewinnung.
6. Umweltschutz und Ressourceneffizienz	Energieeffizienz der hessischen Wirtschaft ist höher als im Bundesdurchschnitt.	Standortnachteile bei Wind- und Sonnenenergieerzeugung im Vergleich zu Küstenländern bzw. zu Süddeutschland; Fälle von ineffizienter Nutzung von Konversionsflächen.	Bei der Einführung neuer Technologien werden positive Wirkungen in vielen Bereichen erwartet (Arbeitsplätze, dezentrale Energieerzeugung).	Durch die bereits hohe Energieeffizienz der hessischen Wirtschaft ist die Erreichung des Europa 2020-Ziel deutlich ambitionierter als für Deutschland und Europa (Niveaueffekt).
7. Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen	Hessen zeichnet sich durch eine gute Verkehrsinfrastruktur und viele Initiativen im Bereich des Verkehrsmanagements aus.	Ausbaufähige Kooperation im Bereich der Elektromobilität zwischen der Automobilindustrie und der Stromwirtschaft (Batteriekapazität, Ladeinfrastruktur).	Durch die Entwicklung der Elektromobilität: Reduzierung der Importabhängigkeit vom Erdöl, Schub für Erneuerbare Energien und Innovationschub für die Wirtschaft.	Eine geringe Akzeptanz von Elektrofahrzeugen (Kosten, Sicherheit, Reichweite) gefährdet die Weiterentwicklung der Elektromobilität.
8. Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte	Positive Dynamik im hessischen Arbeitsmarkt (Erwerbstätigenquote: 77 %); auch Zunahme der Quote bei Frauen und Älteren.	Arbeitslosenquote bei ausländischen u. älteren Arbeitnehmern und Langzeitarbeitslosigkeit hoch, Fachkräftemangel i. div. Berufen.	Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für Ausländer und Ältere zur Integration in den Arbeitsmarkt.	Fachkräftemangel, Abwanderung und geringe Frauenerwerbstätigkeit durch Engpässe in Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung.
9. Soziale Eingliederung, Bekämpfung der Armut	Armutsgefährdungsquote geringer als in Deutschland; Zielsetzung einer 20-prozentigen Absenkung der Zahl der Langzeitarbeitslosen wurde erreicht.	Ältere, Frauen und Personen ohne Berufsabschluss stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen; Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung; Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten bei Alleinerziehenden, Erwerbslosen, Personen mit Migrationshintergrund.	Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische und ältere Arbeitnehmer zur Integration in den Arbeitsmarkt.	Gefahr der Altersarmut steigt aufgrund der Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitarbeit sowie durch Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung insgesamt.
10. Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen	Steigendes Bildungsniveau in Hessen. Die Attraktivität des Hochschulbereichs kommt auch in einer steigenden Zahl von Studierenden in den Naturwissenschaften zum Ausdruck. Zudem ist eine leicht höhere Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe zu verzeichnen.	In Relation zu EU-Benchmark zu hoher Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger. Hohe Zahl von Geringqualifizierten mit wenig Arbeitsmarktchancen; Potenziale dualer Ausbildung nicht voll genutzt: hohe Personenzahl in ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen und viele Vertragslösungen; sinkende Ausbildungsbeteiligung kleinerer Betriebe; unterdurchschnittlicher Anteil von Personen mit Hochschulbildung.	Eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kann die Beschäftigungsverhältnisse für heranwachsende Generationen verbessern. Die Konversionsflächen in Nord- und Südhessen können als Standorte für Bildungseinrichtungen genutzt werden.	Angesichts des demografischen Wandels und der Abwanderung droht Verlust von Bildungsdienstleistungen in Teilen Nord- und Mittelhessens. Geringqualifizierte können langfristig die Sozialsicherungssysteme belasten, während Fachkräfte fehlen. Fähigkeit zu lebenslangem Lernen geht bei Geringqualifizierten verloren.
11. Institutionelle Kapazitäten und effiziente öffentliche Verwaltung	Hessen verfügt über eine vielfältige Landschaft an Stakeholdern, die konstruktiv kooperieren.			

Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken gemäß Artikel 9 von COM (2012) 496

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
Zielübergreifend			
- Hessen weist eine deutlich überdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf. Der Regierungsbezirk Darmstadt gehört zu den wirtschaftsstärksten und produktivsten Regionen Europas. - Die hessische Wirtschaft bietet vergleichsweise gute Voraussetzungen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen; dies gilt insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet. - Es besteht eine gute interregionale Vernetzung, die den Austausch- und Lernprozess fördert (z.B. Kompetenznetzwerk Vitale Orte 2020). - Die Nutzung von Konversionsliegenschaften als Gewerbe- und Industriegebiete sind insbesondere für die jeweilige lokale und regionale Wirtschaft von Bedeutung (z.B. Bad Arolsen, Fulda, Schwalmstadt).	- Dünn besiedelte Regionen in Mittel- und Nordhessen leiden unter Wanderungsverlusten. - Dort sind auch bereits sichtbare Leerstände in kleinen Kommunen zu verzeichnen.	- Zuzüge konzentrieren sich auf die Städte und senken die Pendlerzahlen. - Das Rhein-Main-Gebiet ist im Wettbewerb um Fachkräfte sehr attraktiv. - Steigende Lebenserwartung und aktive "Silver age".	- Das Wirtschaftswachstum in Hessen bewegt sich in den letzten Jahren um den Bundesdurchschnitt und liegt damit unter dem EU27-Durchschnitt. - Unzureichende systematische Planung zur effizienten Bewirtschaftung von Konversionsflächen (z.B. Hanau, Gelnhausen). Die folgenden Risiken bestehen in erster Linie für den peripheren ländlichen Raum: - Schließung von Kindergärten und Schulen. - Unzureichende Nahversorgung und gesundheitliche Versorgung sowie Pflegenotstand. - Unterauslastung von Infrastrukturen (z.B. Wasser- und -entsorgung) führt zu höheren Betriebskosten und steigenden Gebühren. - Mit sinkender Lebensqualität sinken auch die Chancen, Fachkräfte zu gewinnen. - Insgesamt besteht das Risiko der Vergreisung der Kommunen und Verödung ganzer Landstriche bei fehlenden flankierenden Ergänzungsmaßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels.
Querschnittsthema: Städtische Entwicklung			
Das Rhein-Main-Gebiet erweist sich mit seinen Großstädten als ein wichtiger wirtschaftlicher Standort Europas.	Die dezentrale Lage einiger – v. a. nordhessischer – Städte fernab der Ballungsräume lässt sich verschärfende Schrumpfungsprozesse mit Folgen wie zunehmendem Leerstand erwarten.	Mehr Freiräume / Grünflächen in den Städten aufgrund von Umnutzungen innerstädtischer Brachflächen.	Es besteht das Risiko des Ausschlusses der bedürftigsten Städte von Fördermöglichkeiten, wenn der bisher zwingende kommunale Eigenanteil nicht mehr aufgebracht werden kann.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
1. Forschung, technologische Entwicklung und Innovation			
• Europa 2020-Ziel in Bezug auf die FuE-Ausgaben am BIP ist im Hessen-Durchschnitt und speziell im RB Darmstadt erreicht. • Bei mehreren Zukunftstechnologien gehört Hessen zu den führenden Standorten in Deutschland und Europa. • Im Rhein-Main-Gebiet besteht eine hohe Dichte an Forschungseinrichtungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten (insbesondere Chemie, Pharmazie, Biotechnologie, Finanzen, IT, Logistik). • Hessen weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten (Humanressourcen in Wissenschaft und Technik) auf, davon überproportional viele Frauen.	• RB Gießen und vor allem RB Kassel sind weit entfernt von der Erreichung des Europa 2020-Ziels in Bezug auf die FuE-Ausgaben am BIP. • Es bestehen starke regionale Disparitäten innerhalb Hessens im Bereich der FuE.	• Wenn sich die sehr dynamische Entwicklung der FuE-Ausgaben und beim FuE-Personal in Nordhessen fortsetzt, kann die Region ihre Position im EU-Vergleich deutlich verbessern. • Konversionsflächen können ebenso wie "normale" Gewerbeflächen interessante FuE-Standorte für Unternehmen sein. Beispiele sind Wetzlar (Leica/Forschung) wie auch Hessisch-Lichtenau (Kosmetikakademie und Schulungszentrum Klapp-Gruppe).	• Mittelhessen weist eine vergleichsweise ungünstige Entwicklung des FuE-Personals bei einem vergleichsweise niedrigen Niveau auf. Zudem ist der Anteil der FuE-Ausgaben der Unternehmen deutlich unterdurchschnittlich. In Mittelhessen gibt es vergleichsweise wenige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. • Hochqualifizierte Beschäftigte (Humanressourcen in Wissenschaft und Technik) sind in Hessen tendenziell etwas älter als im EU-Durchschnitt, was eine Knappheit an Fachkräften zur Folge haben kann. • Der Anteil der Beschäftigten in Hightech-Branchen in Hessen nimmt im Vergleich zum Bund und zur EU ab, was als Verlust an komparativer technologischer Wettbewerbsfähigkeit interpretiert werden kann.
2. Zugänglichkeit, Nutzung und Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien			
• Im Bereich der IKT gehören Hessen und die Rhein-Main-Neckar-Region zu den bedeutendsten Standorten in Deutschland und Europa. • Fast alle Haushalte verfügen heute oder werden bis Ende 2012 über eine Grundversorgung für den Zugang zu Informationstechnologien verfügen.		• Mit den bereits vorhandenen Initiativen in Hessen soll der Zugang zu den Informationstechnologien bis zum Jahresende 2014 noch einfacher werden (Stichwort: Hochgeschwindigkeitsnetz).	

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
3. Wettbewerbsfähigkeit von KMU, des Agrarsektors (beim ELER) und des Fischerei- und Aquakultursektors (beim EMFF)			
- Die Wettbewerbsfähigkeit von KMU wird durch gute Rahmenbedingungen (vor allem in Südhessen) begünstigt: gute Infrastruktur, überdurchschnittlich hoher Anteil an Hochqualifizierten (HRST), intensive FuE-Aktivitäten, vielfältige Landschaft im Hinblick auf Cluster und Netzwerke. - Gründungsintensität und Selbständigenquote sind in Südhessen überdurchschnittlich hoch. - Auch die außenwirtschaftlichen Verflechtungen sind in Südhessen überdurchschnittlich intensiv. - In einigen Erzeugerregionen gibt es sehr günstige agrarwirtschaftliche Produktionsbedingungen mit einer hohen Arbeits- und Flächenproduktivität. - Nebenerwerbslandwirtschaft mit einer hohen Flexibilität der Betriebsleiterfamilien hat große Bedeutung.	- Innerhalb Hessens sind vergleichsweise starke regionale Disparitäten festzustellen. - Vergleichsweise ungünstige Wettbewerbsbedingungen in Nord- und Mittelhessen: unterdurchschnittliche außenwirtschaftliche Verflechtung, geringe Gründungsintensität. - Die Agrarstruktur ist stark geprägt durch kleine und mittlere Betriebe, was entsprechende Wettbewerbsnachteile mit sich bringt. - Großräumige Mittelgebirgslagen mit nachteiligen Produktionsbedingungen. - Geringe Viehbestandsgrößen. - Komparative Nachteile in der Fleisch- und Milchproduktion.	- Die günstige Sektoralstruktur (wachstumsstarker Dienstleistungssektor und gute industrielle Basis) bietet Potenzial, durch eine intelligente Spezialisierung die Wettbewerbsfähigkeit Hessens weiter zu stärken. - Die Cluster- und Netzwerkaktivitäten in Hessen haben das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Branchen zu sichern und weiter zu erhöhen. - Kaufkräftige und umfangreiche Absatzmärkte in der Rhein-Main-Region, die wegen günstiger Verkehrswege auch für Agrarproduzenten aus peripheren Räumen gut erreichbar sind.	- Das Gründungsgeschehen in Nord- und Mittelhessen reagiert empfindlicher auf geänderte Rahmenbedingungen (z.B. Konjunktur). - Quote der Agrarbetriebe mit Hofnachfolger in Hessen ist unter dem Bundesdurchschnitt. - Landwirtschaftliche Lohn- und Energiekosten steigen. - Weitere Erhöhung der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels, insbesondere über einen fortschreitenden Konzentrationsprozess.
4. Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft			
- Signifikanter Ausbau Erneuerbarer Energien ist Beschluss des hessischen Energiegipfels. - Bereits dynamische Entwicklung der Erneuerbaren Energien im Strommix. - Gute universitäre und privatwirtschaftliche Forschungsinfrastruktur in den Umwelttechnologien.	- Bestehende Stromnetzinfrastruktur ist unzureichend. - Speicherkapazitäten kaum vorhanden. - Enge Spielräume bei Versorgungssicherheit der Energieversorgung.	- Reduzierung der Importabhängigkeit vom Erdöl. - Energetische Sanierung trägt nicht nur zur Verringerung der CO₂-Emissionen bei sondern stärkt auch die Bauwirtschaft. - Positive Effekte auch in anderen Branchen, z.B. Anlagenbau, Elektroindustrie, Forschung und Entwicklung.	- Hessen bleibt bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen und beim Ausbau Erneuerbarer Energien unter dem Bundesdurchschnitt. Um die Europa 2020-Ziele erreichen zu können, dürfen die Anstrengungen in den kommenden Jahren nicht geringer werden. - Hoher Investitions- u. Finanzierungsbedarf. - Fehlende Akzeptanz der Bevölkerung für neue Stromnetze und Windkraftanlagen. - Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bei energieintensiven Unternehmen.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
5. Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention und Risikomanagement			
• Problembewusstsein zum Klimawandel ist auf breiter Basis vorhanden. • Hohe Kompetenz bei der Finanzierung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien.	• Interessenkonflikte können notwendiges Handeln verzögern.	• Schaffung neuer Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Fachkräfte durch die Entwicklung neuer Technologien. • großes Entwicklungspotenzial z.B. im Bereich der Energiemanagementsysteme	• Geringe Akzeptanz der Bevölkerung bei der Nutzung von Natur- und Landschaftsflächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen und für den Anbau von Nutzpflanzen wie auch für die Energiegewinnung.
6. Umweltschutz und Ressourceneffizienz			
• Energieeffizienz der hessischen Wirtschaft ist deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. • Die Nutzung von Konversionsflächen trägt zur Verminderung des Flächenverbrauchs und zum Ressourcenschutz bei. • In der Umwelttechnologie haben hessische Unternehmen eine international herausragende Rolle.	• Standortnachteile bei Wind- und Sonnenenergieerzeugung im Vergleich zu Küstenländern bzw. zu Süddeutschland. • Zahlreiche militärische Liegenschaften werden aufwändig vom Bund modernisiert und dann aufgegeben, mit dem Wissen, dass es sich um verlorene Investitionen bzw. Verschwendung von Ressourcen handelt. • Bebaute Konversionsliegenschaften, für die sich auch nach Jahren keine Anschlussnutzungen finden, werden nur in Einzelfällen renaturiert. • Die Überprüfung der Standorteignung von Konversionsflächen im Außenbereich für Anlagen der regenerativen Energien im Sinne des Planungsrechts wie auch des Naturschutz- und Artenschutzrechts durch die Genehmigungsbehörden ist komplex und wenig transparent für Kommunen und Investoren.	• Schaffung neuer Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Fachkräfte durch die Entwicklung neuer Technologien. • Dezentrale Energieerzeugung stärkt die Kommunen. • Genossenschaftliche Eigentümerstrukturen von Wind- und Solarparks stärken die Akzeptanz bei der ansässigen Bevölkerung. • Konversionsareale, u. a. im Außenbereich, können sich als Standort für Anlagen zur Erzeugung von regenerativen Energien eignen, z.B. für Windkraft oder Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Solarparks, z.B. in Hessisch-Lichtenau, Bad Arolsen, Fuldata und Waldsolms). • Die Renaturierung von Konversionsflächen kann zur Erhöhung des Anteils von Grün- und Freiflächen in den Kommunen, insbesondere in den Oberzentren, beitragen.	• Durch die bereits hohe Energieeffizienz der hessischen Wirtschaft ist die Erreichung des Europa 2020-Ziel deutlich ambitionierter als für Deutschland und Europa (Niveaueffekt). Bei der Anlagenherstellung: • Komparative Nachteile gegenüber internationalen Wettbewerbern. • Verlust von Marktanteilen durch Nachahmer.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
7. Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen			
• Hessen weist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine überdurchschnittlich gute Erreichbarkeit über das Straßen- und Schienennetz sowie den Luftverkehr auf. • Elektromobilität hat eine große Bedeutung für die Nachhaltigkeitsstrategie in Hessen. • Innovationsbereitschaft ist vorhanden. • Mehrere Initiativen in Hessen im Bereich der nachhaltigen Mobilität und des Verkehrsmanagements.	• Ausbaufähige branchenübergreifende Kooperation zwischen Automobilindustrie, Stromwirtschaft und Batterieherstellern. • Europäische und weltweite Standards und Normen noch offen, z.B. bei Schnittstellen zwischen Fahrzeug und Ladeinfrastruktur.	• Langfristige Sicherung der Mobilität bei gleichzeitiger Reduzierung der Importabhängigkeit vom Erdöl. • Zusätzlicher Schub für Erneuerbare Energien und damit Stärkung der Versorgungssicherheit und verbesserte Energiebilanzen von Elektrofahrzeugen. • Innovationsschub für die in Hessen besonders wichtige Automobil-, Zulieferer- und IKT-Industrie. • Branchenübergreifende Kooperationen.	• Akzeptanzprobleme bei Elektrofahrzeugen (z.B. Kosten, Sicherheit, Reichweite). • Komparative Nachteile gegenüber Wettbewerbern.
8. Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte			
• Hessischer Arbeitsmarkt mit positiver Dynamik in den letzten Jahren (ähnlich wie Deutschland, günstiger als EU, auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nehmen zu). • Erwerbstätigenquote bei 77 % (damit ist deutsche Zielsetzung erreicht). • Anstieg der Frauenerwerbstätigenquote auf 71,1 % (damit ist deutsche Zielsetzung von 73 % noch nicht erreicht). • Anstieg der Erwerbstätigenquote von Älteren seit 2000 um 22 %-Punkte auf 59 % (damit ist deutsches Ziel von 60 % noch nicht erreicht). • Qualifikation der Beschäftigten steigt, Anstieg der Beschäftigten mit Fach- und Hochschulabschluss seit 2000 um knapp ein Drittel. • Niedrige Erwerbslosenquote (starker Rückgang der Erwerbslosenquote im RB Kassel seit 2005).	• Arbeitslosenquote der Ausländer ist etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Im Zeitablauf seit 2005 nahm die Zahl der ausländischen Arbeitslosen weniger stark ab als im Bundesdurchschnitt. • Arbeitslosigkeit Älterer (trotz guter Konjunktur Anstieg der Zahl der älteren Arbeitslosen, Arbeitslosenquote der 55- bis 65 Jährigen höher als der Gesamtdurchschnitt). • Langzeitarbeitslosenquote hoch (41 %) • Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit geht sehr stark auf Zuwachs bei Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung zurück. • Fachkräftemangel in einigen Berufsfeldern, insbesondere in Gesundheitsdienstberufen, sozialpflegerischen Berufen sowie Berufen der Logistikbranche.	• Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist eine bessere Integration von Älteren durch gezielte Qualifizierungsangebote und arbeitsorganisatorische Aspekte erforderlich. • Gezielte Qualifizierungsstrategien zur verstärkten Integration von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt. • Durch Ausbau bildungspolitischer Maßnahmen bessere Ausnutzung der zusätzlichen Arbeitskräftepotenziale von Frauen zur Deckung des Fachkräftebedarfs (Frauen in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung, Berufsrückkehrerinnen, Alleinerziehende).	• Weitere Ausdehnung des Fachkräftemangels. • Engpässe bei Kinderbetreuung sowie Pflegeunterstützung können Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit hemmen. • Verfestigung der unterdurchschnittlichen Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern/Migranten.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
9. Soziale Eingliederung, Bekämpfung der Armut			
• Positive Dynamik in der Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit 2008 um 35 % gesunken. Die Zielsetzung des Nationalen Reformprogramms (- 20 % Langzeitarbeitslose) wurde sowohl für Deutschland und Hessen als auch für alle hessischen Regierungsbezirke erreicht. • Reduzierung der Armutsgefährdungsquoten in Hessen seit 2005, Quote in Hessen geringer als in Deutschland.	• Eingliederung der Langzeitarbeitslosen ist trotz positiver Arbeitsmarktlage nicht umfassend erreicht. Ältere, Frauen und Personen ohne Berufsabschluss sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. • Armutsgefährdungsquoten rückläufig, aber überdurchschnittliche Quoten bei manchen Personengruppen (Alleinerziehende, Erwerbslose, Personen mit geringer Qualifikation, Nicht-Deutsche und Personen mit Migrationshintergrund). • Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung.	• Nachqualifizierung von Langzeitarbeitslosen und ungelernten Beschäftigten.	• Dauerhafter Verbleib in gering entlohntem Beschäftigungssegment. • Gefahr der Altersarmut steigt aufgrund der Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und von Teilzeitarbeit. • Verlust der Qualifikation durch Langzeitarbeitslosigkeit.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
10. Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen			
- Seit dem Jahr 2000 deutlich sinkende und im EU- sowie Deutschlandvergleich bereits relativ niedrige Schulabbrecherquoten. Auch insgesamt steigendes Bildungsniveau bei den Schulentlassenen allgemeinbildender und beruflicher Schulen. - Attraktivität des hessischen Hochschulbereichs. Die kontinuierlich steigenden Studierendenzahlen gehen auch auf Bildungsausländer zurück. - Steigende Zahl und im Deutschlandvergleich hoher Anteil von Studierenden in naturwissenschaftlichen bzw. MINT-Berufen. - Im Vergleich zu Westdeutschland leicht höhere Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe in Hessen.	- Das Europa 2020-Ziel, den Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf weniger als 10 % zu verringern, wird in Hessen (11 %) wie im Bundesdurchschnitt trotz deutlicher Verbesserungen seit dem Jahr 2000 noch knapp verfehlt. Aktuell liegt die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger der Altersklasse 18 bis 24 Jahre bei rund 52.000 Personen. Noch verlassen in Hessen jährlich mehr als 3.300 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. - Trotz positiver Entwicklung des Ausbildungsmarkts befinden sich aktuell noch rund 26.000 Personen im Übergangsbereich bzw. ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen. Diese Personen treten verspätet in das Erwerbsleben ein und haben vergleichsweise schlechte Arbeitsmarktchancen. - Rund 400.000 Hessen der Altersklasse 20 bis unter 60 Jahre zählen zu den An- und Ungelernten (Personen ohne Berufsabschluss) und haben relativ schlechte Arbeitsmarkt- und auch Bildungschancen. Darunter befinden sich viele Personen mit einem Migrationshintergrund, deren Potenziale hinsichtlich interkultureller Kompetenzen vermutlich nicht vollständig ausgeschöpft werden. Eine besondere Problemgruppe bilden männliche Ausländer. - Rund 10.000 Lösungen dualer Ausbildungsverträge jährlich und ca. 76 % Erfolgsquote im Studium.	- Das Europa 2020-Ziel, dass 40 % (Deutschland = 42 %) der 30- bis 34-Jährigen einen tertiären Abschluss haben, wird mit aktuell rund 34 % zwar noch deutlich verfehlt. Wenn die Wachstumstendenzen des Hochschulwesens jedoch anhalten und vorhandene Potenziale genutzt werden, könnte das Ziel bis zum Ende des Jahrzehnts jedoch erreicht werden. - Aufgrund des demografischen Wandels kann sich die Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage für die heranwachsenden Generationen und auch Geringqualifizierten langfristig verbessern, wenn die Vermittlungs- bzw. Passungsprobleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gelöst werden bzw. gering bleiben. Ansatzpunkte dafür bieten beispielsweise die frühzeitige Berufsorientierung der Jugendlichen und die Systematisierung des Übergangsbereichs bzw. die effektive Ausgestaltung ausbildungs- und berufsvorbereitender Maßnahmen. Der Fokus der Politik kann von den Jugendlichen dann verstärkt auch auf Ältere (zum Beispiel deren Qualifizierung) sowie An- und Ungelernte gelegt werden. - Verringerung der geschlechtsspezifischen Segregation am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. - Die Verringerung der Abbruchquoten im Bereich der allgemeinbildenden schulischen, der beruflichen und der akademischen Bildung kann einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.	- Wenn aufgrund zunehmender Passungsprobleme zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Ausbildungsstellen zugleich Ausbildungsstellen unbesetzt und Bewerber unvermittelt bleiben, droht eine Verfestigung der Schülerzahlen im Übergangsbereich („Sockel“) bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. - Aufgrund steigender Anforderungen der Wirtschaft drohen insbesondere frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängern (in der Altersklasse 18 bis 24 Jahre rund 52.000 Personen), An- und Ungelernten und den Personen, die nicht regelmäßig an Weiterbildungen teilnehmen, auf Dauer Nachteile am Arbeitsmarkt. Zudem könnten sie die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen verlieren. Langfristig zeigen sich erhöhte Armutsrisiken. - Aufgrund des Trends zur Höherqualifizierung kommen die Vorteile des dualen Systems (z.B. betriebliche Sozialisation, Praxisnähe) seltener zur Geltung. Die Übergänge aus dem Bildungsbereich in die Wirtschaft gestalten sich schwieriger.

Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
	- Die Potenziale der dualen Ausbildung werden insb. in Nord- und Mittelhessen nicht vollständig genutzt, da Bewerber unvermittelt und zugleich Stellen unbesetzt bleiben. Ein Grund ist die geschlechtsspezifische Segregation auf dem Ausbildungsmarkt. - Bundesweit und auch in Hessen sind Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsgängen insbesondere hinsichtlich des Aufstiegs schwierig. - Derzeit – gemessen an der Ausbildungsquote, dem Verhältnis der Zahl der Auszubildenden zur Zahl der Beschäftigten insgesamt – sinkende Ausbildungsbeileiligung insbesondere kleinerer Betriebe. - Im EU-Vergleich leicht unterdurchschnittlicher Anteil von Personen mit Hochschulbildung oder gleichwertigem Abschluss in der Altersklasse 30 bis 34 Jahre (Hessen: 33,8 %, EU-27: 34,6 %, Benchmark: 42 %). - Frauen sind in zukunftssträchtigen technischen Berufen und Studiengängen (MINT) unterrepräsentiert. - Eine Problemgruppe in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe und auch den Zugang zu lebenslangem Lernen bildet die in ihrer Höhe unbekannte Zahl funktionaler Analphabeten.	- Auch An- und Ungelernte bieten bei entsprechender Qualifizierung ein Fachkräftepotenzial. Grundsätzlich kann die Erhöhung der Fort- und Weiterbildungsbeteiligung die Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten an den technologischen Wandel begünstigen. - Die berufspädagogische Begleitung der Auszubildenden kann einen Beitrag zur Senkung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen leisten. - Durch transnationale Kontakte im europäischen Bildungs- und Beschäftigungsraum können Auszubildende, Studenten und Beschäftigte ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern. Bildungseinpender bieten ein Fachkräftepotenzial, wenn sie sich langfristig für den Verbleib in Hessen entscheiden. - Ein Ausbau des Hochschulwesens bietet die Chance, eine größere Zahl an Fachkräften z.B. für die Forschung und die Entwicklung neuer Produkte auszubilden. - Fachkräftesicherung erfordert Einbezug aller Personengruppen. Durch Erhöhung der Bildungs- und Arbeitsmarktbeteiligung, Netzwerkarbeit etc. ist eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu erwarten, die auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt.	Aufgrund des demografischen Wandels und von Abwanderung ist insbesondere in ländlichen Regionen Mittel- und Nordhessens ein Nachfragerückgang hinsichtlich Bildungsdienstleistungen zu befürchten, der diese unrentabel macht.
11. Institutionelle Kapazitäten und effiziente öffentliche Verwaltung			
Hessen verfügt über eine vielfältige Landschaft an Stakeholdern, die konstruktiv kooperieren.			

Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken für die Bereiche Agrarwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Forstwirtschaft und Entwicklung ländlicher Gebiete in Hessen im Hinblick auf die ELER-Prioritäten

Die SWOT-Analyse wurde auf Grundlage der vorausgegangenen sozioökonomischen Analysen erstellt. Außerdem beruht sie auf ergänzenden qualitativen Einschätzungen durch Experten. Zu diesem Zweck hatte die ELER-Verwaltungsbehörde differenziert nach ELER-Prioritäten verschiedene Sitzungen mit Experten durchgeführt, deren Ergebnisse in die SWOT ebenfalls eingeflossen sind.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(1) Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Förderung der Innovation und Wissensbasis in ländlichen Gebieten (b) Stärkung der Verbindungen zwischen Land- und Forstwirtschaft und Forschung und Innovation (c) Förderung des lebenslangen Lernens und der beruflichen Bildung in der Land- und Forstwirtschaft	• Insgesamt vier Hochschulen mit Forschung und Lehre im Kompetenzfeld Agrarwissenschaften, Gartenbauwissenschaften, Önologie und Ernährungswissenschaften. • Im Bereich Forstwirtschaft vielfältige Bildungsangebote der Holzfachschule Bad Wildungen. • Im Fachgebiet Veterinärmedizin nahezu Alleinstellungsmerkmal der hessischen Hochschullandschaft (Gießener Fakultät eine von insgesamt nur fünf Fakultäten im Bundesgebiet). • Sehr breites fachliches Spektrum und ausgeprägte internationale Ausrichtung von Lehre und Forschung in den betreffenden Fachgebieten. • Große Bedeutung und hohe Dynamik der privatwirtschaftlichen Forschung und Entwicklung.	• In Hessen weiträumig eine kleinteilige Agrarstruktur mit vergleichsweise geringen Betriebsgrößen, welche die Implementierung technologischer Innovationen hemmen. • Ungünstige Entwicklung der FuE-Ausgaben und des FuE-Personals in Mittelhessen.	• Umfangreiche Forschungsaktivitäten in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Sektor in den Bereichen Agrar- und Ernährungswissenschaften, Umweltwissenschaften sowie Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften. • Dynamische Entwicklung der FuE-Ausgaben und des FuE-Personals im Großraum Kassel.	

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(1) Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Förderung der Innovation und Wissensbasis in ländlichen Gebieten (b) Stärkung der Verbindungen zwischen Land- und Forstwirtschaft und Forschung und Innovation (c) Förderung des lebenslangen Lernens und der beruflichen Bildung in der Land- und Forstwirtschaft	• Insgesamt vier Hochschulen mit Forschung und Lehre im Kompetenzfeld Agrarwissenschaften, Gartenbauwissenschaften, Önologie und Ernährungswissenschaften. • Im Bereich Forstwirtschaft vielfältige Bildungsangebote der Holzfachschule Bad Wildungen. • Sehr breites fachliches Spektrum und ausgeprägte internationale Ausrichtung von Lehre und Forschung in den betreffenden Fachgebieten. • Große Bedeutung und hohe Dynamik der privatwirtschaftlichen Forschung und Entwicklung.	• In Hessen weiträumig eine kleinteilige Agrarstruktur mit vergleichsweise geringen Betriebsgrößen, welche die Implementierung technologischer Innovationen hemmen. • Ungünstige Entwicklung der FuE-Ausgaben und des FuE-Personals in Mittelhessen.	• Umfangreiche Forschungsaktivitäten in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Sektor in den Bereichen Agrar- und Ernährungswissenschaften, Umweltwissenschaften sowie Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften. • Bei zahlreichen Nebenerwerbslandwirten hohes Qualifikationsniveau in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen → Günstige Arbeitsmarktperspektiven, und dies auch in ländlichen Räumen. • Dynamische Entwicklung der FuE-Ausgaben und des FuE-Personals im Großraum Kassel.	• Abbau von Standorten des agrarwirtschaftlichen Berufsschul- und Fachschulwesens.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(1) Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Förderung der Innovation und Wissensbasis in ländlichen Gebieten (b) Stärkung der Verbindungen zwischen Land- und Forstwirtschaft und Forschung und Innovation (c) Förderung des lebenslangen Lernens und der beruflichen Bildung in der Land- und Forstwirtschaft	• Zahl der Ausbildungsverhältnisse in den Ausbildungsberufen Landwirt, Gärtner, Winzer und Pferdewirt vergleichsweise stabil. • Für die Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister liegen stabile Absolventenzahlen vor. • Zunahme der Studierendenzahlen in agrar- und ernährungswissenschaftlichen Studiengängen in Hessen deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt.	• Anteil der landwirtschaftlichen Betriebsleiter, die über einen fachlichen Berufsabschluss verfügen, ist in Hessen deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. → Hinweis auf komparative Qualifikationsnachteile bei der Bewirtschaftung. • Anteil der Betriebsleiter mit einem Meisterbrief bzw. einem Abschluss als Fachagrarwirt sowie Anteil der Absolventen einer Landwirtschaftsschule ist in Hessen jeweils erheblich geringer als in Deutschland insgesamt.	• Quote der Landwirte, die an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen, liegt in Hessen knapp über dem entsprechenden Bundeswert → Hinsichtlich der Weiterbildungsbereitschaft Indiz auf einen leichten komparativen Vorteil der hessischen Landwirtschaft. • Steigender Zuspruch für agrarwirtschaftliche Ausbildungsberufe, die erst vor wenigen Jahren neu entstanden sind – so etwa Gartenbauhelfer, Fachkraft Agrarservice und Helfer in der Landwirtschaft. • Bei zahlreichen Nebenerwerbslandwirten hohes Qualifikationsniveau in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen → Günstige Arbeitsmarktperspektiven, und dies auch in ländlichen Räumen.	• Abnehmende Bedeutung der milch- und molkereiwirtschaftlichen Ausbildungsberufe – u. a. infolge des Schrumpfens des betreffenden Wirtschaftszweiges. • Disparate Entwicklungen bei den weiterführenden agrarwirtschaftlichen Bildungsgängen: Steigerung der Studierendenzahlen in der einjährigen Fachschulausbildung „Landwirtschaft“, Rückgang bei der zweijährigen Fachschulausbildung „Agrarwirtschaft“. • Interesse an agrar- und ernährungswissenschaftlichen Studiengängen auf Seiten der potenziellen Studienanfänger unterliegt starken Schwankungen, die nur schwer beeinflussbar sind. • Abbau von Standorten des agrarwirtschaftlichen Berufsschul- und Fachschulwesens.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(2) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe mit erheblichen strukturellen Problemen, insbesondere von Betrieben mit geringer Marktbeteiligung, marktorientierten Betrieben in bestimmten Sektoren und Betrieben, in denen eine landwirtschaftliche Diversifizierung erforderlich ist (b) Erleichterung der allgemeinen Erneuerung im Agrarsektor	• In den Ballungsräumen nach wie vor hohe Attraktivität der Pferdehaltung. • Große Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft mit hoher Flexibilität der Betriebsleiterfamilien. • Vielfältige und umfangreiche Erwerbsmöglichkeiten in nicht-landwirtschaftlichen Bereichen. • Großer Anteil der Waldfläche und umfangreiches – auch Internationales – Vermarktungspotenzial für hessisches Holz. • Vorhandenes gut aufgestelltes Beratungsangebot für alle landwirtschaftlichen, gartenbaulichen und weinbaulichen Betriebe (einschließlich Öko-Beratung).	• Agrarstruktur stark durch kleine und mittlere Betriebe mit entsprechenden Wettbewerbsnachteilen geprägt. • Im Landesdurchschnitt vergleichsweise geringe landwirtschaftliche Betriebseinkommen und somit ausgeprägte Einkommensdisparitäten im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen → Geringe Anreize zur Aufrechterhaltung der Landwirtschaft. • Großräumige Mittelgebirgslagen mit nachteiligen Produktionsbedingungen; hiervon auch der Ökologische Landbau betroffen → Zusätzliche Kostenbelastung bei gleichzeitigen Ertragsnachteilen. • Geringe Viehbestandsgrößen. • Komparative Nachteile in der Fleisch- und Milchproduktion. • Probleme bei der Holzmobilisierung im Kleinprivatwald. • Unzureichend erschlossene Forstflächen. • Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Forstbetriebsgemeinschaften unzureichend. • Ungünstige Produktionsbedingungen für den Weinbau, z.B. durch geringe Auslastungsgrade, veraltete technische Standards oder Anlagen in beengten Ortslagen. • Produktionskosten im Steillagenweinbau durch geringen Mechanisierungsgrad und hohe Arbeitsintensität sehr hoch.	• Großes touristisches Potenzial durch eine attraktive Kulturlandschaft → Möglichkeiten zur Kombination von Agrarwirtschaft und Fremdenverkehrswirtschaft. • Potenziale für die Mutterkuhhaltung im Rahmen der Grünlandnutzung in Mittelgebirgsräumen. • In immer mehr Gartenbaubetrieben Verlagerung der Absatzstrategie in Richtung Direktvermarktung → Erhöhung der Wertschöpfungsintensität und hierdurch zunehmende Betriebseinkommen. • Im vergangenen Jahrzehnt auch in Hessen erhebliche Zunahme des Ökologischen Landbaus. • Die mittlere Flächenausstattung der hessischen Forstbetriebe liegt in sämtlichen Eigentumskategorien erheblich über dem Bundesdurchschnitt → Komparative Produktions- und Vermarktungsvorteile. • Bedingt durch naturräumliche Standortbedingungen in den hessischen Waldwachstumsgebieten weiträumige Buchenwälder mit großen Vermarktungspotenzialen.	• Hohe Attraktivität der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsmärkte bewirkt starke Anreize zum Ausstieg aus der Landwirtschaft. • Quote der Agrarbetriebe mit Hofnachfolger in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. • Steigende landwirtschaftliche Betriebskosten (insbesondere Pachtpreise, Löhne und Energiekosten). • Zahl der Gartenbaubetriebe nimmt in Südhessen – der inneren Hessens bedeutendsten Erzeugerregion in diesem Produktionssegment – ab. • Geringer Grad der Aktivität in zahlreichen forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen, u. a. bedingt durch Nachwuchsprobleme.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(2) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe mit erheblichen strukturellen Problemen, insbesondere von Betrieben mit geringer Marktbeteiligung, marktorientierten Betrieben in bestimmten Sektoren und Betrieben, in denen eine landwirtschaftliche Diversifizierung erforderlich ist (b) Erleichterung der allgemeinen Erneuerung im Agrarsektor		• Rinderhalter nach EU-Öko-Verordnung vermarkten ihre Produkte konventionell (fehlende Kooperationen in Verarbeitung und Vermarktung). • Geringe Anzahl von entwicklungsfähigen Betrieben (Wachstumsbetriebe) im Bereich Milchvieh. • Tiergerechtere Haltungsformen im Veredelungsbereich haben eine um 20 % geringere Belegungsdichte.	• Hohe Nachfrage nach Veredelungsprodukten. • Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten (HR) für Geflügelbetriebe. • Kooperationsmöglichkeiten zwischen Mästern und Ferkelproduzenten. • Erschließung von vorhandenen Holzreserven. • Verbesserung der Erholungsfunktion des Waldes (Erreichbarkeit).	• Konkurrenz für die Milchviehwirtschaft durch Biogaserzeugung. • Veredelungsbereich nur in Nordhessen teilweise gut aufgestellt (im Schweinemastbereich). • Dauerhafter Verlust hochwertiger Weinbaufläche durch Brachfallen und Nutzungsbeschränkungen (Landschaftsbild!). • Geringe Erreichbarkeit in Kalamitätsfällen (forstliche Infrastruktur).

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(2) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe mit erheblichen strukturellen Problemen, insbesondere von Betrieben mit geringer Marktbeteiligung, marktorientierten Betrieben in bestimmten Sektoren und Betrieben, in denen eine landwirtschaftliche Diversifizierung erforderlich ist (b) Erleichterung der allgemeinen Erneuerung im Agrarsektor	- Wirtschaftliche Vorteile in der Herstellung von Back- und Teigwaren und der Getränkeindustrie. - In einigen Erzeugerregionen sehr günstige agrarwirtschaftliche Produktionsbedingungen, die kombiniert mit einer hohen Kapitalkraft eine hohe Arbeits- und Flächenproduktivität, insbesondere im Ackerbau, ermöglichen. - Große Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft mit hoher Flexibilität der Betriebsleiterfamilien. - Vielfältige und umfangreiche Erwerbsmöglichkeiten in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen. - Einhergehend mit einer hohen Arbeitsproduktivität vergleichsweise hohe Arbeitsintensität in der Landwirtschaft der Rhein-Main-Region. - Agrarstrukturwandel in Hessen vergleichsweise stark vorangeschritten → Anpassungen in zahlreichen Betriebsleiterfamilien bereits vollzogen. - Wirtschaftliche Vorteile in der Herstellung und Vermarktung regionaler Produkte. - Regionen mit hoher Kaufkraft (Kommunikation/ Qualitätsmerkmale von Produkten). - Waldanteil in Hessen hoch.	- Agrarstruktur stark durch kleine und mittlere Betriebe mit entsprechenden Wettbewerbsnachteilen geprägt. - Im Landesdurchschnitt vergleichsweise geringe landwirtschaftliche Betriebseinkommen und somit ausgeprägte Einkommensdisparitäten im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen → Geringe Anreize zur Aufrechterhaltung der Landwirtschaft. - Großräumige Mittelgebirgslagen mit nachteiligen Produktionsbedingungen; hiervon auch der Ökologische Landbau betroffen → Zusätzliche Kostenbelastung bei gleichzeitigen Ertragsnachteilen. - Geringe Viehbestandsgrößen. - Komparative Nachteile in der Fleisch- und Milchproduktion. - Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Forstbetriebsgemeinschaften unzureichend. - Fehlende Bereitschaft zur Kooperation (LW + nachgelagerter Bereich) bei der Bildung Regionaler Wertschöpfungsketten.	- Generell unternehmerische Dynamisierung im Zuge des Agrarstrukturwandels und Mentalitätswandel in Richtung auf eine marktwirtschaftliche Orientierung. - Potenzial in der Herstellung und Vermarktung regional bzw. ökologisch zertifizierter Produkte. - Generell große Absatzchancen für hochwertige Lebensmittel. - Ausnutzung einer derzeit hohen Investitions- und Innovationsbereitschaft in allen Bereichen der Landwirtschaft (einschließlich Garten- und Weinbau). - Minderung von Nutzungskonflikten im Innenbereich (Emission von Lärm, Gerüche etc.). - Steigerung der Produktionseffizienz des Bereichs Weinbau (evtl. auch durch Kooperationen). - Erhalt der einmaligen Kulturlandschaft im Rheingau und an der Bergstraße. - Hohe Nachfrage nach Premiumerzeugnissen (z.B. Wein und hochpreisigen Wurstspezialitäten).	- Hohe Attraktivität der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsmärkte bewirkt starke Anreize zum Ausstieg aus der Landwirtschaft. - Quote der Agrarbetriebe mit Hofnachfolger in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. - Steigende landwirtschaftliche Betriebskosten (insbesondere Pachtpreise, Löhne und Energiekosten). - Agrarwirtschaft stark tangiert von Preisschwankungen auf den Agrarmärkten und hieraus resultierenden Erlösschwankungen.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(2) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe mit erheblichen strukturellen Problemen, insbesondere von Betrieben mit geringer Marktbeteiligung, marktorientierten Betrieben in bestimmten Sektoren und Betrieben, in denen eine landwirtschaftliche Diversifizierung erforderlich ist (b) Erleichterung der allgemeinen Erneuerung im Agrarsektor	• Bewässerungsinfrastruktur (35.000 ha) ist vor allem in Südhessen vorhanden. • Wachsende Betriebsgrößen im Weinbau beschleunigen eine Neuausrichtung der Produktions- und Bewirtschaftungstechniken. • Erste Ortsgemeinden weisen gezielt Flächen für die Ansiedlung landwirtschaftlicher Betriebsgebäude aus. • Großes Produktionspotenzial (klimatisch und geologisch) für hochqualitative Wein-Premiurerzeugnisse.	• Begrenzte Wahrnehmung von besonderen erbrachten Leistungen in der Erzeugung und Qualitätsmerkmalen durch Kunden. • Auftreten von Nutzungskonflikten infolge unterschiedlicher Ansprüche (Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Siedlung, Verkehr). • (Nur langsam sinkender) Entzug von Bewirtschaftungsflächen durch Dritte. • Mängel in der Agrarstruktur aufgrund von zersplittertem Grundbesitz und unzureichendem Wegenetz; gilt auch für die Forstwirtschaft.	• Nachfrage größer als Angebot bei regionalen bzw. ökologischen Produkten). • Generell hohe Investitionsbereitschaft (in manchen Regionen). • Tierschutz (Labels). • Regionale Wertschöpfungsketten. • Großabnehmer im Gebiet. • Kooperationen. • Absatzchancen für hochwertige Lebensmittel nahe am Produktionsstandort. • Den einzelnen Erzeuger für den Verbraucher sichtbar machen (siehe das Beispiel der Landmärkte). • Kohärenz zwischen den Politiken (z.B. beim EFRE), Erhalt landwirtschaftlich genutzter Flächen. • Nachhaltigkeitsstrategie Hessen zur Vermeidung der Verknappung landwirtschaftlich genutzter Flächen. • Anforderungen an Umweltstandards steigen. • Verbesserungsfähigkeit durch Flurneuordnung. • Ziele des Naturschutzes befolgen und bei der Flurneuordnung berücksichtigen. • Zahlreiche gut ausgebildete, größtenteils junge – nicht aus der Landwirtschaft stammende – Menschen wären dazu bereit, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen.	• Regionen mit niedriger Kaufkraft (Kommunikation/ Qualitätsmerkmale von Produkten). • Fehlende Öko-Beratung für "Bündeler". • Steigende Pachtpreise (Flächenkonkurrenz). • Anforderungen an Umweltstandards steigen. • Wasserentnahmen im Ried für Bewässerung sind problematisch. • Wirtschaftsleistung des Agrarsektors auch von der Witterung und vom Klima abhängig. • Geringer Grad der Aktivität in zahlreichen forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen, u. a. bedingt durch Nachwuchsprobleme. • Wegfall der Milchquote in 2015. • Versorgungsengpässe bei Ferkeln.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(3) Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette und Förderung des Risikomanagements in der Landwirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) bessere Einbeziehung der Primärerzeuger in die Nahrungsmittelkette durch Qualitätssicherungssysteme, die Verkaufsförderung auf lokalen Märkten und kurze Versorgungswege, Erzeugergruppierungen und Branchenorganisationen (b) Unterstützung des Risikomanagements in den landwirtschaftlichen Betrieben	• Räumlicher Schwerpunkt des hessischen Ernährungsgewerbes im Rhein-Main-Gebiet (regional umfangreiche Absatzmärkte und sehr günstige transportwirtschaftliche Rahmenbedingungen). • Hohe Innovationsdichte und weites Branchenspektrum bzw. breite Produktpalette in der hessischen Ernährungswirtschaft. • Zunehmende Direktvermarktung in der Landwirtschaft. • Hohes Einkommensniveau bewirkt eine große Nachfrage nach hochpreisigen Nahrungsmitteln → Spielräume für Ernährungsbetriebe auch an Standorten mit hohen Produktionskosten (insbesondere im Hinblick auf die Lohnkosten).	• Bedingt durch eine geringe Bevölkerungsdichte bei gleichzeitig niedriger Kaufkraft unzureichende Absatzpotenziale für Ernährungsgüter in ländlichen Regionen. • Hohe Transportkosten für Betriebe des Ernährungsgewerbes, die von Standorten mit ungünstiger Verkehrsanbindung aus Absatzmärkte in Ballungsräumen beliefern. • Mit Ausnahme der Getränkeindustrie existieren in der hessischen Ernährungswirtschaft keine Cluster oder Branchenagglomerationen, in denen Synergieeffekte bzw. Größenvorteile ausgeschöpft werden können.	• Kaufkräftige und umfangreiche Absatzmärkte in der Rhein-Main-Region, die wegen günstiger Verkehrswege auch für Agrarproduzenten aus peripheren Räumen gut erreichbar sind. • Hoher Internationalisierungsgrad und hohe Mobilität der Bevölkerung in den Absatzregionen der Ballungsräume → Auf Seiten der Konsumenten vielfältige Präferenzen für stark differenzierte Produkte und Aufgeschlossenheit für Produktinnovationen. • Hohe Anzahl von Zentralen oder Hauptniederlassungen international tätiger Unternehmen der Ernährungsindustrie. • In jüngster Zeit – auch bedingt durch Nachfrageimpulse aufgrund einer zunehmenden Beschäftigung und steigender Haushaltseinkommen – konjunktureller Aufschwung der hessischen Ernährungswirtschaft. • Absatzpotenziale in lukrativen Exportmärkten, insbesondere in den wirtschaftlich dynamischen Schwellenländern (z.B. in der Weinwirtschaft). • Potenzial in der Herstellung und Vermarktung regional bzw. ökologisch zertifizierter Produkte und generell große Absatzchancen für qualitativ hochwertige Lebensmittel.	• Hoher Wettbewerbsdruck in der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft. • Vielfalt der Produkt-Labels. • Weitere Erhöhung der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels, insbesondere über einen fortschreitenden Konzentrationsprozess. • Strukturwandel im Ernährungsgewerbe verläuft auch über Fusionen und Übernahmen bzw. Unternehmensaufgaben. • Aufgrund von Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel und in der Ernährungswirtschaft ungünstige Preisentwicklung aus Sicht der Agrarwirtschaft. • Strukturwandel bei den Agrar-genossenschaften und beim Landhandel: Größe der Handelspartner für die Agrarbetriebe nimmt zu, räumliche Nähe bzw. Möglichkeiten für Face-to-Face-Kontakte nehmen ab.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(3) Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette und Förderung des Risikomanagements in der Landwirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: a) bessere Einbeziehung der Primärerzeuger in die Nahrungsmittelkette durch Qualitätssicherungssysteme, die Verkaufsförderung auf lokalen Märkten und kurze Versorgungswege, Erzeugergruppierungen und Branchenorganisationen b) Unterstützung des Risikomanagements in den landwirtschaftlichen Betrieben	• Absatzmarkt für (hochpreisige und oder hessische Produkte) "liegt vor der Tür". • Vermehrte Differenzierung in der Nachfrage bei Kunden (spiegelt sich in der Angebotspalette des Lebensmittel Einzelhandels wider: Bio-Segment, regionale Segmente und konventionelles Segment unter einem Dach).	• Fehlende Koordination der an der Wertschöpfungskette Beteiligten. • Enormer internationaler Wettbewerbsdruck im Lebensmittelbereich für Standardprodukte (z.B. Milch). • Fehlende Vernetzung und Förderung in Bezug auf Wertschöpfungsketten (vergleichbar mit Startbeihilfen bei Erzeugerzusammenschlüssen). • (Begrenzte) Wahrnehmung von besonderen erbrachten Leistungen in der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Kunden. • Bestehende Modelle (z.B. "Landmarkt") sind nur regional an manchen Standorten vertreten. • Fehlende Weiterverarbeitungsmöglichkeiten von Fleisch (Fehlen von kleinen Schlacht- und Zerlegebetrieben sowie Metzgereien).	• Regionale Wertschöpfungsketten. • Neue Produkte und neue Darbietungsformen. • Potenziale regionaler Erzeugung und Vermarktung ausbauen (z.B. GU, GAA). • Absatz von regional erzeugten Produkten mit entsprechendem Mehrwert. • Überbetriebliche Direktvermarktung regionaler Produkte. • Vermarktung von regionalen Erzeugnissen in Regionen außerhalb Hessens über neue Vermarktungswege (z.B. Vermarktung von Käse, Wurst über Internet). • Bedarf für dezentrale Erfassungs- und Lagerstätten für Kartoffeln und Getreide sowie zur Verarbeitung tierischer Erzeugnisse.	

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(3) Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette und Förderung des Risikomanagements in der Landwirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) bessere Einbeziehung der Primärerzeuger in die Nahrungsmittelkette durch Qualitätssicherungssysteme, die Verkaufsförderung auf lokalen Märkten und kurze Versorgungswege, Erzeugergruppierungen und Branchenorganisationen (b) Unterstützung des Risikomanagements in den landwirtschaftlichen Betrieben	• Zunehmende Direktvermarktung in der Landwirtschaft. • Diversifizierung der Unternehmensstrategien. • Insbesondere in den Großbetrieben hoher Professionalisierungsgrad des Risikomanagements.	• Bedingt durch eine geringe Bevölkerungsdichte bei gleichzeitig niedriger Kaufkraft unzureichende Absatzpotenziale für Ernährungsgüter in ländlichen Regionen. • Hohe Transportkosten für Betriebe des Ernährungsgewerbes, die von Standorten mit ungünstiger Verkehrsanbindung aus Absatzmärkte in Ballungsräumen beliefern.	• Risikomanagement über eine Absicherung gegen Preisvolatilitäten an den Warenterminmärkten (vor allem in marktorientierten Großbetrieben). • Liquiditätsmanagement-Strategien zur Abfederung von Erlösrisiken. • Bewältigung von Investitionsrisiken im Rahmen der betrieblichen Investitions- und Finanzierungsrechnung in den landwirtschaftlichen Betrieben.	• Hoher Wettbewerbsdruck in der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft. • Volatilität der Märkte. • Aufgrund von Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel und in der Ernährungswirtschaft ungünstige Preisentwicklung aus Sicht der Agrarwirtschaft. • Zunehmende Pachtpreise, Energiekosten und Lohnkosten (letztere vor allem in den Ballungsräumen).

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(4) Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der von der Land- und Forstwirtschaft abhängigen Ökosysteme mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Wiederherstellung und Erhaltung der biologischen Vielfalt, auch in Natura 2000-Gebieten sowie landwirtschaftlichen Systemen von hohem Naturschutzwert und des Zustands der europäischen Landschaften (b) Verbesserung der Wasserwirtschaft (c) Verbesserung der Bodenbewirtschaftung	• Hohe Biodiversität auch auf Grünlandstandorten, die in mittlerer Intensitätsstufe bewirtschaftet werden. • Großer bzw. stabiler Grünlandanteil. • Hoher Flächenanteil des ökologischen Landbaus, insbesondere in den Grünlandregionen. • Große Bedeutung der Landwirtschaft für die Landschaftspflege (regional unterschiedlich ausgeprägt). • Hoher Flächenanteil der FFH-Gebiete und der Natura 2000-Gebiete an der hessischen Landesfläche (in Hessen jeweils größer als im Bundesdurchschnitt). • Brachfallen von Flächen nur in geringem Ausmaß; regional unterschiedlich ausgeprägt mit konjunkturellen Schwankungen. • Bestehende Konzepte zur Förderung der Biodiversität. • Hoher Waldanteil und weiträumige Buchenbestände. • Einkommen aus Bioenergieanbau erhält landwirtschaftliche Strukturen. • Hoher Anteil zertifizierter Forstbetriebe (90 % aller Waldflächen).	• Hohe Intensität der agrarwirtschaftlichen Landnutzung in den Gunsträumen. • In den Ballungsräumen besteht hoher Druck auf politische und planerische Entscheidungsträger zur Umwandlung ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen; in der Rhein-Main-Region betrifft dies in zahlreichen Fällen gerade die naturräumlich begünstigten Agrarstandorte mit hohen Ertragspotenzialen. • Kein systematisches Beratungsangebot für Landwirte zum Themenfeld Biodiversität. • Verzögerung bei der Erstellung der Managementpläne und unzureichender Abschluss von Verträgen mit Landwirten. • Nur geringe Anteile des ökologischen Landbaus in Gunstlagen. • Heterogene Verwaltungsstrukturen bei Umsetzung agrarumwelt-relevanter Zielvorgaben. • Naturschutzverwaltung und Beratung in Bezug auf ELER-Priorität 4(a) weist Defizite auf. • Lokale Initiativen für Biodiversität von Verbänden und Einzelpersonen werden zu wenig gefördert.	• Auch im Gartenbau bzw. im Weinbau und in der Kellerwirtschaft steigender Stellenwert umweltschonender Produktions- und Verarbeitungsverfahren → Positive Folgewirkungen für die Kulturlandschaft. • Förderung einer nachhaltigen und naturnahen Fremdenverkehrswirtschaft. • Verknüpfung von Naturschutz, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus. • Zunehmende Bedeutung des Ökologischen Landbaus. • Steigende Nachfrage nach Ökoprodukten. • Ausweitung der Beratung zu Fragen der biologischen Vielfalt. • Ausbau des Eiweißpflanzenanbaus. • Synergieeffekte zwischen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft nutzen. • Regionale, interdisziplinäre Foren / Kooperationen. • Projekte mit Bezug zu ökologischen Themen stärker etablieren. • Gesteuerte nachhaltige Biomassenutzung.	• In Zukunft in den Ballungsräumen verstärkte Konkurrenz zwischen der agrarwirtschaftlichen Landnutzung einerseits und Nutzung für Wohnraum wie auch Gewerbe und Dienstleistungssektor andererseits. • Dynamische Entwicklung im Bereich Biomasseanbau zur energetischen Nutzung. • Verstärkter Trend zur Intensivierung (engere Fruchtfolgen, weniger Raum für ökologische Ausgleichsflächen) in Gunstlagen und Nutzungsaufgabe marginaler Standorte. • Marktchancen für Ökoprodukte werden nicht ausreichend genutzt. • Landwirte scheuen Umstellungsrisiko auf ökologischen Landbau besonders in Gunstlagen. • Hochkomplexe förderrechtliche Vorgaben: negative Auswirkungen bei der Umsetzung. • Fehlende Kapazitäten für steigenden Verwaltungsaufwand. • Druck auf die Verwaltung führt zur Vereinfachung von Maßnahmen und Reduzierung von Maßnahmenvielfalt. • Negative Folgen des Klimawandels, so etwa für invasive Arten.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(4) Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der von der Land- und Forstwirtschaft abhängigen Ökosysteme mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Wiederherstellung und Erhaltung der biologischen Vielfalt, auch in Natura 2000-Gebieten sowie landwirtschaftlichen Systemen von hohem Naturschutzwert und des Zustands der europäischen Landschaften (b) Verbesserung der Wasserwirtschaft (c) Verbesserung der Bodenbewirtschaftung	- Im Vergleich zu anderen deutschen Erzeugerregionen mit einer hohen Intensität der tierischen Erzeugung (z. B. Nordwestdeutschland) in Hessen insgesamt eher niedrige Viehbestandsdichten mit entsprechend weniger gravierenden ökologischen Belastungen (regional sehr unterschiedliche Ausprägung). - Gute Datengrundlage zur Gewässergüte, Gewässerstruktur und stofflichen Belastung. - Flächendeckende und umfangreiche Wasserschutzberatung. - Verbindliches WRRL-Maßnahmenprogramm, integrierte Umsetzung im Bereich Oberflächengewässer und Grundwasser. - Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen werden bevorzugt an Gewässer gelegt. - Umsetzung der „Arbeitshilfe zur Verminderung der P-Emissionen aus kommunalen Kläranlagen“.	- Kleinteilige Agrarstruktur in den Mittelgebirgen bietet den Betriebsleitern nur geringe Anreize für eine agrartechnische Modernisierung, die auch positive ökologische Folgewirkungen hätte. - Hohe Intensität der agrarwirtschaftlichen Landnutzung in den hessischen Gunsträumen. - Stoffliche Belastung des Grundwassers; Partikeleinträge in die Oberflächengewässer. - Flächenmangel für naturnahe Gewässerentwicklung. - Zu langsame Maßnahmenumsetzung u. a. aufgrund mangelnder Akzeptanz durch die Maßnahmenträger, zu geringer finanzieller Anreiz. - Fehlende fachlich und rechtlich bindende Vorgaben. - Nicht abgeschlossene Maßnahmenumsetzung bezogen auf die einzelne Abwassereinleitung.	- Verknüpfung von Naturschutz, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus. - Greening bietet Chancen für Gewässerentwicklung und Bodenschutz. - Explizite Erwähnung des Wasserschutzes in ELER-VO (Art. 31). - Wissenszuwachs durch Beratung. - Synergieeffekte mit Hochwasser- und Naturschutz. - Empfehlung EU-KOM zur Anlage von Pufferstreifen ("Blueprint"). "Leitfaden Immissionsbeurteilung". - Programm zur Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der WRRL.	- In Zukunft in den Ballungsräumen verstärkte Konkurrenz zwischen der agrarwirtschaftlichen Landnutzung einerseits und Nutzung für Wohnraum wie auch Gewerbe und Dienstleistungssektor andererseits. - In einigen hessischen Teilräumen relativ ausgeprägte Verdichtung der tierischen Erzeugung, die sich in hohen N-Überschüssen manifestiert. - Hohe Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung in den Gunsträumen. - Verstärkter Anbau von Energiepflanzen und erhöhter Anfall von Gärresten. - Zunahme von Starkregenereignissen. - Hoher Wasserverbrauch aufgrund hoher Siedlungsdichte in großen Teilen Hessens. - Mangelnde Akzeptanz kostendeckender Abwassergebühren (auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels). - Grundwassergefährdung durch undichte Kanäle.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(4) Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der von der Land- und Forstwirtschaft abhängigen Ökosysteme mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Wiederherstellung und Erhaltung der biologischen Vielfalt, auch in Natura 2000-Gebieten sowie landwirtschaftlichen Systemen von hohem Naturschutzwert und des Zustands der europäischen Landschaften (b) Verbesserung der Wasserwirtschaft (c) Verbesserung der Bodenbewirtschaftung	• Moderne Betriebsgebäude und leistungsfähiger Maschinenpark in den mittleren und großen landwirtschaftlichen Betrieben → hierdurch umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren (z. B. pfluglose Bodenbearbeitung; Precision Farming, so etwa über GPS-gesteuerte Bewirtschaftungssysteme). • Hohe Biodiversität auch auf Grünlandstandorten, die in mittlerer Intensitätsstufe bewirtschaftet werden. • Beratungssystem im LLH. • Gute Datengrundlage über Bodenviewer sowie bundesweit verfügbare Berichte und Leitfäden.	• Kleinteilige Agrarstruktur in den Mittelgebirgen bietet den Betriebsleitern nur geringe Anreize für eine agrartechnische Modernisierung, die auch positive ökologische Folgewirkungen hätte. • Hohe Intensität der agrarwirtschaftlichen Landnutzung in den hessischen Gunsträumen. • Zu geringer Anbau an Eiweißpflanzen (Futtermittel). • Unkontrollierte Entwicklung im Bereich Biomasseanbau zur energetischen Nutzung. • Derzeit keine individuelle Beratung (nur Grundberatung). • Betriebsbedingter unterschiedlicher Anfall von Wirtschaftsdünger. • Marktnachfrage und Betriebsausrichtung. • Hintergrundbelastung durch Luft, Gewässer und Düngemittel kaum beeinflussbar.	• Ausweitung der Beratung zu Fragen des Bodenschutzes. • Verknüpfung von Naturschutz, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus. • Greeningkomponenten: Erhalt humusreicher Böden und der Bodenfruchtbarkeit. • Stärkere Begrenzung der Schademissionen in Luft, Wasser und Düngemittel (einschl. Klärschlamm).	• Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Verschlechterung des Bodenzustandes. • Zunahme von Starkregeneignissen, steigende Erosionsgefährdung. • Verstärkter Anbau von Energiepflanzen. • Ungünstige Marktbedingungen für Körnerleguminosen. • Wenig kohärente Gesetzgebung mit nachteiligen Auswirkungen auf die Ertragsfähigkeit der Böden und die Erzeugung unbelasteter Lebensmittel.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(5) Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung in der Landwirtschaft (b) Verbesserung der Effizienz der Energienutzung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung (c) Erleichterung der Lieferung und Verwendung von Erneuerbaren Energiequellen, von Nebenerzeugnissen, Abfällen, Rückständen und anderen Non-Food-Ausgangserzeugnissen für die Biowirtschaft (d) Verringerung der aus der Landwirtschaft stammenden Distickstoffmonoxid- und Methanemissionen (e) Förderung der CO₂-Bindung in der Land- und Forstwirtschaft	• Moderner betrieblicher Kapitalstock mit hohem Technisierungsgrad der in den Gunsträumen (z.B. in der Wetterau und im Limburger Becken) ansässigen Agrarbetriebe. • Flächendeckende und umfangreiche Wasserschutzberatung.	• Große Teile des Landes Hessen sind sehr dicht besiedelt, was mit umfangreichen Schadstoff- und Lärmemissionen wie auch mit einem hohen Wasserverbrauch einhergeht → Große Herausforderungen für Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Hinblick auf eine standortgerechte und umweltschonende Ressourcennutzung.	• Umfangreiche Potenziale für die Steigerung der Energieeffizienz und die Verringerung von Schadstoffeinträgen in der Agrarwirtschaft bei Neuinvestitionen in das Betriebskapital (z.B. neue Stallbauten bzw. Landmaschinen).	• In kleinen Agrarbetrieben nur geringe Anreize zur Steigerung der Effizienz des Ressourceneinsatzes.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(5) Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoff-armen und klimaresistenten Wirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung in der Landwirtschaft (b) Verbesserung der Effizienz der Energienutzung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung (c) Erleichterung der Lieferung und Verwendung von Erneuerbaren Energiequellen, von Nebenerzeugnissen, Abfällen, Rückständen und anderen Non-Food-Ausgangserzeugnissen für die Biowirtschaft (d) Verringerung der aus der Landwirtschaft stammenden Distickstoffmonoxid- und Methanemissionen (e) Förderung der CO₂-Bindung in der Land- und Forstwirtschaft	• Moderner betrieblicher Kapitalstock mit hohem Technisierungsgrad der in den Gunsträumen ansässigen Agrarbetriebe. • Umfassende und vielfältige Beratungsangebote in den Bereichen Betriebswirtschaft, Verfahrenstechnik und Gebäudetechnik.	• Große Teile des Landes Hessen sind sehr dicht besiedelt, was mit umfangreichen Schadstoff- und Lärmemissionen wie auch mit einem hohen Wasserverbrauch einhergeht → Große Herausforderungen für Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Hinblick auf eine standortgerechte und umweltschonende Ressourcennutzung. • Kein (ausreichendes) Beratungsangebot zu Energieeffizienz für Landwirte und zur energetischen Nutzung von Holz.	• Umfangreiche Potenziale für die Steigerung der Energieeffizienz und die Verringerung von Schadstoffeinträgen in der Agrarwirtschaft bei Neuinvestitionen in das Betriebskapital (z.B. neue Stallbauten bzw. Landmaschinen). • Verbesserung der Energieeffizienzberatung für primären Sektor (Landwirte).	• In kleinen Agrarbetrieben nur geringe Anreize zur Steigerung der Effizienz des Ressourceneinsatzes.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(5) Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung in der Landwirtschaft (b) Verbesserung der Effizienz der Energienutzung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung (c) Erleichterung der Lieferung und Verwendung von Erneuerbaren Energiequellen, von Nebenprodukten, Abfällen, Rückständen und anderen Non-Food-Ausgangserzeugnissen für die Biowirtschaft (d) Verringerung der aus der Landwirtschaft stammenden Distickstoffmonoxid- und Methanemissionen (e) Förderung der CO₂-Bindung in der Land- und Forstwirtschaft	• Komparative Vorteile für Hessen bei der Energiegewinnung aus fester Biomasse aufgrund des hohen Waldanteils. • Am Standort Hessen und hierbei insbesondere am Finanzplatz Frankfurt umfangreiches Know-how für die Finanzierung von Anlagen der Erneuerbaren Energien (z.B. spezialisierte Investitionsfonds). • Etablierung der BioRegios als strukturelle Stärke.	• Komparative Nachteile bei der Energiegewinnung in Bioenergieanlagen und bei der Erzeugung von Biokraftstoffen aufgrund eines stark begrenzten Rohstoffpotenzials. • Unzureichende Kapazitäten für den Transport und die Speicherung von Strom aus Erneuerbaren Energien. • Ungünstige Wirkungsgrade privater Holzverfeuerungsanlagen. • (Weiterer) Abbau der Beratung zur energetischen Holznutzung.	• Etablierung zuwachsstarker Baumarten (z.B. Douglasie). • Zunehmende Erschließung der hessischen Mittelgebirgsräume für die Energiegewinnung aus Windkraft. • Zusätzliche Potenziale für die Windkraft durch den Austausch alter Anlagen durch neuartige Anlagen mit deutlich erhöhter Kapazität (Repowering). → Verbesserte Ausschöpfung der Energieerzeugungspotenziale an den für die Nutzung der Windkraft geeigneten Standorten. → Sinkender Druck zur Erschließung neuer Standorte. • Ausbau effizienter Nahwärmeversorgungssysteme. • Steigerung der Holzbauquote zur stofflichen Verwertung. • Wohnortnahe Energieversorgung ("Land der kurzen Wege").	• Aufgrund des Ausbaus der Energiegewinnung aus Biogas erhöhte Flächennutzungskonkurrenz, die in steigenden Pachtpreisen resultiert. • Intensivierung der Veredelungswirtschaft in einigen Regionen. • Emissionen von Polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) aus Holzverfeuerungsanlagen als Risiko (u. a. für den Gewässerschutz). • Wettbewerbsfähigkeit der Bioenergie stark von den Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe und für fossile Rohstoffe abhängig. • Ausgeprägte Konkurrenz zwischen stofflicher und energetischer Verwertung biogener Rohstoffe. • Ethische Probleme bei der Verwendung von Agrarprodukten, die auch der menschlichen Ernährung zugeführt werden können, für die Erzeugung von Bioenergie. • Mangelnde Akzeptanz für Windkraftanlagen bei der regional ansässigen Wohnbevölkerung. • Beeinflussung der Kulturlandschaft durch Anlagen der Erneuerbaren Energien (Windkraft, Photovoltaik, Bioenergie) → nachteilige Auswirkungen auf das Tourismuspotenzial. • Nicht nachhaltige Nutzung der Wälder. • Anbau nicht standortangepasster Baumarten und schlechte Pflege der Bestände.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(5) Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung in der Landwirtschaft (b) Verbesserung der Effizienz der Energienutzung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung (c) Erleichterung der Lieferung und Verwendung von Erneuerbaren Energiequellen, von Nebenerzeugnissen, Abfällen, Rückständen und anderen Non-Food-Ausgangserzeugnissen für die Biowirtschaft (d) Verringerung der aus der Landwirtschaft stammenden Distickstoffmonoxid- und Methanemissionen (e) Förderung der CO₂-Bindung in der Land- und Forstwirtschaft	• Umfassende und vielfältige Beratungsangebote in den Bereichen Betriebswirtschaft, Verfahrenstechnik und Gebäudetechnik. • Vorhandensein einer Anpassungsstrategie im Hinblick auf den Klimawandel. • Hoher Flächenanteil des Ökologischen Landbaus.		• Umfangreiche Potenziale für die Steigerung der Energieeffizienz und die Verringerung von Schadstoffeinträgen in der Agrarwirtschaft bei Neuinvestitionen in das Betriebskapital (z. B. neue Stallbauten bzw. Landmaschinen). • Extensivierung der Tierhaltung.	• Intensivierung der Veredelungswirtschaft in einigen Regionen. • Bodenversiegelung / Flächenverbrauch durch Stallneubauten.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(5) Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Verbesserung der Effizienz der Wassernutzung in der Landwirtschaft (b) Verbesserung der Effizienz der Energienutzung in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelverarbeitung (c) Erleichterung der Lieferung und Verwendung von Erneuerbaren Energiequellen, von Nebenerzeugnissen, Abfällen, Rückständen und anderen Non-Food-Ausgangserzeugnissen für die Biowirtschaft (d) Verringerung der aus der Landwirtschaft stammenden Distickstoffmonoxid- und Methanemissionen (e) Förderung der CO₂-Bindung in der Land- und Forstwirtschaft	• Komparative Vorteile für Hessen bei der Energiegewinnung aus fester Biomasse aufgrund des hohen Waldanteils. • Anpassungsstrategien für den Klimawandel. • Hoher Flächenanteil des Ökolandbaus. • Naturnahe Waldbewirtschaftung.	• Komparative Nachteile bei der Energiegewinnung in Bioenergieanlagen und bei der Erzeugung von Biokraftstoffen aufgrund eines stark begrenzten Rohstoffpotenzials. • Hoher Bedarf an Wiederaufforstungen infolge der Stürme seit dem Jahr 2007.		• Aufgrund des Ausbaus der Energiegewinnung aus Biogas erhöhte Flächennutzungskonkurrenz, die in steigenden Pachtpreisen resultiert. • Wettbewerbsfähigkeit der Bioenergie stark von den Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe und für fossile Rohstoffe abhängig. • Ausgeprägte Konkurrenz zwischen stofflicher und energetischer Verwertung biogener Rohstoffe. • Ethische Probleme bei der Verwendung von Agrarprodukten, die auch der menschlichen Ernährung zugeführt werden können, für die Erzeugung von Bioenergie. • Klimawandel und Folgeschäden in der Forstwirtschaft.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(6) Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Diversifizierung, Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen (b) Förderung der lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten (c) Förderung des Zugangs zu, des Einsatzes und der Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ländlichen Gebieten	- In zahlreichen hessischen Regionen vielfältiger Branchenmix, der Personen mit unterschiedlichen Qualifikationsprofilen vielfältige Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. - In einigen ländlichen Regionen wettbewerbsfähiges Produzierendes Gewerbe mit weit zurückreichender Tradition und günstigen Zukunftsperspektiven, letztere u. a. aufgrund hochgradiger internationaler Vernetzung mit Wirtschaftsbeziehungen in die wachstumsstarken Schwellenländer. - Touristisch attraktive Kulturlandschaft ermöglicht vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten im Gastgewerbe.	- In Teilräumen ungünstige verkehrsräumliche Anbindung → Nur wenige größere bzw. international tätige Unternehmen des Produzierenden Gewerbes ansässig. - In Teilräumen geringe Innovationsdynamik → Geringes regionales Potenzial für Wirtschaftswachstum. - Strukturelle Probleme in den Ortskernen wirken sich negativ auf die Tourismusentwicklung aus (Leerstand, Versorgungs- und Dienstleistungen). - Investitionsstau im Tourismussektor. - Hoher Anteil von kleinen bzw. nicht wirtschaftlichen touristischen Betrieben. - Mangelnde Kooperationen im Tourismus. - Fehlende qualitativ ansprechende Gastronomie und Hotellerie entlang der (Wander-) Wege.	- Ansiedlung von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben (letztere insbesondere in den Bereichen Transport und Logistik) in Regionen, die über eine günstige verkehrsräumliche Anbindung verfügen → Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Steigerung der regionalen Wirtschaftskraft. - Möglichkeiten der Wertschöpfung in peripheren Räumen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. - Ausschöpfung der Tourismus- und Naherholungspotenziale in den landschaftlich attraktiven Mittelgebirgsregionen, Erschließung neuer Zielgruppen, stärkere Quellgebietsfokussierung. - Aktueller Bewusstseinswandel zu präferierten Urlaubsformen. - Nähe des ländlichen Raums zu (touristischen) Quellmärkten. - Potenzial für Kurzurlaubsangebote.	- Verringerung des Einzelhandelsangebots in Regionen ohne attraktive Kaufkraft. - Weitere Abwanderung von Erwerbspersonen bzw. gut Ausgebildeten in die Ballungszentren aufgrund der dortigen Berufsperspektiven. - Fachkräftemangel. - Niedrige Teilzeitbeschäftigung von Frauen. - Sinkende Immobilienpreise → Verschlechterung der Vermögensposition in Privathaushalten und Unternehmen.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(6) Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Diversifizierung, Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen (b) Förderung der lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten (c) Förderung des Zugangs zu, des Einsatzes und der Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ländlichen Gebieten	• Wertvolle Holzbestände, die sich in Hochpreissegmenten vermarkten lassen. • In Hessen vielfältige Unterstützung von Existenzgründungen, u. a. über Beratungs- und Finanzierungsangebote. • Vernetzungsprozesse zur Forcierung der Arbeitsmarktentwicklung unter Einbeziehung regionaler Akteure (landesweite Strategie OloV). • Qualifizierungsoffensive des Landes Hessen • Hoher Ausbildungsstand (silver ager). • Hoher Ausbildungsstand von Frauen. • Hohe Mobilitätsbereitschaft. • Flächenverfügbarkeit für Erneuerbare Energien im Ländlichen Raum.	• Lange Pendeldistanzen in ländlichen Regionen. • Busverkehr an Schulverkehr ausgerichtet: ungünstige Bedientakte des ÖPNV. • In zahlreichen Regionen eher geringe Infrastruktur im Bereich der der Aus- und Weiterbildung. • Unterschiedliche Qualifikation der Fachkräfte. • Geringe bzw. rückläufige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im ländlichen Raum, insbesondere bei Berufsbildungsangeboten / Berufsschulen. • Eingliederungsprobleme von Frauen nach der Familienphase und von Unterqualifizierten in den Arbeitsmarkt.	• Zunehmende Wertschätzung von Regionalität bei Produkten und Dienstleistungen. • Potenziale zum Ausbau des Fremdenverkehrsangebots. • Steigerung der Holzmobilisierung in den hessischen Waldbaugebieten und hierdurch zunehmende Betriebseinkommen in der Forstwirtschaft. • Leerstehende Gebäude und niedrige Immobilienpreise für Unternehmensgründungen. • Potenzial zur Steigerung der Erwerbstätigkeit der Frauen. • Hoher Ausbildungsstand (silver ager). • Potenziale zur Wärmenutzung und Dämmung.	• Nicht gesicherte Betriebsnachfolge, u. a. in Tourismusbetrieben. • Unzureichende Hochgeschwindigkeitsnetze. • Konflikte zwischen Windkraftnutzung und Tourismus. • Abwanderung von Unternehmen wegen schlechter Verkehrsanbindung. • Wechselnde Trends im Fremdenverkehr führen zu Investitionsunsicherheiten.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(6) Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Diversifizierung, Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen (b) Förderung der lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten (c) Förderung des Zugangs zu, des Einsatzes und der Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ländlichen Gebieten	• Auch in zahlreichen Kommunen des ländlichen Raums moderne Verwaltungsinstitutionen mit bürgernahen Strukturen. • Historisch wertvolle Bausubstanz in Dörfern und Kleinstädten. • Regionale kulturelle Vielfalt und Verdichtung. • Attraktive, identitätsstiftende Ortskerne. • Teilräumlich stark ausgeprägte Identität auch auf Ortsebene. • Hohe Dichte an kulturellen Aktivitäten. • Vielfalt der Dialekte und Kulturen. • Nahezu flächendeckende Regionalentwicklungsinitiativen. • Vielfältiges ehrenamtliches Engagement.	• Schrumpfung der Bevölkerung in sämtlichen ländlichen Regionen in Hessen, und dies in einigen Teilräumen in erheblichem Ausmaß. • Wenig Verstetigung der regionalen Entwicklungsinitiativen. • Nach wie vor in zahlreichen Kommunen Sanierungsstau in der öffentlichen Infrastruktur; teilweise schlechter Bauzustand und geringe Nutzungsauslastung der Gemeinschaftseinrichtungen. • Teilräumlich geringes Nahversorgungsangebot. • Hohe private Kosten für Verkehr und Mobilität stehen häufig niedrigen Einkommen gegenüber. • Ungünstige Verkehrsanbindung. • Lange Pendlerdistanzen. • Angebote sind auf MIV ausgelegt. • Hohe Kosten des ÖPNV pro Kilometer. • Teilräumlich unbefriedigende Gesundheitsversorgung. • Unzureichende Wohnangebote für Senioren. • Strukturelle Probleme in den Ortskernen aufgrund nicht genutzter Immobilien (Leerstände), teilweise betreffend ehemalige landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude. • Sanierungsbedarf und Überalterung in den Ortskernen.	• Ausschöpfung der touristischen Potenziale in Verbindung mit naturräumlichem und kulturhistorischem Potenzial. • Wanderungsgewinne bei speziellen Altersgruppen (über 65) in Orten mit besonderen Angeboten. • Vielfältige Unterstützung von Entwicklungsprozessen im ländlichen Raum (z.B. Dorfentwicklung, LEADER, Vitale Orte, Stadtumbau, Kompetenzzentrum interkommunale Zusammenarbeit). • Ungenutzte Potenziale im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit. • Ungenutzte Potenziale im Bereich der Zusammenarbeit mit Kirchen. • Kosteneinsparungen und Verbesserung der Servicequalität durch innovative Ansätze der öffentlichen Verwaltung, z.B. e-Government. • Potenzial zur Verwaltungsvereinfachung. • Projektbezogene, generationenübergreifende neuartige Formen des Ehrenamts. • Etablierung des ländlichen Raumes als Ort hochwertiger Kulturangebote. • Attraktive, identitätsstiftende Ortskerne. • Potenzial zur Steigerung der Attraktivität von Ortskernen durch Rückbaumaßnahmen. • Ungenutztes Potenzial innovativer Finanzierungsmodelle der Kommunen (z.B. Breitbandnetze, Windenergie).	• Gravierende demografische Veränderungen insbesondere in peripheren Räumen Nordosthessens und Nordwesthessens, hierbei u. a. starke Zunahme der Alterskohorte der über 65-Jährigen. • Zukünftig steigender Bedarf an ortsnahe Pflegekapazitäten und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge. • Abbau der Infrastruktur im Bereich der Öffentlichen Daseinsfürsorge infolge des demografischen Wandels. → u. a. Verlängerung von Fahrwegen für die Bürger und sich selbst verstärkende ungünstige demografische Prozesse infolge einer weiteren Minderung der Attraktivität als Wohn- und Arbeitsstandort. • Finanzierbarkeit und Auslastung der Gemeinschaftseinrichtungen. • Zunehmende Finanzprobleme der Kommunen gefährden regionale Entwicklungsinitiativen. • Verringerung des Einzelhandelsangebots in Regionen ohne attraktive Kaufkraft.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(6) Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Diversifizierung, Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen (b) Förderung der lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten (c) Förderung des Zugangs zu, des Einsatzes und der Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ländlichen Gebieten	• Kleine Klassen in den Schulen. • Vielseitiges Angebot an Gemeinschaftseinrichtungen. • Vielfältige, vereinsorientierte Freizeitangeboten in Naturlandschaften (Naturparks, Biosphärenreservate, Nationalparks). • Qualifizierte, attraktive Aktivurlaubsangebote. • Kleinräumige, bürgernahe Gemeindestrukturen. • Flächendeckende Breitbandgrundversorgung.	• Kleinräumige, nicht effektive Gemeindestrukturen. • Mangelndes Bewusstsein für regionale Angebote, Besonderheiten und regionale Wertschöpfung. • In Teilräumen noch keine Hochgeschwindigkeitsnetze. • In Teilräumen soziale Segregation. • Schwindende Vereinsaktivitäten. • Wenig Jugendliche und Bürger mit Migrationshintergrund im gemeinwohlbezogenen Ehrenamt. • Zentralisierung der Schulen. • Keine differenzierenden Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Stadt und Land hinsichtlich Klassengrößen und jahrgangsübergreifender Unterrichtsmodelle. • Mangelnde Energieeffizienz in Betrieben wie auch in öffentlichen und privaten Immobilien. • Angespannte Haushaltssituation in zahlreichen Kommunen → stark begrenzte Spielräume zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur → geringe Steigerung der Attraktivität von Wohngemeinden für potenzielle Zuwanderer. • Ungünstige Auslastung der kommunalen Infrastruktur → Effizienzprobleme.	• Potenziale neuer Träger-/ Betreiberstrukturen für Gemeinschaftseinrichtungen und -angebote. • Noch ungenutzte Möglichkeiten beim jahrgangsübergreifenden Unterricht. • Bedarf an ortsnahe Pflegekapazitäten und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge. • Potenzial für mobile Angebote (rollende Märkte) der Daseinsvorsorge. • Bedarf an multimodalen Mobilitätskonzepten. • Potenzial an ehrenamtlicher Organisation von Mobilitätsangeboten. • Potenzial zum Aufbau von ehrenamtlichen Kapazitäten (Aus- und Weiterbildung, Verstetigung) und zu Kooperationen und zur Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen. • Neue Trends zu projektbezogenen, generationsübergreifenden Formen des Ehrenamts. • Ungenutzte Möglichkeiten zur Unterstützung von Entwicklungsprozessen. • Trend zu neuen Formen der Zusammenschlüsse (z. B. Genossenschaften). • Möglichkeiten zu Innovationen in der Kultur des ländlichen Raums. • Möglichkeiten zur Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins durch eine Vergrößerung regionaler Handlungsspielräume.	• Zentralisierung bzw. Rückentwicklung des Schulwesens, insbesondere des Berufsschulwesens • Sinkende Immobilienpreise (Wertverluste) → Sanierungsstau und Attraktivitätsverlust. • Potenzial für Konflikte zwischen neuen Baugebieten am Ortsrand und den Ortskernen, z.B. bei der Ausstattung mit Infrastruktur. • In Teilräumen Haus- und Facharztmangel. • Beibehaltung von unflexiblen Standards im Bereich der Grundversorgung. • Wenige Mobilitätsangebote für Jugendliche. • Weitere Ausdünnung des ÖPNV. • Abnehmendes ehrenamtliches Engagement und Mehrfachbelastung der Ehrenamtler. • Finanzschwäche der Kommunen gefährdet regionale Entwicklungsinitiativen. • Abnehmende Spielräume zur Finanzierung öffentlicher und freiwilliger Leistungen durch die Kommunen. • Zunehmend geringere kommunale Entscheidungsspielräume.

ELER-Priorität	Stärken	Schwächen	Chancen	Risiken
(6) Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit Schwerpunkt in den folgenden Bereichen: (a) Erleichterung der Diversifizierung, Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen (b) Förderung der lokalen Entwicklung in ländlichen Gebieten (c) Förderung des Zugangs zu, des Einsatzes und der Qualität der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ländlichen Gebieten	• Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Bereich der Grundversorgung in Hessen nahezu flächendeckend. • In Hessen vielfältige Unterstützung von Existenzgründungen, u. a. über Beratungsaktivitäten und Finanzierungsfonds. • Auch in zahlreichen Kommunen des ländlichen Raums moderne Verwaltungsinstitutionen.	• In Teilräumen noch keine Hochgeschwindigkeitsnetze. • In zahlreichen Regionen eher geringe Infrastruktur im Bereich der Aus- und Weiterbildung.	• Kosteneinsparungen und Verbesserung der Servicequalität durch e-Government. • Effizienzsteigerung und Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten bei den Unternehmen.	• Finanzprobleme der Kommunen mit ungünstigen Rückwirkungen auf das Leistungsangebot. • Spätestens ab 2014 unzureichende Breitbandversorgung in Teilräumen, gemessen an den Landeszielen (Standortfaktor) für Unternehmen und Beschäftigte.

Tabellenanhang

Tabelle 84: Cluster und Netzwerke in Hessen

Bezeichnung	Branchen- bzw. Technologiebezogener Schwerpunkt	Regionaler Schwerpunkt	Internetadresse
Automatisierungsregion Rhein Main Neckar	Automatisierungstechnik	Süd Hessen	www.automatisierungsregion.de
Automotive Cluster RheinMainNeckar	Automobilzulieferer	Süd Hessen	www.automotive-cluster.org
Branchennetzwerk für nachhaltiges Bauen und Sanieren (baumhaus)	Baubranche	Hessen	www.hero-hessen.de
Cluster für Individualisierte ImmunIntervention (CI3) e.V.	Pharmabranche	Hessen, Rheinland-Pfalz	www.ci-3.de
Cluster Integrierte Bioindustrie (CIB) Frankfurt am Main	industrielle Biotechnologie	bundesweit	www.cib-frankfurt.de
Competence Center Aerospace Kassel Calden (CCA)	Luft- und Raumfahrttechnik	Nord Hessen	www.cca-kassel.de
Competence Center for Applied Security Technology – CAST e.V.	IT-Sicherheitstechnologie	bundesweit	www.cast-forum.de
ConsultingRegion FrankfurtRheinMain	Beratungsunternehmen	Süd Hessen	www.consultingregion.de
deENet Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien e.V.	dezentrale Energietechnologien	Nord Hessen	www.deenet.org
DieMaschinenbauPartner	(Sonder-)Maschinenbauer	Nord Hessen	www.die-maschinenbaupartner.de
Energiegenossenschaft Odenwald Cluster	Energiewirtschaft	Süd Hessen	www.energiegenossenschaft-odenwald.de
Engineering-High-Tech-Cluster (EHC) Fulda e.V.	Engineering, Produktion von Anlagensystemen und Anwendungen in Hochtechnologien	Ost Hessen	www.eh-cluster.de
Frankfurt Biotech Alliance e.V. (FBA)	Biotechnologie	Region Rhein-Main	www.biotech-alliance.de
gamearea-FRM e.V.	Games-Branche, digitale Unterhaltung	Region Rhein-Main	www.gamearea-frm.de
Gesundheitsregion Nordhessen	Gesundheitswirtschaft	Nord Hessen	www.nordhessen-gesundheit.de
GrimmHeimat NordHessen	Tourismuswirtschaft	Nord Hessen	www.grimmheimat.de
HESSENMETALL Automotive-Cluster	Automobilzulieferer	Mittel Hessen	www.cluster-initiative.de
HESSENMETALL Aviation-Cluster	Luftfahrtzulieferer	Region Rhein-Main	www.cluster-initiative.de
HESSENMETALL Mechatronik-Cluster	Mechatronik	Süd Hessen	www.cluster-initiative.de
HESSENMETALL Spritzguss-Cluster	Spritzgussunternehmen, Werkzeug- und Formenbauer	Nord Hessen	www.cluster-initiative.de
Initiative gesundheitswirtschaft rhein-main e.v.	Gesundheitswirtschaft	Region Rhein-Main	www.gesundheitswirtschaft-rhein-main.de
IT FOR WORK	IKT-Branche	Süd Hessen	www.it-for-work.de
IT Netzwerk e.V.	IKT-Branche	Nord Hessen	www.it-netzwerk-online.de
ITS Hessen (Intelligente Transport- und Verkehrssysteme Hessen) e.V.	intelligente Transport- und Verkehrssysteme, Verkehrstechnik	Süd Hessen	www.its-hessen.de
KompetenzNetz UmweltTechnologie – KNUT	Umwelttechnologie	Mittel Hessen	www.knut-hessen.de

Bezeichnung	Branchen- bzw. Technologiebezogener Schwerpunkt	Regionaler Schwerpunkt	Internetadresse
Logistik RheinMain. Die Wissensinitiative	Logistik, Mobilität	Region Rhein-Main	www.logistik-rheinmain.de
Materials Valley e.V.	Materialforschung und Werkstofftechnologie	Region Rhein-Main	www.materials-valley.de
MetallverarbeitungsCluster Waldeck-Frankenberg	Unternehmen der Metallbe-/verarbeitung	Nordhessen	www.metallcluster.de
MoWiN.net e.V. – Mobilitätswirtschaft Nordhessen Netzwerk	Mobilitätswirtschaft	Nordhessen	www.mowin.net
mst-Netzwerk Rhein-Main e.V.	Mikrosystemtechnik	Region Rhein-Main	www.mst-netzwerk.de
Optence e.V.	Optik	Hessen, Rheinland-Pfalz	www.optence.de
Rhein-Main Adaptronik e.V.	Adaptronik	Region Rhein-Main	www.rhein-main-adaptronik.com
rhein-main-cluster chemie & pharma	Chemie-, Pharmabranche	Südhessen	www.rhein-main-cluster.de
Software-Cluster	Software-Entwicklung	Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland	www.software-cluster.com
Technologie & Innovation Medizinregion Mittelhessen (timm)	Medizinwirtschaft	Mittelhessen	www.timm-mittelhessen.de
Verpackungscluster Mittelhessen	Verpackungsunternehmen	Mittelhessen	www.verpackung-mittelhessen.de
Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Initiative Hessen e.V.	Wasserstoff-, Brennstoffzellentechnologie	Hessen	www.h2bz-hessen.de
Wetzlar Network e.V.	Optik, Elektronik, Mechanik	Mittelhessen	www.wetzlar-network.de
Zeitsprung IT-Forum Fulda e.V.	IKT-Branche	Osthessen	www.zeitsprung.org

Quelle: Vgl. HA Hessen Agentur GmbH, Geschäftsstelle TTN-Hessen und Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern (Hrsg. 2012), Recherchen der Hessen Agentur.

Tabelle 85: BioREGIONEN Holz und Bioenergie-Regionen in Hessen

Bezeichnung	Internetadresse
BioRegioHolz Knüll	http://www.bioregio-holz-knuell.de/
BioRegioHolz Vogelsberg-Wetterau	-
BioRegioHolz Meißner-Kaufunger Wald	http://www.bio-regio-holz.de/
BioRegioHolz Odenwald-Bergstraße	http://www.bioregio-odenwald-bergstrasse.de/
BioRegioHolz Lahn	http://www.bioregio-holz-lahn.de/
Bioenergieregion Mittelhessen	http://www.bioenergie-region-mittelhessen.de/
naturkraft-region Hersfeld-Rotenburg/Schwalm-Eder	http://www.naturkraft-region.de/

Quelle: https://portal.hessen.de/irj/Energieland_Internet?cid=3988a8caa2cc999f9a2177e68ceaa13b; BMELV, <http://www.bioenergie-regionen.de/>

Tabelle 86: Hochschulen in Hessen

Hochschulart	Name der Hochschule	Sitz	Studenten im WS 2011/2012
Universitäten	Technische Universität Darmstadt	RB DA	24.180
	Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main	RB DA	40.383
	Justus-Liebig-Universität Gießen	RB GI	25.143
	Philipps-Universität Marburg	RB GI	22.004
	Universität Kassel	RB KS	21.242
	EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden	RB DA	1.587
	HfB – Frankfurt School of Finance and Management Frankfurt am Main	RB DA	1.352
	Hochschule Geisenheim University ¹	RB DA	-
Fachhochschulen	h_da Hochschule Darmstadt (FH)	RB DA	12.045
	Fachhochschule Frankfurt am Main	RB DA	10.393
	Technische Hochschule Mittelhessen	RB GI	12.856
	Evangelische Hochschule Darmstadt (EHD)	RB DA	1.553
	Willhelm Büchner Hochschule, Darmstadt (private Hochschule)	RB DA	5.785
	Priv. Fachhochschule Provadis, Frankfurt am Main	RB DA	817
	Priv. Fachhochschule Accadis, Bad Homburg	RB DA	502
	CVJM-Hochschule Kassel (FH)	RB KS	204
	DIPLOMA – FH Nordhessen (Priv. FH), Bad Sooden-Allendorf	RB KS	4.774
	Priv. Fachhochschule der Deutschen gesetzl. Unfallversicherung, Bad Hersfeld	RB KS	115
	Hochschule Fresenius, Idstein	RB DA	1.469
	Hochschule Fulda (FH)	RB KS	6.012
	Hochschule RheinMain	RB DA	10.207
Theologische Hochschulen	Theologische Fakultät Fulda	RB KS	34
	Phil.-Theologische Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main	RB DA	368
	Lutherische Theologische Hochschule Oberursel	RB DA	33
	Evangelische Hochschule Tabor (Priv. H), Marburg	RB GI	74
	Freie Theologische Hochschule (FTH) Gießen (Priv. H)	RB GI	152
	Theologische Hochschule Ewersbach (Priv. H), Dietzhölztal ²	RB GI	-
Kunsthochschulen	Hochschule für Musik und Darst. Kunst, Frankfurt am Main	RB DA	855
	Staatl. Hochschule für Bildende Künste (Städelschule), Frankfurt am Main	RB DA	186
	Hochschule für Gestaltung, Offenbach	RB DA	630
Verwaltungs-hochschulen	Archivschule Marburg	RB GI	61
	Hessische Hochschule für Finanzen und Rechtspflege Rotenburg a. d. Fulda	RB KS	892
	Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden	RB DA	2.542
	FH des Bundes für öffentl. Verwaltung, FB Wetterdienst, Langen	RB DA	46
	FH des Bundes für öffentl. Verwaltung, FB Kriminalpolizei, Wiesbaden	RB DA	207
	FH Bund für öffentliche Verwaltung FB Landw. Sozialversicherung, Kassel	RB KS	184

¹ Die Hochschule Geisenheim University wird erst seit 01/2013 als Universität / Hochschule neuen Typs (http://www.hmwk-hessen.de/hochschulen_uebersicht.php) geführt und besitzt daher für das Wintersemester 2011/2012 keine Fallzahlen.

² Die Theologische Hochschule Ewersbach wird erst ab 09/2011 als Hochschule geführt und besitzt daher für das Wintersemester 2011/2012 keine Fallzahlen.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt: Verzeichnis der Hochschulen, Studienkollegs und staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen, Wiesbaden, 2012 / Hessisches Statistisches Landesamt: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester (einschl. Studierender an staatlich anerkannten Berufsakademien), Reihe B III 1, B III 11, B III 12, Wiesbaden, 2012.

Tabelle 87: Anbieter von Dualen Studiengängen in Hessen

Berufsakademien/Hochschulen mit dem Angebot eines Dualen Studiums
Berufsakademien: Hessische Berufsakademie Berufsakademie Rhein-Main Brüder Grimm Berufsakademie Hanau ¹ ESaK – Europäische Studienakademie Kälte-Klima-Lüftung iba internationale Berufsakademie BA Fulda Hochschulen: accadis Hochschule Diploma EBS Universität für Wirtschaft und Recht Fachhochschule Frankfurt am Main FOM Hochschule ² Frankfurt School of Finance & Management h_da Hochschule Darmstadt Hochschule Fresenius, Idstein Hochschule Fulda Hochschule RheinMain Proxadis School of International Management and Technology AG THM Technische Hochschule Mittelhessen (Studium Plus) Universität Kassel Wilhelm Büchner Hochschule

¹ Die BA Hanau eröffnete im August 2012.

² Die FOM Hochschule hat ihren Hauptsitz in Essen und unterhält nur einen Standort in Frankfurt am Main.

Quelle: www.dualesstudium-hessen.de (download: 24.08.2012).

Tabelle 88: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Forschungseinrichtung	Sitz	Internetadresse
Naturwissenschaftlich-technische Forschungseinrichtungen		
CASED – Center for Advanced Security Research	Darmstadt	www.cased.de
Chemotherapeutisches Forschungsinstitut Georg-Speyer-Haus	Frankfurt	www.georg-speyer-haus.de
Deutscher Wetterdienst (DWD)	Offenbach	www.dwd.de
ESOC – European Space Operations Centre	Darmstadt	www.esa.inl
EUMETSAT – European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites	Darmstadt	www.eumetsat.int/
Forschungsanstalt Geisenheim	Geisenheim	www.fa-gm.de
Frankfurt Institute for Advanced Studies (FIAS)	Frankfurt	fias.uni-frankfurt.de
Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit (LBF)	Darmstadt	www.lbf.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung (IGD)	Darmstadt	www.igd.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT)	Darmstadt	www.sit.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES)	Kassel	www.iwes.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Silicatforschung (ISC) (Projektgruppe IWKS)	Hanau	www.isc.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie (IME) (Projektgruppe Bio-Ressourcen)	Gießen	www.ime.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP) (Standort)	Kassel	www.ibp.fraunhofer.de
Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik (IML) (Projektzentrum Luftverkehrslogistik)	Frankfurt	www.iml.fraunhofer.de
Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung (GSI)	Darmstadt	www.gsi.de
Institut für Steinkonservierung e.V.	Mainz	www.ifs-mainz.de
Karl-Winnacker-Institut der DECHEMA e.V.	Frankfurt	kwi.dechema.de
Max-Planck-Institut für Biophysik	Frankfurt	www.biophys.mpg.de
Max-Planck-Institut für Herz- und Lungenforschung (W.G. Kerckhoff-Institut)	Bad Nauheim	www.kerckhoff.mpg.de
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie	Marburg	www.mpi-marburg.mpg.de
Max-Planck-Instituts für Hirnforschung	Frankfurt	www.brain.mpg.de
Paul-Ehrlich-Institut, Bundesamt für Sera und Impfstoffe	Langen	www.pei.de
Senckenberg Forschungsinstitute und Naturmuseen (SFN) (Leibniz-Institut)	Frankfurt	www.senckenberg.de
WTI-Frankfurt eG – Wissenschaftlich-Technische Information –	Frankfurt	www.wti-frankfurt.de
ZUB Kassel – Zentrum für Umweltgerechtes Bauen	Kassel	www.zub-kassel.de
Sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen		
Archiv der deutschen Frauenbewegung	Kassel	www.addf-kassel.de
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt	Wiesbaden	www.bib-demographie.de
Deutsches Archäologisches Institut, Römisch-Germanische Kommission des (RGK)	Frankfurt	www.dainst.org
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) (Leibniz-Institut)	Darmstadt	www.dipf.de
Deutsches Polen-Institut (DPI)	Frankfurt	www.deutsches-polen-institut.de
Freies Deutsches Hochstift – Frankfurter Goethe Museum	Frankfurt	www.goethehaus-frankfurt.de
Fritz Bauer Institut (Studien-/Dokumentationszentrum zu Geschichte + Wirkung des Holocaust)	Frankfurt	www.fritz-bauer-institut.de
Frobenius-Institut an der Goethe-Universität	Frankfurt	www.frobenius-institut.de
Herder-Institut Marburg e.V. (Leibniz-Institut)	Marburg	www.herder-institut.de
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) (Leibniz-Institut)	Frankfurt	www.hsfk.de
Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde	Marburg	www.hgl.de
Institut für Ländliche Strukturforchung an der Goethe-Universität	Frankfurt	www.ifs.de
Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität	Frankfurt	www.ifs.uni-frankfurt.de
Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH	Frankfurt	www.isoe.de
Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU)	Darmstadt	www.iwu.de
Kommission für Archäologische Landesforschung in Hessen e.V.	Frankfurt	www.kal-hessen.de
Kriminologische Zentralstelle e.V.	Wiesbaden	www.krimz.de
Sigmund-Freud-Institut, Forschungsinstitut für Psychoanalyse und ihre Anwendungen	Frankfurt	www.sfi-frankfurt.de

Tabelle 88 (Forts.): Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Forschungseinrichtung	Sitz	Internetadresse
Rechts und wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtungen		
Center for Financial Studies an der Goethe-Universität	Frankfurt	www.ifk-cfs.de
Institute for Law and Finance an der Goethe-Universität	Frankfurt	www.ilf-frankfurt.de
Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte	Frankfurt	www.rg.mpg.de

Quelle: Recherche Hessen Agentur GmbH, www.hmwk-hessen.de/ausseruniversitaere_forschungseinrichtungen.php (download: 24.08.2012).

Tabelle 89: Technologie-Transfer-Einrichtungen

Technologie-Transfer-Einrichtungen	Internetadresse
TTN-Hessen	www.ttn-hessen.de
IHK-Innovationsberatung Hessen	www.itb-hessen.de
Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU)	www.vhu.de
RKW Hessen GmbH	www.rkw-hessen.de
Hessische Arbeitsgemeinschaft der Technologie-, Dienstleistungs- und Gründerzentren	www.tgz-hessen.de
Transmit GmbH	www.transmit.de
Gesellschaft für Innovation Nordhessen mbH	www.gino-innovativ.de
Innovectis – Gesellschaft für Innovations-Dienstleistungen mbH	www.innovectis.de
Patentinformationszentrum Darmstadt	www.piz.tu-darmstadt.de
Hessen-Biotech	www.hessen-biotech.de
Hessen-IT	www.hessen-it.de
Hessen-Nanotech	www.hessen-nanotech.de
Hessen-Umwelttech	www.hessen-umwelttech.de
Hessen-H2BZ	www.h2bz-hessen.de
UniKasselTransfer	www.unii-kassel.de/ukt
Enterprise Europe Network Hessen (EEN)	www.een-hessen.de
Hessen Design	www.hessendesign.de
Technologieberatungsstelle beim DGB Hessen e.V.	www.tbs-hessen.info

Quelle: Recherche Hessen Agentur.

Tabelle 90: Technologie- und Gründerzentren in Hessen

Technologie- und Gründerzentrum	Ort	Internetadresse
Regierungsbezirk Darmstadt		
TIZ Darmstadt GmbH	Darmstadt	www.tiz-Darmstadt.de
Centrum für Satellitennavigation Hessen (cesah)	Darmstadt	www.cesah.com
Technologie- und Innovationszentrum Dieburg	Dieburg	www.tiz-dieburg.de
[MAINRAUM] Gründerhaus Kreativwirtschaft Frankfurt am Main	Frankfurt	www.mainraum-gruenderhaus.de
Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie FIZ Biotechnologie GmbH	Frankfurt	www.fiz-biotech.de
Industriepark Höchst (Standortansiedlung) Infraserb GmbH & Co. Höchst KG	Frankfurt	www.industriepark-hoechst.com
Kompass Zentrum für Existenzgründung Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt	www.kompassfrankfurt.de
GründerZentrum Höchst	Frankf.-Höchst	www.rheinmainnetwork.com
Technologie- und Dienstleistungszentrum Herzbachtal	Gelnhausen	
Technologie-, Innovations- und Gründer/innen- Zentrum GmbH (TIGZ)	Ginsheim-Gustavsbr.	www.tigz.de
Technologie- und Gründer-Zentrum Hanau GmbH	Hanau	www.tgz-hanau.de
Hofheimer Innovationszentrum (hiz)	Hofheim	www.hofheim.de/Themen/Wirtschaft/Innovationszentrum%20Hofheim
Gründerzentrum Maintal	Maintal	www.maintal.de
Offenbacher Existenzgründerzentrum – Ostpol Gründercampus KIZ Prowina pro Wirtschaft und neue Arbeit GmbH	Offenbach	www.kiz.de
InnovationsCentrum Rödermark AG	Rödermark	www.ic-roedermark.de
Gründerzentrum Überwald	Wald-Michelbach	www.gruenderzentrum-ueberwald.de
LIFE-Gründerzentrum im Industriepark Kalle Albert Wiesbaden	Wiesbaden	www.life-gruenderzentrum.de
StartBlock – Zentrum für Existenzgründung	Wiesbaden	www.startblock.biz
Service-Center Wölfersheim	Wölfersheim	www.woelfersheim.de
Regierungsbezirk Gießen		
Gewerbehof Alsfeld GmbH Wirtschaftsförderung Alsfeld	Alsfeld	www.alsfeld.de
Technologie- und Innovationszentrum Gießen GmbH (TIG)	Gießen	www.tig-gmbh.de
Gründerzentrum Dill in Herborn-Seelbach	Herborn	www.gruenderzentrum-dill.de
Steinbeis-Transfer-Institut Limburg-Weilburg-Diez	Limburg	www.shb-limburg.de
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	Limburg	www.wfg-limburg-weilburg-diez.de
GZM – Gründerzentrum Marburg	Marburg	www.gruenderzentrum-marburg.de
NTZ – Naturwissenschaftliches Technologiezentrum Marburg	Marburg	www.stadtwerke-marburg.de/detail/19052
Technologie- und Tagungszentrum Marburg	Marburg	www.ttz-marburg.de
Zentrum für High Tech und Kultur	Wetzlar	www.zhtk.de
Entrepreneurship Cluster Mittelhessen / Gründerzentrum der mittelhessischen Hochschulen	Gießen	www.ecm-gruenderzentrum.de
Regierungsbezirk Kassel		
Dienstleistungs- und Gründerzentrum Bad Hersfeld (DGZ)	Bad Hersfeld	www.dgz-bad-hersfeld.de
Gründerzentrum Bad Wildungen, Wirtschaftsförderung Bad Wildungen GmbH	Bad Wildungen	www.gib-bw.de
IGZ Interkommunales Gründerzentrum Schwalm-Eder-West	Borken	
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis	Eschwege	www.wfg-werra-meissner.de
Technologiezentrum Frankenberg	Frankenberg	
Unternehmenspark Nord	Frankenberg	
Informationstechnologie- und Gründerzentrum Fulda	Fulda	www.itz-fulda.de
FiDT Technologie- und Gründerzentrum Kassel	Kassel	www.FiDT.de
Uni Kassel Inkubator	Kassel	
Gründerzentrum Korbach	Korbach	www.wirtschaftsfoerderung-korbach.de
Steinbeis-Transferzentrum Nordhessen	Korbach	www.stw-nordhessen.de

Quelle: www.standorte-in-hessen.de (download: 24.08.2012), Hessen Agentur.

Tabelle 91: Weitere Initiativen zur Unterstützung von Existenzgründungen

Initiative	Ort	Internetadresse
Regierungsbezirk Darmstadt		
Best Excellence Rhein-Main	Frankfurt	www.best-rhein-main.de
Business Angels FrankfurtRheinMain e.V.	Frankfurt	www.ba-frm.de
Science4Life	Frankfurt	www.science4life.de
Forum Existenzgründung Main-Kinzig	Hanau	www.femk.de
Verein für Existenzgründung Kelkheim e.V.	Kelkheim	vfe-kelkheim.de
Exina e.V. Existenzgründungs- und Innovationsförderungs-Agentur Wiesbaden	Wiesbaden	www.exina.de
Forum Kiedrich	Wiesbaden	www.forum-kiedrich.de
Regierungsbezirk Kassel		
Promotion Nordhessen	Kassel	www.promotion-nordhessen.de

Quelle: Hessen Agentur.

Tabelle 92: Konversionskommunen 2012 (in alphabetischer Reihenfolge)

	Bundeswehr		US-Streitkräfte
1	Bad Arolsen	1	Babenhausen
2	Bensheim (auch US)	2	Bad Nauheim
3	Fulda	3	Bensheim (auch BW)
4	Gießen (auch US)	4	Büdingen
5	Heidenrod	5	Butzbach
6	Hessisch Lichtenau	6	Darmstadt
7	Homburg/Efze	7	Erlensee
8	Kassel	8	Friedberg
9	Lorch am Rhein	9	Gelnhausen
10	Neustadt	10	Gießen (auch BW)
11	Ober-Mörlen (auch US)	11	Griesheim
12	Rotenburg (2016)	12	Hanau
13	Schwalmstadt	13	Lampertheim
14	Sontra	14	Langen
15	Waldsolms	15	Lützelbach
16	Wolfhagen	16	Messel
		17	Ober-Mörlen (auch BW)
		18	Wetzlar

Quelle: Hessen Agentur.

Tabelle 93: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Nordhessen

Kommune	Bezeichnung der Liegenschaft	Größe in ha	Lage	BAB-Anschluss	Vermarktungsstand	Aktuelle Nutzungen
Bad Arolsen	Prinz-Eugen-Kaserne	30	Außenbereich	nein	100% Kommunale GmbH	Bioenergiepark, Gewerbe
Fulda	Fritz-Erler-Kaserne	195	Außenbereich	nein	Teilflächen Private/ Teilfläche Kommune/ Teilfläche Bundesforst	Fotovoltaik, Gewerbe
Hessisch Lichtenau	Blücher-Kaserne	77	Siedlungsrand	ja	Teilflächen Private	Gewerbe, DL, Logistik
Homberg	Ostpreußen-Kaserne	20	Außenbereich	ja	Noch nicht vermarktet	Leerstand
Homberg	Dörnberg-Kaserne	13	Außenbereich	ja	Teilflächen Kommune/ Landkreis	Verwaltung, Gewerbe
Kassel	Lüttich-Kaserne	15	Innenstadt	ja	Teilflächen Private	DL, Gewerbe
Kassel	Jägerkaserne	15	Innenstadt	ja	Teilflächen Private	Wohnen, DL
Schwalmsstadt	Harthberg-Kaserne	35	Siedlungsrand	nein	100% Teilfläche Private/ Kommune	Gewerbe
Sontra	Husaren-Kaserne	21	Außenbereich	ja	100% Interkommunaler ZV	Leerstand
Wolfhagen	Pommern-Kaserne	42	Außenbereich	nein	Teilflächen Private, Teilflächen OFB/Landkreis	Bildung, Gewerbe
Rotenburg/Fulda	Alheimer Kaserne	100	Außenbereich	nein		
SUMME		563				

Quelle: Hessen Agentur.

Tabelle 94: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Mittelhessen

Kommune	Bezeichnung der Liegenschaft	Größe in ha	Lage	BAB-Anschluss	Vermarktungsstand	Aktuelle Nutzungen
Gießen	General-Depot	200	Siedlungsrand	ja	Tw. freigegeben	Leerstand
Gießen	Pendleton Barracks	10	Siedlungsrand	ja	100% Private	Wohnen
Gießen	Dulles Housing	9	Siedlungsrand	ja	100% Private	Wohnen
Gießen	Marshall Housing	20	Siedlungsrand	ja	100% Private	Wohnen
Gießen	Berg-Kaserne	7	Innenstadt	ja	100% Private	Gemischtes Quartier
Gießen	High School	9	Innenstadt	ja	100% Private	
Gießen	Div. Liegenschaften: Keller Theatre, Woodland Club, Jugendclub, Miller Hall Tankstelle, Einkaufsmarkt	Zus. ca. 7	Innenstadt	ja	Verkauf / Verhandlungen Private	Diverse Nutzungen
Hohenahr-Erda	NATO-Tanklager	16	Außenbereich	nein		
Neustadt	Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne	33	Siedlungsrand	nein	Teilfläche Private	
Waldsolms	Bundeswehrdepot	5	Außenbereich	nein	100% Private	Fotovoltaik
Waldsolms	Depot Weiperfelden	17	Außenbereich	nein	100% Kommune	Fotovoltaik
Wetzlar	Gershwin-Housing	8	Innenstadt	ja	100% Private	Wohnen
SUMME		341				

Quelle: Hessen Agentur.

Tabelle 95: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Südhessen

Kommune	Bezeichnung der Liegenschaft	Größe in ha	Lage	BAB-Anschluss	Vermarktungsstand	Aktuelle Nutzungen
Babenhausen	Babenhausen-Kaserne	60	Siedlungsrand	nein	Ausschreibung gemischter Stadtteil geplant (Modellquartier ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften)	Leerstand
Bad Nauheim	Alvin York Village Family Housing	8	Innenstadt	ja	100% Bad Nauheimer Wohnungsbau-gesellschaft	Teilabriss und Neubau von DH, EFH, ETW
Bensheim	BW MOB Stützpunkt	2	Siedlungsrand	ja		Leerstand
	Maint. and supply Facility	1	Siedlungsrand	ja		Leerstand
Büdingen	Armstrong-Barracks	12	Siedlungsrand	nein		Leerstand
	Housing Area	6	Siedlungsrand	nein	100% Private GmbH	Wohnen
	Ammo Area /Munidepot	4	Siedlungsrand	nein		Renaturierung
	Grünland zw. Kaserne u. Ammo	7	Siedlungsrand	nein		
	Panzerwartungsanlage	3	Siedlungsrand	nein	100% Örtliches Bauunternehmen	
	Army Heliport	9	Außenbereich	nein		Renaturierung
Butzbach	Roman Way Village Family Housing	23	Siedlungsrand	ja	100% Private GmbH	Wohnen
	Schlossgarten Family Housing	8	Innenstadt	ja	100% Private Projektentwicklungs-GmbH	Wohnen
Darmstadt	Cambrai Fritsch Kaserne	25	Innenstadt	ja	gemischter Stadtteil geplant	Leerstand
	Jefferson Village Family Housing	9	Innenstadt	ja	gemischter Stadtteil geplant	Leerstand
	Lincoln Village Family Housing	24	Innenstadt	ja	gemischter Stadtteil geplant	Leerstand
	St Barbara Village Family Housing	3	Innenstadt	ja	100% Mehrheitliche Kommunale Entwicklungsgesellschaft	Wohnen
	Kelley Barracks (Leibgarde Kaserne)	48	Siedlungsrand	ja	Gewerbe/DL geplant	Leerstand
	Nathan Hale Quartermaster Area	13	Siedlungsrand	ja	Gewerbe/DL geplant	Leerstand
Griesheim	Griesheim Airfield Dag-ger-Komplex u.a. mit Housing	35	Siedlungsrand	ja		Leerstand
Erlensee/ Bruchköbel	Fliegerhorst Kaserne	240	Außenbereich	ja		GI/GE/DL geplant
Friedberg	Ray-Barracks	74	Innenstadt	ja		Leerstand
	Mac Arthur Place Housing Area	5	Innenstadt	ja	Teilfläche TU Mittelhessen	
Gelnhausen	Coleman Village Family Housing	8	Siedlungsrand	ja	100% Private GmbH	Wohnen
Hanau	Old Argonner Kaserne	21	Innenstadt	ja	Ausschreibung läuft	Leerstand
	New Argonner Kaserne	36	Innenstadt	ja	100% Private GmbH	Wohnen
	Cardwell Village Family Housing	4	Innenstadt	ja	Teilfläche Private GmbH	Wohnen
	Pioneer Kaserne	48	Innenstadt	ja		Leerstand

Tabelle 95 (Forts.): Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Südhessen

Kommune	Bezeichnung der Liegenschaft	Größe in ha	Lage	BAB-Anschluss	Vermarktungsstand	Aktuelle Nutzungen
Hanau (Forts.)	Hutier Kaserne	24	Innenstadt	ja	Teilflächen Kommune und Private	
	Underwood Kaserne	6	Innenstadt	ja	Ausschreibung	Leerstand
	Wolfgang Kaserne	38	Siedlungsrand	ja		Leerstand
	Yorkhof Kaserne	2	Innenstadt	ja	100% Private GmbH	Wohnen
	Großauheim Kaserne	38	Siedlungsrand	ja		Leerstand
Heidenrod	Taunus-Kaserne	3	Außenbereich	nein	100% Bauunternehmen	Leerstand
Langen	Langen Family Housing Area	8	Innenstadt	ja	Grundstück Kommune Housing: Bund	Wohnen
Lorch a. Rh.	Kasernengelände	5	Siedlungsrand	nein		Leerstand
	Sanitätshauptdepot 2,3 km / 6.000 qm		Außenbereich	nein	Eigentumsverhältnisse ungeklärt	Leerstand
	Gerätehauptdepot , 10 km / 20.000 qm	5	Außenbereich	nein	Eigentumsverhältnisse ungeklärt	Leerstand
	Lagerbezirk Oberlinnesitt 7.000 qm	10	Außenbereich	nein	Eigentumsverhältnisse ungeklärt	Leerstand
	Munitionsdepot techn. Bereich (oberirdisch)	4	Außenbereich	nein		Leerstand
	Munitionsdepot 130 Hallen i. Wald (oberirdisch)	61	Außenbereich	nein		Leerstand
Lützelbach	US Depot Hainhaus Hochbunker	74	Außenbereich	nein	100% Regionale Entwicklungs-GmbH	Gewerbe, Biomassehof
Messel	Messel Small Arms Range Schießstand	14	Außenbereich	nein		ökologische Wertschöpfung
Mörfelden-Walldorf	US-Munitionsdepot Bunker	103	Außenbereich	ja		Renaturierung durch FRAPORT Ausgleichsfläche Flughafen
SUMME		1.131				

Quelle: Hessen Agentur.

Tabelle 96: Bevölkerung der hessischen LEADER-Fördergebiete

Nr.	LEADER-Fördergebiet	Bevölkerung 2011	Anteil 2011	Bevölkerung 2030	Anteil 2030	Entwicklung 2011 / 2030
1	Naturpark Diemelsee	34.693	0,6%	31.296	0,5%	-9,8%
2	HessenSpitze (LK Kassel, Nord- und Westteil)	134.368	2,2%	115.812	2,0%	-13,8%
3	Werra-Meißner	103.109	1,7%	83.273	1,4%	-19,2%
4	Kellerwald-Edersee	57.613	0,9%	49.286	0,8%	-14,5%
5	Burgwald-Ederbergland	94.943	1,6%	88.432	1,5%	-6,9%
6	Schwalmaue	49.820	0,8%	43.410	0,7%	-12,9%
7	Knüll ¹	42.877	0,7%	36.018	0,6%	-16,0%
8	Hersfeld-Rotenburg	107.968	1,8%	91.403	1,5%	-15,3%
9	Rhön	68.372	1,1%	62.305	1,1%	-8,9%
10	Fulda - Südwest	52.961	0,9%	49.634	0,8%	-6,3%
11	Vogelsberg	114.747	1,9%	96.189	1,6%	-16,2%
12	Marburger Land ¹	41.160	0,7%	40.614	0,7%	-1,3%
13	Lahn-Dill-Bergland	175.947	2,9%	157.266	2,7%	-10,6%
14	Lahn-Dill-Wetzlar ¹	100.601	1,7%	92.863	1,6%	-7,7%
15	Gießener Land ¹	194.520	3,2%	188.184	3,2%	-3,3%
16	Verein Oberhessen	91.718	1,5%	87.654	1,5%	-4,4%
17	Spessart Regional	132.361	2,2%	128.624	2,2%	-2,8%
18	Rheingau	63.741	1,0%	60.682	1,0%	-4,8%
19	Darmstadt-Dieburg	168.236	2,8%	165.964	2,8%	-1,4%
20	Odenwald	162.701	2,7%	153.643	2,6%	-5,6%
	Summe Hessische LEADER-Fördergebiete	1.992.456	32,7%	1.822.552	30,8%	-8,5%
	Hessen	6.092.126	100,0%	5.911.332	100,0%	-3,0%

¹ Diese Leader – Fördergebiete beinhalten Stadtgebiete, die nicht der Förderregion angehören. Für diese Kommunen wurde die Bevölkerung anteilig geschätzt.

Quelle: HSL 2012, Bevölkerungsvorausrechnung Hessen Agentur.

Zusammenfassung

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) unterstützen die Umsetzung der EU-Wachstumsstrategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die drei Fonds verfolgen einander ergänzende strategische Ziele. Es ist daher wichtig, die Effizienz aller strukturpolitischen Instrumente im Hinblick auf die Verwirklichung der für die Programme geltenden Ziele zu steigern und die Synergien zwischen ihnen auszuschöpfen.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist eine gemeinsame sozioökonomische Analyse einschließlich Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse für die beiden Operationellen Programme für EFRE und ESF sowie den Entwicklungsplan für den ländlichen Raum des Landes Hessen (EPLR) für die Förderperiode 2014-2020. Die Analyse basiert im Wesentlichen auf einem thematisch fokussierten statistischen Datensatz, der für die Programmaufstellung der drei Fonds relevant ist. Die statistischen Kenngrößen wurden mit Blick auf die thematischen Ziele der Strukturfonds entsprechend aufbereitet, ausgewertet und die Analyseergebnisse inhaltlich kommentiert. Auf dieser Grundlage wurde für die drei Fonds eine Stärken-, Schwächen-, Chancen-, Risiken-Analyse für Hessen erstellt. Im Folgenden sind die wesentlichen Ergebnisse der sozioökonomischen Analyse zusammengefasst.

Gebiet und Demografie

Obwohl weite Teile Hessens auf eher dünn besiedelte ländliche Räume entfallen, ist in und um die Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach eine so hohe Einwohnerkonzentration zu beobachten, dass die Bevölkerungsdichte Hessens um 25 % über dem Bundesdurchschnitt liegt und sogar zweieinhalb mal höher als der EU-27-Durchschnitt ist.

Rückblickend ist die demografische Entwicklung in den hessischen Regionen seit dem Jahr 2000 unterschiedlich zu bewerten: Während in Mittel- und insbesondere in Nordhessen die Einwohnerzahlen zurückgingen, nahm die Bevölkerung in Südhessen dank der dortigen wirtschaftlichen Attraktivität weiter zu, ursächlich hierfür waren Wanderungsgewinne aus dem Ausland, aus anderen Bundesländern aber auch aus Mittel- und Nordhessen.

Auch in Zukunft ist bei unveränderten Rahmenbedingungen mit einer Fortsetzung der regional unterschiedlichen demografischen Entwicklung zu rechnen. So werden für Südhessen bis zum Jahr 2030 sogar noch leichte Bevölkerungszuwächse vorausgeschätzt, selbst im Jahr 2050 könnten dort fast noch genauso viele Menschen leben wie heute. Demgegenüber ist unter Status-Quo-Bedingungen bis zum Jahr 2050 für Nordhessen von

einer Abnahme der Einwohnerzahl um fast ein Viertel und für Mittelhessen von einem Rückgang um rund ein Sechstel auszugehen.

Europaweit wird in den nächsten Jahren ein Alterungsprozess der Bevölkerung zu beobachten sein: Es ist sowohl mit rückläufigen Bevölkerungszahlen bei den unter 45-Jährigen zu rechnen als auch mit einem starken Anwachsen der Bevölkerungsgruppe der 65-Jährigen und älteren. In Mittel- und insbesondere in Nordhessen sind dabei auch aufgrund von wanderungsbedingten Geburtenausfällen relativ starke Rückgänge bei den jüngsten Altersgruppen zu erwarten. Aufgrund des Alterungsprozesses wird im Jahr 2030 jeder zweite Europäer (EU-27) 45 Jahre und älter sein, in Nordhessen dürfte dieser Anteil sogar bei 57 % liegen. Diese demografische Entwicklung schlägt sich auf die zukünftige Arbeitsmarktsituation nieder. So dürfte sich etwa ab dem Jahr 2025 eine signifikante Angebotslücke auf dem Arbeitsmarkt auftun, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre – die heute 45- bis 55-Jährigen – aus dem Erwerbsleben in die Rentenphase wechseln. Bei gleichzeitigem Rückgang der Berufsanfängerzahlen zeichnen sich für Unternehmen tendenziell Probleme ab, ihren (jungen) Personalbestand zu rekrutieren.

Wirtschaftliche Leistungskraft und Sektoralstruktur

Hessens Wirtschaftskraft (BIP pro Kopf) ist im europäischen und innerdeutschen Vergleich überdurchschnittlich. Dies basiert wesentlich auf den Potenzialen des Regierungsbezirks Darmstadt, der nach wie vor eine der leistungsstärksten Regionen Europas mit hohem Wachstumspotenzial ist. Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel liegen sowohl bei der Wirtschaftskraft als auch bei der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) ebenfalls über dem europäischen Durchschnitt, jedoch nicht über dem Bundesdurchschnitt. Wenn allerdings nicht das Niveau, sondern die Entwicklung der Indikatoren betrachtet wird, weisen sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Produktivität in Hessen eine ähnliche Veränderungsrate wie im Bundesdurchschnitt auf und bleiben damit klar hinter der europäischen Dynamik zurück. Innerhalb Hessens sind in der Entwicklungsdynamik Unterschiede festzustellen: Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel weisen eine höhere Wachstumsrate als der Regierungsbezirk Darmstadt und auch das Bundesgebiet auf, sowohl bei der Wirtschaftskraft als auch bei der Produktivität. Die Wachstumsraten bleiben allerdings unter dem EU-Durchschnitt.

Die Investitionstätigkeit in Hessen ist – gemessen an der Kenngröße Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen – dank der Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt, aber auch der verstärkten Investitionstätigkeit in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel im Vergleich sowohl zum Bund als auch zur EU-27 überdurchschnittlich. Dies stellt eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu den Ergebnissen der sozioökonomischen Analyse im Vorfeld der laufenden Förderperiode 2007-2013 dar. Bezogen auf das Bruttoin-

landsprodukt liegen die Bruttoanlageinvestitionen in Hessen allerdings unter dem europäischen Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass die hessischen Regionen weiter ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken, um nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Ein Hinweis auf die regionalen Stärken gibt die Sektoralstruktur. Hessen ist überdurchschnittlich stark durch den Dienstleistungssektor geprägt, der sich wiederum überdurchschnittlich auf den Regierungsbezirk Darmstadt konzentriert und dort zudem eine günstige interne Branchenstruktur aufweist (finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen, Verkehr). In Nord- und Mittelhessen ist das Produzierende Gewerbe, darunter auch wachstumsintensive Industriebranchen mit großem Zukunftspotenzial, überdurchschnittlich vertreten. Der dortige Tertiärsektor ist in erheblichem Maße durch öffentliche Dienstleistungen geprägt. Die wachstumsgünstigen Dienstleistungssparten weisen relativ geringe Anteile auf.

Wie die aktuelle Entwicklungsdynamik der hessischen Regionen zeigt, kann der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft allein nicht als Rezept für hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrachtet werden. Eine innovative Industrie stellt weiterhin einen wichtigen Bereich für die Prosperität einer Volkswirtschaft bzw. einer Region dar. Wichtig ist es, im Rahmen einer intelligenten Spezialisierung die jeweiligen regionalen Stärken und Chancen, die zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen, zu erkennen und zu nutzen.

Gründungsgeschehen, Betriebsgrößenstruktur, Vernetzung, Internationalisierung

Die Entstehung neuer Unternehmen bzw. neuer Betriebe geht häufig mit Investitionstätigkeiten, Innovationen und der Entstehung neuer Arbeitsplätze einher. Gründungen tragen hiermit zur regionalen Wertschöpfung bei und können den Wettbewerb und den strukturellen Wandel fördern.

Die hessische Gründungsrate fällt etwas höher als diejenige Deutschlands aus. Hierzu trägt vor allem das dynamische Gründungsgeschehen in Südhessen bei. Auch die Selbständigenquote fällt für den Regierungsbezirk Darmstadt etwas höher aus als für die Regierungsbezirke Gießen und Kassel, die jeweils eine unterdurchschnittliche Selbständigenquote aufweisen. Die Salden von Neugründungen und vollständigen Aufgaben bzw. Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben haben sich im Zeitraum 2005 bis 2011 tendenziell eher rückläufig entwickelt. In den meisten Regionen Hessens war der betreffende Saldo für das Jahr 2011 jedoch positiv.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden häufig als Motor einer positiven Beschäftigungsentwicklung angesehen. KMU stellen die weitaus überwiegende Anzahl der Unternehmen in Hessen, in Deutschland und auf EU-Ebene (jeweils über 99 % aller Unterneh-

men) dar. Insgesamt zeigt die Analyse, dass beginnend mit der EU-27 über Deutschland und Hessen bis hin zum Regierungsbezirk Darmstadt die Bedeutung der KMU sinkt und im Gegenzug die der Großunternehmen zunimmt. Die Unterschiede bei den Vergleichsregionen halten sich jedoch in engen Grenzen, so dass auch für Hessen dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu steigern, eine zentrale Rolle zukommt. Insgesamt gilt eine gesunde Mischung zwischen KMU und Großunternehmen als erstrebenswert.

Cluster und Netzwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur regionalen und überregionalen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen (vor allem KMU), wirtschaftsnahen Einrichtungen, Forschungsinstituten und Hochschulen sowie sonstigen Bildungsstätten. Die Cluster- und Netzwerklandschaft in Hessen hat sich im Laufe der aktuellen Förderperiode 2007-2013 dynamisch entwickelt. Es existieren mittlerweile rund 40 Cluster und Netzwerke in Hessen, die zum Teil durch EFRE gefördert werden.

Auch die Internationalisierung gilt nach wie vor als ein Instrument, um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU zu steigern. Der Vergleich der hessischen Direktinvestitionsbeziehungen mit den entsprechenden Kapitalverflechtungen Deutschlands insgesamt zeigt Hessen als Standort mit sehr intensiven Kapitalverflechtungen: Mit 55.900 Euro je Erwerbstätigen bei den Outbound-Direktinvestitionen und 24.600 Euro je Erwerbstätigen bei den Inbound-Direktinvestitionen fallen die hessischen Werte etwa doppelt so hoch aus wie auf Bundesebene. Hessen ist nicht nur intensiver mit dem Ausland verflochten als Deutschland insgesamt, sondern die Verflechtungen sind darüber hinaus stärker außereuropäisch ausgerichtet. Wenngleich es in Zeiten der Globalisierung kaum noch eine Branche gibt, die nicht im Ausland investiert – hierunter auch zahlreiche hessische KMU –, so sind die hessischen Direktinvestitionsbeziehungen doch stark durch die investiven Aktivitäten des heimischen Finanzsektors geprägt.

Obwohl Hessen mit der Internationalisierung der Wirtschaft bereits auf einem guten Wege ist, stellt dies nach wie vor einen vielversprechenden Ansatz zur Unterstützung des hessischen Mittelstands dar.

Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich in Hessen der Agrarstrukturwandel fortgesetzt, was insbesondere aus der Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ersichtlich ist. In jüngster Zeit hat sich offenbar – einhergehend mit einer sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe nochmals beschleunigt: Von 2003 bis 2007 hat sich deren Zahl in Hessen stärker reduziert als auf Bundesebene und in der gesamten EU. Demgegenüber hat sich der Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowohl in Hessen als auch im Bundesdurchschnitt und im EU-Durchschnitt nur unwesentlich verändert. Im Zeitverlauf wird also eine nahezu konstante Fläche von immer weniger landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet, was sich wieder-

rum in der agrarwirtschaftlichen Größenstruktur niederschlägt. Von 2003 bis 2007 stieg die mittlere Betriebsgröße in Hessen von 30 ha auf 35 ha; im Jahre 2010 belief sich die durchschnittliche Flächenausstattung auf 43 ha, was deutlich unter dem diesbezüglichen Bundesdurchschnitt von 56 ha lag. Die agrarwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in Hessen erklärt sich auch aus einer nach wie vor hohen Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft: In einigen hessischen Erzeugerregionen – beispielsweise im Lahn-Dill-Bergland und im Großraum Gießen – werden rund zwei Drittel der Agrarbetriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet.

Was die Arbeitsallokation in der hessischen Landwirtschaft betrifft, so zeichnen sich die hessischen Agrarbetriebe im Mittel durch eine vergleichsweise hohe Arbeitsintensität je ha Nutzfläche wie auch – ausweislich der Wertschöpfung je Beschäftigten – eine überproportionale Arbeitsproduktivität aus. Im Wesentlichen liegt dies in der hohen Ertragskraft der Agrarbetriebe auf den naturräumlich begünstigten Ackerbaustandorten – so etwa im Kasseler Becken und in der Wetterau wie auch im Limburger Becken und in der Rhein-Main-Tiefebene – begründet. In der Tierhaltung weist die hessische Landwirtschaft hingegen keine ausgeprägten komparativen Stärken auf, lediglich für die Mutterkuhhaltung auf den Grünlandstandorten in den hessischen Mittelgebirgen ist von einem größeren Potenzial auszugehen. Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus in der hessischen Landwirtschaft weisen Daten aus der Landwirtschaftszählung 2010 darauf hin, dass sich dieses – gemessen am Anteil der Landwirte mit einem fachlichen Berufsabschluss – im bundesweiten Vergleich eher ungünstig darstellt.

Die hessische Landwirtschaft wird in vielfacher Weise durch die Beratungsaktivitäten des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH) unterstützt. Im betriebswirtschaftlichen Bereich erstreckt sich das Beratungsspektrum u. a. auf das Erstellen von Investitionskonzepten, die Analyse der wirtschaftlichen Situation von Betrieben und die Sozioökonomische Beratung bei wirtschaftlich angespannten Verhältnissen. Im Bereich der Verfahrenstechnik liegen die Schwerpunkte der Beratungstätigkeit in der Mithilfe bei Investitionsentscheidungen im technischen Bereich. Hierbei werden Fragen zu technischen Lösungen in der Innen- und Außenwirtschaft behandelt. Zu nennen sind hier darüber hinaus die Angebote der landwirtschaftlichen Bauberatung und der Familienberatung. Letztere wird von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Kooperation mit dem LLH getragen. Zudem bietet der LLH Beratung zu Erwerbskombinationen an. Deren Schwerpunkte liegen zurzeit auf den Themen „Urlaub auf dem Bauernhof“ und „Bäuerliche Gastronomie“, hier im Wesentlichen auf Aspekten der Angebotsgestaltung und der Wirtschaftlichkeit in diesen Betriebszweigen.

Die Beratungsaktivitäten in den ökologischen Themenfelder sind in Hessen unterschiedlich ausgeprägt. Das Themenfeld Biodiversität ist mit vielfältigen Beratungsangeboten zu ausgewählten Teilbereichen beim LLH vertreten – z.B. zur Fruchtfolge, zu den Kulturarten, zum Grünland – und bei den Fachdiensten der Landkreise. Ein bedeutender Bera-

tungsschwerpunkt zur Pflanzenproduktion ist der Pflanzenschutz und der sachgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Themen Tierwohl und Tiergesundheit sind Bestandteil der LLH-Beratungen zur Tierhaltung, ebenso wie die Beratungen zur speziell angepassten Fütterung. Im Themenfeld Bodenschutz existieren ebenfalls verschiedene LLH-Beratungsangebote. Allerdings gibt es auch hier kein durchgängiges und abgestimmtes Beratungsangebot unterschiedlicher Akteure zum Bodenschutz in Hessen. Das Beratungswesen im Themenfeld Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz ist gut etabliert.

Dem Ernährungsgewerbe kommt im hessischen Landesdurchschnitt eine geringere volkswirtschaftliche Bedeutung zu als im Bundesdurchschnitt. Der räumliche Schwerpunkt des hessischen Ernährungsgewerbes liegt im Rhein-Main-Gebiet, wo sich der Branche umfangreiche Absatzpotenziale bei gleichzeitig günstiger verkehrsräumlicher Anbindung eröffnen. In Hessen liegen die komparativen Stärken des Ernährungsgewerbes vornehmlich in der Getränkeherstellung und der Erzeugung von Backwaren, während die Molke- und Fleischereigewerbe nur von nachrangiger Bedeutung sind.

Hinsichtlich der Forstwirtschaft zeichnet sich Hessen durch eine im Bundesvergleich vergleichsweise große mittlere Flächenausstattung je Forstbetrieb aus. Bewirtschaftungsschwerpunkte der hessischen Forstwirtschaft liegen bei den Baumarten Buche und Eiche, während auf Bundesebene die Baumarten Kiefer und Fichte dominieren. Umfangreiche Potenziale ließen sich durch eine forcierte Holzmobilisierung im hessischen Kleinprivatwald erschließen, wozu es allerdings auch weiterhin intensiver forstpolitischer Impulse bedarf.

Forschung und Innovation

Die Innovationsfähigkeit einer Wirtschaft ist der wichtigste Garant für Wachstum und Wohlstand. Deshalb wurde die Innovation in den Mittelpunkt der Strategie Europa 2020 gestellt und als thematisches Ziel Nummer 1 der Strukturfonds die „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ definiert.

Hessen hat das Europa 2020-Ziel in Bezug auf die FuE-Ausgaben am BIP bereits erreicht, was allerdings ausschließlich der Entwicklung im Regierungsbezirk Darmstadt (eine der FuE-stärksten Regionen Europas) zu verdanken ist. Unter den hessischen Regionen besteht nach wie vor ein starkes Nord-Süd-Gefälle: Die FuE-Indikatoren der Regierungsbezirke Gießen und Kassel liegen vielfach unter dem EU-Durchschnitt. Nordhessen holt bei vielen Indikatoren allerdings sehr dynamisch auf. Die Entwicklung im Mittelhessen ist nach wie vor vergleichsweise ungünstig, auch wenn dort Agglomerationen von Zukunftstechnologien zu finden sind. Bei der Wissensinfrastruktur ist die hohe Konzentration der Einrichtungen im Regierungsbezirk Darmstadt auffällig. In Nordhessen konzentriert sich die Wissensinfrastruktur auf die zwei Hochschulzentren Kassel und Fulda.

Mittelhessen mit seinen beiden Wissenschaftszentren Gießen und Marburg weist vergleichsweise wenige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen auf.

Eine Unterstützung betrieblicher FuE-Aktivitäten, die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Entwicklung von Zukunftstechnologien können die Innovationskraft und die technologische Wettbewerbsfähigkeit Hessens und seiner Regionen weiter stärken. Mittel- und Nordhessen, die eine leistungsstarke Industriebasis aufweisen, hätten somit das Potenzial, ihre Position im EU-Vergleich zu verbessern.

Bildung und Qualifikation

Ein zentrales Mittel zur Sicherung von Fachkräften und damit der internationalen Wettbewerbssituation Hessens stellen schulische, berufliche und akademische Ausbildungs- sowie Weiterbildungsaktivitäten dar. Die entsprechenden Qualifikationen sind auch für den einzelnen Bürger von entscheidender Bedeutung für die Arbeitsmarktposition und die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten.

Das schulische Bildungsniveau junger Menschen in Hessen hat sich gemäß einer Vielzahl von Kenngrößen in den vergangenen zehn Jahren deutlich erhöht. Die steigende Bildungsbeteiligung kommt u. a. in einem deutlich sinkenden Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger in der Bevölkerung der Altersklasse 18 bis 24 Jahre (EU-Benchmark) zum Ausdruck. Im EU-27- und im Deutschlandvergleich steht Hessen diesbezüglich aktuell sowohl bei Männern als auch bei Frauen besser da. Das Ziel der Europa 2020 Strategie in Deutschland, den Anteil auf weniger als 10 % zu verringern, wird mit aktuell 11 % allerdings noch knapp verfehlt.

Das Rückgrat der beruflichen Bildung stellt in Deutschland die duale Ausbildung dar. Auf diesem Ausbildungsmarkt hat sich die Lage für die Jugendlichen in Hessen insbesondere in den vergangenen beiden Jahren ebenfalls deutlich verbessert. Die Potenziale werden aber weiterhin nicht vollständig genutzt: Insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe zeigen eine sinkende Ausbildungsbereitschaft. In Nord- und Mittelhessen gibt es für die Jugendlichen rechnerisch zu wenig Ausbildungsstellen. Zudem erscheinen in Hessen insgesamt die Einmündungszahlen in Bildungsgänge des Übergangsbereichs im Hinblick auf die Fachkräftesicherung weiterhin zu hoch. Gleiches gilt auch für die Zahl der Vertragslösungen im Bereich der dualen Ausbildung.

Der Hochschulbereich hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Hessen insgesamt und zudem in Bezug auf die im Fokus der Fachkräftesicherung stehenden Fächergruppen (z.B. MINT-Berufe) ebenfalls positiv entwickelt. Der Anteil der Personen mit Hochschulausbildung in der Bevölkerung (EU-Benchmark) ist in der Folge deutlich angestiegen. Hessen übertrifft hinsichtlich des Anteils der Personen mit Hochschulausbildung in der Bevölkerung aktuell den Bundesdurchschnitt und bleibt nur marginal hinter dem Durch-

schnitt der EU-27 zurück. Die Zielvorgaben – bis 2020 sollen auf EU-27-Ebene mindestens 40 %, in Deutschland mindestens 42 % der 30- bis 34-Jährigen einen tertiären Abschluss besitzen – werden jedoch mit ca. 34 % noch deutlich verfehlt. Potenziale bietet im Hochschulbereich die Gewinnung von Frauen, Ausländern und Bildungsausländern für ein Studium in Hessen. Zudem erscheint eine Erhöhung der Erfolgsquoten der Studierenden grundsätzlich möglich. Mit wachsender Bedeutung des Hochschulbereichs rückt auch der Übergang von der Hochschule in die Arbeitswelt in den Fokus. Dieser Übergang könnte sich schwieriger gestalten als bei einer dualen Ausbildung, die bereits sehr frühzeitig eine betriebliche Sozialisation ermöglicht und sich durch eine hohe Praxisnähe auszeichnet.

Personen, die nicht regelmäßig an Qualifizierungen teilnehmen, drohen aufgrund steigender Anforderungen der Wirtschaft auf Dauer ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verlieren. Eine Risikogruppe dürften diesbezüglich z.B. An- und Ungelernte bzw. Personen ohne Berufsabschluss bilden. In der Altersklasse 20 bis unter 60 Jahre handelt es sich in Hessen rund 400.000 Personen bzw. 16 % der Erwerbspersonen. Zwar fällt die Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe in Hessen nach Daten des IAB-Betriebspanels derzeit etwas höher aus als in Westdeutschland insgesamt. Allerdings zeigen die Betriebe ausgewählter Wirtschaftsbereiche wie z.B. das Verarbeitende Gewerbe eine unterdurchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung.

Zusammenfassend lassen sich im Hinblick auf die Europa 2020 Strategie in allen Bildungs- bzw. Ausbildungsbereichen Interventionsbedarfe ableiten. Große Qualifizierungspotenziale gibt es bei den Männern eher als bei den Frauen und ganz besonders bei der Gruppe der männlichen Ausländer.

Arbeitsmarkt und soziale Eingliederung

Der hessische wie auch der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt zeigten in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Dynamik. Dieser Trend hat sich auch 2012 fortgesetzt, wenngleich mit abgeschwächter Dynamik. Während bis 2005 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zugunsten eines stärker ausgeprägten Wachstums von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen rückläufig war, hat sich dies seit 2005 umgekehrt: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist seitdem in Hessen um knapp 7 % gewachsen und erreichte 2011 einen Höchststand.

Das nationale Ziel einer Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen von durchschnittlich 77 % ist im Durchschnitt in Hessen bereits 2011 erreicht worden. Dabei sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in der vergangenen Förderperiode abgeschmolzen. Insbesondere der Regierungsbezirk Kassel hat im Hinblick auf die Beschäftigungsquote einen deutlichen Aufholprozess vollzogen.

Obwohl die Erwerbstätigkeit von Frauen in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat (Hessen: + 9 Prozentpunkte seit 2000 auf 71 %) ist die deutsche Zielsetzung einer Erwerbstätigenquote von 73 % in Hessen noch nicht erreicht. Zudem relativiert sich der Eindruck einer starken beruflichen Integration von Frauen, wenn man das Arbeitsvolumen als Kriterium hinzuzieht. Frauen arbeiten nämlich häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und atypischen Beschäftigungsformen. Nicht immer entsprechen diese Beschäftigungsformen den Präferenzen der Frauen. So besteht bei rund der Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen der Wunsch nach einer Arbeitszeitausweitung. Um dieses zusätzliche Angebotspotenzial zur Deckung der zukünftig weiter wachsenden Fachkräftenachfrage zu nutzen, sind entsprechende qualifikatorische Anpassungen durch systematische berufliche Weiterbildung oder auch durch Maßnahmen, die den Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen erleichtern, notwendig. Darüber hinaus gilt es, Arbeitsbedingungen familienfreundlicher zu gestalten und die Kinderbetreuung weiter auszubauen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und für Männer zu erleichtern.

Neben der Aktivierung von Frauen wird es angesichts der demografischen Entwicklung sowie der zu erwartenden Fachkräftengpässe darüber hinaus notwendig sein, gezielte Qualifizierungen sowie arbeitsorganisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um die Partizipation Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen ist in Hessen seit dem Jahr 2000 zwar um rund 20 Prozentpunkte auf 59 % gestiegen und liegt damit nur noch knapp unter dem für Deutschland anvisierten Zielwert von 60 %, allerdings haben Ältere nach wie vor ein höheres Risiko der Arbeitslosigkeit sowie der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit um 20 % im Vergleich zu 2008 ist im Nationalen Reformprogramm für Deutschland als Zielsetzung festgeschrieben. In Hessen konnte diese Zielsetzung im Jahr 2011 bereits erreicht werden, die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um 35 % gesunken. Damit war der Rückgang deutlicher ausgeprägt als im Durchschnitt aller Bundesländer (- 27 %). Dieser positiven Dynamik zum Trotz ist die Langzeitarbeitslosenquote allerdings noch immer relativ hoch. In Hessen sind rund 61.000 Personen länger als ein Jahr arbeitslos, dies entspricht einer Langzeitarbeitslosenquote von rund 41 %. Für Ältere, gering Qualifizierte und Frauen besteht dabei ein erhöhtes Risiko, länger in Arbeitslosigkeit zu verbleiben. Dies gilt gleichermaßen für Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund, deren Arbeitslosenquote etwa doppelt so hoch ist wie die der Deutschen. In Hessen nahm die Zahl der ausländischen Arbeitslosen seit 2005 zudem weniger stark ab als im Bundesdurchschnitt. Verstärkte Bemühungen zur Integration von ausländischen Arbeitskräften ergeben sich nicht nur aus dem Umstand, dass Hessen mit rund 700.000 Nichtdeutschen nach den drei Stadtstaaten und Baden-Württemberg das Bundesland mit dem höchsten Ausländeranteil (11,4 %) an der Wohnbevölkerung ist, sondern auch aus der Notwendigkeit, einem eventuellen Fachkräftemangel vorzubeugen. Dabei zeigen detaillierte Prognosen für Hessen, dass insbesondere in

Gesundheitsdienstberufen, sozialpflegerischen Berufen sowie Berufen der Logistikbranche ein erhöhter Bedarf an Fachkräften besteht.

Langfristig können Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch ein dauerhafter Verbleib in Niedriglohnbeschäftigung zu weitreichenden sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen führen. Im Hinblick auf die Einkommenssicherung besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Geringverdiener auch langfristig auf ergänzende SGB II-Transfers bzw. im Rentenalter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Ein besonderes Augenmerk für die Entwicklung von zukunftsorientierten Qualifizierungsmaßnahmen sollte auf bestimmte Personengruppen geworfen werden. So sind in Hessen Alleinerziehende (Armutsgefährdungsquote: 40,5 %), Erwerbslose (52,8 %), Personen mit geringer Qualifikation (30,7 %); Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (31,7 %) und Personen mit Migrationshintergrund (27,1 %) überdurchschnittlich stark von Armut gefährdet.

Insgesamt zeigt die Analyse des hessischen Arbeitsmarkts auf der Basis der konjunkturellen Entwicklung zwar eine hohe Dynamik auf. Mit einer gleichförmigen Fortsetzung dieser Entwicklung ist für die Zukunft jedoch nicht zu rechnen. Am aktuellen Rand zeigen sich bereits erste Abschwächungstendenzen der Dynamik. Langfristig ist vor allem auf dem nordhessischen Arbeitsmarkt mit einer Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit zu rechnen. Insgesamt bleibt zudem unklar, wie sich die Staatsschuldenkrise weiterhin auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auswirken wird.

Daseinsfürsorge, Infrastruktur

Das Angebot zur Kinderbetreuung, die ärztliche Versorgung sowie die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sind Teil der sozialen Infrastruktur, welche die Attraktivität eines Standorts mitprägt. Um im standörtlichen Wettbewerb zu bestehen, sind im Hinblick auf die räumliche Entwicklung (vor allem im ländlichen Raum) für die Zukunft innovative Konzepte und Maßnahmen erforderlich.

Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder, die in Hessen in einer Kindertageseinrichtung oder in einer Kindertagespflege betreut werden, liegt im März 2011 bei 21,5 % und damit weit unter dem für 2013 vereinbarten Anteil von 35 %. Dabei sind die deutlichen Unterschiede zwischen den einzelnen hessischen Kreisen sowohl im Niveau der Betreuungsquoten als auch in deren Entwicklung zu berücksichtigen. Das hessische Niveau der Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen entspricht im Jahr 2011 mit rund 93 % in etwa dem Bundesdurchschnitt.

In Bezug auf die medizinische Grundversorgung wird das Risiko eines Ärztemangels insbesondere für die ländlichen Regionen Hessens diskutiert. Für das Jahr 2010 zeigt sich jedoch, dass der Grad der Versorgungslage in keinem der hessischen Kreise unter die Bedarfsplanung fiel. Auf zukünftige Versorgungsprobleme könnte die Altersstruktur der

Hausärzte bzw. die Gegenüberstellung der Anzahl älterer und jüngerer Ärzte hinweisen. Hier deuten sich, überwiegend in den ländlich peripheren Regionen Hessens, zukünftige (Ersatz)Probleme an.

Da Nahversorgung neben der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wichtige soziale und kommunikative Funktionen hat, gilt es, die negativen Entwicklungen in diesem Bereich aufzuhalten. Hier gibt es in zahlreichen Gemeinden im ländlichen Raum Hessens positive Beispiele. Hier wurden in den letzten Jahren vielfach „Dorfläden“ eröffnet, die sowohl dem Versorgungs- als auch dem Kommunikationsaspekt der Nahversorgung Rechnung tragen.

Leistungsfähige Datenübertragungsnetze sind für die heimische Wirtschaft zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden. Unternehmen, die fernab von Ballungsräumen von geringen Übertragungsraten betroffen sind, weisen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen auf. Der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien spielt für die Attraktivität einer Region auch für die Wohnbevölkerung – und damit für Arbeitskräfte – eine wichtige Rolle. Im Vergleich zum Anfang der laufenden Förderperiode 2007-2013 hat sich der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in Hessen erheblich verbessert. Mit dem Landesprojekt „Mehr Breitband für Hessen“ soll zum Jahresende 2012 für 99,5 % der hessischen Haushalte eine Grundversorgung – Downloadgeschwindigkeit von mindestens 1Mbit/s – bzw. eine entsprechende Versorgungsperspektive erreicht und damit die vorher in mancher ländlichen Region existierende Unterversorgung beseitigt werden. Bis zum Jahresende 2014 hat sich Hessen – wie auch Deutschland insgesamt – zudem das Ziel gesetzt, das Hochgeschwindigkeitsnetz („Next Generation Access“ NGA) auszubauen, um in mindestens 75 % der hessischen Haushalte eine Downloadgeschwindigkeit von wenigstens 50 Mbit/s zu ermöglichen. Dabei ist Hessen bei der Erreichung dieser Zielsetzung bereits deutlich weiter vorangekommen als der Bund, was auch für die Erreichung des Ziels Ende 2014 spricht.

Umweltschutz, Energie, Klima, Nachhaltigkeit

Ein zentrales Element der Europa 2020 Strategie ist die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Konkret sollen bis zum Jahr 2020 die Treibhausgas- bzw. CO₂-Emissionen um 20 % (gegenüber dem Referenzjahr 1990) gesenkt werden, die Energieeffizienz um 20 % erhöht und der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 20 % gesteigert werden. Hessen wie auch Deutschland haben sich sowohl eine ehrgeizige Verringerung der CO₂-Emissionen um 40 % als auch eine Verdopplung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität vorgenommen. Letzteres bedeutet, dass im Jahr 2020 pro Einheit Brutto sozialprodukt nur halb so viel Energie verbraucht werden soll wie 1990.

Bisher war die Reduktion der Treibhausgase in Hessen (- 15 %) etwas weniger erfolgreich als in Deutschland (- 22 %). Infolge der stärker von Dienstleistungen geprägten hessischen Wirtschaftsstruktur liegen die Pro-Kopf-Emissionswerte in Hessen allerdings um fast 40 % unter dem Bundesdurchschnittswert, was aber für die Erreichung des Minde-rungsziels für Hessen deutlich höhere Anstrengungen als für Deutschland bedeutet.

Bereits heute führt der Energieeinsatz in Hessen zu einer um fast ein Drittel höheren Wirt-schaftsleistung als in Deutschland. Die weitere Steigerung der Energieeffizienz und die Realisierung von Energieeinsparungen sind erklärte Ziele des hessischen Energiegipfels. Das Verarbeitende Gewerbe produziert in allen drei hessischen Regierungsbezirken deut-lich weniger energieintensiv als im Bundesdurchschnitt. Während in Deutschland die Energieintensität zwischen 2005 und 2010 noch um 6 % anstieg, ging sie in Hessen sogar um 13 % zurück. Dabei investierte die hessische Industrie deutlich weniger in Umwelt-schutzmaßnahmen als im Bundesdurchschnitt.

Die EU-27, die den Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 20 % erhöhen will, erreichte 2009 einen Anteilswert von 11,7 %, Deutschland kam auf 9,5 % (bei einem Zielwert für das Jahr 2020 von 18 %). Der ent-sprechende Anteil lag in Hessen im Jahr 2009 bei 3,9 %. In Hessen, wo der Endenergie-verbrauch in hohem Maße durch den Verkehrssektor und dabei insbesondere durch den Flughafen Frankfurt geprägt wird, wurde im Jahre 2009 ein auf die Erneuerbaren Ener-gien entfallender Anteil von 7,3 % am Endenergieverbrauch (ohne Berücksichtigung des Verkehrssektors) erreicht.

Durch seine zentrale Lage ist Hessen und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet ein Ver-kehrsknotenpunkt für den Straßen-, Schienen- und Flugverkehr in Europa. Die Umweltbe-lastungen durch den motorisierten Güter- und Personenverkehr sind dabei erheblich. Eine nachhaltige Alternative zu den konventionellen Kraftstoffen kann in der Elektromobilität liegen. Das Bundesverkehrsministerium hat dazu das Projekt Modellregion Elektromobili-tät initiiert, an dem auch das Rhein-Main-Gebiet als eine von insgesamt acht Regionen teilnimmt. Angesichts der Struktur des aktuellen Kraftfahrzeugbestandes besteht durch-aus ein großes Potenzial für Elektrofahrzeuge in Hessen und Deutschland.

Was den Zustand der Schutzgüter anbelangt, so weisen Bodenkarten und Bodenschät-zungsdaten wie auch Profilaufnahmen des Bodenzustandskatasters auf einen hohen An-teil durch Bodenerosion überprägter Standorte hin. Betroffen sind vor allem die Löss-standorte der Becken und Grabenlandschaften, insbesondere bei großen zusammenhän-genden Bewirtschaftungseinheiten sowie geneigte Ackerflächen der Mittelgebirge. Bodenerosion durch Wind spielt in Hessen eine untergeordnete Rolle. Eine flächenhafte Bewertung nach DIN 19706 ergab gemäß einer Untersuchung des HLUg einen Anteil von 0,01 % der in Hessen ackerbaulich genutzten Flächen.

Hohe Nitratkonzentrationen im Grundwasser finden sich vielfach in Erzeugerregionen mit Sonderkulturen wie Weinbau und Gemüseanbau ebenso wie in solchen mit generell intensiver landbaulicher Nutzung. Übertragen auf die hessischen Verhältnisse trifft dies insbesondere auf die Sonderkulturstandorte im Rheingau und im hessischen Ried wie auch auf die fruchtbaren Ackerbauregionen in der Wetterau und der Mainebene zu. Vergleichsweise hohe Sulfatkonzentrationen sind innerhalb Hessens vor allem im hessischen Ried und in den Ausläufern der Thüringischen Senke festzustellen. Eine auf regionalen Grundwasserkörpern (GWK) basierende vom HLUG durchgeführte Zustandsanalyse hat ergeben, dass sich 24 der hessischen GWK – dies entspricht einem Anteil von 19 % – in einem schlechten Zustand befinden, hierunter 14 GWK aufgrund von Nitratbelastung, drei GWK aufgrund von Belastungen durch Nitrate wie auch Pflanzenschutzmittel (PSM) und zwei GWK aufgrund von PSM-Belastungen. Die betreffenden GWK liegen größtenteils in der Rhein-Main-Region. Fünf weitere GWK, allesamt im Werra-Kali-Gebiet liegend, weisen infolge der Salzwasserversenkung einen schlechten Zustand auf.

Die Belastung der Fließgewässer ist in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte und daher hohem Abwasseranfall und gleichzeitig abflussarmen Bächen wie z.B. im hessischen Ried besonders hoch. Gewässer wie Schwarzbach (Ried), Rodau, Bieber oder auch zahlreiche Bäche im Frankfurter Umland zeigen Spitzenkonzentrationen der häufig genutzten Metalle Kupfer und Zink, von Arzneimitteln und vielen weiteren häufig verwendeten Stoffen. In Gebieten mit hohem Ackerflächenanteil lassen sich in der Anwendungszeit verschiedene Pflanzenschutzmittel in kritischen Konzentrationen nachweisen. Ein landesweit erhebliches Problem ist die Überdüngung der Fließgewässer mit Phosphor. Hierbei sind die kommunalen Kläranlagen die größte Einzelquelle, und der dichter bevölkerte Süden des Landes zeigt deutlich höhere Belastungen als der in weiten Teilen dünnbesiedelte Norden.

Die Luftbelastung durch Stickstoffdioxid-Emissionen der Industrie ist in Hessen lediglich in einigen Kreisen des Rhein-Main-Gebiets von stärkerer Bedeutung. In sämtlichen hessischen Landesteilen fallen die Emissionen von Stickstoffdioxid durch die Landwirtschaft (biogene und nicht gefasste Quellen) und durch die Gebäudeheizung vergleichsweise gering aus, wohingegen der Kfz-Verkehr eine Hauptursache für die Freisetzung darstellt. Bedingt durch die regionale Agglomeration wirtschaftlicher Aktivitäten und das Straßenverkehrsaufkommen, gepaart mit ungünstigen Ausbreitungsbedingungen, ist im Rhein-Main-Gebiet wie auch im Gebiet Gießen-Wetzlar-Marburg und im Ballungsraum Kassel die Stickstoffdioxidkonzentration in der Luft besonders hoch. Die Schwefeldioxidimmissionskonzentrationen bewegen sich inzwischen landesweit auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch in Gebieten mit hoher Bevölkerungs- und Verkehrsdichte sowie in stark industrialisierten Gebieten werden in der Regel sehr niedrige Konzentrationen angetroffen.

Im Hinblick auf Schutzgebiete nach europäischem Naturschutzrecht hat Hessen der EU-Kommission insgesamt 637 Natura 2000-Gebiete (FFH- und VS-Gebiete, inkl. Über-

schneidungen) gemeldet. Der Anteil der FFH-Gebiete an der Landesfläche liegt bei 10 %; der Anteil der Vogelschutzgebiete beträgt 14,7 % der Landesfläche. Aufgrund von Überschneidungen beider Gebietskategorien umfasst das Netz Natura 2000 in Hessen 21 % der Landesfläche. Damit nimmt Hessen hinter Mecklenburg-Vorpommern einen Spitzenplatz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein. Die entsprechenden Anteile liegen im Bundesgebiet bei 9 % (FFH-Gebiete) sowie 15 % (Natura-2000-Gebiete), für die EU-27 wird eine Proportion der Natura 2000-Gebiete von 18 % ausgewiesen.

Ländlicher Raum

Das in Teilräumen geringe Arbeitsangebot und die Schrumpfung der Einwohnerzahl (als Ergebnis einer selektiven Abwanderung junger Menschen, geringer Zuwanderungen und einer niedrigen Geburtenrate) sind Gegebenheiten, welche die Menschen im ländlichen Raum in Hessen vor große Probleme stellen. Als Folge des demografischen Wandels können – insbesondere in den ländlichen Gebieten – Schwierigkeiten bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie z.B. Gesundheitsfürsorge, Langzeitpflege, Ver- und Entsorgung, Verkehrs- und IKT-Infrastruktur sowie bei der Nahversorgung entstehen.

Die Siedlungsstruktur in weiten Teilen Nord- und Mittelhessen sowie im Odenwaldkreis weist die für den ländlichen Raum charakteristische Kleinteiligkeit auf. So haben rund 30 % aller hessischen Gemeinden weniger als 5.000 Einwohner. In Nordhessen gehört knapp die Hälfte der Gemeinden dieser Größenordnung an. In Mittelhessen liegt dieser Anteil bei 31 %, wohingegen es in Südhessen lediglich 16 % sind. Hinzu kommt, dass in diesen kleinen Städten und Gemeinden die Bevölkerungsdichte weit unter dem hessischen Durchschnitt von 289 Einwohnern je Quadratkilometer liegt. Bei einer Einwohnerdichte in diesen kleinen Kommunen von durchschnittlich 62 Einwohnern je Quadratkilometer in Mittelhessen, 56 Einwohnern je Quadratkilometer in Nordhessen und 52 Einwohnern je Quadratkilometer in Südhessen ist die Erhaltung einer flächendeckenden Versorgung eine große Herausforderung.

Auch lässt die schwierige Haushaltssituation zahlreicher im ländlichen Raum gelegener Kommunen kaum Spielräume für die Übernahme öffentlicher Leistungen. Aktuell wird dies durch die Inanspruchnahme des Kommunalen Schutzschirms zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen belegt. Von den 94 Städten und Gemeinden, die den Schutzschirm nutzen, befinden sich 75 im ländlichen Raum. Die 14 Landkreise, die sich unter den Schutzschirm begeben haben, liegen bis auf zwei Ausnahmen alle im ländlichen Raum.

Fazit

Die sozioökonomische Analyse und die Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Risiken haben deutlich gemacht, dass Hessen zwar im Vergleich zum Bundes- und zum EU27-Durchschnitt für zahlreiche Indikatoren überdurchschnittliche Werte aufweist, jedoch auch eine Reihe von Schwächen zu diagnostizieren sind. Insgesamt lässt sich unter regionalpolitischer Sicht das folgende Fazit ziehen:

- Die hessische Situation ist oft überdurchschnittlich gut. Dieser komparative Vorsprung muss jedoch aktiv verteidigt werden.
- Hessen ist auf gutem Wege, einen Großteil der Europa 2020-Ziele zu erreichen, oder hat diese bereits erreicht.
- Bei vielen Umweltindikatoren hat Hessen im Vergleich zum Bund mit teilweise größeren Herausforderungen zu kämpfen, um die Europa 2020-Ziele zu erreichen.
- Die Sektoralstruktur Hessens bietet das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und seiner Regionen durch eine intelligente Spezialisierung weiter zu stärken.
- Im Bereich des Arbeitsmarktes besteht trotz insgesamt positiver Entwicklungen ein Handlungsbedarf bei Personen mit Vermittlungshemmnissen. Im Kontext eines zunehmenden Fachkräftemangels sind zudem Erwerbspotenziale von Älteren und Frauen stärker auszuschöpfen.
- Innerhalb Hessens ergeben sich teilweise erhebliche regionale Unterschiede: Der Landesdurchschnitt wird durch die Leistungsfähigkeit des Rhein-Main-Gebiets (= Regierungsbezirk Darmstadt) stark determiniert. Die Regierungsbezirke Gießen und Kassel fallen oft weit hinter die betreffenden Werte zurück und liegen hinsichtlich vieler Indikatoren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklung in Nordhessen und Mittelhessen fällt jedoch teilweise günstiger als in den Vergleichsregionen aus (z.B. in Hinblick auf Produktivität, Forschung und Entwicklung in Nordhessen, Arbeitsmarktdynamik).
- Die peripheren ländlichen Räume sind in vielfacher Hinsicht mit größeren Herausforderungen konfrontiert als die Agglomerationsräume (z.B. in Bezug auf die demografische Entwicklung, die Infrastruktur und die Wirtschaftsentwicklung).

Kontextindikatoren

Kontextindikatoren zur Sozioökonomischen Analyse (Bereich ELER): Sozioökonomische Indikatoren

Sozioökonomische Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
1	Bevölkerung	Bevölkerung jeweils am 1. Januar eines Jahres: Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Einwohnerzahl gesamt; Einwohnerzahl für Regionstypen: • gesamt • als Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	1.2 14 15	4 - 6 221 - 222 231 - 233	• EU_27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke • ländliche Räume bzw. städtische Räume	
2	Altersstruktur	Bevölkerung jeweils am 1. Januar eines Jahres in drei Alterskohorten (jünger als 15 Jahre, von 15 bis 64 Jahre, 65 Jahre oder älter): Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Gesamt und für Regionstypen: • Einwohnerzahl gesamt • als Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	1.4 15	8 - 9 231 - 233	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke • ländliche Räume	
3	Gebiet	Fläche insgesamt (inkl. Wasserfläche) und bezüglich ausgewählter Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Gesamtfläche (km ²); Fläche für Regionstypen: • gesamt (km²) • als Anteil an der Gesamtfläche in %	1.1	3 - 4	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke • Strukturräume nach Landesentwicklungsplan	

Sozioökonomische Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
4	Bevölkerungsdichte	Relation aus Bevölkerungszahl und Landfläche (alternativ: Gesamtfläche inkl. Inländische Wasserfläche) im Jahresdurchschnitt	- National - Regional (NUTS 1, 2 und 3)	Einwohner je km ²	1.1 15	4 232 - 233	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke	
5	Beschäftigungsquote	Beschäftigtenzahl anteilig an der Gesamtbevölkerung (aggregiert; für Frauen bzw. Männer) bezüglich der Alterskohorten 15 bis 64 Jahre und 20 bis 64 Jahre: Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (dünn besiedelt, eher städtisch, dicht besiedelt)	- National - Regional (NUTS 1 und 2) - National, nach Regionstypen - Regional (NUTS 1 und 2), nach Urbanisierungsgrad	Gesamt und für Regionstypen: Als Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in einer Alterskohorte bzw. Geschlechterkategorie in %	11.2	151 - 152	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke	Für Alterskohorte 20 bis 64 Jahre
6	Selbständigenquote	Anteil der Selbständigen an der Gesamterwerbstätigenzahl in der Alterskohorte 15 bis 64 Jahre	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Als Anteil an der Gesamterwerbstätigenzahl in der Alterskohorte 15 bis 64 Jahre in %	7	116 - 117	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke	

Sozioökonomische Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
7	Arbeitslosenquote	Arbeitslosenzahl anteilig an der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (aggregiert; für Frauen bzw. Männer) bezüglich der Alterskohorten 15 bis 24 Jahre bzw. 15 Jahre und älter: Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (dünn besiedelt, eher städtisch, dicht besiedelt)	• National • Regional (NUTS 1 und 2) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Urbanisierungsgrad	Gesamt und für Regionstypen: als Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in einer Alterskohorten bzw. Geschlechterkategorie in %	11.7	161 - 166	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke • Hessische Kreise	
8	Wirtschaftsentwicklung	BIP je Einwohner: Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Aggregiert und für Regionstypen: • Euro je Einwohner • PPS je Einwohner • PPS-Index (EU-27 = 100)	2.1	11 - 13	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke	
9	Armutsgefährdungsquote	Zahl armutsgefährdeter Personen in Relation zur Gesamtbevölkerungszahl: Gesamt und bezüglich ausgewählter Regionstypen (dünn besiedelt, eher städtisch, dicht besiedelt)	• National • Regional (NUTS 1 und 2) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Urbanisierungsgrad	Aggregiert und für Regionstypen: als Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	11.10	172 - 177	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke	

Sozioökonomische Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
10	Wirtschaftsstruktur	Bruttowertschöpfung: Gesamt und Anteile bezüglich ausgewählter Sektoren (primär, sekundär, tertiär) bzw. Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1 und 2) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Urbanisierungsgrad	Aggregierte Bruttowertschöpfung (Mio. Euro); für Sektoren: • Bruttowertschöpfung (Mio. Euro) • Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in %; für Regionstypen: • Bruttowertschöpfung (Mio. Euro) • Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in %	3.1 15	19 - 23 236 - 238	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke • ländliche Räume	Als BIP erfasst
11	Beschäftigungsstruktur	Beschäftigtenzahl: Gesamt und Anteile bezüglich ausgewählter Sektoren (primär, sekundär, tertiär) bzw. Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Beschäftigung (1.000 Personen); für Sektoren: • Beschäftigtenzahl (1.000 Personen) • Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %; für Regionstypen: • Beschäftigtenzahl (1.000 Personen) • Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %	3.1 15	19 - 23 236 - 238	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke • ländliche Räume	

Sozioökonomische Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
12	Arbeitsproduktivität, differenziert nach Wirtschaftszweigen	Bruttowertschöpfung je Beschäftigten: gesamt und differenziert nach Sektoren (primär, sekundär, tertiär)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Euro je Beschäftigten	2.1	14 - 15	• Hessen • Hessische Regierungsbezirke • ländliche Räume	Als BIP je Erwerbstätigen erfasst

Kontextindikatoren zur Sozioökonomischen Analyse (Bereich ELER): Sektorale Indikatoren

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
13	Beschäftigung, differenziert nach Wirtschaftszweigen	Gesamtbeschäftigung und Beschäftigung in ausgewählten Wirtschaftszweigen (Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Ernährungswirtschaft, Fremdenverkehrswirtschaft)	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• 1.000 Beschäftigte • Anteil an der Gesamtbeschäftigung (5)	3 5.1 11.1	20 - 23 28 - 29 146 - 147	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke	Aggregiert für den Sektor Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei
14	Arbeitsproduktivität in der Agrarwirtschaft	Bruttowertschöpfung je Vollzeitbeschäftigten in der Agrarwirtschaft	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• Euro je Beschäftigten	5.3	44	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke	Aggregiert für den Sektor Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei
15	Arbeitsproduktivität in der Forstwirtschaft	Bruttowertschöpfung je Vollzeitbeschäftigten in der Forstwirtschaft	• National	• Euro je Beschäftigten	5.3	44	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke	Aggregiert für den Sektor Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
16	Arbeitsproduktivität in der Ernährungswirtschaft	Bruttowertschöpfung je Vollzeitbeschäftigten in der Forstwirtschaft	National	Euro je Beschäftigten	5.7	91 - 92	- Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke (für ausgewählte Messzahlen)	Als Umsatz je Beschäftigten erfasst
17	Landwirtschaftliche Betriebe	Gesamtzahl und Ø-Größe (bezüglich landwirtschaftlich genutzter Fläche, Standard-Output, Arbeitskräfte bzw. Beschäftigten); jeweils Differenzierung nach Größenkategorien	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Gesamtzahl (1.000 Betriebe); Durchschnittsgröße je Betrieb: - Durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha) - Durchschnittlicher Standard-Output (Euro) - Personen bzw. Arbeitskräfte (AK-E) je Betrieb.	5.2 5.3	32 - 33 42 - 43 45 - 48	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke - Hessische Kreise (ausgewählte Messzahlen)	Angaben zur Ø-Größe im Hinblick auf landwirtschaftlich genutzte Fläche, Gewinn und Arbeitskräfte; Größendifferenzierung hinsichtlich landwirtschaftlich genutzter Fläche
18	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Landwirtschaftlich genutzte Fläche gesamt und unterschiedlichen Nutzungsformen (Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen)	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Landwirtschaftlich genutzte Fläche gesamt (1.000 ha); für Nutzungsformen: - Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1.000 ha) - Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in %	5.2 5.4	32 - 33 54 - 59	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke - Hessische Kreise (ausgewählte Messzahlen)	

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
19	Gehaltene Nutztiere	Zahl der landwirtschaftlichen Nutztiere differenziert nach Nutztierarten: Pferde, Rinder (gesamt), Färsen, Milchkühe, Schafe, Ziegen, Schweine, Geflügel (gesamt), Legehennen, Kaninchen	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Zahl der Tiere (Tiere bzw. 1.000 Tiere)	5.5	67 - 74	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke	Angaben für Rinder (gesamt), Milchkühe, Mutterkühe, Schweine, Schafe, Pferde, Hühner, sonstiges Geflügel (jeweils Zahl der gehaltenen Tiere und der Haltungsbetriebe)
20	Arbeitskräftebesatz im Agrarsektor	Arbeitskräfte (AK und AK-E) gesamt und differenziert nach Frauen / Männern bzw. Familienarbeitskräfte / Nicht-Familienarbeitskräfte; zusätzlich jeweils gegliedert nach Betriebsgrößenklassen	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Für jede Variable: - Zahl der AK (1.000 Personen) und Anteil an der Gesamtzahl der AK - Zahl der AK-E (1.000) und Anteil an der Gesamtzahl der AK-E	5.3	42 - 43	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke - Hessische Kreise (ausgewählte Messzahlen)	Keine Differenzierung nach Geschlechtern

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
21	Altersstruktur der landwirtschaftlichen Betriebsleiter	Gesamt und differenziert nach Geschlechterkategorien bzw. Alterskohorten (35 Jahre oder jünger, über 35 bis unter 55 Jahre, 55 Jahre oder älter)	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	Für Gesamtzahl • Anzahl (1.000 Personen) • Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte im Agrarsektor in % Für Geschlechterkategorien bzw. Alterskohorten: • Anzahl (1.000 Personen) • Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebsleiter in % • Relation aus Zahl der jungen Landwirte zur Zahl der älteren Landwirte				Nicht thematisiert
22	Ausbildungsstand der landwirtschaftlichen Betriebsleiter	Differenziert nach Ausbildungsabschlüssen/Qualifikationsmerkmalen	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebsleiter in %	5.6	77 - 78	• Deutschland • Hessen	Ausgewiesen für sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe sowie differenziert nach Haupterwerbsbetrieben und Nebenerwerbsbetrieben

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
23	Landwirtschaftliches Faktoreinkommen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je landwirtschaftliche Arbeitseinheit im Zeitverlauf	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	Euro je AK-E	5.3	44	- EU-27 - Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke	Ausgewiesen als Bruttowertschöpfung je Beschäftigten
24	Landwirtschaftliches Unternehmereinkommen	Lebensstandard landwirtschaftlicher Haushalte, gemessen als - Landwirtschaftliches Unternehmereinkommen je Familienarbeitskraft - Relation zum Pro-Kopf-Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	- Euro je Familien-AK - Relation zum Pro-Kopf-Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen in %	5.3	45 - 48	- Deutschland - Hessen	Ausgewiesen als - Gewinn je Unternehmen - Gewinn je ha LF - Einkommen je Arbeitskraft

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
25	Landwirtschaftliche Produktivität	Index der Totalen Faktorproduktivität, gemessen als Veränderung des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens in Relation zur Veränderung des landwirtschaftlichen Faktoreinsatzes für einen Untersuchungszeitraum	Nicht genannt	Indexwerte				Nicht thematisiert
26	Bruttokapitalbildung in der Landwirtschaft	Investitionen in Vermögenswerte, die regelmäßig bzw. fortwährend über einen Zeitraum von mehreren Jahren genutzt werden, gemessen anhand • der absoluten Höhe • der Relation zur landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung • der jährlichen Veränderungsrate	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• Mio. Euro • Relation zur Bruttowertschöpfung in % • Jährliche Veränderung in %	5.2	39 - 40	• Deutschland • Hessen	Ausgewiesen für die landwirtschaftlichen Haupteinwerbsbetriebe als • Volumen der Nettoinvestitionen je landwirtschaftlichem Betrieb • Volumen der Nettoinvestitionen je ha LF

Sektorale Indikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
27	Touristische Infrastruktur	Zahl der Betten der Beherbergungsbetriebe, Gesamtzahl und differenziert nach Regionstypen (überwiegend städtisch, dazwischenliegend, überwiegend ländlich)	• National • Regional (NUTS 1, 2 und 3) • National, nach Regionstypen • Regional (NUTS 1 und 2), nach Regionstypen	Gesamtzahl der Betten; Betten bezüglich der Regionstypen: • Gesamtzahl der Betten • Anteil an der Gesamtzahl der Betten in %	9	123	• Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke	Ausgewiesen für die Beherbergungsbetriebe und die Betten, jeweils als • Gesamtzahl • Anteil der Regierungsbezirke an Hessen bzw. Anteil Hessens an Deutschland

Kontextindikatoren zur Sozioökonomischen Analyse (Bereich ELER): Umweltindikatoren

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
28	Bodenbedeckung	Gesamte Bodenfläche, Bodenbedeckung differenziert nach Nutzungskategorien (z.B. in der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft), in Anlehnung an das europaweite Forschungsprojekt CORINE Land Cover (CLC)	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	Gesamte Bodenfläche in ha; Bodenbedeckung bezüglich ausgewählter Nutzungskategorien: • Fläche in ha • Anteil an der gesamten Bodenfläche in %	5.1 5.2 5.4 5.8	28 - 31 33 - 37 54 - 62 94 - 95	• EU-27 (teilweise) • Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke (teilweise) • Hessische Kreise (teilweise)	Ausgewiesen für ausgewählte Nutzungskategorien, z.B. Waldfläche bzw. Baumarten wie auch Ackerfrüchte bzw. Ackerland, Grünland und Dauerkulturen
29	Benachteiligte Regionen	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in • nicht benachteiligten Regionen • benachteiligten Regionen in Gebirgen • anderen benachteiligten Regionen • benachteiligten Regionen mit bestimmten Strukturmerkmalen	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	Für jede Kategorie: • Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha • Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in %	5.1 5.4	30 56 - 57	Hessen	Visualisiert anhand einer Karte, Standortqualitäten sind an mehreren Stellen in Kapitel 5 angesprochen

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
30	Nutzfläche in extensiven landwirtschaftlichen Produktionssystemen	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Erzeugerregionen mit einem Nutzflächenanteil des Getreideanbaus von weniger als 60 % des EU-durchschnitts; Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Erzeugerregionen mit extensiver Grünlandwirtschaft (Viehbesatzdichte < 1 Großtiereinheit je ha Futterfläche)	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	Für jede Kategorie: • Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha • Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in %	5.4 5.5	55 - 62 67 - 69	• Deutschland • Hessen • Hessische Regierungsbezirke • Hessische Kreise	
31	Bewässerungsflächen	Gesamte bewässerte landwirtschaftlich genutzte Fläche	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• Bewässerte landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha • Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in %				Nicht direkt thematisiert, teilweise Rückschlüsse über regionale Flächenanteile der Dauerkulturen möglich
32	Natura 2000-Gebiete	Bodenfläche / landwirtschaftlich genutzte Fläche / Forstfläche unter Natura 2000-Auflagen	• National • Regional (NUTS 1 und 2)	• Umfang der Natura 2000-Gebiete in ha • Anteil an der gesamten Bodenfläche / landwirtschaftlich genutzten Fläche / Forstfläche in %	12.8	201 - 208	• EU-27 • Deutschland • Hessen • Hessische Kreise	Als Anteil an der gesamten Bodenfläche ausgewiesen; Angaben für die hessischen Kreise in Karte visualisiert

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
33	Farmland birds index (FBI)	Index zur Messung des Vorkommens von Vogelarten, deren Futtersuche und Nestbau stark von der landwirtschaftlichen Flächennutzung abhängig sind und die in anderen Habitaten nicht gedeihen	National	Indexwert (Basisjahr = 100)	12.8	203	• EU-27 • Deutschland	
34	Status der Erhaltung von Lebensräumen in Agrarlandschaften	Einschätzung von Lebensräumen mit günstigem / ungünstigem / mittlerem Erhaltungsstatus	National	Für jede Kategorie: • Fläche in ha • Anteil an der Gesamtheit der Lebensräume in Agrarlandschaften in %	12.8	202 - 204	• Deutschland • Hessen • Hessische Kreise	Ansatzweise über die FFH-Gebiete erfasst; Angaben für die hessischen Kreise in Karte visualisiert.
35	Status der Erhaltung ausgewählter Arten in Agrarlandschaften	Einschätzung von Lebensräumen mit günstigem / ungünstigem / mittlerem Erhaltungsstatus	National	Für jede Kategorie: • Fläche in ha • Anteil an der Gesamtheit der Lebensräume in Agrarlandschaften in %	12.8	202 - 208	• Deutschland • Hessen • Hessische Kreise	Ansatzweise über die FFH-Gebiete erfasst; Angaben für die hessischen Kreise in Karte visualisiert.
36	High Nature Value (HNV)-Landwirtschaft	Landwirtschaftlich genutzte Fläche unter HNV-Bewirtschaftung		Anteil an der gesamten Landwirtschaftsfläche in %	12.8	204	• EU-27 • Deutschland	

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
37	Forstfläche	Gesamtfläche aus forstwirtschaftlich genutzten Flächen und Flächen mit anderen bewaldeten Flächen ("Total area of forests and other wooded land"- FOWL)	National	- Forstfläche in 1.000 ha - Anteil an der gesamten Bodenfläche in %	5.8	94	- Deutschland - Hessen	
38	Geschützte und protektive Forstflächen	Anteil der FOWL-Flächen, die unter Schutz stehen mit dem Ziel der Erhaltung der Biodiversität, von Landschaften und von spezifischen Naturelementen Anteil protektiver FOWL-Flächen zum Zweck der Verhinderung der Bodenerosion, des Schutzes aquatischer Ressourcen oder des Erhalts anderer forstlicher Ökosystem-Funktionen (gemäß MCPFE-Kriterien)	National	- Flächen in 1.000 ha - Anteil an FOWL-Flächen in %				Nicht thematisiert

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
39	Wasserverbrauch in der Landwirtschaft	Volumen des für die Bodenbewässerung genutzten Wassers	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	m ³				Nicht thematisiert
40	Wasserqualität	Belastung mit Nitraten und Phosphaten; Bruttonährstoffbilanz: Nährstoffüberschüsse an Nitraten und Phosphaten	National	kg je ha	12.7	190 - 194	- Hessen - Teilräume Hessens	Teilweise thematisiert; Belastung in Teilräumen anhand von Karten visualisiert
41	Organische Bodenbestandteile	Im Boden enthaltener Kohlenstoff	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	- g Kohlenstoff je kg Boden (g je kg) - Tonnen Kohlenstoff als Inhalt in oberflächennahen Bodenschichten (je ha)				Nicht thematisiert
42	Bodenerosion	Geschätzte Rate der Bodenverluste durch wasserbedingte Erosion; Geschätzte Landwirtschaftsfläche, die von regelmäßiger Bodenerosion betroffen ist	- National - Regional (NUTS 1, 2 und 3)	Bodenverluste: Tonnen / ha / Jahr für Parzellen mit 1 km ² in der EU 27; von regelmäßiger Bodenerosion betroffene Landwirtschaftsfläche: - Fläche in 1.000 ha - Anteil an der gesamten Landwirtschaftsfläche in %	12.7	187 - 189	Hessen	Teilweise thematisiert

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
43	Bodenschutz: Organischer Landbau	Landwirtschaftlich genutzte Fläche unter organischem Landbau	- National - Regional (NUTS 1 und 2)	- Fläche in ha - Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in %	5.4	62 - 67	- Deutschland - Hessen - Hessische Regierungsbezirke - Hessische Kreise	Angaben für die hessischen Kreise in Karten visualisiert
44	Erzeugung Erneuerbarer Energien in der Land- und Forstwirtschaft	Erzeugung Erneuerbarer Energien in der Landwirtschaft; Erzeugung Erneuerbarer Energien in der Forstwirtschaft	National	- Tonnen Rohöläquivalente - Anteil an der Gesamterzeugung Erneuerbarer Energien in %	12.3	181 - 183	- EU-27 - Deutschland - Hessen	Thematisiert als Anteil Erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung bzw. Endenergieerzeugung
45	Energieverbrauch	Energieverbrauch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft	National	Gesamtverbrauch, gemessen - als Anteil am gesamten Endenergieverbrauch - je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	12.2	180 - 181	- Deutschland - Hessen	Als Energieeffizienz der Gesamtwirtschaft thematisiert

Umweltindikatoren (gemäß Vorschlagsliste der DG AGRI)					Falls in der SÖA thematisiert, ...			Anmerkungen zur Thematisierung in der SÖA
Nr.	Bezeichnung	Definition	Regionale Gliederung	Messgröße bzw. Einheit	in Kapitel ...	auf Seite ...	Regionale Gliederung	
46	Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft	Jährliche Emissionen der Landwirtschaft an Methan (CH ₄) und Lachgas (N ₂ O); aus landwirtschaftlichen Böden des Ackerlandes und des Grünlandes stammende jährliche aggregierte Emissionen und Rückströme an Kohlendioxid (CO ₂) sowie Emissionen an Methan (CH ₄) und Lachgas (N ₂ O)	National	• 1000 Tonnen CO₂-Äquivalente • Anteil an sämtlichen Treibhausgasemissionen in %	12.7	196 - 197	• Hessische Kreise	Als Methan-Emissionen und Ammoniak-Emissionen sowie gesamtwirtschaftliche CO ₂ -Emissionen thematisiert

Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Seite
1: Strukturräume in Hessen nach Landesentwicklungsplan	3
2: Kartografische Darstellung der regionalen Bevölkerungsveränderungen von Jahresbeginn 2011 - 2050	7
3: Bevölkerungsstruktur zum Jahresbeginn	8
4: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen von 2011 - 2030	9
5: Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner in den europäischen NUTS 2-Regionen im Jahr 2009	12
6: Arbeitsproduktivität nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2009: Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Erwerbstätigen	15
7: Entwicklung der jährlichen Bruttoanlageinvestitionen	16
8: Sektoralstruktur der Bruttowertschöpfung im Jahr 2009	20
9: Sektoralstruktur der Erwerbstätigen (VGR) im Jahr 2009	21
10: Entwicklung des Dienstleistungssektoranteils an der Gesamtwirtschaft im Zeitraum 2000 - 2009: Bruttowertschöpfung	22
11: Exportquote des hessischen Verarbeitendes Gewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen im Jahr 2011	25
12: Exportquote des Verarbeitendes Gewerbes im Jahr 2011	26
13: Anteil des Wirtschaftsbereichs Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei an der Bruttowertschöpfung bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten und Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche	28
14: Landwirtschaftliche Standortqualitäten in Hessen	30
15: Zahl der Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichem Betrieb 2003, 2005, 2007, 2010	33
16: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Landwirtschaftsfläche an der gesamten Bodenfläche und Entwicklung des betreffenden Flächenanteils in den hessischen Kreisen	35
17: Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe und Anteile ausgewählter Betriebsgrößenklassen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den hessischen Kreisen 2010	38
18: Arbeitskräftebesatz in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	43
19: Arbeitskräftebesatz je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche i. d. hessischen Kreisen 2010	43
20: Arbeitsproduktivität und Hofnachfolge in der hessischen Landwirtschaft 2010	44
21: Anteil der Betriebe mit Hofnachfolger an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (Einzelunternehmen) mit Betriebsleiter in der Alterskohorte 45 Jahre und älter in den hessischen Kreisen 2010	45

22: Preisentwicklung in der Landwirtschaft, differenziert nach Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen 2000 - 2012	49
23: Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft in Hessen 2003, 2007, 2010	52
24: Anteil der landwirtschaftlichen der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den hessischen Kreisen 2010	53
25: Auf unterschiedliche betriebswirtschaftliche Ausrichtungen entfallende Anteile an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 2003, 2007, 2010	54
26: Anteile unterschiedlicher Landnutzungsformen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Hessen bzw. Deutschland 2003, 2007, 2010	56
27: Anteile unterschiedlicher Landnutzungsformen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den hessischen Kreisen 2010	59
28: Anteile ausgewählter Feldfrüchte an der landwirtschaftlich genutzten Fläche	61
29: Agrarstrukturelle Bedeutung des Ökologischen Landbaus in Hessen bzw. Deutschland 2003, 2007, 2010	63
30: Relative Bedeutung des Ökologischen Landbaus in den hessischen Kreisen 2010	65
31: Viehbestände je landwirtschaftlichem Betrieb und Viehbesatzdichte je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Hessen und in Deutschland	68
32: Viehbesatz in Großvieheinheiten je ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in den hessischen Kreisen 2010	69
33: Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhaltung in Hessen 2003, 2007, 2010	71
34: Durchschnittliche Viehbestandsgrößen in ausgewählten Zweigen der Viehhaltung in Hessen 2003, 2007, 2010	74
35: Landwirtschaftliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss der Betriebsleiter / Geschäftsführer in den landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen bzw. Deutschland 2010	78
36: Hessisches Beratungskonzept zur Reduzierung von Stoffeinträgen in das Grundwasser	85
37: Maßnahmenräume im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Belastungspotenzial des Grundwassers durch diffuse Stoffeinträge in Hessen	86
38: Umsätze der Ernährungswirtschaft in Hessen bzw. Deutschland	91
39: Umsätze der Ernährungswirtschaft in Hessen bzw. Deutschland (Forts.)	92
40: Eigentumsstruktur und Größenstruktur der Forstwirtschaft 2010	94
41: Anteile unterschiedlicher Baumarten an der Waldfläche	96
42: FuE-Intensität 2009: FuE-Ausgaben 2009 als Prozent vom BIP	98
43: FuE-Personal Entwicklung 2005 – 2009: FuE-Personal in Vollzeitäquivalenten je 100 Tsd. Beschäftigte	101
44: Entwicklung des Saldos der Neugründungen und vollständigen Aufgaben	113
45: Durchschnittliche Gründungsraten im Zeitraum 2005 bis 2010	114

46: Durchschnittliche Gründungsraten in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten im Zeitraum 2005 bis 2010	115
47: Entwicklung der Selbständigenquote im Zeitraum 2001 - 2010	116
48: Übernachtungen und Ankünfte der Gäste in Beherbergungsbetrieben von 2001 - 2011	121
49: Tourismusintensität (Übernachtungen je 1.000 Einwohner) in Hessen im Jahr 2011	122
50: Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger an der Gesamtbevölkerung der Altersklasse 18 - 24 Jahre	130
51: Übergangsquoten der Jugendlichen nach Verlassen der Sekundarstufe I in Deutschland und Hessen 2005 und 2010	132
52: Personen mit Hochschulausbildung der Altersklasse 30 - 34 Jahre	141
53: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) auf Kreisebene	163
54: Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) verschiedener Personengruppen in Hessen	165
55: Regionale Entwicklung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen	167
56: Langzeitarbeitslosenquoten im Jahr 2011	168
57: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen auf Kreisebene	170
58: Veränderung der Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2008	180
59: Beitrag Erneuerbarer Energien zur Bruttostromerzeugung 1990 und 2010	182
60: Anteil Erneuerbarer Energien an der Endenergieerzeugung 2009 und Ziel 2020	183
61: Anteil der Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen an den Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Durchschnitt der Jahre 2006 - 2009	185
62: Beschaffenheit des Grundwassers in Hessen	190
63: Chemischer Zustand der Grundwasserkörper Hessen 2010	192
64: Stickstoffdioxid-Emissionen in Hessen, Regionale Emissionen, differenziert nach Emittentengruppen 2005, 2006 und 2008	195
65: Flächenhafte Stickstoffdioxid-Immissionen in Hessen, Jahresmittelwerte 2012, Interpolation nach Triangulierung unter Berücksichtigung gemessener Konzentrationen	196
66: Kohlendioxid-Emissionen, Methan-Emissionen und Ammoniak-Emissionen in Hessen	197
67: Natura 2000-Gebiete in Hessen	203
68: Schuttschirmkommunen – Verteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten	211
69: Betreuungsquoten von 0-3 jährigen Kindern in Hessen am 01.03.2011 in den hessischen Landkreisen	213
70: Übersicht Konversionsstandorte in Hessen	225
71: Bevölkerungsprognose 2011 - 2030 für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte	232

Tabellenverzeichnis

Tabelle	Seite
1: Bevölkerungsdichte am 1.1.2011	4
2: Bevölkerungsentwicklung vom 1.1.2000 bis 1.1.2011	5
3: Bevölkerungsentwicklung vom 1.1.2011 bis 1.1.2030 bzw. 1.1.2050	6
4: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Euro zu laufenden Marktpreisen je Einwohner, 2000/2009 und durchschnittliche jährliche reale BIP-Wachstumsrate 2009/2000	11
5: Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Euro, 2000 und 2009	14
6: Wirtschaftskraft und Produktivität in Hessen und Deutschland nach der VGR Revision 2011	15
7: Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen 2006 - 2008	17
8: Sektoralstruktur der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 2009	19
9: Betriebsgrößenstruktur in Hessen im Jahr 2011	24
10: Hessische Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland – Bestände zum Jahresende 2010	27
11: Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche	32
12: Nettoinvestitionen in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und in Deutschland in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12, differenziert nach Betriebstypen	40
13: Eigenkapitalquoten und Fremdkapitalquoten in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und in Deutschland in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12, differenziert nach Betriebstypen	41
14: Arbeitseinsatz in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	42
15: Gewinnsituation in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in Hessen und im Bundesgebiet, differenziert nach Betriebstypen in den Wirtschaftsjahren 2007/08 bis 2011/12	47
16: Preisentwicklung in der Landwirtschaft, differenziert nach Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen 2000 bis 2012	50
17: Bedeutung des Ökologischen Landbaus in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	63
18: Viehbestand in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	67
19: Rindviehhaltung und Schweinehaltung in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	70
20: Schafhaltung, Pferdehaltung und Geflügelhaltung in der hessischen Landwirtschaft 2003, 2007, 2010	73
21: Auszubildende in agrarwirtschaftlichen Ausbildungsberufen in Hessen	75
22: Studierende / Meisterabsolventen in weiterführenden agrarwirtschaftlichen Bildungsgängen in Hessen	76
23: Zahl der Beratungsfälle in der landwirtschaftlichen Bauberatung in Hessen 2010 und 2012	82
24: Förderung im Rahmen des Hessischen Integrierten Agrarumweltprogramms (HIAP) in den WRRL-Maßnahmenräumen 2010 und 2011	87

25: Betriebe, Beschäftigte und Branchenumsätze des Ernährungsgewerbes in Hessen bzw. Deutschland	89
26: Betriebe, Beschäftigte und Branchenumsätze des Ernährungsgewerbes in Hessen bzw. Deutschland (Forts.)	90
27: Branchenanteile und Lokalisationskoeffizienten ausgewählter Zweige des hessischen Ernährungsgewerbes 2011	93
28: Strukturmerkmale der hessischen Forstbetriebsgemeinschaften	95
29: Gesamte FuE-Aufwendungen von Unternehmen, Staat und Hochschulen	99
30: FuE-Personal 2005 und 2009	100
31: Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) als Anteil der Erwerbsbevölkerung in der Altersklasse 15 - 74 Jahre	102
32: Anteil der Beschäftigten in den Hightechbranchen an allen Beschäftigten nach Geschlecht	103
33: Patentanmeldungen beim EPA nach Prioritätsjahr je Mio. Einwohner	106
34: Hochtechnologie-Patentanmeldungen beim EPA nach Prioritätsjahr je Mio. Einwohner	106
35: Übernachtungen, Ankünfte und Aufenthaltsdauer der Gäste in den Beherbergungsbetrieben im Jahr 2011	120
36: Tourismusintensität (Übernachtungen je 1.000 Einwohner, Ankünfte je 1.000 Einwohner)	121
37: Beherbergungsbetriebe, Betten und durchschnittliche Auslastung im Jahr 2011	123
38: Ausgaben der Übernachtungsgäste und der Tagesgäste	124
39: Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2001 und 2011	127
40: Schulabgänger der beruflichen Schulen in Hessen 2001 und 2011	129
41: Erreichung des Kernziels einer Verringerung des Anteils frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger auf unter 10 % in Hessen	132
42: Situation der dualen Ausbildung in Hessen 2009 bis 2011	134
43: Vertragslösungen in Hessen 2000 - 2011 nach Zuständigkeitsbereichen	137
44: Entwicklung der Zahl der Studierenden in Hessen 2001/2002 bis 2011/2012 nach Fächergruppen (jeweils Wintersemester)	140
45: Erreichung des Kernziels einer Erhöhung des Anteils der Personen mit Hochschulausbildung in Hessen	142
46: Entwicklung des Anteils geförderter Beschäftigter an allen Beschäftigten nach Betriebsgröße in Hessen	143
47: Teilnahme der Bevölkerung im Alter von 25 - 64 Jahren an allgemeiner und beruflicher Bildung im Jahr 2011	144
48: Erwerbstätigkeit 2000 und 2011	147
49: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 2000	147
50: Veränderung der Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten seit 2000	148

51: Entwicklung der Teilzeitquote nach Geschlecht	149
52: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote in Hessen	150
53: Entwicklung der Beschäftigungsquoten nach Geschlecht der Altersgruppe 20 - 64 Jahre	151
54: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote von Frauen in Hessen	152
55: Entwicklung der Erwerbstätigenquote der Älteren im Alter von 55 - 64 Jahren	153
56: Erreichung der Kernziele zur Erwerbstätigenquote von Älteren in Hessen	154
57: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Nationalität	155
58: Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich zwischen 2005 und 2011	156
59: Entwicklung der offenen Stellen in Hessen	157
60: Arbeitslose je gemeldeter Stellen nach Berufsbereichen	158
61: Entwicklung der Erwerbslosenquoten nach Geschlecht	162
62: Entwicklung der Arbeitslosenquote nach Strukturmerkmalen	164
63: Entwicklung der Arbeitslosen nach Qualifikation	166
64: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit (ILO-Konzept)	169
65: Erreichung der Kernziele zur Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit in Hessen	171
66: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten	174
67: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II	175
68: Entwicklung der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	177
69: Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steine und Erden in Gigajoule je 1.000 Euro Umsatz	184
70: Stand an Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2012 in Hessen und Deutschland	186
71: Natürliche Bodenfunktionen und Archive der Natur- und Kulturgeschichte	188
72: Dimensionen unter Schutz stehender Gebiete in Hessen	201
73: Bewertung der Erhaltungszustände von LRT und Arten nach dem EU-Ampelschema gemäß Art.17 der FFH-RL in Hessen	206
74: Bewertung der Erhaltungszustände hessischer Brutvogelarten in Anlehnung an das EU-Ampelschema gemäß Art.17 der FFH-RL	206
75: Übersicht der landesweiten Artenhilfskonzepte für FFH-Anhangsarten	207
76: Übersicht der landesweiten Artenhilfskonzepte für Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie	208
77: Dimensionen der hessischen Naturparks	208
78: Hausärztliche Versorgung in den hessischen Kreisen	215

79: Bevölkerungspotenzial und Verkehrsanbindung im Regionalvergleich	218
80: Anteil der Haushalte mit Breitband als Art der Internetverbindung an allen Haushalten	220
81: Verteilung der Bevölkerung auf kleine, mittlere und große Städte und Kommunen im Jahr 2010	222
82: Bevölkerung im hessischen ländlichen Raum am 1.1.2011 und 1.1.2030	233
83: Erreichungsgrad in Hessen im Hinblick auf die Kernziele der Europa 2020 Strategie	244
84: Cluster und Netzwerke in Hessen	280
85: BioREGIONEN Holz und Bioenergie-Regionen in Hessen	281
86: Hochschulen in Hessen	282
87: Anbieter von Dualen Studiengängen in Hessen	283
88: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	284
89: Technologie-Transfer-Einrichtungen	285
90: Technologie- und Gründerzentren in Hessen	286
91: Weitere Initiativen zur Unterstützung von Existenzgründungen	287
92: Konversionskommunen 2012	287
93: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Nordhessen	288
94: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Mittelhessen	288
95: Merkmale und Vermarktungsstand der Liegenschaften in Südhessen	289
96: Bevölkerung der hessischen LEADER-Fördergebiete	291

Literaturverzeichnis

Amtsblatt der Europäischen Union L134/36 vom 20.05.2003.

Baden, C.; Heid, S.; Schmid, A. (2011): Zwischenbericht zum Informationssystem berufliche Weiterbildung in Hessen, Frankfurt.

Bauer, C. (2011): Branchenprofil Tourismus in Hessen, HA-Report Nr. 813, Wiesbaden.

Berthold, G. (2012): Umsetzung der WRRL im Bereich Grundwasser. Präsentation vor dem Landesagrararusschuss. Eltville, 26. November 2012.

Beschluss des Rates (2010): Beschluss 2010/707/EU des Rates vom 21. Oktober 2010 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, EU-Amtsblatt L 308 vom 24.11.2010.

Brunow, S.; Garloff, A.; Wapler, R., Zika, G. (2012): Wie wird sich der Arbeitsmarkt langfristig entwickeln? IAB Stellungnahme 1/2012.

Bundesagentur für Arbeit (2012): Analyse des Arbeitsmarktes für Alleinerziehende in Hessen 2011.

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher Juni 2012, Nürnberg.

Burkert, C.; Kindermann, W. (2008): Integration von Migranten in Hessen, IAB-Regional.

Bundesministerium des Inneren (2011): EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 – Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): Soziale Sicherung im Überblick.

Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Bundesinstitut für Berufsbildung (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Bonn.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (verschiedene Jahrgänge): Wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Bonn.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Ohne Auto einkaufen – Nahversorgung und Nahmobilität in der Praxis.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Denkanstöße für die Praxis.

Bundeswaldinventur 2 (2002), Datenbank.

COM (2012) 496 final, Geänderter Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates.

Empfehlung des Rates (2010): Integrierte Leitlinien zur EUROPA 2020 Strategie: Empfehlung des Rates vom 13. Juli 2010 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union (2010/410/EU).

Deutsches Jugendinstitut e.V. (2012): Impulse – Kinderbetreuung Ausbau, Qualität und Herausforderungen der Früherziehung.

DIW Wochenbericht (2009): Erwerbstätige mit Nebentätigkeiten in Deutschland und in Europa, Nr. 35/2009. Berlin.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.02.2013): „Freie Flächen sind doch nicht nutzlos“. S. 33.

Freise, M., Siecke, B. (2012): Unterstützung für Erziehende beim Wiedereinstieg in den Beruf, Schlussbericht der Evaluation Gießen.

Frings, K. / Kuse, S. (2011): Nachqualifizierung An- und Ungelernter in Hessen, HA-Report Nr. 804. Wiesbaden.

Frings, K.; Trabert, L. (2012): Evaluierung der landesweiten Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV) – Analyse von Strukturen, Zusammenarbeit und Perspektiven, HA-Report Nr. 826. Wiesbaden.

Garloff, A.; Machnig, J. (2011): Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung, Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und Hessen – Eine Bestandsaufnahme, IAB-Regional 3/2011.

Grabka, M.; Goebel, J.; Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?. DIW-Wochenbericht 43/2012.

Grotlüschen, A.; Riekman, W. (2011): leo. – Level-One-Studie. Kurzbericht. Universität Hamburg.

Harrer, B.; Scherr, S. (2010): Ausgaben der Übernachtungsgäste in Deutschland, dwif e.V., München.

HA Hessen Agentur GmbH, Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHK, Geschäftsstelle TTN-Hessen (Hrsg., 2012): Cluster und Netzwerkaktivitäten in Hessen. Wiesbaden.

HA Hessen Agentur GmbH (Hrsg., 2012): Medizintechnik in Hessen – Ergebnisse einer Standortanalyse und Unternehmensbefragung. Wiesbaden.

HA Hessen Agentur GmbH (Hrsg., 2009): Biotechnologie in Hessen – Standortstudie 2009: Daten und Fakten zur wirtschaftlichen Bedeutung der Biotechnologie in Hessen. Wiesbaden.

Hessischer Pakt für Ausbildung für die Jahre 2010 bis 2012 zwischen Wirtschaft, Kommunalen Spitzenverbänden, Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und Hessischer Landesregierung vom 17.03.2010.

Hessischer Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung für die Jahre 2012 bis 2014 sowie die Zusatzvereinbarung vom 14.08.2012.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie – HLUG (Hrsg., 2013): Grundwasserbeschaffenheit und WRRL. Wiesbaden.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie – HLUG (Hrsg., o. J.): Umweltatlas Hessen. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009a), Jahresagrarbericht 2009. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009b): Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen – Bewirtschaftungsplan Hessen 2009-2015. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2009c): Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Hessen – Maßnahmenprogramm Hessen 2009-2015. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2010): Jahresagrarbericht 2010. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011a): Jahresagrarbericht 2011. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg., 2011b): Bericht Wald und Naturschutz in Hessen 2007 - 2010. Wiesbaden.

Hessisches Sozialministerium (Hrsg., 2012): Hessischer Landessozialbericht.

Hessisches Statistisches Landesamt: Die allgemein bildenden Schulen in Hessen, Reihe B I 1, jährlich, Die beruflichen Schulen in Hessen, Reihe B II 1, jährlich, Die Studenten an den Hochschulen in Hessen, Reihe B III 1, jährlich.

Hessisches Statistisches Landesamt (2011): 64 Prozent der studierenden Landeskinder studieren in Hessen, Hessisches Statistisches Landesamt – Pressenews 213/2011, 06.10.2011. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2005): Agrarstrukturerhebung 2003 – Kreisergebnisse. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2008): Agrarstrukturerhebung 2007 – Kreisergebnisse. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2011): Sonderauswertung des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2011. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Die Studenten an den Hochschulen in Hessen. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg., 2012): Landwirtschaftszählung 2010 – Kreisergebnisse. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.), Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012a): Neuer Rekord: Mehr als 30 000 Hochschulabsolventen in Hessen – Erstmals mehr Bachelor- als Diplomabschlüsse, Pressenews 71/2012, 11.04.2012. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2013): Konjunkturprognose Hessen 2013. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt: Studierende und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester (einschl. Studierender an staatlich anerkannten Berufsakademien), Reihe B III 1, B III 11, B III 12. Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Studierende insgesamt an den Hochschulen in Hessen nach Fächergruppen im Wintersemester 2011/12, Reihe III B 4. Wiesbaden.

Hessisches Statistisches Landesamt (2012): Verzeichnis der Hochschulen, Studienkollegs und staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen. Wiesbaden.

Herd, J., Terzenbach, D. (2006): Medizintechnik in Hessen – Strukturen und Potenziale, Report Nr. 705 der FEH / Hessen Agentur Wiesbaden.

Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur IWAK (2012): Fachkräftesicherung durch Aus- und Weiterbildung. Zwischenbilanz zu 10 Jahren IAB-Betriebspanel Hessen. Frankfurt am Main.

Jaensch, K. und J. Harsche (2007): Der Cluster Forst und Holz in Hessen. HA-Report Nr. 712. Wiesbaden.

Klose, J.; Rehbein, I. (2011): Ärzteatlas 2011 – Daten zur Versorgungsdichte von Vertragsärzten.

Knobel, C. et. al. (2011): regio pro – Etablierung eines Frühinformationssystems zur Qualifikations- und Beschäftigungsentwicklung in Hessen.

KOM (2010) 546 endg., Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Leitinitiative der Strategie Europa 2020 – Innovationsunion“.

KOM (2011) 614 endg., Vorschlag für VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit besonderen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006.

Kuse, S. (2012): Berufsausbildung in Hessen 2012, HA-Report Nr. 831. Wiesbaden.

Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2013): Gewinnsituation der hessischen Haupterwerbsbetriebe (konventionell) – Wirtschaftsjahr (WJ) 2011/2012 – gestiegene Aufwendungen – Gewinnrückgang. Fachinformation vom 17. Januar 2013. Kassel

Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2013): Buchführungsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe in Hessen, Wirtschaftsjahr 2011/2012. Kassel.

Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen – LLH (Hrsg., 2011): Beratungsteam Ökonomie. Broschüre. Kassel.

Lepper, T.; Machnig, J.; Schaade, P. (2012): Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit – Eine Option zur Deckung des Fachkräftebedarfs – Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen 2011, IAB-Regional 1/2012.

Maschke, J. (2007): Tagesreisen der Deutschen, dwif e.V. München.

Mitteilung der KOM (2010): EUROPA 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Mitteilung der KOM vom 03.03.2010.

Nüchter, O.; Larsen, C. (2012): Fachkräftesicherung durch Aus- und Weiterbildung, Zwischenbilanz zu 10 Jahren IAB-Betriebspanel Hessen, Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK). Frankfurt am Main.

OECD (2002): Frascati Manual: Proposed Standard Practice for Surveys on Research and Experimental Development, 6th edition.

OECD / Eurostat (2005): OSLO Manual. Guidelines for Collecting and Interpreting Innovation Data. 3rd Edition. Paris 2005.

Paracchini, M. L.; Petersen, J.-E.; Hoogeveen, Y.; Bamps, C.; Burfield, I.; van Swaay, C. (2008): High Nature Value Farmland in Europe – An estimate of the distribution patterns on the basis of land cover and biodiversity data. JRC Scientific and Technical Reports.

Petkova, G.; Bauer, C.; Harsche, J., (2011): Elektromobilität in Hessen – Eine Bestandsaufnahme, HA-Report Nr. 807. Wiesbaden.

Piesk, Susanne; Graß, Christoph; Möhrle, Wilfried (2005): Truppenreduzierung und Freigabe von militärischen Liegenschaften durch die Bundeswehr in Nord- und Mittelhessen, HA-Report 682. Wiesbaden.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012 – Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch.

Schnittstelle Boden – Ingenieurbüro für Boden- und Grundwasserschutz (Hrsg., 2012): Bodenfunktionsbewertung für die Raum- und Bauleitplanung in Hessen und Rheinland-Pfalz. Studie, Im Auftrag des HLUG. Ober-Mörlen.

Statistisches Bundesamt: Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Fachserie 14 Reihe 3.6, Jahrgang 2009 und 2010.

Statistisches Bundesamt (2012): Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 bis 2010. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012a): Bildung und Kultur, Erfolgsquoten 2010, Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 1999 bis 2002. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2010/2011, Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter / Geschäftsführer, Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturerhebung 2010. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (verschiedene Jahrgänge): Preise: Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg., 2011): Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt. Stuttgart.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional (2006-2011).

TEEB (2010): Die Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität: Die ökonomische Bedeutung der Natur in Entscheidungsprozesse integrieren. (TEEB (2010): The Economics of Ecosystems and Biodiversity: Mainstreaming the Economics of Nature) Ansatz, Schlussfolgerungen und Empfehlungen von TEEB – eine Synthese.

Trabert, L. (2011): Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen, HA-Report Nr. 782. Wiesbaden.

TÜV Rheinland Consulting GmbH (Hrsg., 2011): Bericht zum Breitbandatlas Ende 2011 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Band 1: Ergebnisse, Berlin.

Umweltindustrie in Hessen (2012): Umweltindustrie in Hessen, Bestandsaufnahme 2012, Band 13 der Schriftenreihe der Aktionslinie Hessen-Umwelttech.

Van den Busch, U.; Dimitrova, G. (2010): Hessenreport 2010 – Prognose zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2030.

Van den Busch, U.; Frings, K. (2011): Regionalanalyse Nordhessen, HA-Report 805. Wiesbaden.

Van den Busch, U.; Gauler, A.; Harsche, J. (2012): Auswirkungen der Energiewende auf die hessische Wirtschaft. Modul 1: Basisdaten zu Energieversorgung und -verbrauch in Hessen – Theoretische Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte. HA-Report Nr. 828. Wiesbaden.

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner-Kreis (2011a): Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis.

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner-Kreis (2011b): Tante Emmas Enkel – Nahversorgung und Begegnung im Werra-Meißner-Kreis: Eine Erfolgsgeschichte.

Wanger, S. (2011): Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit – Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht 9/2011.

Werner, B. (2011): Kurzarbeit in Hessen, HA-Report Nr. 803. Wiesbaden.

Werner, B.; Schippers, B. (2011): Tätigkeitsbericht 2010 – Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb (QuABB), HA-Report Nr. 816. Wiesbaden.

Internetquellen

<http://bodenviewer.hessen.de>

<https://www.destatis.de> (download: 15. August 2012)

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Stand: Oktober 2012)

<http://www.hessencampus.de> (download: 7. August 2012)

<http://www.hessen-nachhaltig.de>

<http://www.hessischer-pflegemonitor.de>

<http://www.hsl.de> (download: 14. August 2012)

<http://www.kmk.org> (download: 7. August 2012)

<http://www.olov-hessen.de> (download: 7. August 2012)

<http://www.statistik-portal.de> (download: 13. August 2012)

<http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/23/> (Stand: August 2012)

<http://www.ttn-hessen.de> (download: 24.08.2012)

<http://weiterbildunghessen.de> (download: 8. August 2012)

<http://www.wirtschaft.hessen.de> (download: 7. August 2012)

